C 21734 D

Genfer Verhandlungen über Zimbabwe S. 40

Arbeiterkampf

Jahrgang 6/ Nr. 92/ 1.11.1976

Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes

DM 1,–

China nach dem Rechtsputsch

Hua-Gruppe setzt sich durch

Drei Wochen nach ihrem Putsch sitzt die Gruppe um Hua Guofeng, dem neuen Vorsitzenden der KP Chinas, fest im Sattel. Als bestätigt kann gelten, daß Djiang Tjing – die Witwe Mao Tse-tungs –, Wang Hung-wen, Dschang Tschun-Tjiao und Yao Wen-yüan aus dem Politbüro des ZK ausgeschlossen und verhaftet oder (wie offiziell nicht dementierte Gerüchte behaupten) einige von ihnen bereits tot sind. Außer diesen vier sind bisher ganz offensichtlich keine weiteren Mitglieder der Partei-Spitze betroffen, auch diejenigen nicht, die bisher in der bürgerlichen Presse meist als „den Linken nahestehend behandelt" wurden.

Auch über die Partei-Spitze hinaus scheint die „Machtergreifung" der Hua-Gruppe bisher kaum zu größeren Angriffen auf angebliche „Linke" und zu Umbesetzungen geführt zu haben. Ausnahmen bilden nach den bisher vorliegenden Informationen nur die oberste Schanghaier Stadt- und Parteiverwaltung und die Pekinger Universitäten.

Im Lande, insbesondere in den Großstädten Schanghai, Kanton und Peking, haben Massendemonstrationen stattgefunden, um die „Wahl" Hua's zum Parteivorsitzenden und den „Sieg über die parteifeindliche Clique" zu unterstützen.

und Peking, haben Massendemonstrationen stattgefunden, um die „Wahl" Hua's zum Parteivorsitzenden und den „Sieg über die parteifeindliche Clique" zu unterstützen.

Die offizielle Version

„Genosse Hua Guo-feng ist der vom großen Führer, dem Vorsitzenden Mao Tse-tung, auserwählte Nachfolger", behauptete Wu Dö am 24. Oktober auf einer Massenkundgebung in Peking. Es wird jetzt behauptet, Mao habe schon im Mai 1974 vor dem *„wahnsinnigen Ehrgeiz"* seiner Frau Dijang Tjing gewarnt: *„Djiang Tjing hat wilde Ambitionen. Sie möchte, daß Wang Hung-wen Vorsitzender des Ständigen Ausschusses des Nationalen Volkskongresses und sie selbst Vorsitzende des Zentralkomitees der Partei wird".* Immer wieder habe Mao, so wird heute behauptet, die jetzt ausgeschalteten vier „Linken" davor gewarnt, eine Fraktion zu bilden und Spaltung zu betreiben (Leitartikel der Renmin Ribao u.a., lt. „Süddeutsche Zeitung" vom 26.10.). Wu Dö wußte u.a. zu berichten, Mao habe am 30. April „eigenhändig" ein Zettelchen an Hua Guo-feng mit den Worten geschrieben: „Mit dir im Amt bin ich unbesorgt" – *„womit er sein grenzenloses (!) Vertrauen zu Genosse Hua Guo-feng ausdrückte"*, wie Wu Dö hinzufügte.

Die Vorwürfe gegen die „Viererbande" lauten u.a.: *„Diese Leute bildeten eine Vierer-Clique und verfolgten sektiererische Aktivitäten zur Spaltung der Partei. Ganz unermüdlich inszenierten sie Verschwörungen und Ränke, um eine große Anzahl von verantwortlichen Genossen in Partei, Regierung und Armee auf zentraler und lokaler Ebene zu stürzen und die Partei- und Staatsführung zu usurpieren". „Sie lagen vor allem Ausländischen auf dem Bauch, unterhielten illegale Verbindungen mit dem Ausland. Überhaupt praktizierten sie Kapitulantentum und verübten Landesverrat. Das Wesen ihrer Linie bestand im völligen Verrat am Marxismus, am Leninismus und an den Mao Tse-tung-Ideen.*

Im Innern versuchten sie, den proletarischen Charakter unserer Partei zu verändern, die Diktatur des Proletariats zu stürzen und den Kapitalismus zu restaurieren. International sagten sie sich von den Prinzipien des Proletarischen Internationalismus los und kapitulierten vor dem Imperialismus". Sie seien *„typische Vertreter der Bourgeoisie innerhalb der Partei, besserungsunwillige Parteimachthaber auf dem kapitalistischen Weg"* (Rede Wu Dö's, zitiert nach „Rote Fahne", 27.10.).

Über die politisch-theoretischen Positionen der Vier erfährt man bisher nicht das geringste inhaltliche Wort. Alles reduziert sich auf die allgemeine Behauptung, das „Wesen" ihrer Politik sei „Verrat am Marxismus-Leninismus" und „Landesverrat" gewesen, sowie auf den Vorwurf der „Machtbesessenheit", „Ehrgeiz" usw. Noch düsterer sind die Geschichten, die auf Wandzeitungen verbreitet werden: Die Vier hätten den kranken Mao ermorden wollen, sie hätten ein Leben in Luxus und Dekadenz geführt usw. usf.

Rückkehr Deng Hsiao-ping's? Annäherung an die Sowjetunion?

Derzeit nährt die bürgerliche und revisionistische Presse Spekulationen über eine „Rehabilitierung" des im April entmachteten Deng Hsiao-ping und über eine Änderung der chinesischen Außenpolitik zugunsten einer „Annäherung" an die Sowjetunion. Wir halten beide Spekulationen für falsch.

1. Eine öffentliche „Rehabilitierung"

Deng's würde derzeit den Rechten keinerlei Vorteil bieten, aber einige Nachteile bringen. Angesichts der Tatsache, daß u.a. auch Mao selbst Deng Hsiao-ping scharf kritisiert hat, würde eine „Rehabilitierung" bei den Massen auf Unverständnis stoßen und Widersprüche an einem Punkt schaffen, wo die Rechten es gar nicht nötig haben. Das Bündnis der Hua-Gruppe mit den Anhängern Deng Hsiao-ping's erfordert keine förmliche „Rehabilitierung" Deng's. Sicher ist freilich, daß die Kampagne gegen Deng, die von den „Linken" nach Mao's Tod noch einmal gewaltig angekurbelt worden war, jetzt wohl bloß als Pflicht-Ritual noch etwas weitergeschleppt und bald völlig eingestellt werden wird. Nachdem die Hua-Gruppe die verblüffende Behauptung aufgestellt hat, Mao habe mit seinen Bemerkungen über die „Bourgeoisie in der Partei" gerade die „Linken" gemeint, können die Anhänger Deng Hsiao-ping's auch in dieser Hinsicht beruhigt sein.

Bei der Frage einer „Rehabilitierung" ist außerdem zu berücksichtigen, daß die Entmachtung Deng's im April wohl auch das Resultat von Widersprüchen Deng's zur Hua-Gruppe war, wobei es u.a. darum geht, inwieweit man zu Prämiensystem etc. zurückkehrt und inwieweit man auch bewährte Strukturen wie „Massenmobilisierung", unbezahlte Überstunden etc. bewahren soll (vgl. dazu AK Nr. 76, „Kampf zweier Linien"). Anders als die gemeinsamen Widersprüche zu den „Linken" ist dieser Widerspruch jedoch kein antagonistischer.

Fortsetzung auf Seite 3

Kein KKW in Brokdorf!

Polizeiterror gegen Demonstranten!



Brutaler Polizei-Terror beendete am Abend des 30. Oktober den ersten Versuch einiger tausend Demonstranten, durch eine Besetzung des Bauplatzes den Baubeginn des Kernkraftwerks Brokdorf (bei Glückstadt an der Elbe) zu verhindern. Nachdem mehrere Hundertschaften der Polizei, verstärkt durch „Werkschutz"-Banden, die Demonstranten eingekreist hatten und nachdem sich nur noch etwa 1.000 der anfänglich etwa 8.000 an der Kundgebung beteiligten Demonstranten auf dem Platz befanden, fielen Polizei und „Werkschutz" von mehreren Seiten über die Besetzer her, wobei es viele Verletzte und mehr als 50 Festnahmen gab. Die auf dem Platz errichteten Zelte und andere Gegenstände der Demonstranten wurden mit Bulldozzern zusammengewalzt und angesteckt.

Dieser Polizei-Terror, für den es nicht einmal einen Vorwand gab, entspricht dem Auftrag der CDU-Landesregierung und des Finanzkapitals. Er hat eine klare politische Funktion: Es soll jeder Ansatz sofort zerschlagen werden, durch eine Bauplatzbesetzung den im Sinne des Finanzkapitals „reibungslosen" Ablauf des Baus zu stören. Die Bourgeoisie hat in diesem Punkt aus den Erfahrungen von Wyhl (Baden) gelernt, wo es gegen den zähen Widerstand der Bevölkerung bis heute noch nicht vollständig gelungen ist, die Interessen des Kapitals durchzusetzen.

Der Polizei-Terror von Brokdorf zeigt: Dieser Staat vertritt die Interessen des Finanzkapitals und nicht des Volkes. Dieser Staat beruht auf brutaler Gewalt. Nicht durch „gewaltlosen Widerstand" kann das Volk seine Interessen durchsetzen, aber auch nicht durch putschistische Kamikaze-Aktionen isolierter Minderheiten. Durchsetzen können wir uns nur, wenn wir uns zusammenschließen und viele werden, um die Gewalt des Kapitalisten-Staates zu brechen.

Aufgerufen zu der Demonstration am 30.10. in Brokdorf hatten die „Bürgerinitiativen Umweltschutz Unterelbe", die zahlreiche Untergruppen auf dem Lande und in den Kleinstädten der Umgebung haben. Schon vor der Aktion hatten sich die Bürgerinitiativen veranlaßt gesehen, sich ausdrücklich vom KBW zu distanzieren – was zum einen dem massiven Druck der bürgerlichen Hetze gegen die KKW-Gegner, zum anderen aber auch dem üblichen penetranten Sektierertum des KBW zuzuschreiben ist, der aus Brokdorf anscheinend ein Exempel für seine wirklichkeitsblinden Thesen (Neuaufschwung der revolutionären Massenbewegung) machen möchte. Außer dem KBW unterstützten auch der KB, die DKP und die „KPD" die Demonstration durch Aufrufe. Die „KPD" verblüffte dabei durch ein Flugblatt, in dem sie vor den „falschen Freunden in der SPD-Führung" warnte, die sich angeblich als Unterstützer des Kampfes gegen das KKW Brokdorf ausgeben. Das war den meisten Demonstranten wohl neu ...

Anlaß für den Demonstrationsaufruf war der Baubeginn in Brokdorf, mit gleichzeitiger Polizei-Besetzung des Bauplatzes, unmittelbar nachdem die Baugenehmigung eingetroffen war. In einer „Nacht- und Nebel-Aktion" war das 30 ha große Gelände mit einem hohen Zaun und zusätzlich mit einem Wassergraben umgeben worden. Hundezwinger und Bullen-Unterkünfte wurden gezimmert.

Für eine Besetzung des Bauplatzes waren daher die Bedingungen einigermaßen schlecht. Die „Bürgerinitiativen" hatten sich auf „gewaltlosen Widerstand" eingestellt. *„Gewaltfreier Widerstand kann den bewußten Verstoß gegen behördliche Anordnungen und Verfügungen einschließen. Denn wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht".* Freilich: *„sinnlose Scharmützel mit der Polizei"* und selbst *„zurückschlagen"* dürfte es nicht geben.

Nach der Kundgebung mit über 8.000 Menschen gelang es, an einigen Stellen den Zaun zu durchschneiden, mit Brettern den Wassergraben zu überbrücken und auf den Bauplatz vorzustoßen. Während sich hunderte von Menschen dort auf eine Übernachtung einrichteten, zäunten „Werkschutz" und Bullen die Einbruchstelle mit Draht ein und bereiteten die Zerschlagung der Besetzung vor, obwohl sie zum Schein einen „Waffenstillstand" mit den Bür-

Fortsetzung Seite 3

aus dem Inhalt



Portugal: Demonstration für Otelo

Mehr als 12.000 Menschen demonstrierten am 27. Oktober in Lissabon ihre Solidarität mit dem früheren General Otelo de Carvalho, der bei den Präsidentschaftswahlen im Juni als Kandidat der revolutionären Linken 16,5 % der Stimmen bekommen hatte.

Otelo, der schon nach dem Rechtsputsch vom 25. November mehrere Wochen in Haft war, muß derzeit eine „Arreststrafe" von 20 Tagen absitzen, nachdem er kürzlich auf einem Treffen der GDUP's (die Massenbewegung, die sich um Otelo's Kandidatur entwickelt hatte) eine kurze Ansprache gehalten hatte. Öffentliche politische Auftritte sind Otelo und anderen fortschrittlichen Offizieren nach dem 25. November verboten worden. – Otelo ist im Gefängnis Caxias inhaftiert, das vor dem 25. April 1974 als Kerker und Folterhaus der Faschisten diente, und in dem heute außer Otelo nur ein paar faschistische Verbrecher einsitzen (die meisten sind schon entlassen worden). Die Inhaftierung Otelos gerade in Caxias wird von den demokratischen Kräften Portugals als besondere Provokation empfunden.

Unterdessen rühren sich wieder einmal die faschistischen Militärs. Der Kommandeur der Militärregion Nord, Pires Veloso, versucht die faschistischen Militärs um sich zu sammeln, und will die „gemäßigten" der PS nahestehenden Militärs wie Melo Antunes vollens aus der Armee-Führung verbannen.

DDR – Handelsdelegation in Chile?

Unter anderem in AK 78 wurde von uns mit offiziellen Frachtpapieren nachgewiesen, daß die chilenischen Faschisten einen schwunghaften Kupferhandel mit der DDR betreiben. Im folgenden ARBEITERKAMPF wurden dann die „gelungenen" Versuche der Revisionisten vorgestellt, den Bruch der internationalen Boykott-Beschlüsse gegen die Junta zu bemänteln. Besondere Blüten waren: *„Die Abkommen sind noch aus der Zeit von Allende, und die DDR muß sie einhalten"* und ferner *„Das hilft ja auch den chilenischen Massen, wenn die DDR das Kupfer kauft."*

In diesem Sinne ist es wohl auch, wenn, wie in der „Blick durch die Wirtschaft" vom 22.9.76 berichtet wurde, die Faschisten-Clique sich mit der Einrichtung einer „ständigen Handelsdelegation" der DDR in Chile einverstanden erklärt. Denn schließlich ist die DDR seit *„vielen Jahren der bedeutendste osteuropäische Käufer chilenischen Kupfers."* Die nach mehrmonatigen Verhandlungen erfolgreich abgeschlossenen Verhandlungen werden nach Ansicht der „BddW" als „Sensation" empfunden. Wer hätte das gedacht??

Man darf gespannt sein, welche Erläuterung den Revisionisten nun wieder einfallen wird, denn immerhin ist die Meldung schon einen guten Monat alt, ohne daß ein offizielles Dementi erfolgte!

Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

schen Massen, wenn die DDR das Kupfer kauft."
In diesem Sinne ist es wohl auch, wenn, wie in der „Blick durch die Wirtschaft" vom 22.9.76 berichtet wurde, die Faschisten-Clique sich
Monat alt, ohne daß ein offizielles Dementi erfolgte!
Wirtschaftskommission
KB/Gruppe Hamburg

Menschen in der „Dritten Welt"
Versuchskaninchen der Pharma-Industrie

Auf einer in Genf abgehaltenen Expertentagung der Weltgesundheitsorganisation (WHO) wurde festgestellt, daß *„seit einigen Jahren die Tendenz* (besteht), *daß die Pharma-Industrie das Fehlen von Regelungen in den unterentwickelten Weltgegenden ausnutzt, um dort ihre Erzeugnisse zu testen."*

Hierbei handelt es sich vor allem um „Heilmittel", die sich noch in einem frühen Untersuchungsstadium befinden, deren Folgen also in keiner Weise bekannt sind („FR", 14.10.76). In Genf berichteten die Vertreter des Sudan, Ghanas und Sri Lankas von den Menschenversuchen in ihren Ländern, wobei die Pharma-Industrie bestimmte Vorschriften in den „entwickelten" Staaten umgeht und sich auf den „Markt" der wehrlosen und von den wirklichen Versuchsabsichten meist nicht informierten Menschen aus der 3. Welt stürzt.

Afrika-Kommission

IRA-Frauenführerin Maire Drumm ermordet! Das ist der „Frieden" der irischen Frauen

In der Nacht zum 29.10. wurde in Belfast Maire Drumm, ehemalige stellvertretende Vorsitzende der Sinn Fein Provisional und mutige Führerin der Provo-Frauen, ermordet. Maire Drumm befand sich in einem Krankenhaus, um ein Augenleiden zu heilen. Drei jugendliche Mitglieder der faschistischen Terrorgruppe UDA drangen in das Krankenhaus ein und feuerten eine Garbe aus Maschinenpistolen auf Maire Drumm ab. Sie wurde von vielen Kugeln in Kopf und Leib getroffen. Es ist bezeichnend, daß die Terroristen ungehindert ins Krankenhaus hinein und auch wieder hinaus kamen, obwohl die Armee Straßensperren errichtet hatte.

Es ist weiterhin bemerkenswert, wie sich die Hetze gegen Maire Drumm, die jetzt in allen bürgerlichen Zeitungen der Mordnachricht hinzugefügt wird, von der Berichterstattung über die Bewegung der „Friedensfrauen" unterscheidet.

Wir betonen, daß die von der irischen Reaktion, den britischen Imperialisten mit der Unterstützung von reaktionären Frauengruppen u.a. in der BRD und der Springerpresse aufgezogene irische „Friedens"frauenbewegung und die Ermordung von Maire Drumm zwei Seiten derselben Sache sind. Diese Bewegung richtet sich weder gegen den britischen Terror in Nordirland noch gegen die faschistischen Terrororganisationen, sondern gezielt gegen den bewaffneten Befreiungskampf des irischen Volkes, für den Maire Drumm ein Symbol war. Von Maire Drumm soll der Ausspruch stammen: *„Steine nützen nichts gegen die britische Armee. Schließt euch der IRA an, und wir werden euch Waffen besorgen."*

Genauso wie die Bewegung der töpfeklappernden Bourgeoisfrauen in Chile dem faschistischen Blutbad vorausging, so ist auch die „Friedens"frauenbewegung in Irland der Auftakt zu einer Mordkampagne gegen die Provisional IRA, die mit der Ermordung von Maire Drumm jetzt begonnen hat. Daran ändert sich auch dadurch nichts, daß viele friedliebende irische Frauen von dieser Bewegung verführt worden sind und sich ihr in guter Absicht angeschlossen haben. Der Frieden der Imperialisten ist der Tod des Befreiungskampfes, das ist eine alte Erfahrung aller Völker der Welt.

Nur der gerechte bewaffnete Kampf des Volkes kann dem Volk den Frieden bringen.

Irland-Kommission

„Wahl"-Schwindel auch in der DDR

Kurz nach den Bundestagswahlen wurde Mitte Oktober auch in der DDR „gewählt", und zwar die Volkskammer. Die Wahlbeteiligung betrug 98,58%, für die „Einheitsliste" stimmten 99,86% der an der Wahl Teilnehmenden. Der Anteil der ungültigen Stimmen betrug 0,02%; 0,14% waren Nein-Stimmen.

Ein völlig lächerliches Ergebnis ganz offensichtlich, das von der bürgerlichen Presse denn auch prompt als Ausdruck der angeblich in der DDR herrschenden „Unfreiheit" (verglichen mit dem „freien Westen") interpretiert wurde. Angeblich m ü s s e n dort die Menschen zur Wahl gehen und f ü r c h t e n sich, mit Nein zu stimmen. Nun denn, tatsächlich lag die Wahlbeteiligung in der DDR nur um 7,88% über der der Bundesrepublik (90,7%). Und 99,1% entfielen in der BRD auf die „staatstragenden" Parteien. Rechnet man die faschistische NPD dazu, die im Grunde auch in diesen erlauchten Kreis gehört, so sind's 99,4%. Also gerade 0,24% weniger als für die „Einheitsliste" in der DDR!

Der Unterschied ist bloß: Hierzulande gilt eine hohe Wahlbeteiligung als Ausdruck von „staatsbürgerlichem" Interesse und Pflichtgefühl. In der DDR hingegen drückt es angeblich den Zwang aus, der auf den Menschen lastet. 99,1% für die „staatstragenden" Parteien, deren Wahlversprechungen sich gerade noch so sehr unterscheiden wie ein Ei vom anderen, gelten in der Bundesrepublik als lobenswertes Zeichen von „demokratischer" Tugend. In der DDR hingegen, logisch, kommen derartige Ergebnisse angeblich nur durch nackten Zwang zustande.

Nun ist ein Ergebnis von 99,86% ganz sicher makaber. Aber kaum makabrer als ein Ergebnis von 99,1%. Daß in der DDR dahinter mehr Druck steht, während das Ergebnis in der Bundesrepublik mehr das Ergebnis einer massiv betriebenen Volksverdummung ist (deren Kosten selbstverständlich von der Bevölkerung zu tragen sind!) trifft sicher zu. Ein schwacher Trost! In jedem Fall würden sich die Herrschenden irren, wenn sie ernsthaft darauf vertrauen würden, sich auf 90% oder mehr der Bevölkerung stützen zu können.

Insgesamt 180.171 DDR-Bürger haben an der Wahl nicht teilgenommen oder haben ihre Stimme nicht der Einheitsliste gegeben. 15.432 davon haben mit Nein gestimmt. Bei den letzten Wahlen waren es noch

würden, sich auf 90% oder mehr der Bevölkerung stützen zu können.
Insgesamt 180.171 DDR-Bürger haben an der Wahl nicht teilgenommen oder haben ihre Stimme nicht der Einheitsliste gegeben. 15.432 davon haben mit Nein gestimmt. Bei den letzten Wahlen waren es noch

rund 17.000 gewesen. – Immer wieder konnte man in den letzten Wochen in der bürgerlichen Presse lesen, 200.000 DDR-Bürger hätten offiziell und namentlich ihre Ausreise beantragt. Hochgepriesen wurde der „Mut" dieser angeblichen 200.000. Man kann sich nun ausrechnen, was an diesen Geschichten dran ist – nämlich offenkundig sehr wenig! Sonst hätte, bei so viel „Mut", die Zahl der Nein-Stimmen wohl doch erheblich größer sein müssen! ...

Echten „Mut" hingegen bewies „Bild"-Witzbold Peter Boehnisch, der ganz trocken behauptete, 99% der DDR-Bürger hätten keinen anderen Wunsch, als das Land möglichst schnell zu verlassen („Bild am Sonntag", 17.10.76). Komischer als dieser Boenisch ist das DDR-Wahlergebnis ganz sicher auch nicht.

„Alte Kameraden"
Bundeswehr-Generäle für Nazi-Kriegsverbrecher Rudel

Die Zusammenarbeit der Bundeswehrführung mit den Verbrechern der Nazi-„Wehrmacht" und „Waffen-SS" gehört bekanntermaßen zur „Traditionspflege" der imperialistischen Armee. In der Regel stößt sich daran, außer einigen „unbelehrbaren" Antifaschisten und Demokraten, kaum jemand ....

Kürzlich allerdings gab es doch etwas Ärger: Am 23./24. Oktober hatte das „Aufklärungsgeschwader ‚Immelmann'", das bei Freiburg stationiert ist, zum „Traditionstreffen" eingeladen. Stargast des Treffens war der Nazi-Kriegsverbrecher und Ex-Luftwaffen-Oberst Rudel.

Rudel schrieb nach dem Krieg u.a. zu seiner „Vergangenheitsbewältigung" ein Buch mit dem Titel „Trotzdem", das 1960 von der Bundesprüfstelle für „jugendgefährdend" erklärt werden mußte. Schon 1951 hatte Rudel versucht, in der faschistischen „Sozialistischen Reichspartei" ein come back zu starten. Das Verbot der SRP 1952 machte allerdings erst einmal einen Strich durch diese Pläne. Danach trat Rudel als Redner der SRP-Nachfolgeorganisation „Deutsche Reichspartei" auf, der Vorläuferorganisation der heutigen NPD.

Später trat Rudel stramm-rechts als Gegner der „neuen Ostpolitik" auf. *„Stalin darf in Bonn nicht siegen"*, verkündete der Kriegsverbrecher, und: *„Jeder Deutsche hat die Pflicht, gegen die Verzichts- und Unterwerfungsverträge zu kämpfen, das sind wir unseren gefallenen Kameraden und unserem Vaterland schuldig. Deutscher Michel, werde wach"* (Zitate nach „Frankf. Rundschau", 23. 10.76).

Nachdem das Auftreten Rudels als Stargast beim Freiburger „Traditionstreffen" (u.a. hatte er eine Autogramm-Stunde abgehalten, um für seine braunen Fans sein Buch „Trotzdem" zu signieren) bei einigen sozialdemokratischen Politikern Ärgernis erregt hatte, erklärte der Bundeswehr-Oberst Schade, *„Rudel sei lediglich ein Teilnehmer wie andere auch"* gewesen, was wohl darauf schließen läßt, daß sich noch mehr Typen dieses Kalibers auf dem „Traditionstreffen" ein Stelldichein gaben.

Generalleutnant Krupinski meinte gar, „Traditionspflege" sei halt notwendig und die Bundeswehr stehe ja *„in der Tradition ihrer Vorgängerarmeen"* (FR, 29.10.), die im Dienste des deutschen Imperialismus millionenfachen Tod und beispiellose Zerstörungen über Europa brachten. Sein Stellvertreter, Generalmajor Franke, wagte sich noch um einiges weiter vor: *„...Die Anwesenheit Rudels könne man solange nicht verurteilen, wie ‚ehemalige Linksextremisten und Kommunisten', die früher in der Sowjetunion waren, wie Wehner, im Bundestag säßen"* (FR, 29.10.).

Dies war wohl doch etwas zu viel! ... Jedenfalls wurden die allzu vorlauten Militaristen Franke und Krupinski erst einmal von SPD-Kriegsminister Leber „zum Rapport" zitiert. 40 Bundestagsabgeordnete der SPD forderten die Ablösung der beiden. Dem widersprach indessen ganz entschieden der CSU-Abgeordnete Handlos: *„Das Geschrei der SPD sei Bestandteil ihrer Wohlverhaltenspolitik gegenüber Breschnew"*. Die zwei Militaristen *„hätten nur einen ‚alten Kameraden' verteidigt"* („Hmb. Morgenpost", 30.10.).

Im Prinzip hat dieser CSU-Vogel durchaus die Militaristen-Mentalität getroffen und gerade Leber hätte sicher normalerweise gar nichts dagegen einzuwenden. Hier haben die zwei Bundeswehr-Generäle allerdings den Fehler gemacht, gegen Herbert Wehner loszupöbeln, und da wird es ohne eine kleine Entschuldigung oder auch gewisse dienstrechtliche Konsequenzen wohl nicht abgehen (in den letzten Rundfunkmeldungen war die Rede davon, daß die zwei Generäle wohl ihren Abschied nehmen müßten).

Der weiteren „Traditionspflege" der Bundeswehrführung mit Nazi-„Wehrmacht" und „Waffen-SS" wird diese Affäre jedoch kaum Abbruch tun.

Antifa-Kommission
KB-Gruppe Hamburg

ZK der KP Chinas beschließt weitere Herausgabe

ZK der KP Chinas beschließt weitere Herausgabe der „Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs"

Nach offiziellen Meldungen hat das ZK der KP Chinas am 8. Oktober einen Beschluß gefaßt, in dem es u.a. heißt: *„Der 5. Band der ‚Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs' wird so schnell wie möglich herausgegeben werden. Die darauffolgenden Bände werden hintereinander erscheinen. Gleichzeitig mit der Herausgabe der ‚Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs' müssen aktiv Vorbereitungen für die Herausgabe der ‚Gesamten Werke Mao Tse-tungs' getroffen werden.*

Die Arbeit für die Herausgabe der ‚Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs' und der ‚Gesamten Werke Mao Tse-tungs' steht unter der unmittelbaren Führung des Politbüros des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas mit Genossen Hua Guofeng an der Spitze. Ihm unterstellt wird ein Komitee für die Redaktion und Herausgabe der Werke des Vorsitzenden Mao Tse-tung gebildet, das für die konkreten Arbeiten der Sichtung, Redaktion und Herausgabe verantwortlich sein wird ..."

Bisher sind Schriften und Reden Mao Tse-tungs nur in vier Bänden „Ausgewählter Werke" erschienen, die lediglich den Zeitraum bis 1949 erfassen, und diesen Zeitraum auch keineswegs vollständig. Insbesondere die „Sichtung" der Äußerungen Mao Tse-tungs aus den letzten Jahren, die fast nur noch in Form von kurzen „Weisungen", Gesprächsteilen u.ä. vorliegen, könnte von der Hua-Gruppe wahrscheinlich zu politischen Manipulationen mißbraucht werden – schon jetzt wurden plötzlich angebliche Äußerungen Mao's kurz vor seinem Tod aufgetischt, die sich gegen seine Frau Djiang Tjing und andere „linke" Parteiführer wenden, die kürzlich von der Hua-Gruppe ausgeschaltet wurden. Dies braucht nicht zu bedeuten, daß es sich bei dem Projekt i n s g e s a m t um eine politisch unglaubwürdige Sache handelt, da die meisten Mao-Texte irgendwo nachprüfbar veröffentlicht sind und ihre Zusammenstellung zweifellos eine nützliche Arbeit ist.

Wir selbst hatten, selbstverständlich mit weitaus bescheideneren Vorstellungen und Möglichkeiten, gleich nach dem Tode Mao Tse-tung's beschlossen, baldmöglichst die für uns zugänglichen, in den vier Bänden nicht enthaltenen Reden, Schriften und Zitate zu veröffentlichen (siehe AK 89, 20.9.76). Diese Arbeit hat inzwischen gute Fortschritte gemacht und soll in etwa vier bis fünf Wochen abgeschlossen sein. Wir halten die Herausgabe nach wie vor für sinnvoll, da es zweifellos noch längere Zeit dauern wird, bis eine deutsche Ausgabe aus der VR China vorliegen wird, die natürlich wesentlich umfangreicher und gründlicher sein wird als unser Projekt. Unsere Zusammenstellung wird sich – wie schon angekündigt – ausschließlich auf offizielle chinesische Veröffentlichungen stützen und sich dadurch von gewissen bürgerlichen Schmökern unterscheiden, in denen „sensationelle" angebliche Äußerungen Mao's auf dem kapitalistischen Markt verhökert werden.

China nach dem Rechtsputsch

Fortsetzung von Seite 1

2. Die chinesische Außenpolitik seit der Ernennung Hua's zum amtierenden Ministerpräsidenten (im Februar) ist durch eine weitere Rechtsentwicklung gekennzeichnet, d.h. durch verstärkte Anlehnung an den Imperialismus, einschließlich des US-Imperialismus und durch verstärkten Antisowjetismus als obersten Maßstab aller Entscheidungen. Schon aus diesem Grund ist kaum wahrscheinlich, daß es jetzt eine „Annäherung“ an die Sowjetunion geben könnte.

Außerdem werden u.a. Dschang Tschun-tjiao (wie vor ihm übrigens auch schon Lin Biao!) „prosowjetische Tendenzen“ nachgesagt. Dahinter könnte soviel stehen, daß die „Linken“ (auch wenn sie sich dem herrschenden außenpolitischen Kurs völlig angepaßt hatten) im Grunde immer mehr der „Annäherung“ an die Sowjetunion als an den US-Imperialismus zuneigten, weil die erstere Alternative ungleich bessere Möglichkeiten zur Unterstützung der Befreiungs- und Klassenkämpfe in der Dritten Welt und in den kapitalistischen Ländern eröffnet (vgl. dazu in diesem und im nächsten AK den Artikel „Es lebe der Sieg im Volkskrieg!“).

Die revisionistischen Spekulationen auf eine „Annäherung“ der VR China und die Fühler revisionistischer Politiker in diese Richtung dürften also mit einer Enttäuschung enden. Sie sind wohl eher das Produkt eines degenerierten Wunschdenkens, das angesichts eines Schlags gegen die „Linke“ und der offenen Machtergreifung durch sogenannte „Pragmatiker“ sich automatisch einen eigenen Vorteil verspricht.

Die Rolle der chinesischen Massen

Die Rolle der chinesischen Massen

Typisch für eine bestimmte Art von blauäugigen Märchen-Erzählern ist die folgende Behauptung der „KVZ“ des KBW: „ ... *Seit langem sind dem Volk bestimmte Auseinandersetzungen im Politbüro und im Zentralkomitee der Kommunistischen Partei Chinas bezüglich dieser vier bekannt, und es gab kaum Überraschung, als die Massen am 7. Oktober erfuhren, daß einen Tag zuvor die Vier unter Hausarrest gestellt worden waren. Es ist eben nicht so, wie es in der westlichen Presse heißt, daß das chinesische Volk über die Kämpfe in der Parteiführung nicht Bescheid weiß, sondern das Gegenteil ist der Fall ...* “ („KVZ“, 28.10.).

Dies ist zweifellos herzlich gut gemeint. Falls es stimmen sollte, müßte man annehmen, daß die Zeitungen in der VR China nicht als Informationsmittel dienen, sondern lediglich in zig Millionen Auflage gedruckt werden, um „den Westen“ irrezuführen. Nur einige Beispiele: Die „KVZ“ behauptet, daß die chinesischen „Massen“ schon am Abend des 7. Oktober von der Festsetzung der Vier erfahren hätten. Fakt ist, daß bis heute (31.10.) noch kein Wort darüber in der chinesischen Presse zu lesen war. Fakt ist weiter, daß erst mehr als eine Woche später, etwa am 15. Oktober, die Massendemonstrationen in Schanghai einsetzten. Zum Vergleich: Die Absetzung Deng Hsiao-pings und die Ernennung Huas im April wurde noch am selben Tag durch Presse und Rundfunk bekanntgegeben, am folgenden Tag begannen die Massendemonstrationen ...

Eine weitere Tatsache: Die chinesische Presse veröffentlichte am 9. Oktober einen Beschluß des ZK vom 8. Oktober, wonach Hua an der Spitze einer Kommission für die weitere Herausgabe der „Ausgewählten Werke Mao Tse-tungs“ steht. Erst am 24. Oktober (!) wurde offiziell von Wu Dö auf der Massenkundgebung in Peking bekanntgegeben, daß es auch einen ZK-Beschluß vom 7. Oktober geben soll, wonach Hua Guo-feng neuer Parteivorsitzender ist. Im Wortlaut wurde dieser Beschluß übrigens bis heute nicht veröffentlicht! ...

Diese Tatsachen zeigen bereits, daß die chinesischen Massen keineswegs „wohlinformiert“ sind. Dasselbe zeigte schon die Polemik gegen Lin Biao. Diese hätte sich zweifellos nicht länger als ein Jahr, auf peinlich plattem Niveau und ohne den geringsten Bezug zu belegten inhaltlichen Positionen Lin Biaos bewegt, wenn in Wirklichkeit die chinesischen Massen Kenntnis über die wirklichen Hintergründe der Angelegenheit gehabt hätten.

Allerdings gibt es ein abgestuftes Informations-System in der VR China, was auch bedeutet, daß innerhalb der Partei viele Vorgänge jedenfalls besser bekannt sind, als es die Presse widerspiegelt. Kader wiederum sind besser und früher informiert als die Masse der „einfachen“ Parteimitglieder usw. Eindeutig ist aber, daß derzeit die inhaltlichen Auseinandersetzungen um den Weg Chinas durchaus nicht öffentlich, vor und unter den Massen, geführt und entschieden werden.

Die Massendemonstrationen für Hua Guo-feng und gegen die „parteifeindliche Viterer-Clique“ nur als Ausdruck von Verwirrung, Uninformiertheit oder Opportunismus zu interpretieren, dürfte allerdings den Sachverhalt nicht richtig wiedergeben. Zum einen heben die Berichte der bürgerlichen Presse über die Demonstrationen übereinstimmend die besonders starken Emotionen vieler Demonstranten gegen die „Vierer-Clique“ und den besonderen Jubel über deren Sturz hervor, was in der Tat darauf schließen läßt, daß der Rechtsputsch der Hua-Gruppe durchaus eine soziale Basis hat – im Partei- und Staatsapparat, aber auch in Schichten der Arbeiterklasse, die sich von Prämiensystem und Lohndifferenzierungen mehr versprechen als von den Gleichheits-Parolen der „Linken“ sowie auch in Teilen der Bauernschaft – also insgesamt dieselben sozialen Schichten, die Träger des „konterrevolutionären Zwischenfalls“ auf dem Tien-An-Men-Platz in Peking Anfang April waren.

Damals ging es um die Unterstützung Deng Hsiao-pings. Daß die „Linken“ in diesen Schichten viele Gegner haben und daß ihnen von dort jetzt Haß und Schadenfreude entgegenschlägt, ist nicht verwun-

„Linken“ in diesen Schichten viele Gegner haben und daß ihnen von dort jetzt Haß und Schadenfreude entgegenschlägt, ist nicht verwun-

derlich. Schon unter relativ ungünstigen Bedingungen waren die Rechten mit dem „konterrevolutionären Zwischenfall vom Tien-An-Men“ offen provozierend und gewalttätig aufgetreten. Heute, da sie sich als Herren des Landes fühlen, toben sie natürlich noch toller und ungehemmter.

Ein zweiter Faktor ist die Tatsache, daß nach den Berichten (wie man auch im Fernsehen z.T. sehen konnte) überdurchschnittlich viel Soldaten und Schulkinder die Reihen der Demonstrationen füllten – also Menschen, die entweder abkommandiert waren oder die gar nicht begriffen, um was es eigentlich ging.

Ein dritter Faktor ist, daß die gegen die „Vierer-Clique“ erhobenen schwerwiegenden Beschuldigungen (Mordanschläge, Putschpläne) sowie andererseits die Behauptung, Mao selbst habe Hua Guo-feng zu seinem Nachfolger bestimmt und habe ihm „grenzenlos vertraut“, bei vielen Menschen zunächst einmal ihre Wirkung haben.

Ein vierter Faktor ist, daß schon seit dem Tode Mao's eine Kampagne läuft, man müsse sich „noch fester um die Parteiführung scharen“, man müsse allen Anweisungen der Parteiführung gehorchen usw., wobei der enge Zusammenhang zwischen Partei und Massen, zwischen Führung und Massen sowie die kritische Haltung („Rebellion ist gerechtfertigt“) ziemlich unter den Tisch fielen.

Hinzu kommen die seit längerem in diesem Zusammenhang wiederholten Aufrufe zur Verteidigung der „Einheit der Partei“. Es ist also sicher für viele Parteimitglieder erst einmal selbstverständlich gewesen, im Interesse der „Einheit der Partei“ die Beschlüsse des ZK zu unterstützen, auch falls sie Widersprüche dazu haben.

Ein fünfter Faktor ist, daß die „Linken“ ganz offensichtlich sich seit der Großen Proletarischen Kulturrevolution relativ weit von den Massen entfernt hatten.

Ein sechster Faktor ist, daß die Hua-Gruppe bisher ganz bewußt nur die vier „Linken“ im Politbüro sowie eine relativ äußerst kleine Zahl ihrer Anhänger (in Schanghai und an den Pekinger Universitäten) angegriffen hat, während die Masse der „linken“ Kader und der „linken“ Teile des Volkes vorerst „geschont“ wird und sich in dieser Situation wohl kaum politischen Gewinn davon versprechen könnte, jetzt offen gegen die Hua-Gruppe aufzutreten.

Die Hua-Gruppe sitzt somit erst einmal recht fest im Sattel. Ihre Schwierigkeiten werden beginnen, sobald sie für die Massen spürbar den Kurs der chinesischen Innenpolitik zu ändern versuchen wird.

So sehen's die anderen ...

Zu den Ereignissen in der VR China liegen mittlerweile die ersten Stellungnahmen aus der ‚Linken‘ vor.

Erwartungsvoll sind die ersten Äußerungen der Revisionisten. Triumphierend registriert der Westberliner „Extra-Dienst“: „... *die am meisten chaotisch agierenden Kleinbürger wurden ausgeschaltet. Man kann vermuten, daß der Maoismus Mao nicht lange überleben wird und die Zeit des Herumstocherns im Nebel, die den Steuermann auszeichnete, zu Ende geht. Daß die Einberufung eines Parteitages in Aussicht gestellt wird, läßt auf die Rückkehr Chinas zu verfassungsmäßigen Zuständen hoffen...* “ (15.10.). Die „Tat“ frohlockt: „ *Wenn die als ‚Pragmatiker‘ beurteilten neuen Führer ihrem Volk mehr Lebensstandard und ihrer Wirtschaft mehr Modernität geben wollen , dann werden sie über kurz oder lang vor der Frage stehen, ob der Rüstungsaufwand und der Zustand dauernder Militarisierung des eigenen Volkes damit vereinbar sind...* “ (22. 10.)

Die Freude der Revisionisten erklärt sich leicht: Die „Linken“ sind in ihren Augen identisch mit den „*chaotischen Verhältnissen der ‚Kulturrevolution‘* “ („Tat“, 22.10.), während der Begriff „Pragmatiker“ natürlich gleichgesinnte Seelen vermuten läßt und die Revisionisten zu den kühnsten Träumen hinreißt. Im Übrigen erhoffen sie sich – der Teufel mag wissen, wieso eigentlich ?! – von der Hua-Gruppe eine Verbesserung des Verhältnisses zur Sowjetunion.

Große Freude bestimmt auch den Ton der vaterländischen „KPD“, die sich diesmal mit Windeseile auf die „richtige“ (=siegreiche) Seite geschlagen hat: „*Wir beglückwünschen Genossen Hua Guo-feng aufs herzlichste*“ ...Mit religiöser Inbrunst wird

gen hat: „*Wir beglückwünschen Genossen Hua Guo-feng aufs herzlichste*“ ...Mit religiöser Inbrunst wird

versichert, die „KPD“ habe „*das feste Vertrauen*“, das nun in der VR China alles bestens laufen werde. Worauf sich dieses Vertrauen eigentlich stützt, wird nicht erklärt. Die „KPD“ betätigt sich da ganz als Prophet und stellt dem Hua gleich den Blanko-Scheck aus: „*Wir sind sicher: Die kommunistische Partei Chinas wird unter Ihrer Führung das Banner des proletarischen Internationalismus hochhalten*“. So wie die „KPD“ diese Begriffe interpretiert, dürfte sie damit allerdings wohl sogar recht behalten...

Ansonsten wird „zur aktuellen Information“ eine Hetzrede des Pekinger Bürgermeisters Wu Dö gegen die „Linken“ vom 24.10. nachgedruckt („Rote Fahne“, 27.10.).

Auf einer ähnlichen Ebene bewegt sich die erste Reaktion des KBW. Unter der Überschrift „*Die Massen feiern die Wahl des Genossen Hua Guofeng zum Vorsitzenden des Zentralkomitees der Kommunistischen Partei Chinas und den Sieg über die parteifeindliche Clique*“ druckt die „KVZ“ einen Bericht ihres Pekinger „Korrespondenten“ Uwe Kräuter ab, der die derzeit in der VR China kursierenden Vorwürfe gegen die „Linken“ zusammenfaßt. Eines eigenen Kommentars und einer Wertung und politischen Einordnung enthält sich der KBW („KVZ“, 28.10.). Dieses verfaulte Gesindel, das weiß man mittlerweile, würde sogar den Genossen Mao Tse-tung verraten, wenn es sein müßte!

Nicht absolut unerwartet, aber doch ziemlich aus dem Rahmen fallend war die erste Reaktion der „KPD/ML“: In der Ausgabe vom 23. 10. (die in Wirklichkeit schon ab 19.10. verkauft wurde) druckte der „Rote Morgen“ über zwei Seiten Zitate Mao Tse-tungs „über die Fortführung des Klassenkampfes im Sozialismus“ – mit einer ziemlich eindeutigen Stoßrichtung gegen die Hua-Gruppe. Unterstrichen wurde diese Stoßrichtung durch Fotos von Tjiang Tjing neben Mao und von Wang Hung-wen sowie einem reichlich kurzen und vorsichtigen, aber in der Tendenz doch klaren Kommentar auf der Titelseite. Ein Artikel „Es lebe die revolutionäre Peking-Oper auf der letzten Seite, wieder mit Bild von Tjiang Tjing und Hinweisen auf deren Verdienste um die Revolutionierung der Peking-Oper, vervollständigte das Bild.

Insgesamt fehlt aber bislang jedes klare Wort, jede politische Einschätzung zu den Vorgängen. Lediglich rein stimmungsmäßig wird angedeutet (mit den Fotos etc.), wo man steht. Hierzu gehört auch, daß in der folgenden Ausgabe des „RM“ (30.10.) kein Wort zu den aktuellen Ereignissen in der VR China zu lesen war.

Die „Rote Fahne“ des KAB„D“ bemüht sich, alle Berichte aus der VR China als „*wilde Spekulationen*“ abzutun. „*Die chinesische Partei ist keine Partei, in der sich Parteiführer entsprechend der Palastphantasie bürgerlicher Schreiberlinge gegenseitig nach Belieben ausschalten*“, tönt es da.

Freilich, die offiziellen Vorwürfe der Hua-Gruppe gegen die „Linken“ vermitteln ein anderes Bild: Da ist von Putschplänen, Mordanschlägen, „Machtbesessenheit“, Fälschung von Weisungen Mao's etc. die Rede. Übrigens dieselben bzw. ähnliche Vorwürfe, wie sie auch schon gegen die 1971 ausgeschaltete Lin-Biao-Gruppe erhoben wurden. Das scheinen also, glaubt man den offiziellen Angaben, durchaus gängige Methoden in der chinesischen Führung zu sein?...

Ansonsten äußert der KAB„D“ eine zeitlose Zuversicht: „...*Jedoch welche Manöver diese Reaktionäre* (gemeint sind die „bürgerlichen Schreiberlinge“ – Anm. AK) *auch unternehmen, das Rad der Geschichte dreht sich nicht in ihre Richtung. Wo Klassenwidersprüche sind, dort ist Klassenkampf und dort geht die Entwicklung unaufhaltsam in Richtung auf ihre Beseitigung...*“ Ach ja, das ist alles so wahr und alles so schön und alles so unheimlich blöd und nichtssagend!

Unheimlich hilfreich sind auch die Kommentare der Trotzkisten, deren Weisheit in der Schlagzeile „*Das chinesische Rätsel*“ („Was tun“, 21.10.) trefflich zusammengefaßt ist. Für sie stellt das ganze sich dar als „*Machtkämpfe zwischen rivalisierenden Cliquen der chinesischen Bürokratie*“ („spartacus“, 25.11.). Da sie keinen politischen Hintergrund dieser „Machtkämpfe“ erkennen, sind sie

(„spartacus“, 25.11.). Da sie keinen politischen Hintergrund dieser „Machtkämpfe“ erkennen, sind sie

auch außerstande, hinter diesen „Machtkämpfen“ den Rechtsruck der chinesischen Politik und den drohenden Angriff auf die Errungenschaften der chinesischen Werktätigen zu erkennen. Im Gegenteil: „Was tun“ betont ausdrücklich, „*daß die Entmachtungen einen klar begrenzten Charakter haben*“ (ja, n o c h , liebe Genossen!) und eine größere „*Offensive der herrschenden Apparatfraktion*“ (der Hua-Gruppe) auch gar nicht im Interesse der „*gemeinsamen – parasitären – Interessen der Bürokratie*“ liegen würde (28.10.). Wenn man ernsthaft glaubt, wie die Trotzkisten, hier würde bloß zwischen „Apparatfraktionen“ sozusagen ‚pur‘ um die Macht gekämpft, steht man natürlich wie der Ochs vor den p o l i t i s c h e n Konsequenzen der Vorgänge! Da bleibt dann nur der hoffnungsvolle Blick auf „die weitverbreitete Unzufriedenheit unter den chinesischen Arbeitern und Bauern“ („Was tun“, 28.10. – woher haben die Genossen bloß ihre Informationen?) und die Erwartung, daß demnächst „*das chinesische Proletariat unter der Führung einer authentisch-revolutionären Arbeiterpartei die Bürokratie hinwegfegt und eine Rätedemokratie errichtet*“, wofür die Bedingungen angeblich „*seit der Kulturrevolution und seit dem allmählichen Aussterben der ‚Alten Garde‘ des Maoismus günstiger als zuvor*“ seien („spartacus“, 25.11.). Daß die aktuellen Vorgänge jedoch für die chinesischen Werktätigen einen R ü c k s c h l a g bedeuten, wird anscheinend noch gar nicht begriffen. Der im Grunde ziemlich unpolitische Charakter der trotzkistischen „Bürokratie“-Theorie wird daran sichtbar.

Aus dem Ausland liegen uns bisher nur wenige Kommentare vor. Die parteipolitisch unabhängige portugiesische Wochenzeitung „Gazeta“ (sie steht der revolutionären GDUP-Bewegung und insbesondere wohl dem MES nahe) hat in einer außerordentlich raschen Reaktion (Ausgabe vom 14.1o.) von einem „*25. November in China?*“ gesprochen (am 25.11. letzten Jahres putschte die portugiesische Rechte – unter dem Vorwand, die Linke habe einen Staatsstreich versucht!). Es handle sich in China „*um einen regelrechten Polizei-Staatsstreich, ausgeführt von der Parteirechten und auf Kosten der Massen*“. Das sei „ *der zweite Tod Mao Tse-tung's. Es würde bedeuten, daß die Parteirechte, die sich der Kulturrevolution widersetzte und dabei hart von den Massen geschlagen wurde, durch einen Polizei-Putsch an die Macht zurückgekehrt ist*“. Reaktionen insbesondere vom MES und von der UDP liegen noch nicht vor.

In Italien sind die Reaktionen der revolutionären Linken bisher durchweg als lau zu bezeichnen. Am klarsten scheint Lotta Continua die Ausschaltung der „Linken“ abzulehnen. Mehr oder weniger deutlich vertreten (es scheint auch noch unterschiedliche Einschätzungen zu geben) wird von LC die Meinung, daß es sich dabei um einen Rückschlag für die chinesische Revolution und um eine Verschiebung des Kräfteverhältnisses zuungunsten der chinesischen Massen handelt. Es wird aber mehr die F o r m der Vorgänge kritisiert, als daß diese schon in ihrer ganzen Tragweite erkannt würden. – Gedämpft ist vorerst auch die Kritik der PdUP („il manifesto“), die sich ganz vorwiegend nur an der Form festmacht, nachträglich auch ihre Unzufriedenheit mit der Form (!) der Ausschaltung der Lin-Biao-Gruppe zu erkennen gibt und in zurückhaltenden Worten die Ausschaltung der „Linken“ auch als einen Rückschlag erkennen läßt. Die dritte relevante Organisation der revolutionären Linken, Avanguardia Operaia, beschränkt sich weitestgehend auf eine objektivistische „Berichterstattung“, auf minimale Kritik an den „Formen“ der Ereignisse und ansonsten Warnungen, daß es noch viel zu früh sei, um eine Einschätzung schon zu treffen. Die „ML“-Partei PCd'I(ml), die der hiesigen „KPD/ML“ entspricht, scheint in ihrer ersten Reaktion „durch die Blume“ ihre Kritik an der Ausschaltung der „Linken“ anzudeuten.

In Frankreich haben die kommunistische Organisation Revolution! und die OC-GOP (die beiden Organisationen stehen kurz vor dem Zusammenschluß) eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, die insgesamt etwas gewunden und weitschweifig anmutet und mehr „prinzipieller“ Natur ist. Immerhin enthält

samt etwas gewunden und weitschweifig anmutet und mehr „prinzipieller“ Natur ist. Immerhin enthält

sie die konkrete Aussage, daß die Genossen die Vorgänge in der VR China für einen Rückschlag in der chinesischen Revolution halten, der ernste Konsequenzen haben kann. Andererseits schwächen sie dies ab durch die These, daß die Ereignisse „*nicht entscheidend*“ seien, „*China wird seine Farbe nicht ändern, der Klassenkampf geht weiter und wird weitergehen. Die politische Linie entscheidet alles*“ („Revolution! – l'outil“, 21.10). Na, das könnte der KAB „D“ auch so gesagt haben . . .

In Schweden hat der Förbundet Kommunist (er arbeitet insbesondere mit der italienischen Avanguardia Operaia und mit Revolution! eng zusammen) seine Zeitung „Arbetarkamp“ Nr. 18 mit der Schlagzeile erscheinen lassen „*Niederlage für Mao's Massenlinie*“. Veröffentlicht wird in der Zeitung eine Erklärung, die an die chinesische Botschaft in Stockholm gerichtet wurde und in der „Freiheit für die linken Parteiführer“ gefordert wurde. Ansonsten enthält die Zeitung kaum Kommentare zu den Vorgängen.

In Norwegen hat sich die „ML“-Partei Arbeidernes Kommunistparti (m-l) auf die Seite der siegreichen Hua-Gruppe geschlagen und verkündet deren Vorwürfe gegen die „Linken“, die „parteifeindliche Clique“. Ein Gückwunsch an den erfolgreichen Putschisten Hua darf natürlich nicht fehlen („Klassekampen“, 26.10.).

Soweit die uns bei Redaktionsschluß vorliegenden Reaktionen. Schon jetzt zeigt sich, daß große Teile der revolutionären Linken ziemlich zurückhaltend reagieren – dieselbe Zurückhaltung, die die Reaktion der kommunistischen Parteien auf dem XX.Parteitag der KPdSU 1956 kennzeichnete. Hoffen wir, daß nicht wieder J a h r e vergehen müssen, bis der Groschen fällt! In der „ML“-Bewegung blubbert es erwartungsgemäß. Zwar haben einige Organisationen gleich dem Sieger zugejubelt und damit wieder einmal ihre Hohlköpfigkeit und Prinzipienlosigkeit kundgetan. Die Reaktion der „KPD/ML“ (und wir glauben nicht, daß sie die einzige derartige Reaktion in der internationalen „ML“-scene bleiben wird) verrät bei aller Zaghaftigkeit und Ängstlichkeit doch eine neue Tendenz, die – konsequent fortgesetzt – durchaus auch zu einer Überprüfung der chinesischen Außenpolitik und des eigenen Verhaltens führen könnte. Anzeichen deuten darauf hin, daß die „China-Frage“ längerfristig Anlaß für eine Spaltung und Umgruppierung der „ML“-scene quer durch die bestehenden Organisationen sein könnte.

Wir wollen im nächsten AK über weitere Reaktionen berichten.

Fortsetzung von Seite 1

Kein KKW in Brokdorf!

gerinitiativen geschlossen hatten. Abgewartet wurde aber, bis sich die meisten der ursprünglichen Demonstranten im Laufe des Abends entfernt hatten.

Der erste Versuch, den Bauplatz zu besetzen, ist gescheitert. Aber 5 bis 6.000 Menschen brachten am Sonntag, den 31. Oktober unter der Parole „Wir kommen wieder" ihren Protest gegen den Polizei-Terror vom Vortag und ihre Absicht zum Ausdruck, den Kampf fortzusetzen. Dieser Kampf wird schwierig werden, aber die grundlegenden Voraussetzungen sind nicht schlecht: Der Kampf gegen das KKW Brokdorf ist gerecht und kann daher breite Unterstützung gewinnen!

Derzeit sind die Gegner des KKW massivem Druck der bürgerlichen Presse ausgesetzt: Die „Welt am Sonntag" wußte zu berichten, *„bei dem harten Kern der Demonstranten"* habe es sich um „KPD/ML" und KBW gehandelt (31.10.). Eine etwas andere Version bot die SPD-nahe „Hamburger Morgenpost" an: Aus der Demonstration der Bürgerinitiativen machte sie eine *„Proteststernfahrt der DKP": „Das ruhige Brokdorf in der Wilstermarsch wird heute einen heißen Tag erleben. Die DKP hat zu einer Proteststernfahrt gegen den Bau des Kernkraftwerkes Brokdorf aufgerufen"* (30. 10.).

Mit diesem durchaus bewußten „Unsinn" wird zum einen versucht, die Bürgerinitiativen und die KKW-Gegner insgesamt zu diffamieren, speziell auch in der ländlichen Bevölkerung der Umgebung; zum anderen sollen die Bürgerinitiativen veranlaßt werden, sich von „den Kommunisten" zu distanzieren. Speziell der KBW hat dazu von der anderen Seite seine Zuarbeit geleistet.

Besonders makaber ist, nebenbei, daß die ÖTV sogar eine Demonstration f ü r das KKW Brokdorf geplant hatte, um *„zu zeigen, daß sie für Erhaltung und Schaffung von Arbeitsplätzen in Brokdorf ist"* („MoPo", 30.10.). Auch die Polizei-„Gewerkschaft" sah sich zu der Erklärung veranlaßt, sich (!) wolle dafür sorgen, daß *„in unserem Rechtsstaat (!?) gültiges Recht und Gesetz beachtet wird"* („MoPo").

Der Kampf gegen das KKW Brokdorf geht weiter! Wassergraben, Stacheldraht, Bullen Hunde und Pferde werden ihn nicht aufhalten, wenn es gelingt, die a k t i v e Unterstützung der Bevölkerung zu gewinnen und auf breiter Basis den Kampf langfristig zu organisieren!

Kein Atomkraftwerk in Brokdorf oder anderswo!

Augenzeugenbericht über das Vorgehen der Polizei

Als ich nach einem längern Fußmarsch (die Straße von Brokdorf war abgeriegelt worden) wieder zum Gelände kam – das war ca. 20.20 Uhr – bot sich folgendes Bild: Auf dem besetzten Teilabschnitt des Baugeländes befanden sich etwa 300 bis 500 Demonstranten, auf der Straße vielleicht 200. Die Bürgerinitiative hatte sich auf dem Platz eingerichtet, es war ein größeres Zelt als Zentrum aufgebaut worden, von dem aus Erbsensuppe und Brote ausgegeben wurden. Um das Zelt standen ca. zwölf Zweimannzelte. Ringsum brannten mehrere Lagerfeuer, an denen sich die Besetzer aufhielten und diskutierten oder Lieder spielten. Das besetzte Karree war mit Stacheldraht von der Polizei eingezäunt worden. An zwei Seiten hatten insgesamt drei Wasserwerfer mit zahlreichen Polizisten in Ketten Stellung bezogen.

Die Demonstranten hatten einige Leitplanken von der Straße abgeschraubt und daraus eine Brücke vom Gelände über den Wassergraben zur Straße gebaut. Auf der Straße vom Deich her rückte ein weiterer Wasserwerfer mit mindestens 200 Polizisten an. Die Demonstranten hatten die Straße mit erbeutetem Stacheldraht an der Flanke zum Gelände abgesperrt.

Über Megaphon gaben Sprecher der Bürgerinitiative vom Zentrum aus Anweisungen. Die Demonstranten sollten sich bei einem Angriff der Polizei friedlich verhalten und um das Zentrum zusammenkommen, sich dort hinsetzen und im Falle eines Angriffs passiven Widerstand leisten. Auch der Polizei gegenüber wurde erklärt, man würde nur passiven Widerstand leisten. Ich habe nicht gesehen, daß Demonstranten sich anders verhalten haben. Der Angriff der Polizei erfolgte dann gegen 20.45 Uhr mit bürgerkriegsmäßiger Präzision.

Auf der Straße durchbrach der Wasserwerfer zusammen mit sehr vielen Polizisten unter Einsatz seiner beiden Kanonen die Absperrung und trieb die Demonstranten in recht schneller Fahrt ca. 200 m weit vor sich her. Dadurch waren die Demonstranten auf der Straße vom Platz abgetrennt. Danach bespritzte er den Platz. Gleichzeitig war das Gelände hell ausgeleuchtet worden. Es wurden zahlreiche Tränengasbomben mitten in die Menge auf den Platz geschossen bzw. geworfen. Nachdem sich die erste Verwirrung gelegt hatte, setzten sich die Demonstranten in Reihen eingehakt auf den Boden. Die meisten erwarteten, sie würden vom Platz getragen oder gedrängt werden.

Das wäre der Polizei auch ohne weiteres möglich gewesen, wenn es ihr nur um die Räumung des Platzes gegangen wäre. Stattdessen stürmte – ohne daß ich vorher auch nur eine Aufforderung der Polizei zum Verlassen des Platzes gehört habe – eine offensichtlich ausgesuchte Gruppe aus ca. 70 schwerbewaffneten Polizisten von h i n t e n auf die sitzende Menge ein. Sie schlugen dabei mit extra langen Gummiknüppeln nicht nur den stolpernden und flüchtenden Demonstranten in den Rücken, sondern auch auf Nacken und Hinterkopf. Gleichzeitig versuchten mehrere, mit Chemical Mace den Leuten seitlich ins Gesicht zu spritzen. Sie gingen dabei mit dieser gefährlichen Waffe so um, als wären es Spielzeugwasserpistolen. Ich wurde mehrmals getroffen, obwohl ich mich in der Mitte der Reihe befunden hatte. Offenbar haben die Polizisten so lange gespritzt, bis ihre Waffen leer waren.

Auch als sich schon die meisten am Rande der Straße befanden, schlugen und traten die Polizisten wild um sich. Es war erschreckend, mit welchen verbissenen, von hemmungslosem Jähzorn verzerrten Gesichtern viele dabei vorgingen. Offensichtlich ging es mehreren von ihnen nicht darum, die Leute zurückzutreiben, sondern möglichst viele zu verletzen.

Vom Rand der Straße aus wurde ich Zeuge folgenden Vorfalls: Die Polizisten schleiften einen jungen Mann, der sich nicht wehrte und möglicherweise gar nicht mehr bei Bewußtsein war, mit zwei Leuten an seinen Beinen anpackend ca. 15 Meter über den Platz. Dabei schlug sein Kopf ständig auf den Bodenwellen auf. Es kamen weitere zwei Polizisten hinzu und packten ihn an den Armen und trugen ihn in Richtung auf einen Wassergraben. Unter Aufschreien der Leute, die das verfolgt hatten, warfen sie ihn in den Wassergraben, in dem das Wasser 20 cm hoch stand. Wenn er tatsächlich bewußtlos war, hätte er dort ohne weiteres ertrinken können. Ich lief deshalb zurück zum Graben. Weil der Graben aber im Schlagschatten der Polizeischeinwerfer lag, konnte man nichts erkennen. Während ich suchte, wurde ich plötzlich von hinten getreten und selbst in den Graben geschubst. Von beiden Seiten des Grabens spritzten Polizisten mit Chemical Mace auf mich ein. Nur weil ich gestolpert war und mich instinktiv duckte, bekam ich das Zeug nur in die Haare, in den Nacken, Schläfe und Wange. Als ich gerade wieder nach oben geklettert war und mich, noch ziemlich benommen, zu orientieren versuchte, schlug ein Polizist schon wieder auf mich ein. Er setzte mir nach, bis ich bei den anderen Demonstranten Schutz fand. Was aus dem Mann im Graben geworden ist, weiß ich nicht.

Kaum war der Platz von Demonstranten frei, steckten die Polizisten sämtliche Zelte in Brand und pflügten die Reste mit einem Bulldozzer ein.

Ich schlage vor, andere Zeugen des Vorfalls mit dem Mann im Wassergraben aufzurufen, sich mit ihren Aussagen an das IKAH zu wenden, um möglicherweise eine Anzeige wegen versuchten Totschlags zu erstatten.



Presseerklärung der Bürgerinitiative Umweltschutz Unterelbe, Brokdorf, 30. Oktober 1976

Es gibt eine lange Tradition des Widerstands. Henneke Wulff in der Wilstermarsch und viele, viele andere. Wo wären wir heute, wenn nicht vor 100 Jahren mutige Arbeiter in gesetzwidrigen Streiks ihre Existenz und nicht selten ihr Leben auf's Spiel gesetzt hätten? Welches Ansehen hätten wir Deutschen, wenn nicht auch im Dritten Reich Widerständler genauso gehandelt hätten?

Die BUU ist stolz darauf, daß am 30. Oktober 1976 so viele Mitbürger, vor allem junge Mitbürger, in gleicher beispielhafter persönlicher Courage den Platz des Atomkraftwerkes Brokdorf besetzt haben.

Bei der Erstürmung des Platzes, der durch Wassergraben, Stacheldrahtzaun, drei Rollen NATO-Stacheldraht und einen zwei Meter hohen Maschendrahtzaun gesichert war, schritt der Werkschutz der HEW/NWK mit Hunden, Schlagstökken und der chemischen Keule ein.

Die Umweltschützer eilten dann überall auf den Platz. Ein Zeltdorf wurde aufgebaut und die Bevölkerung begann, die Platzbesetzer mit warmem Tee, Milch und Eßwaren zu versorgen. Auf dem Platz demonstrierten die Umweltschützer gewaltlos, und sie waren wehrlos. Trotzdem folge daraufhin ein mehrstündiger Polizeieinsatz von unvorstellbarer Brutalität.

Zunächst ritten Polizisten durch die Demonstranten, die eng gedrängt auf dem Boden saßen oder den Brükkenkopf verstärkten. Dann wurden Wasserwerfer und Tränengas eingesetzt, um die Breschen zurückzuerobern und mit Stacheldrahtrollen neu zu sichern. Daraufhin errichteten die Umweltschützer, es waren jetzt noch ca. 800 Bürger auf dem Platz, eigene Stacheldrahtsperren, um den letzten Durchbruch freizuhalten.

Diese Sperre auf der Kreisstraße wurde von der Polizei durch Einsatz von Wasserwerfern, Schlagstöcken und chemischer Keule gestürmt, Anschließend wurden die auf dem Platz eingekreisten Umweltschützer mit gleichen Mitteln vertrieben. Das Zeltdorf wurde zusammen mit allen zurückgebliebenen Sachen, darunter auch Kleidungsstücke mit Ausweisen, von der Polizei zusammengetragen und sofort verbrannt.

Die chemische Keule wurde teilweise aus wenigen Zentimetern Entfernung mehrfach hintereinander angewendet. Wer nicht selbst getroffen wurde, wer nicht das minutenlange Schmerzgebrüll gehört hat, kann sich die Wirkung der chemischen Keule nicht vorstellen.

Die Verletzten wurden von der BUU ambulant behandelt und zu den Ärzten und Krankenhäusern der Umgebung gebracht.

Im Namen aller Mitglieder verurteilen der Vorstand und seine Regionalvertreter den Polizeieinsatz und das Verhalten einzelner Polizisten auf das Schärfste und fordern einstimmig:

Zuchthaus für Innenminister Tietzk
Zuchthaus für den Leiter des Einsatzes
Zuchthaus für die Polizisten, die ohne Notwehr aus nächster Nähe die Keule mehrfach anwendeten
Zuchthaus für den Geschäftsführer der HEW
Zuchthaus für den Geschäftsführer der NWK
Zuchthaus für den Geschäftsführer der Brokdorf GmbH, Dr. Voss
Zuchthaus für die Werkschutzleute, die chemische Mittel ohne Notwehr anwendeten.

KEIN KERNKRAFTWERK IN BROKDORF UND AUCH NICHT ANDERSWO

SOFORTIGE RÄUMUNG DES BAUPLATZES

Warum werden Kernkraftwerke gebaut?

Mit einem gigantischen Plan, mit Kosten von über 100 Mrd. DM, sollen in der BRD bis 1985 insgesamt 51 Kernkraftwerke gebaut werden, sechs davon an der Unterelbe. Je ein Kraftwerk soll etwa so viel Strom liefern, wie in einer Stadt wie Hamburg verbraucht wird. Die Kernenergie ist nach dem Plan der Bundesregierung die Energie der Zukunft, ein immer größerer Teil der verbrauchten Energie soll Atomstrom sein.

Warum soll die Kernenergie „die Energie der Zukunft" sein?

Sollte man den Werbebroschüren der Bundesregierung bzw. der Elektrizitätswerke Glauben schenken, dann muß man schon ein völlig unbeleckter Vollidiot und fortschrittsfeindlicher Vertreter sein, wenn man überhaupt etwas gegen Kernkraftwerke hat. Angeblich liefert die Kernenergie trotz enormer Baukosten den billigsten Strom, den man überhaupt haben kann. Angeblich gehören Kernkraftwerke zu den umweltfreundlichsten Industrieanlagen überhaupt!

Und die Sicherheit! Bombensicher! So sicher, daß die Bundeswehr ohne weiteres bei ihren Übungsflügen das Kernkraftwerk im Tiefflug ansteuern kann! (wie in Biblis geschehen). Das Risiko bei Kernkraftwerken ist praktisch Null („Restrisiko" nennt es Forschungsminister Matthöfer), laut HEW so: „Durch den Betrieb von 30 stadtnahen Kernkraftwerken zu Schaden zu kommen, entspricht etwa dem Risiko, von einem Meteor getroffen zu werden", das ist bekanntlich ja noch nie der Fall gewesen. „Menschliches Versagen" ist natürlich auch „nahezu" ausgeschlossen.

Und die Strahlenbelastung? Eine Röntgenassistentin müßte bei ihrer Strahlenbelastung schon längst tot sein, wenn durch die Kernkraftwerke jemand zu Schaden kommen würde!

Das sind die immer wieder geäußerten Beteuerungen, bei denen man sich fragen muß, wieso es überhaupt so großen Widerstand gibt!

An einigen Fragen wollen wir etwas zu der Methode dieser Beteuerungen sagen. Unbestrittener Fakt ist, daß die Kernkraftwerke, die betrieben werden, alle radioaktive Stoffe in Luft und Wasser abgeben. Zwar ist die Strahlenbelastung im „Normalfall" tatsächlich minimal, allerdings handelt es sich bei den ausgeschiedenen Stoffen (im Gegensatz beispielsweise zur Röntgenröhre) z.T. um solche, die wie Jod in der Schilddrüse angereichert werden und dort verhehrende Wirkung haben können. Doch wer will nachweisen, daß ein eventueller Krebsfall tatsächlich durch das Kernkraftwerk verursacht wurde? Man kann ja zumindest die Raten so festsetzen, daß dies schwer sein dürfte! Bestimmte chemische Gifte kann man dagegen haargenau nachweisen – folglich ist und bleibt die Kernenergie „umweltfreundlich" – und damit hat sich's!

Unbestritten ist die Tatsache, daß bei dem größtmöglichen Unfall im Kernkraftwerk (dem sog. GAU) zwar das Ding nicht wie eine Atombombe in die Luft fliegen kann, aber, die Umgegend derartig verseucht werden kann, wenn die radioaktive Schmelze ins Grundwasser gerät, daß dort die Menschen in der Umgebung getötet würden! Nun, da kontert die KKW-Werbung damit, daß dies eben total unwahrscheinlich wäre, eben wie wenn man von der Sternschnuppe auf den Kopf getroffen würde! Das ganze ist ungefähr so, als wenn man etwa beim Betreten eines Zimmers mit einer „gewissen Wahrscheinlichkeit" erwarten müßte, daß einem dabei die Decke auf den Kopf fällt! Dabei sollte doch ein möglicherweise baufälliges Haus abgerissen werden.

Fakt ist, daß es zahlreiche Unfälle in Atomkraftwerken gegeben hat, die ein Ablassen von radioaktivem Material in Flüsse zur Folge hatten. Vielfach sind dabei Katastrophen nur durch glückliche Zufälle nicht eingetreten. Die Behörden „trauen" ihren eigenen Sicherheitsvorkehrungen derartig, daß für die Umgebungen der Kernkraftwerke entsprechende Katastrophenpläne existieren, wie vielfach von Bürgerinitiativen nachgewiesen wurde – für den Niedergang von Meteoren gibt es natürlich keine!

Neben dem Risiko durch die Kernkraftwerke selbst kommt für die Bevölkerung in den meist ländlichen Standorten hinzu, daß dort in der Umgebung dieser Kraftwerke moderne Industrieanlagen, wie an der Unterelbe, geplant sind, die zur Ruinierung der Landwirtschaft führen.

Von den entsprechenden verantwortlichen Stellen wird immer wieder betont, daß ohne Kernkraftwerke es zu einer „Energielücke" in den 80-er Jahren kommen würde, und dann „die Lichter aus" gehen würden. Der Grund, daß es unbedingt Kernkraftwerke sein müssen, ist darin zu sehen, daß die Kernenergie als sicher etwa vor der angeblichen „Erpressung der Ölscheichs" angesehen wird. Daß die Kapitalisten davon träumen, dadurch eine über längere Zeit hinweg „autarke" Energieversorgung sichern zu können. Schon heute lagert derartig viel Kernbrennstoff in der BRD, daß damit sämtliche Atomkraftwerke über mehrere Jahre hinweg betrieben werden können. Aus diesem Grunde wird heute auch der Bau weiterer Kraftwerke, die mit Mineralöl beheizt werden, untersagt!

Der Aufbau der „friedlichen" Kernenergie gibt den Kapitalisten gleichzeitig die Möglichkeit, eigene Atomwaffen zu bauen. Allein ein Atomkraftwerk liefert so viel radioaktive Abfallstoffe, daß daraus mehrere Atombomben pro Jahr gebaut werden könnten. Die Herrstellungsanlagen für Atombomben sind die gleichen, die auch zur Bearbeitung der Kernbrennstoffe der Kraftwerke verwendet werden! Damit könnte eines Tages die Bundeswehr auch Atomwaffen zur eigenen Verfügung erhalten. Zwar ist die Bundeswehr schon heute mit Atomwaffen ausgerüstet, die aber nur mit Zustimmung der NATO insgesamt eingesetzt werden könnten ...

KBW, ade! ...

Große Sympathie und Heiterkeit bei den Volksmassen erntete wieder mal der KBW. Schon vor der Demonstration vom 30.10. hatte er seine gewohnte Zuversicht ausgestrahlt: Auf einem Plakat gab er bekannt, die KKW-Gegner würden vom ganzen Volk unterstützt und der bürgerliche Staat sei völlig isoliert. Nach der Melodie des Volksliedes „Im Frühtau zu Berge ..." hatte das „Rote Sprachrohr", Hamburger Agitprop-Gruppe des KBW, ein fröhliches Liedchen gemacht, das dem urigen Lebensgefühl des KBW den rechten Ausdruck gab: *„Wir werden Euch was husten, die Polizei wegpusten! ..."* (im Originaltext des Liedes heißt es an dieser Stelle weiter: „ ... Ihr denkt wohl, wir wären nicht gescheit, fallera ...").

Nachdem hunderte von Demonstranten auf den Bauplatz eingedrungen waren, hielt der KBW per Megaphon eine Art Imperialismus-Schulung ab („Hier spricht der KBW"), die aber ungewohnterweise bei den Volksmassen kaum Anklang fand und schließlich einigermaßen unsanft beendet wurde.

Später entschloß sich der KBW dann zum „geordneten Rückzug" vom Bauplatz, wobei er – begleitet von Pfiffen und Rufen „KBW, ade!" – die Besetzer wortgewaltig belehrte, sie würden sich hier ja bloß „eine befreite Zone im Kapitalismus" schaffen wollen. 150 bis 200 KBW-ler verließen danach den Platz. Der Eindruck, den sie bei den Volksmassen hinterlassen haben, ist vorzüglich.

Angriffe auf die Presse des KB

Die Klassenjustiz scheint sich jetzt zunehmend auch gegen die Presse des KOMMUNISTISCHEN BUNDES einzuschießen. Allein in den letzten vier Wochen gingen gegen den Presse-Verantwortlichen des ARBEITERKAMPF und REBELL drei neue Anzeigen ein, die zu bearbeiten die Justiz es offensichtlich nicht eilig genug haben konnte:

– Seit dem 24.9. läuft gegen die Verbreitung des Plakats „Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland" ein Ermittlungsverfahren wegen „Verdachts der Beleidigung" der SPD – nur zwei Wochen nach Eingang der Anzeige seitens der SPD! Begründung: *„Das Plakat enthält in großen Buchstaben die Aufschrift ‚Berufsverbote', kleingedruckt eine Liste von Namen und wiederum in großen Buchstaben den Wahlkampfslogan ‚Wir arbeiten weiter am Modell Deutschland – SPD' und erweckt sowohl durch die äußere Gestaltung als auch durch Verwendung eines Wahlkampfslogans der SPD den Eindruck einer Veröffentlichung dieser Partei.."* – Eine tolle „Begründung"!

– Auf Anzeige des berüchtigten Nazi-Hetzers, Mitglied im NPD-Vorstand und Führer der militanten Neo-Nazi-Kreise, Frey, ermittelt die Staatsanwaltschaft gegen uns wegen „Verdacht der Billigung einer Straftat". Grund: In einem Artikel im ARBEITERKAMPF 85 hatten wir zum mysteriösen Tod des nach Frankreich getürmten SS-Verbrechers Peiper geschrieben: *„Sollte tatsächlich Peiper von Antifaschisten hingerichtet worden sein, so können wir nur sagen: Bravo!"*

Der erste Vorladungstermin am 18.10. vor den Ermittlungsrichter lag nur zwei Wochen nach der Anzeige. Dieser Termin ist inzwischen verschoben; ein neuer liegt noch nicht vor.

Bei Anklagen gegen faschistische Umtriebe, ebenso in Verfahren gegen ehemalige KZ-Wächter usw., dagegen scheint es das juristische Gewissen unserer Staatsanwälte und Richter keineswegs so eilig zu haben.

– Am 18.10. wurde uns per Einstweiliger Verfügung („der Dringlichkeit wegen"!) durch das Landgericht Hamburg verboten, „in irgendeiner Weise zu behaupten und zu verbreiten", daß der wegen Nazi-Verbrechen vor Jahren verurteilte und heute in Fuhlsbüttel inhaftierte W. Rosenbaum gegenüber anderen Häftlingen des Knastes bevorzugt behandelt wird.

Mit einer simplen Richtigstellung gab sich das Gericht – offenbar aus guten Gründen – gar nicht erst ab. Da soll noch einer sagen, die westdeutsche Justiz setze sich nicht für die Beschwerden der Gefangenen ein – sofern es sich um NS-Mörder handelt! ...

Über diese neuesten Angriffe hinaus wurden schon in den letzten Monaten Schlag auf Schlag ältere Verfahren beschleunigt und jetzt, zum Teil mit erheblichen Strafen, abgeschlossen.

– So wurde der KOMMUNISTISCHE BUND am 27.8.1976 zur Zahlung von 1.245 DM Strafe wegen „übler Nachrede" gegenüber der Polizei Bremen verknackt. Das ist bereits die dritte Strafe dieser Art und Höhe (siehe MEK-Broschüre). Im ARBEITERKAMPF 73 hatten wir einen Überfall der Bremer Bullen auf das Bremer Frauenzentrum kritisiert, wo unter dem Vorwand der Beschlagnahme eines angeblich „staatsverleumderischen" Flugblattes eine wüste Durchsuchungs- und Schlägerorgie stattfand.

– Ein weiteres Ermittlungsverfahren wegen „Beleidigung der Polizei" steht inzwischen kurz vor dem Urteil. Grund: in einem Flugblatt war die bereits zweite Exekution eines Bankräubers auf dem Hamburger Steindamm durch gezielten MEK-Einsatz als polizeilicher Mord bezeichnet worden (der erste „Fall" war die Exekution des Bankräubers Gonzales im April 74, der Anlaß zum „MEK"-Prozeß gegen den KOMMUNISTISCHEN BUND).

– Am 16.9. wurde nach halbjähriger Ermittlungsdauer förmlich Anklage gegen den Presseverantwortlichen des REBELL erhoben. Die Anklage basiert auf einer Anzeige eines gewissen Herrn G. Schwirz, Konrektor der Albinus-Real-Schule in Lauenburg. Begründung der Anklage: *„In der Ausgabe Nr. 13/Febr. 76, S. 14, in dem Artikel: ‚Damals haben wir noch mit Heil Hitler gegrüßt' heißt es u.a., der Lehrer Schwirz habe in seinem Geschichtsunterricht den Nationalsozialismus in Deutschland einseitig, verniedlichend und verherrlichend dargestellt; insbesondere habe er nicht erwähnt, daß Millionen Soldaten auf den Schlachtfeldern verblutet seien, welche Rolle das Großkapital gespielt, und daß Hitler systematisch die Ausrottung der Juden geplant und durchgeführt habe. – Zudem ist dieser Artikel mit zwei Karrikaturen versehen, die offensichtlich den Lehrer Schwirz als ‚Nazi' darstellen..."*.

2. *„In der Ausgabe Nr. 14/April 76, S. 16, in dem Artikel: ‚Terror – von wem?' heißt es u.a.: ‚Im nächsten Monat haben die 10. Klassen Abschlußprüfung, und es wäre nicht das erste Mal, daß Schwirz Leute absägt, die ihm nicht genehm sind"*.

Dem Angeklagten wird schon in der Anklageschrift erschwerend zur Last gelegt, daß er in mehreren Fällen „einschlägig" vorbestraft sei – sämtlich übrigens Urteile, die nicht aus Zivil-Prozesses, sondern aus sogenannten Staats-Verleumdungsprozessen stammen. Dabei wird neben einer dreifachen Vorstrafe wegen Bullenbeleidigung das noch ausstehende vierte Urteil in derselben Sparte vorsorglich gleich mit aufgeführt! Dies läßt auf Vorbereitungen zu einem massiven Gesinnungsurteil schließen.

– Am 25.8. wurde der Presseverantwortliche des KOMMUNISTISCHEN BUNDES zu DM 600 Strafe wegen „Beleidigung" verurteilt, weil in der Hamburger Branchenzeitung des KL „Der Chemiearbeiter" vom August 1975 die Gewerkschaftssekretäre Holst und Herrling aufgefordert wurden, *„auszuweisen, was mit den monatlichen Beiersdorf-Beträgen von über DM 13.000 jahrzehntelang angefangen wurde"*. Das verständnisvolle Gericht sah bereits in dieser Aufforderung eine Beleidigung, weil sie *„unterstellt, daß die Gewerkschaftsbeiträge .. zweckwidrig in der Industriegewerkschaft Chemie verwendet wurden"*.

Über dieses Trommelfeuer von Verfahren, Urteilen, Anzeigen hinaus häufen sich Anzeigen und Anpöbeleien gegen Plakat-Kleber und – stellvertretend für sie – gegen den Presseverantwortlichen des KB.

– So stellte die SPD kurz vor der Wahl auch noch Anzeige wegen Sachbeschädigung von SPD-Stellschildern „in 20 Fällen".

– So versuchen diverse Schulleiter, die Post-Direktion, die Bahn usw. zunehmend, dem KOMMUNSTISCHEN BUND eine „Sachbeschädigung durch Anbringung ihrer Plakate" anzudichten oder ihm kurzerhand die „Reinigungskosten" aufzuhängen. Besonders „Stadtväter" kleinerer Städte tun sich hervor mit „Verordnungen" wie „Ich verbiete, ich verhänge Bußgeld.." usw.

– Auch gegen Flugblatt-Verteiler und ARBEITERKAMPF-Verkäufer nehmen die Schikanen und Behinderungen zu. In Hamburg ist das besonders spürbar seit der NPD-Provokation vom 7.8.; vor allem aber in kleineren Städten versuchen die „Ordnungsbehörden" massiv die Verbreitung unserer Propaganda zu verhindern.

In den letzten zwei Jahren waren es – außer der „RAF" und Sponti-Gruppen – vor allem die „KPD" und die „KPD/ML", deren Mitglieder mit z.T. terroristischen Urteilen eingeschüchtert werden sollten. Dem KB gegenüber übte die Klassenjustiz relativ dazu eine bemerkenswerte Zurückhaltung. Wir haben das nie so verstanden, daß der KOMMUNISTISCHE BUND nicht auf der Zielscheibe der Angriffe steht. Vielmehr versuchte die Bourgeoisie mit dieser unterschiedlichen Behandlung die Spaltung in der linken Bewegung zu vertiefen.

Im Zuge der Verschärfung des repressiven Klimas ingesamt und angesichts des zunehmenden Einflusses unserer Organisation scheint der Staatsapparat die trügerische Ruhepause auch für den KOMMUNISTISCHEN BUND jetzt beenden zu wollen.

Noch mehr als bisher ist es daher notwendig, die Angriffe der Klassenjustiz auf unsere Presse und auf die Presse der Linken insgesamt nicht individuell oder nur als Problem der eigenen Organisation zu begreifen und sich nicht einzeln fertig machen zu lassen. Es kommt vielmehr darauf an, jeden Angriff „vor Ort" öffentlich zu machen. Darüber hinaus müssen die Angriffe der Klassenjustiz noch mehr als bisher in unserer Presse zusammengefaßt werden, um die demokratische Öffentlichkeit, auch im internationalen Rahmen, so breit wie möglich zu informieren und in Gegenmaßnahmen einzubeziehen.

Wir fordern daher die Leser unserer Presse auf, uns über alle neuen „Fälle" zu berichten.

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Polizeipräsident von Frankfurt, Knud Müller – wann schluckt er Wasser?

Der „ Fall" des kurzzeitigen V-Manns Adolf (Addi) Schlosser, angeklagt wegen „Kraftfahrzeugdiebstahls, Verkehrsgefährdung und Nötigung im Straßenverkehr", kam nach 32-monatiger Untersuchungshaft am 11.10. in Frankfurt zur ersten Verhandlung.

Dieses Verfahren dürfte einiges von den Praktiken der Polizei und deren Führung, namentlich dem berühmt-berüchtigten Müller, und einiges von dem Sumpf und der Kloake der „Gewinnung" von Spitzeln zutage fördern.

Adolf Schlosser beschuldigt die Frankfurter Bullen, ihn im Zusammenhang mit einem Einbruch im Sommer '73 in die Privatvilla Knud Müllers, bei dem neben einem Fahrrad und Schmuck auch dessen Privatpistole (Kaliber 6.35) geklaut wurde, dazu erpreßt zu haben, Spitzeldienste zu leisten und neben der Pistole auch „wichtige Dokumente" zurückzukaufen, oder, falls dies nicht ginge, „mit Gewalt" zu besorgen.

Die Papiere sollen Anlaß dazu gewesen sein, Müller wegen einer „Liebesaffäre" zu erpressen.

Die Zweite Große Strafkammer des Frankfurter Landgerichts hat aufgrund dieser Anschuldigungen jetzt beschlossen, die Angaben Schlossers zu überprüfen. Schlosser hatte ausgesagt, die Bullen hätten ihm, nachdem er „aussteigen" wollte, weil ihm die Angelegenheit „zu heiß" geworden war, eine Straftat untergejubelt, um ihn erneut unter Druck zu setzen. Mit Hilfe eines weiteren V-Manns (Vorsitzender Richter Perseke nennt einen mutmaßlichen Hehler Völker) sei ihm ein gestohlenes Auto untergeschoben worden.

Dann sei eine Verfolgungsjagd auf ihn organisiert worden, in deren Verlauf er von drei Bullen zusammengeschlagen wurde.

Der erste daraufhin befragte Polizeibeamte will nicht gesehen haben, wie Schlosser geschlagen wurde, hat ihn aber im Gesicht und am Kopf bluten gesehen.

Der Kriminalhauptmeister Schmidt gab zu, auch in diesem Fall für die Spitzelanwerbung zuständig gewesen zu sein.

Zum Kauf der Pistole und der Dokumente will Schmidt den Spitzel Schlosser allerdings „nicht direkt" aufgefordert haben.

Trotz des Einspruchs des Staatsanwalts, die Frage der Bezahlung von Spitzeln sei eine polizeiinterne Angelegenheit, bestätigte Spitzelanwerber Schmidt, daß „Spesen erstattet" würden, da es nicht „am Geld liegen soll, wenn an einer Sache was dran ist".

Wie tief steckt Müller drin?

Obwohl bereits nach dem zweiten Verhandlungstag einiges ans Licht gefördert ist, was Schlossers Behauptungen unterstützt, weist Polizeipräsident Müller alles von sich. Über seinen Anwalt gab er die Pressemitteilung raus, *„daß sämtliche (!) Behauptungen, die in den Persönlichkeitsbereich meines Mandanten eingreifen, absolut (!) aus der Luft gegriffen sind"*. Der Anwalt kündigte gleichzeitig straf- und zivilrechtliche Schritte Müllers gegen Schlosser an.

Klar ist bereits, daß die bisher im Gericht überprüften Aussagen Schlossers durchaus nicht aus der Luft gegriffen waren. Zusätzlich erklärte Spitzel-Anwerber Schmidt: Nach der Weitergabe von Schlossers Neuigkeiten habe Müller Schmidt „aufgeklärt", daß die Sache mit der Erpressung „reiner Blödsinn" sei, aber Schmidt solle „mal dran bleiben".

Wir sind natürlich sehr auf Müllers strafrechtliche Verfolgung gespannt.

Dies Vorgehen ist eine alte Masche, die vor Dreck starrende Weste mit wortgewaltigem Getöse und Prozessen reinzuwaschen.

So führt Müller reihenweise Prozesse gegen Genossen, die ihn im Zusammenhang mit der Verfolgung Streckers, der unschuldig im Knast saß, der „Lüge und verbrecherischen Methoden" bezichtigten.

KB/Gruppe Frankfurt



„Ich habe mit Herrn Polizeipräsident Müller gesprochen, und ihn gefragt, was da jetzt weiter laufen soll, und er meint ..., ich soll an der Sache dranbleiben". Spitzelanwerber Schmidt auf die Frage, ob Müller ihm den Auftrag gegeben habe, seine Sachen aus der Unterwelt wieder an's Tageslicht zu befördern (14.10.1976, Gebäude B des Frankfurter Gerichts im Saal 161).

Leserbrief

Trotz Ponyfrisur – nochmal davongekommen

Bei einem kurzen Aufenthalt in dem Dorf Bobenheim an der Weinstraße ist mit neulich wieder erschreckend deutlich geworden, wie verhetzt größere Teile der Bevölkerung durch die Baader-Meinhof-Kampagne des Staatsapparates und der bürgerlichen Presse geworden sind.

In der Gastwirtschaft dieses Ortes hatten sich Ende September zwei Frauen aus einer norddeutschen Stadt eingemietet. Am zweiten Morgen ihres Aufenthaltes wurden sie durch sechs bis an die Zähne bewaffnete Bullen mit entsicherter MP aus dem Zimmer geholt. Grund für diese Aktion: ein Dorfbewohner hatte eine der beiden Frauen für Angelika Luther gehalten, nur weil sie eine Ponyfrisur trug! Während mir der Wirt, in dessen Herberge sich der Vorfall abgespielt hatte, mit stolzgeschwellter Brust davon erzählte, wurde mir schlagartig klar, in welcher Gefahr ich schwebte, denn ich trug auch eine Ponyfrisur und kam aus einer norddeutschen Stadt.

Diesen ungeheuerlichen Vorfall nimmt „Die Rheinpfalz" vom 2.10. zum Anlaß, einen halbseitigen Artikel über die Gastlichkeit der Weinstraße loszulassen, die die beiden Touristinnen in vollen Zügen genossen hatten. Und schließlich kann man es den Dorfbewohnern doch nicht übelnehmen, wenn ihnen zwei Frauen verdächtig vorkommen, die im 2 CV reisen, nicht so aussehen wie die anderen Leute im Dorf und in einem gewissen Alter gar noch Ponyfrisuren tragen.

Schließlich ist ja auch eine Belohnung ausgesetzt. Die Polizei hat dann nur ihre Pflicht getan. Auch die Urlauberinnen hatten laut „Rheinpfalz" größtes Verständnis. *„Ja, sie fanden die ganze Angelegenheit sogar romantisch und versprechen sogar, im nächsten Jahr wiederzukommen, weil es ihnen recht gut gefallen – und der Unterhaardter Wein sooo, sooo gut geschmeckt hat"*.

Na, denn Prost!

Eine Genossin
aus Hamburg-Steilshoop

Bullenterror juristisch abgesichert

Bremen. Mitte Oktober fällte das Hanseatische Oberlandesgericht Bremen ein richtungsweisendes Urteil: Den Bullen wird darin generell das Recht zugesprochen, gegen Leute vorzugehen, die bei Bullenprügeleien fotografieren. Im vorliegenden Fall ging es um einen solchen Einsatz am Gymnasium „Kleine Helle". Anfang des Jahres wurde dort ein linker Lehrer aus der Schule geprügelt, als er trotz Hausverbot unterrichten wollte. Schüler, die sich mit dem Lehrer solidarisierten, wurden ebenfalls brutal verprügelt. Ein Schüler hatte dies fotografiert, war dann selbst ins Schußfeld geraten, als sich die Prügelbullen ertappt sahen und hatte angeblich „Widerstand gegen die Staatsgewalt" begangen, weil er sich weigerte, seine Personalien anzugeben.

Das Oberlandesgericht gab mit seinem Urteil jetzt grünes Licht für Prügelbullen: Zwar darf man fotografieren, aber es besteht ja die „Gefahr", daß man diese Bilder auch veröffenlicht. Und dies wiederum ist verboten, weil die auf die Platte gebannten Personen ein Urheberrecht an ihren Bildnissen haben!

Politisch eindeutig wird die Bedeutung des Urteils an dem Punkt, wo dem Angeklagten vorgeworfen wird, er habe „nicht repräsentative Einzelgeschehnisse" (BN 20.10.) herausgegriffen. Es soll also bei einem Prügeleinsatz nicht „repräsentativ" sein, wenn man die Prügeleien aufnimmt! „Repräsentativ" sind dann wohl nur die Spitzelaufnahmen, die massenhaft bei Demonstrationen für die Karteien des Verfassungsschutzes geschossen werden!

Das Verfahren gegen den Schüler muß jetzt erneut vom Jugendgericht durchgeführt werden, da sich dieser darauf berufen hat, daß er strafbare Handlungen aufgenommen hat. Jetzt soll „geklärt" werden, ob der Schüler „schuldhaft" oder „irrtümlich" gehandelt habe! „Vorsorglich" wies das Oberlandesgericht „aber schon darauf hin, daß nach höchstrichterlicher Rechtssprechung stets der Widerstand Leistende das Risiko für seine unerlaubten Handlungen zu tragen habe" (BN 21.10.). Mit anderen Worten: Gleichgültig, ob der Schüler tatsächlich strafbare Handlungen fotografiert hat, soll er wegen „Widerstand" verknackt werden.

Nach diesem Urteil des Oberlandesgerichts steht praktisch jeder Fotograf mit einem Bein im Knast, wenn er die Kamera aus der Tasche holt und Szenen fotografiert, die die Staatsorgane nicht gern veröffentlicht sehen wollen.

KB/Gruppe Bremen

Bullenprügelei gerichtlich bestätigt

Im AK 87 berichteten wir über einen Fall von Polizeiterror in Braunschweig, der von der Justiz voll gedeckt wurde. Ein 37jähriger Gartenarchitekt war auf seinem Grundstück von zwei Bullen mit der Aufforderung, seine Papiere zu zeigen, aus seinem Auto gezerrt worden und ohne Angabe von Gründen und ohne daß die Bullen ihre Namen und Dienstnummern angaben, zur Wache gebracht worden. Sein Arzt attestierte ihm nach seiner Entlassung die Folgen dieses Übergriffs: eine Platzwunde, Schwellungen und Blutergüsse.

In dem darauf folgenden Prozeß gegen ihn wurde er wegen „Widerstandes und Beleidigung" zu 750 DM Geldstrafe verurteilt. Der Staatsanwalt hatte „nur" eine Strafe von 250 DM wegen Beleidigung gefordert. Gegen das Urteil legte der Angeklagte Berufung ein. Kernfrage der Berufungsverhandlung war, ob der Gartenarchitekt sich des Widerstandes schuldig gemacht hat. Das Gericht sprach ihn dieses Mal vom Vorwurf des Widerstandes frei, da Widerstand im Sinne eines Straftatbestandes nur gegen „rechtmäßig" handelnde Beamte geleistet werden kann – also gleichzeitig ein Eingeständnis, daß die Bullen rechtswidrig handelten. Die vom Angeklagten benutzten Schimpfworte wurden als *„kompensiert durch die unrechtmäßigen Eingriffe der Polizeibeamten"* angesehen. Der Vorsitzende, Richter Mecke, konnte es trotzdem nicht lassen, die Bullen weiter in Schutz zu nehmen, indem er sagte: *„Man sollte den Polizeibeamten nicht zum Vorwurf machen, daß sie nicht gewußt haben, was sie nicht durften"* (!).

Damit aber nicht genug. Im Gegensatz zur ersten Verhandlung forderte der Staatsanwalt in der zweiten Verhandlung die Verurteilung des Gartenarchitekten wegen Widerstandes. *„Zwar habe nichts gegen ihn vorgelegen, doch seien die Beamten zu Recht auf das Grundstück eingedrungen. Das Risiko müsse vom Angeklagten getragen werden"* („Braunschweiger Zeitung", 8.10.76). Folglich legte die Staatsanwaltschaft inzwischen Revision gegen den Freispruch ein. Damit liegt die Entscheidung jetzt beim Oberlandesgericht.

KB/Gruppe Braunschweig

Neues von der Frankfurter Schläger-Polizei

Wie die „Frankfurter Rundschau" am 22.10.1976 meldete, wurden dieser Tage drei Frankfurter Bullen freigesprochen, die wegen Körperverletzung angeklagt waren. Ihnen war vorgeworfen worden, nach der Räumung eines besetzten Hauses im Kettenhofweg einem 24jährigen Demonstranten bei der Festnahme den Arm gebrochen zu haben. Richter Schwalbe entschied jedoch, daß dies nicht mit der „erforderlichen Sicherheit nachzuweisen" sei.

„Ich mußte jedes Wort aus ihm rausprügeln"

Gegen die Frankfurter Bullen E. Gerhard und Bernd M. ist Anklage erhoben worden, weil sie in dem Verdacht stehen, Aussagen von Beschuldigten erpreßt zu haben. Die beiden Bullen haben einen Festgenommenen mehrfach geschlagen, und zwar so, daß dieser sich vor Schmerzen krümmte. Gerhard soll dies mit den Worten kommentiert haben: *„Ich mußte jedes Wort aus ihm rausprügeln"* und *„Wahrscheinlich habe ich ihm ein paar Rippen geknackt"*. Einen anderen Festgenommenen soll der Bulle bedroht haben: *„Wenn Du keine Aussagen machst, schlage ich Dich krankenhausreif."*

Der Bulle Gerhard hat sein Geständnis zwischenzeitlich bereits widerrufen. Man darf gespannt sein, ob jemals tatsächlich ein Verfahren gegen ihn zustandekommt.

Gerhard und sein Kollege Bernd M. sind übrigens nach wie vor im Dienst der Frankfurter Kripo (alle Zitate nach „FR" vom 21.10.76).



Das nennen sie Widerstand gegen die Staatsgewalt: Verhaftung des einarmigen DKP-Chefs Schneider

Frankfurter Bullen – berühmt-berüchtigt wegen ihrer Brutalität

Polizeieinsatz gegen Faschingsparty

Am 20. Oktober fand eine erste Verhandlung statt, die einen Polizeieinsatz gegen eine Faschingsparty zum Gegenstand hat. Dieser Bulleneinsatz sah nach Angaben der seinerzeit festgenommenen Studenten Karlheinz Barth und Wolfgang Schmidt so aus, daß Bullen kamen und verlangten, daß die bei der Party am 26.2.1976 gespielte Musik leiser gestellt würde, da sich andere Mieter beschwert hätten.

Die Musik wurde dann leiser gestellt. Trotzdem sollten die beiden Studenten mit zum Polizeirevier genommen werden. Schmidt wollte dem widerstandslos Folge leisten, sei dann jedoch brutal mit Gummiknüppeln und Fäusten verprügelt worden. Dann ließen die Bullen sogar einen Polizeihund auf ihn los, der dem Studenten ins Knie biß, wovon eine handtellergroße (!) Narbe zurückblieb. Der andere Student wurde ebenfalls dermaßen mißhandelt, daß er mit einer Platzwunde auf der Oberlippe und großflächigen Striemen auf Rücken und Bauch ins Krankenhaus kam.

„Bei der Vernehmung habe man den einen Studenten nach den Worten ‚Na, Bübchen' ins Gesicht geschlagen. Der andere sei getreten worden, nachdem ihm bedeutet wurde: ‚Wenn ich Dich draußen privat erwische, dann mache ich Dich fertig'" („Frankfurter Neue Presse", 22.10.1976).

Solche „Kleinigkeiten" wie der Biß durch den Polizeihund waren übrigens in der Anklageschrift gegen die beiden Studenten nicht einmal erwähnt! Im übrigen stellen die Bullen den ganzen Vorfall natürlich anders dar. Der Beginn der Hauptverhandlung wurde auf Januar 1977 vertagt.

Eine Sympathisantin des KB/Gruppe Frankfurt

Polizei versucht Informationen über den Kapitalisten Seifen-Kamp zu verhindern

Mönchengladbach. Am Samstag, dem 16.10., hatte der KBW ein Stellschild in der Innenstadt aufgestellt, auf dem die Ausbeutungsmethoden des Kapitalisten Seifen-Kamp angeprangert wurden. Dieser hat sich als übelster Schinder seiner Arbeiter einen Namen gemacht.

Die Arbeitszeit in seinem Lager geht von 7 - 18 Uhr, bzw. sogar bis 19.30 Uhr täglich. Die Bezahlung liegt minimal über Tarif. Überstunden werden jedoch überhaupt nicht bezahlt! Zwei Arbeiter, die die Bezahlung der Überstunden forderten, wurden kurzerhand gefeuert. Kapitalist Seifen-Kamp: *„Bei mir gibt es kein ‚Aber' und bei mir bekommen sie kein Recht!"*...

Auch die elementarsten Sicherheitsvorschriften werden nicht eingehalten; z.B. mußten die Arbeiter mit einer defekten Leiter arbeiten.

Gegen die öffentliche Anprangerung dieser Zustände erließ der Kapitalist eine Einstweilige Verfügung gegen zwei KBWler. Wie wir erfahren konnten, wurde der Einstweiligen Verfügung stattgegeben. Die Begründung der Entscheidung liegt zur Zeit noch nicht vor. Es dürfte jedoch äußerst interessant sein, wie die bürgerliche Justiz versuchen will, diesen Ausbeuter zu verteidigen.

Die Polizei versuchte, das Stellschild des KBW abzuräumen mit der Begründung, daß keine Anmeldung vorliegen würde. Vor einer Menschenmenge, die sich spontan gebildet hatte, wurde aufgezeigt, daß es nur darum ging, Informationen über die Ausbeutungsmethoden des Kapitalisten Seifen-Kamp zu verhindern.

Während der Diskussion wurde ein Genosse „zur Personalienfeststellung" mit zur Wache genommen und dort „nach Waffen durchsucht". Aufgrund der großen Menschenansammlung und der breiten Diskussionen über die Ausbeutermethoden von Seifen-Kamp zogen es die Bullen dann vor, wieder abzuziehen.

Sympathisanten des KB/ Mönchengladbach

Gemeinsam gegen Polizeiwillkür!

Am 2. Oktober 1976 fand in Hamburg-Harburg eine Veranstaltung gegen Polizeiwillkür statt. Erweitert wurde sie um die Punkte Berufsverbote, zu der eine ehemalige Lehrerin Stellung nahm, und Gewerkschaftsausschlüsse, zu der eine Betriebsratskollegin einer Hamburger Firma referierte. Diese Veranstaltung war auf Anregung der „Demokratischen Initiative gegen die Polizeiwillkür in Harburg" zustande gekommen. Unterstützt wurde die „Initiative" von folgenden Gruppen: KB-Bezirksgruppen Harburg und Wilhelmsburg, Jugendzentrumsinitiativen Harburg und Wilhelmsburg. Die Veranstaltung war mit ca. 145 Menschen sehr gut besucht.

Die Referate und Beiträge, die durch ein reichhaltiges kulturelles Programm ergänzt und aufgelockert wurden, machten anhand der praktischen Erfahrungen mit dem Polizeiapparat in Harburg und Wilhelmsburg die Notwendigkeit der gemeinsamen Gegenwehr aller fortschrittlichen Kräfte deutlich. In oft spontanen Beiträgen berichteten Anwesende über ihre Erfahrungen mit der Polizei. In weiteren Beiträgen wurde auf die „Polizeireform" in Hamburg, auf die Zentralisierung der Polizei sowie auf ihre neuartige Bewaffnung eingegangen.

Es zeigte sich jedoch im Verlauf der Veranstaltung, daß die Beiträge über Berufsverbote und Gewerkschaftsausschlüsse den Rahmen dieser Veranstaltung sprengten. So kam eine Diskussion über die Gegenwehr nicht in Gange, was natürlich andererseits auch bezeichnend für den derzeitigen schwachen Stand der Bewegung gegen die Polizeiwillkür ist!

Obwohl von den Veranstaltern in mehreren „Offenen Briefen" und direkten Gesprächen auf die Notwendigkeit eines gemeinsamen Handelns gerade auch mit dieser Veranstaltung hingewiesen wurde, war von den angesprochenen linken Organisationen keine bereit, mitzuarbeiten. Lediglich die GIM erschien auf der Veranstaltung mit einem Büchertisch und ihrem „Wahlprogramm", beteiligte sich aber in keiner Weise an der Diskussion. In den auf die Veranstaltung folgenden Sitzungen der „Demokratischen Initiative gegen die Polizeiwillkür in Harburg" wurde beschlossen, als nächstes eine Dokumentation über den Polizeiterror in Harburg zu erstellen, in der u.a. auch auf die Punkte Polizei„reform" und Bewaffnung der Polizei eingegangen werden soll. Die Mediengruppe der JZI Harburg erstellt zu diesem Thema einen Film, der auch von anderen Gruppen und Organisationen benutzt werden kann. Es stellt sich für uns die weiteren auch die Aufgabe, in die Mitgliederreihen anderer linker Gruppen hineinzuwirken, um die fortschrittlichsten Kräfte für eine gemeinsame Arbeit zu gewinnen. Bisher war unser Adressat in erster Linie immer nur der Vorstand oder ähnliches gewesen (z.B. DKP, Jusos), was natürlich abgeblockt wurde und zu keinem positiven Ergebnis führte.

Die „Initiative" hat außerdem beschlossen, zu anderen Initiativen gegen staatliche und polizeiliche Willkür Kontakt aufzunehmen, um vorliegende Erfahrungen und Ergebnisse auszutauschen und gegebenenfalls gemeinsame Schritte zu unternehmen. Die „Initiative" fordert daher alle entsprechenden Gruppen auf, sich mit ihr über folgende Kontaktadresse in Verbindung zu setzen: „Postamt 2100 Hamburg 90, Postlagerkarte Nr. 076717 A".

„Demokratische Initiative gegen die Polizeiwillkür in Harburg" und KB/Bezirksgruppe Harburg

Hundertschaften im Streifendienst?

In Riesenschritten ist die hessische Polizei, als erste in der BRD, daran gegangen, Einsatz-Hundertschaften, die neu gebildet wurden, in das Stadtbild von Offenbach und Wiesbaden einzubauen. Das gewünschte Ziel ist: Auf 400 Menschen einen Polizisten! Daß dafür jetzt schon Spezialeinheiten wie Hundertschaften eingesetzt werden (in der Regel bei Demonstrationen oder großen Fahndungseinsätzen), läßt ahnen, daß die Polizeibrutalität auf der Straße in Zukunft noch um ein wesentliches verschärft werden soll. So sollen „vormittags und nachmittags jeweils vier Streifen mit drei Beamten eingesetzt werden, um den Streifeneinzeldienst zu verstärken"!

Reichlich dreist ist die „Begründung" des Offenbacher Polizeipräsidenten Kurt Löwer für den Ausbau des Polizei-Apparates: *„Die Bereitschaftspolizei stellt künftig motorisierte Zusatzstreifen, die vor allem gegen knatterprotzige Moped- und Mofafahrer in Wohngebieten vorgehen soll"*.

Allein schon die verschärfte Kontrolle, der die Bevölkerung ausgesetzt sein wird, deutet darauf hin, daß selbst bei Kleinstdelikten die Repression verschärft wird. Dabei soll die Bevölkerung sich an massiven Polizeieinsatz gewöhnen. Die Hauptaufgabe dieser Hundertschaften wird im selben Atemzug genannt: *„Die Bereitschaftspolizei stehe in Offenbach, Wiesbaden und Hanau überdies für nächtliche Sondereinsätze zur Verfügung"*. Wie des öfteren schon passiert, muß die Bevölkerung wohl damit rechnen, daß eines Nachts ganze Wohnblöcke abgeriegelt werden, und daß nach angeblichen „Terroristen" oder entlaufenen „Verbrechern" gesucht wird (alle Angaben: „FR", 19.10.76).

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Kaum zu glauben, aber amtlich

Bremerhaven. Anfang Oktober erhielt ein bekannter Bremerhavener Linker einen Bußgeldbescheid über 133 DM.

Ihm wird ein Impressumsvergehen vorgeworfen. Er soll *„einen Aufkleber mit Text: ‚Wir machen die SPD zu einer linken Partei. Schritt für Schritt. Juso sein, das ist fein. Mach mit! Jusos in der SPD – dabei sein ist alles' und der Abbildung einer Laufrolle mit zwei laufenden Personen haben herstellen und anschließend verbreiten lassen ..."* und zwar – so wird ihm angekreidet – ohne Impressum. Damit haben die Bürokratenhirne der Bullen eine neue, noch blödsinnigere, Variante dieser Angelegenheit ins Spiel gebracht.

Begonnen hatte alles mit einer Durchsuchungsaktion in einer Bremerhavener Druckerei, bei der angeblich nach gefälschten Rezeptblocks, tatsächlich wohl aber nach Druckaufträgen des KB geforscht wurde. Dabei stellte man auch die Personalien des zufällig anwesenden Genossen fest. Sowohl er als auch der Drucker erhielten dann eine Vorladung ins Haus, in der sie eines Impressumvergehens beschuldigt wurden, und zwar über einen Aufkleber, der das „Modell Deutschland"-Gefasel der SPD treffend mit der Polizeistaatswirklichkeit in der BRD konfrontiert. Der Genosse erklärte daraufhin, daß er mit dem (sehr gelungenen) Aufkleber nichts zu tun hat. Nun bekommt er plötzlich den Bußgeldbescheid wegen des Juso-Aufklebers. Diese ganzen Bullenspielereien dürften eigentlich nicht mal den Staatsanwalt vom Sessel reißen.

KB/Gruppe Bremerhaven

Polizisten auf Diensttour, Hehler im Revier...

West-Berlins Gesetzeshüter sichern das Eigentum auf eigene Weise: Seit im Juli 1976 eine Funkstreifenbesatzung wegen Diebstahlsverdacht in West-Berlin festgenommen wurde, werden gegen immer mehr Polizeibeamte Ermittlungsverfahren wegen Diebstahl, Mitwisserschaft organisierter Diebeszüge oder wegen Hehlerei eingeleitet. Der Kreis der Beschuldigten hat sich in der Zwischenzeit auf 23 Polizisten, meist Angehörige des mittleren Dienstes der „Schutzpolizei", erweitert und offenbar ist noch kein Ende abzusehen.

Der ganze Sumpf und die Kumpanei bei den Bullen wird an einem „Randergebnis" der Ermittlungen deutlich: Mitbeschuldigt, sich an fremdem Eigentum vergriffen zu haben, ist Polizeiobermeister Horst Salzwedel, der 1971 mit einem Nahschuß einen bereits gestellten und von anderen Polizisten festgehaltenen Autodieb erschossen hatte. Damaliges Urteil: Sieben Monate „mit Bewährung" wegen fahrlässiger Tötung. Amtsenthoben wurde er nicht. Bei den jetzigen Ermittlungsverfahren machte ein Beamter einen „Rundschlag" und packte aus. Dabei kam zutage, daß Salzwedel damals vor dem Todesschuß *„mit anderen anderthalb Flaschen Whisky gebechert habe. Von Alkohol indes war in der Verhandlung, in welcher der Todesschütze mit Bewährung davonkam, seinerzeit nicht die Rede"* („Spiegel", 43/76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Polizeischütze Salzwedel „im Dienst"

„Terroristenjagd" per Roboter

Eine ganz neue Methode der „Verbrechensbekämpfung" hat der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch eingeführt. Als erster und bisher einziger Polizeichef auf dem europäischen Kontinent bedient sich seine Polizei jetzt eines von Batterien und Gummiketten angetriebenen und mit Scheinwerfern, automatischen Schußgerät, Kamera und automatischen Greifarmen ausgerüsteten Roboters.

Über die wahrlich sensationellen Fähigkeiten dieses in Irland erprobten und „beim Entschärfen von Terroristenbomben" („Frankfurter Rundschau", 26.10.) bewährten Ro-

fen der Sprengkörper gefährdete" („FR", 26.10.).

Zukünftig braucht dann wohl der einzelne Polizist, wenn beim „Öffnen konspirativer Wohnungstüren" mal jemand erschossen wird, keine Gewissensbisse zu haben, schließlich hat der Roboter geschossen...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



„Terroristenjagd" per Roboter

Eine ganz neue Methode der „Verbrechensbekämpfung" hat der nordrhein-westfälische Innenminister Burkhard Hirsch eingeführt. Als erster und bisher einziger Polizeichef auf dem europäischen Kontinent bedient sich seine Polizei jetzt eines von Batterien und Gummiketten angetriebenen und mit Scheinwerfern, automatischen Schußgerät, Kamera und automatischen Greifarmen ausgerüsteten Roboters.

Über die wahrlich sensationellen Fähigkeiten dieses in Irland erprobten und „beim Entschärfen von Terroristenbomben" („Frankfurter Rundschau", 26.10.) bewährten Ro-
boters gerät die „FR" schier ins Schwärmen: *„Die Einsatzmöglichkeiten des Maschinenmenschen sind außerordentlich vielfältig: ... der Roboter kann Treppen steigen, Kofferräume bombenverdächtiger Autos öffnen, Sprengkörper transportieren oder durch gezielte Schüsse zur Explosion bringen, die Türen konspirativer Wohnungen öffnen* (!) *und notfalls deren Schlösser zerschießen....*

Mit einer Geschwindigkeit von 33,5 Metern in der Minute bringt ‚Kommissar Roboter' aber auch ein mit einem ‚Angelhaken' versehenes Seil unter einem mit Bomben beladenen Auto an..." („FR", 26.10.76). Begründung für die Anschaffung (immerhin pro Stück 50.000 DM) ist, daß die *„ständig ausgefeiltere Bombenproduktion der Terroristen in zunehmendem Maße das Leben der Feuerwerker beim Entschär-*

fen der Sprengkörper gefährdete" („FR", 26.10.).

Zukünftig braucht dann wohl der einzelne Polizist, wenn beim „Öffnen konspirativer Wohnungstüren" mal jemand erschossen wird, keine Gewissensbisse zu haben, schließlich hat der Roboter geschossen...

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Polizei-Roboter

Der Fall „perplex"

Bochum. Am 5. November soll gegen Angelika Rabanus, Lehrerin an der Gesamtschule Bochum, ein Prozeß wegen „Beleidigung" staffinden. Beleidigt fühlt sich die Bochumer Faschistenfamilie Dau, auf deren Betreiben die Staatsanwaltschaft im November 1975 – gerade noch rechtzeitig vor der Verjährung des Falls – das Verfahren einleitete. Der Anlaß: Die GEW-Betriebsgruppe an der Gesamtschule Bochum (deren Vorsitzende A. Rabanus damals war) hatte vor knapp zwei Jahren eine Dokumentation über die rechtsradikale Schülerzeitung „perplex" herausgegeben, in der die Urheber dieses Blättchens als Neofaschisten bzw. neofaschistisch gekennzeichnet wurden.

„perplex" erschien erstmals im September 1974 an der Gesamtschule. Als „Chefredakteur" der Zeitung fungierte ein Sprößling der Dau-Familie, der Schüler **Olaf Dau.** In „perplex" fand sich u.a. ein Artikel über den langjährigen „Führer-Stellvertreter" **Rudolph Hess,** der dort geradezu zum Friedenshelden hochstilisiert wurde. Außerdem wurde in dem Blatt die *„Sozialrevolutionäre Idee als Alternative zu Kapitalismus und Kommunismus"* wieder aufgewärmt.

Die erste Reaktion antifaschistischer Lehrer auf „perplex": Eine Wandzeitung im Lehrerzimmer, die auf den faschistischen Charakter und die Hintermänner dieses Machwerks aufmerksam machte. Während eines Schulfestes stahl „perplex"-„Chefredakteur" Olaf Dau die Wandzeitung aus dem Lehrerzimmer. **Am nächsten Tag wurde der Schulleiter der Gesamtschule von der Familie Dau mit einer bereits vorgefertigten Strafanzeige gegen eine Kollegin erpreßt, eine von den Dau-Faschisten verfaßte Wandzeitung im Lehrerzimmer aufzuhängen!**

Diese Gegenwandzeitung dokumentierte die faschistische Gesinnung ihrer Verfasser. Es hieß darin u.a.: *„Wir sind National-Revolutionäre ... und verurteilen die Auswüchse* (!) *im Dritten Reich".* Diese *„Auswüchse"* im Hitler-Deutschland seien nach Auffassung der Dau-Faschisten erst *„ab 1939"* aufgetreten. Und: *„Außerdem verurteilen wir gewisse Übergriffe, die zur Feindschaft ursprünglich von uns befreiter* (!) *Völker im Osten führten, die vorher vom Sowjetimperialismus unterdrückt waren".*

Die Kollegen der Gesamtschule Bochum protestierten daraufhin mit einer spontanen Unterschriftensammlung gegen die Anbringung dieser Wandzeitung. Die GEW-Betriebsgruppe beschloß, die bereits erwähnte Dokumentation herauszugeben, gegen die die Dau-Familie später Beleidigungsklage erhob.

Wo der faschistische Sumpf überall durchschimmert

Allein die dokumentierten Zitate müßten eigentlich genügen, um die Kennzeichnung von „perplex" und seiner Urheber als Neofaschisten bzw. neofaschistisch vollauf zu rechtfertigen. Aber es gibt noch weitere und weitaus wichtigere Indizien:

1) In „perplex" wurden z.B. Artikel der sogenannten **NIP-Agentur** (Nationaler Informations- und Pressedienst) wiedergegeben. Chef dieser Agentur ist ein gewisser **Karl Jochheim-Armin,** der seinerzeit dem Strasser-Flügel der NSDAP angehörte und dessen Ziele noch heute verficht. Dazu einige Kotzproben aus einem uns vorliegenden, von Jochheim-Armin eigenhändig verfaßtem Dokument: *„1. der Komm. Sozialismus ist von Juden erdacht, von Juden gemacht und istdemzufolge also n u r für eine bestimmte Kategorie Menschen brauchbar* (...) *3. Der komm. Sozialismus baute sich auf einer Klassenherrschaft auf, wohingegen wir die Volksgemeinschaft anstrebten (Ständestaat)...".*

Jochheim-Armin ist Führer einer **„Sozialrevolutionären Nationalen Kampfgemeinschaft Deutschlands"** (SNKD) mit Sitz in München, die mit anderen Fascho-Zirkeln eine **„Nationale Front"** gebildet hat.

Die Bochumer Dau-Famileie wiederum pflegt ganz offensichtlich engste Beziehungen zur SNKD. Konkret wird **Volker Dau,** der ältere Bruder des „perplex"-„Chefredakteurs", in dem oben erwähnten Dokument von Jochheim-Armin als *„unser Kamerad V. Dau"* lobend erwähnt.

2) Bei einem Prozeß, der zur Zeit vor dem Landgericht in Köln gegen *„mutmaßliche Führungspersonen der rechtsradikalen Szene in der BRD"* („WAZ", 21.10.) stattfindet, sind auch **Willi Dau** (der Vater) und **Volker Dau** als Angeklagte mit von der Partie: *„Zusammen mit zwei weiteren Angeklagten werden sie beschuldigt, in zahlreichen Städten durch Nötigung versucht zu haben, Versammlungen zu sprengen".* Die beiden mitangeklagten Kumpane der Dau's sind mindestens ebenso interessante Vögel: Es handelt sich um **Uwe Klaas** und **Volker Lachenicht. Klaas** hat u.a. vor Jahren mit dem ehemaligen stellvertretenden NPD-Vorsitzenden von NRW, **Dierck Schwartländer,** *„mehrere kleine Aktionsgruppen gegründet, die sich vorwiegend aus früheren Jung-NPD'lern rekrutieren und unter verschiedenen Namen wie Deutsche Soziale Aktion, Aktion 70, Aktion Junger Deutscher, Nationale Arbeiterjugend und Bund Freier Gewerkschafter arbeiten"* (KONKRET Extra, „Der geplante Putsch", Hamburg 1971).

Dem Kreis gehört(e) auch **Ulrich W. Wiehagen** an, der seit 1969 Mitglied der ebenfalls faschistischen **„Gesellschaft für freie Publizistik"** ist und sich 1971 als Anstifter verschiedener faschistischer Provokationen der „Deutsch Sozialen Aktion" ins rechte Licht rückte (u.a. im Innenhof der „Westfälischen Rundschau" am 9.2.71 und vor der sowjetischen Botschaft am 17.2.71).

Von **Lachenicht** ist bekannt, daß er es auf, der auf der Gründerversammlung der **„Aktion Widerstand"** mit dem berüchtigten Transparent **„Hängt die Verräter"** auftauchte. Außerdem war er Mitglied der bewaffneten rechtsradikalen Terrorgruppe **„Europäische Befreiungsfront"** (EBF), die 1970 von der Polizei ausgehoben wurde (selbstverständlich befinden sich alle Mitglieder dieser Gruppe mittlerweile wieder auf freiem Fuß!).

Alles in allem also eine saubere Gesellschaft, die sich da zusammengefunden hat. Auf diesem Hintergrund muß das Vorgehen der Bochumer Staatsanwaltschaft beurteilt werden, die ausgerechnet diejenige anklagt, die diesen neofaschistischen Sumpf beim Namen genannt hat.

Übrigens hat es schon ein Urteil in dieser Sache gegeben: Der Lehramtsanwärter Reinhard Junge hatte in der Bochumer Stadtteilzeitung „tatsachen" einen „perplex"-Artikel verurteilt und wurde deshalb mit einer Geldstrafe belegt. Diese „Vorstrafe" wurde nun wiederum vom Schulkollegium Münster zum Vorwand genommen, ihn bisher nicht in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt Gymnasien zu übernehmen; also ein (zumindest vorläufiges) Berufsverbot!

KB/Gruppe Bochum

der Gesamtschule von der Familie Dau mit einer bereits vorgefertigten Strafanzeige gegen eine Kollegin erpreßt, eine von den Dau-Faschisten verfaßte Wandzeitung im Lehrerzimmer aufzuhängen!

Diese Gegenwandzeitung dokumentierte die faschistische Gesinnung ihrer Verfasser. Es hieß darin u.a.: *„Wir sind National-Revolutionäre ... und verurteilen die Auswüchse* (!) *im Dritten Reich".* Diese *„Auswüchse"* im Hitler-Deutschland seien nach Auffassung der Dau-Faschisten erst *„ab 1939"* aufgetreten. Und: *„Außerdem verurteilen wir gewisse Übergriffe, die zur Feindschaft ursprünglich von uns befreiter* (!) *Völker im Osten führten, die vorher vom Sowjetimperialismus unterdrückt waren".*

„Nationale Front" gebildet hat.

Die Bochumer Dau-Famileie wiederum pflegt ganz offensichtlich engste Beziehungen zur SNKD. Konkret wird **Volker Dau,** der ältere Bruder des „perplex"-„Chefredakteurs", in dem oben erwähnten Dokument von Jochheim-Armin als *„unser Kamerad V. Dau"* lobend erwähnt.

2) Bei einem Prozeß, der zur Zeit vor dem Landgericht in Köln gegen *„mutmaßliche Führungspersonen der rechtsradikalen Szene in der BRD"* („WAZ", 21.10.) stattfindet, sind auch **Willi Dau** (der Vater) und **Volker Dau** als Angeklagte mit von der Partie: *„Zusammen mit zwei weiteren Angeklagten werden sie beschuldigt, in zahlreichen Städten durch Nötigung versucht zu haben,*

grund muß das Vorgehen der Bochumer Staatsanwaltschaft beurteilt werden, die ausgerechnet diejenige anklagt, die diesen neofaschistischen Sumpf beim Namen genannt hat.

Übrigens hat es schon ein Urteil in dieser Sache gegeben: Der Lehramtsanwärter Reinhard Junge hatte in der Bochumer Stadtteilzeitung „tatsachen" einen „perplex"-Artikel verurteilt und wurde deshalb mit einer Geldstrafe belegt. Diese „Vorstrafe" wurde nun wiederum vom Schulkollegium Münster zum Vorwand genommen, ihn bisher nicht in den Vorbereitungsdienst für das Lehramt Gymnasien zu übernehmen; also ein (zumindest vorläufiges) Berufsverbot!

KB/Gruppe Bochum

Freiheit statt Kunst?

Auf Betreiben der Herner CDU sind in der Ausstellung „Variationen zum Thema Gewalt" im Heimathaus Herne zwei Plakate des Kasseler Grafikers Friedel Deventer entfernt worden.

Wie durch das Presseamt der Stadt zu erfahren war, meldete sich das Parteibüro der Herner CDU einen Tag nach Eröffnung der Ausstellung telefonisch bei Stadtdirektor Hengelhaupt und Museumsdirektor Dr. Nellissen. Die CDU äußerte den „Wunsch", zwei Bilder, die sie für besonders „ärgerniserregend" hielt, zu entfernen. Dr. Nellissen kam diesem „Wunsch" nach.

Bei den zensierten Bildern handelt es sich um eine Foto-Metamorphose von Hitler zu Strauß und um einen Teebeutel, in dem Zitate von CDUlern collageartig gesammelt sind. In einem Interview mit der „Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" „WAZ" vom 13.10.76 sagte F. Deventer *„Es ist nicht das erste Mal, daß die CDU solche demokratiefeindliche Tendenzen zu erkennen gibt, daß sie in Ermangelung eigener Argumente versucht, mit juristischen Mitteln die Aufdeckung gesellschaftlicher Wahrheiten zu unterdrücken".*

Deventer zu seinem Hitler-Strauß-Bild: *„Ich sage nicht, Strauß ist ein Faschist, aber er vertritt faschistoides Gedankengut, z.B. durch Aussagen wie: Was wir in diesem Land brauchen, ist den mündigen Bürger, der die roten Ratten dahin jagt, wohin sie gehören, in ihre Löcher".*

Zu diesem neuen Fall von Zensur nahm der CDU-Ratsfraktionsvorsitzende Siegfried Szelag in der „WAZ" vom 16.10.76 Stellung: *„Die CDU übt keine Zensur aus, das kann sie auch gar nicht. Ich habe als Fraktionsvorsitzender und Bürger dieser Stadt nur von meinem Recht auf freie Meinungsäußerung Gebrauch gemacht".*

Im Klartext: Die „Meinungsfreiheit" die die CDU meint, besteht darin, oppositionelle Auffassungen nach Belieben unterdrücken zu können.

Ein Genosse aus Wanne-Eickel

Faschist Floth vor Gericht

In der Fascho-Scene gehört die „Deutsch-Völkische Gemeinschaft" (DVG) des Jochen Floth Bamberg zu den Grüppchen, die sich am lautesten und offensten zum Hitler-Faschismus bekennen. Zitat aus dem DVG-Blättchen „Der Angriff" (6/76): *„In Westdeutschland ist Landesverrat an der Tagesordnung. Ein Staat, der die Verräter des 2. Weltkrieges ehrt und diese Mörder, die mit ihrem Verrat Millionen Deutsche gewissenlos in den Tod schickten, noch deckt, kann nicht anders sein, wie er sich uns täglich vorstellt ... Vaterlandsverräter sind standrechtlich zu erschießen!"*

Im „Antikommunist" (7/76), sogenanntes „Mitteilungsblatt der Deutsch-Völkischen Jugend in der DVG", wichste sich Floth folgende Sätze ab: *„Heute steht fest, daß Adolf Hitler die politischen Zusammenhänge richtig beurteilt hat ... Hitler war die personifizierte Treue: treu sich selbst, seinem Wort, seinen Kameraden und Mitarbeitern, treu seiner Idee, seinem Volk und Vaterland!"*

Im gleichen Sinne pflegt Floth auch die Treue zu allerhand anderen Alt- und Neu-Nazis. (Im „Angriff" 6/76 z.B. schreibt C.V. Krogmann, Nazi-Bürgermeister von Hamburg und frischgebackener Buch-Autor im Faschisten-Verlag Druffel).

Nun hat sich Floth, früher SA-Obersturmbannführer und „Hauptmann der Großdeutschen Wehrmacht", einen Prozeß wegen Volksverhetzung eingefangen (angestrengt vom Bundestag!). Ort und Zeitpunkt: Bamberg, 28./29.10. Wetten, daß auch Floth, wie vor ihm Roeder, Eckart, Hoffmann usw., „Bewährung" kriegen wird?

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

HIAG-Treffen in Hannover

Am Sonnabend, dem 23.10.1976, trafen sich in Hannovers städtischem Schützenhaus HIAG-Leute anläßlich des 25jährigen Bestehens ihrer „Hilfsgemeinschaft", einer Nachfolge-Organisation der SS.

50 - 100 Nazis und Familienangehörige waren zu diesem „festlichen Ereignis" gekommen. Das Bundesvorstandsmitglied Herrman Rudolph, Versicherungsdirektor aus Frankfurt, pries die Waffen-SS in seiner Rede als Männer, die sich meist freiwillig gemeldet hätten, „um für die Erhaltung der Kultur Europas zu kämpfen". Sie seien zu „einer großen Familie" zusammengewachsen. Sie hätten nicht nur Schönes erlebt, sondern auch Enttäuschungen, aber: „Wir bleiben treu – allen Anfeindungen zum Trotz. Wir werden weitermachen, komme, was da wolle". In dieser Art ging's dann weiter: „Wir alle sind durch etwas gegangen, was nur im Krieg möglich ist: das Erlebnis der Kameradschaft". Nur wer „im innersten Wesen Deutscher ist", sei zu „echter Kameradschaft" fähig. Er wetterte außerdem gegen die „skandalöse Kapitulation", die „uns von den Siegermächten aufgedrängt" worden sei.

Zwei Tage später versuchte ein führendes HIAG-Mitglied im Fernsehen („Nordschau" vom 26.10.76), der nebenbei auch Mitglied des Bundestages ist, die HIAG reinzuwaschen: Überhaupt seien von der Waffen-SS nur zwei (!) Verfehlungen begangen worden, von denen eine noch nicht einmal geklärt sei. Richtig stellte dazu Professor Eugen Kogon in der gleichen Sendung fest, daß zwar die Waffen-SS und die Sturmstaffel (SS) nicht genau das gleiche waren, daß aber beide im gleichen Geist und unter gleichem Oberkommando (Himmler) gewirkt hätten. Die Waffen-SS ist für ihre Verbrechen im Kriegsverbrecher-Prozeß in Nürnberg zur kiminellen Vereinigung erklärt worden. Die HIAG hat sich nach eigenen Aussagen die Aufgabe gestellt, nach diesem Urteil den „guten Ruf" der Waffen-SS wiederherzustellen.

Gern kehrt die HIAG immer wieder heraus, daß es ihr in erster Linie um die Durchsetzung von Rentenansprüchen ihrer Mitglieder gehe. Wenn der Alt-Funktionär Gerhard Volkmar aber vor der „Festversammlung" erklärte, wesentlich sei, „daß die Jugend wieder Vorbilder hat", daß sie „nach systematischer Umerziehung wieder zu erkennen beginnt, was Wahrheit und was Lüge ist", daß sie „wieder weiß, wo sie hingehört", nämlich „der angeborenen Wesenheit gemäß zu leben", dann sieht man, wo die eigentliche Aufgabe und Gefahr dieses Alt-Faschisten-Trupps liegt.

Protest

Mehr als 200 Menschen (VVN, Falken, KBW) waren gekommen, um gegen die Faschistenversammlung zu protestieren.

Ehemalige KZ-Häftlinge waren in ihrer Haftkleidung erschienen. Immer wieder wurde „Faschisten raus!" gerufen. Natürlich durfte auch die Polizei nicht fehlen, um wieder einmal eine Faschistenversammlung zu schützen. Ein großes Aufgebot (ca. 100) war erschienen, um den SS'lern eine Gasse zu bilden. Der KBW wurde gleich in einige Entfernung abgedrängt. Der Einsatzleiter der Polizei hantierte demonstrativ mit seiner „Chemischen Keule" herum.

Für den KB-Hannover müssen wir leider sagen, daß wir dieses Faschisten-Treffen richtiggehend verpennt haben. Wir wußten nichts davon!... Wir nehmen dies als Anlaß, der Faschisten-Szene in Zukunft mehr Aufmerksamkeit zu widmen.

KB/ Gruppe Hannover

„Peiper-Denkmal" soll jetzt in Mannheim „enthüllt" werden

Nach dem Scheitern einer „Jochen-Peiper-Ehrung" in Köln (Peiper ist ein bei einem Bombenanschlag ums Leben gekommener SS-Bandit) will die rechtsradikale „Deutsche Volksunion" die Enthüllung eines „Jochen-Peiper-Denkmals" nun am 7. November in Mannheim nachholen. Die „Nationalzeitung" nennt als Termin für die „Denkmal-Enthüllung" und eine damit verbundene Großkundgebung den 7. November. Die Veranstaltung soll im Kulturhaus Mannheim-Käfertal stattfinden.

Als „Vorbereitung" haben die „Jungen Nationaldemokraten" (NPD) bereits am 23. Oktober in Mannheim eine Kundgebung und Demonstration durchgeführt. Gegen diesen Faschistenaufmarsch hatte eine wesentlich von der DKP und ihren Nebenorganisationen getragene Aktionseinheit zum Protest aufgerufen. Etwa 350 Demonstranten zogen den Faschisten engegen und „begleiteten" sie dann auf ihrem Marsch in die Innenstadt. Der Faschistenaufmarsch bestand aus knapp 300 Teilnehmern, dazu über 100 Polizisten. Der KBW verteilte in der Innenstadt Flugblätter; dabei wurden über 20 Genossen festgenommen. Die geplante Kundgebung der Faschisten fand zwar statt, aber zu verstehen war trotz großer Lautsprecheranlage wegen der Rufe der Antifaschisten kaum etwas. Die Hauptparolen waren: „Ein Hitler war mehr als genug", „Nazis raus aus Mannheim", „Nieder mit Faschismus und Reaktion". Vereinzelt versuchten die Bullen in die Ketten der Antifaschisten zu fahren, um sie von dem Nazi-Aufmarsch zu trennen, was ihnen jedoch nicht gelangt.

Dies war aber sicher nur ein Vorgeplänkel auf das, was die für den 7. November planen.

Nach dem Bericht eines Mannheimer Genossen

„NSDAP-Kunde" als Pflichtfach

Will man vor der Handwerkskammer in Dortmund die Prüfung als Wäschenäherin bestehen, so muß man Kenntnis haben über „*Grundzüge der nationalsozialistischen Staatsidee, Geschichte der NSDAP, das Parteiprogramm, den Führer und sein Leben sowie Grundzüge der Rassenkunde und der Ariergesetzgebung*" (Juso-Zeitung „Extra", 1/76).

Ein typisches Stück „Vergangenheitsbewältigung" in der BRD und ein Beispiel der Erziehung sogenannter „mündiger und kritischer Staatsbürger"!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Kiel

Echt spezialdemokratisch: SPD wirbt für Faschisten

Ausgerechnet in der Jubiläums-Schrift, die die SPD in Neviges/Rheinland zu ihrem 75jährigen Bestehen herausbrachte, fanden erstaunte Leser eine halbseitige Anzeige der Nazi-Partei NPD! NPD-Bundestags-Kandidat Friedel Loos, der die Anzeige aufgegeben hatte, gab auf Anfragen bereitwilligst bekannt, daß er für diese Werbung lediglich 150 Mark zu zahlen hatte und obendrein noch Rabatt erhielt („Frankfurter Rundschau", 1.10.76; siehe auch AK 91).

Eine Ausnahme? Na ja, wohl doch nicht so ganz! So machte die „sozial-liberale" „Hamburger Morgenpost" (27.10.76) in ihrer Klatschspalte eine ebenso dezente wie gemütliche Reklame für die Memoiren des Alt-Nazis Krogmann, Hamburger Bürgermeister von 1932 bis 1939. „*Bei Sekt und ,Seemannshappen'* " habe der nette alte Herr, übrigens „*gebürtiger Hamburger*", sein Buch vorgestellt, das mit freundlicher Untertreibung in der „Morgenpost" als „*zeitgeschichtliche Dokumentation*" bzeichnet wird. Es fehlt in der „Morgenpost" auch nicht der Hinweis, daß der Fascho-Schmöker 266 Seiten hat, im Druffel-Verlag erschienen ist und 29,80 DM kostet. Jeder politischen Wertung enthält sich die Zeitung gemäß der geschätzten „hanseatischen Liberalität".

Umso deutlicher wird der rechtsradikale Druffel-Verlag in einer Anzeige für das Buch, die u.a. in der NPD-nahen „Deutschen Wochenzeitung" erschien. Krogmann, so erfährt man da, „besaß das Vertrauen von Männern wie Adolf Hitler und Hermann Göring. Seine Gespräche, Begegnungen und Erlebnisse mit führenden Persönlichkeiten des Dritten Reiches vermitteln ein ungeschminktes Bild jener oft dramatischen Jahre, wie es noch kaum jemals gezeichnet wurde".

Wenn die Faschisten von „ungeschminkt" reden, ist klar, daß es sich um eine verlogene, zurechtgeschönte Darstellung jener „dramatischen Jahre" handelt. „Abgrenzung" und Unvereinbarkeitsbeschlüsse nach links, aber Reklame für die Faschisten, das paßt zusammen! Sozial? Demokraten? Naja, wie man's nimmt! ...

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

VVN erhebt Anklage gegen HIAG

Die „Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes/Bund der Antifaschisten" hat Anfang Oktober gegen drei Faschisten-Verlage Anzeige wegen militaristischer und nazistischer Propaganda gestellt; außerdem aus den gleichen Gründen und wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung gegen die SS-Organisation HIAG.

Damit wird der wahre Charakter der SS-HIAG und dieser Verlage beim Namen genannt. Anstoß zum Vorgehen gegen die **HIAG** gab deren verstärktes Auftreten in letzter Zeit. Allein von Mitte September bis Ende Oktober führte der SS-Verband 16 Treffen (eines davon in Österreich) durch; stets geschützt von Polizei und Behörden.

Parallel zu den HIAG-Aktivitäten zieht die „National-Zeitung" des Dr. Frey gegenwärtig am Fall des SS-Verbrechers Peiper eine massive Propagandakampagne zur Verherrlichung der SS durch („Gerechtigkeit für Deutschlands Helden!"). Das Herbstangebot der Nazi-Verlage haut in dieselbe Kerbe. **Der Verlag des Ex-SS-Offiziers Schütz**, heute NPD-Verleger, bringt u.a. das Standard-Weißwasch-Buch des SS-Generals Hausser („Waffen-SS im Einsatz") in achter Auflage, außerdem ein Buch „SS-Bataillon 500 am Feind", in dem die SS als „tapfer, aufrecht und getreu bis in den Tod" dargestellt wird. Im **Druffel-Verlag** ist neu ein Buch der Frau des NS-Außenministers und Kriegsverbrechers v. Ribbentrop. Sie behauptet, daß der antifaschistische W i d e r s t a n d „den zweiten Weltkrieg entfesselte"!

Damit wird sich nun der Staatsanwalt beschäftigen müssen; ebenso mit dem **John-Jahr-Verlag**, der seit einiger Zeit die Zeitschriften-Serie „Das Dritte Reich", entsprechende Schallplatten usw. vertreibt, in denen – kaum noch verhüllt – Nazi-Propaganda (Hitler-Reden, Hakenkreuze, NS-Parolen u.ä.) verbreitet werden.

Wenn auch bisher Strafen (soweit überhaupt welche ausgesprochen wurden) gegen solche Verlage und Organisationen äußerst gering ausfielen und die Faschisten nicht ernstlich an ihrem Treiben hinderten, so ist doch zu begrüßen, wenn die Nase der Justiz immer wieder in den braunen Dreck gestoßen wird.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Faschist Borchardt und sein Freund im schwarzen Talar

Gegen den Hamburger Faschisten Michael Borchardt (siehe AK 90) stellte ein Antifaschist Strafanzeige wegen Verbreitung faschistischer Propaganda. Der Anzeige war als Beweismittel u.a. der „Aufmarsch", das „Zentralorgan" der „Faschistischen Front" Borchardts, beigelegt. Anhand einer Reihe von eindeutigen Zitaten wurde nachgewiesen, daß es sich bei Borchardts Ergüssen um reine NS-Propaganda handelt. Hier einige Kostproben:

– *„Aufhetzung zum volkszerstörenden Klassenkampf ist mit schweren Strafen zu ahnden. Verbot von Streiks und Aussperrungen. Gruppierungen, die das Volk in einander feindlich gegenüberstehende Teile aufsplittern und den Klassenkampf anheizen, sind aufzulösen, insbesondere Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften in der heutigen Form".*

– *„Tarifhoheit des Staates, wobei Entscheidungen des öffentlichen Wohls zum Maßstab gemacht werden muß".*

– *„Schmarotzer, die auf Kosten der Allgemeinheit leben wollen, sind durch angemessene Maßnahmen zur Vernunft zu bringen oder gegebenenfalls zur Zwangsarbeit herzuzuziehen. Das gilt auch für reiche Nichtstuer".*

– *„Schaffung einer faschistischen Staatsjugend. Sie hat vor allem die Aufgabe, die Jugend politisch charakterlich und körperlich zu bilden".*

– *„Verweisung aller Lehrer von den Schulen und Dozenten von den Universitäten, die den Unterricht zu volks- und reichsfeindlicher Wühlarbeit mißbrauchen".*

– *„Verbot aller Organisationen, die auf die Jugend einen kulturzerset-*
zenden Einfluß ausüben oder sie mit
auf die Jugend einen kulturzersetzenden Einfluß ausüben oder sie mit bolschewistischen Irrlehren vergiften und zum Klassenkampf aufhetzen".

– *„Verbot von volks- und reichsfeindlichen Schritten aller Art, insbesondere von Schulbüchern"* (alle Zitate: „Aufmarsch", Nr. 2).

Dem Staatsanwalt reichte diese Greuelsammlung offen faschistischer Absichtserklärungen nicht aus. Trotz Forderung nach Auflösung der Gewerkschaften, Bücherverbrennung, Verbot aller nicht-faschistischen Organisationen und Parteien und Aufbau einer faschistischen Jugend behauptet er unverfroren, **„daß aus dieser Formulierung und dem übrigen Inhalt der Druckschrift jedenfalls die Fortsetzung von Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation nicht eindeutig festgestellt werden kann"!**

Gegen die Einstellung dieser Anzeige werden wir in jedem Fall Widerspruch einlegen und weiteres belastendes Material vorlegen.

Borchardt gehört hinter Gitter!

Verbot der Faschistischen Front!

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

STAATSANWALTSCHAFT
BEI DEM LANDGERICHT HAMBURG

Abteilung: 14 A
Geschäfts-Nr.: 141 Js 988/76

Hamburg, den 12.10.76
Fernsprecher: 697

Herrn
[geschwärzt]

Betreff: Ihre Strafanzeige vom 26. 7. 76 gegen Michael B o r c h a r d t wegen Sachbeschädigung und wegen "Verbreitung von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen" (§§ 86, 86a StGB)

Sehr geehrter Herr [geschwärzt]!

Ich habe bezüglich der Verbreitung der Druckschrift "Der Aufmarsch" (Ausgabe Nr. 2 vom Februar 1976) von der Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gem. § 152, Abs. 2 StPO mangels Tatverdachts abgesehen und bezüglich der angezeigten Sachbeschädigungen mangels Strafantrages der Geschädigten das Verfahren eingestellt.

Ein Verstoß gegen § 86a StGB (Verwendung von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen) liegt in dem auf der Titelseite des "Aufmarsches" verwendeten Zeichen nicht vor, da dieses Zeichen von den im 3. Reich verwendeten SS-Runen so erheblich abweicht, daß es nicht mehr als mit dem SS-Emblem identisch bezeichnet werden kann.

Auch ein Verstoß gegen § 86 StGB (Verbreiten von Propagandamitteln verfassungswidriger Organisationen) ist aus dem Inhalt der verbreiteten Druckschrift nicht erkennbar.

Zwar wird hierin allgemein für ein 'faschistisches' Deutschland geworben, doch enthält die Druckschrift keine Propaganda für eine bestimmbare, vom Bundesverfassungsgericht für verfassungswidrig erklärte Partei oder für eine Partei oder Vereinigung, von der unanfechtbar festgestellt ist, daß sie Ersatzorganisation einer solchen Partei ist, § 86 Abs. 1 Ziff 1) StGB. Auch enthält die Druckschrift keine Propaganda für eine Vereinigung,
tion einer solchen Partei ist, § 86 Abs. 1 Ziff 1) StGB. Auch
enthält die Druckschrift keine Propaganda für eine Vereinigung,
die unanfechtbar verboten ist, weil sie sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung richtet, § 86, Abs. 1, Ziff 2). In Erwägung könnte allenfalls ein Verstoß gegen § 86, Abs. 1 Ziff 4 StGB gezogen werden, da auf Seite 1 der Druckschrift die Schaffung einer faschistischen Staatsjugend gefordert wird. Diese Forderung für sich genommen könnte als Forderung nach der Wiederbegründung der HJ des 3. Reiches. verstanden werden.

Doch der dieser 'Staatsjugend' in der Druckschrift zugewiesene Aufgabenbereich, die "Jugend politisch charakterlich und körperlich zu bilden", ist mit der Zielsetzung der früheren Hitler-Jugend nicht vergleichbar, so daß aus dieser Formulierung und dem übrigen Inhalt der Druckschrift jedenfalls die Fortsetzung von Bestrebungen einer ehemaligen nationalsozialistischen Organisation nicht eindeutig festgestellt werden kann.

Soweit Sie in Ihrer Strafanzeige das Verbot der "Faschistischen Front" fordern, teile ich Ihnen mit, daß die Staatsanwaltschaft für Verbotsverfahren von Parteien und Vereinigungen nicht zuständig ist.

Hochachtungsvoll

Dr. Gerhardt

Staatsanwalt

Faschistische Mordhetze

Großformatige Plakate einer Nazi-Bande wurden in München geklebt. Darauf heißt es in riesigen Buchstaben:

„Ausländerbeschäftigung in Deutschland ist Mord am deutschen Volk... Die Wählergruppe 'Gemeinschaft zur Abwehr des Überfremdungsvolksmordes' fordert: + Die Bestrafung der Personen, die zur Ausländerbeschäftigung oder Einwanderung, also zum Überfremdungsmord beitragen. + Die Todesstrafe für Anwerber und Arbeitgeber von Ausländern, die hier Mord begehen. + Die Enteignung (oder Vernichtung) von Betrieben, die Ausländer beschäftigen. + Den Generalstreik aller Deutschen gegen den Überfremdungsmord".

Als verantwortlich für dieses Produkt nazistisch verseuchter Hirne zeichnet ein Martin Fössing, München. Das Plakat stellt Volksverhetzung im reinsten Sinn des Gesetzes dar. In diesem Fall ist vielleicht sogar eine echte Chance, daß das Nazi-Schwein auch vor Gericht gebracht und verknackt wird. Denn auf dem Plakat werden ja nicht einfach Ausländer oder Kommunisten mit Mord bedroht (das wäre heute jedem bürgerlichen Gericht zumindest eine „Bewährung" wenn nicht gar einen glatten Freispruch wert), sondern da soll es den Kapitalisten und ihren Betrieben selbst an den Kragen gehen. Und das geht denn wohl doch etwas zu weit ...

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Hildesheimer Bürgerverein: Für Volk und Vaterland!

Zum Ende des Wahlkampfs erschien erstmals der „Freie Bürger", die Zeitung des „Hildesheimer Bürgervereins". Stramm antikommunistisch, für das ganze Vaterland, heimattreu und rechts, verdammt rechts.

Auf der ersten Seite wird Lenin zitiert: „Sie (die Kapitalisten und ihre Regierungen) werden sich anstrengen, um ihren eigenen Untergang vorzubereiten".

Und dann marschiert der „Freie Bürger" los und zeigt, wie weit es schon gekommen ist: „20.000 Wehrdienstverweigerer", „16.000 Ostagenten", die „kommunistischen" Parteien Europas, die „marxistisch" ausgerichtete SPD/FDP-Regierung und „die gutorganisierten und präparierten Kader revolutionärer Agenten Moskaus" wollen unserer Freiheit an die Gurgel. Dazu kommt, daß „die Nato in Gefahr ist", gegenüber dem Warschauer Pakt „hoffnungslos unterlegen zu werden".

Daher fragt der „Freie Bürger": „Wie lange wollen die westlichen Industrienationen den Ostblock noch finanziell aufpäppeln?". Wie lange noch wird eine „Überfremdung" z.B. unseres Automarktes mit den „roten Fiats" (Polski und Lada) geduldet?...

Wer steckt dahinter?

Der Hildesheimer Bürgerverein, Herausgeber des „Freien Bürgers", hängt eng zusammen mit der „Initiative Bürger helfen ihrer Stadt e.V.". Diese jüngste „Bürgerinitiative" Hildesheims hat sich zum Ziel gesetzt, 250.000 Mark aufzubringen: Das ist der Preis für ein Gutachten von Rationalisierungsfachleuten, die versprechen, Vorschläge für eine gutfunktionierende Stadtverwaltung zu machen. Da dieses Gutachten nicht mit Haushaltsmitteln der Stadt abzudecken war, hat sich die Rationalisierungsinitiative Hildesheimer Bourgeois' gebildet und zum Spenden aufgerufen. Rationalisierung heißt Kosten und Personal sparen, heißt Verschärfung der Arbeitsanforderungen, Verschärfung der Konkurrenz unter den Kollegen in der Stadtverwaltung.

Diese Hildesheimer Bourgeoisinitiative hat jetzt auch ihre Bourgeois-Zeitung. Die Initiative und ihre Zeitung ergreifen natürlich auch Partei: für die CDU!

Das sechs-Seiten-Revolverblatt besteht zur Hälfte aus Anzeigen der Hildesheimer Geschäftswelt und wird mit dieser Unterstützung auch über die Wahlzeit hinaus „lebensfähig" sein.

Sie reden von Vaterland, Patriotismus, Selbstbehauptungswillen des Volkes, von der ganzen Heimat, von Durchstehvermögen und nationalem Gut. Der heimattreue Mittelstand träumt von Volk und Reich und Führer.

KB/Sympathisantengruppe Hildesheim

Polizei-Provokation gegen BDJ-Zentrum

Hamburg. Im Dezember 1975 wurde das Bezirkszentrum des Bundes Demokratischer Jugend (BDJ/RBJ) in Hamburg-Eimsbüttel zur Zielscheibe einer brutalen Polizeiprovokation (siehe auch AK 71 und 88). Der Vorfall begann damit, daß zwei Typen, die vor einer Wandzeitung standen, die über Polizeiwillkür und -übergriffe gegen Eimsbütteler Jugendliche berichtete, Passanten durch folgende Sprüche auffielen: *„Das Ding da, müßte man mal runterreißen"*, (bezogen auf die erwähnte Wandzeitung) und *„das ganze Nest müßte mal ausgeräuchert werden"*. Einige Minuten später wurde die anwesende Mädchengruppe durch einen Blitz aufgeschreckt. Die beiden Typen hatten mit einer Kamera in das Zentrum hineinfotografiert. Als die Mitglieder dieser Gruppe und einer anwesenden Kindergruppe gegen die Fotografiererei an den Fenstern des Zentrums protestierten, fingen die beiden Typen eine Schlägerei an, wobei sie sich den Kindergruppen-Anleiter herausgriffen und versuchten ihn festzuhalten. Im Verlauf der Auseinandersetzung rief einer der Schläger: *„Jetzt haben wir endlich eine Handhabe gegen Euch, jetzt kommt gleich die Verstärkung."* Darauf lief die anwesende Mädchengruppe im geschlossenen Block auf die Schläger zu, um diesen Angst einzujagen und dem Jugendlichen zu helfen. Inzwischen hatte ein Bewohner des Zentrums die Polizei alarmiert, um sich vor dem faschistischen Überfall zu schützen. Sekunden später waren zwei vollbesetzte Streifenwagen zur Stelle und nach und nach tauchten noch fünf (!) weitere auf. – Die Polizei hatte die Straße voll besetzt und unter Kontrolle. Die Bullern griffen sich zur Überraschung der Jugendlichen nicht die beiden Schläger, oder versuchten erstmal die Sachlage zu klären, sondern verhafteten auf deren Anweisung vier Jugendliche. Zwei wurden sogar aus ihrer Wohnung verhaftet, wobei ienem protestierenden Mitbewohner angedroht wurde: *„Halt den Mund, sonst nehmen wir dich auch gleich mit."* Beim Abtransport der vier Jugendlichen zur Revierwache stellte sich dann heraus, daß die beiden Schläger, Zivilpolizisten waren.

Diese Polizeiaktion hat jetzt ein gerichtliches Nachspiel. Nicht gegen die Zivilbullen, die diese ganze Aktion provoziert haben, sondern gegen die vier festgenommenen Jugendlichen.

Gegen sie wurde von den beiden Zivilbullen Strafanzeige wegen Körperverletzung und Beleidigung erstattet. Zwei Mädchen sollen den beiden Bullen u.a. in den Unterleib getreten haben und es wird weiter behauptet, daß einer der Jugendlichen „Scheißbullen" gesagt haben soll. Vor dem Hintergrund, daß alle anwesenden Jugendlichen annahmen, es würde sich bei den beiden Schlägern um faschistische Provokateure handeln und sich keiner von beiden ausgewiesen hatte, ist das eine weitere Provokation. Die Strafanzeige der beiden Bullenschläger dient allein ihrer persönlichen Genugtuung und der Kriminalisierung der vier Jugendlichen. Dies soll u.a. in ihrer Aussage durch Verdrehung und der falschen Darstellung des Tatbestandes erreicht werden. So dichteten sie der der erwähnten Wandzeitung die Überschrift „Polizeiterror in Eimsbüttel" an, obwohl diese „Polizeiwillkür in Einsbüttel" hieß. Durch diese und andere kleinere Änderungen des Tatbestandes wollen sie sich als die Betroffenen darstellen und die Jugendlichen pauschal zu den Initiatoren der Schlägerei stempeln.

Mittlerweile ist einer der betroffenen Jugendlichen zu einer Geldstrafe von 300,-DM verurteilt worden. Dies allein aufgrund der Aussagen der Zivilbullen. Gegen dieses Urteil ist Berufung eingelegt worden.

Der Berufungsprozeß findet **statt am Montag, den 15.11.76 um 13.30 Uhr im Amstgericht Hamburg, Sievekingsplatz 3, Strafjustizgebäude, Saal 160.**

Der Prozeß gegen die drei anderen Jugendlichen wird in einigen Wochen vor dem Hamburger Jugendgericht stattfinden. Der erste Prozeßtermin war verschoben worden, weil von den Eltern des einen angeklagten Mädchens Strafanzeige gegen die Bullen gestellt worden war. Der Prozeß gegen die drei Jugendlichen kann erst dann fortgeführt werden, wenn die Bullen verurteilt worden sind oder – was das wahrscheinlichere ist – das Verfahren eingestellt ist.

Ein BDJ-Genosse aus Eimsbüttel

Klassenjustiz

Internationale Untersuchungskommission gebildet

Nach dem Tod von Ulrike Meinhof wurden von vielen Gruppen und Persönlichkeiten des In- und Auslands die Forderung nach der Einrichtung einer Internationalen Untersuchungskommission (IUK) gestellt, die die Umstände, die zu Ulrike Meinhofs Tod geführt haben, erforschen soll.

Am 26. August stellte in Stuttgart auf einer Pressekonferenz der „Justizkritische Ausschuß" im „Verband Deutscher Schriftsteller" und das „Internationale Komitee zur Verteidigung politischer Gefangener in West-Europa" diese Internationale Untersuchungskommission vor. Ihr gehören an:

- Johann van Minnen (Ombudsmann in den Niederlanden)
- Elwin Nauta (Professor für Philosophie, Niederlande)
- Lelio Basso (Professor für Völkerrecht in Rom, ehemals Präsident des ersten Russell-Tribunals über Vietnam)
- J.P. Jenssen (Psychologie-Professor, Dänemark)
- Hendrik Kaufholz (Journalist, Dänemark)
- J. Israel (Soziologie-Professor, Schweden; Mitarbeiter beim Vietnam-Tribunal)
- Denis Payot (Rechtsanwalt aus Genf, Generalsekretär der Internationalen Vereinigung für Menschenrechte an der UNO)
- John Mc Guffin (Dozent am Technischen College in Belfast; Verfasser von Büchern über die an irischen Gefangenen angewandten Foltermethoden)
- Michele Beauvilard (Rechtsanwältin aus Paris, ehemalige Verteidigerin von Ben Bella).

Die erste öffentliche Arbeitssitzung der IUK soll Ende Oktober in Amsterdam stattfinden.

„Die Mitglieder der IUK sind sich inzwischen soweit einig, daß die genaue Aufklärung der Umstände des Todes von Ulrike nur möglich ist, wenn sie ihre Untersuchungsarbeit auch auf die Aufklärung des Todes von Holger Meins, Siegfried Hausner und Katharina Hammerschmidt ausdehnen. Bei der Aufklärungsarbeit wird versucht werden, alle Umstände, wie die medizinischen, die juristischen, die kriminologischen und die politischen Umstände zu berücksichtigen" (aus dem Aufruf zur IUK).

In dem Aufruf zur IUK wird weiter die Bedeutung des internationalen Charakters der Kommission hervorgehoben, wodurch eine Möglichkeit gegeben ist, das Schweigen der westdeutschen Presse zu durchbrechen, und gebeten, die Arbeit der IUK zu unterstützen.

(Weitere Informationen sind bei der Antifaschistischen Gruppe c/o Dümlein, Postfach 131, 1 Berlin 61 zu erhalten.)

IKAH Hamburg

Hohe Gefängnisstrafe für „KPD"-Mitglieder und Sympathisanten

Innerhalb von einer Woche wurden Mitglieder und Sympathisanten der „KPD" zu insgesamt 35 Monaten Gefängnis verurteilt.

In **Köln** verhandelte die 6. Große Strafkammer des Landgerichts unter Vorsitz des Richters Feuerherd vier Wochen gegen sechs Angeklagte. Ihnen wurde vorgeworfen, 1974 gegen das Urteil des berühmt-berüchtigten Richters Somoskoey protestiert zu haben. Somoskoey hatte damals in einem Prozeß gegen sieben Antifaschisten, die gegen NPD-Stände vorgegangen waren, bis zu zwei Jahren Gefängnis verhängt. Als die Angeklagten zusammen mit anderen in der Kölner Innenstadt gegen das Terrorurteil protestierten, prügelten Bullen in einem massiven Einsatz unterschiedslos auf die Demonstranten und auf unbeteiligte Passanten ein. In der Verhandlung behaupteten die Bullen, es hätte handgreifliche Auseinandersetzungen zwischen Passanten und Demonstrierenden gegeben, was diesen Einsatz erforderlich gemacht habe. Anderslautende Zeugenaussagen wurden von Richter Feuerherd mit der Bemerkung abgetan, daß man jetzt ja nicht mehr feststellen könnte, ob es sich bei den Passanten nicht um „mitgebrachte Gesinnungsfreunde" gehandelt habe.

Gegen die sechs Angeklagten wurde wegen „Widerstand gegen die Staatsgewalt, Gefangenenbefreiung und Landfriedensbruch" verhandelt. Uwe Carstensen, Wahlkandidat der „KPD" in Köln-Mühlheim wurde zu acht Monaten Gefängnis ohne Bewährung, ein Mitangeklagter zu sechs Monaten mit Bewährung, zwei Angeklagte zu Geldstrafen verurteilt und zwei wurden freigesprochen.

In **Düsseldorf** wurden gegen die „KPD"-Mitglieder Werner Heuler („Mitglied des Ständigen Ausschusses des Politbüros des ZK der 'KPD' ") und Karl Schlögel zusammen zu zwölf Monaten Gefängnis verurteilt. Die beiden hatten zu einer „KPD"-Kundgebung in Düsseldorf aufgerufen, die dann von der Polizei überfallen wurden. Heuler und Schlögel wurden anschließend wegen „Widerstand" und „Gefangenenbefreiung" angeklagt und verurteilt. Die Argumentation der Staatsanwaltschaft in dem Prozeß zielte von Anfang an auf eine politische Aburteilung: *„Die Gesinnung der Angeklagten ist es, die man beurteilen muß"* und *„Die Angeklagten müssen wissen, wie man sich vor einem deutschen Gericht zu verhalten hat"*.

In **Marburg** wurde die der „KPD" nahestehende Studentin Almut E. zu neun Monaten Gefängnis wegen „Aufwiegelung zur Gewalt" verurteilt (Informationen und Zitate aus „Rote Fahne", 42/76).

Obwohl wir bekanntermaßen schwerste Differenzen zur Politik der „KPD" haben, wenden wir uns schärfstens gegen diese Urteile, die auf Einschüchterung und Kriminalisierung der gesamten Linken zielen.

IKAH Hamburg, Antifa;Kommission und KB-Sympathisanten/Köln

Revisionsverfahren im „Quante-Prozeß"

Bremen. Auch in Bremen durfte die bundesweite „Anarchistenjagd" nicht ohne Ergebnis bleiben. Als im Oktober 1974 in der Pappelstraße ein Gemisch von Puderzucker und Unkrautvertilgungsmittel explodierte, wurde behauptet, der Mieter Wolfgang Quante sei *„Mitglied des harten Kerns einer Baader-Meinhof-Nachfolgeorganisation"*. Im späteren „Quante-Prozeß" wurden alle Register der „Terroristenbekämpfung" gezogen. Für 1,4 Mill. DM ist eigens eine „Turn"halle dafür gebaut worden. Die schwerwiegenden Indizien erwiesen sich schnell als aufgeblasene Propagandatricks des Bundeskriminalamts. Aus einem „Sprengstofflager" wurde die besagte Puderzuckermischung, „Zündmechanismen" stellten sich als normale Wecker dar und die „Maschinenpistole" war lediglich ein Kleinkalibergewehr. So mußten die Staatsorgane einen Prozeß organisieren. Im allgemeinen Verhetzungsrundschlag wurde die Verteidigerin vom jetzt endlich pensionierten Richter Penning gleich mit als Mitglied einer „kriminellen Vereinigung" abgestempelt. In Ermangelung stichhaltiger Beweise wurden auch noch psychologische Anklagepunkte gezimmert. Ein staatlicher Gutachter bezeichnete Quante als einen „milieugeschädigten, unreifen Jugendlichen", der in seiner Entwicklung zurückgeblieben sei. Mit dem Strafmaß von 4 1/2 Jahren zeigten die Staatsbehörden, daß sie sich in zynischer Weise nicht nur über die Beweislage, sondern auch über ihre eigene Beurteilung des Angeklagten hinwegsetzten. Hinzu kommt noch, daß Quante seit 2 Jahren in Untersuchungshaft davon 1 Jahr in fast totaler Isolation – in Oslebshausen einsitzen muß, obwohl er als Jugendlicher in der Jugendstrafanstalt untergebracht sein müßte! Aber den Staatsorganen geht es eben nicht um die „erzieherische Wirkung" von Strafe, sondern um die 100%-ige „Verwahrung" von „Terroristen".

Im Frühjahr 1976 mußte der 3. Strafsenat des Bundesgerichtshofes der Revision der Anwältin stattgeben, weil die Befangenheit des Richters Penning nicht zu leugnen war. Allerdings hatte Quante's Anwältin noch 12 weitere Revisionsgründe angegeben, die weit schwerwiegender waren als die Befangenheit des Richters.

Der Prozeß wird im nächsten Monat neu aufgerollt.

Er beginnt am 5. November um 9 Uhr in Bremen-Oslebshausen, Sonnemannstraße 2.

KB/ Gruppe Bremen

Wer trägt das Risiko bei Streik?

Abweichend von der bisher gängigen Rechtssprechung entschied das Bundesarbeitsgericht in der Klage eines Bremer Arbeiters. Aufgrund des Streiks der Bremer Vulkan-Kollegen in der Tarifrunde 1974 war dem Monteur, der für eine nicht bestreikte Heizungsbaufirma arbeitete, die Arbeit ausgegangen. Die Firma weigerte sich nun, dem Kollegen den Lohn weiter zu zahlen und berief sich dabei auf die bisherige Rechtssprechung, die das Risiko von Arbeitsausfall in nicht bestreikten Betrieben den betroffenen Arbeitern bzw. der streikenden Gewerkschaft aufbürdet. Im vorliegenden Fall entschied das Gericht allerdings für den Kollegen, da „begrenzte Behinderungen" eines Betriebes durch einen Streik im Rahmen des Unternehmerrisikos liege. Das Gericht vermied es allerdings, die Grenzen einer Behinderung klar zu ziehen. Insofern kann keine Rede davon sein, daß in die bisherige, extrem arbeiter- und gewerkschaftsfeindliche Rechtsauslegung des Bundesarbeitsgerichts eine nennenswerte Bresche geschlagen wäre (Aktenzeichen 5 AZR 61/75).

Rechtsanwalt Schily freigesprochen

Westberlin. Am 27. Oktober wurde Rechtsanwalt Schily vom Vorwurf der „Beleidigung" von Anstaltsärzten freigesprochen (wir berichteten über den Prozeß in AK 91).

In seiner Urteilsbegründung erkannte der vorsitzende Richter an, daß es zweifellos „Fehler" bei der ärztlichen Betreuung der tumorkranken Katharina Hammerschmidt gegeben hatte. Allerdings hätte die Beweisaufnahme (bei der die Anstaltsärzte vernommen worden waren) die Behauptung Schilys nicht bestätigt, daß sich die Haftanstaltsärzte „völlig passiv verhalten" und damit „den Tod von Katharina Hammerschmidt billigend in Kauf genommen" hatten. Das Gericht meinte Schilys „überschießende Äußerungen" seien aber durch die Wahrnehmung berechtigter Interessen gedeckt und insofern keine Beleidigung.

Der Staatsanwalt hatte zuvor eine Geldstrafe von 10.000 DM gefordert, weil die Strafanzeige Schilys gegen die Ärzte ein „ungeheuerlicher und absurder Vorwurf" sei. Demgegenüber hatten die Verteidiger Schilys, Prof. Uwe Wesel und Rechtsanwalt Jungfer nachgewiesen, daß Fehler der Haftanstaltsärzte eindeutig festgestellt worden seien. (Die Anstaltsärzte hatten einen Tumor monatelang nicht festgestellt, der nach Hammerschmidts Haftverschonung innerhalb von 10 Tagen von externen Ärzten entdeckt worden war.)

In seinem Schlußwort ging Schily darauf ein, daß Katharina Hammerschmidt niemals verurteilt worden ist, und er wies die Diffamierungen der RAF-Verteidiger, an denen es auch in diesem Prozeß nicht fehlen durfte, zurück.

Noch am Tag der Urteilsverkündung legte die Staatsanwaltschaft gegen das Urteil Berufung ein.

Veranstaltung gegen Verteidigerbehinderung

Am 19.10. fand im Audimax der Technischen Universität Westberlin eine Veranstaltung mit 2.000 Menschen anläßlich des Prozesses gegen Schily statt.

Diese Veranstaltung war eine der bestbesuchtesten der letzten Zeit. Veranstalter war ein breites Bündnis von linken und demokratischen Kräften, so die Aktionskomitees gegen Berufsverbote, Spontigruppen, USTA-Vorbereitungsgruppen, Komitee zur Verteidigung demokratischer Grundrechte, GIM und KB.

Auf der Veranstaltung wurde neben der Darstellung und Diskussion des Schily-Prozesses breit über Berufsverbote, Ehrengerichtsverfahren und Behinderung fortschrittlicher Verteidiger berichtet.

Leider kam es nach den letzten Beiträgen der Rechtanwälte Stroebele und Schily aufgrund der fortgeschrittenen Zeit nicht mehr zu einer Diskussion über die weitere kontinuierliche Arbeit auf dem Gebiet der Repression. Die Veranstalter haben daraufhin beschlossen, daß die Diskussion zwischen den beteiligten Gruppen und Individuen veröffentlicht werden wird.

IKAH Westberlin

Verfassungsschutzgesetzentwurf in Hamburg

Ca. anderthalb Jahre vor der Bürgerschaftswahl legte jetzt die SPD/FDP-Senatskoalition einen Verfassungsschutzgesetzentwurf vor. Die im ersten Teil des elf Paragrafen umfassenden Entwurfes festgelegten Aufgaben und Befugnisse des Landesverfassungsschutzes sind z.T. wortwörtlich aus dem (Bundes-)Verfassungsschutzgesetz von 1950 übernommen worden, das 1972 im Rahmen der „kleinen Notstandsgesetze" geändert worden war.

Nach §5 des Entwurfes sind VS, Behörden und Gerichte zur „gegenseitigen Amtshilfe" verpflichtet. Dies eröffnet eine breite Möglichkeit zur Beschaffung von Denunziationsmaterial. Allerdings ist eine ausdrückliche Denunziationsklausel, die wie in Niedersachsen die Beamten zur Denunziation verpflichtet, im Entwurf nicht enthalten.

In §6 ist die Weitergabe von VS-Material zur Überprüfung von Bewerbern für den Öffentlichen Dienst ausdrücklich genannt, obwohl die Heranziehung solchen Materials selbst nach der berüchtigten „Berufsverbote"-Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes nicht zulässig ist. Das ist ein krasser Widerspruch zu der lauten Reklame, die insbesondere die FDP mit ihrer angeblichen „Ablehnung einer Hexenjagd gegen Radikale" unternimmt.

Als „Bonbon" wird dafür die „parlamentarische Kontrolle" des VS angeboten.

Diese Kontrolle besteht hauptsächlich darin, daß ein aus drei Abgeordneten gebildeter Ausschuß vom Senat alle drei Monate über die Tätigkeit des Landesverfassungsschutzes unterrichtet werden soll. „Selbstverständlich" müssen diese „Kontrolleure" alles, was sie auf diese Weise erfahren, auf ewig streng für sich behalten (§8 III) ... Mit dem Entwurf wollen sich FDP und SPD vor der Bürgerschaftswahl als ganz große Fortschrittler profilieren und einem Unbehagen unter der Bevölkerung über die zunehmende Bespitzelung den Wind aus den Segeln nehmen. In Wirklichkeit wird aber dadurch, daß der VS zum erstenmal eine gesetzliche Grundlage erhält, seine Position gestärkt und die ohnehin praktisch aussichtslose Möglichkeit, sich gegen VS-Unverschämtheiten gerichtlich zur Wehr zu setzen, so gut wie ausgeschaltet.

IKAH Hamburg

Wie sauber die „KVZ" recherchiert: Der Hamburger KBW, der offensichtlich eine „Kampagne" zu dem VS-Gesetz starten will, schreibt in dem Leitartikel der Bezirksbeilage Nr.41, durch §3 des Entwurfes würden antiimperialistische Sammlungen *„ausdrücklich ... für ungesetzlich"* erklärt werden. Tatsächlich ist an einer Stelle im §3 von Sammlungen die Rede. Dort heißt es nämlich: *„Aufgabe des Verfassungsschutzes ist die Sammlung und Auswertung von Auskünften, Nachrichten und sonstigen Unterlagen ..."!!*

Bundesverwaltungsgericht gegen Homosexuelle

Im März 1976 verbot das Oberverwaltungsgericht (OVG) Münster nach langem Rechtsstreit der Aachener Schwulengruppe GSR mit Flugblättern und Infostand gegen Vorurteile und Verhetzung zu kämpfen (siehe dazu AK 83/28. Juni 76).

Unsere damalige Befürchtung, daß es sich um einen „Musterprozeß" handelt der mit Hinweis auf das gesunde Volksempfinden den Kampf gegen reaktionäres Gedanken„gut" verhindern will, scheint sich zu bestätigen.

Die Schwulengruppe stellte den Antrag auf Revision des Aachener Urteils. Dieser wurde vom Bundesverwaltungsgericht als nicht zulässig erklärt; stattdessen schloß sich diese höchste Instanz der Argumentation des OVG an: Minderheitendiskriminierung sei, falls sie im sexuellen Bereich geschehe, eine Sache der Intimspäre und damit Privatsache, jedoch keine Angelegenheit, um die sich die Gesellschaft zu kümmern habe. Angesichts der täglichen Vermarktung der Sexualität (PornografieWerbung), der Schauprozesse gegen lesbische Frauen (Ihnsprozeß, siehe AK 49 „Hexenjagd") und der damit verbundenen Unterdrückung der Frauen und Homosexuellen, ist es blanker Hohn, wenn diejenigen die sich daggegen wehren in die „Intimsphäre" zurückgewiesen werden.

Ein schwuler Genosse der Ortszelle Wedel

sich daggegen wehren in die „Intimsphäre" zurückgewiesen werden.

Ein schwuler Genosse der Ortszelle Wedel

Polizei fühlt sich „beleidigt"

Westberlin. Der Westberliner Presseverantwortliche des KB hat mit Datum vom 25.10. eine Strafanzeige vom Westberliner Polizei-Präsidenten erhalten. Wegen Verdachts der Beleidigung (§ 185 StGB) ist ein Ermittlungsverfahren eingeleitet worden. Anlaß ist das Aufruf-Flugblatt („Wer sind die Terroristen?") zur Stroebele-Veranstaltung im August. Folgende Passagen werden beanstandet:

1. daß ein Hinterhoffest zu Zimbabwe von der Polizei *„brutal auseinandergeknüppelt"* wurde,
2. daß *„Heerscharen von Bullen vier Wochen im Einsatz"* waren und *„Killertrupps des MEK auf angeblicher Anarchistenjagd"* waren,
3. *„das terroristische Auftreten schwerbewaffneter Bullen, die den Polizeistaat proben"*.

Interessant ist noch folgendes: Am 18.9. wurde der Chefredakteur der SEW-„Wahrheit" zu 2.500 DM Geldstrafe verurteilt. In den Artikeln aus dem Jahre 1973 wurde das BKA als *„Spitzel-und Schnüfflerzentrale"* bezeichnet, die Bereitschaftspolizei als *„Bürgerkriegstruppe"* und daß die *„Spezialeinheiten"* der Westberliner Polizei *„in erster Linie das Anwachsen der demokratischen Kräfte"* bekämpfen (nach „Rotfrontstadt", 17/76 vom 20.10.).

stadt", 17/76 vom 20.10.).

KB / Gruppe Westberlin

Zweite Klage von Frau Routhier abgewiesen

1974 war Günther Routhier an den Folgen eines brutalen Polizeieinsatzes im Duisburger Arbeitsgericht gestorben. Er hatte nach einer „Sonderbehandlung" durch die Beamten (Routhier war Bluter) eine tödliche Gehirnblutung erlitten.

Die erste Anzeige der Frau von Günther Routhier gegen die beteiligten Polizeibeamten war wegen eines „ungenügenden ärztlichen Gutachtens" abgelehnt worden.

Die zweite Anzeige basierte auf einem Gutachten Professor Kraulands, der nachgewiesen hatte, daß es einen direkten Zusammenhang des Polizeieinsatzes und der tödlichen Gehirnblutung gab.

Diese Anzeige wurde abgelehnt, weil angeblich nicht festgestellt werden konnte, ob die tödliche Verletzung im Gerichtssaal oder im Treppenhaus verursacht worden ist. Außerdem sei nicht auszuschließen, daß Routhier selbst schuld sei, weil er sich möglicherweise den Polizeibeamten in den Weg gestellt habe.

So sind bisher alle Anzeigen gegen die – namentlich Bekannten und an dem Einsatz Beteiligten – „erfolgreich" niedergeschlagen worden.

Antifa-Kommission KB/ Gruppe Hamburg

Hannes Wader soll kriminalisiert werden

Der Volkssänger Hannes Wader ist erneut von einem Kronzeugen beschuldigt worden, die RAF unterstützt zu haben, was prompt eine Hausdurchsuchung nach sich zog.

Hannes Wader war bereits vor mehreren Jahren von dem Kronzeugen Ruhland diffamiert worden, der behauptet hatte, Wader habe Ulrike Meinhof seine Wohnung zur Verfügung gestellt.

Diesmal war es Kronzeuge Müller, der Munition gegen den fortschrittlichen Sänger lieferte.

Bei der Hausdurchsuchung suchte die Polizei auch nach Waffen. Sie fanden allerdings nur ein Luftgewehr. In Stammheim wurde dann frech behauptet, die Anschuldigungen Müllers hätten sich bei der Hausdurchsuchung bestätigt („FR", 23.10.76). Gegen diese Verleumdungen wollen die Vertrauensanwälte der Angeklagten im Stammheimer Prozeß vorgehen.

Sie haben gefordert, mehrere Richter und einen Staatsanwalt aus dem Westberliner Mahler-Prozeß zu vernehmen, die bezeugen können, daß Hannes Wader Ulrike Meinhof gar nicht gekannt hat.

gar nicht gekannt hat.

Ein Lübecker Metallgenosse



Bespitzelung von Arbeitslosen

Getarnt als eine Untersuchung der *„Ursachen des Extremismus, insbesondere des Linksextremismus"* unter *„ausgewählten Arbeitslosen"* wird nun auch die politische Bespitzelung der Arbeitslosen in Angriff genommen. In einem dienstlichen Schreiben (Geschäftszeichen Ia2--5016.3/5430) sind insgesamt 32 Arbeitsämter von der Nürnberger Zentrale aufgefordert worden, rund 2.150 Arbeitslose unter 35 Jahren auf Arbeitsamtbriefbögen aufzufordern, sich an einer Befragungsaktion der Firma Infratest Wirtschaftsordnung GmbH in München zu beteiligen. Arbeitslose, die sich nicht an der Befragung beteiligen wollen, sollen durch eine "Nachfaßaktion" nochmal unter Druck gesetzt werden.

Wie diese "Befragungsaktion" in der Praxis gehandhabt wird, zeigt das Beispiel von Edith L. aus Oldenburg. Bereits vier Tage, nachdem sie sich arbeitslos gemeldet hatte, erhielt sie ein Schreiben vom Arbeitsamt. Darin heißt es: *„Das Forschungsinstitut Infratest führt in Zusammenarbeit mit der Bundeszentrale für politische Bildung zur Zeit eine Untersucheng über die Einstellung bestimmter Bevölkerungsgruppen zu einigen wichtigen Bereichen unseres Lebens durch. Im Rahmen einer Stichprobe wurden sie durch ein statistisches Zufallsverfahren ausgewählt."* Edith L. hatte fünf Jahre lang für den MSB-Spartakus zu den Studentenparlamentswahlen kandidiert, war zwei Jahre lang im ASTA und ist schließlich Mitglied der DKP.

Was es doch für "Zufallsverfahren" gibt !?
(nach „UZ", 13. und 19.10.76).

KB/Gruppe Kassel

Klage auf Einstellung hatte Erfolg

München. Durch eine Klage vor dem Verwaltungsgericht erreichte die Justizassessorin Charlotte Nieß, daß die bayrische Justizverwaltung verpflichtet wird, sie in den Staatsdienst zu übernehmen.

Die Bewerbung für den höheren Justizdienst war abgelehnt worden, weil Frau Nieß (SPD-Mitglied) Vorstandsmitglied in der "Vereinigung Deutscher Juristen" ist, und in diesem Vorstand säßen schließlich auch DKP-Mitglieder. Daher gäbe es Zweifel an ihrer Verfassungstreue.

Inzwischen ist Frau Nieß Beamtin auf Probe im nordrhein-westfälischen Landwirtschaftsministerium, womit die SPD ihre "freiheitliche Gesinnung" unterstreichen will. Nichtsdestotrotz steht auch Nordrhein-

Landwirtschaftsministerium, womit die SPD ihre "freiheitliche Gesinnung" unterstreichen will. Nichtsdestotrotz steht auch Nordrhein-

Westfalen in der Berufsverbote-Praxis den anderen Bundesländern in nichts nach. Daß die CSU die Einstellung von Frau Nieß in Nordrhein-Westfalen als "schweren Verstoß gegen die Grundsätze des Beamtenrechts" angreift, kommt dabei der SPD nur recht, um sich als "liberal" zu profilieren.

Ihre Stellung im Landwirtschaftsministerium sieht Frau Nieß nur als vorübergehend an und will auch weiterhin ihre Einstellung in den bayrischen Staatsdienst erreichen.

Das Urteil des Verwaltungsgerichts wird nicht das letzte in dieser Sache sein, denn das bayrische Justizministerium will Berufung einlegen, wegen *„der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits für die Beurteilung der Verfassungstreue im öffent-*

ministerium will Berufung einlegen, wegen *„der grundsätzlichen Bedeutung des Rechtsstreits für die Beurteilung der Verfassungstreue im öffent-*

lichen Dienst".

Haftverschonung für Enno Schmidt!

Hamburg. Die Hamburger Justiz weigert sich weiterhin, Enno Schmidt Haftverschonung zu gewähren, mit dem Hinweis auf eine vermeintliche Fluchtgefahr. Wie wir schon berichteten, war ihm im September Haftverschonung für dringend notwendige Operationen gewährt worden: Kieferoperation und Öffnung des rechten, verstopften Gehörganges, wo sich wahrscheinlich ein lebensbedrohlicher Tumor befindet.

Bevor es „losgehen" konnte, war er jedoch – vorübergehend – geflohen. Hat er „seine Chance verspielt"?

Das Initiativkomitee Arbeiterhilfe und das Medienzentrum Fuhlsbüttel unterstützen und verbreiten eine Presseerklärung seiner Angehörigen vom 13.10. Darin heißt es unter anderem:

„In der Klinik wurde Enno zufällig Zeuge eines Gesprächs zwischen dem behandelnden Arzt und dem Narkosearzt. Dieser äußerte die Befürchtung, daß Ennos Kreislauf eventuell schon zu schwach für eine Operation sei und die Gefahr eines Herzstillstandes bestünde. Da der zuständige Arzt dieses Risiko in Kauf nehmen und dennoch operieren wollte, sah Enno seine einzige Möglichkeit in der Flucht. Er meldete sich sofort in der Anstalt zurück, um zu zeigen, daß es ihm nicht um eine – schon wegen seines gesundheitlichen Zustandes unmögliche – ‚Flucht', sondern um die Bewilligung der für ihn notwendigen Haftverschonung geht. Nachdem ihm die Anstalt eine weitere fachärztliche Behandlung zugesagt hatte, kehrte er nach Fuhlsbüttel zurück. Dort waren diese Versprechungen aber schnell wieder vergessen. Man erklärte sich nur noch bereit, den schwerkranken Mann in Handschellen zu weiteren Untersuchungen zu führen."

Doch nicht genug damit: Sanitäter verabreichten ihm am 30.9. Augentropfen für seine chronisch entzündeten Tränensackkanäle. Die Augentropfen waren nicht etikettiert und verursachten nach kurzer Zeit Brennen und starke Schmerzen. Die Anstaltsleitung erklärte, die Augentropfen seien „vertauscht" worden. Die Angehörigen erklärten dazu, es muß befürchtet werden, *„daß man ihn indirekt dafür strafen will, daß er sich die erheblichen Verletzungen bei seiner Dachbesteigung 1972 zuzog, die zum Ausgangspunkt der damaligen Gefangenenrevolte wurde. Bis heute hat er sich von seinen Verletzungen nicht erholt. Im Gegenteil: Seit ca. einem Jahr befindet Enno sich fast ständig in Lebensgefahr."*

Die Behörde ließ ihn – auch schon vor der letzten Haftverschonung – wissen, daß, wenn er draufginge, er „selbst schuld" habe. Sie ist offenbar bereit, einen Mann sterben zu lassen, der lediglich wegen sog. „Eigentumsdelikte" verurteilt ist, und der bereits durch seine lange Haft zum Wrack geworden ist.

Wir fordern sofortige Haftverschonung für Enno Schmidt!

IKAH („Arbeiterhilfe")

Trotz Gewerkschaftsbeiträge keine Hilfe im Knast

Neumünster. Im Stich gelassen von der Gewerkschaft fühlen sich Häftlinge von der Justizvollzugsanstalt Neumünster. In ihrer Zeitung „Trallenkieker" kritisieren sie, daß von den Gewerkschaften keinerlei Hilfe ausgehe, obgleich zahlreiche Gefangene organisiert sind und vor der Haft jahrelang Beiträge gezahlt hätten. In der Justizvollzugsanstalt gibt es im Jahr bei rund 750 Insassen durchschnittlich 110 Arbeitsunfälle. Auch lassen die hygienischen Verhältnisse in den Außenlagern zu wünschen übrig, ebenso gleicht die Arbeit der Gefangenen an Stumpfsinnigkeit und Eintönigkeit dem Tütenkleben vergangener Jahre. Hinzu kommt die mangelnde Entlohnung.

Von daher fordern die Häftlinge eine Kontrolle der Anstalt durch die Gewerkschaft.

Rudi Schnabel (ÖTV-Geschäftsführer und Vorsitzender des Anstaltsbeirates in Neumünster) wies die Kritik als „polemische Operationen" zurück und verwies darauf, daß Gefangene aus dem Arbeitsvertragsrecht herausgenommen sind. Im übrigen sei die Gewerkschaft kein Ersatzfürsorger!

Ob die Gefangenen wohl nicht den richtigen Beitrag leisten?
(nach „Lübecker Nachrichten", 15.10.76).

Ein Lübecker Metallgenosse

SPDGSU – wie schön man sich ergänzt..

Laut „Bayrischer Staatszeitung" kündigte der bayrische Innenminister Merk an, daß Widerstand gegen die Berufsverbote-Praxis *„Kampf gegen geltendes Recht"* darstelle und daher rechtswidrig, von Rechts wegen also auch strafbar sei (nach „Extrasdienst" 22.10.76).

Auf den ersten Blick scheint dies eine besonders extreme Ansicht – eben von einem CSU-Mitglied aus Bayern – zu sein! Für die Konsequenz – Strafbarkeit von Kritik an Berufsverboten – mag dies in gewisser Hinsicht *noch* gelten. Es gibt aber bereits eine Reihe von Fällen, bei denen Kritik an Berufsverboten selbst Anlaß für ein Berufsverbot war – und zwar auch in SPD-Ländern (so in Westberlin).

Auch die Sozialdemokratie und der DGB werden schließlich nicht müde zu betonen, der „Radikalenerlaß" entspreche nur dem **bestehenden Beamtenrecht**. Und es gehe ausschließlich darum, mit sogenannten „rechtsstaatlichen" Mitteln festzustellen, ob ein Bewerber die Pflicht zur Verfassungstreue erfülle oder nicht. In einer Dokumentation, die der DGB als Gegenkritik gegen die Proteste des Auslandes gegen die Berufsverbote in der BRD zur Zeit herausbringt, rühmt der DGB sogar, daß in der BRD Berufsverbote rechtlich abgesichert seien, während in anderen Ländern eine *„verdeckte Persöhnlichkeitsausforschung"* praktiziert werde („Frankfurter Rundschau" 11.10.76).

Zwar kritisiert der DGB den einen oder anderen Schnörkel an der unschönen Praxis der Berufsverbote. Im Kern sind sich aber CSU-Merk, SPD und DGB einig: Berufsverbote entsprechen dem geltenden Recht in der BRD. Und wenn Merk bereits die logische Konsequenz daraus zieht, daß jedwede Kritik an Berufsverboten rechtswidrig und strafbar ist, so kann es nicht mehr lange dauern, bis auch die SPD und der DGB dieser Logik folgen. Wenn die SPD wegen „Beleigung" Strafantrag stellt gegen das Berufsverboteplakat des KB (vgl. AK 91), so ist dies eindeutig ein Schritt in dieselbe Richtung, wie sie Merk angibt.

Wie gut das Spiel mit verteilten Rollen klappt! Während SPD/DGB Kritiker der Berufsverbote zu beruhigen versuchen – es gehe doch alles „rechtsstaatlich" zu – sagt die CSU: genau! und deswegen ist ja auch jede Kritik strafbar. Einträchtig arbeiten hier SPD-DGB-CSU usw. an der Faschisierung von Staat und Gesellschaft. Selbst die Jusos mit ihrer Forderung nach *„Einzelprüfung nur mit legalen Mitteln"* arbeiten letztlich nur an der Perfektionierung der Praxis mit.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Vom Gericht freigesprochen, von der Schulbehörde gefeuert

Der Lehrer Lutz Meyer wurde wegen angeblichen Bastelns einer Bombe angeklagt, dann aber vom Gericht freigesprochen. Die Existenz von Lutz Meyer ist jedoch infrage gestellt, denn er bekam zwischenzeitlich vom Regierungspräsidenten in Darmstadt sein Entlassungsschreiben. In diesem Schreiben wird deutlich, daß das Regierungspräsidium die linken Ansichten eines Lehrers nicht dulden will: Die Entlassungsbegründung umfaßt ausschließlich politische Argumentationen. „.... *Nach ihrer Einlassung haben Sie eine Sprengkörperanlage gebaut, weil es Sie interessiert habe, ob Sie selbst einen Sprengsatz herstellen könnten. Den Sprengsatz hätten Sie im freien Gelände ausprobieren wollen. Im übrigen sähen Sie im Hinblick auf die Beziehungen der Bundesrepublik Deutschland zu Südafrika und Spanien, die Verlegung zweier Spezialdivisionen der US-Armee nach hier, den Radikalenerlaß sowie die Schaffung neuer Gesetze in laufenden Prozessen bedenkliche Entwicklungen und gefährliche Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland. Auch wenn Sie nicht behaupten wollten, daß zur Zeit in der Bundesrepublik Deutschland eine Situation bestünde, die zu Sprengstoffanschlägen nötige, sei es andererseits nie zu spät, sich auf die zu erwartende Situation einzustellen. So hätten Sie z.B. aus Feuerwerkskörpern Schwarzpulver entnommen, weil Sie nicht sicher seien, daß es später noch Schwarzpulver gäbe. ...*

Ein Lehrer, der eine Bombe bastelt, und die Herstellung einer Bombe in der oben dargelegten Weise motiviert, ist für den Lehrerberuf ungeeignet ... Der durch Verfassung und Gesetz erteilte Bildungsauftrag ist nicht nur ein Programmsatz, sondern bindende rechtliche Verpflichtung ... Er verpflichtet den Lehrer, auch außerdienstlich sein Verhalten so einzurichten, daß die Erziehung der Kinder nicht beeinträchtigt wird ...

Ein Lehrer, der gefährliche Tendenzen in der Bundesrepublik Deutschland aus den dargelegten Beispielen sieht (!) und deshalb Bomben bastelt und deren Funktionsfähigkeit prüfen will, lebt den Schülern ein schlechtes Beispiel (?) vor. Er hat nicht die rechte Einstellung zum Staat, die sein Dienstverhältnis erfordert. Außerdem fehlt ihm die erforderliche Reife (?), seinen Erziehungsauftrag durchzuführen; er ist für den Lehrerberuf ungeeignet."

Die Gesamtkonferenz der Kreuzbergschule Klein-Krotzenburg, an der Lutz Meyer tätig war, hat eine Solidaritätserklärung verfaßt (Abstimmungsergebnis: 25 dafür, 2 dagegen, 8 Enthaltungen). In dieser Solidaritätserklärung fordert das Kollegium der Kreuzbergschule die Rücknahme der beabsichtigten Entlassung des Kollegen.
(Zitate nach „ID", Nr.148 vom 23.10.76).

Eine Sympathisantin des KB/Gruppe Frankfurt

Drei Berufsverbote zurückgenommen

Vorläufig zurückgenommen wurden drei Berufsverbote in Hamburg, Nordrhein-Westfalen und Baden-Württemberg.

In Hamburg erhielt jetzt der Referendar B.K. seine Ernennungsurkunde zum Beamten auf Widerruf, nachdem ihm diese 6 Monate lang verweigert worden war. B.K. gab an, daß er nicht mehr Mitglied des MSB-Spartakus ist und auch sonst mit dieser "Jugendsünde" nichts mehr im Sinn hat.

Etwas anders liegt der Fall Wellermann aus Essen (wir berichteten darüber). W. sollte nicht Lehrer werden, da er eine öffentliche Veranstaltung der DKP besucht hatte. Bei genauerem Nachschnüffeln ergab sich, daß W. ansonsten nichts vorgeworfen werden konnte. W. erhielt daher in der 1.Oktoberwoche seine Beamtenernennungsurkunde.

Ebenfalls einen Rückzieher machte das Innenministerium Baden-Württembergs: der Berliner Germanist Bernd Weyergraf darf nun doch an der Stuttgarter Universität unterrichten. Weyergraf war die Unterstützung der "KPD" vorgeworfen worden. Ein Gespräch zwischen dem Berufsverbote-Anwärter und dem Innenministerium räumte die "Bedenken" des Verfassungsschutzes aus.

Allen drei Fällen ist gemeinsam, daß nicht etwa bei Gründen für die Berufsverbote durch die Behörde Abstriche gemacht wurden; weiterhin ist Mitgliedschaft im MSB, Besuch linker Veranstaltungen, Solidarität mit vom Verbot bedrohten Organisationen verdächtig. An der diskriminierenden Behandlung der Betroffenen hat sich ebenfalls nichts geändert - im Gegenteil. Also kein Grund zum Jubeln - vielmehr zeigen diese Fälle, daß der Staat nicht gänzlich blindwütig zuschlägt, sondern bestimmte planmäßige Taktiken anwendet. Denn auch mit einem solchen Verfahren wird der Effekt der Einschüchterung und der Unterdrückung der Meinungsfreiheit erreicht.

Berufsverbotekommission KB/Gruppe Hamburg

Fälle

Westberlin. Die VIII. Kammer des Westberliner Verwaltungsgerichtes hat in ihrem Urteil vom 25.August den Senator für Schulwesen verpflichtet, unverzüglich die Lehrerin Ströbele-Gregor zur Anstellung in das Beamtenverhältnis auf Probe zu berufen („Welt", 16.10.). Gegen Juliane Ströbele-Gregor waren wegen der Verteidigertätigkeit ihres Mannes im Baader-Meinhof-Prozeß „Bedenken" erhoben worden. Der Westberliner Senator will gegen das Urteil keine Berufung einlegen.

Der Fall Ströbele-Gregor ist in Westberlin unter liberalen und demokratischen Kräften sozusagen zum „politischen Skandal" geworden und hatte breite Proteste hervorgerufen. Sicherlich ein konkreter Erfolg im Kampf gegen die Berufsverbote ...

Göttingen. *„Weil sie auf der Liste der DKP für die Wahl zum Göttinger Kreistag am 3.Oktober kandidierte, droht der Lehrerin Renate Meine Berufsverbot. Einen Tag vor Dienstantritt ins Angestelltenverhältnis teilte ihr die niedersächsische Landesregierung mit, ihre politische Überprüfung (!) sei noch nicht abgeschlossen, ein Anhörungsverfahren sei erforderlich"* („Deutsche Volkszeitung", 30.9.76).

Oberfranken. Gegen die 26jährige Lehramtsbewerberin Barbara Stark (SPD) ist ein Berufsverbotsverfahren eingeleitet worden. Sie hatte '75 bei den Wahlen für das Erlanger Stu-
eingeleitet worden. Sie hatte '75 bei den Wahlen für das Erlanger Stu-
dentenparlament für den SHB kandidiert – ohne allerdings selbst Mitglied zu sein!

Westberlin. Eine Kinderpflegerin klagt gegen ihre Entlassung aus dem Öffentlichen Dienst. Sie hatte Flugblätter gegen den Vietnamkrieg verteilt, kurz bevor dieser zu Ende ging.

Offenbar will das Bezirksamt Neukölln eine friedliche Demonstration gegen Völkermord als *„Verstoß gegen die Pflichten eines öffentlichen Bediensteten"* juristisch abgesegnet sehen.

Hamburg. Die Firma Zander und Mielke hatte gegen ihren Angestellten Joachim P. auf Drängen des SPD-Senats (dieser hatte mit Entzug von Staatsaufträgen gedroht) ein Berufsverbot verhängt (vgl. AK 91). Das Arbeitsgericht hat nun in erster Instanz das Berufsverbot für rechtswidrig erklärt. Joachim P. muß weiterbeschäftigt werden (nach „Die Tat", 15.10.76).

Obertshausen/Braunschweig. Die Lehrerin C.L. hatte sich schon in Obertshausen (Hessen) zweimal Anhörungsverfahren unterziehen müssen, bei denen ihr vorgeworfen wurde, daß sie 1973 und 1974 Flugblätter verteilt hätte, die auch von der „KPD" unterzeichnet waren. Ein Flugblatt richtete sich gegen die Inhaftierung des türkischen Antifaschisten Subasi, das andere gegen die Erschießung des Mannheimer Arbeiters H.J.Remiszko durch MEK-Beamte. Nach Protesten von Eltern und Kollegen aus Obertshausen, der GEW Offenbach und des „Komitees gegen Berufsverbote und Unvereinbarkeitsbeschlüsse" Frankfurt gegen das Anhörungsverfahren wurde C.L. nach sechsmonatiger Verzögerung schließlich am 1.8. in den hessischen Schuldienst eingestellt, allerdings nur mit einem 2/3-Vertrag für drei Jahre. Als C.L. ihren Arbeitsplatz wechseln wollte und sich in Braunschweig bewarb, sollte sie sich in Niedersachsen einem erneuten Anhörungsverfahren unterziehen.

Kiel. Nach fast zwei Jahren bekam Detlev von Schipp am 15.9.76 vor dem Verwaltungsgericht in Schleswig seinen Prozeß auf Wiedereinstellung. Von Schipp war bis zu seiner Entlassung am 30.9.74 Assessor an der Fachhochschule für Sozialwesen. Er wurde damals mit sofortiger Wirkung von heute auf morgen entlassen, wegen *„erwiesener mangelnder Verfassungstreue"*.

Als Entlassungsgrund mußte das Unterzeichnen von Flugblättern und die Mitgliedschaft in der DKP herhalten.

Während der Gerichtsverhandlung gab von Schipp keine Auskünfte über Hinweise ohne Quellen, da Auskünfte vom Verfassungsschutz nicht gerichtlich verwertbar sind. Seine Aussagen aus einem Anhörungsgespräch, in dem nur seine DKP-Mitgliedschaft Verhandlungsgegenstand war, wurden von den Vertretern des Kultusministeriums total verdreht.

Von Schipps Rechtsanwalt stellte Beweisantrag für die Behauptungen des Kultusministeriums. Ein Urteil wurde noch nicht gefällt. Dem Kultusministerium wurde auferlegt, die gemachten Behauptungen zu belegen. Damit will man *„sicherstellen, daß das folgende Urteil in nachfolgenden Instanzen einer Überprüfung standhält"*. Das Urteil selbst steht offenbar schon fest! (Zitate aus „Fachschaft Sozialwesen", Info Nr.8).



Westberlin. Die Verwaltung des Rudolf-Virchow-Krankenhauses in Berlin-Wedding verweigerte dem Medizinstudenten Claus Meier und einem Kollegen die Einstellung als Medizinalassistent (letzte Phase der ärztlichen Ausbildung). Die Absage erfolgte, obwohl die jeweiligen Chefärzte schon ihre Zustimmung gegeben hatten. Die Verwaltung begründete ihre Entscheidung mit der Kandidatur der Kollegen auf linken Listen (KSV und Liste „Freie politische Betätigung") und mit dem Vorwurf der Mitgliedschaft in der „Liga gegen den Imperialismus".

Nachdem eine Initiativgruppe 600 Unterschriften gegen dieses Ausbildungsverbot gesammelt und diese in einem demonstrativen Akt dem Verwaltungsdirektor übergeben hatte (wozu sie jedoch einen Seiteneingang benutzen mußten, da das Gebäude von Polizei abgeriegelt war), erhielten die zwei vom Ausbildungsverbot Betroffenen auch noch eine Anzeige wegen Hausfriedensbruch. Hierbei spielt es wohl keine Rolle, daß sie persönlich überhaupt nicht an der Demonstration und der Übergabe der Unterschriften beteiligt waren (nach „ID", Nr.147, 16.10.76).

Oldenburg. Der Lehrer Ahrends hatte schon unter der ehemaligen SPD-Landesregierung in Niedersachsen wegen DKP-Mitgliedschaft Berufsverbot erhalten. Nach einiger Zeit als Arbeitsloser gelang es ihm jedoch, an einer von der Inneren Mission unterhaltenen Behindertenschule in Ostfriesland die Zusage für eine Einstellung zu erhalten. Doch der Auricher Regierungspräsident lehnte als Aufsichtsbehörde Ahrends wiederum ab: *„Die Maßstäbe, die an Bewerber für den Öffentlichen Dienst angelegt würden, hätten auch Gültigkeit für private Schulträger"* („Neue Hannoversche Presse", 19.10.).

Die inzwischen oppositionelle SPD nahm dies zum Anlaß, den „Liberalen" rauszuhängen und lautstark die Rücknahme dieser Entscheidung zu fordern. Tatsächlich stimmte die Regierung am 19.10. der Einstellung Ahrends zu. Bedauernd stellte Kultusminister Remmers (CDU) fest, er habe keine Handhabe. Allerdings müßten die Aufsichtsbehörden sofort Konsequenzen ergreifen, sollte der Lehrer in seiner Unterrichtstätigkeit gegen das Schulgesetz verstoßen, wo es heißt: *„Erziehung und Unterricht müssen dem Grundgesetz ... entsprechen"*. Das dürfte reichen, um die Berufsverbote-Praxis auch auf Privatschulen auszudehnen.

Frankfurt. Gegen das Berufsverbot für den Lehrer Manfred Köhler protestierten GEW-Kollegen und Schüler
testierten GEW-Kollegen und Schüler
der Klinger-Schule auf einer Pressekonferenz. Die GEW-Vertreter wandten sich gegen die Unterdrückung von Lehrerkritik als *„dienstwidriges Verhalten"* und gegen den Versuch des Staates, seinen Beamtenapparat zu „säubern". Die Schüler dreier Klassen erklärten: *„Keinen Unterricht mit einem anderen Lehrer als Manfred Köhler"* („FR", 19.10.).

Weil sie sich ebenso wie Köhler kritisch in der Öffentlichkeit mit dem besonderen Dienstrecht für Beamte auseinandergesetzt hat, ist inzwischen auch die Lehrerin Ursula Dreysse vom Frankfurter Oberschulrat Herrmann in einem Brief an den Regierungspräsidenten als *„zum Beamten ungeeignet"* bezeichnet worden.

Reinbek. Der Sozialpädagoge Reinhard Wolters soll nach Beendigung seines Berufspraktikums nicht als hauptamtlicher Pädagoge für die Jugendbetreuung der Begegnungsstätte Neuschönningsstedt (Stadtteil Reinbeks) übernommen werden. Obwohl der Magistrat seiner Einstellung bereits zugestimmt hatte, tauchten nach einem persönlichen Gespräch mit dem Bürgermeister Kock *„verfassungsrechtliche Bedenken"* gegen ihn auf. Der Sozialpädagoge hatte eine Antwort auf die Frage, ob er „Funktionär der DKP" sei, verweigert.

Wolter ist durch zahlreiche Initiativen bei den Jugendlichen beliebt und seine Einstellung ist wegen Personalmangels dringend erforderlich.

Die Jugendlichen äußerten ihren Protest in einer Flugblattaktion und einer Unterschriftensammlung. Eine „Initiative gegen das Berufsverbot/Reinbek" wurde ins Leben gerufen. Allerdings legt die „Initiative" das Schwergewicht ihrer Arbeit auf die Betonung der *„fachlichen Qualifikation"* Wolters – die von der Stadt gar nicht bestritten wird – und sucht nachzuweisen, daß Wolter nie *„seine Arbeit mit den Kindern ... parteipolitisch mißbraucht"* habe. Dies spielt bei der heutigen Berufsverbotepraxis bekanntlich kaum eine Rolle. Und wenn er's getan hätte? Wäre das vielleicht ein Grund für ein Berufsverbot ...?!

Mannheim. Der Verwaltungsgerichtshof von Baden-Württemberg entschied in einem Urteil, daß *„die Mitgliedschaft eines Bewerbers in einer verfassungsfeindlichen Partei oder Organisation für die Ablehnung (ausreicht), wenn Umstände, die für ein künftiges verfassungstreues Verhalten des Bewerbers sprechen, nicht ersichtlich, insbesondere vom Bewerber*
des Bewerbers sprechen, nicht ersichtlich, insbesondere vom Bewerber
selbst nicht vorgetragen worden sind" („FAZ", 22.9.). Das Gericht stützt sich dabei auf das BVG-Urteil vom 22.5.75, das die Beamten verpflichtet, sich von „verfassungsfeindlichen Bestrebungen" zu distanzieren. Findet eine solche Distanzierung durch den Bewerber, dem die Beweislast zugeschoben wird, nicht statt, so werde bei der „Einzelfallprüfung" die bloße Mitgliedschaft *„zu einem beherrschenden persönlichen Umstand, daß sie allein für die Ablehnung ausreicht"* (s.o.).

Anlaß des Urteils war eine Berufungsverhandlung zweier Lehramtsbewerberinnen, denen Mitgliedschaft im MSB Spartakus vorgeworfen worden war, und die in 1.Instanz bereits abgewiesen worden waren. Die Entscheidung zeigt erneut, daß das Grundsatzurteil des Bundesverfassungsgerichtes genügend weit formuliert ist, um alle Interpretationen und alle Varianten der Berufsverbote-Praxis zu „legalisieren", was ja auch beabsichtigt war.

Hannover. Der Asta-Vorsitzende der Technischen Universität Hannover vom Wintersemester 1972/73, Jochen Rönnau (Diplom-Bauingenieur) wurde zum 27.10. ins Niedersächsische Innenministerium vor die „Anhörkommission" geladen. Ihm wird u.a. vorgeworfen, bei den Asta-Wahlen 1974 für den MSB (Studentenorganisation der DKP) kandidiert zu haben.

Neu an diesem Fall ist, daß Rönnau sich lediglich um eine b e f r i s t e t e Beschäftigung als wissenschaftlicher Mitarbeiter an der TUH beworben hat.

Es geht dabei um die Weiterführung eines Forschungsauftrages über Fußgängerzonen, der in etwa neun Monaten beendet ist.

Die Ausdehnung der politischen Überprüfung auf alle – auch kurzfristig – im Öffentlichen Dienst Beschäftigten wird an der Universität auch vor den bislang verschonten Wissenschaftlichen Hilfskräften (Hiwis) und Tutoren nicht haltmachen. Das Hochschulrahmengesetz unterstellt diese vorsorglich der Verantwortung und Dienstaufsicht der Hochschulbehörden.

Der (Juso-)Asta der TUH stellte in einem Flugblatt zu diesem Fall fest, daß die Begründung der Überprüfung (Kandidatur für den MSB) einen massiven Angriff auf die gewählten Organe der Verfaßten Studentenschaft darstellt.

Nach Berichten und Artikeln der Berufsverbote-Kommissionen und KB-Gruppen Braunschweig, Frankfurt, Hamburg, Hannover, Kiel, Reinbek.

Ausland

Niederlande: Gegen die Berufsverbote in der BRD haben sich die Teilnehmer eines Wochenendseminars der Jugendorganisation „NIVON-Jongeren" (niederländische Naturfreundejugend) ausgesprochen. Gleichzeitig schlossen sie sich damit dem Brief von fünf führenden Sozialdemokraten an (siehe AK 91), welcher zu einem *„möglichst breiten Bündnis von Parteien und Organisationen"* gegen die westdeutsche Berufsverbote-Praxis aufrief („Tat", 8.10.76).

Praxis aufrief („Tat", 8.10.76).

Straßburg/Europarat: Auf einer Sondersitzung des Europarats kurz vor den westdeutschen Bundestagswahlen wurde das Problem der Berufsverbote erörtert, nachdem der französische Senator Boucheny (KPF) bereits Mitte Mai in dieses Gremium *„einen Antrag zur Verurteilung der Berufsverbotepolitik in der BRD"* eingebracht hatte. Boucheny sprach von einer *„besorgniserregenden Situation in der BRD"*. Der niederländische Sozialdemokrat Stoffelen (PvdA) bemerkte, daß nicht die Zahl der Berufsverbote entscheidend sei, sondern vielmehr *„das psychologische Klima, das sie erzeugen"*. Es sei offensichtlich, daß der Antikommunismus anwachse. Stoffelen wies ebenso darauf hin, *„daß auch in sozialliberal regierten Bundesländern Berufsverbote an der Tagesordnung seien"*. Von den anwesenden Vertretern der BRD rang sich die SPD-Bundestagsabgeordnete Lenelotte v. Bothmer immerhin die für sie wohl ungeheuerliche Einsicht ab, daß eine Ablehnung vom Öffentlichen Dienst für die Betroffenen *„tatsächlich allenthalben negative Folgen"* habe. Nach der bekannten Devise *„Es gibt keine Berufsverbote"* verwies der SPD-Abgeordnete Sieglerschmidt die ausländischen Kritiker in die Schranken: So sei es *„völlig falsch, in diesem Zusammenhang von Ermittlungen oder gar Schnüffelei zu sprechen"*. Erstunken und erlogen sei es, daß in den letzten Jahren über eine halbe Million Bewerber für den öffentlichen Dienst vom Verfassungsschutz überprüft worden sind, und im übrigen wären in der BRD *„erheblich mehr Fälle einer zu extensiven Auslegung des Begriffes freiheitlich-demokratische Grundordnung bekannt geworden als umgekehrt"* (alle Zitate „Deutsche Volkszeitung", 14.10.76). Diese Behauptungen erinnern fatal an die frühe Zeit des Hitler-Faschismus, wo im Ausland die Parole verbreitet wurde: „Es gibt keine KZ's auf deutschem Boden".

Berufsverbote-Kommission KB/Gruppe Hamburg



MILITARISMUS ANTIMILITARISMUS

240.000 Besucher bei der Bundeswehr

Aachen: An drei Wochenenden besuchten insgesamt 240.000 Menschen den „Tag der offenen Tür" der Bundeswehr in Aachen. Wie auch in vielen anderen Städten wurden Schaudarbietungen durchgeführt und dem Besucher eine Menge Kriegsmaterial präsentiert: Fallschirmspringer absolvierten Kunstsprünge mit bunten Schirmen; Kinder schossen mit Maschinengewehren und Zwillingsflak (leichte Flugabwehrgeschütze), geladen mit Platzpatronen auf Flugzeuge und Pappkameraden und „durften" auf Panzern mitfahren. Der Panzer „Leopard" drehte einige Runden, und es konnte die enorme Präzision bestaunt werden, mit der er trotz Bodenwellen und Hindernissen exakt „sein Ziel im Rohr" behielt. Neben der Begeisterung für die farbenprächtigen Vorstellungen wurde besonders das Interesse für die Technik zu wecken versucht und z.B. ein Panzermotor auseinander- und wieder zusammengebaut.

In Aachen sind kaum Wehrpflichtige stationiert, sondern die große Mehrheit in den Kasernen bilden Zeit- und Berufssoldaten. „Aachen ist unter den 16 Schulen des bundesdeutschen Heeres das Ausbildungszentrum für Technik und Materialerhaltung" (Propagandabroschüre der Bundeswehr). Jährlich besuchen rund 7.400 Unteroffiziere und Offiziere Aachens Lehrgänge, die eine Dauer von drei Tagen bis 24 Monaten umfassen, wodurch die Fluktuation sehr groß ist. Nicht nur jeder Offizier und Unteroffizier, der mit der Materialerhaltung beauftragt ist, kommt mindestens einmal in seinem „militärischen Leben" nach Aachen. Ebenso kommandieren verbündete und befreundete Armeen ihr Fachpersonal oft zu Lehrgängen an die Sttr 1/FSHT.

Die Serie von „Tagen der offenen Tür" diente der bürgerlichen Propaganda dazu, die Bundeswehr im im scheinbaren Namen der Bevölkerung herauszuputzen! *„Aus einer ungeliebten Armee ist zumindest eine akzeptierte, eine als notwendig anerkannte geworden. Die Streitkräfte können sich auf den Verteidigungswillen der Bevölkerung verlassen"* ... und *„Die Bundeswehr erscheint dem Besucher vergleichbar mit einem Industriebetrieb, in dem auch Kritik und Diskussion zugelassen sind,.. der Soldat ist einfach Bürger unter Bürgern"* (AVZ, 9.10.76)

Als dann allerdings KBW'ler auf dem Kasernenplatz eine Flugblattaktion mit Stellschildern gegen die Bundeswehr durchführten, wurden sie von Feldjägern, Unteroffizieren und Polizei brutal zusammengeschlagen. Einige Genossen wurden festgenommen. Dieses Vorgehen der Bundeswehr zeigte sehr anschaulich, wie weit „Kritik und Diskussion (in der Bundeswehr) zugelassen sind" (s.o.) und nicht zuletzt auch die gute Zusammenarbeit von Polizei und Militär, die sicherlich nicht nur auf Prügeleinsätze gegen Linke beschränkt bleiben wird.

KB-Sympathisanten Aachen

Übung: „Überfall" auf Bundeswehrkaserne

Wie planmäßig die Bundeswehr den Inneren Einsatz probt, zeigt sich erneut an folgendem Beispiel:

Die Bundeswehr ließ Soldaten in Zivil „demonstrieren" und ein gefälschtes Flugblatt verteilen. In diesem wurde zu einem sozialistischen Europa „vom Ural bis zur Biskaya" (siehe nebenstehenden Faksimile-Nachdruck) und zum Widerstand gegen die Vorgesetzten aufgerufen. (Es ist bekannt, daß die Bundeswehr in ihren Archiven von allen möglichen Zeitungen bereits Faksimilenachdrucke der Zeitungsköpfe für solche Fälschungen hat.)

Nach kurzer Zeit wurden dann uniformierte Soldaten zur Demonstration beordert, die die Unterkunft des betroffenen Fernmelderegiments 33 in Warburg in der Nähe von Kassel „angriffen". Dagegen wurde eine andere Einheit eingesetzt.

Der angegebene Zweck der Übung war, den Soldaten klar zu machen, welche Gefahr von „linken Flugblattverteilern" droht und daß diese als der Vortrupp bewaffneter feindlicher Angreifer anzusehen sind. Es ist in diesem Zusammenhang ja auch bekannt, wie häufig linke Flugblattverteiler vor Kasernen von Feldjägern und anderen dazu abkommandierten Soldaten kurzfristig festgenommen worden sind.

(nach „die tat", 22.10.76)

Antimilitarismuskommission KB/Gruppe Hamburg

Die Fälschung

Kameraden der III. Abteilung

Jetzt geht es wieder los!
Alarm folgt auf Alarm ...
und wofür?

Man nutzt Euch aus, um zu persönlichen Interessen der Vorgesetzten Vorschub zu leisten, selbst auf Kosten Eures Lebens.
Wollt Ihr ein Spielball der NATO-Generale sein – oder glücklich in einem sozialistischen Europa leben – vom Ural bis zur Biskaya?
Wehrt Euch gegen die Willkür Eurer Vorgesetzten!
Verweigert den Gehorsam!
Denkt an Eure Familien, die in Frieden leben wollen!
Unterstützt die Aktion!
Frieden – ja! Kämpfen – NEIN!

Bundeswehr provoziert eigenen Einsatz.... schon Hitler begann so den 2. Weltkrieg!



Entsetzen und Empörung hat in der Weltöffentlickeit eine Luftfahrtschau in Harlington (Texas) ausgelöst. Dort wurde eine imitierte Hiroshima-Bombe abgeworfen. Im Cockpit der uralten Maschine vom Typ B 29 saß der pensionierte Luftwaffen-General Paul W. Tibbets (Foto rechts), der am 6. August 1945 den Nuklearsprengsatz über der japanischen Stadt ausgeklinkt hatte. 240.000 Menschen starben in Hiroshima. In Harlington bejubelten Tausende das makabre Schauspiel.

aus „Stern" 45, 28.10.76

Britische Rheinarmee: Devisenausgleichspoker

Auf dem Höhepunkt der britischen Pfundkrise letzte Woche gab Großbritanniens Premierminister Callaghan „Nato-Alarm". Er drohte aufgrund der wirtschaftlichen Schwierigkeiten mit dem Abzug von 55.000 Soldaten der in der BRD stationierten „Rheinarmee". *„Die britische Regierung werde ihre verteidigungspolitischen Verpflichtungen überdenken müssen . . . wenn ihr nicht geholfen werde"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 27.10.).

Die Briten müßten dann, so Callaghan, sagen: *„Sorry, wir müssen erst an unsere Lage denken, dann würde das für Europa sehr ernst werden. Ich möchte diese Wahl nicht gern treffen. Ich glaube voll und ganz an die Nato"* („FR").

Hintergrund dieses „dramatischen" Vorstosses, den britischen Nato-Beitrag für die Abstellung von Fronttruppen zu streichen, sind ganz nüchterne Überlegungen: bereits am 31. März war das britisch-deutsche Devisenausgleichsabkommen ausgelaufen. Es regelt den Ausgleich, den die BRD für die Stationierung der Truppen zahlen muß. Der Betrag betrug bisher 110 Millionen DM jährlich, die Briten beziffern ihre Kosten auf 413 Millionen DM. Callaghan versucht mit seinem Vorstoß hoch zu pokern, um diesen Devisenausgleich in die Höhe zu schrauben. Die Erneuerung des Abkommens war bisher zurückgestellt worden, da Schmidt und sein sozialdemokratischer Kumpan Callaghan vereinbart hatten, die Bundestagswahlen abzuwarten.

Antimilitarismus-Kommission

Kampf der Kasernierung von Zivildienstleistenden

Zum 1.Dez. '76 sind die ersten 50 Zivildienstleistenden (ZDL) vom Bundesamt für Zivildienst in den „Vinckehof" einberufen worden, einer in Castrop-Rauxel (Ickern) eingerichtete Zivildienst Kaserne. Anfang des nächsten Jahres will man schnell die angestrebte Stärke von 380 ZDL erreichen. Das Ding sieht folgendermaßen aus: Acht Häuser mit je 42 Einzel- und fünf Doppelzimmern, ein Gemeinschafts- und ein Verwaltungsgebäude. Der Komplex, von einem zwei Meter hohen Zaun umgeben, besitzt genau einen Eingang, den ein Pförtner im Verwaltungsgebäude kontrolliert.

Der Beauftragte für den Zivildienst, Hans Iven, möchte das ganze weniger als Kaserne sondern mehr als „Zivildienstzentrum" und „Wohnheim für ZDL" gewertet wissen. Das ist durchaus verständlich. Es handelt sich hierbei nämlich bereits um den zweiten Versuch, den Zivildienst paramilitärisch zu organisieren. Der erste Versuch Anfang der 70iger Jahre in Schwarmstedt bei Hannover wurde nach einem bundesweiten Streik der ZDL zurückgezogen. Das Ziel allerdings, diejenigen Jugendlichen, die man nicht zum Bund schleifen kann, auch im Zivildienst in militärische Unterordnung zu zwingen, hatte man nicht aufgegeben. Der „Vinckehof" wird sogar ausdrücklich als „Modell" hingestellt und es ist bekannt geworden, daß zwei weitere Kasernen in Essen und Oberhausen schon länger in Vorbereitung sind.

Die Kasernierung von ZDL nimmt dem Zivildienst den letzten Hauch von Sozialdienst oder gar Friedensdienst. Sie stellt außerdem eine weitgehende Aushöhlung des Grundrechts auf Kriegsdienstverweigerung dar.

Durch die Kasernierung kommt die Bundesregierung ihrem Ziel, den Zivildienst zu einem Arbeitsdienst auszubauen, einen großen Schritt näher.

Dagegen muß der Kampf aufgenommen werden.

WEG MIT DEN ZIVILDIENST-KASERNEN!

Ein zivildienstleistender Genosse aus Hamburg

2. Bundeswehruni entläßt erste Absolventen

Neben der bekannten Hamburger Bundeswehr-Hochschule, meldet nun auch die 2. „Schule" dieser Art die ersten Erfolge. Die Bundeswehr-Universität in Neubiberg (Landkreis München) hat jetzt die ersten 223 Absolventen des Militarismus-Intensivkurses entlassen bzw. auf uns losgelassen. Kriegsminister Leber selbst händigte den Herren die Abschlußdiplome aus und beförderte die Leutnants alle zu Oberleutnants. Alle Soldaten müssen sich vorher auf zwölf Jahre verpflichten und außerdem die üblichen Voraussetzungen für ein Studium mitbringen.

Es gibt derzeit folgende Studienfächer: Elektrotechnik, Luft- und Raumfahrttechnik, Pädagogik, Wirtschafts- und Organisationswissen, Bau- und Vermessungstechnik und Informationstechnik.

Angeblich ist der Grund für den Aufbau bundeswehreigener Hochschulen, die kürzere Ausbildungszeit von nur drei Jahren. Tatsächlich sind die Bundeswehrhochschulen Kaderstätten für den westdeutschen Militarismus.

KB/Gruppe Nürnberg

Leserbrief

Nackte Mädchen ja — antimilitaristische Bilder Nein ?

Bekanntlich kriegt man ja schon in der Grundausbildung gesagt (befohlen), daß in den Stuben keine Bilder oder Poster aufgehängt werden dürfen. In der Grundausbildung hält man sich auch meistens daran, aber später nicht mehr.

In unserer Kaserne geschah nun folgendes:

Auf den meisten Stuben hingen Bilder und Plakate mit nackten Mädchen an Wänden oder Spinden. Da hatten die geilen Herren Vorgesetzten auch bislang nichts gegen. Als sich aber auf einigen Stuben die Soldaten entschlossen, die frauenfeindlichen Dinger zu entfernen, änderte sich das Bild und man traf Maßnahmen. So hingen da doch tatsächlich Plakate über Folterungen in Chile, Panzer, die durch Fabriken fahren, über das Benehmen der Amis in Vietnam und – oh Schreck – sogar ein leuchtender roter Stern. Das ging natürlich nicht.

Um sich nicht bloßzustellen, kam der Befehl vom Spieß, daß auf sämtlichen Stuben Bilder und Poster zu verschwinden haben (also auch nackte Mädchen). Auf die Frage weshalb, kam die geistreiche Antwort: „Um Schäden an Mobilar und Wänden zu vermeiden".

Nun ja, Bilder lassen sich (noch) verbieten, Bewußtsein nicht.

Soldaten des 3. Panzeraufklärungs-Bataillon 2, Hessisch-Lichtenau

Neues Wehrdienstgesetz aufgeschoben

Schon zwei Wochen nach den Wahlen regiert die SPD/FDP-Koalition wieder nach dem Motto: "Was kümmern mich die Worte von gestern?" Bundespräsident Scheel ließ von seiner wenige Wochen alten Versprechung, die umstrittene Gesetzesnovelle zum Wehrdienst nach der Wahl zu unterschreiben („SZ", 17.9.76) ab. Das ist eine besondere Schweinerei, weil das „neue" Wehrgesetz u.a. den Wegfall des Prüfungsverfahrens für Kriegsdienstverweigerer enthalten hatte.

Gegen diese Gesetzesvorlage hatte die CDU eine üble Hetzkampagne, deren Höhepunkt der Vorwurf der Wehrkraftzersetzung war, entfaltet („SZ", 20.10.76).

Scheel übernimmt nun den Standpunkt der CDU/CSU, die behauptet, das Gesetz bedürfe der Zustimmung des Bundesrats, weshalb er es nicht unterzeichnen könnte.

Antimilitarismus-Kommission

Kein absolutes Tötungsverbot für Kriegsdienstverweigerer

Kriegsdienstverweigerer werden bei den Verhören, denen sich viele immer noch unterziehen müssen, oft vor die absurdesten Entscheidungen gestellt, um sie dazu zu bewegen, zuzugeben, daß auch sie einmal sich mit der Waffe verteidigen würden. Dann werden sie nämlich nicht mehr als Verweigerer anerkannt. Jetzt gibt es ein Urteil des Bundesverwaltungsgerichts, demzufolge es kein absolutes Tötungsverbot für KDVler gibt. (Aktenzeichen: IV C 16.76) (nach „Die Tat", 15.10.76).



„Criminal" – Reaktionäres Blatt für Panikmache

„Der erste von Menschen erzeugte Mensch war ein Mörder. Kain und kein Ende ... Auf der Erde des Jahres 1976 leben inzwischen 3,9 Milliarden Menschen. Unter ihnen die Töchter und Söhne Kains. Im vergangenen Jahr 1975 begingen sie schätzungsweise 160.000.000 Straftaten."

Dieses Zitat stammt aus dem neuen Magazin „Criminal", daß der John Verlag im Oktober auf den Markt gebracht hat. Um hierfür den „publikumswirksamsten" Titel herauszufinden, wandte die Werbeagentur des Verlags eine besonders üble Methode an : Ausgesuchte Einzelhändler erhielten die Null-Nummer mit den Auswahltiteln „Tatort", „Polizei-Akte" und „Criminal". Die Händler wurden aufgefordert, die Adressen der Käufer zu notieren (pro Namen gab's dafür 5,–DM) und die Listen der Agentur zur Verfügung zu stellen.

Das Heft selber ist ein Musterbeispiel für organisierte Panikmache. Der Leser muß den Eindruck erhalten, er könnte das nächste Opfer einer Geiselnahme sein. Deshalb gibt „Criminal" auch die 7 Tips, wie man am besten als Geisel überleben kann, denn *„Geiselnahme breitet sich aus mit der Geschwindigkeit einer tödlichen Seuche: Treffen kann es jeden, zu jeder Zeit, überall."* Und angefangen hat es mit Kuba, das eigens dafür *„die Landebahnen auf dem Flughafen in Havanna verlängern"* ließ. Fortgesetzt von Palästinensern über Bankräuber bis zur RAF.

Und *„die Polizei hat Schwierigkeiten: man schreit ‚schlapper Staat', wenn sie nicht schießt. Oder ‚schießwütige Bullen', wenn im Einsatz Geiseln getötet werden."*

Höhepunkte der ersten Nummer sind die Geschichten über den Massenmörder Haarmann aus den 20iger Jahren und Joachim Kroll, der im Juli dieses Jahres verhaftet wurde. In höchster Perversion werden einzelne Taten beschrieben, Kroll konnte sich nur am Schlachtvieh sexuell befriedi-
Juli dieses Jahres verhaftet wurde. In höchster Perversion werden einzelne Taten beschrieben, Kroll konnte sich nur am Schlachtvieh sexuell befriedi-
gen. Dementsprechend hat er auch seine Opfer (nur Frauen) wie Schlachtvieh behandelt.

„Criminal", von Anfang an bemüht, seine Leser über *„alle abscheulichen Seiten der dunklen Seiten des Lebens"* zu informieren, berichtet, daß Kroll das Fleisch seines Opfers ißt (Fleisch von 4 1/2jährigen Mädchen).

Und dann zu Haarmann:*„Lesen Sie den wahren Bericht über einen Wolfsmenschen, der unzählige Knaben totgebissen hat."*

Und dann kommt die Story über den schwulen Haarmann, seinerzeit Polizeispitzel, der junge Männer in seine Wohnung gelockt hat, um sie dann zu ermorden. Sexualität spielte die entscheidende Rolle, womit „Criminal" belegt, wie kriminell Schwule sein können. Haarmann tat nach seinen Morden immer das gleiche.

„Ich machte mir dann schwarzen Kaffee. Den Toten legte ich auf den Boden und tat ein Tuch über sein Gesicht. Dann sieht er einen nicht so an. Ich öffnete die Bauchhöhle mit zwei Schnitten..."

Haarmann belieferte laufend ein kleines Restaurant mit frischem Fleisch ...

Gewürzt wird die Super-Story mit einem Foto, das Haarmanns Kopf zeigt, aufbewahrt im Gerichtsmedizinischen Institut Göttingen *„und in Spiritus konserviert"*.

„Das aufgedunsene Gesicht zeigt noch heute, wie der Mörder im Augenblick des Todes aussah." Höchst interessant für den westdeutschen Laien-Kriminalbeamten.

Diese Geschichten, die selbst so abartig sind wie die geschilderten Fälle, enthalten auch Aufschlüsse über den Standort der Lumpenjournalisten. Die Arbeit der Polizei war in den 20iger Jahren auch kein Pappenstiel. Hannover hatte *„knapp 'ne halbe Million Einwohner"* und *„rund 4.000 Schwule und Nutten, unzählige Ganoven und Schwerkriminelle, aber ganze 30 Kriminalbeamte"*.

Im Interesse dieser bedauernswerten Kriminalbeamten hat dann auch ein Herr namens Adolf Hitler damit aufgeräumt. Dieser größte „Erfolg" westdeutscher Kriminalgeschichte wird in „Criminal" noch nicht ausgeführt, aber es werden ja noch weitere Folgen erscheinen.

Bei der Aufstellung:*„Das waren die größten Massenmörder"* führt der ewig-grausame Stalin mit 20 Millionen Morden die Tabelle an, gefolgt von Mao Tse-tung mit 15 Millionen. Abgeschlagen auf dem 3.Platz mit 6 Millionen liegt Adolf Hitler, soweit der Tabellenstand.

Informationen gibt es genug, z.B. *„Wodurch tritt der Tod beim Erhängen ein?"* Wer es wissen will, für 2 DM an jedem Kiosk in „Criminal".

Auch Witze findet man (siehe nebenstehenden „Witz").

Und „Criminal" erhielt Glückwünsche zur ersten Nummer vom ZDF-Kommissar Zimmermann.

Die Start-Auflage von 450.000 Exemplaren leistet ihren Dienst auf dem Weg zum Polizeistaat.

Der Herausgeber von „Criminal", der John Jahr Verlag, setzte damit seine Kette von extrem reaktionären Illustrierten fort. Bisher kamen heraus: Das III. Reich, dazu gab's Schallplatten mit orginalen Hitlerreden. Hakenkreuze auf den Titelblättern ließen so manches alte Faschistenherz schneller schlagen. Der II. Weltkrieg, für den, der's vergessen hatte: Die „Heldentaten deutscher Soldaten". Der III. Weltkrieg, die letzte Fortsetzung behandelt „bewaffnete Konflikte nach '45".

Auf diesen Verlag paßt sehr genau die Parole: Krieg und Leichen, schafft Profit den Reichen.

Medien-Kommission
KB / Gruppe Hamburg



aus: „Criminal" Nr. 1: „Ein Witz"









Reaktionäre Machwerke des John Jahr Verlages

Weitere Angriffe auf „Stern"-Redaktion

Hamburg. Ende September ging die Auseinandersetzungzwischen „Stern"-Redaktion und Verlagsleitung um die künftige politische Linie des „Stern" weiter (zur Vorgeschichte siehe ARBEITERKAMPF Nr. 88).

Ein weiteres Mal versuchte Vorstandssprecher Fischer, Kompetenz und redaktionellen Spielraum der Redakteure massiv einzuengen.

Konkreter Anlaß war der Beschluß der amtierenden Chefredaktion, einen kritischen Bericht über die Praktiken des beim ZDF und ARD tätigen Fernsehfilmverkäufers Leo Kirch (Markenzeichen „Beta"-Film) trotz des Vetos der Verlagsleitung in der „Stern"-Ausgabe vom 30. September zu veröffentlichen. Dieser Bericht, der schon früher hatte erscheinen sollen, war nach Einspruch Fischers zunächst gestoppt worden, um zu verhindern, wie Fischer glauben machen wollte, *„daß der ‚Stern' durch die Veröffentlichung in ein schiefes Licht gerät: Der G+J-Verlag besitze unter dem Namen ‚Alpha' ein Unternehmen, das beabsichtige, die gleichen Geschäfte zu betreiben wie Kirchs ‚Beta'. Wenn die Illustrierte sich nun kritisch mit ‚Beta' befasse, könne der Eindruck entstehen, als ob sie den Markt für das eigene Haus ‚freimachen' wolle"* (nach „Frankfurter Rundschau", 22. 9.76).

Dieser abenteuerlichen Interpretation saßen die Redakteure jedoch nicht auf. Ihnen war aus anderen, nämlich weitaus handfesteren Gründen klar, weshalb eine Veröffentlichung seitens der Verlagsleitung nicht gerne gesehen wurde: Der Bertelsmann-Konzern, Hauptaktionär des „Stern"-Verlages Gruner + Jahr, will kräftig einsteigen bei der „Beta"-Film und sich diese Transaktion nicht durch einen „Stern"-Artikel stören lassen! Darüber hinaus verurteilte die Redaktion die Intervention Fischers als „Angriff auf die redaktionelle Kompetenz".

Die auf Druck Fischers vollzogene Zurückstellung des Berichts durch den stellvertretenden Chefredakteur Schuller wurde mißbilligt und beschlossen, ihn in der folgenden Ausgabe erscheinen zu lassen.

Nachdem das geschehen war, sah Gruner + Jahr *„keine Möglichkeit mehr, das Projekt* („Alpha" – Anm. AK) *unbelastet und in Übereinstimmung mit dem Selbstverständnis des Hauses zu realisieren"*. Deshalb *„hat der Vorstand beschlossen, die Pläne im Lizenzhandel mit der Alpha-Film aufzugeben"* (nach: „Zeitschrift intern", Gruner + Jahr-Informationen, Nr. 40). Es wirkt wenig glaubhaft, sich durch einige „Indiskretionen" oder durch das Erscheinen eines Artikels aus dem zukunfts- und profitträchtigen Fernsehfilmmarkt hinauskatapultieren zu lassen. Näher liegt doch die Vermutung, daß der große Bruder Bertelsmann bald bei der „Beta-Film" mitmischt!

Zwar ist es hier den Redakteuren noch einmal gelungen, sich gegenüber den Einmischungsversuchen der Verlagsleitung durchzusetzen; die weitere Auseinandersetzung jedoch ist vorprogrammiert, geht es doch im Kern nicht um das Erscheinen einzelner Artikel oder die Besetzung einzelner Redakteursstellen, sondern nach wie vor um das Ziel, dem „Stern" den letzten Rest „sozialliberaler" Tendenzen auszutreiben, um das Blatt aus der Rolle „eines Haus- und Hofsängers der Koalition" rauszubrechen und auf CDU-Kurs zu trimmen. Wo's lang geht, zeigt der dem Bertelsmann-Aufsichtsrat Mohn zugeschriebene Ausspruch, daß er zu diesem Zweck auch einmal den Verlust eines Heftes für fünf Millionen Mark riskieren wolle (nach „konkret", 10/76).

Ende 1977 steht das „Stern"-Statut, das den Redakteuren heute noch gewisse Mitbestimmungsrechte einräumt, zur Kündigung an. Ende 1977 läuft auch Nannens Mitspracherecht bei der Nachfolge-Bestellung ab ... So lange allerdings wird die Verlags-Leitung wohl kaum mit ihren nächsten Rechts-Trimm-Versuchen auf sich warten lassen.

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

DPA im Visier der CDU

Wir können einfach nicht zulassen, daß sich in Bereichen wie den Agenturen Prozesse einschleichen, die die Kommunikation zwischen politischen Parteien und der Bevölkerung nachhaltig erschweren und damit den verfassungspolitischen Auftrag der Parteien beeinträchtigen" („Frankfurter Allgemeine Zeitung", 9.10.76). *„Wenn eine Agentur auch nur in Teilbereichen zu einem Instrument der Wahlkampfführung selbst wird, ist das sehr problematisch"* (dpa, 7.10.).

Mit diesen Äußerungen, die in dem Vorwurf gipfeln, die Deutsche Presse Agentur (dpa) hätte bewußt Nachrichten zuungunsten der CDU im Wahlkampf verfälscht, blies CDU-Generalsekretär Biedenkopf zur Attacke auf die größte Nachrichtenagentur der BRD. Auf einer Pressekonferenz bezweifelte er, ob *„auf Nachrichtenagenturen als Serviceleistung das Prinzip der Pressefreiheit überhaupt übertragbar sei"* („Frankfurter Rundschau", 8.10.).

Diese pauschalen Vorwürfe gegen die dpa-Redakteure, ein konkreter Beweis wurde nicht erbracht, führten, einmal erhoben, zu einer hektischen Reaktion des dpa-Chefredakteurs Bernischke. In einem zwei Seiten umfassenden Rundschreiben an alle dpa-Redakteure stellte er fest, daß die Agentur im Wahlkampf bemüht gewesen sei, ihren Auftrag der unparteiischen und unabhängigen Berichterstattung zu erfüllen. Wo es Fehler (?) gegeben habe, seien sie korrigiert worden. Außerdem sei die Agentur jederzeit zur kritischen Prüfung einzelner Berichterstattungen bereit (nach dpa-Rundschreiben, 7.10. und „FAZ", 9.10.).

Die Taktik ist bewährt ...

Diese Form des Angriffs auf Personen und Institutionen, die Biedenkopf gestartet hat, ist nicht neu. Erinnert sei nur daran, daß der WDR aus der gleichen Ecke als „Rotfunk" diffamiert wurde, was inhaltlich gar nicht bewiesen zu werden brauchte und sollte, was nur oft und massiv genug behauptet werden mußte, um es bald zum geflügelten Wort werden zu lassen, „an dem schon was 'dran sei". Die Verantwortlichen begaben sich auf Hexenjagd nach allem, was auch nur annähernd fortschrittlich schien.

Die Reaktion des dpa-Chefredakteurs läßt ahnen, wie gut auch diesmal das Spiel klappen wird. Denn will man nach diesen Beschuldigungen jeden Ansatz verhindern, sich neuerlichen Vorwürfen aussetzen zu müssen, wird man sich künftig im Zweifelsfalle eher gegen die Redakteure und für die CDU entscheiden. Die Redakteurs-Kollegen von dpa haben sich deshalb in einer Presse-Erklärung eindeutig gegen jede „Beeinträchtigung der unabhängigen Arbeit" gewandt und festgestellt, daß daran nur Interesse haben könne, „dem an einer freien Presse und damit an freien Nachrichtenagenturen nicht gelegen" sei. Der Vorwurf, dpa habe „bewußt Falschmeldungen" verbreitet, wurde entschieden zurückgewiesen (nach dpa, 7.10.)

Medien-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



METALL

8,5 %-Forderung bei Eisen und Stahl:

Der nächste Lohnraub kommt bestimmt!

Am 22.10.76 hat die Große Tarifkommission der IG Metall für die 220.000 Beschäftigten in der stahl- und eisenerzeugenden Industrie Nordrhein-Westfalens und Bremens folgende Forderungen aufgestellt:
- **8,5% mehr Lohn und Gehalt ab 1.11.76;**
- **Zwei Tage mehr Urlaub für alle Altersgruppen;**
- **Anhebung der Schichtzulagen um 15% bzw. 25%:**
- **60 DM mehr Ausbildungsvergütung für das 1. und 2., sowie 50 DM für das 3. und 4. Ausbildungsjahr.**

Die Große Tarifkommission beschloß die Forderung mit 82 gegen 29 Stimmen. Sie folgte damit einer Empfehlung der Verhandlungskommission.

Die Große Tarifkommission hat die Forderungen aus den Betrieben, die zwischen 12 und 15% lagen und die angesichts der unverhältnismäßig gestiegenen Kapitalistengewinne schon sehr bescheiden waren, noch erheblich reduziert.

Außerdem hat die Tarifkommission wiederum Forderungen aus voneinander unabhängigen Tarifverträgen zusammengefaßt, die am Ende erfahrungsgemäß gegeneinander aufgerechnet werden.

Wortradikale Sprüche der Gewerkschaftsführer

Der Entscheidung der Tarifkommission waren in den letzten Wochen äußerst wortradikale Sprüche der Gewerkschaftsführer vorausgegangen. Besonders die IG Metall-Vorsitzenden Loderer und Mayr betonten stän-

Der Entscheidung der Tarifkommission waren in den letzten Wochen äußerst wortradikale Sprüche der Gewerkschaftsführer vorausgegangen. Besonders die IG Metall-Vorsitzenden Loderer und Mayr betonten stän-

dig, daß aus den Erfahrungen der Vergangenheit die „richtigen Konsequenzen" gezogen würden und daß die Lohnforderungen in Zukunft „deutlich höher" liegen werden.

Auf die Forderung der Kapitalisten, daß bescheidene Lohnerhöhungen nicht nur in diesem Jahr, sondern auch in den nächsten zwei, drei, evtl. sogar vier Jahren beibehalten werden müssen, reagierte Mayr kernig: *„.... aber da hat Gesamtmetall die Rechnung ohne den Wirt gemacht"* („Hessischer Rundfunk", 11.10.). Und Loderer kündigte auf das Verlangen nach weiterer Zurückhaltung bei Löhnen und Gehältern kämpferisch an, *„dann ist der Konflikt von Seiten der Unternehmer vorprogrammiert"* („Deutschlandfunk", 7.10.). Daß diese Sprüche nichts wert sind, beweist die Forderung von 8,5% in der Stahlindustrie. Diese Forderung liegt ganze 0,5% über der des letzten (Krisen-) Jahres.

Kapitalisten verlangen weiteren Lohnverzicht

Daß Verzichts- und Anpassungspolitik der Gewerkschaftsführer die Kapitalisten nicht zur Mäßigung anhält, sondern im Gegenteil deren Gier nur noch verstärkt, unterstrich der Präsident des Deutschen Industrie- und Handelstages, von Amerongen. Jetzt sei *„klar, wer an der Stabilitätsfront rüttelt, leichtsinnig die Inflation wieder ankurbelt und die Bemühungen zur Verbesserung des Investitionsklimas konterkariert. Wer Phantasielohnerhöhungen fordere, die weit über der Inflationsrate liegen, der gefährde seine eigene (?) Industrie und ihre Arbeitsplätze"* („Frankfurter Rundschau", 23.10.).

Die Kapitalisten streben für 1977 das Ziel an, noch niedrigere Zuschläge bei Löhnen und Gehältern als 1976 durchzusetzen. Nach Schleyer *„muß eine Lohnsteigerungsrate eingehalten werden, die der ökonomischen Situation angepaßt sei, dies sei 1976 trotz der zu begrüßenden Haltung einiger Gewerkschaften nicht geschehen. Die bereinigte Lohnquote der Gesamtwirtschaft für 1977 müsse sich bei der Marke von 1971/72 einpendeln."* („Offenbach-Post", 16.10.).

Unterstützung erhielten die Kapitalisten mittlerweile auch wieder von den Konjunkturforschungsinstituten, die in ihrem jüngsten Bericht die Fortsetzung der in diesem Jahr begonnenen Einkommensverteilung zugunsten der Gewinne predigen, als entscheidende Voraussetzung für den weiteren „Aufschwung".

Schmidt und Friederichs beeilten sich zu versichern, daß die Gutachten der Wirtschaftspropheten ihre Wirtschaftspolitik voll bestätige. Somit ist die Front auch in diesem Jahr wieder rechtzeitig zu Beginn der Lohnrunde komplett: Kapital, Wirtschaftsstrategen und Regierung; und die gesamte bürgerliche Presse schießt sich wieder gegen die Arbeiter ein, um „der Vernunft eine Bresche zu schlagen". Die Zukunft, die sie den Arbeitern verheißen, ist jedoch alles andere als rosig: Die Arbeitslosigkeit wird auch bei weiterem Lohnverzicht unverändert hoch bleiben. Nach Meinung der „Wirtschaftsexperten" wird die Arbeitslosenzahl auch im günstigsten Fall nicht unter 800.000 im Jahresdurchschnitt 1977 sinken.

Nach Meinung der „Wirtschaftsexperten" wird die Arbeitslosenzahl auch im günstigsten Fall nicht unter 800.000 im Jahresdurchschnitt 1977 sinken.



Streikende Arbeiter protestieren in der Westfalenhütte der Dortmunder Hoesch AG gegen den Abbruch der Tarifverhandlungen

Ein niedriges Lohn- und Gehaltsnieveau, anhaltend hohe Arbeitslosenzahlen – für die Kapitalisten und ihre Presse sind das gute Zeichen: *„So ist der Anteil der Löhne und Gehälter am Umsatz in der deutschen Industrie in der ersten Hälfte dieses Jahres auf etwa 23,1% (Höchststand 24,9%) zurückgefallen, und das ist der günstigste Stand dieses für die Kalkulation so bedeutsamen Postens in diesem Jahrzehnt!"* („Frankfurter Neue Presse", 18.8.76).

Gewerkschaftsführer auf „neuen Wegen"

In Anbetracht der Situation, daß die Gewerkschaftsführer in der nächsten Zukunft weder willens noch in der Lage sein werden, Lohnerhöhungen durchzusetzen, die auch nur den Reallohn sichern, bemühen sie sich um „neue Wege" für ihre Tarifpolitik.

In einer Fernsehdiskussion berieten DGB-Chef Vetter, der IG Chemie-Vorsitzende Hauenschild, sowie der IG Bau-Führer Sperner Möglichkeiten, wie in Zukunft niedrige Lohnzuschläge trotz hoher Unternehmergewinne an die Mitglieder zu verkaufen wären. Dabei gehen die Gewerkschaftsführer von der richtigen Annahme aus, daß sie die Diskrepanz zwischen Löhnen und Gewinnen den Arbeitern nicht mehr jahrelang als „notwendig" und „vernünftig" darstellen können. Deshalb bemühen sie sich um Alternativen, die in der Vermögenspolitik (mittels Belegschafts- oder Branchenaktien) liegen sollen. Denn die andere Alternative, eine aktive Tarifpolitik, wollen die Gewerkschaftsführer um jeden Preis vermeiden. Nach Meinung des IG Chemie-Vorsitzenden Hauenschild besteht für eine aktive Tarifpolitik keine Notwendigkeit mehr. *„Für die Tarifpolitik verliert die Vergrößerung der Konsumquantität der Arbeitnehmer an Bedeutung. Die Zahl der Haushalte steigt ständig, die nicht mehr ihr ganzes Nettoeinkommen zur Erfüllung ihrer Konsumwünsche verwenden müssen oder wollen. Das bedeutet die Notwendigkeit neuer Zielansprachen für die Tarifpolitik, die sich nicht mehr ausschließlich auf die Gestaltung von Lohn-, Gehalts- und Manteltarifverträgen beschränken wird. Es muß tarifpolitisches Neuland betreten werden."* („Handelsblatt", 27.9.). Die IG Metall-Führer haben es bisher noch nicht gewagt, ähnliche Aussagen öffentlich

wird. Es muß tarifpolitisches Neuland betreten werden." („Handelsblatt", 27.9.). Die IG Metall-Führer haben es bisher noch nicht gewagt, ähnliche Aussagen öffentlich

zu machen. Sie verfolgen aber, wie die Tarifforderung in der Stahlindustrie zeigt, das gleiche Ziel.

Für die Arbeiter und Angestellten ist es wichtig, daß dieser für sie unheilvollen Entwicklung entschlossen entgegengetreten wird. Die Erhaltung ihrer materiellen Lage müssen sie nicht nur gegen Kapital und Regierung, sondern auch gegen die Politik der Gewerkschaftsführer mittels einer aktiven und von den Kollegen getragenen Tarifpolitik durchsetzen.

Schluß mit der Politik der Anpassung auf Kosten der Arbeiter, Angestellten und Lehrlinge!
Gewerkschaften – raus aus der „Konzertierten Aktion"!
Für eine konsequente Klassenpolitik der Gewerkschaften!

Metall-Komitee
KB / Gruppe Hamburg

Politische Entlassungen nehmen kein Ende

Fortschrittlicher Vertrauensmann gekündigt!

Demag Conz/Hamburg: Auf der letzten Betriebsversammlung noch wurde ausdrücklich betont, daß „keine Kündigungen wegen Arbeitsmangel zu erwarten sind." Zwei Tage später erhielt ein Betriebselektriker (als Linker bekannter Vertrauensmann) die Nachricht, daß die Geschäftsleitung beabsichtigt, ihn zu kündigen.

Begründung: Ein Kollege aus der Abteilung hat seinen Wehrdienst beendet und kommt zurück an seinen Arbeitsplatz. Und für alle „Mitarbeiter" wäre nicht genügend Arbeit vorhanden.

Bis vor kurzem wurde bei den Betriebselektrikern noch ein zusätzlicher sog. „Leiharbeiter" beschäftigt, und im Betrieb werden zur Zeit und in nächster Zukunft ganze Abteilungen neu- oder umgebaut. Also reichlich war zu malochen - und dann den Kollegen nicht weiterbeschäftigen, das ist tatsächlich sehr dreist, und deutet klar daraufhin, daß hier wieder einmal ein Linker aus dem Betrieb gefeuert werden soll!

An antifaschistischer Demonstration teilgenommen

Der tatsächliche Grund der Kündigung dürfte auch an einer ganz anderen Stelle zu suchen sein: Der Vertrauensmann hatte sich zusammen mit einer weiteren Kollegin und einem Lagerarbeiter von Conz an den Protesten gegen das großangelegte Faschistentreffen in Hamburg beteiligt. Dabei waren sie vom Personalchef oder einem seiner Spitzel gesehen worden. Kurz darauf war der Lagerarbeiter gefeuert worden.

Protesten gegen das großangelegte Faschistentreffen in Hamburg beteiligt. Dabei waren sie vom Personalchef oder einem seiner Spitzel gesehen worden. Kurz darauf war der Lagerarbeiter gefeuert worden.

Auch der Kollegin versuchte man aus der antifaschistischen Aktion einen Strick zu drehen, weil sie nämlich zu der Zeit wegen Krankheit ihres Kindes nicht arbeitete. Der Personalchef lehnte eine Bezahlung der Ausfallzeit ab mit der Begründung, er habe sie ja am Samstag in der Innenstadt gesehen. Damit kam er allerdings nicht durch.

Nunmehr soll als dritter im Bunde auch der Vertrauensmann gemaßregelt werden.

Vertrauensleute solidarisch

In der folgenden Vertrauensleuteversammlung wird ein Protestschreiben an den Personalchef verabschiedet, in dem der VK geschlossen die Kündigung des Kollegen verurteilt.

Auch der Betriebsrat erhebt Einspruch nach § 102 BVG gegen die Kündigung, aber darum scheren sich die Kapitalisten nicht viel. Die Kündigung wird ausgesprochen. Ein schwacher Trost für den Kollegen, daß der Betriebsrat ausnahmsweise einmal der Kündigung widersprochen hat, was ihm eine bessere Situation vor dem Arbeitsgericht verschafft, und ihm zusätzlich die Möglichkeit gibt, bis zur Gerichtsentscheidung weiter beschäftigt zu werden.

Der Antrag des Kollegen auf Weiterbeschäftigung wird vom Personalchef abgelehnt, weil er den Einspruch des Betriebsrates nach § 1o2 „nicht anerkennt" - die einstweilige Verfügung zur Durchsetzung des Rechtsanspruchs ist beantragt.

Die Kette der politischen Entlassungen ist lang

Die jetzige politische Entlassung bei Demag-Conz erhält zusätzliches Gewicht, wenn man weiß, daß sie sich in eine ganze Reihe ähnlicher Fälle einreiht.

- Fast gleichzeitig mit dem Lagerarbeiter wurde eine auszubildende technische Zeichnerin während der Probezeit entlassen. Personalchef Jung weigerte sich hartnäckig, eine Begründung dafür zu liefern. Ganz offensichtlich hatte er aus dunklen Kanälen erfahren, daß die junge Kollegin an der Schule politisch aktiv war;
- vor kurzem wurde ein linker Jugendvertreter nach Abschluß der Ausbildung nicht weiterbeschäftigt, obwohl zur gleichen Zeit innerbetrieblich freie Arbeitsplätze für Werkzeugmacher ausgeschrieben waren. Geschickterweise wurde in diesen Ausschreibungen „langjährige Berufserfahrung" zur Bedingung gemacht;
- ein VK-Leitungsmitglied, aktiver Gewerkschafter und Juso wurde gekündigt, ein Auszubildender, Mitglied der SDAJ wurde in der Probezeit gefeuert, und genauso erging es einem Jugendvertreter aus einem anderen Betrieb, der nach Abschluß der Ausbildung bei Conz eingestellt wurde.

Diese Liste ist durchaus nicht vollständig.

Aber auch die Gewerkschaftsführer mischen fleißig mit an der „Front gegen links": Auf Betreiben der Betriebsratshäuptlinge und VK-Leiter läuft ein Gewerkschaftsausschlußverfahren gegen einen weiteren linken Vertrauensmann. Es wäre kein Wunder, wenn nach dessen Ausschluß auch gleich die Kündigung bei passender Gelegenheit durchgezogen würde. Beispiele aus anderen Betrieben für solch eine Hand-in-Hand-Arbeit gibt es genug.

auch gleich die Kündigung bei passender Gelegenheit durchgezogen würde. Beispiele aus anderen Betrieben für solch eine Hand-in-Hand-Arbeit gibt es genug.

KAMPF DEN POLITISCHEN ENTLASSUNGEN UND GEWERKSCHAFTSAUSSCHLÜSSEN!

Betriebszelle Conz
KB/Gruppe Hamburg

VFW-Vokker: Entlassungen

Lemwerder: Am 11.10. erklärte der Betriebsrat von VFW Fokker in Lemwerder, daß im dortigen Werk mit 100 Entlassungen zu rechnen sei. Die Geschäftsleitung bestätigte diese Zahlen bisher nicht öffentlich, räumte allerdings ein, daß „Anpassungsmaßnahmen" nötig seien. Ursache soll sein, daß die Wartungsaufträge der Bundeswehr zurückgegangen sind. Die Kollegen in Lemwerder sitzen schon seit langer Zeit auf der „Abschußrampe": Immer wieder wird mit Entlassungen gedroht. Doch die Auftragslage im VFW-Fokker-Konzern scheint gar nicht so schlecht zu sein: Im Bremer Werk werden sogar Neueinstellungen vorgenommen. So vermittelt das Arbeitsamt Bremen im Augenblick munter Facharbeiter, aber auch ungelernte Arbeitskräfte an das Bremer Werk. Offensichtlich haben die VFW-Kapitalisten ein übles Spiel vor: die recht kämpferische Belegschaft in Lemwerder wird unter Druck gesetzt. „Nachwuchs" holt man sich von den Bremer Arbeitslosen, die erst einmal froh sind, eine Stelle zu kriegen und, nach Hoffnung der Kapitalisten, stillhalten.

KB / Gruppe Bremen

Nach der Explosion bei Klöckner:

Jetzt Kurzarbeit!

Bremen: Am 12.10. passierte auf der Klöckner-Hütte ein schwerer Unfall: am Hochofen II explodierte aus „bisher unbekannten Ursachen" einer der drei Winderhitzer. Das 200 Tonnen schwere Monstrum wurde durch die Luft geschleudert und stürzte dann 50 Meter weiter abwärts. Glühend heiße Steine wurden durch die Luft geschleudert. Wie durch ein Wunder wurde bei diesem „Unglück" „nur" ein Kollege schwer verletzt; zwei weitere mußten ambulant behandelt werden. Nicht auszudenken, was passiert wäre, wenn alle 60 Kollegen, die normalerweise am Hochofen arbeiten, dort gewesen wären!

Was machen die Klöckner-Kapitalisten in dieser Situation? Sie wollen rund 2000 Kollegen kurzarbeiten lassen, da angeblich die Hütte nicht ausgelastet ist, seit ein kleinerer Hochofen als Ersatz für den beschädigten angeblasen worden ist! Für die Kollegen, die im März gerade ein volles Jahr Kurzarbeit mit z.T. erheblichen Lohneinbußen hinter sich hatten, bedeutet das jetzt: Arbeit nur noch in der Frühschichtwoche, die beiden Wochen mit Spätschicht und Nachtschicht wird „kurzgearbeitet" (also nicht gearbeitet). Da sich das Kurzarbeitergeld vom Arbeitsamt nur nach dem nackten Lohn ohne Schichtzuschläge berechnet (68%!), kommen für die Kollegen 400-500 DM weniger raus! Wie lange die Kurzarbeit, die am 1. November beginnen soll, dauern wird, ist bisher noch offen.

Den Klöckner-Kapitalisten paßt dieses „Unglück" offensichtlich ganz gut in den Kram: Ist die Entwicklung auf dem Stahlmarkt doch nicht so günstig für sie verlaufen, wie sie dies Anfang des Jahres erhofft hatten. Ein neuer Stahlboom ist bisher ausgeblieben. Die Hütte war nur zu 70% ausgelastet. Deshalb hatten die Klöckner-Kapitalisten auch nur den kleinen Hochofen IV als Reserve behalten. Ein dritter Hochofen ist fast völlig abgerissen, mit seiner Reparatur läßt man sich Zeit.

Mehrfach hatte der Betriebsrat auf diese, wie er es nennt, „Leichtsinnigkeit" hingewiesen, war doch der neue Hochofen II nicht erprobt, so daß man „mit Pannen rechnen" mußte (nach „Weser-Kurier", 22.10.).

Die „Herren" in den Vorstandsetagen scheren solche Pannen nicht, wenn sie nicht allzusehr ihr Profitinteresse berühren. In ihren Polstersesseln wird ihnen bestimmt niemals ein Winderhitzer auf den Kopf fallen. Arbeiterleben und -gesundheit zählt für diese Leute nichts. Kalt lächelnd winkten die Klöckner-Kapitalisten denn auch ab, als der Betriebsrat forderte: Kein Lohnausfall für die zur Kurzarbeit gezwungenen Kollegen, Zahlung der Differenz zwischen Kurzarbeiterlohn und normalem Lohn.

KB / Gruppe Bremen



Haarscharf sauste die Kuppel des Lufterhitzers aus 60 Meter Höhe an einer Gas-Leitung vorbei.

Brutale Ausbeutung – brutale Unterdrückung – Widerstand!

AEG-Ackerstraße / Westberlin: „Wenn wir (?) aus den roten Zahlen herauskommen, sind die Arbeitsplätze sicher". Mit diesem „Versprechen" haben die AEG-Kapitalisten die Kollegen bei AEG-Ackerstraße in eine ungeheure Arbeitshetze getrieben.

Eine schwangere türkische Kollegin klappte am Band zusammen. Die Werkschwester diagnostizierte Hysterie. Begründung: *„Die Türkinnen sind öfter mal hysterisch, als Schwester kann ich das beurteilen."*

An demselben Band wurden von ca. 30 Kolleginnen vier gekündigt. Die Bandgeschwindigkeit blieb natürlich. Als dann noch zwei Kolleginnen krank wurden und trotz größter Hetze weniger Motoren fertiggestellt wurden, mußten die 25 Kolleginnen das im wahrsten Sinne des Wortes bezahlen. In ihrer Lohntüte waren bis zu 30 Pfennig pro Stunde weniger (die Kolleginnen arbeiten im Gruppenakkord).

Das brachte das Faß zum Überlaufen. Die 25 streikten.

Personalchef, Geschäftsführung und Betriebsrat kamen, die Geschäftsführung drohte allen 25 Kolleginnen mit Kündigung. Als das nichts nützte, wurde eine herausgegriffen und für zwei Stunden im Personalbüro festgehalten und ihre fristlose Kündigung verlangt. Obwohl dies vom Betriebsrat abgelehnt wurde, hatte die Geschäftsführung ihr Ziel erreicht. Die Frauen gingen ihr Ziel erreicht. Die Frauen gingen eingeschüchtert wieder ans Band zurück.

Einige Tage später, ganz zufällig am Tag der Betriebsversammlung, wurde die Kollegin, deren Kündigung der Betriebsrat abgelehnt hatte, von den Bullen abgeholt.

Erklärung: Rauschgiftsucht.

Das ist allerdings eine besonders schweinische 'Variante', sich kämpferische Kollegen vom Hals zu schaffen.

Metallgruppe
KB / Gruppe Westberlin

Pierburg-Vertrauensfrau fristlos entlassen!



Pierburg-Kolleginnen 1973: im Kampf erfolgreich

Am 6. Oktober wurde Monika Herzig – seit Anfang des Jahres Vertrauensfrau bei Pierburg/Neuss – fristlos entlassen. Gleichzeitig wurde ihr ab sofort Hausverbot erteilt. Begründung: „Störung des Betriebsfriedens".

Auf der am 5.10. stattgefundenen Betriebsversammlung hat M.H. die brutale Akkordhetze und verschärfte Kontrolle angeprangert: *„.... 900 Vergaser am Tag sind genug – mehr geht nicht. Wir werden hier sowieso schon ausgepreßt wie die Zitronen. 1.300 Stück sind nicht zu schaffen. Und wer das von uns verlangt... der soll sich doch mal selbst ans Band stellen... Die meisten Frauen sind doch jetzt schon so gehetzt, daß sie Angst haben, aufs Klo zu gehen – weil jeder Klogang mit 'nem Anschiß verbunden ist."* („Welt der Arbeit", 22.10.). Die Geschäftsleitung legte das natürlich als „Aufruf zur Minderleistung" aus.

Ein weiterer Punkt war die Forderung nach einem 13. Monatsgehalt. *„Eines Tages rumst es wieder hier wie vor einigen Jahren – vielleicht kriegen wir so das 13. Monatsghalt"* damit charakterisierte sie deutlich die Stimmung unter den Kolleginnen.

Auch andere Arbeiterinnen berichteten von der enormen Arbeitshetze. Eine jugoslawische Kollegin sagte: *„An den meisten Bändern – an den kleinen arbeiten 25-30 und an den großen im Schnitt 60 Frauen – gibt es keine Springerinnen mehr... Und an den wenigen Bändern, wo Springerinnen sind, nehmen diese „Vorbestellungen" entgegen. Wir schaffen es einfach nicht mehr. Viele ältere und manche schwangere Frauen können die geforderten Leistungen nicht mehr bringen. Manche kippen um!"*

Eine Türkin berichtete vom Pumpenbau: Dort seien *„vor sieben Monaten von einer Doppelschicht 1.500 bis 2.000 Pumpen an den Bändern zusammengebaut worden. Heute sind es ohne jede technische Verbesserung 3.500 bis 4.000 Pumpen mit geringerer Belegschaft. Das sei eine Leistungssteigerung um fast das Dreifache. Der Lohn dagegen habe sich kaum erhöht. Auch sie fordert das 13. volle Monatsgehalt."* („UZ", 18.10.).

Mit dem fristlosen Rausschmiß von M.H. soll die Pierburg-Kollegenschaft insgesamt eingeschüchtert werden. Das Jahr 1973 – als Kolleginnen und Kollegen die unteren Lohngruppen für Frauen wegstreikten – liegt den Kapitalisten wohl noch schwer im Magen.

Der Betriebsrat hat der Kündigung widersprochen und der Vertrauensleutekörper hat gegen den Rausschmiß protestiert.

Der Kommentar des 1. Bevollmächtigten der IGM, Geuenich, nimmt sich dagegen recht merkwürdig aus: *„Wir werden sehr sorgfältig prüfen, was an den Vorwürfen wirklich dran ist. Ich bin bei der Betriebsversammlung mit dabeigewesen. Es ist alles nicht so dramatisch (!), wie es die Firmenleitung sieht. Ich fand es erfreulich, wie erfrischend die Kollegin über die soziale Situation der Frauen gesprochen hat. Und sie hat dabei eine Sprache benutzt, die bei der Firma Pierburg gang und gäbe ist."* („WdA", 22.10.76).

Aufgrund dieser Aussage ist zu befürchten, daß die IGM-Oberen die Kollegin Monika Herzig nicht vorbehaltlos und mit aller Solidarität unterstützt. Umso wichtiger ist es, daß sich alle fortschrittlichen Kollegen(gruppen), Vertrauensleute etc. mit Monika Herzig solidarisieren.

Eine Metallgenossin

Erst raus aus den roten Zahlen – dann dichtmachen

AEG-Ackerstraße/Westberlin: Die AEG wird Anfang nächsten Jahres die Betriebe der Kleinstmotoren- und Kondensatorenfertigung in Vechta/Oldenburg, Zeil/Franken und Ackerstraße/Westberlin schließen.

1.140 Kollegen sollen insgesamt entlassen werden!

Die Schließung des Werkes Ackerstr. ist der vorläufige Höhepunkt der Rationalisierung der Westberliner AEG-Betriebe. So wurde bis heute der AEG-Bereich R 2 von 4.000 auf 1.600 Kollegen „runterrationalisiert", die Fabriken Brunnenstr. von 9.000 auf 3.000 Kollegen, das Röhrenwerk Sickingenstr. von 4.000 auf 700 und das Werk Ackerstr. von 2.000 auf 850 Beschäftigte. (Zahlenangaben aus „Wahrheit-Extra")

Zur gleichen Zeit wurde die Produktion wahnwitzig gesteigert. Einige Beispiele aus der Ackerstr.:
Synchronmotore: plus 65 %
Asynchronmotore: plus 32 %
Komponenten: plus 71 %
Kfz.-Lüftermotore: plus 64 %

Das ergibt eine Gesamtsteigerung um 50 % von Januar bis August '76, gemessen am Vorjahreszeitraum.

„Wenn 'wir' aus den roten Zahlen kommen, wird die Ackerstr. nicht geschlossen"

Seit gut einem Jahr ist das die Parole der Geschäftsführung; immer wieder wurde den Kollegen eingehämmert, es läge bei ihnen, ihre Arbeitsplätze zu erhalten. So konnten Bandgeschwindigkeiten heraufgesetzt werden, Entlassungen einzelner Kollegen wurden zunächst ohne großen Widerstand hingenommen, 10 Stunden im Zwei-Schicht-Betrieb und Sonnabend-Schicht waren das Normale. Am Kfz.-Band wurde die Tagesproduktion von 800 auf 1.800 Lüftermotore gesteigert. Zusammenbrüche von Frauen waren keine Seltenheit. Der Krankenstand in Westberlin betrug 12 bis 13 % und das bei dem ungeheuren Druck.

Gewissermaßen als „Lohn der Angst" wurde den Kollegen noch wenige Wochen vorm Bekanntwerden der Schließung „versprochen", die Lüftermotore für Ford und Audi-USA würden in Zukunft in der Ackerstr. produziert.

Die Methode von Zuckerbrot und Peitsche erstickte auch immer wieder den vereinzelt organisierten Widerstand der Kollegen (siehe dazu Artikel in diesem AK).

AEG-Kapitalist Cipa: Heute kann man mit weniger Leuten mehr produzieren

Diese Begründung der Werksschließung erfuhren die Kollegen aus dem Fernsehen, von der geplanten Schließung hörten sie zum ersten Mal am 20.10. im Radio.

Nach Kapitalistenlogik sind die 1.140 Kollegen, die in Westberlin, Zeil und Vechta auf der Straße liegen werden, die *„Überkapazitäten, die nicht konjunkturell sondern strukturell bedingt sind."* Oder wie der AEG-Kapitalist mit unverschämter Offenheit Presse, Rundfunk und Fernsehen darlegte: *„Die jetzigen Rationalisierungsmaßnahmen sind Ausdruck der Tatsache, daß man heute mit weniger Leuten das gleiche oder sogar mehr produzieren kann".*

„Wir dachten, wir wären aus der Schußlinie..."

Das war der auf der Betriebsversammlung am 21.10. am häufigsten gesprochene Satz.

Das „Spandauer Volksblatt" vom 22.10. drückt die Stimmung der Belegschaft wohl am treffendsten aus: „sie ist wie gelähmt."

Reaktion der Gewerkschaftsführung: „Sorge" um die „Wirtschaftskraft" Berlins

Eine ungeheure Provokation für jeden Gewerkschafter ist die Reaktion der IGM-Führung. Sie bezeichnete die Schließung als „unverständlich" und einen „Schlag gegen die Wirtschaftskraft Berlins". Betriebsrat Domeier drückte das schon deutlicher aus: Er bat *„.... mit der Bereinigungsstruktur zur Verbesserung der Gesamtlage nicht mit einem Werk anzufangen, das mit Gewinn arbeitet".*

Nicht einmal der Senat wird aufgefordert, alles Mögliche zu tun, um die Arbeitsplätze zu erhalten. Das bei früheren Schließungen in Westberlin von den Gewerkschaftsführungen häufig strapazierte Mittel erfordert wohl schon zu viel Engagement. Die IGM-Führer sind nicht nur gelähmt, sie haben allem Anschein nach den Sternkrampf.

Denn laut Kapitalistensprecher Cipa *„konnte sich Bürgermeister Lüder den Fakten nicht verschließen. Eine Konzentration der Arbeitskräfte auf zukunftsträchtige Arbeitsgebiete ist zwingend. Wir haben einen starken Importdruck aus dem Ostblock und den asiatischen Ländern".*

Es bleibt zu wünschen, daß dieses abgekartete Spiel von AEG-Kapitalisten, Senat und IGM-Führung nicht gefallen lassen und daß die Worte des Betriebsratsvorsitzenden mehr sind als radikales Geklingel: Verhandlungen über einen Sozialplan, den die AEG sofort aus der Tasche zog, hat er zur Zeit abgelehnt, da für alle 850 Kollegen genügend Arbeit vorhanden sei.

Metallgruppe
KB/Gruppe Westberlin

Kampf um Nachschlag – abgeblockt

Am Montag, den 18.10.76 hat der Gesamtbetriebsrat der Firma Teves mit der Geschäftsleitung eine Vereinbarung über eine einmalige Sonderzahlung von 105 DM abgeschlossen. Diese gilt als Bonbon, um die Nachschlagsforderung der Belegschaft nach einem 13. Monatslohn oder gehalt abzublocken. Diese „milde" Gabe ist lächerlich im Vergleich zum Reallohnverlust der Kollegen, der allein in diesem Jahr 3% ausmacht. Durch den Lohnraubabschluss von 5,4% haben wir nicht nur 2% mehr als im Vorjahr, durch die Preissteigerung von 5% ist real ein Loch von 660 DM bei einem Verdienst von 22.000 DM im Jahr entstanden.

Die Teves-Kapitalisten haben dagegen im Vorjahr eine Umsatzsteigerung von 150 Millionen DM bei verringerter Belegschaft erreicht.

Vor diesem Hintergrund fanden die meisten Kollegen, die auf der Betriebsversammlung im August aufgestellte Forderung nach einem 13. Lohn für gerechtfertigt und unterstützten sie mit Unterschriftensammlungen (800 Unterschriften), in denen sie den BR aufforderten, mit den Kapitalisten über die Belegschaftsforderung zu verhandeln. Ferner wurde von dem Kollegenkreis, aus dem die Forderung hervorging, mit Flugblättern und Aufklebern eine Bewegung aufgebaut, die auf die Kapitalisten und den BR Druck ausübte und die Kollegen ständig informierte.

Die Unzufriedenheit der Kollegen über die jetzt getroffene 105 DM-Regelung ist groß, reicht aber nicht aus, durch einen Streik sich zu holen, was man braucht. In der Belegschaft wird aber diskutiert, ob durch eine Betriebsversammlung zum Thema Nachschlag der Kampf fortgeführt werden soll.

Teves-Genosse
KB / Gruppe Frankfurt



Protest der 2.000 SKF-Arbeiter gegen die für 1977 geplanten weiteren 420 Entlassungen: Wie gemeldet, kam es am 12.10 zu einer für Schweinfurter Verhältnisse noch recht ungewöhnlichen Aktion. 2.000 Beschäftigte der SKF-Werke I, II und III erschienen nach einem Protestmarsch vor dem Verwaltungsgebäude. Sie forderten in Sprechchören und auf Transparenten: „Stoppt die Entlassungen". Gegenüber einer Verhandlungsdelegation gaben die Kapitalisten das Versprechen ab, daß die für 1977 vorgesehenen Entlassungen nicht durchgeführt werden, sondern daß versucht werde, sie mit Kurzarbeit zu überbrücken. Eine Garantie dafür aber wollten die Kapitalisten nicht geben! Die SKF-Arbeiter sind gut beraten, dem Versprechen der Kapitalisten kein Vertrauen zu schenken, sondern sich auf weitere kämpferische Auseinandersetzungen vorzubereiten.

HBV

DGB-Untersuchung zur Angestelltenfrage

Das Infas-Institut hat im Auftrage des DGB eine Untersuchung über die gesellschaftliche und gewerkschaftliche Orientierung der Angestellten erarbeitet. Diese Untersuchung soll dazu dienen, die vom DGB ab 1977 geplante dreijährige Angestellten-Werbekampagne vorzubereiten.

Diese Kampagne des DGB ist darauf zurückzuführen, daß Untersuchungen ergeben haben, daß es in den achtziger Jahren mehr Angestellte als Arbeiter geben werde, heute aber nur 20 % der in den DGB-Gewerkschaften Organisierten Angestellte sind.

In der „Frankfurter Rundschau" vom 6.10.76 wurden Auszüge der Infas-Untersuchung veröffentlicht. Wir wollen auf einige interessante Aussagen eingehen.

Großes Rationalisierungspotential bei Angestellten

Bereits heute stellen die Handels- und Verwaltungsberufe den größten Anteil der Arbeitslosen. Die zunehmende Rationalisierung der Büroarbeit, Datenverarbeitung und Großraumbüros wird diese Entwicklung verschärfen, und so sehen auch viele Rationalisierungsfachleute im Angestelltensektor die große Rationalisierungsreserve der nächsten Jahre. Diese Rationalisierungen führen dazu, daß vom einzelnen Kollegen immer stupider werdende Arbeiten verlangt werden bei gleichzeitiger Zunahme des Arbeitsdrucks.

Angst vor der Rationalisierung

Der Untersuchung ist zu entnehmen, daß ein großer Teil der Angestellten, nämlich 26 %, von den Rationalisierungen negative Auswirkungen für sich befürchten. 40 % sehen eher positive Konsequenzen. Weiter ein Ausdruck dieser Einschätzung ist, daß 38 % der Angestellten ihre Aufstiegschancen als schlecht oder weniger gut einstufen. Die Mehrheit der Angestellten ist auch nicht mehr der Meinung, daß heute Angestellte schwerer zu ersetzen wären als Arbeiter.

Die Untersuchung belegt, daß die Sonderstellung als „verlängerter Arm" des Unternehmers heute von den Angestellten nur noch in einer Minderheit vertreten wird.

Gewerkschaftliches Bewußtsein entwickelt sich

In der Untersuchung wird darauf hingewiesen, daß besonders dort, wo viele Kollegen zusammenarbeiten (Großraumbüros) oder wo Kontakt mit Arbeitern besteht, die Bereitschaft größer ist sich gewerkschaftlich zu organisieren als in Kleinbetrieben.

Von den Gewerkschaften erwarteten die befragten Angestellten, daß sie sich besonders für:
- Tariferhöhungen
- Arbeitsplatzsicherung
- Verbesserung der Arbeitsplatzbedingungen

einsetzen.

Aus dieser Reihenfolge der Forderungen läßt sich ein steigendes Bedürfnis nach kollektiver Vertretung gemeinsamer Interessen erkennen.

War es früher meist so, daß Angestellte bereitwillig Streikbrecherdienste übernahmen, so befürwortet heute die Mehrzahl der Angestellten Streiks zur Durchsetzung der Forderungen. 30 % der Angestellten sind bereit, einem Streikaufruf Folge zu leisten, 19 % würden sich aktiv an einem Streik beteiligen.

10 %, also eine klare Minderheit, würde versuchen, einen Streik zu verhindern.

In diesem Zusammenhang kann auch noch einmal auf die Haltung der Angestellten der Druckindustrie hingewiesen werden, die zum Teil sich bei den diesjährigen Druckerstreiks aktiv beteiligten, beziehungsweise Sympathiestreiks durchgeführt haben.

Mit den Gewerkschaften zufrieden?

Kritik äußerten 30 % der befragten Angestellten an den Gewerkschaftsfunktionären. Sie kümmern sich ihrer Meinung nach zu wenig um die Probleme der Angestellten, und viele von ihnen wünschten sich, daß die Gewerkschaftsführer sich stärker um ihre Betriebsprobleme kümmern sollten. Allerdings waren 55 % der Meinung, daß die Gewerkschaften sich genügend der Probleme der Angestellten annehmen würden. Interessant in diesem Zusammenhang ist, warum sich trotzdem nur rund 20 % gewerkschaftlich organisiert haben. Folgende Gründe wurden angegeben:
- zu hohe Beiträge im Verhältnis zur Leistung der Gewerkschaften (41 %)
- Vermutung, daß die Gewerkschaften einseitig politisch ausgerichtet sind (23 %)

Weitere Gründe waren:
- der Einfluß, den die Gewerkschaften gegenwärtig haben, sei ausreichend
- zu wenig Werbung
- die Gewerkschaften könnten nichts zur Verbesserung tun.

Es bleibt abzuwarten, wie der DGB auf diese Widersprüche in seiner Werbe-Kampagne eingehen wird. Aber eines ist schon sicher: Die logische Konsequenz, nämlich eine Politik im Interesse der Kollegen, die auch sichtbar ist, zu entwickeln und zuzulassen, wird nicht kommen.

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Warnstreiks bei Krupp-Atlas

Bremen: Mit zwei kurzen Warnstreiks protestierten jeweils etwa die Hälfte der über 900 Kollegen von Krupp-Atlas-Maschinenbau gegen die geplanten Entlassungen von 520 Kollegen (vergl. AK 91).

Auf der Betriebsversammlung am 20.10. wurde den Kollegen ein „Sozialplan" vorgelegt. Dieser sieht für alle entlassenen Kollegen „Abfindungen" vor. Ein Beispiel: *„Ein Vierzigjähriger, der 15 Jahre zu Krupp-Atlas gehörte, soll ... sechs Brutto-Monatseinkommen erhalten."* Wer also 15 Jahre seine Knochen für die Krupp-Kapitalisten hingehalten hat, soll jetzt mit ein paar lächerlichen Tausendern auf die Straße gesetzt werden! Für 120 Angestellte bedeutet dies lange Arbeitslosigkeit; in Bremen sind ohnehin schon die Hälfte der derzeit ca. 12.000 Arbeitslosen Angestellte! Angeblich sollen 200 Arbeiter einen neuen Arbeitsplatz bei der A.G. Weser (ebenfalls Krupp) erhalten, die nun die Kraftwerksvorwärmer baut. Tatsache ist, daß in diesem Bereich viel weniger Kollegen beschäftigt waren! Unernst ist auch das Versprechen, daß Krupp-Atlas-Elektronik weitere Kollegen übernehmen will, sind doch auch in diesem Betrieb Entlassungen angekündigt worden. Als „Trost" bleibt: Hanomag-Henschel will 100 Kollegen übernehmen, *„zum Teil allerdings nur als Fließbandarbeiter"* („Bremer Nachrichten", 21.10.). Bei dem bekannten System der Hanomag-Kapitalisten, nämlich 100 Kollegen einstellen, die „Besten" rauspicken und den Rest auf die Straße setzen, ist diese angebotene „Perspektive" allerdings alles andere als rosig!

KB / Gruppe Bremen

„Politische Äußerung innerhalb gesetzlicher Grenzen erlaubt ..."

Zugunsten der IG Metall entschied das Gelsenkirchener Arbeitsgericht in einem Streit mit dem örtlichen Arbeitgeberverband. Die IG Metall hatte durch eine einstweilige Verfügung sichergestellt, daß sie in den Küppersbusch-Werken und den Metallwerken Seppelfricke eine Einladung zu einer Jungwählerveranstaltung verteilen konnte. In der Veranstaltung sollten Sprecher der bürgerlichen Parteien sich zu dem Thema auslassen: „Warum hat die CDU das Berufsbildungsgesetz scheitern lassen?"

Nach Ansicht der Arbeitsrichter bewegt sich eine derartige politische Äußerung im Rahmen der gesetzlich zulässigen Grenzen und müsse vom Kapitalisten hingenommen werden. Eine Verletzung des Gebots zu „parteipolitischer Neutralität" nach dem Betriebsverfassungsgesetz durch die IG Metall sah das Gericht auch nicht dadurch gegeben, daß sich einige Leitende Angestellte durch ein entsprechendes Plakat „zu Lasten der CDU" auf den Schlips getreten fühlten.

Am meisten geärgert hat sich wohl der alte Seppelfricke selbst: er ist CDU-Mitglied und Präsident des Arbeitgeberverbandes Gelsenkirchen und Umgebung.

SPD/FDP-Minister schenken Flick 1,2 Mrd. DM

**Im Januar 1975 hatte der Flick-Konzern seine Daimler-Benz-Aktien für zwei Milliarden DM an die Deutsche Bank verkauft. Dabei hat er über den Buchwert hinaus 1,8 Milliarden DM erhalten. Nach den Steuervorschriften hätten 1,2 Milliarden DM davon an den Fiskus abgeführt werden müssen. Noch im Dezember 1975 hatte das Bundesfinanzministerium in einer Presseinformation beteuert, es werde „keine steuerlichen Zugeständnisse" bei der Verkaufsaktion der Flick-Erben machen. Nach diesen großen Worten folgten jetzt die „Taten". Finanzminister Apel (SPD) und Wirtschaftsminister Friederichs (FDP) haben den Flick-Erben die Steuern geschenkt.
(Nach „UZ", 16.10.76).**

KB / Gruppe Kassel

Spion im weißen Kittel enttarnt

Hamburg. Bekanntlich dürfen rein rechtlich Ergebnisse betriebsärztlicher Untersuchungen nicht an die Kapitalisten weitergegeben werden. Die Edeka-Kapitalisten scheren solche Bestimmungen einen Dreck:

Sie stellten dem Betriebsarzt eine Mitarbeiterin der Personalabteilung als „ärztliche Assistentin" zur Verfügung. Diese Angestellte des Personalbüros versah ihre Arbeit in der Praxis des Betriebsarztes, wenn Edeka-Kollegen untersucht wurden. Auf diese Weise war es immer möglich, daß sich die Kapitalisten in ihrer Weise auf Krankheiten der Kollegen „personalpolitisch" einstellen konnten.

Diese Sauerei wurde nun bekannt. Die Personalabteilung und auch der Betriebsrat (!) beeilten sich, schriftlich wie auch mündlich den empörten Kollegen mitzuteilen, daß diese Angestellte „voll der Schweigepflicht" unterliege. Einen Beweis für diese Behauptung bleiben Geschäftsleitung und BR bis heute allerdings schuldig. Natürlich trauen sie ihrem eigenen „Argument" nicht recht, zumal inzwischen die Forderung aufgestellt wurde, von der betroffenen „Assistentin" eine schriftliche Erklärung über die „Verschwiegenheit" vorzulegen.

Auf jeden Fall ist die enttarnte „Spionin" erstmal aus diesem Arbeitsfeld abberufen worden.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Warnstreik bei VARIAN MAT

Bremen: Bei Varian MaT streikten am 22.10. über 200 Kollegen für eine dreiviertel Stunde. Anlaß für diese Aktion war die Ankündigung der Geschäftsleitung, zu Weihnachten 40 bis 50 Kollegen zu entlassen.

Bei Varian MaT, einer Tochterfirma des US-Konzerns Varian-MaT Palo Alto, stehen umfangreiche Rationalisierungsmaßnahmen ins Haus. Erst vor wenigen Tagen war die neue Produktionsstätte in Bremen-Wartum eingeweiht worden. Außerdem war erst kürzlich eine Vereinbarung über eine Woche Kurzarbeit im Dezember geschlossen worden. Hier zeigt sich, daß das ganze Gerede, Kurzarbeit würde Entlassungen verhindern, großer Blödsinn ist.

KB / Gruppe Bremen

Entlassungen auch bei KRUPP - Atlas – Elektronik

Bremen: Am 23.10. meldet auch die ebenfalls zum Krupp-Konzern gehörende Atlas-Elektronik neue Entlassungen: 80 Kollegen sollen rausgeschmissen werden! Außerdem sollen 60 Kollegen vom 1. Dezember an sechs Monate lang kurzarbeiten. Während der Kurzarbeit soll die Wochenstundenzahl um 30% gekürzt werden, was einem Verdienstausfall von ca. 10% entspricht.

Erinnern wir uns: Noch vor wenigen Wochen war den Kollegen von Atlas-Maschinenbau vorgemacht worden, wenn sie dort entlassen werden, könnten sie neue Arbeit bei der Schwesterfirma Atlas-Elektronik bekommen!

KB / Gruppe Bremen

AEG-Vechta: Dicht!

Völlig unerwartet für die Belegschaft gab am 21.10. die AEG-Telefunken-Konzernleitung die Schließung des Werkes Vechta bekannt. Durch diese Entscheidung verlieren in den nächsten Monaten rund 150 Arbeiter und Angestellte ihren Arbeitsplatz. Die Konzernleitung beabsichtigt, einem Teil der Entlassenen im Oldenburger Werk Arbeitsplätze anzubieten. Allerdings stehen auch in diesem Werk Entlassungen an. Hier plant die Konzernleitung, vorwiegend im Angestelltenbereich (Entwicklung, Labor, Verwaltung), 100 Entlassungen vorzunehmen.

Bereits in den vergangenen Jahren wurde im Oldenburger Motorenwerk aufgrund von mangelnder Kapazitätsauslastung kurzgearbeitet und 200 Beschäftigte verloren ihren Arbeitsplatz.

Ein trauriger Rekord: 15 Jahre und 3 Monate Probezeit

Coop-Hamburg. Im Zusammenhang mit der Verlegung der Hamburger Zentrale der Coop in ein anderes Haus, die sogenannte „Letzte Ruhe" (weil es das Abstellgleis für die noch nicht vollständig wegrationalisierte Zentrale in Hamburg ist) wurden die für die Verwaltung des alten Coop-Hauses notwendigen Kollegen „stillgelegt". Ein Teil wurde vom neuen Eigentümer, der Volksfürsorge Sachversicherung übernommen, vier Kollegen sind entweder „freiwillig" gegangen oder sollen entlassen werden. Einer Kollegin wurde jetzt angeboten, von der Hamburger Ober-Gesellschaft (HaPro) als Reinmachfrau übernommen zu werden. Bedingung: 3 Monate (!) Probezeit! Das, obwohl sie in derselben Gesellschaft, die sie jetzt wieder „übernehmen" will, schon insgesamt 15 Jahre tätig war.

„Gemeinwirtschaft" macht's möglich!

Coop-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

300 Kollegen gekündigt



Der Sprecher des Krisenstabes des massa-Kaufhauses verkündet: „Notfalls werden wir den Markt in Eigenregie führen!"

Hockenheim. Der Handelskapitalist Karl-Heinz Kipp, Besitzer der massa-Warenhausgruppe, wollte in Kürze in Hockenheim (Baden-Württemberg) sein 13. SB-Haus eröffnen. Die Genehmigungen lagen schon jahrelang vor und massa hatte bereits 300 Mitarbeiter eingestellt und sie ausbilden lassen. Anfang dieses Jahres hatte der Stadtrat der 13 km entfernten Kleinstadt Wiesloch eine Einstweilige Verfügung gegen den weiteren Bau des massa-Warenhauses eingereicht, weil dadurch der Einzelhandel Wieslochs stark betroffen sei. Der Verwaltungsgerichtshof, die bislang letzte Instanz, verbot dem massa-Haus zwar nicht den weiteren Bau, aber dafür die Nutzung des Warenhauses. (Information nach „Lebensmittelzeitung", 15.10.76).

Für die 300 eingestellten Kollegen platzte am 12.10. die Bombe, als Kipp auf einer Betriebsversammlung erklärte, daß alle 300 Kollegen entlassen werden müssen. Die Alleinschuld gab er natürlich dem Wieslocher Stadtrat. Aufgrund des großen Protestes der Kollegen gewährte Kipp am 12.10. zwar noch einen „Aufschub", inzwischen sind aber alle 300 Kollegen fristlos gekündigt worden („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 23.10.76). Alle Kollegen wollen dagegen gerichtlich angehen. Ein HBV-Vertreter aus Hockenheim kommentierte die Kündigungen mit den Worten, die 300 massa-Kollegen wären „grob-fahrlässig" eingestellt worden („FAZ", 23.10.).

Dies ist eine sehr milde Kennzeichnung der Schweinerei von Kipp, die Kollegen trotz Nutzungsverbots einzustellen. Für die 300 Kollegen, die ihre alten Arbeitsplätze aufgegeben haben, bedeutet das jetzt Arbeitslosigkeit. Die Hockenheimer Kollegen wollen das nicht kampflos hinnehmen. Auf der Betriebsversammlung vom 12.10. bildeten sie einen Krisenstab, der unter prasselndem Beifall verkündete: *„Notfalls werden wir den Markt in Eigenregie führen!"*

HBV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

HBV – Spaltung und Behinderung des Betriebsrats

Hamburg. Mit einer einstweiligen Verfügung beantragte der stellvertretende Vorsitzende des Betriebsrates der Edeka Datenverarbeitung die Teilnahme an einem Betriebsratsseminar der HBV. Die HBV verweigerte dem gerade aus der HBV ausgeschlossenen Kollegen die Teilnahme an diesem Seminar an dem auch unorganisierte Betriebsräte teilnahmen (s. auch AK 91).

Nach dem BVG steht jedem Betriebsratmitglied die betriebliche Freistellung zur Teilnahme an Schulungsveranstaltungen zu, wobei im BVG nur der Anspruch gegenüber den Kapitalisten geregelt ist, nicht aber gegenüber der Gewerkschaft (dem Veranstalter). Die Gewerkschaft begründete gegenüber dem Gericht, daß kein Anspruch auf Teilnahme bestehe, da die HBV keine Monopolstellung für Betriebsratsveranstaltungen habe. Im übrigen wurde sich darauf bezogen, daß der Kollege ja ausgeschlossen sei.

„Ein Verfügungsanspruch stünde dem Antragsteller auch dann nicht zur Seite, wenn er noch Mitglied der Gewerkschaft wäre. Es ist nicht zu erkennen, aufgrund welcher Vorschrift (Gesetz oder Satzung) ein Mitglied einer Gewerkschaft ein gerichtlich durchsetzbares Recht auf Teilnahme von Veranstaltungen herleiten sollte, die nicht gewerkschaftsintern (wie z.B. Mitgliederversammlungen o.ä.) *sind."*

Diese Erklärung zeigt, in welcher Selbstherrlichkeit heute die Gewerkschaftsführung in der Gewerkschaft bestimmt.

Somit wird es Betriebsräten, die aus der Gewerkschaft ausgeschlossen sind unmöglich gemacht, an Lehrgängen, die keineswegs gewerkschaftsintern sind, teilzunehmen. Die Gewerkschaft hat außerdem sehr wohl eine Monopolstellung, abgesehen von Lehrgängen, die die Unternehmer oder ihre Verbände durchführen.

Mit Empörung reagierten die Teilnehmer des Seminars auf das Vorgehen der HBV-Führung. Selbst der referierende Rechtsberater des DGB aus Düsseldorf verurteilte die Teilnahmeverweigerung mit der Bemerkung, so etwas tendiere in Richtung Berufsverbote (Es waren mehrere Plätze freigeblieben).

Bei einem weiteren Mitglied des Betriebsrates und ebenfalls Vorstandsmitglied im Fachgruppenvorstand Groß- und Außenhandel wurden die Gewerkschaftsführer deutlicher.

„Seine politische Meinung gefällt uns nicht, wir brauchen nur noch Beweise für einen Ausschluß", so die Gewerkschaftsführung. Seine Einladung erhielt er auf Protest des Betriebsrates erst in letzter Minute.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

Gerichtliche Entscheidung auf Eis gelegt

Hamburg. Nach einer Unterschriftenaktion gegen die Einführung des Beurteilungswesens beim Edeka-Versicherungsdienst wurde ein Kollege zum 30.6.76 gekündigt (s. AK 80).

Nachdem er aufgrund einer Einstweiligen Verfügung (EV) seit Anfang August wieder im Betrieb war und die Kündigungsschutzklage in der ersten Instanz gewonnen hatte (s. AK 87) sind die Kapitalisten gegen die noch laufende EV vor dem Landesarbeitsgericht in die Berufung gegangen.

Hier wehte nun seitens des Gerichtes ein anderer Wind als in der ersten Instanz. Ist dort noch die EV mit der Begründung durchgekommen, daß bei einer Kündigung das Recht auf Arbeit und die freie Entfaltung der Persönlichkeit bis zur endgültigen Entscheidung des Prozesses gewahrt bleiben muß, wurde vom Landesarbeitsgericht eine Entscheidung von vornherein verhindert. Der Richter hatte es von vornherein auf einen „Kompromiß" abgesehen. Der sah so aus, daß keine Entscheidung über die EV auf Weiterbeschäftigung gefällt, sondern ein schneller Termin für die Hauptverhandlung angesetzt wurde (15.11.76). Der Forderung der Kapitalisten, daß der Kollege bis dahin beurlaubt wird, ist das Gericht voll entgegengekommen. Der Kollege war, durch die Absicht des Richters, nötigenfalls eine Entscheidung gegen ihn zu fällen, gezwungen, diesen faulen Kompromiß anzunehmen.

„Begründet" wurde diese Erpressung vom Richter damit, daß solche EV's für die Arbeitnehmer doch gar nicht so günstig seien, und dem Kollegen das ewige Hin- und Her (rein in den Betrieb, raus aus dem Betrieb) auch nicht recht sein könne. Außerdem bestehe ein „unzumutbares Verhältnis" zwischen dem Kapitalisten und dem Kollegen.

Hier macht sich u.a. bemerkbar, daß die Arbeitsgerichte in letzter Zeit das Beschäftigungsrecht durch Gerichtsbeschlüsse bzw. „gütliche Vereinbarungen" aushöhlen. Und die meisten Urteile gehen nicht mehr bei gewonnener Kündigungsschutzklage auf Weiterbeschäftigung aus, sondern nur auf Abfindung.

In diesem Zusammenhang ist auch der Ausspruch eines bekannten liberalen Richters aus Hamburg zu verstehen, daß das Kündigungsschutzgesetz nichts anderes sei als ein Abfindungsgesetz.

Die Hauptverhandlung findet statt am 15.11.76 um 10.00 Uhr im Landesarbeitsgericht Altonaer Bahnhofsplatz, Hochhaus, 16.Stock.

Edeka-Zelle
KB/Gruppe Hamburg

DRUCK

Springer: Weiter auf dem Weg der Arbeitsplatzvernichtung

München. Kurze Zeit, nachdem Springer ins Münchner Zeitungshaus mit (vorerst) 24,99% eingestiegen ist, ist ein neuer Plan im Gespräch, ganz groß im süddeutschen Raum einzusteigen: der Bau eines Druckzentrums „auf der grünen Wiese" in München! Die Kapazitäten allein dieses Druckhauses würden ausreichen für den Druck aller Münchner Zeitungen! Vor der gegenwärtig in München tagenden Konferenz der Internationalen Graphischen Föderation warnte der Landesvorsitzende der IG Druck und Papier in Bayern, Willi Baumann, nachdrücklich vor dem Springer-Einbruch in den Münchner Presse- und Druckmarkt: *„Die Folgen dieses Einbruchs sind heute noch gar nicht abzusehen. Ich will keine Angst verbreiten, doch die sich auch hier anbahnende Entwicklung haben wir in Städten wie Hannover und Stuttgart bereits kennengelernt. Wenn das Springersche Druckzentrum Wirklichkeit wird, kann kaum ein Haus von Entlassungen größeren Ausmaßes verschont bleiben".*

Seine Prognose: *„Es ist zu befürchten, daß einige tausend (!) Arbeitnehmer 'freigesetzt' werden. Ich appelliere schon heute an Eure (internationale) Solidarität. Wir werden fest zusammenstehen müssen, denn wir gehen in eine ganz, ganz harte Zeit".* Solche Worte aus dem Munde eines Gewerkschaftsfunktionärs, die ansonsten in diesen Dingen nicht so wählerisch sind (Hamburgs IG DruPa-Vorsitzender Wolf zu den früheren Entlassungen bei Auer Druck: „Lieber 100 als 400") lassen ahnen, was auf die Münchner Kollegen zukommen wird (nach „Extra-Dienst", 22.10.76).

Betriebszelle Springer
KB/Gruppe Hamburg

Noch ein Ausschluß aus der Drupa

München. Jetzt erst wurde bekannt, daß die Drupa-Führer auf ihrer Sitzung am 9./10. September 1976 außer zehn Hamburger und einem Westberliner Kollegen noch einen weiteren fortschrittlichen Kollegen aus der Drupa ausschlossen. Dieser Ausschluß betrifft den Münchner Kollegen und Genossen Hans Zintl, ZK-Mitglied des „Arbeiterbundes zum Wiederaufbau der KPD".

Dies ist bereits der zweite Versuch, den Genossen aus der DruPa auszuschließen, nachdem der erste Versuch des Ortsvorstands München der DruPa im Herbst 1972 am Widerstand der Münchner Mitgliederversammlung scheiterte. Der damalige Antrag wurde daraufhin vom Hauptvorstand zurückgeholt. Der jetzige Antrag wurde gestellt vom Betriebsrat des Münchner Buchgewerbehauses, der im Betrieb 150 Unterschriften zur Unterstützung des Antrages sammelte. Einziges Argument: die Organisationszugehörigkeit von Hans Zintl im „Arbeiterbund". Hätte die Frage nach tatsächlicher Gewerkschaftsfeindlichkeit gestanden, hätten die Urheber des Antrags wie auch bei den anderen Ausschlüssen alt ausgesehen. Hans Zintl ist seit 26 Jahren aktiver Gewerkschafter. Beim diesjährigen Druckerstreik war er wesentlich am Zustandekommen der Demonstration am 1. Mai zum Münchner Buchgewerbehaus beteiligt, mit der gegen einen Mordanschlag auf Streikposten protestiert wurde.

Die Nachricht von seinem Ausschluß erhielt H. Zintl am 18.10., an diesem Tag fand in München eine DruPa-Mitgliederversammlung statt, auf der diese Nachricht bekanntgegeben wurde und auf einhellige Ablehnung stieß. Ein Antrag auf Zurücknahme des Ausschlusses kam nicht mehr zur Abstimmung. Ebenso wurde ein Antrag auf Rücknahme der Hamburger Ausschlüsse mit dem trüben Argument vertagt, man müsse sich erst genauer informieren und wolle sich noch Material besorgen. Nun, die Hamburger Kollegen sollten den Münchnern ihr Material zur Verfügung stellen, auch wenn der Ortsvereinsvorstand wohl eher „Informationen" durch den Hauptvorstand meint.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Strafversetzung wegen Streikbeteiligung

Heilbronn. Der Lokalredakteur und stellvertretende Betriebsratsvorsitzende der „Heilbronner Stimme", Schwinghammer, wurde wegen seiner solidarischen Haltung im Druckerstreik von Heilbronn nach Künzelsau strafversetzt. Er lebt mit seiner Familie in Heilbronn und baut dort derzeit auch ein Eigenheim, sein neuer Arbeitsplatz ist 45 km entfernt. Der Betriebsrat sowie 60 Kollegen aus der Technik und 15 Redakteure protestierten mittels einer Unterschriftenaktion gegen die Strafversetzung. Durch eine Arbeitsgerichtsklage erreichte der Gemaßregelte einen Vergleich, der seine Versetzung in die abgelegene Lokalredaktion bis zum 28.2.1977 begrenzt. Doch vorerst haben die Kapitalisten ihr Ziel erreicht und werden die Zeit seiner Abwesenheit zu benutzen versuchen, um den Kollegen von seinen bisherigen Arbeitskollegen zu isolieren („Extra-Dienst", 19.10.76).

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Vergleich geschlossen

Hamburg: Der Rechtsstreit des Kollegen Werner B., Delegierter der dju, mit dem „Spiegel"-Verlag ist Ende September mit einem Vergleich abgeschlossen worden. Eine zu Anfang August ausgesprochene fristlose Kündigung wurde vom „Spiegel" zurückgenommen, das Arbeitsverhältnis endet im „gegenseitigen Einvernehmen" mit dem 31. Dezember 1976.

Der Kollege erhält eine Abfindung in Höhe von vier Brutto-Monatsgehältern.

Im vergangenen September (s.AK-Berichterstattung) hatten die Spiegel-Kapitalisten den Journalisten fristlos feuern wollen. Der Anlaß war, daß B. eine Fälschung in der Vietnam-Berichterstattung aufgedeckt hatte und diese intern fotokopiert im Spiegel-Verlag verteilt hatte.

Diese Fälschung war dann in der „Solidarität", einer Zeitung fortschrittlicher Journalisten in Hamburg, öffentlich bekannt gemacht worden.

Der „Spiegel" stellte nun nicht etwa die Fälschung richtig, sondern schmiß den Kollegen raus, weil er darüber informiert hatte.

Der Kollege gewann den Prozeß in erster Instanz und erreichte seine Wiedereinstellung. Daraufhin konterte der „Spiegel" mit fristloser und hilfsweise fristgemäßer Kündigung. In dem Arbeitsgerichtsprozeß drohte Richter Rogge, daß der Kollege den Prozeß verlieren würde, wenn er nicht einem Vergleich zustimmen würde, was Werner B. dann gezwungenermaßen tat.

Ein denkwürdiges Beispiel für „Pressefreiheit": nicht der Fälscher wird zur Rechenschaft gezogen, sondern der Kollege, der das entlarvt hat!

Die Drupa hat den Kollegen nicht etwa verteidigt, sondern inzwischen aus der Gewerkschaft gefeuert (wegen Beteiligung am Streik-Info während des Drucker-Streiks).

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Mahlein klopft wieder Sprüche

Die Präambel des 1978 zu verabschiedenden DGB-Grundsatzprogramms muß „eine Analyse von Wirtschaft und Gesellschaft zum Inhalt haben", dazu gehöre die Ausbeutung der Arbeitskraft, die Abhängigkeit der Arbeiter und die Herrschaft der Unternehmer . Dies verbunden mit einer Kritik am bisherigen DGB-Grundsatzprogramm, in dem auf diese Punkte verzichtet worden sei, stammt von Leonhard Mahlein, Vorsitzender der IG Druck und Papier, vorgetragen bei der Eröffnung des neuen Bildungsprogramms des DGB Kreises München. Doch es kommt noch schöner: Unter stürmischem Beifall der anwesenden Betriebsräte, Vertrauensleute und Gewerkschaftsfunktionäre erklärte Mahlein, es gehe jetzt darum, *„die Interessen der Arbeiter und Angestellten offensiv, ohne Wenn und Aber, ohne Vertrösten auf künftige Zeiten, auf künftige Koalitionen oder auf künftigen Wirtschaftsaufschwung zu vertreten".* Denn es sei eine bittere Erfahrung der Geschichte, *„daß die herrschende Klasse noch nie Opfer und Vorleistungen der Arbeiterbewegung honoriert hat".* Tja, die Drucktarifrunde ist vorbei, der Lohnraub unter Dach und Fach, jetzt ist wieder die Zeit der Sprüche, die Zeit der Profilierung Mahleins bzw. der DruPa als „linkes" Aushängeschild des DGB.

Da kritisierte Mahlein den DGB auch wegen seiner 1975 vorgenommenen Veränderung der Forderung nach „Stärkung der Massenkaufkraft" in die Forderung nach Inflationsausgleich, also von Reallohnzuwachs in Reallohnerhalt. Fakt der letzten Jahre ist allerdings Reallohnabbau, auch im Bereich der Druckindustrie.

Nun, alle ehrlichen und klassenkämpferischen Gewerkschafter sollten die klassenkämpferischen Sprüche Mahleins und seine Kritik am DGB dazu benutzen, die Aufgaben der Gewerkschaften mit den Kollegen zu diskutieren und die Worte mit den Taten zu vergleichen. (Informationen nach „Frankfurter Rundschau", 14.10.76 und „Extra-Dienst", 15.10.76).

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Berichtigung

Im Artikel „Streiks in Zukunft illegal" (in AK 91, S. 48) ist uns ein sachlicher Fehler unterlaufen.

Der Streik, den das Gericht für illegal erklärte, ist nicht der diesjährige Druckerstreik, sondern der zwei-Stunden-Streik in der Druckindustrie von 1973. Bei den Klägern handelt es sich um Streikbrecher, die an der Erstellung der „Tagesspiegel"-Notausgabe vom 10.4.73 beteiligt waren (nicht 10.4.76). Dieser bedauerliche Fehler hatte sich bei der Überarbeitung des Artikels eingeschlichen. Allerdings ändert das nichts an der politischen Aussage des Artikels, daß mit dem Gerichtsurteil in Zukunft nach ähnlichem Strickmuster praktisch alle Streiks verboten werden können.

Druckkomitee
KB/Gruppe Hamburg

CHEMIE

Die westdeutsche Linke und der Gewerkschaftstag

Im folgenden wollen wir Stellungnahmen verschiedener linker Organisationen zum Gewerkschaftstag der IG Chemie (19.-26.9. in Hamburg) darstellen. Dies ermöglicht einen kleinen Einblick, wie die organisierte westdeutsche Linke der massiven Rechtsentwicklung der Gewerkschaften entgegentreten könnte.

Wir knüpfen hierbei an unsere Berichterstattung in AK 90 und 91 an. Dort wurde aufgezeigt, wie sich in fast allen angenommenen Anträgen die sozialdemokratische Linie des Hauptvorstandes widerspiegelt und wie diese selbst – im Vergleich zu früheren Kongressen – weit nach rechts abgedriftet ist.

Der zeitliche Zusammenfall des Gewerkschaftstages mit der „heißen Phase" des Wahlkampfes, ließen ihn noch mehr als gewöhnlich zur Jubelfeier für die Sozialdemokratie verkommen.

Ein drittes Charakteristikum des Gewerkschaftstages war der spürbare Rückgang der fortschrittlichen Anträge – und zwar qualitativ und quantitativ. Diese hatten zwar auch in der Vergangenheit kaum einmal eine Mehrheit gefunden, oder wenn doch, dann sind sie beschriebenes Papier geblieben, weil sie niemals ausgeführt wurden. Trotzdem zeugten die früher vergleichsweise zahlreichen fortschrittlichen Anträge von einer radikaleren Basis innerhalb der IG Chemie. Vier Jahre Radikalenhatz und Faschisierung in der BRD – die in der Gewerkschaft z.B. ihren Ausdruck fand in der Rekordhöhe von 569 Ausschlüssen – waren auch an den fortschrittlichen Kräften in der IG Chemie nicht spurlos vorübergegangen.

Insgesamt hat auch dieser Gewerkschaftstag wieder bewiesen, daß das ausgeklügelte System der Delegiertenernennung (etwa 3/4 aller Delegierten waren hauptamtliche Funktionäre und freigestellte Betriebsratsfürsten) nicht mehr ist, als ein Instrument der Gewerkschaftsführung, das deren Diktatur über die Mitglieder scheindemokratisch legitimiert. Ein recht simpler Tatbestand ..., den aber kaum eine linke Organisation fassen möchte.

(Im folgenden haben wir die Analysen der trotzkistischen GIM und der SAG nicht behandelt, da ihre Einschätzung des Gewerkschaftstages im Großen und Ganzen unserer ähnelt, die Differenzen aber auf dem Gebiet der Rückschlüsse für die gewerkschaftsoppositionelle Praxis liegen.)

(Im folgenden haben wir die Analysen der trotzkistischen GIM und der SAG nicht behandelt, da ihre Einschätzung des Gewerkschaftstages im Großen und Ganzen unserer ähnelt, die Differenzen aber auf dem Gebiet der Rückschlüsse für die gewerkschaftsoppositionelle Praxis liegen.)

SB (Sozialistisches Büro)

Die wohl größte Schönfärberei des Gewerkschaftstages (und damit der innergewerkschaftlichen Situation allgemein) betrieb das SB (abgesehen natürlich von der DKP, deren Standpunkt mit einem Glückwunschtelegramm (!) an den wiedergewählten geschäftsführenden Hauptvorstand wohl ausreichend charakterisiert ist!).

Die versöhnlerische Haltung des SB zur Gewerkschaftsführung deutete sich bereits in einer Vorbetrachtung („express", 13. September) an, wo zur terroristischen Ausschlußpraxis der Gewerkschaftsführung – die natürlich auch SB-Genossen trifft – die denkwürdige Formulierung gewählt wurde:
„Richtig ist, daß wir die gegenwärtige Ausschlußpraxis der Gewerkschaften für äußerst fragwürdig halten" („fragwürdig" – soso!).

Die beiden nach dem Gewerkschaftstag uns vorliegenden „Analysen" des SB zeichnen denn auch ein Bild, als hätte auf dem Gewerkschaftstag ein furchtbarer Kampf zwischen rechten und linken Delegierten stattgefunden. Sowohl im „express" (10/76), als auch im „Göttinger Betriebsexpress" (7.10.) befassen sie sich über die Hälfte der Artikel mit personalpolitischen Entscheidungen. Da jubelt der „Betriebsexpress" unter der Überschrift „Die Schlappen des Karl Hauenschild", daß er bei seiner glatten Wiederwahl 70 Gegenstimmen zu verbuchen hatte („Quittung für selbstherrlische Pressepolitik"). Die Gegenstimmen bei dem für Tarifpolitik zuständigen Hauptvorstandmitglied E. Grützner werden vom SB zur „Abstimmung gegen die Geheimdiplomatie" hochstilisiert (dabei waren auf dem Gewerkschaftstag fast nur „Geheimdiplomaten" in Gestalt der sozialdemokratischen Betriebsratsvorsitzenden etc anwesend).

Schier aus dem Häuschen geriet das SB, wenn es berichten kann, daß der Betriebsratsvorsitzende von Hoechst, R.Brand, einen zweiten Wahlgang benötigte, um in den Hauptvorstand zu gelangen. Was hier mit den Worten „Ein Betriebsratsfürst erhält seine Quittung" zusammengefaßt wird, war in der Realität nichts anderes, als ein Nasenstüber für einen Rechtsaußen innerhalb der Gewerkschaftsführung, der durch seine offen (!) unternehmerfreundliche Politik (Brand ist z.B. gegen gewerkschaftliche Vertrauensleute!) den Organisationsgrad – und damit die Einnahmequelle der Bürokraten – bei Hoechst runtergewirtschaftet hatte (siehe AK 90).

Die Krone wird der ganzen „personalpolitischen Brille" des SB aufgesetzt, wenn über die Wiederwahl des für die Vertrauensleutearbeit zuständigen Hauptvorstandsmitgliedes, den „Kollegen" (?) Plumeyer, gejubelt wird, denn er sei ein Mann, dem „konkrete gewerkschaftliche Fragen wie die Weiterentwicklung der gewerkschaftlichen Vertrauensleutearbeit" am Herzen liegen. Daß Plumeyer der verantwortliche Mann im Hauptvorstand für alle Gewerkschaftsausschlüsse ist, daß er fortschrittliche Vertrauensleutekörper zerschlagen hat (so der Ausschluß von 13 Vertrauensleuten bei Texaco-Hamburg!), darüber schweigt des Sängers Höflichkeit!

Das SB formuliert selbst, daß die „personalpolitischen Entscheidungen im Vordergrund" des Gewerkschaftstages standen, entsprechend kurz kämen daher auch die inhaltlichen Entscheidungen des Kongresses zum Tragen. Anders könnte das SB sein hirnrissiges Fazit auch kaum verkaufen:
„Fazit des Gewerkschaftstages insgesamt: Die Vertreter einer konsequenten Gewerkschaftspolitik in der IG Chemie sind keineswegs so hoffnungslos in der Minderheit wie dies von vielen angenommen worden war. Sie haben in Hamburg vor allem bei den Wahlen eine Reihe wichtiger Erfolge errungen, die besonders für die jetzt folgende Alltagsarbeit Auftrieb geben werden".

Angesichts all dieser Siegesbotschaften bekommen die SB-Autoren zuguter letzt wohl selbst Angst, daß einige ihrer Leser ihre Thesen allzu ernst nehmen (d.h. in der Praxis Veränderungen erwarten), und so wird recht skurril relativiert: „Das selbstbewußte Auftreten (der Delegierten) darf aber nicht darüber hinwegtäuschen, daß ein gewerkschaftlicher Kurswechsel nicht durchgesetzt wurde" („express" 10/76). Als wenn das jemals zur Debatte gestanden hätte.

Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD

Die Genossen dieses kleinen Zirkels hatten früher einmal eine recht erfolgreiche gewerkschaftsoppositionelle Arbeit in einigen Münchener Betrieben gemacht. Umso erschütternder ist es, daß sie eine einigermaßen in sich logische Beschreibung des Gewerkschaftstages heute nicht mehr

hatten früher einmal eine recht erfolgreiche gewerkschaftsoppositionelle Arbeit in einigen Münchener Betrieben gemacht. Umso erschütternder ist es, daß sie eine einigermaßen in sich logische Beschreibung des Gewerkschaftstages heute nicht mehr

hinbekommen. In der „KAZ" (3.10.) resümiert der nördliche Vorposten des Arbeiterbundes, ... die Ortgruppe Goslar: „Von prinzipiellem Einverständnis mit der Wirtschaftpolitik der Bundesregierung war der Gewerkschaftstag geprägt". Weiter meinen die Genossen, „daß die Opposition auf dem Gewerkschaftstag praktisch nicht vorhanden war". Diese Einschätzung faßt den Charakter des Gewerkschaftstages recht sauber zusammen. Es bleibt aber total rätselhaft, wie die Genossen ganze 17 Zeilen später auf den Gedanken kommen können „aber trotzdem (?!) stand der Gewerkschaftstag im Zeichen der innergewerkschaftlichen Auseinandersetzung", um dann wieder das personalpolitische Hickhack um Brand hochzustilisieren, etwa nach der Devise: „Vor einem dunklen Hintergrund wirkt selbst das kleinste Licht ..." Das Chaos wird vervollständigt durch einen „Kommentar der Redaktion", der den Artikel der Goslarer Genossen einerseits als „Hilfe für den Klassenkampf" lobt, andererseits aber gerade die zentralen Aussagen des Artikels (keine Opposition gegen sozialdemokratische Gewerkschaftsführer) ins Gegenteil „karrikiert", nämlich, „daß die Gewerkschaftsführung trotz aller undemokratischen Maßnahmen eine Opposition selbst auf dem Gewerkschaftstag nicht mehr (?!) unterdrücken kann".

Beim besten Willen – da paßt nichts zusammen.

KBW und KAB „D"

Noch eine Spur platter, aber nicht minder unlogisch gehts beim KBW daher (KVZ, 9.September). Der KBW hat sich unseres Wissens eine Auswertung glatt geschenkt, konnte allerdings schon im Vorwege „alles nötige" erklären:

„Für die Arbeiterklasse sind Gewerkschaftstage immer von Bedeutung. Politische Linie und Kampfaufgabe (!) gegen die Kapitalisten (?) werden für die nächsten Jahre festgelegt. Um diese Linie gibt es Kampf."

Im ganzen Mittelteil des Artikels geht es darum, daß die Arbeiter kämpfen wollen („Die Lage in den Betrieben ist äußerst gespannt"), während die Gewerkschaftsführer ihre „Anträge deutlich an den Interessen... der Chemiekapitalisten ausrichten". Bekommt nun die Gewerkschaftsführung ihre Anträge durch, so ist das auch nicht weiter ärgerlich, denn: „Verhindern wird eine solche Politik nicht, daß die Arbeiter und Angestellten an den aus den Betrieben an den Gewerkschaftstag gestellten Forderungen wie gegen die Akkordarbeit im Jugendarbeitsschutzgesetz, nach ersatzloser Streichung des §218, nach Forderungen zur Unterstützung der Arbeiterklasse in Spanien und Chile festhalten werden, um sie durchzusetzen. Diese Forderungen sind Resultat der Entwicklung des Klassenkampfes." Was angesichts dieser „ausgezeichneten Lage" die „große Bedeutung" des Gewerkschaftstages ausmacht und wieso gerade hier die „Kampfaufgaben der nächsten Jahre festgelegt werden", das muß allerdings rätselhaft bleiben. So einen Schmarrn kann nur zusammenschreiben, wen mit der Realität der Arbeiterbewegung rein gar nichts verbindet. (Da sind dann natürlich auch die gefaßten Beschlüsse des Gewerkschaftstages vollkommen uninteressant).

Ähnlich abgehoben ist der schwäbische KAB „D", der recht mühevoll „analysiert", wie es eine „Bewegung" für die „Arbeitszeitverkürzung durch Einführung der 35-Stunden Woche bzw. des 7-Stunden Tages bei vollem Lohnausgleich" auf dem Gewerkschaftstag gegeben hätte, an der Hauenschild „nicht vorbeigekommen" wäre, sie schließlich sogar aufgreifen mußte „allerdings nur, um sich an die Spitze der Bewegung zu stellen, um sie ... zu kaanlisieren."

Leider ist die Wirklichkeit, daß die Gewerkschaftsführung von sich aus allerlei „Modelle" entwickelt, die sie dann demagogisch der Forderung nach höherem Lohn, Maßnahmen zur „Humanisierung der Arbeitswelt" und „Beseitigung der Arbeitslosigkeit" entgegenstellt. Und hierzu gehört der – im Übrigen absolut folgenlose – "Gedankengang Hauenschilds": „7 Stundentag – ohne (!!) Lohnausgleich".

Allen gemeinsam: Beitragserhöhungen existieren nicht

Eine seltene Einigkeit unter den Linken ist darin festzustellen, daß die auf dem Gewerkschaftstag beschlossene Beitragserhöhung vollständig totgeschwiegen wird. Es wird nicht einmal berichtet, daß Beschlüsse zu den Beiträgen gefaßt wurden, geschweige denn, daß diese gewürdigt werden. Fakt ist hingegen, daß in der IG Chemie ein Durchschnitssbeitrag von derzeit 12,15 DM bezahlt wird, und die neue Regelung (1% vom effektiven Bruttogehalt) einen Durchschnittsbeitrag von ca. 18-20 DM bringen würde. Daß die IG-Che-

den. Fakt ist hingegen, daß in der IG Chemie ein Durchschnitssbeitrag von derzeit 12,15 DM bezahlt wird, und die neue Regelung (1% vom effektiven Bruttogehalt) einen Durchschnittsbeitrag von ca. 18-20 DM bringen würde. Daß die IG-Che-

mie gewillt ist, diese Erhöhung – auf der Basis eines realen Lohnabbaus in den letzten Jahren – auch durchzusetzen, ist nicht nur auf dem Gewerkschaftstag deutlich gesagt worden, sondern zeigt auch die Praxis z.B. der Verwaltungsstelle Hamburg der letzten Jahre, die in ihren Beitragserhöhungskampagnen die Kollegen massiv unter Druck gesetzt hat, Gewerkschaftsausschlüsse praktizierte und z.B. bei der Firma Beiersdorf dafür verantwortlich zeichnet, daß über 300 Kollegen wegen unzumutbarer Beitragserhöhungsforderungen aus der Gewerkschaft austraten.

Die Beitragserhöhungen lassen die Arbeiter und Angestellten nicht kalt; nur offenbar einen Großteil der organisierten Linken in diesem Land. Warum das so ist, kann man nur vermuten.

Drei Möglichkeiten können wir uns vorstellen, daß die Linke in der Beitragsfrage den Kurs der Gewerkschaftführung mitsteuert. Der erste wäre der naivste: die Übernahme der Argumentation der Gewerkschaftführung, daß durch einen höheren Beitrag auch höhere Zahlungen (z.B. Streikunterstützung) an die Mitglieder fällig würden, und daß dadurch die „Kampfkraft gesteigert" würde. Nun, dagegen kann man nur einwenden, daß das Geld eh nicht in die Streikkasse fließt, sondern zur Finanzierung eines ständig größer werdenden Apparats gebraucht wird, der für die Gewerkschaftsführer von Nöten ist, um die Arbeiter künftig noch umfassender im Sinne der Sozialpartnerschaft zu reglementieren.

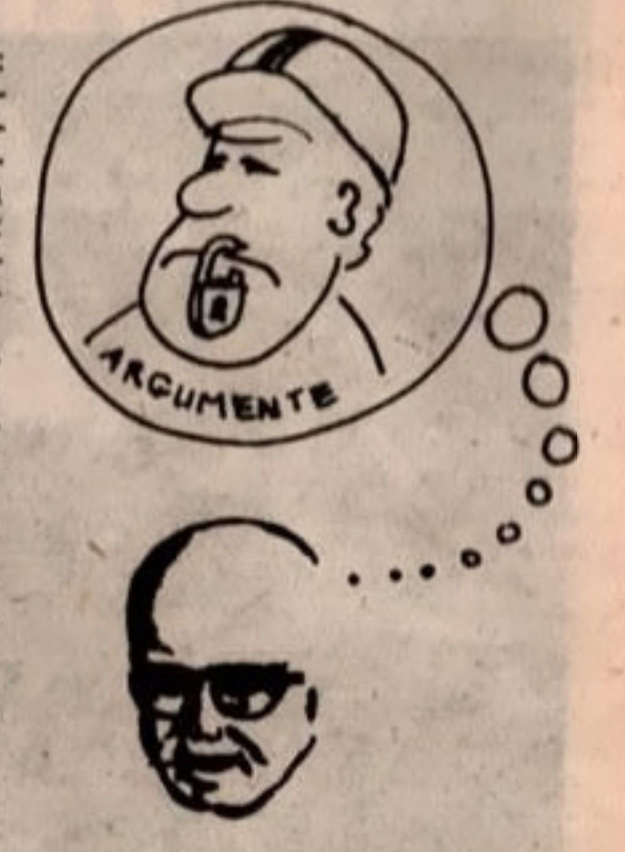
Die zweite Möglichkeit, die wir sehen, wäre die, daß die Organisationen der Linken Angst vorm drohenden Gewerkschaftsausschluß haben, wenn sich ihre Mitglieder auch in der Praxis gegen die Beitragserhöhungen stellen. Nun, das wäre eine taktische Frage, die aber eine grundsätzliche Stellungnahme im Zentralorgan der jeweiligen Organisation nicht verhindern sollte.

Die dritte Möglichkeit ist, daß einige Organisationen so wenig in der gewerkschaftlichen und betrieblichen Arbeit verankert sind, daß ihnen dieses Thema (das natürlich von der Gewerkschaftsführung nach außen nicht sonderlich hochgespielt wird) schlicht in seiner Bedeutung entgangen ist.

Ergebnis:
Der größte Teil der organisierten Linken steht einem Angriff der Gewerkschaftsführung insgesamt ziemlich hilflos gegenüber.
Traurig aber wahr!

Chemiekomitee
KB/ Gruppe Hamburg

Ausschluß-Antrag gegen linken Vertrauensmann



Hamburg, Norddeutsche Affinerie: Nach mehrmonatiger Auseinandersetzung zwischen der „Argumente"-Gruppe (benannt nach der Kollegenzeitung der Linken) und den rechten SPD-Betriebsratsfürsten ist jetzt schon der zweite Gewerkschaftsausschluß auf der Norddeutschen Affinerie in „Arbeit".

Der Kollege der Argumente-Gruppe war vom Betriebsrat der NA in einem Flugblatt demagogisch angegriffen worden, daß er angeblich eine *„überdurchschnittliche Gehaltserhöhung"* trotz *„mangelnder Arbeitsleistung"* erhalten habe, und daß er demzufolge von der Geschäftsleitung protegiert werde, deren Lied er singe. Hinweise in diesem Betriebsratsflugblatt, daß die „zu großzügigen Vorgesetzten" ihre „Aufsichtspflicht" nicht ihm gegenüber nicht wahrnähmen, deuten auf eine geplante Entlassung des linken Kollegen hin. Nach ähnlichen Angriffen des Betriebsrats waren seit der Betriebsratswahl vor gut einem Jahr bereits drei profilierte Linke entlassen worden – Zusammenarbeit zwischen Geschäftsleitung und SPD-Betriebsrat par exellance!

Der Kollege ging zunächst auf innergewerkschaftlichem Weg gegen die Aufforderung zur Entlassung durch den Betriebsrat vor. So forderte er den Betriebsrat (erfolglos) zum Widerruf auf, und wandte sich an den Verwaltungsstellenvorstand der IG-Chemie in Hamburg, der über „Persönliche Streitigkeiten zwischen Mitgliedern" entscheidet.

Das Ketzerverhör führt ...

Auf der Sitzung jedoch kam nicht das Fehlverhalten des Betriebsrates zur Sprache, sondern die „Argumente". So ergeiferte sich der Verwaltungsstellenvorsetzende Walter Holst an der Argumente-Forderung „Für freiwillige Beitragshöhe" und beklagte sich darüber, daß die Argumente-Gruppe „den Betriebsrat" mit Flugblättern „bombadiert" hätte!

Bei diesem peinlichen Abklatsch eines Ketzerverhörs war es dann auch nicht verwunderlich, daß dem Verwaltungsstellenvorstand zwei freigestellte Betriebsratsmitglieder der Norddeutschen Affinerie angehörten, die – als ursprünglich Beschuldigte – wechselweise Richterstuhl und Zeugenstand besetzten.

In dieser PARODIE AUF DIE INNERGEWERKSCHAFTLICHE DEMOKRATIE ging der letzte Versuch der „friedlichen Lösung" baden.

.... zum Ausschlußantrag

Kurz darauf folgte der Antrag auf Ausschluß aus der IG-Chemie, in der es nicht nur um eine im „Ketzerverhör" verlangte „Distanzierung" von den „Argumenten" ging, sondern: „.....*Sie haben sich nicht darauf beschränkt (!), kritische Auseinandersetzungen.... im Vertrauensleutekörper der Norddeutschen Affinerie zu führen, sondern Sie sind ganz bewußt, zum Teil mit groben Verzerrungen der tatsächlichen Sachverhalte, mit Flugblättern in die Öffentlichkeit* (welch Verbrechen) *gegangen*". Und weiter, „.... *Sie haben damit sowohl den unorganisierten Arbeitnehmern, als auch dem Arbeitgeber (!) gegenüber, den Eindruck einer uneinigen und gespaltenen Interessenvertretung geboten.*"

Was unter dem Strich bleibt: Nachdem der Betriebsrat die Geschäftsleitung zur Entlassung (oder zumindest Disziplinierung) eines linken Gewerkschafters auffordert, hat nunmehr auch die Gewerkschaftführung „grünes Licht" gegeben.

Antikapitalistische Betriebspolitik und Kampf gegen Betriebsratsfürsten und Gewerkschaftsbürokratie sind untrennbar verbunden – das ist die Umkehrung dieser Erfahrung.

Betriebszelle Norddeutsche Affinerie
KB/Gruppe Hamburg

ÖTV

ÖTV

Ausschluß wegen Durchführung einer Mitgliederversammlung

In Köln wurden jetzt erstmals Ausschlußanträge aus der ÖTV mit „Hausfriedensbruch" begründet. Wie in AK 91 berichtet, hatten dort die Mitglieder der Abteilung Sozialarbeit trotz Sabotage und massiven Einschüchterungen durch ihren Vorstand eine Mitgliederversammlung durchgeführt. Damals war es den Gewerkschaftsführern weder gelungen, die Kollegen mit dem Hinweis auf das „Hausrecht" aus dem Gewerkschaftshaus zu werfen, noch konnten sie die Anwesenheitsliste der Kollegen ergattern. Das hatte den ÖTV-Spitzel-Funktionär Schurse aber nicht davon abgehalten, die Namen der anwesenden Kollegen zu notieren!

Inzwischen walteten die Gewerkschaftsführer ihrer Staatspflicht: Gegen fünf Kollegen, von denen drei auf der MV (=Mitgliederversammlung) in die Versammlungsleitung gewählt worden waren, wurde Ausschlußantrag gestellt; sie hätten „Hausfriedensbruch" begangen. Die ÖTV-Führer maßen sich an, eine sogar von ihnen selbst einberufene Mitgliederversammlung jederzeit abbrechen zu können, gegen den eindeutigen Willen der Mitgliedermehrheit. Das ist nichts anderes als innergewerkschaftliche Diktatur!

Die fünf Ausschlußanträge gehen einher mit der systematischen Liquidierung der Mitgliederversammlung, was einem indirekten Ausschluß aller Kollegen der Kölner ÖTV-Abteilung Sozialarbeit gleichkommt. Auf der MV, durch die die ÖTV-Führer ihren „Hausfrieden" gestört sahen, hatten die Kollegen für den 4. Oktober die Einberufung einer neuen MV gefordert. Der Abteilungsvorstand reagierte, indem er an diesem Tag den Sitzungsraum absperren ließ. Dennoch führten die Kollegen die MV durch, allerdings ohne die KBW- und DKP-orientierten „Gewerkschafter". Diese **selbsternannten „Arbeitervertreter"** halten sich treu an die gewerkschafts- und demokratiefeindlichen Dekrete der ÖTV-Führer und scheren sich einen Dreck um die Beschlüsse der Kollegen.

Während diese Selbstentlarvung von DKP und KBW nur zu begrüßen ist, scheinen die Gewerkschaftsführer mit ihrer Politik in Köln etwas erfolgreicher zu sein. So stellten die Kollegen auf ihrer zweiten MV selbst fest, daß ihre Sitzung „satzungswidrig" sei. Daraus folgte dann der Beschluß, wieder dafür zu kämpfen, daß der Abteilungsvorstand eine neue Mitgliederversammlung einberuft. Von dem Vorstand, der schon zwei MV's sabotiert hat, noch die Durchführung einer MV zu erwarten, hält bestimmte Illusionen aufrecht, die längst durch die Praxis der Gewerkschaftsführer widerlegt sein sollten. Außerdem bedeutet es einen Schritt zurück hinter die bisherige Politik, auch ohne den Vorstand eine MV durchzuführen.

Es verhalten sich doch nicht die satzungswidrig, die eine MV durchführen, sondern diejenigen, die die MV liquidieren wollen. Und das sind doch wohl die Kölner ÖTV-Häuptlinge.

Gerade um den Kölner ÖTV-Kollegen Mut zu einer konsequenten Gewerkschaftspolitik zu machen, halten wir die Solidarität mit ihnen für notwendig. Sie haben sich angesichts der Auflösung der Abteilung Sozialarbeit, die nach dem Willen der ÖTV-Bürokraten nur noch aus dem Vorstand bestehen soll, vorgenommen, breiter über die Ereignisse zu informieren. Leider haben uns genauere Informationen noch nicht erreicht, so daß wir sie hier weitergeben könnten.
(Informationen nach „SAZ", 20.10. 76).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Ist Gott mit uns, wer will wider uns sein?"

Die Kirchen mit ihren „sozialen" Einrichtungen sind nicht nur ein Unternehmen mit jahrhundertelanger Tradition, sondern sie sind heute nach dem Öffentlichen Dienst der zweitgrößte „Arbeitgeber" in der BRD.

Schon aus diesem Grund ist kaum anzunehmen, daß in der Kirche andere Bedingungen herrschen sollten als sonst im Kapitalismus. Ein Unterschied besteht nur darin, daß den Kolleginnen und Kollegen ihre Ausbeutung mit einer besonderen Ideologie schmackhaft gemacht werden soll. Diese Tatsachen sind sogar im „ötv-magazin" nachzulesen: *„Willkür und Ungerechtigkeit, aber auch unbezahlte Mehrarbeit werden oft mit dem Hinweis bemäntelt, die Kirche sei Dienstgemeinschaft." „Tarifverträge oder entsprechend angeglichene Verträge fehlen – außer in Schleswig-Holstein. Die Entlohnung der kirchlichen Arbeitnehmer ist damit in das Belieben der Kirchenleitungen gestellt."* Ebenso *„werden die Arbeitsbedingungen von den leitenden Gremien mehr oder weniger selbstherrlich festgelegt."* (alle Zitate „ötv-magazin", Juni '75).

Diese üble Unterdrückung von hunderttausenden von Kollegen, die doch sehr an das 19. Jahrhundert erinnert, wird staatlicherseits abgesegnet und gefördert vor allem durch den Tendenzschutzparagraphen im Betriebsverfassungsgesetz (BVG). Danach gelten für die Kolleginnen und Kollegen in der Kirche nicht einmal die minimalen Rechte wie sie für jeden normalen kapitalistischen Betrieb gelten. Ein Verbot jeglicher gewerkschaftlicher Tätigkeit ist nicht selten. Zuwiderhandeln wird mit Kündigung bestraft. *„Die christlichen Arbeitgeber beweisen Einfallsreichtum, wenn es darum geht, sich engagierter Arbeitnehmer zu entledigen. Neben Kündigung und außergerichtlichem Vergleich mit hoher Abfindung haben sie Methoden entwickelt, die den ‚Dienern des Herrn' nicht zur Ehre gereichen."* (man beachte, auch das stand im „ötv-magazin", Sept. '76).

Ein Beispiel:
Das „Liebeswerk" Alsterdorf

Ein besonderes Beispiel kirchlicher Ausbeutung unter dem Deckmantel „christlicher Nächstenliebe" bieten die Alsterdorfer Anstalten in Hamburg. Anläßlich der Kündigung des Vertrauensleuteobmannes, der schon etliche andere Kündigungen vorausgegangen waren (u.a. wegen Bart und langen Haaren), schrieben Hamburger ÖTV-Kollegen: *„Die Nächstenliebe, mit der (Anstaltsdirektor) Schmidt sich beständig brüstet und die in den Alsterdorfer Anstalten so außergewöhnlich praktiziert werden soll, wird offensichtlich aus den Mitarbeitern herausgepreßt. Denn es wird verhindert, daß die Kollegen Möglichkeiten schaffen, die ihnen eine wirksame Vertretung ihrer Rechte und Interessen ermöglicht."* In einem Flugblatt des „Arbeitskreises Kirche und Gewerkschaft", vom 26.4.76, wird auf die antigewerkschaftliche Gesinnung des Anstaltsleiters Schmidt hingewiesen. Schmidt hat auf einer „Mitarbeiterversammlung" betont, *„er sei froh darüber, daß es den Tendenzschutz gibt, und er wünscht sich, daß dieser noch lange bestehen bleibt, denn so hat man den nötigen Freiraum für seinen diakonischen Auftrag. Diesen Freiraum würde es nicht mehr geben, käme es zu einer Gewerkschaftsarbeit, denn wo Gewerkschaften sind, kommt es zu Machtkämpfen, und so etwas sei bekanntlich nicht gut für das Betriebsklima."*

Trotz dieser offenen Gewerkschaftsfeindlichkeit so mancher Missionare mit „diakonischem Auftrag" biedern sich die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer bei ihnen an. Darüber können auch einige radikal klingende Äußerungen im „ötv-magazin" nicht hinwegtäuschen.

Brüderlich vereint:
Kirchenfürsten und Gewerkschaftsführer

Die in Hamburg bei der Kirche beschäftigten Kollegen haben eine Reihe von Erfahrungen machen müssen, wo sie manchmal nicht mehr wußten, ob die ÖTV-Führer von der Kirche oder von ihren Mitgliedsbeiträgen bezahlt werden, oder vielleicht von beiden?
Einige Beispiele:

– Dem von den Alsterdorfer Anstalten gekündigten Vertrauensmann wurde von der ÖTV der Rechtsschutz verweigert.
– Der „Arbeitskreis Kirche und Gewerkschaft", der die Alsterdorfer Kollegen bei ihrer gewerkschaftlichen Arbeit mit Flugblättern unterstützt, wurde als „gegnerische Organisation" eingestuft.
– Der zuständige ÖTV-Sekretär Bartnicki stellte dem Alsterdorfer Anstaltsleiter Schmidt hunderte seiner sogenannten „Gewerkschaftlichen Mitteilungen" zum Verteilen zur Verfügung. In diesen Pamphleten wird gegen den Arbeitskreis als „Chaotengruppe" gehetzt. Dankbar für Bartnickis Unterstützung schreibt Schmidt an alle Mitarbeiter: *„Ich denke doch zuversichtlich, daß wir alle gegenüber solchen Machenschaften* (des Arbeitskreises, Anm. AK) *fest bleiben."*

Es ist bezeichnend, daß der Anstaltsleiter gegen die „Gewerkschaftsarbeit" der ÖTV-Führer nichts einzuwenden hat ...

– Ein Pastor, der sich mit Jugendlichen seines Stadtteils für ihr Recht auf Arbeit engagierte, wurde aus der ÖTV ausgeschlossen, da er den „AK Kirche und Gewerkschaft", unterstützte.
– Bartnicki unterstützt als Synodaler der Hamburger Kirche die Zerschlagung der Evangelischen Studentengemeinde, die sich nicht nur im Bereich der Hochschule für die kirchlichen Kollegen und für gewerkschaftliches Handeln eingesetzt hat.
– Drei Theologen werden aus der ÖTV ausgeschlossen, nicht zuletzt, weil sie immer wieder auf Durchführung einer ÖTV-Mitgliederversammlung für alle kirchlichen Mitarbeiter bestanden haben.
– Schon vor einiger Zeit fand ein Spitzengespräch zwischen der Schleswig-Holsteinischen Landeskirche und dem DGB-Bezirk Nordmark statt über das gemeinsam berührende Thema „Radikale in unseren Organisationen".

Erst vor kurzem haben Gewerkschafts- und Kirchenfürsten zum gemeinsamen Beten in die Hauptkirche St. Trinitatis, in Hamburg-Altona, eingeladen. An diesem „Tag der öffentlichen Mitverantwortung" predigte niemand geringeres als DGB-Papst Vetter.

Die Predigt über „das Menschenrecht Arbeit" war einem Oberkirchenrat Dr. Echternach aus Bonn vorbehalten.

Dieser Oberkirchenrat kritisierte schon 1971 in einem internen Brief solche *„Gruppen junger Leute, die sich um die Realisierung von Gleichheit, Freiheit und Brüderlichkeit für alle bemühen, ... (und) die auf eine völlige politische Gleichberechtigung der ausländischen Arbeitnehmer bei uns abzielen."* Er wollte damit *„dringend vor extremen (?!) Parolen und völligen Gleichsetzungen warnen"*, die er schon in Sätzen entdeckte wie: *„Sie* (die ausländischen Arbeiter) *gehören in unserem Land noch meist zu den Entrechteten und Unterdrückten, weil sie angeblich anders sind als wir. Wir Christen müssen hier Partei ergreifen."*

Und mit solchen Ausländer- und Arbeiterfeinden stellt sich der DGB-Chef und Christ Vetter, u. a. Mitglied des obersten Kirchenparlaments in der BRD, gemeinsam auf die Kanzel.

Wie man sich in interessierten Kreisen der ÖTV-Linken erzählt, sollen Vetter, Kluncker und andere Brüder schon auf der Liste für die nächsten Heiligsprechungen stehen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg



Erneute Diskussion um Krankenhausbedarfsplan

Hamburg: Am 28.10. fand auf Einladung des „Arbeitskreises Krankenhausbedarfsplanung" der ÖTV und des ÖTV-Abteilungsvorstandes Gesundheitswesen ein Treffen von ca. 35 Kollegen aus den größeren Hamburger Krankenhäusern statt. Zur Diskussion stand ein umfangreiches vom „Arbeitskreis" vorgelegtes „ÖTV-internes Diskussionspapier" zum Krankenhausfinanzierungsgesetz, zum Krankenhausbedarfsplan, zur „Kostenexplosion" im Gesundheitswesen sowie zur ambulanten Versorgung und zu den Arzneimittelkosten.

Dies Gewerkschaftstreffen war seit langem wieder die erste Gelegenheit, bei der Kollegen der Gewerkschaftsbasis aus verschiedenen Krankenhäusern offiziell gemeinsam diskutieren konnten.

Im Mittelpunkt der Diskussion stand der Krankenhausbedarfsplan für Hamburg; wie bekannt, will der Senat bis 1985 mindestens 4.000 Betten abbauen, z.T. in Häusern, die für die Versorgung der Bevölkerung entscheidend sind. Anhand von Zahlen und der Entwicklung in Hamburg wurde im Arbeitspapier und in den Diskussionen die Menschenfeindlichkeit der „Sparpolitik" und des Krankenhausbedarfsplanes nachgewiesen. Damit dieser Aussage ja keine weiteren praktischen Schritte folgen, versuchte Bethy Lübcke vom Abteilungsvorstand der ÖTV, einerseits durch formale Kritik die Untersuchungsarbeit des Arbeitskreises zu disqualifizieren, andererseits drängte sie auf noch weitere Untersuchungen und Analysen: *„Wir müssen der Regierung wirklich nachweisen, daß ihre Zahlen und Determinanten falsch sind, sonst bringen wir den Krankenhausbedarfsplan nicht zu Fall."*

Diese Argumentation berücksichtigt nicht, daß der Senat nicht durch unsere Argumente – und seien sie noch so gut – zu schlagen ist, sondern allein dadurch, daß die vor allem betroffene werktätige Bevölkerung einen entschiedenen Kampf gegen den Streichungsplan aufnimmt. Der Senat setzt seine Politik nicht mit Argumenten, sondern mit seiner Macht durch. Er stellt auch nicht die optimale Gesundheitsversorgung der Bevölkerung und die Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Krankenhausbeschäftigten in den Mittelpunkt seiner Überlegungen, wie wir es tun, sondern allein, wie und wo am meisten auf Kosten der „einfachen Patienten" und Bediensteten einzusparen ist. Das wurde am Beispiel des Krankenhauses Heidberg nur zu deutlich: Der Senat beschloß im Sommer dieses Jahres die Auflösung der II. Medizinischen Abteilung, so daß sich die Zahl der internistischen Betten von 281 auf 116 verringert. Hiergegen setzte sich der Personalrat entschieden zur Wehr. Ein Schlichtungsverfahren blieb dann ohne Ergebnis; selbst die nächste Instanz, ein Einigungsverfahren endete mit 4 : 3 Stimmen für die besseren Argumente des Personalrats. Der „neutrale" Vorsitzende, ein Bundesbeamter, hatte gegen die drei Behördenvertreter gestimmt! Jedoch aller „Mitbestimmung" zum Trotz behielt der Senat bei der Abteilungsschließung das letzte Wort; die Innere Abteilung wird wie vorgesehen verkleinert! – Vor lauter Zahlen, Statistiken und Determinanten brummte manchem anwesenden Kollegen schon der Kopf und ein Kollege meinte, daß für ihn dieses ganzen „Determinanten" auch nicht das Entscheidende seien, sondern das, was wir Tag für Tag auf den Stationen erleben: Arbeitshetze, Überstunden, keine befriedigende Patientenversorgung, Verzicht auf Fortbildungsurlaub wegen Personalmangel, Angst vor Krankmeldungen usw. usf.

Am Ende der Diskussion wurde einstimmig folgender Vorschlag angenommen, der dem Abteilungsvorstand unterbreitet werden soll:

1. **Die Hochschule für Wirtschaft und Politik bekommt einen Forschungsauftrag über die gesundheitliche Versorgung Hamburgs.**
2. **In allen Hamburger Krankenhäusern wird von der ÖTV ein Fragebogenaktion über die konkrete Arbeitsbelastung und Patientenversorgung durchgeführt.**
3. **Auf der Grundlage des Diskussionspapiers wird eine Broschüre für die Öffentlichkeitsarbeit erstellt, die jedoch durch konkrete Erfahrungsberichte aus der täglichen Arbeit mit „Leben gefüllt werden" soll.**

Zahlreiche Kollegen drängten auf eine schnelle Verwirklichung dieser Projekte, um nicht „vor lauter Untersuchungsarbeit den Kampf gegen die ständig fortlaufenden Bettenschließungen zu vernachlässigen". In diesem Zusammenhang kam auch eine kräftige Portion Kritik an der bisherigen Politik der ÖTV auf den Tisch. Einerseits begrüßen wir es, daß im Rahmen der ÖTV eine solche Diskussion hat stattfinden können, die auch in der kommenden Woche noch fortgesetzt werden soll. Zum anderen sehen wir jedoch die Gefahr, daß der Abteilungsvorstand auch in Zukunft keine praktischen Schritte gegen die Krankenhausplanung unterstützen wird, und haben begründeten Verdacht, daß er versuchen wird, alle Aktivitäten auf eine bürokratische, entpolitisierende Untersuchungsarbeit – von Sachen, die größtenteils eh klar sind – zu lenken; damit wäre freilich der SPD-„Spar"politik in Hamburg der beste Dienst erwiesen! – Denn die Beschlüsse, die der jetzigen Untersuchungsarbeit folgen sollen, sind im wesentlichen schon gefaßt worden – auch mit ausreichenden Begründungen; am umfangreichsten wohl auf der Hamburger ÖTV-Bezirkskonferenz vor ca. einem halben Jahr. So wurde hier der Antrag 98, eingebracht von der Abteilung Gesundheitswesen/Zentrale Vertrauensleutekonferenz, mit einer eineinhalbseitigen Begründung angenommen: *„Die Delegierten lehnen die Durchführung der Bettenreduzierung in Hamburg (Krankenhausbedarfsplan vom 26.8.1975) und die bereits beschlossenen und geplanten Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen (Senatsbeschlüsse vom 26./27.11.74 und 28./30.1.75) ab, da sie eine Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung der Hamburger Bevölkerung beinhalten."*

Auch die Anträge Nr. 82 und 83 der Abteilung Seeschiffahrt und der Vertrauensleute des Gesamthafenbetriebes wurden angenommen. Sie sprachen sich für den Erhalt und Ausbau des Hafenkrankenhauses aus und belegten dies mit der Unfallversorgung im Hafengebiet und der Arbeitsplatzentwicklung im Hafen. Ganz zu schweigen vom Antrag Nr. 91 vom Bezirksvorstand (!): *„Der Hauptvorstand, die Bezirksvorstände und Kreisvorstände der Gewerkschaft ÖTV werden beauftragt, mit allen zur Verfügung stehenden Mitteln (!!) Bestrebungen, Bereiche des öffentlichen Dienstes auszugliedern und in privater Rechtsform weiterzuführen sowie staatliche Aufgaben privaten Interessenten zu übergeben, entgegenzutreten."* (!). Vor unseren Augen geht jedoch diese Entwicklung auf Kosten der in diesen Bereichen arbeitenden Frauen mit riesigen Schritten voran!

Auch die Abteilung Gesundheitswesen (Lübcke/Schmalbruch) wird sich nicht den Inhalt des Flugblattes vom März 1976 aus den Fingern gesogen haben, in dem man lesen konnte: *„....die letzte Rate zur Durchführung des Schichtdienstes wurde nicht bewilligt. An Wochenenden wird häufig geteilter Dienst geleistet. ... Die in den staatlichen Häusern relativ kürzere Verweildauer bedingt eine personalintensivere Arbeitsweise ... In den staatlichen Anstalten wird viel Mehrarbeit geleistet. Es gibt Medizinalassistenten, die 80 Stunden in der Woche arbeiten. Es gibt Krankenpflegepersonal, das zwei Schichten hintereinander arbeiten muß... Zusätzlich zur Arbeitszeit werden Bereitschaftsdienste geleistet, auch mehr als 8 x im Monat, obwohl dies tarifrechtlich unzulässig ist..."* usw. usf. – alles richtige Sachen, die jeder bestätigen kann. Man fragt sich, was es da noch viel zu untersuchen gibt?!

Es fehlt also nicht an Untersuchungen, Erfahrungen und Beschlüssen (die auf der Bezirkskonferenz angenommenen Anträge gelten übrigens als Beschlüsse für die Arbeit des Bezirksvorstandes!). Woran es allerdings mangelt, ist die Umsetzung der Beschlüsse in die konkrete praktische Arbeit der ÖTV-Führung. Deshalb halten wir es auch für dringend notwendig, diesen Punkt in den Vordergrund der weiteren Diskussion zu stellen. Es gilt gemeinsam zu überlegen, wie die Öffentlichkeitsarbeit sinnvoll verstärkt werden kann, welche konkreten Kampfmaßnahmen gegen die Schließung von Krankenhäusern, gegen den Abbau unserer Arbeitsplätze in Frage kommen. Dabei ist es sicherlich niemanden damit geholfen, über den niedrigen Organisierungsgrad in der Gewerkschaft zu klagen, um damit weitere Aktivitäten für unmöglich zu erklären, wie es gewisse ÖTV-Führer tun. Die Beschäftigten in den Hamburger Krankenhäusern sind ca. zu 15 bis 20 % in der ÖTV organisiert, doch bisher hat man unserer Meinung nach die hier zur Verfügung stehenden Kräfte noch längst nicht genutzt. In welchem Krankenhaus gibt es schon eine lebendige gewerkschaftliche Arbeit; wo bestehen regelmäßige Betriebsgruppenversammlungen, auf denen die nächsten Schwierigkeiten gemeinsam besprochen werden; wo gibt es schon einen regelmäßigen Informationsaustausch unter den einzelnen Häusern? – Selbst die zentrale Vertrauensleutekonferenz tagt nur selten. Und das Wissen und die Möglichkeiten der von uns als ÖTV'ler in die Personalräte gewählten Kollegen nutzen wir viel zu wenig. Wir würden es begrüßen, wenn diese Fragen das nächste Treffen und die weitere Arbeit bestimmen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

„Unsere" Forderungen für 1977

Der Vorsitzende der ÖTV, Kluncker, machte kürzlich bei verschiedenen Anlässen Äußerungen über die Tarifrunde 1977, die wenig Gutes erwarten lassen:

In Günzburg/Schwaben erzählte er den Kollegen die Pläne der Gewerkschaftsführung so: *„Trotz eines nicht ausreichenden Teuerungsausgleiches in diesem Jahr ...* (will die Gewerkschaft ÖTV) *keinen Nachschlag verlangen..."* die Forderung werde *„sich am Abschluß der gewerblichen Wirtschaft orientieren."* Wohlgemerkt, am Abschluß, nicht an der Forderung, sagte er. Ob das ein Versprecher war? Wir werden sehen. Immerhin soll die „Kernforderung" ein Teuerungsausgleich sein – das sind z.Zt. (angeblich)4%.

Am 17.10. nach einer Sitzung des ÖTV-Hauptvorstandes in Bremen erklärte Kluncker, die Tarife würden zum 31.1.77 gekündigt, konkrete Vorstellungen über die Forderungen könne er noch nicht nennen, da die Diskussion darüber noch nicht abgeschlossen sei („SZ", 18.10.) – aber soviel konnte er schon sagen, *„die Arbeiter und Angestellten des öffentlichen Dienstes wollen bei der kommenden Tarifrunde nicht Schrittmacher sein"* („FAZ", 18.10.). Wer ihm das wohl erzählt hat?

Alles in allem: zwar werden wegen der 'noch laufenden Diskussion' keine Zahlen genannt, aber der Herr Vorsitzende hat schon ausgesprochen, was 'die Arbeiter und Angestellten' denken und wollen.

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

GEW

Hört, hört! GEW-Führung begeht „unerlaubte Handlungen"

Wie wir im letzten AK bereits berichteten, ist der Bundesvorstand der GEW bei dem Unternehmen gescheitert, Widerspruch gegen die einstweilige Verfügung einzulegen, die ihm den Ausschluß der Westberliner GEW aus GEW und DGB untersagt.

Die Urteilsbegründung dieses Verfahrens (das Urteil erging bereits am 8.10.), die mittlerweile bekannt geworden ist, geht aber noch darüber hinaus: GEW-Landesverbände können gar nicht ausgeschlossen werden; Kollektivausschlüsse sind in der GEW überhaupt unzulässig!

In der Urteilsbegründung heißt es:*„Die vom GEW-Vorsitzenden Frister ausgesprochene Kündigung der Zugehörigkeit der GEW Berlin zur Bundes-GEW und damit zum DGB stellte eine unerlaubte Handlung dar und war damit unzulässig"* („Tagesspiegel", 30.10.). Das Gericht akzeptiert auch die Einzelklage der beiden GEW-Mitglieder, da der Berliner Landesvorstand *„untätig"* geblieben sei, und damit die *„Gefahr des Mitgliederschwundes oder der Vernichtung der GEW Berlin"* bestanden habe. Dies stellt nebenbei dem Landesvorstand ebenfalls ein passendes Zeugnis aus.

Weiter: *„Aus den Maßnahmen der Bundes-GEW geht eindeutig (!) hervor, daß diese die beabsichtigte Verstärkung ihrer Rechte nunmehr mit Gewalt (!) zu lösen versuche. Dabei wende die Beklagte rechtswidrige Mittel an (!), obwohl es ihr auch heute noch möglich wäre, zu diesem Ziel in satzungsgemäß und rechtlich einwandfreier Weise zu gelangen."* Man muß hier wohl hinzufügen, daß es sich keineswegs um ein „linksradikales" Tribunal, sondern um die bürgerliche Justiz handelt, die nichtsdestotrotz dem Vorsitzenden einer DGB-Gewerkschaft bescheinigen muß, daß er „gewaltsam und rechtswidrig" handelt.

Das Gericht bestätigt ferner die Argumentation der Linken: *„Nach der Satzung der GEW gliedere sich die Gewerkschaft in Landesverbände. Die Landesverbände seien demnach Gliederungen des Ganzen, nicht aber Mitglieder, sodaß die Landesverbände auch nicht ausgeschlossen werden können."* Kollektive Ausschlüsse seien ohnehin nach Satzung und Rechtssprechung unzulässig, da ein Ausschluß im Verhalten des einzelnen Mitglieds begründet werden müßte (alle Zitate: „Tagesspiegel", 30.10.). Man muß sich demgegenüber nocheinmal die Dutzende von Ausschlußdrohungen vor Augen halten, die Frister gegenüber Landesverbänden ausgesprochen hat, um ihre Zustimmung zur Bundessatzung zu erpressen. Und ebenso muß man sich die Dutzende von „Warnungen" der Landesvorsitzenden wieder ins Gedächtnis rufen, man wolle doch auf alle Fälle im DGB bleiben usw. usf. Inzwischen sah sich auch die Westberliner Landesvorsitzende Kujawa zu einer „Klarstellung" genötigt, daß die GEW Berlin *„nach wie vor Landesverband der GEW im DGB"* sei. *„Einen anderen Berliner Landesverband der GEW gibt es nicht. Anderslautende Behauptungen mißachten die Rechtslage"*. Ei, gegen wen ist denn dieses grobe Wort gerichtet? Doch nicht etwa gegen sich selbst?! Oder gegen die Gewerkschaftsführer anderer Landesverbände, die solche Behauptungen nach wie vor verbreiten und damit „die Rechtslage mißachten"?! Kujawa stellt auch „klar", daß das vorgedruckte Formular des Westberliner Vorstands, daß in einem Schreiben vom 11.10. den Mitgliedern ins Haus geflattert war und erklärte wie man in den Spalterverband übertritt, selbstverständlich „nur ein Musterexemplar" gewesen sei, daß als Aufnahmeantrag natürlich keinerlei Gültigkeit besitze. Natürlich.

Am 22./23.10. findet in Westberlin die nächste Vertreterversammlung statt. Dazu liegt ein Antrag des Bezirks Schöneberg vor, die Bundessatzung nach 2/3-Mehrheit nach „Hamburger Modell" zu übernehmen. Außerdem beantragt der Bezirk Tempelhof eine Satzungsänderung mit dem Inhalt, daß eine Auflösung der GEW Berlin auch in einer Urabstimmung aller Mitglieder möglich sein soll („Auflösung muß Sache des Volkes sein"?).

GEW Schleswig-Holstein

Manipulation und Lügen

Als vorletzter Landesverband der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft steht die GEW Schleswig-Holstein vor der Entscheidung, die Bundessatzung und damit Unvereinbarkeitsbeschlüsse und Vorstandsvollmachten zu übernehmen. Nachdem Frister und Co. versucht hatten, die GEW Westberlin wegen Nichtübernahme dieser Satzung als Ganzes auszuschließen, und da sie trotz gerichtlicher Niederlagen nach wie vor an der Spaltung in Westberlin festhalten, gewinnt diese Entscheidung natürlich umso größeres politisches Gewicht. Frister und der Landesvorsitzende Jens versuchen dabei, Mitglieder und Delegierte für dumm zu verkaufen, indem sie so tun, als ob die Übernahme der Bundessatzung ein rein formaler Akt sei, bei dem sich für die GEW Schleswig-Holstein absolut nichts ändern werde. Man fragt sich allerdings, weshalb dann wegen solcher „Mätzchen" (?) ein ganzer anderer Landesverband ausgeschlossen werden soll.

Ganz besonders liegt Frister natürlich am Herzen, die e n t s c h e i d e n d e Frage zu verschleiern, daß nämlich die Übernahme dieser Bundessatzung de facto einer Auflösung der autonomen Landesverbände gleichkommt und daher mit dem für eine Auflösung vorgesehenen Verfahren vollzogen werden müßte (in Schleswig-Holstein: durch eine Urabstimmung aller Mitglieder mit 3/4-Mehrheit!!) und n i c h t als einfache Änderung der Landessatzung (dafür sind2/3 der Vertreterversammlung notwendig). Es ist bezeichnend, daß Frister, der sich gern auf die „schweigende Mehrheit" in der GEW zu berufen pflegt, von einer Urabstimmung absolut nichts wissen will.

Die Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein soll auf der Vertreterversammlung vom 26. - 28. November durchgezogen werden. In der „Schleswig-Holsteinischen Schule" (Organ des GEW-Landesverbandes) ist dazu allerdings bisher kein inhaltliches Wort gefallen. Erst Ende September konnten die Kollegen in der Nr. 9 der Zeitung den Entwurf für die entsprechende neue Landessatzung mit der Übernahmeklausel lesen. Und das, obwohl die Frist für die Einreichung von Anträgen und die „Wahl" der Delegierten bereits am 26. September ablief.

Die scharfen Proteste gegen die Übernahme, wie vor allem in Westberlin, wurden von Seiten des Vorstandes in Schleswig-Holstein völlig totgeschwiegen. Eine wirkliche Information über die geplanten einschneidenen Veränderungen in der GEW Schleswig-Holstein ist für die Masse der Mitglieder auf dieser Grundlage unmöglich gewesen.Offenbar haben Landes- und Bundesvorstand gehofft, die Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein möglichst geräuschlos, möglichst ohne daß die Mitglieder überhaupt etwas davon bemerken, über die Bühne zu ziehen. Dies klappt jedoch nicht so ganz. Die Auseinandersetzungen in Westberlin haben zu einer Belebung der Diskussion in Schleswig-Holstein geführt und die Front der Gegner der Bundessatzung gestärkt.

Wichtige Ergebnisse dieser Diskussionen sind z.B.:

- die am 22.8. von der AjLE-Landesdelegiertenkonferenz verabschiedete Solidaritätsresolution mit den Westberliner Kollegen;
- die Beschlüsse der Fachgruppe Gymnasien, der Fachgruppe Sozialpädagogische Berufe und des Landes-AjLE, gegen die Übernahme der Bundessatzung zu stimmen;
- die Informationsschrift des AjLE-Lübeck, die bezugnehmend auf die Westberliner Erfahrungen belegt, daß das geplante Übernahmeverfahren in Schleswig-Holstein illegal ist. Sie wurde auch außerhalb Lübecks vertrieben.

Obwohl die Ablehnungsfront in ihrer Breite bisher keineswegs an die entsprechende Bewegung in Westberlin heranreicht, hat sich jetzt Bundesvorsitzender Frister genötigt gesehen, einzuschreiten. In einer neun Seiten langen Stellungnahme geht Frister höchstpersönlich auf einen Entwurf (!) zu dem oben erwähnten Lübecker Papier ein.

Dabei bedient er sich auch diesmal wieder der Mittel der Lügen, Verdrehungen und der Einschüchterung.

Mitte September, also nachdem alle entscheidenen satzungsmäßigen Fristen für die Landesvertreterversammlung abgelaufen waren, wurde diese Frister-Stellungnahme gemeinsam mit einer Erklärung des Landesvorsitzenden Jens gezielt in Schleswig-Holstein vertrieben. Und zwar, soweit uns bekannt ist, nur an die Delegierten der Landesvertreterversammlung unter Umgehung der Mitglieder.

Wir gehen im folgenden aufgrund der beispielhaften Dreistigkeit ihrer Aussagen etwas genauer auf diese Stellungnahme ein. Jens beginnt sein Papier mit der Überschrift *„Vorrang der GEW-Satzung (!) auch in Schleswig-Holstein"* mit der Lüge vom *„Ausschluß des Landesverbandes Berlin"*. Am 8.10. hatte das Westberliner Landgericht in einem Gerichtsbeschluß eindeutig festgestellt: Frister darf keinen Landesverband ausschließen und hatte damit dessen Einspruch gegen eine entsprechende einstweilige Verfügung zurückgewiesen (s. AK 91). Offensichtlich um sich abzusichern, trägt das Jens-Papier das Datum vom 7.10.

Den Jens- und Frister-Papieren war jedoch ein an die Delegierten gerichtetes Begleitschreiben beigelegt, welches das Datum vom 13.10. trägt. Jens verbreitet also in voller Kenntnis des erwähnten Urteils Lügen.

Bezugnehmend auf die Landesvertreterversammlung schreibt Jens weiter: *„Inhaltlich geht es um die GEW-Satzung."* Mit d e r GEW-Satzung meint Jens offenbar die Bundessatzung. Schon dieser Sprachgebrauch soll die Unmöglichkeit einer Ablehnung der Bundessatzung psychologisch nahelegen.

Jens stellt weiter fest, daß die Bundessatzung *„nach langen und intensiven Auseinandersetzungen mit mehr als der erforderlichen 2/3-Mehrheit zunächst in Mainz beschlossen und dann in Köln geändert worden"* sei. Tatsächlich war es allerdings so, daß der Bundessatzungsentwurf überhaupt erst in Mainz von Frister vorgelegt worden war. Aus diesem Grunde hatte Klaus Karpen (damals Delegierter für Schleswig-Holstein, heute zweiter Landesvorsitzender) damals auch den Antrag auf Nichtbefassung gestellt, weil es keinerlei Möglichkeiten für eine Vorbereitung und für eine Diskussion unter den Mitgliedern gegeben hatte. Tatsächlich wurde die Bundessatzung trotzdem durchgepeitscht.

Jens behauptet weiterhin, die Bundessatzung *„entspricht in ihrer Struktur und in den gewerkschaftspolitischen Grundaussagen der z.Z. geltenden Satzung unseres Landesverbandes, in der auch bisher schon ausdrücklich die Bindung an die GEW und an den DGB formuliert ist."* Jens unterschlägt dabei: in der bisherigen Landessatzung sind weder die Unvereinbarkeitsbeschlüsse und damit die Zerschlagung der Einheitsgewerkschaft, noch die Zentralisierung aller wichtigen Entscheidungsbefugnisse beim Bundesvorstand enthalten, was einen Abbau der Mitgliederrechte darstellt. Aus diesem Grunde schrieb daher die Satzungskommission am 17. August in einem Brief an die Mitglieder des Hauptausschusses die folgenden bemerkenswerten Sätze: *„Der Versuch, unsere geltende Landessatzung durch die Beschlüsse des Bundes ‚anzureichern', entsprechend abzuändern und umzustellen . . . erwies sich als kaum durchführbar. . . . Daher hat die Satzungskommission einen völlig neuen Entwurf erarbeitet."*

An anderer Stelle spricht Jens davon, es gehe nur darum, die ohnehin „g ü l t i g e" GEW-Bundessatzung „satzungsrechtlich zu verankern". Ja, wenn die Bundessatzung sowieso schon „gilt", wozu dann überhaupt noch Abstimmungen darüber?! (Tatsächlich ist es so, daß diese Abstimmungen in den Landesverbänden von GEW-Mitgliedern gegen diese Super„Demokraten" erst gerichtlich erzwungen werden mußten).

Folgerichtig tut Jens die kritischen Stimmen gegen das Übernahmeverfahren ab als „Stimmungsmache", die *„die Spaltung der Gewerkschaft und damit das Geschäft der Gewerkschaftsgegener (betreiben)"*. Damit droht Jens mit dem Gewerkschaftsausschluß. In der gesamten Erklärung findet sich allerdings kein Satz, der inhaltlich auf die kritischen Argumente eingeht. Diese Aufgabe überläßt er Frister, der darin schon einige Übung bewiesen hat.

Frister: In Schleswig-Holstein ist alles g a a n z anders

Besonders allergisch reagiert Frister in seiner Stellungnahme zu dem Lübecker AjLE-Papier auf die Belege dafür, daß in Schleswig-Holstein dieselbe Ausgangssituation wie in Westberlin vorhanden ist: eine weitgehende Autonomie des bestehenden Landesverbandes. Aufgrund dieses Tatbestandes war das von der Gewerkschaftsführung durchgezogene Übernahmeverfahren der Bundessatzung in Westberlin vom dortigen Landgericht für illegal erklärt worden. In der Begründung zu diesem Urteil vom 29.3.76 war festgestellt worden: die Bundessatzung *„gibt für selbständige und autonome Landesverbände allerdings keinen Raum. Die dort vorgesehenen Landesverbände sind unselbständig und handeln nur innerhalb der ihnen eingeräumten Befugnisse."* *„Die Landesverbände haben nicht einmal das Recht, die Höhe des jeweiligen Beitrags der Mitglieder festzusetzen."*

Auch ist *„bei Vorrang der Satzung der GEW-Bund für eine Mitgliedschaft in einem Landesverband kein Raum mehr. Der Vorstand des jeweiligen Landesverbandes vollzieht jeweils nur noch die Aufnahme eines Mitglieds in die GEW-Bund"* (alle Zitate aus der Urteilsbegründung, S. 15,16,24). Daher stellte das Gericht fest: *„Die Einräumung des Vorranges der Bundessatzung stellt in der Sache eine Auflösung des Landesverbandes dar"* und zwar unabhängig davon, *„ob eine Auflösung von der GEW-Bund bezweckt ist oder nicht . . . Es genügt allein, daß der GEW-Bund dadurch die Möglichkeit* (zur Auflösung von Landesverbänden – Anm. AK) *eingeräumt wird."* (Urteilsbegründung, S. 24, 23).

Aus diesem Grunde wäre eine legale Satzungsübernahme in Westberlin nur mit einer 3/4-Mehrheit der Vertreterversammlung möglich gewesen. Obwohl dies in der Urteilsbegründung Wort für Wort nachzulesen ist, behauptet Frister in seiner Stellungnahme schlankweg: *„Das Gericht sagt nicht ‚Auflösung', sondern ‚wirksame Satzungsübernahme' und ‚Änderung des Status'."* Daher stünden die Ausführungen im Lübekker Papier *„in direktem Gegensatz zu dem, was das Urteil des Land gerichts tatsächlich und im Wortlaut feststellt."* Frister rechnet bei seiner frechen Lüge mit der Nichtinformiertheit vieler Kollegen über die Westberliner Vorgänge.

Festzustellen ist, eine satzungsgemäße Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein könnte laut Landessatzung überhaupt nur mit

„Boykott" ist gerichtlich erlaubt

Obwohl jetzt sogar offizielle gewerkschaftliche Streiks für „illegal" erklärt werden können (siehe AK 91, S. 48), gibt es etwas erfreulicheres von den bürgerlichen Gerichten zu berichten. Das Bundesarbeitsgericht in Kassel kam am 19.10.76 zu der Feststellung, daß *„der Boykott eines Unternehmens durch die Gewerkschaft und die ihr angeschlossenen Arbeitnehmer ein legitimes Mittel des Arbeitskampfes* (ist)..." („Lübecker Nachrichten" – „LN", 20.10.76).

Dieses Urteil wurde gefällt gegen einen Reeder, der nicht dem Arbeitgeberverband angehört und einem Anschlußtarifvertrag nicht zustimmte. Um ihn unter Druck zu setzen, hatte die ÖTV-Führung aufgefordert, die Schiffe weder zu beladen noch zu löschen. *„Nachdem ein Schiff des Unternehmens in einem dänischen Hafen nicht abgefertigt worden war, willigte die Reederei ein. Später widerrief sie diese Zusage, mit der Begründung, unter rechtswidrigem Druck gehandelt zu haben."* („LN", 20.10.). Hervorragend die Solidarität der dänischen Kollegen. Leider handelt die ÖTV-Führung nicht dementsprechend. Beim Streik der englischen Docker hatte sie die Kollegen nicht zum Boykott der englischen Schiffe aufgerufen (siehe auch AK 50).

Ein Lübecker Metallgenosse

Letzte Meldung

ÖTV zum „Fall Penzel":

Suspendierung aufgehoben

Der Geschäftsführer der Stuttgarter ÖTV-Kreisverwaltung, Rolf Penzel, bleibt. Seine Suspendierung durch den ÖTV-Hauptvorstand ist am Montag aufgehoben worden. Der Vorsitzende der Stuttgarter ÖTV-Bezirksstelle — ebenfalls Rolf Penzel — aber geht. Penzel hatte am Montag in einer Sitzung des geschäftsführenden Hauptvorstandes bedauert, daß er sich vor den von der Arbeiterwohlfahrt gekündigten Betriebsratsvorsitzenden und KBW-Mann Bernd Vollmer gestellt hatte.

Penzel erklärte in der Sitzung, daß er sich künftig an die „Unvereinbarkeitsbeschlüsse" seiner Gewerkschaft halten werde, die sich gegen rechts- und linksextremistische Mitglieder richten.

Sein Verhalten im Fall Vollmer erklärte Penzel so: Er sei wiederholt in schwierige Situationen geraten, weil er außer seiner Tätigkeit als Geschäftsführer die Funktion des Kreisvorsitzenden ausübe. Er wolle sich jetzt dafür einsetzen, daß ihn in diesem Amt so bald wie möglich ein ehrenamtlich gewählter Kollege ablösen könne.

Penzel selbst wird, so kündigte er in der Sitzung an, gegen das KBW-Mitglied Bernd Vollmer den Antrag auf Ausschluß aus der ÖTV stellen.

Bereits am Samstag hatten 56 ÖTV-Mitglieder eine Protestresolution gegen Penzels Suspendierung verfaßt und dem Hauptvorstand zugeschickt. Die Aufhebung der Suspendierung erfolgte nach Auskunft eines ÖTV-Sprechers einstimmig.
-ok

„Stuttgarter Zeitung", 26.10.76

Ausschlußverfahren gegen 14 ÖTV-Kollegen

Klinikum Steglitz, West-Berlin: Am 9.9.'76 fand am Klinikum Steglitz eine Mitgliedervollversammlung der ÖTV statt, auf der die neue Rahmengeschäftsordnung (RGO) der ÖTV diskutiert werden sollte. Diese neue RGO sieht unter anderem vor, daß gewerkschaftliche Sitzungen am Klinikum nicht betriebsöffentlich sind und Gewerkschafter, die keine Funktionsträger sind, kein Rederecht mehr haben sollen.

Auf einstimmigen Beschluß der Vertrauensleute am Klinikum vom 25.8. sollten auf der Mitgliederversammlung folgende Punkte behandelt werden:
1) Die Beschlußvorlage des Vorstandes, die unter anderem entgegen der neuen RGO eine halbe Stunde Rederecht für Gewerkschaftskollegen auf den Vertrauensleutesitzungen vorsah,
2) eine Beschlußvorlage von 94 Kollegen, die für allgemeines Rederecht, Betriebsöffentlichkeit und Beschlußfähigkeit der Mitgliedervollversammlung eintrat.

ÖTV-Sekretär Jahn, der seit Anfang September auf allen gewerkschaftlichen Versammlungen, seien es Mitglieder- oder Vertrauensleutesitzung, aufgetaucht , war auch bei dieser MV anwesend und stellte den Antrag auf Nichtöffentlichkeit. Die Kollegen entschieden mehrheitlich (58: 32), daß die Versammlung weiterhin öffentlich sein sollte. Darauf erklärte Jahn die Versammlung unter Hinweis auf die neue RGO für aufgelöst. Die Mehrheit der Kollegen beschloß die Versammlung fortzusetzen. Sie verabschiedeten u.a. eine Solidaritätsresolution zugunsten des ausgeschlossenen Landesverbandes der GEW-Westberlin.

Am 5.10. fand dann eine Sitzung des Betriebsgruppenvorstandes am Klinikum statt, auf der die Vorfälle auf der MV am 9.9. diskutiert wurden. Bei dieser Diskussion kamen dann vom Vorstand solche Sprüche: *„Daß man jetzt mit ‚Störern' und ‚Gewerkschaftsfeinden' aufräumen müsse". „Es ist nicht 5 vor 12, es ist eine Minute vor 12"* Vorstandsmitglied G.Ehmke bemerkte: *„Die Versammlung* (am 9.9.) *war eine Niederlage für uns, wir müssen uns von diesen Typen trennen, ehe es zu spät ist."* Dann stellte er den Antrag, der Gewerkschaft eine Namensliste von denjenigen ÖTV-Kollegen zu übersenden, die auf der MV vom 9.9. aktiv für Öffentlichkeit eingetreten waren, zum Zweck einer Überprüfung durch den Vorstand, ob diese Kollegen sich gewerkschaftsschädigend verhalten hätten. Der Betriebsgruppenvorstand hätte außerdem schon angefragt, ob gegen solche Kollegen ein Ausschlußverfahren eingeleitet werden müsse!

Nach diesem unverschämten „Antrag" vom Ehmke ließ der Vorstand dann die Katze aus dem Sack: Er verteilte Briefe an 14 von denjenigen Vertrauensleuten, die das Protokoll der oben geschilderten MV am 9.9. unterzeichnet hatten. Den 14 Kollegen wird mit diesen Briefen ein Ausschlußverfahren angedroht, falls sie sich nicht von der verabschiedeten Resolution distanzieren.

Vorgeworfen wird ihnen die oben erwähnte GEW-Resolution verabschiedet und diese als Mitglied der ÖTV unterschrieben zu haben. Durch das Verteilen der Ausschlußandrohungen wurde jetzt klar, daß der Antrag von Ehmke dazu dienen sollte, nachträglich die Zustimmung der Kollegen für das vom Vorstand und Jahn schon längst initiierte Ausschlußverfahren einzuholen. Auf diese Provokation setzte massiver Protest der anwesenden Kollegen ein, zumal Ehmke und Jahn vorher versichert hatten, daß die Empfänger der Briefe vorerst mit allen Rechten der Gewerkschaftsmitglieder bleiben sollten, was sich nach Lektüre der Briefe als freche Lüge herausstellte.

Dreist behauptete Ehmke: „Das haben wir nicht gewollt, so war das nicht gemeint". Offensichtlich merkte der Betriebsgruppenvorstand dann aber sehr schnell, daß er mit der Verteilung der Briefe einen Fehler gemacht hatte. Er ließ sie sofort wieder einsammeln. Inzwischen haben die 14 Kollegen die gleichen Briefe mit der Post erhalten.

Um Stimmung für den beabsichtigten Ausschluß zu machen, brachte der Betriebsgruppenvorstand am Klinikum dann am 12.10. eine Erklärung „zur aktuellen Situation in der ÖTV-Betriebsgruppe Steglitz" heraus.

„Der Vorstand verkennt nicht, daß es Kollegen gibt, die . . . dafür plädieren, unorganisierte Kollegen durch Teilnahme (an gewerkschaftlichen Versammlungen) *für die Gewerkschaftsarbeit zu gewinnen. Ihm ist aber ebenso bewußt, daß die gewerkschaftsfeindlichen Kräfte diese Kollegen als ‚nützliche Idioten' für die Durchsetzung ihrer Ziele mißbrauchen."* Die Öffentlichkeitsarbeit der fortschrittlichen Kollegen im Klinikum zum Ausschlußantrag gegen die 14 Kollegen „ ... *muß lediglich als Teil der allseits bekannten Strategie maoistischer Gruppierungen gewertet werden, die gewerkschaftliche Basis gegen ihre Funktionäre aufzuwiegeln".*

Nachdem der Vorstand deutlich gemacht hat, was er unter gewerkschaftsfeindlichen Positionen versteht, nämlich *„die auffällige Übereinstimmung bestimmter Äußerungen mit ideologischen Positionen ... die man in Publikationen gewerkschaftsspalterischer Gruppierungen nachlesen kann,"* kommt er zur Sache: *„Der Vorstand wird ... jedes Ausschlußverfahren gegen Mitglieder befürworten, die sich zu eindeutig gewerkschaftsfeindlichen Positionen bekennen und diese fortgesetzt im Betrieb praktizieren."*

Als ersten Schritt gegen diese Sauereien der Gewerkschaftsfeinde im Betriebsgruppenvorstand, haben die Kollegen begonnen, Bereichsversammlungen am Klinikum zu organisieren, an denen selbstverständlich auch die vom Ausschluß bedrohten Kollegen teilnehmen werden. Des weiteren ist beabsichtigt, Solidaritätsresolutionen zugunsten der 14 vom Ausschluß bedrohten Kollegen zu verabschieden.

Im Kampf gegen den geplanten Ausschluß der Kollegen am Klinikum sollte unserer Meinung nach auch unbedingt beachtet werden, daß dieser Angriff nur ein Teil der gesamten Salamitaktik zur Durchsetzung der neuen Rahmengeschäftsordnung von Seiten der ÖTV-Führung im Gesundheitsbereich ist. Während es am Klinikum noch darum geht, (u.a. deshalb, weil viele fortschrittliche Kollegen gewerkschaftlich aktiv sind), ob auch Nichtmitglieder an gewerkschaftlichen Sitzungen teilnehmen können, dreht es sich im Krankenhaus Spandau bereits darum, ob Gewerkschaftsmitglieder ohne besondere Funktion überhaupt auf Vorstands- und VLK-Sitzungen reden dürfen.

Am Urban-Krankenhaus wurde vor kurzem ein Ausschlußverfahren gegen zwei ÖTV-Vertrauensleute eingeleitet, die „zugelassen" hatten, daß an einer Betriebsgruppensitzung ein ausgeschlossenes Mitglied teilnahm. Zu solchen Zuständen soll die Reise in der ÖTV Gesundheitswesen Westberlin hingehen. Auch hier hatte Jahn, wie im Klinikum und in Spandau, seine schmutzigen Finger mit im Spiel. Auch weiteren Betriebsgruppen in Krankenhäusern hat er seinen „Besuch" bereits angekündigt.

Aufgepaßt Kollegen, der Jahn muß was erleben!

Gesundheitsgruppe
KB/Westberlin

Ausbildungsverbot für Medizinstudenten

Die Verwaltung des Rudolf Virchow-Krankenhauses im Wedding (Westberlin) verweigerte zwei Medizinstudenten die Einstellung als Medizinalassistenten („ID", 16.10.76). Obwohl die jeweiligen Chefärzte schon ihre Zustimmung gegeben hatten, dürfen die beiden ihre Ausbildung nicht beenden. Die Begründung für die Ablehnung: Kandidaturen in Uni-Gremien, einmal auf der Liste des KSV, dann die Liste „Freie politische Betätigung" und Mitgliedschaft in der „Liga gegen den Imperialismus".

ÖTV-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Arzt fuhr zur Wahl, Patient tot

Auf der Station 20A im A.K. Barmbek hatten am 3.10.76 wieder einmal nur zwei Schülerinnen Dienst. Der diensthabende Arzt meldete sich mit den Worten „ich fahre mal schnell zur Wahl" ab, hinterließ aber keine Telefonnummer von irgend einem anderen Arzt.

Kurz nachdem er fort war, klingelte der Monitor (Überwachungsgerät der Herztöne und Puls usw.).

Die Schülerinnen rannten in das betreffende Zimmer, der Patient war bereits blau. Sie versuchten andere Ärzte zu erreichen, aber ohne Erfolg, der Patient mußte sterben.

An diesem Beispiel zeigt sich einmal die völlig unzureichende Ausbildung der Schüler ,die auf derartige Fälle nicht vorbereitet werden, obwohl sie regelmäßig allein Dienst machen müssen. Und zweitens die mörderischen Folgen der Sparpolitik bei der die Patienten sterben, weil nicht mehr für ihre ordnungsgemäße bei der die Patienten sterben, weil nicht mehr für ihre ordnungsgemäße Pflege und Überwachung gesorgt wird!

Genossinnen aus dem AK Barmbek
KB/Gruppe Hamburg

„Kein Rechtsschutzbedürfnis" bei Kündigungsandrohung?

Krankenhaus Süd Lübeck. Am 19.10. fand vor dem Lübecker Arbeitsgericht der Prozess des Krankenpflegeschülers Klaus Grudzinski gegen die Hansestadt Lübeck statt. Wie in AK 90 berichtet, wurde dem Kollegen, nachdem er einen Leserbrief gegen die „Spar"politik in Lübecker Krankenhäusern in den „Lübecker Nachrichten" unterzeichnet hatte, mit Kündigung, also Beendigung seines Ausbildungsverhältnisses durch zwei schriftliche Verwarnungen gedroht. Klaus verlangt jetzt die Entfernung der Verwarnungen aus seiner Personalakte. In diesem Prozeß geht es zum einen um die arbeitsrechtliche Seite: Ist es „Störung des Betriebsfriedens", „üble Nachrede" und „Verleumdung" (alles Anschuldigungen der Stadt gegen Klaus), wenn ein Kollege sich öffentlich von der „Spar"politik des Krankenhauses distanziert? Darüberhinaus will die Verwaltung natürlich mit solchen Einschüchterungsmaßnahmen alle Kritiker der unmenschlichen Rationalisierungspolitik in Krankenhäusern treffen. Gerade auch deshalb reagierte die „Initiative zum Wiederaufbau der ÖTV-Betriebsgruppe" – eine oppositionelle Kollegengruppe aus Lübecks Krankenhäusern – mit Flugblättern und stellte für den Prozeß eine Dokumentation zusammen. Es erschienen 35 Kolleginnen und Kollegen zum Prozeß.

Während des Prozeßverlaufs ging es nur um die Frage, ob die Klage von Klaus überhaupt zulässig sei. Der „Arbeitgeber", d.h. die Stadt, behauptete, das Klaus überhaupt kein „Rechtsschutzbedürfnis" habe ... . Als Gegenbeweis legte Klaus ein Zitat vor, das er in seiner Personalakte in einem Brief vom Rechtsamt an die Krankenhausverwaltung fand: „...aufgrund des bislang vorliegnden Sachverhaltes raten wir von einer Kündigung ab. Grudzinski ist offenbar Mitglied der „Initiative", die sich bei einer Kündigung durch Protestversammlung, Unterschriftensammlung, Flugblättern mit G. solidarisieren würde. Bei einer derartigen Sachlage sollte nur dann gekündigt werden, wenn der Erfolg vor dem Arbeitsgericht garantiert werden kann. Das ist hier aber nicht der Fall. Mit einer Kündigung soll gewartet werden, bis G. einen handfesten Kündigungsgrund liefert."

Verständlicherweise war nach der Bekanntgabe dieses Zitats Stimmung im Saal – Schließlich waren fast alle anwesenden Kollegen „Mitglied" der Initiative und sind natürlich ermutigt worden in ihrer Solidarität! Das ist allerdings auch nötig, denn der Arbeitsrichter entschied gegen Klaus: „kein Rechtsschutzbedürfnis" ... – Besser gesagt: Klassenjustiz! Bleibt abzuwarten, ob die Berufungsverhandlung vor dem Landesarbeitsgericht in Kiel ein anderes Ergebnis bringt.

Krankenhausgenossen
KB/Gruppe Lübeck

Putzfrauen wehren sich!

Löningen/Niedersachsen. Bei den immer akuter werdenden Privatisierungsbestrebungen im Öffentlichen Dienst wollte auch die Gemeinde Löningen in Niedersachsen nicht den Anschluß verpassen und kündigte kurzerhand 13 Putzfrauen, um sodann die private Reinigungsfirma Schröder mit deren bisheriger Arbeit zu betrauen. Die Firma Schröder hatte jedoch „Mitleid" mit den gekündigten Putzfrauen und erbot sich, diese einzustellen. Zwar hätten die Frauen dann eine Senkung ihres Stundenlohnes von 7,50 DM auf 6,00 DM hinnehmen müssen, dafür hätten sie allerdings auch (sozusagen als „Ausgleich") fast das Doppelte leisten „dürfen", nämlich 220 statt bisher 130 Quadratmeter die Stunde. Außerdem sahen die angebotenen Arbeitsbedingungen keine Versicherungspflicht für Renten-, Kranken- und Arbeitslosenversicherung vor. Logisch, daß die Frauen dieses „Angebot" ablehnten und stattdessen eine Kündigungsschutzklage einreichten!

Am 8.6.76 bekamen die Frauen in erster Instanz Recht. In sechs Fällen hat nun auch das Landesarbeitsgericht die Berufung der Gemeinde kostenpflichtig abgelehnt! Begründung: Einerseits habe die Stadt die angebliche Einsparung durch die Privatisierung nur aufgrund unzulässiger Vergleichszahlen ermittelt, da die Firma Schröder nachweislich nicht die gleiche Leistung erbringen würde wie die bei der Stadt angestellten Putzfrauen. Andrerseits seien die für die Frauen durch die Kündigung und evtl. Anstellung bei Schröder entstehenden Nachteile beträchtlich (siehe oben). Das Gericht schloß daraus, daß das Interesse der Frauen an einer Weiterbeschäftigung den Vorzug habe vor einer nicht genau nachweisbaren Einsparung der Gemeinde.

Dieses Urteil ist ohne Zweifel ein beachtlicher Erfolg für die gemeinsam handelnden Frauen. (Informationen nach „Kölner Volksblatt", 10/76).

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

Morgenluft für Spaltergewerkschaft?

Nach den ersten – nach der Tarifrunde im öffentlichen Dienst – aufflammenden wortradikalen Auseinandersetzungen zwischen ÖTV- und DAG-Führung ist es nun zum offiziellen Bruch der bisher „guten Zusammenarbeit" beider Organisationen gekommen:
– Im Juni beschloß der ÖTV-Gewerkschaftstag auf Antrag des Hauptvorstandes die Aufkündigung der Tarifgemeinschaft mit der DAG im öffentlichen Dienst.
– DAG-Vize Katzbach erklärte, *„daß es in absehbarer Zeit 'überhaupt keine Diskussionen' über ein Zusammengehen von DAG und DGB geben könne: 'Das Band ist zerrissen'."* („Welt", 18.10.76).

Als Grund für den Bruch dieser bisher sehr engen und „erfolgreichen" Beziehungen (s. AK 79) wird vom DAG-Bundesvorsitzenden Brandt folgendes angegeben: Bei den Gesprächen über eine engere Zusammenarbeit habe sich *„bald herausgestellt, daß der DGB zur Kooperation nicht bereit ist, sondern schlicht und ergreifend fordert, daß die DAG sich auflösen muß, und das kommt natürlich nicht in Betracht."* („Welt", 20. 10.76). Diese durchaus korrekte Auflösungsforderung seitens ÖTV/DGB besteht nun allerdings schon seit einigen Jahren! Daß sie ausgerechnet jetzt zum Bruch führte liegt einerseits sicherlich zu einem nicht unbedeutenden Teil daran, daß sich innerhalb der ÖTV eine wachsende Kritik gegen das jahrzehntelange Bündnis mit der ständischen DAG breit gemacht hat. So hatten z.B. mehrere Landesverbände auf dem Gewerkschaftstag eine Kündigung der Verhandlungsgemeinschaft beantragen wollen. Dieser wachsenden Opposition ist man nun zuvorgekommen. Andererseits (was mit dem ersten Punkt in Zusammenhang zu sehen ist) hat man sich so einen billigen Prügelknaben für den Lohnraubabschluß der letzten Tarifrunde geschaffen! Außerdem, was offiziell gilt muß inoffiziell ja nicht immer beachtet werden...

DAG sucht sich neue Partner

Für die DAG bedeutet dieser Bruch mit ÖTV/DGB zunächst einmal nichts Gutes, denn ohne diese „großen Brüder" an der Seite sah sie sich unversehens in die Rolle eines Mauerblümchens zurückdegradiert. So wetterte sie denn ersteinmal kräftig gegen den *„Monopolrausch des DGB"* („Frankfurter Rundschau", 20.10.76). Dies blieb sogar nicht ohne Erfolg, denn dadurch fühlte sich der reaktionäre Deutsche Beamtenbund (DBB) angesprochen, der schon seit langem für *„den Pluralismus in der Gewerkschaftsbewegung"* („Welt", 18.10.76) eintritt. Was zu deutsch nichts anderes heißt, als das er für die Spaltung der Arbeiterklasse ist. So traf man sich dann am 28. September zu einem ersten „Spitzengespräch". Der DBB sprach hier für die mit ihm liierte Gemeinschaft von Gewerkschaften und Verbänden des öffentlichen Dienstes (GGVöD) mit, eine Dachorganisation für 22 Spalter- und Splittergruppen, wie etwa dem Bund Deutscher Forstmänner oder dem Deutschen Philologenverband. Die DAG brachte noch den Marburger Bund (eine Standesorganisation für angestellte Krankenhausärzte) mit. Erstes Ergebnis der Verhandlungen ist die Vereinbarung über ein gemeinsames Auftreten in der nächsten Tarifrunde. Zu diesem Zweck wurde *„eine Streikkasse von vorerst fünf Millionen Mark"* („Spiegel", 42/76) eingerichtet. Aber das soll nur der erste Schritt sein. Geplant wird eine engere Zusammenarbeit und Erweiterung des Bündnisses. Für diese Erweiterung sind im Gespräch: Die Gewerkschaft der Polizei (GdP), mit der die DAG seit über 15 Jahren „freundschaftliche Beziehungen" hat, der Christliche Gewerkschaftsbund (CGB), der Bundeswehr-Verband (!) und, sozusagen als Tüpfelchen auf dem i, die Union der leitenden Angestellten (ULA). Wahrlich, eine schönere Sammlung ständischer, reaktionärer, militaristischer und verkappt kapitalistischer Vereinigungen kann man sich kaum vorstellen.

Ein „Anti-DGB"?

In der bürgerlichen Presse wird in diesem Zusammenhang zunehmend von der geplanten Gründung eines „Anti-DGB" gesprochen. Diese Bezeichnung wird jedoch von der DAG entschieden abgelehnt. Man wolle *„keinen Anti-DGB gründen"*, sondern nur vom *„Monopolrausch des DGB wegkommen"* („FR", 20.10.76. Langfristig plane man dann allerdings auch *„gemeinsame Äußerungen zur Gesellschaftspolitik, zur Steuerpolitik, Bildung, Sozial- und Krankenversicherung"* („Welt", 17.8.76). Fernziel „dieser gewerkschaftlichen (??) Kräfte" ist die *„Zusammenarbeit auch auf anderen Feldern außerhalb des öffentlichen Dienstes ... Branchen und Selbstverwaltungseinrichtungen sind schon anvisiert."* („Welt", 17.8.76). Aber einen „Anti-DGB" will man, wie gesagt,nicht gründen...

Eine nicht zu unterschätzende Bedeutung dürfte einer solchen Vereinigung jedoch als Sammelbecken für reaktionäre bis faschistische Kräfte in den Betrieben zukommen. Eine Kostprobe für die künftige Politik eines solchen Vereins gab vor kurzem bereits der DAG-Landesverbandsleiter Quartier. Er *„warf dem DGB vor, unter dem Wort von der Solidarität aller Arbeitnehmer nur 'seinen eigenen Machtanspruch befriedigen' zu wollen. Die DAG werde weiterhin entschieden gegen alle 'Nivellierungsversuche' und Tarifverträge für 'Einheitsarbeitnehmer' eintreten "* („Welt", 18.10.76). Desweiteren appellierte er denn auch gleich *„an alle vernünftigen (?) Gewerkschafter im DGB, dazu beizutragen, die Freiheit in der Bundesrepublik nicht zu gefährden "* („Welt", 18.10. 76). Der konsequente Kampf gegen die Spaltergewerkschaften, für das Prinzip der Einheitsgewerkschaft muß auch mit dem Kampf um innergewerkschaftliche Demokratie im ÖTV/DGB verbunden sein!

ÖTV-Kommission
KB/Gruppe Hamburg

einer Urabstimmung aller Mitglieder (§ 35) geschehen. Dann dürfte den Gewerkschaftsführern eine sang- und klanglose Übernahme der Bundessatzung aber schon schwerer fallen!

Für den Fall, daß der eine oder andere Leser seiner Interpretation der Westberliner Sachverhalte nicht folgen kann, schiebt Frister gleich die nächste Lüge hinterher, nach dem Motto: in Schleswig-Holstein ist alles g a a a n z anders.

In der Satzung des Landesverbandes Schleswig-Holstein steht: *„Der Landesverband ist ein Glied der GEW und damit Mitglied des DGB."* Der entsprechende Passus der Westberliner Satzung heißt: *„Die GEW-Berlin ist ein Landesverband der GEW im DGB"*. Dazu Frister: *„In der Satzung der GEW-Berlin fehlt eben die entscheidende Feststellung, daß der Landesverband ein ‚Glied der GEW' ist."* Frister versucht damit den falschen Eindruck zu erwecken, als sei das eine spezielle z u s ä t z l i c h e Aussage in der Satzung Schleswig-Holsteins. Tatsächlich sind die Abschnitte in den Satzungen beider Landesverbände inhaltlich identisch.

Zu der Argumentation der Lübekker Kollegen, daß der Bundesvorstand mit Hilfe der Bundessatzung in die einzelnen Landesverbände hinein schalten und walten kann, wie es ihm beliebt, erklärt Frister: *„Ein Blick in die GEW-Satzung lehrt, daß dies Hirngespinste sind."* Wir blicken in die Satzung und sehen unter § 7.4 das „Gespinst": *„Alle Gliederungen der GEW sind verpflichtet, ... die Beschlüsse der in § 16 Ziff. 1 - 3 genannten Organe* (und das sind die des Bundes, Anm. AK) *durchzuführen."*

Welche weitreichenden Möglichkeiten der Bundesvorstand hat, mit seiner neuen Satzung in die Landesverbände hineinzuregieren, haben die jüngsten Ereignisse in Hessen gezeigt. Hier ist die Bundessatzung bereits in Kraft. Und hier zieht der Bundesvorstand seine Register, um die Kollegen von geeigneten Kampfmaßnahmen gegen die katastrophale Schulsituation abzuhalten (vgl. AK 91). Denn nach den „Richtlinien für Arbeitskämpfe" in der Bundessatzung ist es allein der Hauptvorstand, der über die Durchführung eines Streiks entscheidet.

Und um jegliches „wenn und aber" eines vielleicht noch immer nicht auf Linie gebrachten Lesers zu ersticken, stellt Frister abschließend ebenfalls fest: Wer gegen die Bundessatzung ist, ist gegen die Gewerkschaft und will sowieso die „Diktatur des Proletariats". Er zitiert nämlich abschließend aus der berüchtigten Ansprache des DGB-Vorsitzenden Vetter an die Delegierten der

ten Ansprache des DGB-Vorsitzenden Vetter an die Delegierten der

außerordentlichen Kölner Vertreterversammlung. Mit dieser Rede sollte die rechte Hetzstimmung für die Übernahme der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der GEW geschaffen werden.

Als i-Tüpfelchen zum Demokratieverständnis der Bundessatzungspolitiker bleibt noch nachzutragen: Auf der Landesvertreterversammlung im November wird es 226 abstimmungsberechtigte Delegierte geben. Von diesen machen die 76 Mitglieder des Landeshauptausschusses, die automatisch Delegierte sind, bereits ein Drittel aus. Die Kreisverbände entsenden 100 Delegierte. Da es darüber, wie diese Delegierten ermittelt werden, offenbar keine genaueren Bestimmungen gibt, als daß sie von den Kreisverbänden „entsendet" werden, sind diese Vertreter in den meisten Fällen von den Kreisvorständen ausgeguckt worden. Die übrigen 50 Delegierten werden von den Fachgruppen(zwei von der AG-Studenten) bestellt. Angesichts dieser Umstände von einer demokratischen Entscheidung zu sprechen, ist glatter Hohn.

KBW wieder auf opportunistischem Kurs

Auch in der GEW Schleswig-Holstein fällt der KBW den fortschrittlichen Kollegen in den Rücken. Wir berichteten bereits im letzten AK von dem Beschluß des AjLE-Landestreffen, in Schleswig-Holstein eine zentrale Veranstaltung am 23. Oktober durchzuführen, um die Protestbewegung gegen das Übernahmeverfahren in Schleswig-Holstein zu stärken. Dieser Beschluß ist nicht zuletzt aufgrund der dem KBW zuzurechnenden Stimmen zustande gekommen.

Nachdem Landesvorsitzender Jens jedoch sein Mißfallen über diesen Beschluß zum Ausdruck gebracht hatte, rutschte dem KBW ganz schnell das Herz in die Hose. Mit Hilfe seines relativ großen Einflusses sowohl innerhalb einzelner AjLE-Kreise als auch innerhalb des Landes-AjLE ist es ihm zunächst einmal gelungen, die Durchführung der Veranstaltung zu sabotieren (s. dazu AK 91). Abgesehen von seiner Forderung nach einer außerordentlichen Bundesvertreterversammlung, auf der der Bundesvorstand *„einen schweren Stand haben wird"* („KVZ"-Bezirksbeilage Nr. 42), mit der der KBW auch in Schleswig-Holstein allerdings wenig erfolgreich hausieren geht, hat der KBW keinen einzigen konkreten Schritt gegen die Bundessatzung vorzuschlagen. Dabei ist die a.o. Bundesvertreterversammlung schon seit eineinhalb Jahren für den KBW der Weisheit letzter Schluß.

Offensichtlich auf die Politik des KB gemünzt, schreibt der KBW in derselben Ausgabe: *„Die Bundesstraße 5 nach Berlin erlebt ein erhöhtes Verkehrsaufkommen durch Lehrer, die mit erhöhtem Puls ‚Rat bei Betroffenen' suchen."* Sehr argumentativ!

Wir meinen dazu, alle Kollegen, die ernsthaft gegen die Übernahme der Bundessatzung in Schleswig-Holstein kämpfen wollen, sollten den KBW rechts liegen lassen und versuchen, auch ohne den Segen des Landes-AjLE eine breit angelegte Informationsveranstaltung durchzuführen.

KB/Gruppe Flensburg

Spaltung wird Mode

Hannover. An der Integrierten Gesamtschule Garbsen hat sich zu den am 3./4.11. in ganz Niedersachsen stattfindenden Personalratswahlen eine rechte Spalter-Liste aufgestellt, die aus sieben GEWlern und fünf „Unabhängigen" besteht. Nach Hamburger Vorbild, wo ebenfalls eine Gruppe reaktionärer GEWler die Personalratswahlen gespalten hatte, gab man sich den (von den Linken geklauten) Namen „Alternative". Die Kandidaten sind zum großen Teil Funktionsstelleninhaber (Jahrgangsbzw. Stufenleiter), die ihre und angeblich die Interessen anderer Kollegen durch den bisherigen Personalrat nicht wahrgenommen sehen.

In ihrem Info 1 greifen diese rechten GEWler die offizielle GEW-Liste an, denn die GEW-Betriebsgruppe sei *„krank"*. Die Krankheit soll mit der *„einseitigen Themenauswahl"* und *„einseitigen Orientierung"* des bisherigen GEW-Personalrats im Zusammenhang stehen, was natürlich nicht belegt wird. Stattdessen wird auf Frister zurückgegriffen, der in einem Brief an den Hamburger Landesverband *„von mindestens vier* (linken – Anm. AK) *Fraktionen innerhalb der GEW"* gesprochen hat (wovon allerdings keine die Personalratswahlen gespalten hat!). Da Frister mit dieser Argumentation die Hamburger „Alternative" verteidigte, fühlen sich die Hannoverschen Epigonen nicht zu Unrecht zu ihrem Vorgehen ermuntert.

Demagogisch wird von diesen sauberen Kollegen unter anderem die bisherige Personalratsarbeit gegen angeblich erst zu leistende „Kleinarbeit" im Personalrat ausgespielt. Weiterhin wird dem bisherigen GEW-Personalrat vorgeworfen, *„jahrelang auf Kollisionskurs"* mit Schulleitung und Regierungspräsidenten gesegelt zu sein.

Während des Schulstreiks im Juni des Jahres hatte der Schulleiter Dahlke nämlich Lehrer beim Regierungspräsidenten angeschwärzt, was die Abordnung von drei Kollegen zur Folge hatte, die jedoch vom Verwaltungsgericht Hannover wieder aufgehoben wurde. Der bisherige Personalrat hatte die betroffenen Kollegen aktiv unterstützt. Angesichts der Angriffe der Spalter-Liste gegen diese Politik kann man sich denken, was die „alternativen Kollegen" meinen, wenn sie von *„konstruktiver Zusammenarbeit"* mit Schulleitung und Regierungspräsidenten sprechen.

Ihr Rezept – „Gesundung" der Betriebsgruppe durch „personellen Neuanfang" – ist dabei recht vieldeutig (sind vielleicht „Säuberungen von den Krankheitsgeschwüren" gemeint?).

Bei der Kandidatenbefragung hat sich gezeigt, wie hohl die „Alternative" ist. Die Liste war nicht in der Lage, zu aktuellen Problemen, wie etwa den „2 / 3 -Lehrern", auch nur einen einzigen konkreten Schritt vorzuschlagen, sondern berief sich pauschal auf den GEW-Kurs (alle Zitate aus: „info 1", „Alternative").

Bleibt zu hoffen, daß den Kollegen am 3./4. eine Abfuhr erteilt wird.

KB / Gruppe Hannover

CSU-Freundeskreis in der Bremer GEW?

Am 7.10. brach der Personalrat Schulen in Bremen die Personalversammlung ab, als die Mehrheit der anwesenden Lehrer offen gegen die üble Politik des Personalrats protestierte.

Daraufhin wurde beschlossen, in einer Unterschriftensammlung für die Abwahl dieses Personalrates zu werben (wir berichteten darüber in AK 91).

Inzwischen hat der Landesvorstand der GEW an alle Lehrer einen Brief verteilt. In ihm „informiert" er über die „wahren Gründe" für die Unterschriftensammlung der Kollegen und den Abbruch der Personalversammlung. Dieser Brief macht deutlich, daß Mews, Stelljes und Co. im „Bayernkurier" weit besser aufgehoben wären als in einer Gewerkschaft.

Hier einige der markantesten Passagen: *„Eine Sprüche brüllende Mehrheit der anwesenden Lehrer - Lehrer -"* habe den Vorsitzenden daran *„gehindert, seinen gesetzlichen Verpflichtungen ... nachzukommen"*. Denn: Sie wollen den *„Kampf gegen diese gesellschaftliche Ordnung, d.h. deren Zerstörung, das ist das erklärte Ziel dieser Lehrer"*.

Wie sie das machen, erklären uns die GEW-Führer auch: *„Man stellt Anträge, von denen man bereits vorher ganz genau weiß, daß sie den Personalrat aufgrund seines gesetzlichen Auftrages gar nichts angehen – und wenn der Personalrat das feststellt, dann bezichtigt man ihn, er vertrete nicht die ‚Interessen der Kollegen' "*.

„Beweis" sind Anträge gegen die Berufsverbote und politische Bespitzelung und zur freien gewerkschaftlichen und politischen Betätigung im Öffentlichen Dienst. Wer meint, das seien doch berechtigte Forderungen, der irrt sich gründlich. Denn: *„Betrachtet man nur die Forderung in diesen Anträgen – nur wenige Lehrer würden den meisten von ihnen die Zustimmung versagen; bedenkt man aber den Zweck dieser Anträge ...."* Man würde nämlich den „randalierenden Lehrern", den Kommunisten auf den Leim kriechen. Deswegen: Wer diese Forderungen jetzt noch unterstützt, ist selber ein „Verfassungsfeind". *„Jeder Lehrer muß sich entscheiden, ob er den Zweck dieser Anträge unterstützen will, und wird die Folgen seiner Entscheidung selber zu verantworten haben."*

Die GEW-Führer versäumen nicht, ausführlich Berufsverbote und politische Disziplinierung zu verteidigen: Zwar ist das Gerede von politischer Unterdrückung für Mews und Konsorten nur „Rumpelstielzchens Märchenstunde", wer's aber trotzdem behauptet, *„sollte sich eigentlich nicht besonders darüber wundern, daß sich die Organe dieses bekämpften Staates anders verhalten als z.B. im Kindergarten üblich wäre"*. Die Herren Gewerkschaftführer drohen kaum verhüllt mit Berufsverboten! Unter der Hand nämlich werden der Schulbehörde und dem Personalrat schließlich Ratschläge gegeben, wie das Problem zu lösen ist: *„Seit langem ist kein Platz mehr in den Gewerkschaften für die, die die Ziele des KBW und ähnlicher Politsekten direkt vertreten, und sind die einflußlos geworden, die diese Ziele bewußt oder fahrlässig unterstützen."*

In welch primitiver Art die GEW-Führer diese Auseinandersetzung führen, offenbart aufs Neue Vorsitzender Stelljes in einem Leserbrief an die „Bremer Nachrichten" (16.1o. 76): *„Übrigens wurden in diesem Land schon einmal politisch Andersdenkende niedergebrüllt - damals von rechts. Wie sich die Extreme gleichen!"*

Das ist reine Verhetzung gegen die Linke: Die Forderung der eindeutigen Mehrheit der Lehrer auf Behandlung ihrer Anträge wird mit dem Nazi-Terror gleichgesetzt!

Die Bremer GEW-Führer, die ihrerseits die Interessenvertretung der Lehrer boykottieren, scheinen in ihren Methoden von gewissen CSU-Demagogen und deren Bremer Freunden gelernt zu haben. Sollte erwa dieser Freundeskreis auch in der GEW existieren???

KB/Gruppe Bremen

Auftrages gar nichts angehen – und Die Herren Gewerkschaftführer dro- KB/Gruppe Bremen

Letzte Meldung

In der letzten Nummer der „Schleswig-Holsteinischen Schule", welche die Mitglieder um den 29.10. herum in die Hände bekamen, tritt der Vorstand die Flucht nach vorn an. Sowohl das Frister-Papier zu Westberlin als auch das Jens-Papier sind im vollen Wortlaut abgedruckt. D.h. also auch mit der Lüge vom Ausschluß des Landesverbandes Westberlin. Wahrlich eine saubere Information.

Hamburger Vorstand gegen Gastrecht von Ausgeschlossenen

Die „linken" Sozialdemokraten im Hamburger GEW-Landesvorstand haben aus den Westberliner Auseinandersetzungen offenbar den Schluß gezogen, Konflikten mit der GEW-Bund möglichst noch mehr als bisher aus dem Weg zu gehen.

Statt endlich anzufangen, ihren verbalen Protest gegen den Frister-Kurs in die Tat umzusetzen, erfährt Frister Unterstützung:

Bisher war es in Hamburg durchaus üblich, daß auch Kollegen, die wegen der Unvereinbarkeitsbeschlüsse aus der GEW ausgeschlossen worden sind, bei GEW-Fachgruppensitzungen anwesend waren und Rederecht hatten – obwohl dies ein Erlaß des Hauptvorstandes vom November 1975 verboten hatte. Jetzt auf einmal erinnert der Hamburger Landesvorstand durch einen Beschluß an dieses Verbot und droht jedem Versammlungsleiter, der es nicht beachtet, ein Verfahren wegen gewerkschaftsschädigendem Verhalten an! Außerdem ließ der Landesvorsitzende Lemke verlauten, daß gegen jeden Strafantrag wegen Hausfriedensbruch ergehen soll, der sich nach einem Ausschluß weigert, GEW-Sitzungen zu verlassen.

Wie nicht anders zu erwarten, klatschten die Kollegen von der DKP heftig Beifall zu diesem Vorgehen – denn ihrer Meinung nach kann man jetzt endlich zur „Sacharbeit" in der GEW übergehen, wenn mit Ausschlußverfahren und Strafanträgen (Friedhofs-?)Ruhe auf den Sitzungen erreicht worden ist.

Frister wird sich darüber freuen. Die Mitglieder der GEW aber haben weiterhin die Aufgabe, für demokratische Zustände in ihrer Gewerkschaft zu kämpfen – Lemke und Co. werden sie ihnen nicht in den Schoß legen. Die Fachgruppe Gymnasien hat bereits mit großer Mehrheit beschlossen, auf dem Recht zu beharren, selbst über ihre Gäste zu entscheiden.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Lehrerbildungsgesetz ausgesetzt

Bayern. Kaum war die Bundestagswahl vorüber, da wurden Bayerns Kultusminister Maier *„in voller Schärfe die Auswirkungen des Geburtenrückgangs auf den Schulbesuch"* deutlich. Sein Resümee: „Bayern braucht in Zukunft nicht mehr, sondern weniger Lehrer". Mit dieser bekannten Demagogie versucht sich Maier aus einer für die CSU recht peinlichen Lage zu manövrieren.

Hatte doch die CSU im Juli 74 ein neues „Lehrlingsbildungsgesetz" verabschiedet und damit die Sozialdemokraten in arge Verlegenheit gebracht, da dieses Gesetz die sonst von der SPD hochgehaltenen Reformbonbons (Annäherung der Volksschullehrerausbildung an die Ausbildung der Gymnasiallehrer, Besoldungsverbesserungen) enthielt. Der SPD blieb damals nichts anderes übrig, als dem Gesetz zuzustimmen und *„die Gunst des Augenblicks zu preisen, in dem die CSU es über sich gebracht hatte, ihrer Natur zuwiderzuhandeln"*.

Gleich nach den Bundestagswahlen hat nun die CSU – entsprechend ihrer „Natur" – das Gesetz ausgesetzt. Als Begründung müssen mal wieder ungeborene Kinder herhalten.

Selbstverständlich tut die bayerische SPD jetzt irrsinnig empört und wird „energische Proteste" raushängen. Apropos „Sparpolitik": Ebenfalls jetzt – nach den Wahlen – wurde bekannt, daß der Westberliner SPD-Senat „umfangreiche" Sparpläne erarbeitet hat. Ab 1978 sollen jährlich 70 Mill. DM durch Stellenstreichungen im Öffentlichen Dienst „eingespart" werden.

Aber das ist natürlich etwas gaanz anderes, da diese Pläne ja eigentlich noch g e h e i m gehalten werden sollten... („FAZ", 29.10.).

So hat eben jede bürgerliche Partei ihre eigene „Natur"!

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

Fachgruppe beharrt auf Gastrecht

GEW Hamburg. Die Tatsache, daß der „Hochschulpolizist" und „Alternative"-Gründer (Rechtsaußen-Fraktion in der GEW Hamburg) Petersen Ausschlußantrag gegen den Vorsitzenden der Fachgruppe Hochschulen, Wahnschaffe, gestellt hat, löste auf der Fachgruppensitzung vom 18.10. wieder Diskussionen um das Gastrecht aus. Wahnschaffe wird von den Rechten vorgeworfen, die Anwesenheit des ausgeschlossenen Kollegen Köhler als Versammlungsleiter geduldet zu haben, obwohl der Hauptvorstand ein solches Vorgehen „verbietet".

Da Köhler – wie immer – anwesend war, fühlte sich E. Krause, seit kurzem zweiter Vorsitzender der GEW Hamburg, bemüßigt, noch vor Eröffnung der Sitzung den besagten Hauptvorstandsbeschluß zu zitieren und den Versammlungsleiter aufzufordern, die Sitzung erst zu eröffnen, wenn Köhler nicht mehr anwesend ist; selbstverständlich nur, um den Formalitäten Genüge zu tun und – schluchz – um weitere Ausschlüsse zu verhindern (!!).

In der daran anschließenden Diskussion wurde deutlich, daß der überwiegende Teil der ca. 70 anwesenden Kollegen nicht bereit war, sich diese Unverschämtheit gefallen zu lassen. Sie wiesen darauf hin, daß sich die Fachgruppe von Anfang an gegen die Unvereinbarkeitsbeschlüsse ausgesprochen habe, nach wie vor dagegen sei und sich nicht dazu hergeben würde, derart undemokratische HV-Beschlüsse durchzusetzen. Ein Kollege machte z.B. den Vorschlag, es sollten möglichst viele Kollegen reihum den Vorsitz übernehmen, um so unseren geschlossenen Protest auszudrücken.

Andere Kollegen, die auch gegen die Anwendung des HV-Beschlusses sprachen, argumentierten juristisch, daß nämlich der damals summarisch vollzogene Ausschluß von zwölf Hamburger GEW-Mitgliedern (darunter Köhler) rechts- und satzungswidrig gewesen sei, und die Anwendung des HV-Beschlusses deshalb nicht verlangt werden könne. Diese Argumentation beinhaltet allerdings die Gefahr, eine Anerkennung des HV-Beschlusses bei formal „korrekt" vollzogenen Ausschlüssen.

Eine Resolution der Fachgruppe zum Ausschlußantrag Petersen gegen Wahnschaffe, die ähnlich argumentiert, fand eine breite Unterstützung (bei nur einer Gegenstimme von Petersen höchstpersönlich!).

Erfreulich ist, daß die Durchsetzung der Unvereinbarkeitsbeschlüsse in der Fachgruppe Hochschulen nach wie vor auf breite Ablehnung stößt. Nach der Diskussion stimmten nur etwa sechs Kollegen dagegen, daß die Sitzung trotz Anwesenheit Köhlers eröffnet und ordnungsgemäß durchgeführt werde. Übrigens wurde auf dieser Sitzung Wahnschaffe mit 46 Stimmen als Fachgruppenvertreter in den Vorstand gewählt gegenüber 20 Stimmen für den Helfershelfer Petersen, Kalipke, der sich krampfhaft auf „links" zu trimmen versuchte.

Lehrerkomitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW Hessen: Tatsache! Hauptausschuß setzt Urabstimmung ab

Am 19.10. hat der Hauptausschuß der GEW Hessen erneut die schon mehrmals hinausgeschobene Urabstimmung über einen Streik verhindert.

Zur Erinnerung: Vor den Sommerferien waren angeblich vielversprechende Verhandlungsmöglichkeiten noch nicht ausgeschöpft. *„Andernfalls, so stellte Gustav Ludwig (GEW-Vorsitzender in Hessen) unter anhaltendem Beifall fest, müßten die nächsten (!) Schritte der GEW nach den Sommerferien Urabstimmung und Warnstreik sein"* („Erziehung und Wissenschaft" 7/76). Nachdem mit solchen Uraltmätzchen die Empörung der Kollegen erst einmal abgefangen war, passierte nichts. Als dann am 11.8. die Streikanträge aus den Kreisverbänden vorlagen, behauptete Frister unverfroren: *„Die hessischen Lehrer sind nicht streikbereit - schon gar nicht vor der Bundestagswahl."* Eine daraufhin in Auftrag gegebene „Umfrage" brachte der GEW-Spitze zwar einen Zeitgewinn aber auch eine Schlappe: 70 % der befragten Lehrer waren für Urabstimmung und Streik.

In dieser Lage wollte man sich fast schon zu „Schwerpunktstreiks" bequemen, da kam gerade noch rechtzeitig die Erleuchtung: Helaba–Osswald soll nicht umsonst zurückgetreten sein. Einzige Begründung für die Absetzung der Urabstimmung war die *„veränderte Situation nach dem Rücktritt der Landesregierung"*.

Gustav „Schläft-noch" Ludwig in der Hessischen Lehrerzeitung Okt. 76: *„Es bestehen neue Möglichkeiten, die verantwortlichen Politiker dieses Landes an den Verhandlungstisch zu zwingen (!) und damit ein partnerschaftliches, Zusammenarbeiten(!) zwischen GEW und Regierung zugunsten von Schule und Lehrerschaft zu begründen."* Wie gehabt - siehe oben. Die hessischen Lehrer werden sich so dummdreist nicht mehr lange an der Nase herumführen lassen. Zahlreiche Proteste u.a. vom Bezirksvorstand Frankfurt und insbesondere aus dem Junglehrerbereich und den Studienseminaren zeigen, daß der Kampf um den Streik nicht aufgegeben wird.



Das drastische Lehrstück aus Hessen hat auch in anderen Landesverbänden einschlägige Erfahrungen wieder aufgefrischt. So schickte die Hamburger Fachgruppe Gymnasien eine Solidaritätserklärung an die streikbereiten Kollegen in Hessen, in der die Fachgruppe sich ihrerseits vornimmt, *„im Rahmen der Hamburger Aktionswoche verstärkt die Forderung nach einem Warnstreik gegen Sparmaßnahmen, Lehrerarbeitslosigkeit und Repression zu propagieren."*

Mittlerweile klappt für Gustav Ludwig die „partnerschaftliche Zusammenarbeit zwischen GEW und Regierung" schon wie geschmiert: Ab 1. November ist er Oberschulrat. DGB-Chef Clauss, der mit massiven Drohungen gegen den Lehrerstreik vorgegangen war, brachte es entsprechend sogar zum Sozialminister. Wir gratulieren aufrichtig zu den neuen Podesten – man sieht doch besser, wo einer steht.



ausländische Arbeiter in der BRD

Westdeutscher Verfassungsschutz unterstützt faschistische „MHP"

Offenbar aufgrund von Berichten des „Türkischen Europakomitee für Frieden und Freiheit" (TBOEK) veröffentlichte die bürgerliche Presse Mitte Oktober eine Meldung, die eindeutig ein direktes Zusammenspiel zwischen türkischen Faschisten und dem westdeutschen Verfassungsschutz dokumentiert. Danach rühmt sich der in Köln lebende Enver Altayli, der als Generalinspekteur der europäischen Organisation der faschistischen „MHP" („Partei der Nationalistischen Bewegung") gilt, seine glänzenden Beziehungen zu Behörden und Polizei in der BRD. *„Er kann Unterlagen des Verfassungsschutzes vorlegen, die mit ‚VS-vertraulich, dienstlich geheim' versehen sind und offenbar aus dem türkischen Ministerium seines Vorsitzenden Türkesch stammen"* („FR", 8.10.76).

Die „MHP" und ihre paramilitärisch ausgebildete Jugendorganisation „ÜLKÜCÜ GENCLER" („Junge Idealisten"), die sich selbst mit Vorliebe die „Grauen Wölfe" nennt, stehen in der vordersten Reihe der faschistischen Mörderbanden, die in den letzten 19 Monaten in der Türkei über 60 oppositionelle Gewerkschafter, Sozialisten und Studenten ermordet haben. Die gleichen Mörderbanden sind es, die auch in der BRD linke und demokratische Türken terrorisieren:

- So wurde 1974 in Hamburg-Norderstedt Neset Danis von türkischen Faschisten ermordet.
- In Mühlheim wurde ein Türke mit Messerstichen verwundet, weil er ein Bild des republikanischen Parteichefs Ecevit an der Wand hängen hat.
- In Rüsselsheim wurden die Büroräume des türkischen Arbeitervereins verwüstet.
- In Düsseldorf und Frankfurt wurden türkische Kollegen verprügelt, weil sie liberale Zeitungen lesen.
- In Remscheid erpreßten türkische Faschisten Austrittserklärungen aus der Gewerkschaft.

Diese bekanntgewordenen Fälle sind allerdings nur ein winziger Teil des tatsächlichen Ausmaßes des Terrors der türkischen Faschisten in der BRD. Denn erstens ist den oppositionellen Türken die Inaktivität der westdeutschen Polizei gegenüber Faschisten bekannt, so daß die meisten Terrorakte überhaupt nicht gemeldet werden, und zweitens setzen die westdeutschen Staatsschutzorgane alles daran, um den Terror der türkischen Faschisten systematisch zu verschleiern. So erklärte das nordrhein-westfälische Innenministerium, daß hinter den 156 bekanntgewordenen Gewalttaten unter Türken in diesem Bundesland *„ein politischer Hintergrund nicht deutlich erkennbar sei"* und auch das hessische Innenministerium kann in der Verwüstung der Büroräume des Arbeitervereins in Rüsselsheim *„keine politischen Motive sehen"* („Frankfurter Neue Presse", 9.10.76).

Aufgrund der Unterstützung und Duldung durch Polizei und Verfassungsschutz konnte sich die „MHP" in Westdeutschland erheblich ausdehnen. Nach Angaben des Bundesinnenministeriums gibt es in der BRD sechs autonome Sektionen der „MHP" mit 50 Ortsgruppen, ca. 3.000 Mitgliedern und einem „erheblich größeren" Sympathisantenkreis, was sich auch an der Auflage der Faschistischen Zeitung „Tercüman" ablesen läßt, von der in Frankfurt 65.000 Exemplare gedruckt werden und die öffentlich durch den Zeitschriftenhandel vertrieben wird. Die Ortsgruppen der „MHP", die von den westdeutschen Behörden als „harmlos" eingeschätzt werden, tarnen sich meist als Korankurse, Kultur- oder Sozialvereine.

So u.a. als

- „Türkischer Kulturverein in Saarbrücken und Umgebung"
- in Nürnberg-Fürth als „Revolutionäres Friedenskomitee"
- in Stuttgart als „Islamischer Verein"
- und in Frankfurt als „Verein für den Bau und Unterhaltung der Fatih-Moschee" (Klingerstr. 8).

Unterstützt werden die türkischen Faschisten darüberhinaus von Kreisen der islamischen Kirche. So wurde z.B. in der Frankfurter Fatih-Moschee gepredigt: *„Wer einen Kommunisten tötet, kommt in das Paradies"*, derselben Moschee, die auch im Verdacht steht, „enge Beziehungen" zu „US-Personen" zu unterhalten, wie sich „die tat" in bekannt vorsichtiger Weise ausdrückte („die tat", 5.3.76).

Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

schen Faschisten ermordet.
– In Mühlheim wurde ein Türke mit Messerstichen verwundet, weil
Aufgrund der Unterstützung und Duldung durch Polizei und Verfassungsschutz konnte sich die
Antifa-Kommission
KB/Gruppe Frankfurt

Treffen arbeitsloser Lehrer

Treffen arbeitsloser Lehrer

Am 16./17. Oktober fand in **Heidelberg** ein Treffen von ca. 50 - 60 arbeitslosen Lehrern statt. Erschienen waren Kollegen aus Hamburg, Niedersachsen, Westberlin, Hessen und Baden-Württemberg.

Die Initiative für dieses Treffen hatte eine Gruppe aus Heidelberg übernommen, die insbesondere Teilnehmer des Frankfurter Pfingstkongresses angeschrieben hatte.

Es wurden Erfahrungen ausgetauscht und Perspektiven der Arbeit diskutiert. Dabei vertraten die Westberliner Kollegen den Standpunkt, daß die arbeitslosen Lehrer grundsätzlich n u r innerhalb der GEW arbeiten sollten.

Mit dieser These konnten sie allerdings nicht landen, da viele Teilnehmer mit ihrer Gewerkschaft überwiegend negative Erfahrungen gemacht hatten. Z.B. wurden einige ehemalige Mitglieder des AjLE (Ausschuß junger Lehrer und Erzieher) Baden-Württembergs schon vor zwei Jahren aus der GEW ausgeschlossen, da sie ohne den Segen der dortigen GEW-Fürsten zu einer Demonstration aufgerufen hatten.

Gerade im südlichen Teil Baden-Württembergs sei die GEW total CDU-versumpft; jede Aktivität junger Kollegen werde abgeblockt.

Die meisten Kollegen waren daher der Meinung, daß es im Interesse des Kampfes gegen die Lehrerarbeitslosigkeit unbedingt notwendig sei, gegebenenfalls auch ohne die GEW Veröffentlichungen herauszubringen. Erfahrungsgemäß dauert es manchmal mehrere Monate, bis die GEW-Landesvorstände auf entsprechende Vorschläge reagieren.

Die Hamburger GEW lehnte die Finanzierung einer Dokumentation arbeitsloser Kollegen zu den „Arbeitsplatzbeschaffungsmaßnahmen" ab und rief die Mitglieder sogar dazu auf, die Broschüre nicht zu vertreiben, da sie „gegen die Gewerkschaft" gerichtet sei (vgl. AK 91).

Das Treffen in Heidelberg war die erste Kontaktaufnahme der verschiedenen regionalen Gruppen. Eine selbständige Organisierung der Arbeit auf nationaler Ebene konnte noch nicht erreicht werden. Ein weiteres Seminar wird im Frühjahr stattfinden.

Nach dem Bericht eines arbeitslosen Lehrergenossen

Teilzeitbeschäftigte Lehrer organisieren sich

Flensburg. Ende September fand in der Flensburger PH erstmalig ein Treffen arbeitsloser und teilzeitbeschäftigter Lehrer statt, die in Flensburg ihr Examen gemacht hatten. Die meisten der erschienenen Kollegen haben eine nur auf ein halbes Jahr befristete Teilzeitbeschäftigung bei einem Netto-Verdienst von 768,34 DM ! Wenige allerdings haben bisher ihr „Gehalt" erhalten, obwohl sie schon seit August im Schuldienst arbeiten.

Ein Kollege berichtete: *„Nachts erhielt ich vom Schulrat ein Telegramm, daß ich mich drei Tage später in der und der Schule einzufinden hätte. Wie ich so kurzfristig dort hinziehen sollte, das konnte mir keiner sagen!"*

Überhaupt ist es so, daß die teilzeitbeschäftigten Lehrer von keinem über ihre Rechte aufgeklärt wurden. So berichtete eine Kollegin – zum Erstaunen der anderen – daß man Trennungsgeld beantragen könne. Diese Tatsache veranlaßte inzwischen die GEW-Studentengruppe, den GEW-Landesverband aufzufordern, eine Broschüre über die Rechte der teilzeitbeschäftigten Lehrer schleunigst zu erarbeiten.

Um die jungen Lehrerkollegen kräftig einzuschüchtern, hat sich das Kultusministerium etwas Besonderes ausgedacht: Es schickt seine Schulräte in die Klassen der teilzeitbeschäftigten Lehrer, um dort zu schnüffeln. Falls er sich dort „bewährt", so wird ihm eine evtl. Verlängerung seines Halbjahresvertrages in Aussicht gestellt.

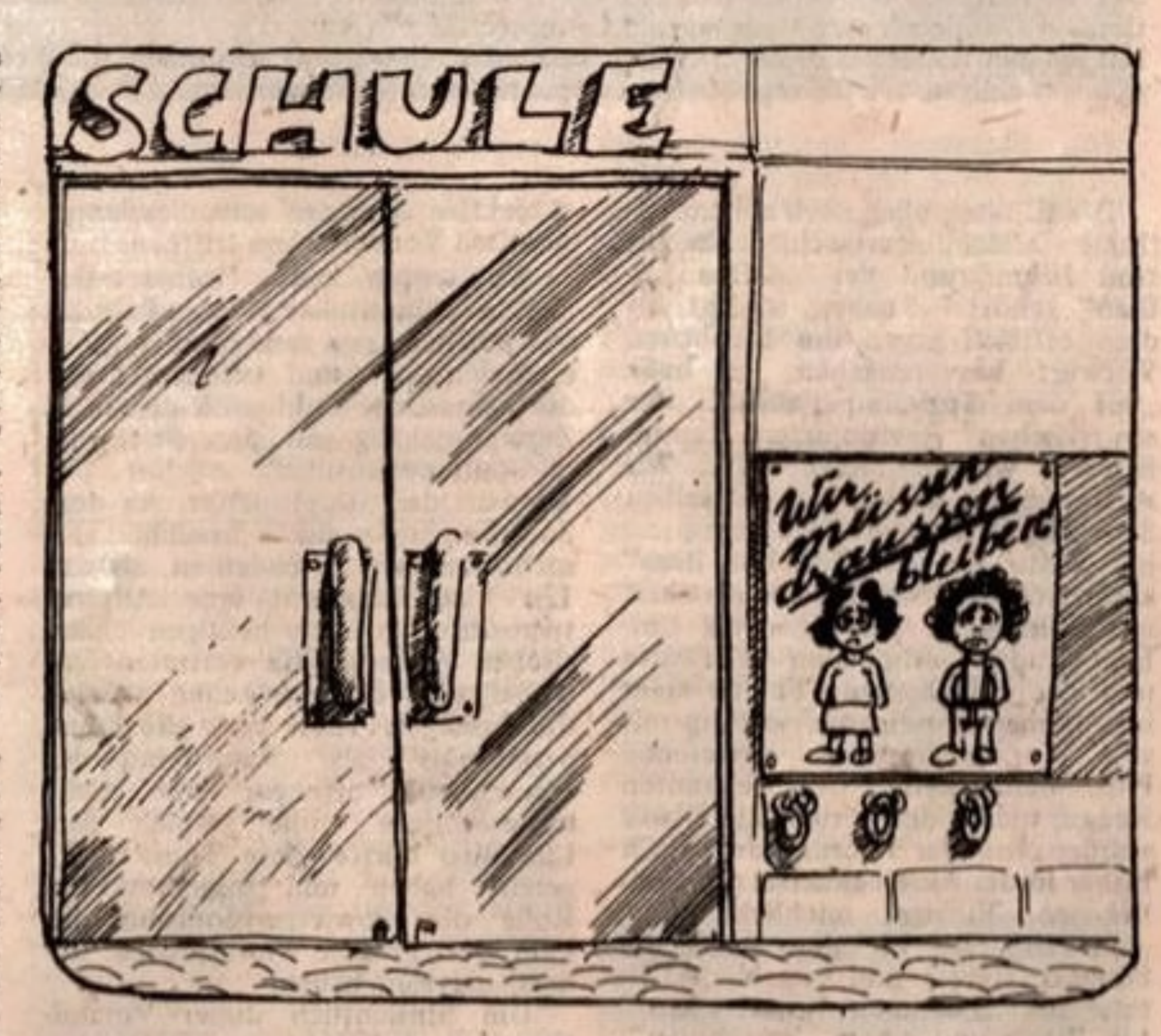
Beschlossen wurde von den teilzeitbeschäftigten Kollegen, durch Kontaktaufnahme mit anderen Kollegen der vom KuMi gewollten Isolation zu begegnen.

PH-Zelle
KB/Gruppe Flensburg

Schulbesuch für Ausländerkinder gesperrt

Mit unverhohlenem Stolz berichtete die „Welt" am 20.10.: *„Einen rigorosen Stopp für die Aufnahme von Kindern ausländischer Staatsbürger in Schulklassen des Bezirks will die Spandauer Schulbehörde verhängen. Der Anteil von Ausländerkindern in den Klassen soll in Zukunft zwanzig Prozent der Schülerzahl nicht übersteigen. Diese Empfehlung des Ausschusses für Schulwesen liegt heute der Bezirksverordnetenversammlung zur Abstimmung vor."* Volksbildungs(-verbots)stadtrat Helmut Schleusener (SPD) erklärte denn auch gleich, daß er die Zustimmung zu der 20 % Klausel der Abgeordneten praktisch bereits in der Tasche habe, *„mit der Spandau als erster der 12 Westberliner Bezirke ein drückendes (!) Problem lösen will"*.

Die Lynar-Grundschule in Spandau war ihnen schon lange ein Dorn im Auge, denn dort hatten besonders viele ausländische Eltern ihre Kinder zur Schule angemeldet, weil es dort Lehrer mit türkischen und jugoslawischen Sprachkenntnissen gibt. Dabei hatten die Kinder in vielen Fällen einen stundenlangen Schulweg auf sich genommen, denn Spandau liegt sehr weit von der Stadtmitte entfernt, weil die Lehrer dort ihnen übersetzen können, was sie nicht verstehen. Ein solcher Unterricht, in dem deutsche und ausländische Kinder gemeinsam lernen und auf ihre Sprachschwierigkeiten Rücksicht genommen wird, ist aber vom Senat nicht vorgesehen, sondern die Kinder werden höchstens in „reinen Ausländerklassen" unterrichtet. 30 % der Kinder sind in solchen Klassen abgesondert. Ein gemeinsamer Unterricht von ausländischen und deutschen Kindern würde es aber erfordern, daß viel mehr Lehrer türkisch, jugoslawisch oder arabisch sprechen könnten.



Das aber ist den Herren Senatoren zu teuer und wenn die ausländischen Kinder 20 % der Klasse nicht übersteigen, braucht man nicht groß Rücksicht auf sie zu nehmen. Gleichzeitig knüpfen die Sparschweine demagogisch an der Sorge der Eltern über die zu großen Klassen und die schlechten Unterrichtsbedingungen an und versuchen, mit dieser Maßnahme den ausländischen Eltern die Schuld dafür in die Schuhe zu schieben. Gleichzeitig schüren sie in Nazimanier die Angst vor der „Überfremdung": *„In den meisten Berliner Bezirken gibt es Schulklassen, die über dem von Spandau angestrebten Prozentsatz liegen. Und das nicht nur in den Gastarbeitervierteln von Tiergarten, Kreuzberg und Wedding."* (!) („Welt", 20.10.)

Die Situation wird sich für ausländische Kinder in den nächsten Jahren noch rapide verschlechtern, da Westberlin durch die Einreisemöglichkeit über die DDR trotz Einreisestopp für „Gastarbeiter" in der BRD und Westberlin immer letzte Hoffnung vieler tausender Arbeiterfamilien aus dem Ausland sein wird. Selbst die Schulverwaltung rechnet bis 1982 mit einer Verdoppelung der ausländischen Schüler in Westberlin.

KB/Westberlin
AG ausländische Kollegen

Es lebe der Sieg im Volkskrieg!

Nochmals zur ›Affäre Lin Biao‹

Die kürzlich erfolgte Ausschaltung der vier führenden Vertreter der „Linken" im Politbüro des ZK der KP Chinas (Wang Hung-wen, Yao Wen-yüan, Dschang Tschun-tjiao und Djiang Tjing) fordert u.a. auch zur nochmaligen Reflexion der „Affäre" um den früheren Verteidigungsminister Lin Biao heraus, der während der Großen Proletarischen Kulturrevolution (1966-68) insbesondere mit Djiang Tjing (der Ehefrau Mao Tse-tungs) eng zusammengearbeitet hatte.
Lin Biao, vom IX. Parteitag der KPCh (April 1969) als Stellvertreter des Parteivorsitzenden Mao bestätigt und ausdrücklich zu dessen Nachfolger bestimmt, starb im September 1971 unter bis heute nicht völlig geklärten Umständen. Angeblich stürzte er mit dem Flugzeug ab, als er nach einem gescheiterten Putschversuch zu fliehen versuchte. Der X. Parteitag der KPCh (August 1973) brandmarkte Lin als „bürgerlicher Karrierist, Verschwörer, konterrevolutionärer Doppelzüngler, Renegat und Landesverräter" (Anm. 1).
Mit einigen Aspekten dieser „Affäre" beschäftigten wir uns schon in AK 78 (11.4.76). Dieser Artikel nun soll sich mit einigen außen politischen Aspekten und Wirkungen der „Affäre Lin Biao" befassen.

Daß tatsächlich auch außenpolitische Meinungsverschiedenheiten zum Hintergrund der „Affäre Lin Biao" gehört haben, scheint aus dem offiziell gegen ihn erhobenen Vorwurf hervorzugehen, er habe **„vor dem Sozialimperialismus der sowjetischen Revisionisten kapitulieren"** wollen (Anm. 2). Wir stehen dabei jedoch vor denselben Schwierigkeiten, die insgesamt bis heute die „Affäre Lin Biao" kennzeichnen: Nämlich die Plattheit und Dürftigkeit der gegen die Lin-Biao-Gruppe erhobenen Vorwürfe und das vollständige Fehlen einer inhaltlichen Auseinandersetzung mit von ihm nachprüfbar vertretenen Positionen. Keine der bekannten Reden, keiner der Artikel Lin Biao's wurden von der Führung der KPCh bisher in die Auseinandersetzung einbezogen. Einzige, reichlich trübe „Quellen", auf die sich bisher die Polemik stützt, sind angebliche Zitate aus „geheimen Notizbüchern" Lin Biao's und einem „Putschplan", betitelt „Übersicht über das 'Projekt 571' ". **Es hat im übrigen ganz den Anschein, als ob derzeit die Polemik gegen Wang Hun-wen, Yao Wen-yüan, Dschang Tschun-tjiao und Djang Tjing auf einem ähnlich miserablen Niveau geführt wird.**

Nicht einmal der Hinweis fehlt jetzt, die „Linken" hätten in Bezug auf die Außenpolitik „Kapitulantentum und Landesverrat" begangen.

Es liegt auf der Hand, daß die Behauptung , Lin Biao habe **„vor dem Sozialimperialismus kapitulieren"** wollen und habe **„China in eine Kolonie des Sozialimperialismus der sowjetischen Revisionisten verwandeln"** wollen (Anm. 3) nicht das subjektive Anliegen seiner außenpolitischen Vorstellungen trifft.

Wir wissen heute (insbesondere aus der chinesischen Angola-Politik), mit welchen krass verzerrenden „Vereinfachungen" und offenen Lügen die chinesische Publizistik gerade in Zusammenhang mit dem Stichwort „Sozialimperialismus" arbeitet. Der Vorwurf der „Kapitulation vor dem Sozialimperialismus" braucht also nichts anderes zu bedeuten, als daß **Lin Biao insgesamt eine Alternativposition** zu der heutigen chinesischen Außenpolitik vertreten hat, wobei auch die inzwischen offiziell durchgesetzte These vom „Sozialimperialismus" als **„Hauptfeind der Menschheit"** offenbar eine nicht unwesentliche Rolle gespielt hat. Lin Biao dürfte diese These nicht geteilt haben und insgesamt die Rolle des Sowjetrevisionismus im Feld der 'großen Widersprüche' anders analysiert haben.

Um hinsichtlich dieser Vorstellungen einen Schritt aus dem Bereich der reinen Spekulation hinauszukommen und den realen Hintergrund der Auseinandersetzungen etwas aufzuhellen, **bieten sich zwei Ansatzpunkte an:**

a) Eine Untersuchung der Veränderungen in der chinesischen Außenpolitik in Zusammenhang mit der Ausschaltung der Lin Biao-Gruppe.

b) Eine Konfrontation der von Lin Biao in seiner bedeutendsten Schrift „Es lebe der Sieg im Volkskrieg" 1965 (Anm. 4) entwickelten globalen Strategie mit der aktuellen Strategie der chinesischen Außenpolitik.

Die Frage des Hauptfeinds

1965, in seinem Artikel „Es lebe der Sieg im Volkskrieg", ging Lin Biao ganz eindeutig und grundlegend von der Einschätzung aus, daß der US-Imperialismus der Hauptfeind im Weltmaßstab, der **„bösartigste Feind aller Völker der Welt"** sei (Anm. 5). Das stand völlig im Einklang mit der damals von der KP Chinas verfolgten Außenpolitik.

Zu einer außenpolitischen Umorientierung führten die Besetzung der CSSR durch Truppen des Warschauer Pakts im August 1968 und die blutigen Grenzzwischenfälle am Ussuri im Frühjahr 1969. Seit dem August 1968 sprachen chinesische Politiker vom „sowjetischen Sozialimperialismus" (Anm. 6). Der Versuch einer theoretischen Begründung dieses Begriffs wurde mit dem Artikel „Leninismus oder Sozialimperialismus" nachgeliefert, den die



Genosse Lin Biao

drei wichtigsten chinesischen Zeitungen am 22. April 1970 veröffentlichten.

In seiner Rede auf dem IX. Parteitag der KPCh (April 1969) behandelte Lin Biao US-Imperialismus und Sowjetrevisionismus (von „Sozialimperialismus" sprach er nicht) als gleichrangige Feinde im Weltmaßstab, hielt aber zugleich an der Formulierung fest, daß der US-Imperialismus *„der bösartigste Feind der Völker der ganzen Welt"* sei (Anm. 7).

Im Frühjahr 1970 verschärften die US-Imperialisten ihren Indochina-Krieg und überfielen Kambodscha. Die chinesische Führung reagierte darauf mit einer Verstärkung ihrer politischen und materiellen Solidarität mit den Völkern Indochinas. Gleichzeitig traten die Angriffe auf den US-Imperialismus wieder stärker in den Vordergrund, während die Polemik gegen den Sowjet-Revisionismus vorübergehend etwas abgeschwächt wurde. Ausdruck dieser Phase ist der Aufruf Mao Tse-tungs **„Völker der ganzen Welt, vereinigt euch, besiegt die USA-Aggressoren und alle ihre Lakaien"** (20. Mai 1970). Noch im Juni 1970 bezeichnete Li Hsiän-niän (Mitglied des Politbüros des ZK der KPCh, heute offenbar einer der engsten Bundesgenossen von Hua Guo-feng) in einer Rede den US-Imperialismus als den *„bösesten Feind der Völker der ganzen Welt"* (Anm. 8). Daß Tschu En-lai im Juli 1970 erstmals (gegenüber einem französischen Journalisten) den Begriff der „zwei Supermächte" öffentlich gebrauchte (Anm. 9), läßt auf eine weitere Umorientierung in diesem Zeitraum schließen. Vom US-Imperialismus als Hauptfeind war nicht mehr die Rede.

Die neue These, daß die Sowjetunion die „gefährlichere" der beiden „Supermächte" sei, wurde seit dem Sommer 1972 (genauer: etwa seit Ende August) explizit und öffentlich vertreten (Anm. 10). Diese These war zuvor durch eine längere Diskussion vorbereitet worden, die sich auch in veröffentlichten Artikeln widerspiegelt (Anm. 11). Generell ging es dabei um die allgemeine historisch ungleichmäßige Entwicklung des Imperialismus und um die These, daß der „Sozialimperialismus" eine „aufsteigende Supermacht" sei, während der US-Imperialismus eine „absteigende Supermacht" sei.

Es ist rückblickend ziemlich eindeutig, daß der Beginn der Diskussion um die „Hauptfeind"-These zeitlich (und aller Wahrscheinlichkeit nach auch politisch) in engem Zusammenhang mit der Ausschaltung der Lin Biao-Gruppe steht. Der Sinn der Behauptung, Lin habe „vor dem Sozialimperialismus kapitulieren" wollen, scheint dadurch etwas aufgehellt zu werden.

Die Umorientierung der chinesischen außenpolitischen Strategie auf den „Hauptfeind Sozialimperialismus" beinhaltete zugleich eine diplomatische und politische „Annäherung" an die europäischen Imperialisten und letztlich sogar an den US-Imperialismus selbst. Die chinesische Führung rechtfertigt die imperialistischen Kriegsvorbereitungen als Ausdruck von „Wachsamkeit" und ermuntert sie ausdrücklich. Ebenso beinhaltet diese Umorientierung eine „Annäherung" auch an reaktionäre, pro-imperialistische Staaten und Schichten der Dritten Welt und ein neues Verständnis von „Einheit der Dritten Welt", bei dem praktisch die Widersprüche zwischen unterdrückenden und unterdrückten Klassen, zwischen fortschrittlichen und reaktionären Staaten in der Dritten Welt unter den Tisch fallen bzw. nur noch unter dem „Hauptfeind"-Aspekt behandelt werden (Unterstützung der anti-sowjetischen Kräfte).

Eine Reihe folgenschwerer Entscheidungen

Erster Ausdruck der sich anbahnenden Umorientierung waren eine Reihe von außenpolitischen Entscheidungen, u.a. zu den Ereignissen auf Ceylon, im Sudan, in Pakistan bzw. zwischen Indien und Pakistan; dann im weiteren Sinn die diplomatische Vorbereitung des Nixon-Besuches und die Neueinschätzung der EG sowie die Änderung des Verhältnisses zu Jugoslawien. Alle diese Vorgänge fallen mehr oder weniger in das Jahr 1971, also in die Zeit kurz vor und kurz nach der Ausschaltung der Lin Biao-Gruppe.

Aus den bisher für uns zugänglichen **dürftigen chinesischen Materialien zur „Affäre Lin Biao" geht hervor, daß es auf dem Luschan-Plenum** (dem 2. Plenum des IX. ZK der KPCh) Ende August/Anfang September 1970 erstmals zu Auseinandersetzungen mit der Lin-Biao-Gruppe gekommen sein soll. Über die Inhalte geht aus den Materialien nichts hervor. Das nach dem ZK-Plenum veröffentlichte Kommunique (Anm. 12) enthält keinerlei Hinweise auf Widersprüche, sondern dient offenkundig nur deren Ver-

schleierung. Zu berücksichtigen ist außerdem, daß schon im Juni 1971 das letzte Erscheinen Lin Biaos in der Öffentlichkeit registriert wurde (ums Leben gekommen sein soll er erst im September).

– **US-Imperialismus**: Vom 9.-11. Juli 1971 besuchte Kissinger unter strengster Geheimhaltung die VR China, um die spätere Reise Nixons vorzubereiten, die dann im Februar 1972 durchgeführt wurde. Angebliche Äußerungen chinesischer Politiker deuten darauf hin, daß Lin Biao ein Gegner der Einladung an Nixon war (Anm. 13).

Eingeleitet worden war der Nixon-Besuch bereits Ende 1970: Der US-amerikanische Schriftsteller Edgar Snow, der schon in den 30er Jahren mit Mao Tse-tung und anderen führenden Kommunisten in Kontakt gekommen war, hatte von August '70 bis Februar '71 mehrere Monate lang die VR China besucht. Anfang November '70 wurde er in einem Gespräch von Tschu En-lai erstmals darauf hingewiesen, daß ein Besuch Nixons in China durchaus erwünscht sei. Am 10. Dezember 1970 traf Snow mit Mao zusammen, der dieses Anliegen bestätigte (Anm. 14).

Die Entscheidung über die Einladung an Nixon muß also schon vor dem November '70 gefallen sein, und falls es tatsächlich Meinungsverschiedenheiten darüber gab, so müssen sie schon in dieser Zeit diskutiert worden sein. Es liegt also durchaus nahe, sie auch mit dem Luschan-Plenum (Ende August/Anfang September) in Verbindung zu bringen.

– **Ceylon**: Im März/April 1971 wurde auf der Insel Ceylon (Sri Lanka) eine bewaffnete Revolte mehrerer Linksgruppen niedergeschlagen. Diese Revolte war durch die Verhängung des Ausnahmezustandes und Massenverhaftungen gegen die Linksgruppen ausgelöst worden. Anfang Mai waren nach offiziellen Angaben der ceylonesischen Regierung 5.000 Rebellen getötet **worden, 4.000 weitere gefangen.**

In dieser Situation richtete Tschu En-lai an die ceylonesische Präsidentin Bandaraneike ein Glückwunschtelegramm, in dem es hieß: *„Wir sind froh zu sehen, daß durch die Bemühungen Eurer Exzellenz und der Regierung von Ceylon die chaotische Situation unter Kontrolle gebracht wurde, die geschaffen wurde durch eine Handvoll Leute, die sich als Guevaristen bezeichnen und unter denen sich auch ausländische Spione befanden."* (Anm. 15).

Diese Bewertung traf sich im übrigen genau mit der der Sowjetunion und der anderen revisionistischen Staaten. In der Presse der DKP und anderer revisionistischer Parteien erschienen damals gleichfalls Hetzartikel gegen die Aufständischen.

erschienen damals gleichfalls Hetzartikel gegen die Aufständischen.

– **Sudan**: Im Sudan versuchten am 19. Juli 1971 linksgerichtete Offiziere, durch einen Putsch die Macht zu ergreifen. Am 22. Juli gelang dem reaktionären Numeiri-Regime die Niederwerfung der Revolte. Es folgte ein Blutbad gegen die Arbeiterbewegung des Sudan, von dem insbesondere die Führer und Kader der Gewerkschaften und der revisionistischen 'KP' betroffen waren.

Die chinesische Regierung unterstützte diesen schweren Schlag gegen die sudanesische Arbeiterbewegung augenblicklich, ausdrücklich und massiv. Nicht nur, daß sie erneut Glückwünsche an die Schlächter schickte und in Übernahme der Version Numeiri's von einem „sozialimperialistischen Putsch" sprach, der glücklich vereitelt worden sei; sondern darüber hinaus gab die chinesische Regierung dem Numeiri-Regime umgehend eine in dieser Situation erhebliche materielle Hilfe, die es dem Regime überhaupt erst möglich machte, ohne Rücksicht auf die Reaktion der Sowjetunion die Arbeiterbewegung zu massakrieren und jede Opposition zu zerschlagen. So wurde am 4. August – kaum zwei Wochen nach dem Massaker – bereits ein chinesisch-sudanesisches Abkommen über technische Hilfe im Werte von rund 50 Mio. Dollar abgeschlossen. Am 24. August besuchte eine sudanesische Delegation, unter Führung des „Verteidigungs"ministers, die VR China und konnte dort eine weitere Kreditzusage über 35 Mio. Dollar mitnehmen.

Im Dezember 1971 besuchte dann der Vizepräsident des Sudan die VR China, wobei er sich ausdrücklich für die chinesische Hilfe in schwerer Stunde bedankte: *„Teure Freunde, ich muß hier erwähnen, daß unser Volk und unsere revolutionären Führer immer stolz sein werden auf die mutige Haltung des chinesischen Volkes, seines militanten Führers, des Vorsitzenden Mao Tse-tung, und seiner großen Partei, die unserem Volk und unserer Revolution fest zur Seite standen während der perfiden Verschwörung und auch in den Tagen danach.*

Mit denselben Gefühlen der Bewunderung und des Stolzes wollen wir auch Ihre wirtschaftliche und militärische Unterstützung für die Demokratische Republik Sudan erwähnen. Als jene Leute, die sich unsere Freunde nannten, uns nicht unterstützten, hat Ihre Unterstützung einen positiven und bedeutsamen Einfluß in unserer Revolution ausgeübt zur Vernichtung der Verräter, Lakaien und einer Handvoll von den Gesetzen zuwiderhandelnden Personen im südlichen Teil unseres Landes" (Anm. 16).

Anzumerken ist, daß zu jener Zeit noch fast die gesamte westdeutsche Linke soviel Schamgefühl besaß, der chinesischen Haltung n i c h t zu folgen!! Die heute stramm vaterländische „KPD" rief damals zur Solidarität mit der sudanesischen Arbeiterbewegung und zum *„Sturz der Numeiri-Diktatur"* auf. Der KAB„D" (damals noch ohne das „D") brandmarkte das *„Massaker an fortschrittlichen und demokratischen Kräften"* des Sudan. Der „Arbeiterbund" (damals noch ABG) sprach vom *„Kommunistenhasser"* Numeiri (Anm. 17). Sogar das NRF Heidelberg (Vorläufergruppe des KBW) drückte durch die Hand seines Führers J. Schmierer seine Kritik am Vorgehen des Numeiri-Regimes aus und sprach von einem möglichen **„Fehlurteil"** der chinesischen Regierung (Anm. 18).

– **Bangla Desch**: Ende März 1971 wurde der unabhängige Staat Bangla Desch (vormals Ostpakistan) proklamiert. Anfang April folgte eine militärische Invasion durch die pakistanische Zentralregierung. Die pakistanischen Truppen errichteten ein blutiges Terror-Regime und verursachten Massaker unter der Bevölkerung.

Schließlich nahm die indische Regierung im Dezember 1971 die Situation zum Vorwand, um mit massiver materieller und politischer Rückendeckung der Sowjetunion in Ostpakistan einzumarschieren. Unter Indiens „Schirmherrschaft" wurde erneut der Staat Bangla Desch ausgerufen.

Die chinesische Regierung, Pakistans wichtigster Verbündeter, nahm zunächst eine Haltung wohlwollender Neutralität ein (die militärische Besetzung von Bangla Desch durch die Zentralregierung und die Massaker seien eine **„innerpakistanische Angelegenheit"**), ging jedoch später, bei der Zuspitzung des Konflikts, zur vorbehaltlosen Unterstützung des pakistanischen Regimes gegen die *„Separatisten"* von Bangla Desch über und verteidigte ausdrücklich die *„nationale und staatliche Einheit"* Pakistans.

Pakistans.



Snow (hier am 1.10.70 in Peking) überbrachte Maos Einladung an Nixon

Pakistan ist alles andere als ein fortschrittlicher und antiimperialistischer Staat. Aber seine Gegnerschaft zu Indien (eine Hinterlassenschaft der Politik des britischen Kolonialismus) brachte Pakistan schon früh recht eng an die Seite der VR China. Trotz gleichfalls sehr herzlicher Beziehungen zum US-Imperialismus erhielt die pakistanische Regierung traditionell auch von der VR China eine beträchtliche und allseitige (auch militärische) Hilfe.

Vom Standpunkt des Proletarischen Internationalismus aus sind die Klassenkämpfe in anderen Ländern keine „innere Angelegenheit" dieser Länder. Zur Frage des Selbstbestimmungsrechts der Völker – und darum ging es im Falle Bangla Desch – haben die Kommunisten seit Lenin einen klar definierten Standpunkt: Sie unterstützen prinzipiell dieses Recht, einschließlich des Rechts eines Volkes auf Lostrennung von einem Staat. Diesem Prinzip folgte die VR China beispielsweise im Falle Biafras, indem sie dessen Loslösung von Nigeria (1967/68) unterstützte.

Der Begriff der „inneren Angelegenheit" gehört in den Bereich der Diplomatie, der Beziehung zwischen Staaten, nicht aber in die politische Entscheidungen einer Kommunistischen Partei. Das heißt, China beschränkte sich sozusagen darauf, zum Bangla Desch-Konflikt vom Standpunkt der Diplomatie aus Stellung zu nehmen, nicht aber auch vom Standpunkt des Marxismus-Leninismus und des Proletarischen Internationalismus aus. Indem die chinesische Regierung schließlich offen zu dem Konflikt Stellung nahm – nämlich g e g e n die „Separatisten" und f ü r die pakistanische Zentralregierung – gab sie auch die formale diplomatische „Zurückhaltung" auf und bezog klar Partei, damit auch Partei gegen die Prinzipien des Marxismus-Leninismus in der Frage des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Die Sowjetunion, die im Falle von Bangla Desch als angebliche Verteidigerin des Selbstbestimmungsrechts der Völker auftrat, hatte ihrerseits im Biafra-Konflikt die nigerianische Zentralregierung unterstützt. Die Sowjetrevisionisten diffamieren heute auch die Befreiungsbewegung des Volkes von Eritrea als „separatistisch" – während die chinesische Regierung es vorzieht, sich zu diesem Thema offiziell ebenso auszuschweigen wie zum Freiheitskampf des Volkes der Westsahara unter Führung der Frente POLISARIO.

Die chinesische Haltung zum Putsch und Blutbad im Sudan 1971 zeigt bereits am klarsten das Muster späterer Verhaltensweisen – Reduzierung bestimmter fortschrittlicher Kräfte auf die Rolle einer „5. Kolonne Moskaus", insofern schärfste Verurteilung dieser Kräfte und Unterstützung ihrer Gegner. Es ist dies schon genau dieselbe Konstellation, die heute die chinesische Führung beispielsweise auch zu Freunden der portugiesischen Reaktion und des Präsidenten Eanes macht. Auch die chinesische Haltung zum Bangla Desch-Konflikt war – abgesehen von anderen Faktoren (traditionelle Feindschaft zu Indien und Bündnis mit Pakistan) – stark von dem Kalkül geprägt, auf der der Sowjetunion entgegengesetzten Seite des Konflikts Partei zu ergreifen, unter Vernachlässigung anderer Prinzipien.

– **EG-Imperialismus**: Auch die chinesische Haltung zur EWG änderte sich im Laufe des Jahres 1971. Es hieß nunmehr ausdrücklich immer wieder, die westeuropäischen

immer wieder, die westeuropäischen

Länder müßten sich zusammenschließen, *„um der Hegemonie des US-Imperialismus entgegenzutreten"* (vom „Zusammenschluß gegen den aggressiven russischen Sozialimperialismus" war zu dieser Zeit noch nicht die Rede). Der vereinbarte Eintritt Großbritanniens in die EWG (23. Juni 1971) wurde begrüßt mit den Worten: *„Vereint zum Kampf gegen die Supermächte"*. Und weiter: *„Die Tendenz, daß sich die westeuropäischen Länder im Kampf gegen die Kontrolle und Intervention von Seiten der Supermächte vereinigen, ist stärker geworden. Das ist ein weiterer schwerer Schlag für die wankende Position des USA-Imperialismus als Oberherr in Westeuropa und versetzte ihn in eine noch größere Isolierung"* (Anm. 19). – Das war das erste Mal, daß die VR China in dieser positiven Form zur EG Stellung nahm, die sie früher korrekt als einen imperialistischen Zusammenschluß scharf angegriffen hatte.

– **Revisionismus**: 1971 änderte sich auch die Haltung der chinesischen Regierung zum revisionistischen Regime Jugoslawiens. Früher war der Standpunkt der KP Chinas gewesen: *„Auf der internationalen Bühne spielt die Tito-Clique die Rolle eines die Weltrevolution sabotierenden Sondertrupps des USA-Imperialismus... Unter dem Aushängeschild eines sozialistischen Staates bekämpft die Tito-Clique aufs wütendste das sozialistische Lager und dient als Stoßtrupp in der Hetzkampagne gegen China. Unter dem Deckmantel der ‚Blockfreiheit' und ‚aktiven Koexistenz' versucht die Tito-Clique die nationale Befreiungsbewegung in Asien, Afrika und Lateinamerika zu untergraben und dient damit dem Neokolonialismus der USA"* (Anm. 20).

Im Juli 1971 hingegen begann die chinesische Presse erstmals, lobend die *„jugoslawischen Verteidigungsanstrengungen"* zu erwähnen – nachdem schon vorher (seit der Besetzung der CSSR 1968) jede öffentliche Kritik am jugoslawischen Revisionismus eingestellt worden war.

Die lobende Erwähnung der jugoslawischen „Verteidigungsanstrengungen" wiederholte sich im August.

gungen" wiederholte sich im August.

Im Oktober 1971 berichtete die chinesische Presse relativ breit über Militärmanöver in Jugoslawien, die wieder als *„Stärkung der Verteidigung des ganzen Volkes"* zum *„Schutz seiner Unabhängigkeit und Souveränität"* gelobt wurden.

Ein weiteres bemerkenswertes (und beispielloses) Ereignis war der Besuch einer PCE-Delegation unter Führung Carillos in der VR China im Oktober/November 1971.

Die revisionistische „KP"Spaniens, PCE, steht auf dem rechten Flügel der revisionistischen„Weltbewegung". Offenbar handelte es sich um einen Versuch der chinesischen Regierung, auch zu diesen Kräften Kontakt aufzunehmen, was allerdings später nicht mehr fortgesetzt wurde.

– **BRD und Japan**: 1972, nach der Ausschaltung der Lin-Biao-Gruppe, entwickelte sich die chinesische Außenpolitik noch weiter nach rechts. Im Juli 1972 besuchte mit CDU-Schröder erstmals ein Vertreter des BRD-Imperialismus die VR China. Es folgte im September 1972 der japanische Ministerpräsident Tanaka. Beide Reisen waren der Beginn einer politisch-ideologischen Unterstützung der chinesischen Außenpolitik für die imperialistischen Kriegsvorbereitungen.

Letztmals im Herbst 1970 waren in der chinesischen Presse Artikel erschienen, in denen grundlegend das aggressive und expansionistische Wesen des westdeutschen und japanischen Imperialismus und ihre Rolle als Juniorpartner des US-Imperialismus angegriffen wurde. Seit den Besuchen Schröders und Tanaka's hingegen fehlte jede derartige Polemik. Stattdessen wurde immer deutlicher deren „Wachsamkeit gegenüber der sozialimperialistischen Supermacht" gepriesen.

Wird fortgesetzt („Zwei Zwischenzonen" und „drei Welten"; „Vom Lande her die Städte einkreisen"; Volkskrieg contra „Einheitsfront") !

Die Grenzprovokationen der Sowjetunion am Ussuri begünstigten die Umorientierung der chinesischen Außenpolitik – hier chinesische Soldaten mit einem abgeschossenen Panzer der sowjetischen Eindringlinge.

Anmerkungen:

1. Rede Tschu En-lai's, „Peking Rundschau" Nr. 35-36/1973
2. „Auf den Kopf gestellte Philosophie und Restauration des Kapitalismus", Hongqi 12/1973, nach „Peking Rund-

2. „Auf den Kopf gestellte Philosophie und Restauration des Kapitalismus", Hongqi 12/1973, nach „Peking Rund-

schau" Nr. 4/1974
3. „Den Kampf zur Kritik an Lin Biao und Konfuzius bis zum Ende führen!" Renmin Ribao, 2.2.74, nach „Peking Rundschau" Nr. 6/1974
4. Erstmals erschienen am 3.9.65 in der Renmin Ribao
5. Deutsch, Peking 1965, S. 58
6. Erstmals Tschu En-lai am 23.8.68, während eines Empfangs anläßlich des rumänischen Nationalfeiertages, siehe „Peking Rundschau" Nr. 34/1968
7. „Peking Rundschau" Nr. 18/1969
8. „Peking Rundschau" Nr. 27/1970
9. Am 14. Juli 1970, siehe „Peking Rundschau" Nr. 31/1970. Wörtlich sagte Tschu: „Obwohl China und Frankreich unterschiedliche Gesellschaftssysteme besitzen, ist beiden die Unabhängigkeit teuer, und wir bekämpfen Kontrolle und Intervention von Seiten der Großmächte. Heute gibt es auf der Welt ein oder zwei ‚Super'-Mächte, die stets versuchen, mit Gewalt andere zu überwältigen, die Kleinen und Schwachen zu tyrannisieren und miteinander um die Welthegemonie zu ringen."
10. U.a. „An den Prinzipien festhalten und für die Gerechtigkeit eintreten", Renmin Ribao vom 28.8.72, in „Peking Rundschau" Nr. 35/1972
11. „Warum es notwendig ist, Weltgeschichte zu studieren", „Nochmals übers Studium der Weltgeschichte" und „Etwas Geschichte über den Imperialismus studieren", in „Peking Rundschau" Nr. 22, 24 und 25/1972
12. „Peking Rundschau" Nr. 37/1970
13. Siehe z.B. „Mao is quoted as saying Lin was killed in crash", „New York Times", 28.7.1972, wonach Mao entsprechende Vowürfe gegen Lin Biao erhoben haben soll.
14. Edgar Snow, Die lange Revolution, Stuttgart 1973
15. „Le Monde", 29.5.1971
16. „Peking Rundschau" Nr. 52/1971
17. Zitate nach „VR China – Bollwerk des Friedens", „Bolschewik" September 1971, Theoretisches Organ der „KPD/ML" (ZB).
18. „Neues Rotes Forum", Zitat nicht mehr genauer ermittelt.
19. „Vereint zum Kampf gegen die Supermächte", „Peking Rundschau" Nr. 27/1971
20. „Ist Jugoslawien ein sozialistischer Staat?", Hongqi, 26.9.63, nach „Die Polemik über die Generallinie...", Peking 1965, S. 187-188.



Frauen



Auf dem Weg zum totalen Polizei-Staat

In Bremen stand im Oktober eine Frau wegen „Beihilfe zur Abtreibung" vor Gericht. Sie hatte eine Adresse weitergegeben. Verurteilt wurde sie schließlich zu 450 Mark Geldstrafe, ersatzweise 90 Tage Haft. Der KBW hatte in bekannter Großmannssucht erklärt, den Prozeß „verhindern" zu wollen. Der Staatsapparat reagierte mit den bisher brutalsten Polizei-Einsätzen in Bremen.

14.10.: Der KBW hatte vor dem Prozeß am 15.10. zu einer Demonstration und Kundgebung aufgerufen. Es kamen etwa 250 Menschen. Vorher wurde mit etwa 50 Leuten in der Innenstadt eine Kundgebung abgehalten, die von Bullen angegriffen wurden. Ein Genosse wurde verhaftet.

15.10. vormittags: Nur etwa 35 Leute kommen in den Gerichtssaal. Es herrscht eine Atmosphäre von „Klein-Stammheim". Ohne Ausweis kommt keiner rein, danach folgt eine Körperkontrolle! Im Gerichtssaal werden vier Zuhörer wegen Störung bzw. Malen von Parolen festgenommen. Vor dem Gerichtsgebäude demonstrierten etwa 100 Leute. Mit Polizeihunden und einer wahren Prügelorgie schlagen die Bullen dazwischen. Eine Genossin muß mit Hundebissen ins Krankenhaus, mindestens drei Genossen werden verletzt. Erfreulichstes Ergebnis: der stadtbekannte Bullenhundführer Schobert legt sich auf die Fresse, ein Bulle wird vom eigenen Hund gebissen!

15.10. nachmittags: Der KBW hält eine Kundgebung mit knapp 30 Leuten in der Innenstadt ab. Wiederum greifen die Bullenschläger brutal ein. Insgesamt 16 Genossen werden verhaftet.

22.10.: Der KBW hatte zu einer regionalen Protestdemonstration aufgerufen. Etwa 400 Menschen beteiligten sich daran. Als der Demonstrationszug in eine unbelebte Gegend kommt, wird er urplötzlich überfallen. Transparente werden von den Bullen zerrissen, Transparentstangen zerbrochen, hemmungslos wird drauflosgeprügelt. Die MEK-Truppe spritzt aus nächster Nähe „chemical mace" in die Gesichter der Demonstranten.

Als sich ein Teil der Demonstranten neu formiert, blasen die Bullen vor der „Kaufhalle" zum nächsten Prügeleinsatz. Von zwei Seiten greifen sie an und prügeln noch im Kaufhaus weiter.

Auf dem angemeldeten Kundgebungsplatz wartet bereits ein massives Bullenaufgebot. Daraufhin beschließen die verbliebenen Demonstranten, zum Bahnhof zu ziehen und dort die Abschlußkundgebung abzuhalten. Bereits auf dem Weg dorthin werden Trupps von Demonstranten von Bullen angegriffen, einzelne werden verhaftet.

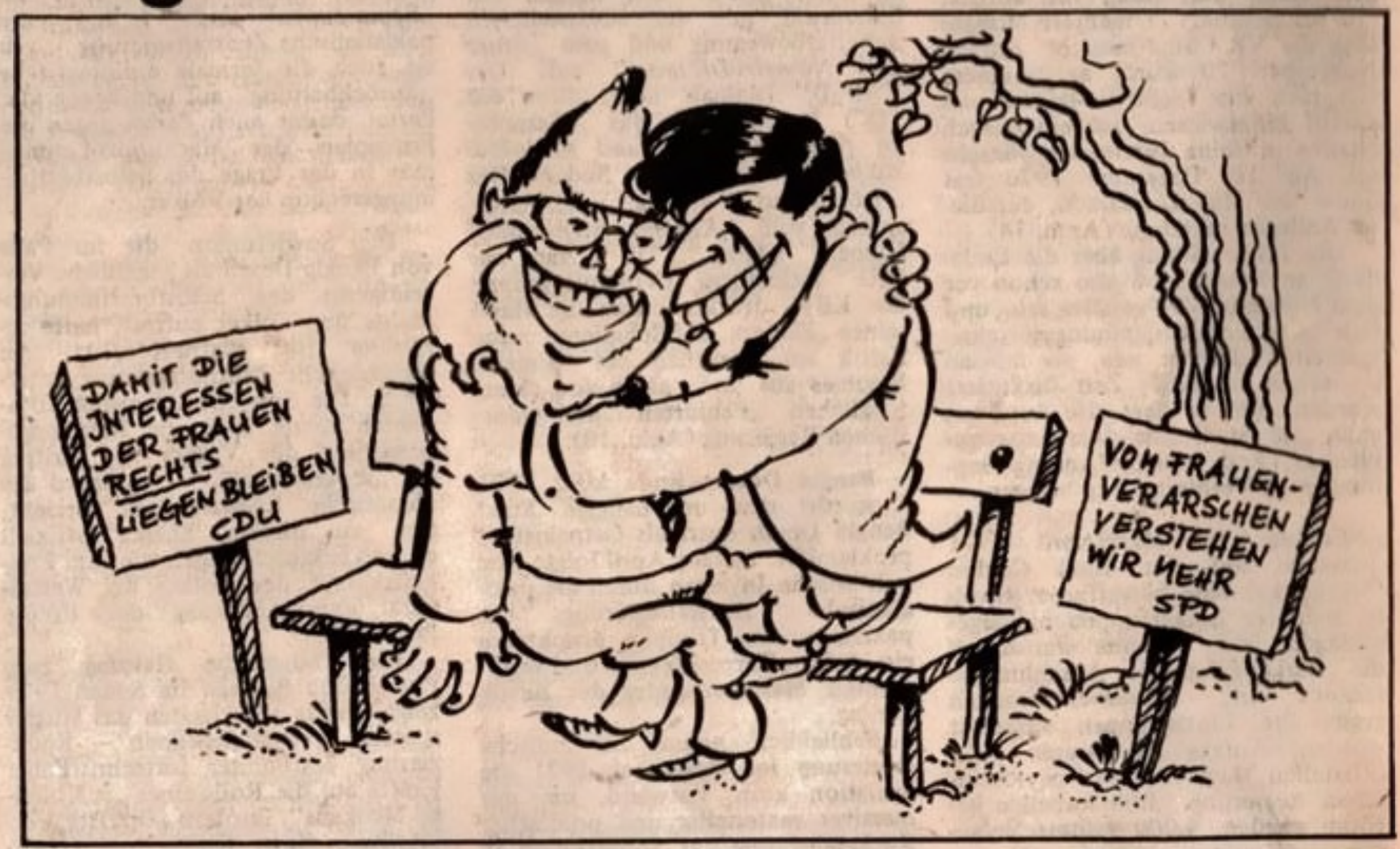
Die Frau, die wegen „Beihilfe" zur Abtreibung verurteilt wurde, ist übrigens durch die Denunziation eines gewissen Professor Niesert vor Gericht gekommen. Niesert ist Chefarzt im Rot-Kreuz-Krankenhaus! Als eines Tages eine Türkin ins Krankenhaus kam, bei der er Komplikationen aufgrund einer Abtreibung feststellte, hatte Niesert nichts Eiligeres zu tun, als die Bullen anzurufen, er habe da eine Frau, die „illegal" abgetrieben habe.

Er erstattete Anzeige, ohne auch nur ein Wort mit der Türkin gewechselt zu haben. Einen Tag, nachdem diese das Krankenhaus verließ, waren die Bullen bei ihr. So kam die ganze Sache ins Rollen.

Patienten wird viel von der ärztlichen Schweigepflicht erzählt, damit sie Vertrauen zu „ihren" Ärzten haben. Gutbezahlte Professoren wie Niesert kümmern sich einen Dreck um die ärztliche Schweigepflicht, wenn sie befürchten, daß ihnen da jemand „ins Handwerk pfuscht".

AG Frauen
KB/Gruppe Bremen

Lügen haben kurze Beine!



Zur Bundestagswahl haben alle bürgerlichen Parteien mit den tollsten Lügen und Versprechungen auf Glanzpapier und Riesenplakaten um die Frauen geworben. Um die Frauenstimmen zu werben, lohnt sich für die Parteien, denn 54% der Wahlberechtigten sind Frauen!...

CDU-Expertin Helga Wex gab die Parole aus: *„Für die Frauen muß die CDU eine unwiderstehliche Partei werden"*, und so versuchte die CDU, ihre Schnacks wie: „Damit die Fraueninteressen nicht links liegen bleiben", oder: „Politik mit Herz und Verstand" an die Frau zu bringen.

Die SPD bejubelte ihre glorreichen Taten: „Alle versprochenen Reformen" seien unter Dach und Fach, und: „Deutschland weiß Maßstäbe für Frauen zu setzen".

Die FDP wußte zu berichten, daß Freiheit angeblich weiblich sei ...

Aber anscheinend nimmt man seine eigenen rrradikalen Sprüche nicht ernst, denn wie ist sonst zu verstehen, daß auch nach dieser Bundestagswahl die Frauen im Bundestag hoffnungslos unterrepräsentiert sind? Von den 518 Abgeordneten sind nur 39 Frauen, das sind ganze 7,5%! Im einzelnen sieht das Verhältnis folgendermaßen aus: Die CDU stellt 20 weibliche Abgeordnete, das entspricht einem Verhältnis (Männer zu Frauen) von 95:5%. 15 Frauen gehören zur SPD-Fraktion (einschließlich Westberlin), das entspricht dem Verhältnis 93:7%; und von den insgesamt 39 FDP-Fraktionsmitgliedern sind 4 Frauen, das entspricht einem Verhältnis 88:12%.

Ganz sicher wäre den Interessen der werktätigen Frauen auch nicht geholfen, wenn die bürgerlichen Parteien mehr Frauen in den Bundestag schicken würden. Aber die Beibehaltung der totalen Unter-Repräsentation der Frauen sogar auf dieser Ebene zeigt doch sehr genau, daß die bürgerlichen Parteien sich nicht einmal den Anschein zu geben versuchen, als würden sie es mit ihren „Gleichberechtigungs"-Sprüchen etc. ernst meinen. Ihr Zynismus und ihre brutale Frauenfeindlichkeit sind wirklich grenzenlos!

Arbeitsgruppe Frauen
KB/ Gruppe Hamburg

Verurteilungen wegen Protest gegen § 218

Zweimal hat das Amtsgericht in München bereits kräftig gegen die Gegner des Abtreibungsparagraphen „durchgegriffen": Am 27. August fand die Verhandlung gegen zwei Genossen des KBW statt, die wegen „Hausfriedensbruch" angklagt waren. (Ihnen wurde vorgeworfen, in der U-Bahn Zettel gegen den § 218 geklebt zu haben!). Während der Verhandlung kam es zu einigen „Zwischenfällen", als Zuhörer im Zuschauerraum ihren Protest gegen das Abtreibungsverbot in Sprechchören zum Ausdruck brachten. Der Richter verhängte gegen alle 24 Zuhörer Ordnungsstrafen von drei Tagen Arrest, die sofort anzutreten seien! Die beiden Angeklagten wurden zu je 150 DM Geldstrafe verurteilt!

Weitere Proteste gab es während eines Prozesses zwei Wochen später. Hier ging es um einen Verstoß gegen das Versammlungsgesetz. Eine Genossin vom „Komitee gegen den § 218" hatte auf einer genehmigten Kundgebung, auf der 30 Leute anwesend waren, ein Megaphon benutzt, obwohl in den Auflagen des Ordnungsamtes die Benutzung des Megaphons erst bei 60 Personen genehmigt worden war.

Während der Verhandlung gab es von den Zuhörern einige Zwischenrufe. Bei der Verkündung des Urteils – die Genossin wurde zu 300 DM Geldstrafe verurteilt – protestierten einige der Anwesenden. Daraufhin ordnete der Vorsitzende an, die Personalien der „Störer" aufzunehmen und verbot, daß irgendjemand den Saal verläßt. Als die Zuhörer den Raum trotzdem verlassen wollten, war die Polizei schnell zur Stelle: Bei dem Handgemenge wurde ein Zuschauer verletzt, sechs Personen erhielten Arreststrafen von drei Tagen; drei Frauen erhielten fünf Tage Arrest, weil die bei der Störaktion vor vierzehn Tagen bereits dabei waren!

KB / Gruppe Nürnberg

Ärzte verweigern Abtreibung

Eine weitere Klinik in Bayern – das kommunale Krankenhaus in Amberg – hat beschlossen, bei sozialer Indikation keine Abtreibung vorzunehmen!

Nun sind solche Beschlüsse von Krankenhäusern und Kreistagen hier in Bayern seit längerer Zeit an der Tagesordnung, und man wird schon jetzt wahrscheinlich kein Bett für eine soziale Indikation finden. Neu an diesem Beschluß ist allerdings die Begründung: Die Chefärzte des Krankenhauses und die Oberin hätten den Eindruck, daß ein hoher Prozentsatz der Bevölkerung gegen Abtreibung bei sozialer Indikation sei! Das war bisher für die reaktionären Ärzte schon „Grund" genug, den größten Teil der Frauen, die wegen einer Abtreibung kamen, abzuweisen: Seit Juli sind ganze zwei (!!) Abtreibungen nach medizinischer Indikation vorgenommen worden! Als „Bevölkerung" scheinen diese Leute wohl nur Pfaffen, Ärzte und Richter anzuerkennen, die „einfachen Frauen" können diese schwierige Frage nach Meinung der Ärzte wahrscheinlich gar nicht beurteilen ..... (Informationen aus „Nürnberger Nachrichten" vom 22.10.).

KB / Gruppe Nürnberg

Zur Frage der „Beratungsstellen"

Der KBW führt seit einiger Zeit isolierte Aktionen gegen die sogenannten „Beratungsstellen" durch und gibt diese Aktionen als „Durchsetzung des Willens der Volksmassen" aus. Mit dieser Kampagne des KBW befaßt sich ein anderer Artikel in diesem AK.

Nebenbei behauptet der KBW auch, daß **wir** für die „Beratungsstellen", somit also auch für die Bespitzelung des Volkes durch den bürgerlichen Staat und die verschärfte Anwendung des § 218 seien, weil wir das Fehlen oder den Mangel an „Beratungsstellen" in vielen Gegenden kritisiert haben. Diese Polemik liegt auf dem beim KBW seit einiger Zeit üblichen Niveau.

Es ist so: Die „Neuregelung" des § 218 verpflichtet Frauen, die abtreiben lassen wollen, zur „Beratung". Dieses Gesetz wird von der Bourgeoisie u.a. aber dadurch unterlaufen (d.h. **noch** weiter verschärft als es der Gesetzes-Text eh schon vorsieht), daß es vielfach zu wenige oder gar keine „Beratungsstellen" gibt. Für die Frauen bedeutet das, daß sie entweder lange Zeit im Wartezimmer hocken müssen (weil die „Beratungsstellen" total überlaufen sind) oder daß sie weite Strecken zurücklegen müssen, um zur nächsten „Beratungsstelle" zu kommen. Es liegt auf der Hand, daß das Fehlen oder der Mangel an „Beratungsstellen" die Situation der Frau nicht erleichtert, sondern im Gegenteil eine zusätzliche Schikane darstellt. Wäre es anders, so müßte die Situation in Bayern oder Baden-Württemberg (wo es äußerst wenig „Beratungsstellen" gibt), als vergleichsweise beneidenswert erscheinen. Es ist aber aus der Sicht der betroffenen Frau durchaus nicht so.

Daß die „Beratungsstellen" Schnüffel- und Spitzeldienste für den bürgerlichen Staat leisten, kann durch den Mangel oder das Fehlen von „Beratungsstellen" in bestimmten Gegenden nicht verhindert werden. Im Gegenteil. Der Mangel oder das Fehlen von „Beratungsstellen" in bestimmten Gegenden stellt ein **zusätzliches** Druckmittel der Bourgeoisie gegen die Frauen dar. Daher ist es heute völlig richtig, zugleich mit dem Kampf gegen den § 218 und mit dem Kampf gegen staatliche Bespitzelung auch gegen die zusätzliche Schikane anzukämpfen, die darin besteht, daß Frauen längere Reisen bis zur nächstgelegenen „Beratungsstelle" machen und lange Wartezeiten in Kauf nehmen müssen.

Ebenso kämpfen wir dafür, daß die Ärzte und Krankenhäuser zur Abtreibung **verpflichtet** werden müssen, obwohl wir wissen, daß gerade auch diese vielfach Spitzeldienste für den bürgerlichen Staat leisten, um Frauen der Strafverfolgung auszuliefern. Damit sind wir selbstverständlich nicht für Strafverfolgung und Spitzeldienste. Vielmehr ist es so, daß wir dagegen sind, daß Ärzte und Krankenhäuser den § 218 „unterlaufen", also für eine zusätzliche Verschärfung sorgen, indem sie beispielsweise Abtreibungen nach der „sozialen Indikation" verweigern.

Für den KBW ist das wohl alles „viel zu hoch". Aber die betroffenen Frauen verstehen es recht gut!

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Leserbrief

Besondere Ausbeutung der Frau im Kapitalismus

Für die besondere Ausbeutung der Frau im Kapitalismus gibt es unzählige Beispiele. Hierzu ein weiteres Beispiel von der Firma „Schlösser" in Mengen (Baden-Württemberg).

Hier liegen die höchsten Löhne für Frauen bei DM 4,80, die niedrigsten bei DM 3,80 die Stunde. Laut Tarif müßten sie DM 6,00 / Stunde bekommen. Dies kann sich der Kapitalist gut erlauben, da es in der Umgebung sehr wenig Industrie gibt, und so die Frauen, wenn sie arbeiten wollen oder müssen, auf diesen Ausbeuter angewiesen sind. Seinen Hungerlohn benutzt er auch dazu, um aus den Frauen durch Samstagsarbeit noch mehr herauszupressen.

Wie mir eine Kollegin sagte, sind es nicht wenige, die auf die Samstagsarbeit angewiesen sind. Aber nicht nur an „Arbeitslohn" spart dieser Ausbeuter, sondern auch an Schutzmaßnahmen für die Belegschaft. So gibt es in den Fabrikationsräumen, in denen Dichtungen hergestellt werden und größere Mengen an Staub freigesetzt werden, keine Absauganlage. Es sind nicht einmal Schutzbrillen vorhanden! Ein besonders schweinisches Verhalten legen die Vorgesetzten den jugendlichen Arbeiterinnen gegenüber zu Tage, die durch „aufdringliche" Reden und sogar durch „Zugriffe" besonders schikaniert werden. Wie es um die betriebliche Gleichberechtigung der Frau in diesem Betrieb bestellt ist, erkennt man daran, daß die männlichen Kollegen bis zu DM 9,00 in der Stunde verdienen!

Einen besonderen Zynismus zeigt die Firma, wenn es darum geht, neue Arbeitskräfte einzustellen. So wirbt sie mit ihrer „guten" Bezahlung und einem „guten" Betriebsklima". Man kann nur hoffen, daß sich die Frauen dies nicht länger gefallen lassen und dem Burschen mächtig Feuer unter dem Hintern machen!

„Häutungen" Ein Weg in die Sackgasse

Das Buch „Häutungen" von Verena Stefan ist ein „Renner" in der neueren Frauenbewegung, obwohl (oder weil?) es im Grunde nicht einmal entfernt den Anspruch erheben kann, ein p o l i t i s c h e s Buch zu sein.

Im Unterschied zu Alice Schwarzer's „Kleinem Unterschied" das vergleichweise geradezu wissenschaftlich-seriös zu nennen ist, reitet „Häutungen" total auf der Welle des Gefühls und der nun endlich ausgesprochenen Empfindungen „aller" Frauen. Es soll der „Anfang einer weiblichen Literatur" sein, wie die Westberliner Uni-Frauenzeitung verkündet. Um nicht zu sagen: der weibliche Heiland der Frauen ist da und die Befreiung ist ach so nah! ...

„Diese Sprache, dieses Denken in Frage stellen heißt, das, was wir bisher erlebt haben, mit anderen Augen sehen lernen. Unsere Augen sind noch ungeübt, aber langsam wird uns der Zusammenhang klarer zwischen dem, was gesellschaftlich von uns erwartet und erzwungen wird und unserem ‚privaten' Elend, unserer Ohnmacht, unserer Unzufriedenheit" – so die Westberliner Uni-Frauenzeitung.

Es scheint, als seien diese Westberliner Frauen mit Blindheit geschlagen und noch lange nicht sehend, denn so viel man auch in V.S's Buch blättert, kein Wort von den gesellschaftlichen Ursachen der besonderen Unterdrückung der Frau!

Wir meinen im Gegenteil, daß uns Frauen mit diesem intellektuellen und lyrischen Rumgespiele mit der Sprache ein Hammer präsentiert wird: Liebe Frauen, hört auf, weiter die „sexistische" Sprache der „Männerwelt" zu benutzen, und schon werdet ihr eurer Befreiung einen großen Schritt näher gekommen sein!

Es ist leider kein übler Scherz: Tatsächlich soll der Eindruck erweckt werden, daß Revolution da-
großen Schritt näher gekommen sein!

Es ist leider kein übler Scherz: Tatsächlich soll der Eindruck erweckt werden, daß Revolution dadurch gemacht wird, daß die Frauen eine „eigene" Sprache entwickeln!

Außerdem propagiert V.S. die lesbische Liebe als wichtigsten „Hebel" für die Befreiung der Frau noch eindeutiger als Alice Schwarzer.

Wir sind nicht gegen Homosexualität oder lesbische Frauen; im Gegenteil haben wir uns im ARBEITERKAMPF immer gegen die Diskriminierung und Kriminalisierung der Homosexualität gewandt.

Aber wir kämpfen gegen die Illusion, daß man durch eine solche Lebensform dem Kapitalismus entgehen oder ihn gar überwinden kann. V.S. tauscht im Grunde nur den Partner Mann durch den Partner Frau aus. Doch weder in der Beziehung zu Männern noch in der zu Frauen fällt der Groschen, ob mit Schwanz oder ohne, ob stehend oder liegend, nicht die Stellung oder das Geschlecht ändern wirklich die Beziehungen, sondern nur das Bemühen um eine solidarische Auseinandersetzung bringen uns voran.

Weder Frauenwohngemeinschaft noch ihre Versuche, Beziehungen zu Frauen aufzunehmen, bringen V.S. letztlich die ersehnte Befreiung, aber auch dafür schiebt sie den Männern die Schuld in die Schuhe. Sie sagt, wir hängen eben noch zu sehr an den Männern, als daß wir heute schon in der Lage wären, eine Beziehung zu einer Frau einzugehen. Sie nenne das „Entzugserscheinungen".

Jedoch gerade bei der Beschreibung der Frauenbeziehungen bleibt V.S. total oberflächlich und innerhalb der reaktionären Frauenrolle: Sie beschreibt die Brüste und das Haar anderer Frauen zwar „lyrischer" (das soll die „neue Sprache" sein?), aber letztlich genauso in den Begriffen der „Männerwelt".

In einer Buchbesprechung zu „Häutungen" in der „Aachener Frauenzeitung" ist folgendes zu lesen:

Wir bewegen uns also in einem luftleeren Raum, weil einerseits (allumfassende) Beziehungen nicht mehr und zu Frauen noch nicht möglich sind. Dennoch erfahren wir über diesen Prozeß allmählich Ansätze von eigener Identität und Stärke, die groß genug sind, um den Kampf für m e n s c h l i c h e Beziehungen aufzunehmen – hier und heute".

Man höre und staune! Kaum zu glauben, daß wir ein und dasselbe Buch meinen. Den Ratschlag, daß die Frauen aktiv für menschliche Beziehungen kämpfen sollen, müssen die Aachener Frauen geträumt haben. Denn in diesem Buch wird mit keiner Silbe propagiert, daß die Frauen die Ärmel aufkrempeln müssen, um die doppelte Unterdrückung zu bekämpfen. Es wird uns Frauen nicht Mut gemacht, aktiv unsere Umwelt zu verändern, sondern Passivität ist der einzige Ratschlag! Hinter solchem Vorgehen stecken nicht die verirrten, gutgläubigen Gedanken einer Feministin (wie viele von uns bisher liberalerweise vertreten haben). Hier wird direkt ein r e a k t i o n ä r e r Einfluß ausgeübt. Und wenn man sich ansieht, wie dieses Buch in die Frauenbewegung und auch linke Kreise eingeschlagen hat, dann wird die Gefahr noch deutlicher.

Im Zusammenhang mit der Beschreibung einer Beziehung zu einem Farbigen sagt V.S.: *„Sexismus geht tiefer als rassismus als klassenkampf"*.

Mit sexuellen Schwierigkeiten sind sicher auch bürgerliche Frauen konfrontiert. Trotzdem wäre es falsch zu meinen, daß sie deshalb auch genauso unterdrückt werden wie proletarische Frauen. Wenn man aber wie V.S. davon ausgeht, dann kommt man sehr schnell dazu, zu sagen, daß alle Frauen gleich sind.

Letztendlich fällt Verena Stefan mit ihren Ansichten voll auf den Kapitalismus herein und unterstützt ihn sogar noch. Wem nützt es mehr als dem Kapitalisten, wenn die Menschen nicht in der Lage sind, in ihren Beziehungen gemeinsam die Probleme anzupacken, sondern nur mit dem Hin und Her ums Bumsen beschäftigt sind?

Durch eine politische Beziehung werden wir gestärkt, unsere Interessen am Arbeitsplatz usw. zu vertreten! Eine politische Beziehung aber bedeutet ja gerade, dem Mann aufzuzeigen, daß die Frauen eine doppelte Unterdrückung erfahren. Wenn man V. Stefan liest, kriegt man jedoch den Eindruck, daß es keine Belastung durch Haushalt und Kinder, sowie miserable Arbeitsbe-

Wenn man V. Stefan liest, kriegt man jedoch den Eindruck, daß es keine Belastung durch Haushalt und Kinder, sowie miserable Arbeitsbe-

dingungen und schlechtere Bezahlung für die gleiche Arbeit gibt! Mit keinem Wort greift sie die reaktionäre Politik dieses Staates um Pille und Abtreibung an. Bei ihr sind die Frauen eben n u r durch die Sexualität bzw. die Männer unterdrückt, darum kreist alles.

Und natürlich wird diese Unterdrückung in den „linken mackerorganisationen" unbeschränkt fortgeführt, meint zumindest V.S., und die Aachener sowie die Westberliner Uni-Frauenzeitung saugen das in sich auf wie ein gefundenes Fressen. Zweifellos gibt es frauenfeindliche und blasierte Typen, wie Verena Stefan sie beschreibt, auch in linken Organisationen. Aber bei ihr dienen diese Beispiele nur dazu, um Resignation vor jeder gesellschaftsverändernden und sozialistischen Perspektive zu verbreiten und die Frauen auf das Schmoren im eigenen Saft, lyrisch gedrechselte Selbstbetrachtung und Individualismus zu orientieren.

Wenn diese nostalgische Rückbesinnung auf eine „neue Innerlichkeit" und Sprachkünstelei a la Rilke nicht bloß bei politisch durchaus bewußten Frauen aus der Frauenbewegung, sondern sogar bei manchen Linken zunächst mal „einschlagen" konnte, dann zeigt das zum einen die menschliche Verelendung, in der sich gerade auch viele politisch sensibilisierte Menschen unter kapitalistischen Verhältnissen befinden, und zeigt zum anderen den Sumpf, in den die linke Bewegung bei einem Abflachen der Massenkämpfe und zeitweisen Rückschlägen, leicht geraten kann. Was hier angepriesen wird, ist das Rauschgift des Rückzugs ins Private, der maßlosen Selbstbeschäftigung mit dem eigenen „Ich", des Waffenstillstands mit den herrschenden Verhältnissen.

Die Westberliner Frauenzeitung „Courage" hat einen Artikel zu „Häutungen" veröffentlicht, der sich speziell mit der „neuen Sprache" von Verena Stefan beschäftigt und diese elegant „auseinandernimmt". Wir hätten, als Ergänzung zu unserem Artikel, gern den Artikel der „Courage" abgedruckt. Dazu wollten uns leider die Frauen von der „Courage" die Genehmigung nicht geben. Wer sich aber für das Thema mehr interessiert, dem empfehlen wir diesen Artikel. Es handelt sich um die „Courage" Nr. 1 (15.9.76). Die Anschrift ist: 1 Berlin 62, Postfach 309.

Arbeitsgruppe Frauen
KB/Gruppe Hamburg

Alice Schwarzer = Frauenbewegung?

Im letzten AK druckten wir eine Gegendarstellung ab, die uns die selbsternannte Sprecherin der Frauenbewegung, Alice Schwarzer, durch ihre Rechtsanwälte zu einem Artikel aus AK 87 (23.8.76) hatte schicken lassen. Datiert war das Schreiben vom 11.10.

Seltsames Spiel des Zufalls: Mit Datum vom 12.10. bekamen wir noch eine „Gegendarstellung". Diesmal unterschrieben mit Frauenzentrum West-Berlin, obwohl das Schreiben scheinbar vielen Frauen, die dort mitarbeiten, überhaupt nicht bekannt war. Unser Eindruck ist, daß hier der Frau Schwarzer, in Absprache mit ihr (man vergleiche das wahrhaft seltsame Spiel des Zufalls, daß beide Briefe fast gleichzeitig kamen und im Westberliner Brief sogar ausdrücklich auf den Brief der Frau Schwarzer Bezug genommen wird) eine Gefälligkeit erwiesen werden sollte.

Die Verfasserinnen des Westberliner Briefs haben ihn als „Gegendarstellung" tituliert und uns dazu geschrieben: „...Wir erwarten, daß ihr sie im Arbeiterkampf veröffentlicht". Tatsächlich hat dieser Brief mit einer „Gegendarstellung" jedoch absolut n i c h t s zu tun. Wir veröffentlichen ihn aber trotzdem: Als Dokument einer bestimmten S t r ö m u n g der Frauenbewegung, die im Namen der G e s a m t h e i t zu sprechen vorgibt, und als einen Diskussionsbeitrag für die Frauenbewegung speziell in Westberlin, aber auch anderswo.

„Wir sehen den obigen Artikel als einen offenen Angriff auf die Frauenbewegung und speziell das Frauenzentrum West-Berlin an. Der Artikel ist weder eine solidarische Kritik, noch ein Versuch der sachlichen Auseinandersetzung. Der Kommunistische Bund versucht auf klägliche Weise, die Politik des Feminismus als kapitalistisch zu diskreditieren und der Frauenbewegung die ‚richtige', nämlich seine Linie unterzuschieben.

Der KB benutzt hier die Methode der Bürgerlichen, die Frauenbewegung zu personifizieren und sie über die Person Alice Schwarzer zu diffamieren und als kapitalistisch abzustempeln. Wenn die Person Alice Schwarzer jedoch nützlich sein kann, wird ihr Name, ohne sie zu fragen, unter Flugblätter gesetzt. Solche Methoden bestätigen die Vorbehalte der Frauenbewegung gegenüber der vermeintlich solidarischen 218-Kampagne des KB.

Der Artikel setzt sich aus Unwahrheiten und perfiden Beschimpfungen zusammen. Wir erübrigen es uns, auf Verleumdungen einzugehen, sondern verweisen dazu auf die Gegendarstellung der Kalendergruppe. –– Offensichtlich aktivieren die augenblicklichen finanziellen Erfolge der Frauenbewegung die Auseinandersetzung der Linken mit dem Feminismus.

Wir erkennen dem KB genug politische Erfahrung zu, um anzunehmen, daß der KB sich durchaus bewußt war, daß die Veröffentlichung von internen Diskussionen anderer Gruppen zu den übelsten politischen Methoden gehört. Auf grund dieses ungeheuerlichen Vertrauensmißbrauchs ist das Frauenzentrum West-Berlin nicht mehr gewillt, Aktionseinheiten mit dem KB einzugehen. Das heißt auch, daß keine KB-Anträge von KB-Frauen mehr im Plenum berücksichtigt werden (zumal auch von Frauen, die gleichzeitig in beiden Organisationen sind, offensichtlich kein Versuch unternommen wurde, diesen Vertrauensmißbrauch zu verhindern).
Frauenzentrum West-Berlin"

Es stimmt selbstverständlich nicht, daß der erwähnte Artikel „einen offenen Angriff auf die Frauenbewegung und speziell das Frauenzentrum West-Berlin" dargestellt hätte. Der Artikel befaßte sich ausschließlich mit Alice Schwarzer und einigen ihrer engeren Mitarbeiterinnen. Es mußte nicht erst die Frauenbewegung kommen, um ein weiteres makabres Beispiel für die Selbstidentifizierung einer Person mit „ihrer" Bewegung oder „ihrer" Partei zu liefern. Wir alle kennen z.B. die Herren Gewerkschaftführer, die Kritik an ihrer Politik als „Angriff auf d i e Gewerkschaften" hinzustellen versuchen.

Wir sind zweitens nicht der Meinung, daß es sich bei den in AK 87 behandelten Themen (Verwendung des Erlös' eines von Alice Schwarzer und anderen Frauen herausgegebenen Frauenkalenders, Projekt einer Frauenzeitung „Emma" mit A.S. als Herausgeberin) um Angelegenheiten handelt, die als „interne Diskussionen" zu Geheimsachen des Frauenzentrums deklariert werden dürfen. Wenn das Frauenzentrum, mit Zustimmung der meisten mitarbeitenden Frauen, bisher so verfahren ist, dann finden wir das bedauerlich und sind der Meinung, daß darüber noch einmal diskutiert werden sollte.

Unabhängig davon halten wir den Beschluß (von wem eigentlich genau?), mit dem KB keine Aktionseinheiten (!) mehr einzugehen, wegen angeblichem „ungeheuerlichen Vertrauensmißbrauchs", für reichlich hergesucht und abgeklatscht. Anscheinend hatten hier ein paar Frauen einen Vorwand gesucht und meinen, ihn gefunden zu haben. Man wird sehen, ob das in der Frauenbewegung akzeptiert wird – bei aller Kritik, die tatsächlich ziemlich viele Frauen an unserem Artikel im AK 87 hatten und haben.

Nebenbei: Es ist uns nicht bekannt, daß von uns irgendwann der Name von Alice Schwarzer, mit oder ohne ihre Einwilligung, unter Flugblätter gesetzt worden wäre. Davon würden wir uns auch keinen Nutzen versprechen. Insofern ist uns die Polemik in diesem Punkt nicht verständlich.

Schließlich: der Hinweis auf die „augenblicklichen finanziellen Erfolge der Frauenbewegung". Richtiger gesagt sind das doch wohl Erfolge, die d u r c h die Frauenbewegung (die Bücher, Kalender etc. kauft) zwar möglich gemacht werden, aber über die weitgehend i n d i v i d u e l l verfügt wird, was auch schon seit einiger Zeit in der Frauenbewegung s e l b s t zur Diskussion steht.

Judy Andersens Leben in Gefahr

Das Auswärtige Amt der BRD lehnte vor kurzem das Ersuchen des dänischen Außenministeriums ab, die in der BRD inhaftierte dänische Strafgefangene Judy Andersen zur weiteren Strafverbüßung nach Dänemark zurückzuführen. J. Andersen war am 2.10.74 zu lebenslanger Haft wegen Beihilfe zum Mord am Mann ihrer Freundin Marion Ihns verurteilt worden. Der Antrag des dänischen Außenministeriums war wesentlich auf Druck der dänischen Öffentlichkeit zustande gekommen. Verschiedene Frauengruppen in der BRD solidarisierten sich in einem Brief an die Bundesregierung mit Judy Andersen und protestierten vor allem gegen ihre Haftbedingungen.

Die Ablehnung des Antrags durch die Bundesregierung stellt eine extreme Gefahr für das Leben J. Andersens dar:

– Als Lesbierin wird ihr jeglicher Kontakt mit anderen inhaftierten Frauen verweigert, sie lebt praktisch in Isolationshaft! Trotz ihrer Proteste und eines Selbstmordversuches wird sie gezwungen, Röcke zu tragen – eine psychische Quälerei für eine Frau, die das seit ihrer Jugend ablehnt. Die psychischen Belastungen, denen J.Andersen in Lübeck ausgesetzt ist, machen laut einer ärztlichen Untersuchung vom 6.10.76 die Rückführung nach Dänemark dringend erforderlich.

Seit ihrem Selbstmordversuch wird sie noch strenger überwacht und in immer größeren Mengen mit Psychopharmaka behandelt. Außerdem leidet sie an einer großflächigen Geschwulst, die monatelang nicht behandelt wurde.

Wir haben den Tod von Katharina Hammerschmidt noch in Erinnerung. Auch bei ihr wurde fachgerechte ärztliche Behandlung verweigert, bis ihre Geschwulst so groß war, daß jede Behandlung zu spät kam.

Wir fordern:
Schnelle Rückführung J. Andersens nach Dänemark!
Keine Schikanen und Isolationshaft gegen lesbische Strafgefangene!

Arbeitsgruppe Frauen
KB / Gruppe Hamburg

Kriminelle Abtreibungsmethoden Krankenhaus Barmbek/Hamburg

Krankenhaus Barmbek/Hamburg.
Vor ca. zwei Wochen wurde eine Frau aus dem Untersuchungsgefängnis (UG) in Barmbek auf Station 32B eingeliefert. Obwohl sie im 5. Monat schwanger war, sollte eine Unterbrechung vorgenommen werden. In diesem Fall hatte der Professor keinerlei Skrupel – sie kam ja aus dem UG, wo sie einsaß, weil sie keinen festen Wohnsitz angeben konnte und drogenabhängig war.

Bei der Patientin wurden durch Infusionen die Wehen eingeleitet. Nachts kam dann das Kind, und eine eilfertige Krankenpflegehelferin rief den Arzt und nahm selbst eine Zange, um das Kind herauszuziehen – der Arzt sah nur zu!

Bis zu dem Zeitpunkt wurden alle Schwangerschaftsunterbrechungen im Operationssaal vorgenommen, was bei dieser Frau im 5. Monat wohl nicht für nötig gehalten wurde!

Am nächsten Morgen wurde die Patientin küretiert (Ausschabung der Gebärmutter), ohne Schmerzmittel. Kurz darauf standen plötzlich zwei Bullen und eine Krankenschwester aus dem UG auf der Station und verlangten, daß die Patientin sofort wieder zurück ins UG gebracht werden sollte. Obwohl der behandelnde Arzt seine Einwilligung verweigerte, wurde sie mitgenommen. Der Arzt hat daraufhin einen Rechtsanwalt eingeschaltet, der gegen diese Schwester und die Bullen ermitteln soll.

Genossinnen aus dem AK Barmbek,
KB/Gruppe Hamburg

IMPRESSUM

Herausgeber – Druck – Verlag
J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF
2 Hamburg 50, Lerchenstraße 75
V.i.S.d.P.: Kai Ehlers, Verlagsadr.
Auflage: 20 500
Erscheinungsweise: 14tägig
Verkaufspreis: DM 1,–
Verlagskonten: Dresdner Bank: 451 8378, J. Reents und Postscheckkonto Hamburg: 240 595, J. Reents
In einem Teil dieser Auflage ist eine Beilage vom Verlag ARBEITERKAMPF enthalten.



Gegen die Schließung des Abenteuerspielplatzes in Schleswig!

Jährlich ereignen sich in der BRD 80.000 bis 100.000 Unfälle von Kindern im Straßenverkehr, davon viele mit tödlichem Ausgang. Hier läßt sich eine enorme Steigerung feststellen. Dabei liegt die BRD weit vor allen anderen europäischen Ländern.

Wo sind die Ursachen für diese Entwicklung zu suchen? Kontinuierlich werden viele Kinder durch Streichungen von Mitteln für Spielplätze, Kindergärten und Jugendzentren in unsichere und gefährliche Verkehrssituationen getrieben. Diese Entwicklung zeigt sich in der letzten Zeit auch immer mehr im Zusammenhang mit dem Abendteuerspielplatz in Schleswig/Husumer Baum. Hier soll mehr als 60 Kindern ein liebgewonnenes und wichtiges Erfahrungsfeld genommen werden. Grund: Die 1973 gegründete Elterninitiative hat sich aufgelöst, was auch nicht verwunderlich ist, denn alle Versuche, die Stadt zu veranlassen, den Platz zu finanzieren schlugen fehl. Für den 30. November (dann läuft der Pachtvertrag mit der Stadt für das Gelände ab) bedeutet das: Abriß des Abenteuerspielplatzes! Für die über 60 Kinder, die den Spielplatz regelmäßig besuchen, heißt das, daß sie auf wichtige Entwicklungsfaktoren verzichten müssen: Auf dem ASP können die Kinder unter Anleitung der Betreuer (im Moment Praktikanten der Fachschule für Sozialpädagogik in Schleswig) hämmern, sägen, malen Gefahren bestehen, Werkzeug kennenlernen, Entscheidungen selber treffen, Probleme bewältigen usw. Stattdessen müssen sich die Kinder nenlernen, Entscheidungen selber treffen, Probleme bewältigen usw. Stattdessen müssen sich die Kinder in Zukunft an gefährlichen Straßen, auf Parkplätzen und an Bushaltestellen aufhalten. Die Forderung der Freunde des ASP heißt deshalb: Übernahme des ASP durch die Stadt Schleswig (dies beinhaltet die Einstellung eines hauptamtlichen Betreuers). Was die verantwortlichen Politiker der Stadt Schleswig, besonders ein CDU-Ratsherr, zu dieser Forderung meinen, wurde in einigen Gesprächen klar. Der CDU-Ratsherr bestritt glatt die Notwendigkeit eines ASP und meinte, früher habe es „so etwas" auch nicht gegeben, die Kinder könnten auch woanders spielen. Er begründete dies mit den anderen 12 Spielplätzen, die in Schleswig bestünden. Dazu muß gesagt werden, daß damit die üblichen langweiligen, nicht veränderbaren Plätze gemeint sind, auf denen kaum Kinder zu sehen sind. Weiterhin führte er die üblichen Ausreden an: Kein Geld, hohe Schuldenlast usw.

Wenn man einmal nachforscht, wo das Geld so hingeht, bemerkt man Ausgaben wie Mitfinanzierung der Zufahrtstraße zum neuen „Wahrzeichen" der Stadt, dem Pleite- Viking-Turm!

Um den Protest in die Öffentlichkeit zu tragen, organisierten Kinder, Betreuer und Freunde des ASP einen Informationsstand und eine Demonstration, an der sich trotz schlechten Wetters rund 70 Menschen beteiligten. Rund 700 Unterschriften und 250 DM Spenden kamen zusammen. Außerdem gingen bei den Betreuern zahlreiche Solidaritätsbeweise anderer Institutionen und Organisationen ein.

Zusammenfassend läßt sich sagen, daß immer deutlicher wird, daß in unserer profitorientierten Gesellschaft wenig Rücksicht genommen wird auf die Bedürfnisse der Schwächsten, der Kinder und älteren Menschen. Der Wert eines Menschen wird daran gemessen, wie wertvoll er für den Produktionsprozeß ist. Kinder und alte Leute produzieren nichts und werden entsprechend behandelt. Allenfalls als Konsumenten werden Kinder in letzter Zeit wieder interessant. Da, wo man an ihnen verdienen kann (Kindermode, Spielzeug usw.) tut man viel „für sie".

Neben dem Abenteuerspielplatz leidet auch das Jugendzentrum (in einer alten Baracke) und der Krebsteich (ein Obdachlosenlager) in Schleswig unter der drastischen Sparpolitik.

Kinder, Betreuer und Freunde des ASP Schleswig werden sich trotz Hinhaltetaktik der Stadtverwaltung (die Angelegenheit wird behandelt) weiterhin energisch für ihre Forderungen einsetzen.

Die Kinder lassen sich nicht mehr vertrösten und zurückweisen!

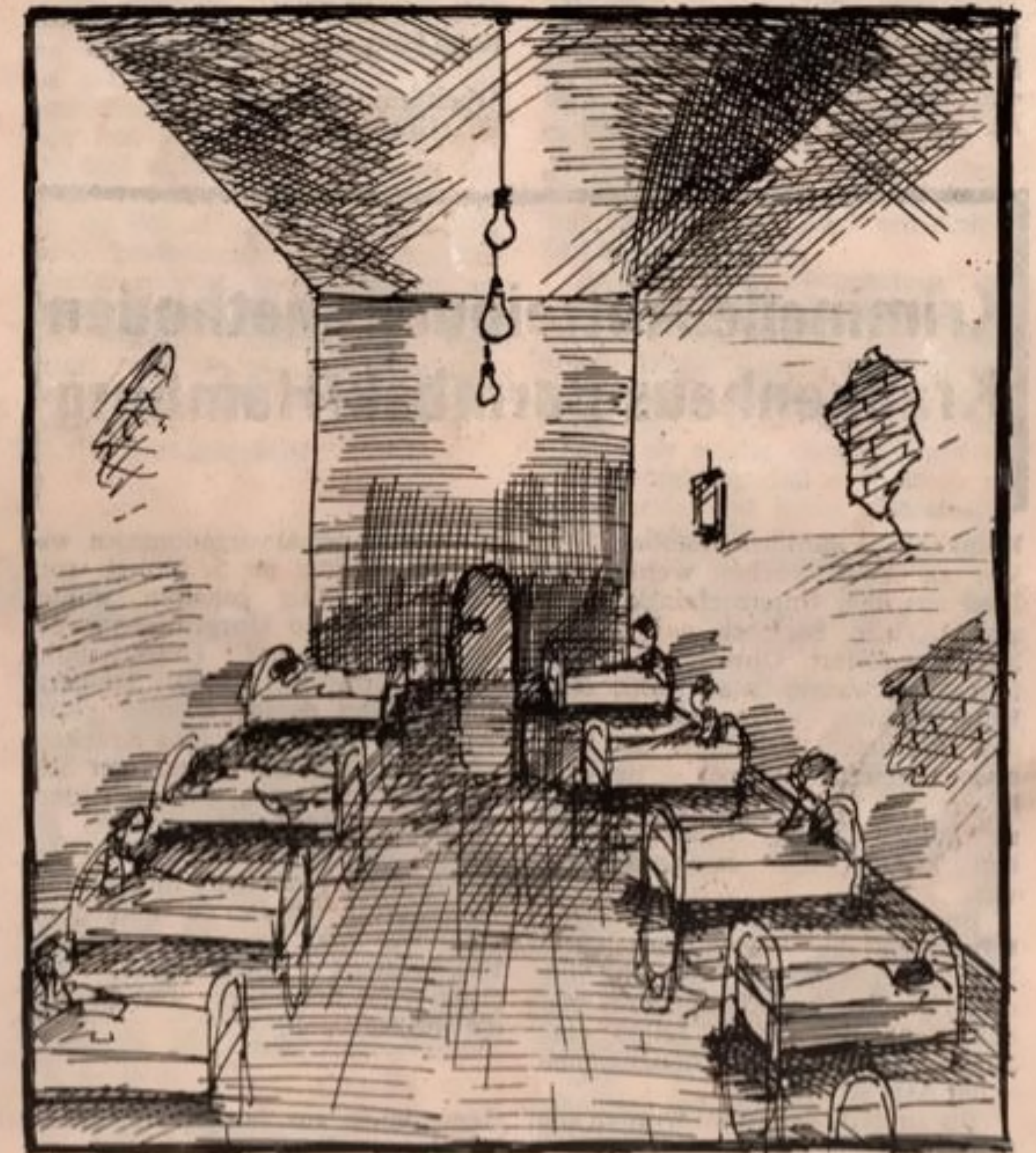
KB-Sympathisant/Schleswig

BRD – kinderfreundlich?

Die rund 11,2 Mio. Familien mit Kindern in der BRD müssen zur Bestreitung des Lebensunterhaltes für ihre 16,4 Mio. Kinder unter 18 Jahren immer größere finanzielle Belastungen auf sich nehmen. Im Unterschied zu dem verlangsamten allgemeinen Preisanstieg in den letzten 1 1/2 Jahren klettert nämlich der Preisindex für die einfache Lebenshaltung eines Kindes unter 18 Jahren unvermindert an. So betrug die Verteuerung der einfache Lebenshaltung eines Kindes unter 18 Jahren unvermindert an. So betrug die Verteuerung der Lebenshaltung gegenüber dem Vorjahr im Jahresdurchschnitt 1975 bei allen privaten Haushalten „nur" 6%, bei einem Kind dagegen plus 7,6%. Inzwischen hat sich die Schere noch weiter geöffnet. Während sich die allgemeine Preissteigerungsrate im April auf plus 5,2% verminderte, verteuerte sich die Lebenshaltung eines Kindes auf plus 8,3%; im März hatte sie sogar plus 9,5% betragen!!

Angesichts solcher Zahlen entlarven sich erneut die Lügen der bürgerlichen Presse, die die Ursache der sinkenden Geburtenzahlen in der „Faulheit und Bequemlichkeit" der jungen Familien susache der sinkenden Geburtenzahlen in der „Faulheit und Bequemlichkeit" der jungen Familien suchen! (Quelle: Statitistische Bundesamt).

KB/Gruppe Nürnberg



Keine Menschenrechte für Säuglinge

„Zur vollen harmonischen Entwicklung seiner Persönlichkeit braucht das Kind Liebe und Verständnis. Es soll, soweit wie irgend möglich, in der Fürsorge und Verantwortung seiner Eltern aufwachsen, auf jeden Fall aber in einer Atmosphäre von Liebe und moralischer und materieller Sicherheit. Kein Kind soll im frühen Alter von seiner Mutter getrennt werden."

Dieses von der UNO erklärte Menschenrecht gilt im UNO-Mitgliedsland BRD für 800.000 Kinder (also ca. acht Prozent der Kinder in der BRD) nur eingeschränkt. Sie werden nur in den Abend- und Nachtstunden durch feste Bezugspersonen betreut, weil ihre Eltern tagsüber arbeiten und sie allein lassen müssen.

Für ungefähr 20.000 Kinder gibt es dieses Menschenrecht überhaupt nicht. Sie sind in Säuglingsheimen untergebracht, weil der Kapitalismus nicht in der Lage ist, ihnen eine menschenwürdige Betreuung zu verschaffen. Für einen großen Teil dieser Kinder ist schon von den ersten Lebenswochen der Lebensweg vorgezeichnet: Säuglingsheim, Waisenhaus, Fürsorgeerziehung und Knast.

Säuglingsheim = Säuglingsknast?

Der Leiter eines staatlichen Waisenhauses schildert nach 20jähriger Tätigkeit die menschenunwürdigen Bedingungen in den Säuglingsheimen so:

„Wer aber die Lage kennt, wird von Alpträumen verfolgt, bringt diese Bilder nicht mehr los: die verlassenen Säuglinge in den Reihenbetten, vergeblich auf den Menschen wartend, der ihnen das erste Lachen entlockt, der sie aufliebt; das serienmäßige Füttern, Töpfen, Windeln; das zwischen die Knie gezwängte Kind, dem im Routinetempo Brei in den Mund gestopft wird; . . . 15 und mehr Rutscher in einem Raum, jeder einzelne unbemuttert; . . . wie das verlassene Kind sich dann in sich selbst zurückzieht, in tickartigen Bewegungen den Kopf kreist und auf den Boden schlägt" (Seibert, Rechtlose Kindheit, 1974).

Ergebnis dieser staatlichen „Fürsorge": Viele der Kinder aus Säuglingsheimen können nach zwei Jahren noch nicht laufen, nicht einmal richtig stehen, nichts Festes essen. Und was noch wichtiger und übler ist: die Kinder sind nach den ersten zwei Lebensjahren schon resigniert, haben sich damit abgefunden, ohne irgendeinen engeren zwischenmenschlichen Kontakt einfach verwaltet zu werden.

Unter den gegenwärtigen Verhältnissen, in denen der Staat keinen Finger rührt, die in Säuglingsheimen verschuldeten Fehler zu reparieren, ist damit oft ein Weg in die kapitalistische „Asozialität" vorgezeichnet.

Die Untersuchung der Lebensgeschichte von 70 Säuglingen, die während der faschistischen Diktatur 1933 bis 1945 in Säuglingsheimen untergebracht waren, brachte so folgende Ergebnisse:

– zwölf Kinder fielen der Fürsorgeerziehung zum Opfer;
– alle Kinder hatten Schwierigkeiten, später zwischenmenschliche Kontakte aufzubauen;
– Sprachstörungen, Depressionen, Angstzustände waren an der Tagesordnung;
– fünf von diesen 70 Kindern waren noch im Alter von 17 Jahren Bettnässer!

Im Kapitalismus gehen Säuglinge kaputt

Wenn nach einem „Schuldigen" für diese Schädigung von Säuglingen gesucht wird, geraten zumeist zwei Gruppen in die Schußrichtung: das Personal in den Säuglingsheimen und die Eltern, die ihr Kind ins Säuglingsheim geben.

Wie aber soll eine Kinderpflegerin im Säuglingsheim gleichzeitig 15 Kinder liebevoll behandeln, für die Bezugsperson sein?! Der schon weiter oben zitierte Waisenhausleiter stellt das sehr richtig dar: Er beobachtete in seiner Praxis, wie sich angesichts der in den Säuglingsheimen herrschenden Situation, *„die Menschen an die grausame Welt gewöhnen, wie sie verkrusten, ihr natürliches Empfinden für das einzelne Kind verlieren, sich nichts mehr dabei denken!"* – und das sicherlich nicht aus Böswilligkeit oder Kinderfeindlichkeit.

Und die Eltern? Es ist doch der kapitalistische Staat, der durch das Abtreibungsverbot die Frauen zwingt, Kinder zur Welt zu bringen, die sie nicht versorgen können! Er ist doch auch verantwortlich, daß viele Mütter gar nicht die materielle Möglichkeit haben, ein Kind großzuziehen. Und es ist doch auch der kapitalistische Staat, der Säuglingen, die ihre Eltern verloren haben, keine andere Bezugsperson verschafft.

Deshalb sollte man sich auch nicht durch Kampagnen verwirren lassen, die das Elend der Säuglinge durch eine bessere Ausbildung der Säuglingspflegerinnen beheben wollen (vergleiche neuere „wissenschaftliche" Publikationen nach „Spiegel" v. 16.8.76) oder nur von den Eltern „mehr Verantwortungsbewußtsein" fordern (wie K. Seibert in „Rechtlose Kindheit").

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



In der BRD sind 20.000 in Säuglingsheimen untergebracht, weil der Kapitalismus nicht in der Lage ist, ihnen eine menschenwürdige Betreuung zu verschaffen.

Kinder bespitzelt!

Die Bespitzelung durch den bürgerlichen Staat macht auch vor Kindern nicht halt. Das zeigt ein Vorfall in Nordrhein-Westfalen: Der Realschuldezernent im Regierungspräsidium Arnsberg forderte in einem als „vertraulich" bezeichneten Erlaß alle Leiter von Realschulen auf, ihm *„von Ihnen bekannt werdenden Mitgliedern der DKP-Jugendorganisation Junge Pioniere Kenntnis zu geben"*. Weiter wurde erklärt, daß dieser Erlaß *„auf Veranlassung des Kultusministeriums"*, herausgegeben werde („Frankfurter Rundschau, 18. 10.76). Nach dem öffentlichen Bekanntwerden dieser Anordnung beeilten sich die Vorgesetzten der Arnsberger Schulaufsichtsbehörde, sich von dieser Maßnahme zu distanzieren.

Der SPD-Regierungspräsident: *„Ich habe zu keiner Zeit veranlaßt, so etwas zu machen"*. Ein Sprecher des Kultusministeriums verurteilte das Vorgehen des Arnsberger Dezernenten *„auf das schärfste"* und tönte, das Ministerium werde *„nicht zulassen, daß Listen von Schülern mit Parteizugehörigkeit angelegt werden"* („FR", 18.10.76). Und der SPD-Kultusminister Girgensohn erklärte, der Erlaß sei *„in keiner Weise durch den Kultusminister autorisiert"* („UZ", 19.10.76). Der Arnsberger Dezernent wurde kurzerhand zum „übereifrigen Bürokraten" erklärt, der einen Aktenvermerk falsch verstanden habe und daraufhin selbstherrlich den Erlaß herausgegeben habe.

Diese wortreichen Distanzierungen des Kultusministerium werden jedoch durch die offizielle Darstellung der Vorgeschichte dieses Erlasses eindeutig widerlegt: *„Nach Darstellung des Sprechers* (des Kultusministeriums) *beruht das Vorgehen des Arnsberger Dezernenten auf folgendem Vorgang: Das Innenministerium habe dem Kultusministerium routinemäßig mitgeteilt, daß die Zahl der ‚Jungen Pioniere' zugenommen habe; mittlerweile gebe es 39 Gruppen in NRW. Der für Realschulen zuständige Ministerialbeamte habe dies auf einer Dezernentenbesprechung mitgeteilt und den Anwesenden dazu gesagt: ‚Falls Sie in Ihrem Bereich von solchen Gruppen hören, informieren Sie mich darüber"* („FR", 18.10.76).

Was der „übereifrige Dezernent" also „mißverstanden" hat, ist nur, daß das Kultusministerium vorerst nur Informationen über bestehende Gruppen haben möchte (und erst später Namenlisten geführt werden sollen?).

Was bleibt: Schon 10-jährige müssen darauf gefaßt sein, bespitzelt zu werden. Eine „glänzende Ausgangsposition" für späteres Ausbildungsverbot!

Oder überlegt sich Kultusminister Girgensohn etwa schon, ob Schulverbote für „linke" Kinder nicht die gegebene schöpferische Weiterentwicklung spezialdemokratischer Berufsverbotepolitik sind?

Kinderkommission
KB/Gruppe Hamburg



Nachrichten aus Schule und Hochschule



„Theis, Theis, Theis, der Sommer der war heiß, wenn du einen heißen Winter willst – bitte sehr!"

Dieses Lied, gewidmet dem Tübinger Uni-Präsidenten Adolf Theis, wurde auf einer landesweiten Demonstration gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren und die zunehmende politische Unterdrückung am 28.10. in Tübingen gesungen. Die Demo führte in vier Zügen durch die Tübinger Innenstadt und war sehr kämpferisch und ausgelassen, mit Boykott-Songs und Musik. 12.000 beteiligten sich – damit war dies die größte Studentendemo seit Jahren in Baden-Württemberg.

Auf der Abschlußkundgebung wurden zahlreiche Solidaritätserklärungen verlesen; insgesamt waren von 41 ASten und 36 fortschrittlichen Initiativen und linken Organisationen Solidaritätserklärungen eingegangen. Sogar von einer Polizeischule in Münster war eine Solidaritätsadresse gekommen (uff!?). Die GEW hatte eine Presseerklärung herausgegeben, in der sie sich für die volle Lehr- und Lernmittelfreiheit in jedem Bereich der schulischen und betrieblichen Ausbildung einsetzt und die Ersatzgelder als Wiedereinführung der Studiengebühren ablehnt.

Außer dem Uni-AStA sprachen auf der Kundgebung auch der Philosophieprofessor Bloch und ein Sprecher der IG Metall aus Reutlingen.

Aufgerufen zur Demonstration hatten die Landesasten in Baden-Württemberg, um die Tübinger Studenten zu unterstützen. Außerdem haben in der Woche davor an einigen Hochschulen in Baden-Württemberg Vollversammlungen stattgefunden, um auch an den anderen Hochschulen Boykottmaßnahmen gegen die schleichende Wiedereinführung von Studiengebühren einzuleiten. Die Demo war ein großer Erfolg, vor allem, wenn man bedenkt, wie Presse und Rundfunk in den Tagen davor Verwirrung gestiftet hatten. Anläßlich einer 40.000 DM-Spende eines Karlsruher Kapitalisten an die Uni Tübingen (um die nicht bezahlten Ersatzgelder „auszugleichen" und somit dafür zu sorgen, daß an der Tübinger Uni wieder „Frieden einkehre"), verbreiteten Theis, Presse und Rundfunk das Gerücht, der Kampf gegen die Ersatzgelder sei jetzt beendet und die Demo würde ausfallen. Die „progressive" Rundfunk-
endet und die Demo würde ausfallen. Die „progressive" Rundfunk-
Sendung „Pop-Shop" ging sogar so weit, zu behaupten, am Dienstag, den 26.10, sei in Tübingen eine Vollversammlung, wo über das Ende des Boykotts beschlossen werden solle. In Wirklichkeit war am Dienstag überhaupt keine Vollversammlung. Der „Pop-Shop" verweigerte danach dem Tübinger AStA das Recht auf eine Richtigstellung, ebenso weigerte sich der „Pop-Shop", seinen Informanten bekanntzugeben.

Tatsächlich veränderte die Bürokratie auf den Protest hin lediglich das Eintreibungsverfahren: Angesichts des erfolgreichen Boykotts wurde die Koppelung der Ersatzgeldzahlung an die Rückmeldung vorerst außer Vollzug gesetzt. Die Ersatzgelder sollen aber trotzdem eingetrieben werden, nur eben auf anderem Wege. Wie genau, darüber sind sich die Herren Rektoren wohl noch nicht ganz einig: Jedenfalls meinte der Vorsitzende der baden-württembergischen Rektorenkonferenz, Engler, in der „FAZ", das Vorgehen des Tübinger Uni-Präsidenten sei etwas ungeschickt gewesen. Besser und „gerechter" sei es, statt Ersatzgeldern eine einheitliche Studiengebühr von 50 DM pro Student einzuführen. In Vorbereitung ist sogar eine „Lehrmittelgebührenordnung..., nach der alle Studenten nach AStA-Angaben künftig bis zu 360 DM pro Semester aufbringen müssen". („Frankfurter Rundschau", 27.10.)

Außerdem hat Uni-Präsident Theis auch nicht die Bedingungen der Studenten erfüllt, die sie als Voraussetzung für einen Abbruch des Boykotts genannt hatten:

- Verzicht auf die 15 DM Versäumnisgebühr bei verspäteter Rückmeldung;
- Verzicht auf Zwangsgelder gegenüber dem AStA (vom Konto des AStA wurden bereits auf gerichtlichen Pfändungsbeschluß 5.000 DM abgehoben, weil der AStA die Rückmeldeunterlagen der boykottierenden Studenten nicht herausgerückt hat; das, obwohl sich die Unterlagen gar nicht beim AStA befinden, sondern beim Ersatzgeldkomitee).
- Zurücknahme der Androhung von 10.000 DM Zwangsgeld wegen der Verwendung eines „umgestalteten" Universitätssiegels durch die Studenten (es zeigt zwei gekreuzte Schlagstöcke, darüber steht: „Polizeiuniversität Tübingen").

Auf einer Vollversammlung am Mittwochabend wurde die Fortsetzung und Ausweitung des Boykotts gegen die Ersatzgelder beschlossen. Vom 11. bis zum 22. November soll eine Urabstimmung stattfinden über einen geplanten befristeten Streik vom 25.11. bis zum 1.12., und über einen geplanten unbefristeten Streik ab Ende Januar, der als Auftakt für einen gemeinsamen Kampf aller baden-württembergischen Universitäten gegen die Wiedereinführung von Studiengebühren und gegen politische Unterdrückung dienen soll.

Eine Genossin aus Karlsruhe



12.000 Studenten protestierten auf einer Demonstration der Landes-ASten
12.000 Studenten protestierten auf einer Demonstration der Landes-ASten am 28.10 in Tübingen gegen die geplante Weiterführung von Studiengebühren.

Niederlage bei Fachschaftsratswahl
Ein heilsamer Schock?!

Hamburg: Auf der Vollversammlung der Lehrerstudenten wurde mit 427 zu 312 Stimmen ein MSB/SHB/Juso-Fachschaftsrat (FSR) gegen das Kollektiv „Liste demokratischer Kampf" (KB-Sympathisanten) gewählt. Die LDK hatte diesen größten FSR der Hamburger Uni in den vergangenen zwei Semestern gestellt, wobei sie im letzten Semester mit einer Mehrheit von 600 zu 400 Stimmen gewählt worden war.

Ein harter Schlag, der zu einigem Nachdenken Anlaß geben sollte. Auffallend ist zunächst, daß die LDK 300 Stimmen verlor, während MSB/SHB/Jusos (obwohl die Jusos in diesem Semester erstmals mitkandidierten) nichts hinzugewinnen konnten. Der Schluß liegt also nahe, daß die Fehler vor allen Dingen in der Vorbereitung, d.h. konkret in der Mobilisierung für diese Vollversammlung, zu suchen sind. Rückblickend kann gesagt werden, daß dieser FSR durch eine breite öffentliche Auseinandersetzung mit dem MSB (dessen Hochburg das Pädagogische Institut vorher war), gewonnen wurde, was auch dazu führte, daß die Wahl-Vollversammlungen immer gut besucht waren. Vor allem auch die Auseinandersetzungen um konkrete Aktionen, wie zum Beispiel den Streik im Wintersemester 75/76, hatten dem SSB (Studentenorganisation, die mit dem KB sympathisiert) Sympathien eingebracht.

Allerdings läßt sich feststellen, daß von einem großen Teil der SSB-Genossen am PI im letzten Semester eher „schlapp" an die Auseinandersetzung mit dem MSB herangegangen wurde, daß dementsprechend dem MSB ständig 75 % der Wandzeitungsflächen zur Verfügung standen, Angriffen schüchtern (wenn überhaupt) begegnet wurde usw. Das PI bot zum Anfang dieses Semesters einen sehr „friedlichen" Eindruck.

Andererseits wurden von einigen PI-Genossen innerhalb der Organisation ständig Diskussionen um ein angeblich „bürokratisches Vorgehen" der SSB-Leitung und der Bündniskommission des KB erzwungen. So seien die Kampagnen der Organisation
kommission des KB erzwungen. So seien die Kampagnen der Organisation
(die gemeinsam mit dem KB durchgeführt wurden) „aufgesetzt" gewesen. Freilich waren die Genossen nicht der Meinung, daß man etwa die Afrika- oder die Frauen-Kampagne lieber hätte sein lassen sollen. Es ging auch nicht darum, ob man vielleicht andere Kampagnen (oder gar keine) durchführen sollte. Sondern die Genossen beschwerten sich, daß die Initiativen dazu „immer von oben" und nicht „von der Basis" kommen würden.

Allerdings kamen von diesen Genossen selbst kaum Initiativen, etwa zur Verbesserung unserer Hochschulpolitik oder zur Durchführung konkreter Aktionen am PI. Vielmehr kamen die „Basisaktivitäten" unter den Studenten immer mehr zu kurz bzw. wurden gerade denjenigen Genossinnen und Genossen überlassen, gegen die sich die Kritik im besonderen richtete. Noch am Abend vor der Vollversammlung wurden Fragen wie „rotierendes System der Anleitung" erörtert (die wir allerdings für „abgehoben" halten – gemessen an den Aufgaben, die sich uns stellen), anstatt alle Energie auf die Mobilisierung und Durchführung der Vollversammlung zu verwenden. Auch scheint uns nicht ganz von der Hand zu weisen, daß Klagen über die Resignation und den Rückgang der spontanen Bewegung unter den Studenten (was sicherlich ein Problem – deswegen aber noch nicht unabänderlich ist!) mit persönlichen Rückzugstendenzen bei einigen Genossen zusammenhängen.

So ist es nicht verwunderlich, daß viele Kommilitonen das große Wundern bekommen haben, weil sie von der anstehenden FSR-Wahl kaum etwas mitbekommen haben (so „basisnah" war das Ganze).

Während der MSB wie gewohnt alle seine Mannen und Frauen „parat" hatte, hat sich doch ein erheblicher Teil unserer Genossen am PI in der sicheren Gewißheit „gesonnt", den Sieg schon in der Tasche zu haben. Unter diesen Umständen sah ein grosser Teil der Anhänger unserer Politik (die keineswegs beim MSB gelandet sind) gar keine Notwendigkeit, diese Politik aktiv auf der Vollversammlung zu verteidigen.

Zweifellos ist auch die Anleitung für diesen Rückschlag verantwortlich. Aber nicht deshalb, weil sie „bürokratisch" wäre. Vielmehr war es so, daß die SSB-Leitung eher verunsichert auf diesen Vorwurf reagierte und zu defensiv an diese Tendenzen herangegangen ist. Die häufigen und „zähflüssigen" Diskussionen um diese Fragen brachten daher keine positive Wendung am PI.

Es geht also bei diesen Bemerkungen nicht darum, „Sündenböcke" für die Niederlage am PI zu finden, sondern darauf aufmerksam zu machen,
die Niederlage am PI zu finden, sondern darauf aufmerksam zu machen,
daß eine „radikale Umkehr" (eben genau zur Basispolitik unter den Studenten!) notwendig ist.

Deshalb sollte aus dieser Niederlage im wesentlichen der Schluß gezogen werden, sich darauf zu besinnen, was den Erfolg bisher gebracht hat: die aktive und kämpferische Auseinandersetzung mit den Positionen der Reformisten und Revisionisten. Dann kann diese Niederlage ein harter, aber auch heilsamer Schock gewesen sein.

Bündniskommission
KB/Gruppe Hamburg

Terrorurteil gegen Studentin

Marburg: Vor dem Amtsgericht Marburg wurde gegen eine Genossin des KSV verhandelt, der „schwerer Raub" zur Last gelegt wurde: Während des Streiks gegen die Amtsenthebung des Marburger AStA (Wintersemester 75/76) war in einer Versammlung ein mitschreibender „Herr" aufgefordert worden, seine Notizen vorzuweisen. Er verweigerte dies. Daraufhin wurde er (in einer kleinen Rangelei, da er nicht freiwillig wollte) aus dem Raum gewiesen.

Wenig später erstattete selbiger saubere Herr, seines Zeichens Journalist der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" und mit Namen Reumann, Anzeige gegen die ihm aus Frankfurt bekannte Genossin vom KSV: Bei der Rangelei habe man ihm einen Umschlag mit Unterlagen „geraubt".

Beweise für den behaupteten Tathergang ließen sich von der Staatsanwaltschaft nicht beibringen außer der „objektiven" Aussage des „beraubten" und in seiner (Hetz-) Freiheit beschnittenen Journalisten Reumann. Stattdessen wurde mit Vehemenz auf die politische Tätigkeit der Genossin eingegangen. So behauptete Reumann, die Genossin habe in „der ganzen Uni Frankfurt Vorlesungen gestört" und ähnliches mehr.

Der Staatsanwalt erwies sich als würdiger Diener seines Herren; er faselte von Studenten, die auf Kosten der Arbeiter studierten, den ganzen Tag schliefen und dann nur noch demonstrierten. Hätte die Genossin den Umschlag – den niemand je zu Gesicht bekommen hat – genommen, dann könne man das als Diebstahl nicht so hart bestrafen. Hier aber ginge es um die Pressefreiheit, und die müsse hart verteidigt werden. Er forderte sechs Monate mit Bewährung. Das Gericht entsprach diesem Antrag mehr als reichlich: Mit fast der gleichen Begründung wurde die KSV-Genossin – der man nichts nachweisen konnte, was sie in direkten Zusammenhang mit dem Verschwinden des ominösen Umschlags gebracht hätte – zu neun Monaten Freiheitsstrafe verurteilt (Angriff auf die Pressefreiheit, gemeinschaftlich begangener Raub).

Dies ist eine geschickte Konstruktion, um ihr persönlich nichts nachweisen zu müssen. Derselbe Richter und derselbe Staatsanwalt hatten vor kurzer Zeit erst einen „Rote Fahne"-Verkäufer zu einer hohen Geldstrafe verurteilt, weil er auf dem Gelände einer Berufsschule verkauft hatte. Die in Form von ca. 70 Studenten anwesende Öffentlichkeit wurde von ca. 30 Bullen „beschützt", die dann auch den Saal räumten, als es nach der Urteilsverkündung zu lautstarken Protesten im Gerichtssaal kam.

Sympathisanten des KB/Marburg

Weg mit der Zwangssatzung!

Kiel: Nachdem die erste Androhung einer Amtsenthebung des AStA der Pädagogischen Hochschule Kiel (Termin 10.10.) vom Kultusministerium zurückgezogen werden mußte (siehe AK 91), ließ der nächste Schritt nicht lange auf sich warten: Der PH-Präsident, Hampel(mann), hat dem neugewählten AStA bis zum 1.11. ein Ultimatum gestellt, die vom Kultusminister erlassene Zwangssatzung (Abschaffung der Vollversammlungen, Liquidierung der Fachschaftsräte, Verzicht auf's politische Mandat) anzuerkennen, andernfalls würden ihm die Gelder gesperrt.

Diese Zwangssatzung, die von allen schleswig-holsteinischen Studentenschaften abgelehnt wird, soll jetzt Schritt für Schritt durchgesetzt werden: So nahm das Kultusministerium die Amtsenthebung des AStA der FHS Lübeck zurück, wofür der AStA im Gegenzug die Briefwahlen einführen mußte! (Ein Teil der Zwangssatzung, die alte Wahlen auf Vollversammlungen ausdrücklich verbietet.) Der Kieler PH-AStA hat bisher alle Kompromisse abgelehnt. In dieser Situation haben KBW (stellt den AStA-Vorsitz), Jusos und MSB allerdings nichts anderes zu tun, als eine langwierige und -weilige „Programmdiskussion" zu initiieren. Jeder will nun den Studenten vormachen, daß allein mit s e i n e m Programm die Verteidigung des AStA möglich ist.

In Schleswig-Holstein steht im Mittelpunkt die Zwangssatzung. Jeder Versuch, diesen Konflikt zu umgehen (mit den BaFöG-Aktionen des KBW oder mit dem „Novellierungsrummel" von MSB und Jusos) arbeitet dem Kultusministerium ein Stück in die Hände, denn damit würde die Chance vergeben, an einem ganz konkreten Punkt den Angriffen der Behörde die Stärke der Studentenbewegung entgegenzusetzen. Denn die bisherigen Erfahrungen zeigen, daß eine Mobilisierung und Radikalisierung der Studentenschaft nicht durch allgemeine Gesetzesdiskussionen bewirkt werden kann (diese Diskussionen hat es zum Beispiel immer wieder um's HRG gegeben), sondern nur indem konkret Konflikte mit dem Staatsapparat ausgetragen werden (Marburg, Hamburg, München,Tübingen, Lüneburg usw.). Die Austragung dieses Konfliktes ist heute am besten möglich in der Verteidigung der Vollversammlungen, die abgeschafft werden sollen. Deshalb müssen diese Vollversammlungen gestärkt werden, was konkret heißt, daß die ASten und Studentenparlamente sich auf die Beschlüsse der Vollversammlungen stützen und sie durchführen.

Nach einem Bericht des KB/Gruppe Kiel



Heidelberg. Über 1.000 Demonstranten protestierten am 23.10. gegen die Auflösung von Studentenwohnheimen, insbesondere gegen die geplante Umwandlung des „Collegium Akademicum" in ein Verwaltungsgebäude. Das CA ist traditionell nicht nur Wohnheim, sondern Aufenthaltsort und Treff politischer Gruppen, Arbeitskreise, ausländischer Studenten etc. (Bericht in der nächsten „Solidarität").

Iran-Beteiligung bei Krupp

Bis Ende 1978 kauft der Iran Anteile der Obergesellschaft des Krupp-Konzerns, der Friedrich Krupp GmbH Essen, im Nennwert von 175 Mio. DM. Um dem Schah eine über 25 %ige Beteiligung an dem bisher unverkäuflichen Stammkapital der Gesellschaft von 500 Mio. DM, das der Krupp-Stiftung gehört, zu ermöglichen, wird das Stammkapital auf 700 Mio. DM erweitert. Für den Einkauf bei Krupp zahlt der Iran schätzungsweise 450-500 Mio. DM („Süddeutsche Zeitung", „SZ", 21.10.).

Der vor zwei Jahren erfolgte Einkauf des Iran bei der Krupp-Tochert Friedrich Krupp Hüttenwerke AG Bochum, für den damals ca. 350 Mio. DM gezahlt wurden („SZ", 21.10.), erweist sich damit nur als erster Schritt zur Verwirklichung der Pläne einer vertieften Zusammenarbeit des BRD-Monopolkapitals mit dem faschistischen Iran. Wie umfangreich diese Pläne sind, wird auch daran sichtbar, daß in Kürze noch eine dritte Beteiligung des Iran am Krupp-Konzern perfekt wird: Er erwirbt 40 % des Kapitals der Krupp Metalurgica Campo Limpa S.A., dem „gut gehenden" brasilianischen (!) Krupp-Schmiedewerk, für über 100 Mio. DM („SZ", 21.10).

Zum Krupp-Konzern zählen 135 Unternehmen aller Branchen („Frankfurter Rundschau", „FR", 21.10.). Mit knapp 80.000 Beschäftigten und einem Konzernumsatz von fast 10 Mrd. DM im Jahr („Frankfurter Allgemeine Zeitung", „FAZ", 21.10) ist er eines der Spitzenmonopole des BRD-Imperialismus, viertgrößtes Stahlunternehmen der BRD und einer der größten Waffenproduzenten der u.a. Schiffe und Panzer für die Bundeswehr produziert („SZ", 21.10.).

Von der Zusammenarbeit erwarten beide Seiten gute Geschäfte. Schon heute ist für den Krupp-Konzern der Iran der zweitgrößte Exportkunde mit einem Auftragsbestand von über 500 Mio. DM, der *„sich in Kürze um weitere Großobjekte ausdehenen soll"* („SZ", 21.10.). Berthold Beitz, der Vorsitzende der Krupp-Stiftung, kündigte die Aktivierung einer gemeinsamen Investitionsgesellschaft des Krupp-Konzerns und des Irans in der Schweiz an, in der beide ihre Investitionen im Ausland abstimmen werden: Der Krupp-Konzern legt seine Kapitalexportpläne dar, und der Iran hat jeweils die Möglichkeit, ins Geschäft einzusteigen („SZ", 21.10.). Beitz hofft, auf diesem Wege einen Teil der Öldollars des Schah für seine Pläne zu nutzen.

Für den Iran selbst liegt die Bedeutung der Krupp-Beteiligung in erster Linie nicht im unmittelbaren Profit. Die Beteiligung an den Hüttenwerken brachte z.B. bisher Verluste („SZ", 4.6.76). Dem Schah geht es vielmehr darum, sich durch die Teilhaberschaft an imperialistischen Monopolen ein Stückchen von ihrer Macht zu sichern, Zugang zu dem wohlgehüteten technischen Wissen zu erhalten usw., insbesondere dann, wenn es sich wie bei Krupp um einen Konzern handelt, der mit seiner Schwer- und Maschinenindustrie einen hohen strategischen Wert besitzt. Der Schah zu seiner Beteiligung an den Hüttenwerken im Frühjahr 76: *„Das sind für uns technologische Investitionen von langfristigem Charakter. Was uns dabei interessiert, ist der Zugang zur deutschen Technik"* („Die Welt", 2.3.76).

Bundesregierung: „Normale Verflechtung"

Durch seine Beteiligung an der Krupp-Obergesellschaft hat sich der Schah die „Sperrminorität" gesichert. D.h., daß keine wichtige Entscheidung der Krupp-Führung ohne Zustimmung des Iran mehr geht. Die „FR" zieht folgende Parallele: *„Die Rolle der Sperrminorität ist vergleichbar mit der, welche die FDP in der sozialliberalen Koalition spielt"* (21.10.). Dies betrifft nun den gesamten Krupp-Konzern und nicht eine Tochtergesellschaft wie 1974, und wer sich an das Geschrei erinnert, das die westdeutsche Presse damals mit laufenden Warnungen vor dem „Ausverkauf Deutschlands an die Ölscheichs", vor „Überfremdung des deutschen Kapitals" und ähnlichen Unsinn erinnert, der muß über die derzeitige Reaktion der BRD-Presse erstaunt sein. Derartige „Warnungen" sind nicht zu vernehmen, obwohl die neue Beteiligung viel bedeutsamer ist. Dahinter steckt zum einen, daß 1974 gerade der Höhepunkt der „Ölkrise" mit der reaktionären rassistischen Hetze gegen „die Araber" durch eben diese Presse abgelaufen war und sie sich völlig unglaubwürdig gemacht hätte, wäre die Iran-Beteiligung bei Krupp nicht auf „kritische Stimmen" gestoßen.

Bedeutsamer ist allerdings, daß sich das faschistische Regime des Schah in den letzten Jahren als unbedingt zuverlässig für den Imperialismus erwiesen hat. Im Lande wird jede antiimperialistische Opposition mit beispielloser Brutalität verfolgt, außenpolitisch unterstützt der Schah nicht nur bedingungslos die Pläne des Imperialismus im Nahen Osten, sondern übernimmt selbst deren Dreckgeschäfte wie z.B. im Kampf gegen die Befreiungsbewegung im Sultanat Oman in Dhofar. Dies ist vor allem der Grund für die Zurückhaltung der bürgerlichen Presse! Ihre ganze Verlogenheit damals und heute wird an folgenden Aussagen der „FAZ" deutlich:

„Es ist bemerkenswert, wie schnell sich die Auffassungen ändern: Noch vor zwei Jahren betonte man, wie wichtig es war, daß der Schah nicht in die Obergesellschaft, sondern in das Tocherunternehmen einzog. Nun gilt auch die Beteiligung einer ausländischen Regierung an diesem Unternehmen, wo das persönliche Eigentum des jeweiligen Erben anderthalb Jahrhunderte lang als unverletzlich galt, sogar als willkommen" (21.10.). Und an anderer Stelle: *„Während vor zwei Jahren ... noch zu hören war, das Testament von Alfred Krupp verhindere eine unmittelbare Beteiligung der Perser an der Konzernmutter, erklärte Beitz nun, es habe im Testament nie ein Hindernis gegeben ..."*

Die Erweiterung der Beteiligung war von Anfang an mit der SPD/FDP-Regierung abgesprochen. Während Beitz in Essen die neuerliche Iran-Beteiligung bekanntgab, hielt sich Bundeswirtschaftsminister Friderichs in Teheran auf. Dort versicherte er, die Bundesregierung erhebe keine Einwände („FR", 21.10). Regierungssprecher Bölling erklärte, es sei ein *„Beitrag zur internationalen Arbeitsteilung"* („SZ", 21.10.) und damit nur *„ein Stück Normalität der weltwirtschaftlichen Verpflechtung"* (zitiert nach „SZ", 21.10.). Es ist bezeichnend, mit welcher Offenheit die BRD-Regierung die besonders guten Beziehungen zu faschistischen Staaten wie dem Iran – aber auch zu Brasilien, Südafrika usw. – als „ein Stück Normalität" bezeichnet! Eine ähnliche abgebrühte Haltung nahmen die sozialdemokratischen „Arbeitnehmervertreter" im Kuratorium der Krupp-Stiftung ein. *„Das gesamte Kuratorium der Stiftung hat die Beteiligung des Iran bestätigt und unterstützt, darunter diejenigen Mitglieder, die der Arbeitnehmerseite nahestehen"* („SZ", 21.10.).

Nach den Kartellgesetzen ist die neue Beteiligung des Iran anmelde- und genehmigungspflichtig, da beide Unternehmen (Krupp und der iranische Staat) Umsatzmilliardäre sind und mehr als 25 % eines Unternehmens den Besitzer wechseln. Hinzu kommt, daß der Iran durch seine mehr als ein Drittel umfassende Beteiligung bei der Deutschen Babcock & Wilcox AG (Kraftwerk- und Kesselbau) nun zwei *„Spitzenunternehmen des deutschen Maschinenbaus"* („FR", 21.10.) kontrolliert. Tatsächlich hat die Bundesregierung durch ihre Erklärung die Überprüfung des Kartellamtes zu einer Farce gemacht, da der Bundeswirtschaftsminister bei einem möglichen und unter diesen Umständen gesetzlich vorgesehenen Einspruch die Entscheidung des Kartellamtes aufheben kann: *„Hat es unter diesen Prämissen überhaupt Sinn, daß sich die Kartellbehörde in den Fall voll engagiert, wenn bei einer etwaigen Ablehnung durch die Wettbebewerbshüter doch nur ein Ministerkartell nach § 8 des GWB* (Kartellgesetz, Anm. AK) *winkt, Friderichs also ,ausnahmsweise die Beschränkung des Wettbewerbs aus überwiegenden Gründen der Gesamtwirtschaft und des Gemeinwohls' zuläßt?"*, lamentiert die „FR" dazu (21.10.). Daß der Schah auf jedes Wohlwollen der BRD-Regierung dabei rechnen kann, hat sich erst vor wenigen Tagen bewiesen, als Friderichs eine vom Kartellamt verbotene Fusion der Babcock mit der Artos-Maschinenbau-Gruppe nach § 8 GWB genehmigte („FR", 21.10.). Die sozialdemokratisch orientierte „FR" warnt denn auch nur deswegen vor „leichtfertigen Zustimmungen" usw., weil sich in diesem Falle besonders bezeichnend der ganze sozialdemokratische Schwindel von den Kartellgesetzen, die angeblich die Konzentration wirtschaftlicher Macht verhinderten, entlarvt. Den Vogel schoß dabei die Hamburger SPD-„Morgenpost" ab, die unter der Überschrift *„Darf der Schah Krupp doch nicht kaufen?"* (21.10.) frech den Eindruck zu erwecken versuchte, die Bundesregierung prüfe ernsthaft den Vertrag und erwäge seine Ablehnung.

Nahost-Kommission

Opposition gegen SPD-Rechte

Winsen. Wie wir schon in AK 89 berichteten, wurde in Winsen/Luhe (Niedersachsen) ein Parteiordnungsverfahren gegen vier SPDler eingeleitet. Sie hatten die Wahlvorschlagsliste der DKP unterschrieben. In einem Hetzartikel im „Winsener Anzeiger" („WA") wurden die Namen mit Berufsbezeichnung (u.a. Lehrer) vollständig bekanntgegeben (vergl. dazu AK 89).

Diese Unterschriftenlisten unterliegen gesetzlich dem Wahlgeheimnis. Wie der Ortsvorstand diese Namen bekam, ist bislang nicht bekannt. Die DKP hat inzwischen Strafanzeige gegen Unbekannt erstattet.

Waren vorher in Winsen nie öffentlich breitere Auseinandersetzungen über die Politik der SPD, z.B. die Berufsverbotepraxis, geführt worden, so aktivierte dieser Angriff der SPD-Rechten die fortschrittliche Linke am Ort:

– In einem recht scharf formulierten Schreiben luden die Jusos den SPD-Ortsvorstand (OV) zu einer Vollversammlung ein: mit dem Bruch des Wahlgeheimnisses werden fortschrittliche Menschen durch die SPD-Oberen *„einer Verfolgung, Beschnüffelung und Diffamierung durch politische Polizei und Verfassungsschutz ausgesetzt"*. Gleichzeitig soll ein Antrag der Jusos diskutiert werden, der die Aufhebung des §6 der SPD-Satzung (Unvereinbarkeitsbeschluß) auf dem nächsten Bundesparteitag zum Ziel hat. – Die eingeladenen SPDler erschienen nicht.

– Von fortschrittlichen Winsenern wurden in eineinhalb Tagen 60 Unterschriften (darunter von SPDlern und Jusos) für eine Presseerklärung an den „WA" gesammelt, in der – eigentlich eher harmlos – von „Einschüchterungsmaßnahmen" und „Grundrechten" die Rede ist. Für 800 DM druckte der „WA" die Erklärung ab.

Diese eher liberal-demokratische Erklärung nahm der SPD-OV zum Anlaß für einen weiteren Schlag gegen die Partei-Linke. Neun SPDler und Jusos, die mitunterzeichnet hatten, wurden schriftlich benachrichtigt, daß jetzt auch gegen sie ein Parteiordnungsverfahren eingeleitet würde. Begründung: *„Diese Anzeige beinhaltet eine eindeutig gegen die SPD gerichtete Solidaritätserklärung zum Parteiverrat (!) der DKP-Listenunterzeichner."* In Einzelverfahren von 15 Minuten haben sich die Neun vor den SPD-Oberen zu rechtfertigen. In Winsen selbst hat sich dieser Vorfall schnell herumgesprochen. Die Neun werden zunehmend durch Androhung politischer Disziplinierung und persönlicher Diffamierung unter Druck gesetzt:

– In der Winsener GEW versuchte ein Mitglied namens OHL einen der vier im Winsener Anzeiger diffamierten SPDler abzusägen, weil er sich nicht von „Kommunisten" vertreten lassen wolle. Dieser Antrag hatte jedoch keinen Erfolg.

– Familienmitglieder der Neun wurden auf der Straße mit „Kommunist" angesprochen,

– einem wurden „berufliche Konsequenzen" angedroht,

– der SPD-Ortsvorsteher schüchterte eine Unterzeichnerin damit ein, daß sie als „Kommunistin" später sicher keine Arbeit finden werde,

– der hohe CDU'ler Giersch sammelt Unterschriften für die Entlassung eines Pastors, der ebenfalls unterzeichnet hat, usw.

Die Jusos sahen bislang ihr Ziel darin, um eine weitere Mitgliedschaft in der SPD zu kämpfen. Sie setzten dabei in erster Linie auf ein juristisches Vorgehen, da dem OV zahlreiche Rechtsbrüche und Formfehler nachzuweisen sind.

Daneben wird auch mit innerparteilichen Rundbriefen und Resolutionen gearbeitet. So wurde auf der letzten Sitzung des SPD-Unterbezirks die Abwahl des rechten Winsener SPD-OV's (Romey, Eggers, Raddatz) in einer Resolution begrüßt. Eine Formulierung, die besagt, daß deren Vorgehen den Weg zum Faschismus bereiten würde, wurde allerdings in der Diskussion weitgehend entschärft.

Nach dem Ablauf der Parteiordnungsverfahren planen die Winsener Jusos den Aufbau eines „überparteilichen Komitees gegen den Abbau demokratischer Rechte" in Winsen, in dem eine praktische Zusammenarbeit aller fortschrittlichen Menschen am Ort angestrebt werden soll.

Hoffentlich wird diese gute Idee n a c h dem Verfahren in die Tat umgesetzt, auch wenn man vielleicht nochmal mit einem blauen Auge davongekommen sein wird!

Der Fall zeigt, wie sich rechte SPDler Vorwände schaffen (geheime Informationen an den „WA"), um durch innerparteilichen Terror den ganzen Ortsverband nach rechts auszurichten. In diesem Fall geht der Schuß hoffentlich nach hinten los.

KB/Gruppe Lüneburg

Rentenkrise

Kaum ist der 3. Oktober vorbei, gleich kommen die Sparvorhaben auf Kosten der Arbeiterklasse wieder offen auf den Tisch. Vor der Wahl hieß es: *„Die Rentenversicherungen der Arbeiter und Angestellten haben ein solides finanzielles Polster. Es besteht derzeit nicht der geringste Anlaß zu irgendwelchen Eingriffen in das Rentenrecht; das gilt für die Beitragsseite, und das gilt genauso für die Leistungsseite."* (Arendt, 3 Monate vor der Wahl. Vor dem 3.Oktober sprach die SPD von *„unchristlicher Angstmacherei"* (gegen die Demagogie der CDU gemünzt) und Schmidt sagte drei Tage vor der Wahl: *„Die bruttolohnbezogene Rente bleibt."* Mehrfach versprochen wurde auch, daß die nächste Rentenerhöhung plangemäß zum 1.Juli 1977 erfolgen werde.

Jetzt sieht das alles ganz anders aus: Neben Wirtschaftsverbänden und neben dem „Sozialbeirat" (darin sitzen verschiedene Wissenschaftler und auch die „Tarifpartner", also auch der DGB) äußerten sich auch viele Politiker von SPD und FDP zu Wort. Zur Zeit besteht zwischen SPD und FDP und auch innerhalb dieser Parteien noch keine Einigkeit, **wie** man die Renten senken bzw. die Beiträge zur Rentenversicherung erhöhen soll. **Einigkeit besteht allerdings darin, d a ß man bei den Rentnern sparen will bzw. die Beitragszahler stärker zur Kasse bitten will.**

Folgende „Vorschläge" sind zur Zeit in der Diskussion:

– Die zum 1.Juli vorgesehene Rentenerhöhung soll um ein halbes Jahr verschoben werden (und entsprechend alle späteren Rentenerhöhungen damit ebenfalls). Gleichzeitig sollen die Krankenversicherungsbeiträge für alle gesetzlich Versicherten um einen Prozentpunkt (d.h. 1 % des Bruttolohnes bzw. -gehaltes werden mehr für die Krankenversicherung abgezogen) erhöht werden. Das soll zur Finanzierung der Krankheitskosten der Rentner dienen. Die Realisierung des 1.Teiles dieses Vorschlages ist nicht sehr wahrscheinlich, da gerade eine Erhöhung der Renten zum 1.Juli 1977 von allen Parteien fest zugesagt wurde. Möglich ist jedoch, daß das ganze Manöver nur 1 Jahr später erfolgt, also daß die Erhöhung von Juli '77 dann anderthalb Jahre gilt.

– Es bleibt bei der Rentenerhöhung um 10 % zum 1.Juli. Es wird jedoch von den Rentnern ab diesem Zeitpunkt ein Krankenkassenbeitrag in Höhe von 5 % der Renten erhoben. (Bisher zahlen Rentner keine Steuern und keine Sozialversicherungsbeiträge). Gleichzeitig soll der Beitrag der Rentenversicherten von bisher 18 % auf 19 % erhöht werden. (Die Hälfte, also 9 bzw. 9 1/2 % trägt der „Arbeitgeber").

– Weiterhin wird diskutiert, eine Besteuerung der Renten einzuführen, sowie die Rentenerhöhungen nicht mehr an den Bruttolöhnen, sondern in Zukunft an den Nettolöhnen zu orientieren. Bisher stiegen die Renten entsprechend dem durchschnittlichen Anstieg der Bruttolöhne und -gehälter in den drei davor liegenden Jahren. Eine Orientierung der Renten an dem Anstieg der Nettolöhne und -gehälter würde erheblich niedrigere Rentenerhöhungen ergeben, da die Abzüge der Arbeiter und Angestellten für Kranken-, Renten-, Arbeitslosenversicherung und vor allem für das Finanzamt überproportional gestiegen sind und weiter steigen werden – zumal bei der Lohnsteuer in den nächsten Jahren die Progression eine besonders große Rolle spielen wird.

Welcher dieser Vorschläge oder auch welche Kombination von Teilen dieser Vorschläge verwirklicht wird, ist noch unklar. Klar ist jedoch, daß diese Pläne das Rententhema *„mit einer Brisanz versehen, die weit in die gesellschaftlichen Gruppen hineinstrahlt"* (Welt, 23.10.76). Also, nicht nur die Rentner sind von Sparplänen betroffen, sondern alle Arbeiter- und Angestelltenfamilien sollen mal wieder tiefer in die Tasche greifen. Daß einiges zu erwarten ist, meint auch der „Spiegel" (25.10.76), wenn er von Arbeits- und Sozialminister Arendt berichtet, daß ihm *„bisher selbst kleine Korrekturen im Sozialbereich schwerfielen"*, daß er aber jetzt *„massiv gegen Interessenten aller Art"* vorzugehen gedenke, daß er *„die Rentner zur Kasse bitten und die Arbeitnehmer mit zusätzlichen Sozialausgaben belasten"* wolle. Die FDP will auf jeden Fall *„darauf drängen, daß das Solidarprinzip in der gesetzlichen Sozialversicherung nicht überstrapaziert wird. Eine nachhaltige Konsolidierung der Sozialversicherungsbereiches kann nach Auffassung der FDP nur dann erreicht werden, wenn es gelingt, das ausgeprägte Anspruchsdenken einer großen Zahl von Versicherten den finanziellen Gegebenheiten anzupassen"* (Süddeutsche Zeitung, 7.10.76).

Von den „so anspruchsvollen" alten Menschen haben jedoch jetzt im 2. Halbjahr 1976 47 % der Rentner und 58 % der Rentnerinnen w e n i g e r als 820 DM im Monat (netto); hierbei sind schon alle Rentenarten zusammengerechnet, die einige Rentner beziehen (z.B. Witwenrente und Rente aus privater Lebensversicherung oder Rente aus gesetzlicher Rentenversicherung plus Betriebsrente, etc.). Mehr als die Hälfte der alten Menschen hat also weniger als 820 DM im Monat – und das bei den hohen Preisen insbesondere für das Führen eines Ein-Personen-Haushaltes (relativ höhere Miete, höhere Kosten für Haushaltsgegenstände) und bei den meist sowieso nicht zu erschwingenden Kosten für einen Platz im Altersheim (hierbei einmal ganz abgesehen von der meist recht miesen Situation in diesen Heimen und der prinzipiell abzulehnenden Ghettosituation der Heimbewohner).

Wirtschaftskommission
KB / Gruppe Hamburg

Parteiverfahren in West-Berlin – irre!

Der 1. Fall:
Die nächsten Opfer des innerparteilichen Terrors in der SPD sollten ursprünglich der Westberliner Juso-Vorsitzende und ein Mitglied des Landesvorstandes werden.

Der SPD-Landesvorstand hatte den Jusos ein „Info" zensiert, und die Jusos hatten trotzdem auch die inkriminierten Texte veröffentlicht. Unter die Zensur gefallen waren Stellen wie *„die Notwendigkeit, das private Eigentum an Produktionsmitteln zu beseitigen"*; *„Vergesellschaftung der Produktionsmittel"* etc., also alles Formulierungen, die im Wortlaut Beschlüssen von Juso-Kongressen entsprechen! ...

Interessant ist vor allem die Ablehnung eines Interviews mit einer Genossin der Juventudes Socialistas de Espana, das ist die Jugendorganisation der PSOE, einer „Schwester" der SPD, die ebenfalls in der „Sozialistischen Internationale" vertreten ist!

Der West-Berliner Landesgeschäftsführer der SPD, Weiß, hält die Jugendorganisation für *„eine offensichtliche sozialistische Splittergruppe ..., die den Interessen der Partei* (d.h. der SPD – Anm. AK) *zuwiderläuft"* („Extra-Dienst", 15. 10.76)!

Derartige Beiträge, die bisher fast ständig in der Juso-Presse zu lesen waren, werden jetzt bereits als parteischädigend hingestellt. Doch diesmal kam es überraschend anders. Das Parteiordnungsverfahren wurde eingestellt (!), da es eine *„unnötige Verschärfung der innerparteilichen Auseinandersetzung"* darstelle. Vielleicht hatte dazu auch ein Antrag einiger SPD'ler aus Kreuzberg beigetragen, der sich gegen ihren Geschäftsführer wendet und für ihn einen Fortbildungskursus fordert, da er ihre „Bruderorganisation" die PSOE, „als sozialistische Splittergruppe aus Spanien diffamiert" hatte ...

Der 2. Fall:
Mit Parteiordnungsverfahren ist man in Westberlin schnell bei der Hand! So passierte es einem SPD'ler, der sich an einem Bücherstand der SEW eine Schallplatte mit Brecht-Songs erstehen wollte, dabei aber fotografiert wurde und zwei Tage später im Organ der SEW abgebildet war. Peinlich! Peinlich!

Für einige rechte Sozialdemokraten der Afa war dieses Anlaß genug, ein Parteiordnungsverfahren einzuleiten!

SPD-Kommission

England Irland

„Friedensfrauen“ stoßen auf Protest

Nordirland. Im August und September fanden in Nordirland mehrere „Friedensdemonstrationen“ statt (siehe ARBEITERKAMPF Nr. 88). Diese Demonstrationen richteten sich in demagogischer Weise einseitig gegen den „Terror“ der IRA und mit keinem Wort gegen die Brutalität der britischen Besatzer und den täglichen Terror der Faschisten („Protestanten“).

Inzwischen stoßen die „Friedensfrauen“ mit ihrem Friedensgeheuchel auf etwas stärkeren Protest. Deutlich wurde dies unter anderem auf einer Protestversammlung, die am 10. Oktober im Arbeiterviertel Turf Lodge in Belfast stattfand. Grund für die Protestversammlung war der Tod eines 13-jährigen Jungen, der durch ein Plastikgeschoß eines britischen Soldaten am Kopf so schwer verletzt wurde, daß er später im Krankenhaus starb. Auf dieser Versammlung tauchten die beiden Anführerinnen der „Friedensfrauen“, Betty Williams und Mairead Corrigan auf, um ihren Schmus zu verbraten. Sie wurden jedoch gebührend empfangen. Es wurde ihnen keine Gelegenheit zum Reden gegeben, sondern sie wurden rausgeschmissen. Sie verließen panikartig durch die Hintertür den Versammlungssaal und flüchteten in eine nahegelegene Kirche.

Einige Tage später entlarvte sich das Gerede der „Friedensfrauen“, sie „seien gegen jede Gewalt“ eindeutig als Lüge. Aus Angst um den Verlust der Unterstützung reaktionärer Protestanten machten sie klar, daß sie die Sicherheitskräfte unterstützen. *„Wir unterstützen vollkommen das Recht des Gesetzes und bis die nordirische Gesellschaft ihre eigenen Staatsinstitutionen entwickelt hat und eine Regierung gebildet hat, sind die RUC und andere Sicherheitskräfte die einzigen legitimen Stützen des Gesetzes“* („Guardian“, 14.10.76).

Anhaltender Besatzungsterror

Parallel zu den nunmehr etwa zwei Monate dauernden Aktionen der „Friedensfrauen“ ist speziell in Belfast ein Zunehmen der Aktivitäten der Armee gegenüber der Bevölkerung zu verzeichnen.

Konkret sind allein in den letzten Wochen folgende Fälle bekanntgeworden:

- Die Ermordung des 13-jährigen Brian durch ein Plastikgeschoß der Armee (das war die Ursache für die Protestversammlung). Die Armee sagt, sie schoß auf einen *„Haufen von mehreren hundert steinewerfenden Jugendlichen. Anwohner jedoch betonten, daß es sich um nicht mehr als 20 Jugendliche handelte und diese auch keine Steine warfen“* („Guardian“, 12.10.76).
- Wenige Tage später wurde eine im achten Monat schwangere Frau von einem Plastikgeschoß der Armee getroffen („Guardian“, 11.10.).
- Acht Soldaten steckten am 12. Oktober eine katholische Kneipe in Brand. Nachdem die Armee erst die Anschuldigungen – sie waren bei der Tat von Anwohnern beobachtet worden – empört zurückwiesen mit der Behauptung, es sei alles gelogen, wurde jetzt offiziell bestätigt, daß die Soldaten dafür verantwortlich sind („Guardian“, 14.10.76).
- Am 14. Oktober wurde der Verantwortliche für die Protestversammlung in Turf Lodge verhaftet. Der „Guardian“ vom 15.10. schrieb dazu, *„die Verhaftung ist wahrscheinlich als ein weiterer provokativer Akt der Armee in diesem Teil von West-Belfast zu sehen. Die Armee war dort in den letzten zwei Monaten wiederholt wegen ihrer Handlungen kritisiert worden“.*

Irland-Kommission

Erfolg der Trico-Frauen

Wie bereits in AK 88 berichtet, streikten die Arbeiterinnen der Westlondoner Autoteilefabrik TRICO seit Ende Mai für gleichen Lohn. Nachstehenden Artikel schrieb eine Genossin der britischen Organisation „International Socialists“, die sich zur Zeit in der BRD aufhält, für den ARBEITERKAMPF. Wir haben ihn übersetzt.
England Kommission

Der fünfmonatige Streik von 350 Frauen aus der Westlondoner Scheibenwischerfabrik TRICO endete mit einem vollen Erfolg. Am 21.Oktober nahmen sie die Arbeit wieder auf, nachdem ihre Akkordsätze an die ihrer männlichen Kollegen angepaßt wurden, was einer Lohnerhöhung von wöchentlich 6,40 Pfund (z.Zt. 25,- DM) entspricht.

Während der 21 Wochen auf Streikposten wurde der Kampf der Frauen behindert

- durch einen Schiedsspruch des „Equal Pay Tribunal“, (ein Schiedsgericht, das entscheidet, ob Frauen auch wirklich die gleiche Arbeit wie ihre männlichen Kollegen leisten), das erklärt hatte, für gleiche Bezahlung gäbe es hier keinen Grund;
- dadurch, daß fast alle 1.000 männlichen Kollegen, von denen viele der selben Gewerkschaft angehörten, einfach weiterarbeiteten;
- durch Streikbrecher-LKWs, die die Streikposten brutal durchbrachen, wobei es zu eingen schweren Verletzungen kam;
- und durch Prügeleinsätze der Polizei.

Der Bezirkssekretär der Metallergewerkschaft AEUW, in der die Frauen organisiert sind, Roger Butter, und der zuständige Gewerkschaftsorganisator Bill McLoughlin, indem sie oft selbst Streikposten standen und die Frauen davon überzeugten, daß es keinen Sinn hätte, an der Verhandlung vor dem Schiedsgericht teilzunehmen, da dieses für seine Unterstützung der Kapitalisten schon berüchtigt war (vgl. AK 88). Dagegen glaubte der nationale Gewerkschaftsvorstand, daß er bereits damit seine Pflicht getan hätte, daß er den Streik für offiziell erklärte, damit die Frauen ihre 10,50 Pfund (ca. 40,- DM) Streikgeld pro Woche bekamen. Dabei hätte eine einzige Anweisung des Gewerkschaftsvorstandes schon vor Monaten die Produktion bei TRICO stillgelegt. Ein Aufruf des „Linken“ Gewerkschaftsvorsitzenden Hugh Scalon zum Boykott aller Wischerblätter in der Autoindustrie hätte einen viel schnelleren Sieg sichergestellt. Stattdessen blieb die Gewerkschaftsführung während der ganzen 21 Wochen stumm.

vorsitzenden Hugh Scalon zum Boykott aller Wischerblätter in der Auto-

Auf der anderen Seite spendeten tausende Arbeiter und Arbeiterrinnen in ganz England mehrere zehntausend Pfund für die Unterstützungskasse der Streikenden, und kämpferische Gewerkschaftskollegen versuchten einen Scheibenwischerboykott zu organisieren, wobei sie bei British Leyland und Ford auch einigen Erfolg hatten. Der Erfolg der TRICO-Frauen ist ein Sieg nicht nur über die eigenen Kapitalisten sondern auch über das „Equal Pay Tribunal“, das „unabhängige “ Schiedsgericht in Sachen gleicher Lohn. Ihr Sieg gibt den 2 Millionen Frauen in der britischen Metallindustrie ein wichtiges Beispiel. Darum hatten die TRICO-Kapitalisten auch die vollste Unterstützung des Metallarbeitgeberverbandes, der seit 1970 allerlei Erfahrung gesammelt hat beim Versuch, gleichen Lohn in der Praxis zu verhindern. Von Dutzenden Streiks für gleichen Lohn in dieser Branche ist dies der erste, bei dem sich die Kolleginnen nicht der Entscheidung des „Tribunals“ unterworfen haben.

Monica Harvey, eine der TRICO-Frauen, meinte dazu: *„Da sieht das ‚Equal Pay Tribunal‘ mit seiner Entscheidung gegen uns ganz schön alt aus. Die haben behauptet, unsere Forderung wäre unbegründet - bis wir ihnen das Gegenteil bewisen haben. Wir haben uns von ihren Entscheidungen eben nicht unter Druck setzen lassen. Und unsere Weigerung, die Arbeit ohne Erfolg wieder aufzunehmen, hat gezeigt, daß nur die eigene Kraft und Kampfgeist wirklich zählen“* („Socialist Worker“ 23.10.76)

Genossin von International Socialists



Streikende TRICO-Frauen auf einer von ihnen organisierten Demonstration

Streikende TRICO-Frauen auf einer von ihnen organisierten Demonstration

Betty Williams in der BRD

Betty Williams in der BRD

Vom 25. bis 28. Oktober besuchten Betty Williams und andere Initiatorinnen der Bewegung „Frauen für den Frieden in Irland“ die BRD.

Sie wurden von den Reaktionären aller Schattierungen freudig begrüßt. Betty Williams kommentierte das folgendermaßen: *„Ich komme nach Deutschland, weil die Deutschen auf unsere Friedensbewegung phantastisch reagiert haben. So viel Sympathiebeweise haben wir von keinem anderen Volk erhalten“* („Hamburger Abendblatt“, 25.10.76). Zum Glück, kann man da nur sagen.

In der BRD hatten die bürgerlichen Frauenvereine 10.000 DM für die „Nordirischen Friedensschwestern“ gesammelt („Welt“, 7.9.76) und der „Deutsche Hausfrauenbund“ hatte auf Ausstellungen 5.000 Trillerpfeifen verkauft. (Betty Williams fordert in Nordirland die Frauen auf, die Trillerpfeifen bei „Überfällen“ zu benutzen.)

Jetzt schlugen sogar Bundestagspräsidentin Renger und die Junge Union Betty Williams für den Friedensnobelpreis vor. Wenn der vielleicht auch eine Schuhnummer zu groß ist, so bekam sie bei ihrem BRD-Aufenthalt von der Westberliner Sektion der Internationalen Liga für Menschenrechte die „Carl von Ossietzky-Medaille“ verliehen („Hamburger Abendblatt“, 25.10.76) und am 30.11. sollen die drei führenden „Friedensfrauen“ in Norwegen den „Friedenspreis des norwegischen Volkes“ bekommen.

In der BRD wurden den „Friedensfrauen“ mehrere Empfänge u.a. von Ministerpräsident Albrecht in Hannover und von Bundestagspräsidentin Renger gegeben, zu denen jeweils zahlreiche bürgerliche Politiker und Bischöfe ihre Glückwunschtelegramme sandten.

Es ist fürwahr kein Wunder, daß um diese „Friedensfrauen“ ein so großer Wirbel veranstaltet wird. Stellen sie sich doch aktiv gegen den Befreiungskampf des irischen Volkes. *„Es ist eine falsche Vorstellung, Nordirland werde von den Briten unterdrückt“*, sagte Betty Williams wörtlich auf der Veranstaltung am 26.10. in Hannover. Schuld an der jetzigen Situation in Irland hätten einzig und allein die IRA-Terroristen.

Dies war dann auch die einzige Aussage, die sie auf der Veranstaltung machte, ansonsten drückte sie mit rührseligen Geschichten ordentlich auf die Tränendrüse. Kein Wort über die KZs, in denen IRA-Häftlinge heute noch von britischen Soldaten täglich mißhandelt werden, kein Wort darüber, daß in der BRD in Sennelager britische Soldaten für den Häuserkampf in Nordirland ausgebildet werden.

Irlandkommission
und KB-Frauengruppe Hannover

Alle Räder stehen still...

Ein Streik von vier Schweißern im britischen Ford-Automobilwerk von Dagenham hat die Fließbänder des erst vor wenigen Tagen angelaufenen neuesten Cortina-Modells völlig zum Stillstand gebracht. Die vier Arbeiter fordern eine Lohnzulage, weil ein neuer Schweißprozeß eingeführt wurde. Die Werksdirektion sah sich durch den Ausstand gezwungen, über 2.500 weitere Angestellte nach Hause zu schicken. Hierauf solidarisierten sich am Dienstag 2.000 Arbeiter mit den Schweißern und legten ebenfalls ihre Arbeit nieder. Wie aus Firmenkreisen verlautet, wird mit einem täglichen Verlust von rund 1,2 Millionen Pfund Sterling gerechnet (HAZ 6.10.76).

KB – Gruppe Hannover

Kritik am Irland-Artikel in AK Nr. 88

Vorweg ist zu sagen, daß wir die politische Einschätzung, die dieser Artikel vom „Peace Movement“ (Friedensbewegung) der Betty Williams gibt, für vollkommen korrekt halten: Es handelt sich um eine „geplante und gut organisierte politische Kampagne der britischen Bourgeoisie“ (AK 88) gegen den irischen Befreiungskampf im allgemeinen und die IRA/Provisional im besonderen. Die bereits angelaufene Verschärfung der Verfolgung der republikanischen Bewegung wird so politisch und vor allem ideologisch abgestützt und abgedeckt.

Unsere Kritik wendet sich gegen den Optimismus darüber, daß dieser Versuch der Bourgeoisie, den Widerstand in Nordirland und vor allem sein Sympathisantenumfeld in der katholischen Bevölkerung zu verwirren, gescheitert sei. Dieser Optimismus ist zwar nicht ausdrücklich ausformuliert, klingt aber doch deutlich durch. Wir möchten die entsprechende Passage zitieren: „So gern die Bourgeoisie tatsächlich feststellen würde, daß die Frauen der irischen Arbeiterklasse sich gegen ihren eigenen Befreiungskampf wenden würden, so klingt doch in der bürgerlichen Presse an anderer Stelle durch, daß es mehr die „Hoffnung (!) auf einen Aufstand der Frauen“ („SZ“, 13.8.) ist, die die Bourgeoisie hegt, und daß die Demonstration in Belfast mehr eine wohlinszenierte Kampagne zur Spaltung der irischen Bevölkerung war als tatsächlicher Ausdruck eines schwindenden Widerstandes.

So läßt sich nicht verheimlichen, daß die breitangelegte „Friedenskampagne“ der Betty Williams in den Arbeitervierteln von Belfast nicht auf ungeteilten Beifall stieß. Auf ihrem Sing- und Betmarsch wurden die Demonstranten „mehrere Male von IRA-Anhängern beschimpft“ („SZ“, 16.8.), und ihre Unterschriftensammlung erhielt an den Türen der Arbeiterhaushalte lediglich 5.000 Unterschriften - für eine große Industreistadt nicht gerade viel“ (AK Nr. 88).

Man kann u.E. nicht so heran gehen, daß man aus dem Wort „Hoffnung“, das die „Süddeutsche Zeitung“ gebraucht hat, schließt, daß es bei dieser Hoffnung geblieben ist, d.h. daß diese „Friedenskampagne“ in keiner Weise verfangen hat. Auch der Hinweis, daß die Demonstration „nicht auf ungeteilten Beifall“ gestoßen ist, ist kein Beweis für diese Einschätzung.

Welche auch noch so erfolgreiche Demonstration – egal welcher Richtung – stößt auf u n g e t e i l t e n Beifall?? Und von den 5.000 Unterschriften als „lediglich 5.000“ zu sprechen ist u.E. nur erlaubt, wenn man Vergleichszahlen anbieten kann.

Dazu kommt noch, daß der „Guardian“ am 13.8.76 schreibt, daß diese 5.000 ein Zwischenergebnis darstellten und die Initiatoren der Sammlung davon sprachen, daß sie „hoffen, morgen (!) mehr als 20.000 Unterschriften zu haben.“ Wir halten das nicht nur für Zweckpropaganda, da die jeweiligen Schätzungen, die von der Williams und ihren Freunden vor den verschiedenen Demonstrationen abgegeben wurden, ziemlich exakt waren. Über das tatsächliche Ergebnis allerdings können wir nichts sagen.

Leider setzt sich der Artikel demgegenüber nicht mit den Zahlen der Demonstrationsteilnehmer auseinander (1. Wochenende: 5.000 (der „Guardian“ spricht übrigens von 10.000), 2. Wochenende: 20.000, 3. Wochenende: 50.000 auf zwei Demonstrationen).

Diese Zahlen scheinen uns erschrekkend hoch zu sein. Hoch im Vergleich zu dem, was die bürgerlichen Kräfte in den vergangenen Jahren mehrmals zum gleichen Thema unter dem Namen „Women Together“ („Frauen gemeinsam“) zu Wege gebracht haben: Nämlich so gut wie gar nichts!

Der „Guardian“ schreibt unter der Überschrift „Die traurige Geschichte der Friedensbewegung von Ulster“ am 16.8. – also nach der ersten Demonstration: „Die Friedensbewegung, die in den letzten 7 Tagen so aufsehenerregend und hinreissend gekeimt war, ist in der Tat nichts Neues. Seit Ende 71 kämpft eine Organisation mit dem Namen „Women Together“ stark aber erfolglos für Frieden. Sie veranstaltete Wachen, Demonstrationen und öffentliche Treffen... und obwohl sie in eigentlich hart republikanischen Gegenden merkliche Unterstützung erhielt, hatte sie nie irgendwelche Macht, mit der IRA zu verhandeln. Sie wurde ganz einfach ignoriert. Seit 73 schrumpfte sie zu fast nichts zusammen.“

Man muß wohl insgesamt für die nordirische Situation sagen, daß zum gegenwärtigen Zeitpunkt die Zeit der Massendemonstrationen für die Sache des irischen Befreiungskampfes vorbei ist. Massendemonstrationen veranstalten nur die Protestanten und Loyalisten (Anhänger der britischen Herrschaft in Nordirland), so z.B. am 12.8., an dem 10.000 Loyalisten in provozierender Nähe der katholischen Stadtteile durch Belfast marschierten.

Demgegenüber demonstrierte die IRA/Provisional anläßlich des Jahrestages der Internierung politischer Häftlinge in Konzentrationslagern im August mit 60 (!) Anhängern durch Belfast.

Abschließend sei noch gesagt, daß der zweite Irland-Artikel in AK Nr. 88 („Ausnahmezustand in der Republik Irland“) durchaus im Gegensatz zum Optimismus des ersten Artikels steht. Und zwar dort, wo sehr kurz die Stärke des Widerstandes (IRA/Provos, IRA/Officials, IRSP) eingeschätzt wird. Wenn diese Einschätzung korrekt ist, dann ist es um den irischen Widerstand, zumindest was die mittelfristige Zukunft angeht, schlecht bestellt. Wenn tatsächlich die bislang wichtigsten Organisationen des irischen Volkes „ideologisch unglaubwürdig“ (IRA/P), im „Abseits zwischen Revisionisten und Pazifisten gelandet“ (IRA/O) oder „politisch unter(gegangen)“ (IRSP) sind, dann fragt sich, wer denn die republikanische Bewegung führen soll, orientieren soll auf einen antiimperialistischen Kampf usw. Und hier allein liegt doch auch die Möglichkeit, solche „Friedenskampagnen“ und ihren politischen Hintergrund zu entlarven und sie wirksam zu bekämpfen.

Gerade auf der Grundlage des jahrelangen brutalsten Polizeiterrors gegen die irische Arbeiterklasse ist es nur durch politische Propaganda, die klar macht, daß die einzige Lösung im Niederringen des britischen Imperialismus liegt, möglich, das Friedensgeschwafel zu bekämpfen. Insofern besteht u.E. ein direkter Zusammenhang zwischen der Schwäche der politischen Organisationen des irischen Widerstandes gegen den britischen Imperialismus und dem Aufkommen und erfolgreichen Abschneiden des „Peace Movements“.

England-Kommission

Österreich/Schweiz

„Volkszählung" in Österreich:

Fortsetzung der Nazi-Tradition

Am 14. November werden auf Beschluß der österreichischen Bundesregierung die Minderheiten Österreichs gezählt. Die Ergebnisse der Zählung sollen eine „wichtige Orientierungshilfe" (Kanzler Kreisky) für die Durchführung des im Juli 1976 beschlossenen „Volksgruppengesetzes" sein. Dies Gesetz dient angeblich dazu, den Schutz der zahlenmäßig starken slowenischen und kroatischen Minderheiten in Kärnten bzw. im Burgenland zu garantieren. Es soll den Artikel sieben des Staatsvertrages von 1955 präzisieren, in dem die Gleichberechtigung der Minderheiten gefordert wird.

Sieht man sich das „Volksgruppengesetz" jedoch genauer an, wird klar: Es geht nicht um den Schutz der Slowenen und Kroaten in Österreich, sondern um die gesetzliche Absicherung ihrer fast vollständigen Unterdrückung. Dabei ziehen sämtliche bürgerlichen Parteien (SPÖ, ÖVP, FPÖ) an einem Strang.

Der Staatsvertrag von 1955

Im Staatsvertrag von 1955, auf den sich die Regierung beruft, heißt es noch: Die österreichischen Slowenen und Kroaten *„genießen dieselben Rechte ... wie alle anderen österreichischen Staatsangehörigen ..."*.

„Sie haben Anspruch auf Elementarunterricht in slowenischer oder kroatischer Sprache und auf eine verhältnismäßige Anzahl eigener Mittelschulen ...". In dem gemischtsprachigen Gebiet Kärntens und des Burgenlandes ist slowenisch bzw. kroatisch als Amtssprache zugelassen, öffentliche Aufschriften wie Ortsschilder usw. haben zweisprachig zu sein. Zum Schluß heißt es: *„Die Tätigkeiten von Organisationen, die darauf abzielen, der kroatischen oder slowenischen Bevölkerung ihre Eigenschaft und ihre Rechte als Minderheiten zu nehmen, sind zu verbieten."*



8. August 1976: Demonstration gegen eine Kundgebung des Kärntner „Abwehrkämpferbund". Polizei im Anmarsch ...



... brutal werden die slowenischen Demokraten verhaftet

Das „Volksgruppengesetz" 1976

Diese Bestimmungen wurden praktisch nie verwirklicht. Jetzt soll Gesetz werden, daß erst bei einem Anteil von mindestens 25% der Ortsbevölkerung Aufschriften zweisprachig anzubringen sind und die Minderheitensprache z.B. bei Gerichten verwendet werden darf. Das letztere zudem nur in erster Instanz und nur dann, wenn zufällig einer der wenigen Dolmetscher vorhanden ist. Verboten bleiben slowenisch und kroatisch im Umgang mit Polizei, Militär und Zoll. Über die Schulausbildung in beiden Sprachen wird kein Wort verloren.

Angesichts der offensichtlichen Entrechtung (im Staatsvertrag waren die Minderheitenrechte nicht an bestimmte Bevölkerungsanteile gebunden) versucht die Regierung Slowenen und Kroaten mit einem üblen Trick zu ködern. Ihnen werden „Volksgruppenbeiräte" und „Förderungsmaßnahmen" versprochen. Allerdings: Volksgruppenbeiräte können nur die werden, die *„erwarten lassen, daß sie sich für ... die Ziele dieses Bundesgesetzes einsetzen"*! Außerdem müssen sie von SPÖ-Bundeskanzler Kreisky höchstpersönlich akzeptiert werden. Da die bestehenden slowenischen Organisationen dieses Gesetz ablehnen, werden sie praktisch illegalisiert.

Bezeichnenderweise steht in dem Gesetz nichts von Sanktionen gegen die Tätigkeit von rassistischen antislowenischen und -kroatischen Organisationen. Da liegt denn auch der Hase im Pfeffer: Minderheitenfeststellung und „Volksgruppengesetz" sollen das Gesetz nur der tatsächlichen Entwicklung in Österreich anpassen. Diese ist gekennzeichnet durch eine hemmunglose Unterdrückung, Verfolgung und Terrorisierung vor allem der Slowenen in Südkärnten. Regierung und bürgerliche Parteien mischen dabei kräftig mit.

Der tägliche Faschismus in Kärnten

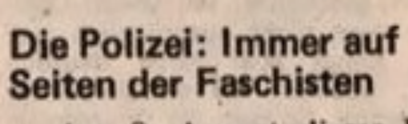
Haupthetzer gegen die Slowenen in Kärnten ist der „Kärntner Heimatdienst" (KHD). Er hat seine Leute in Gemeinden, Behörden, Schulen, Betrieben. Jeder, der etwas in Kärntner Behörden werden will, muß zumindest Sympathisant des KHD sein. Dieser „Heimatdienst" mit seinen Unterorganisationen „Abwehrkämpferbund", „Kärntner Landsmannschaft" und „Kärntner Schulverein" ist das Sammelbecken aller Faschisten, Deutsch-Nationalen und Rassisten.

Unter Parolen wie „Kärnten bleibt deutsch" und „Es gibt kein Slowenisch-Kärnten" brachte der KHD 1959 die Schulgesetzgebung zu Fall: Bis dahin wurde jedes Kind aus dem slowenischen Gebiet während der ersten Schuljahre in seiner Muttersprache unterrichtet. Daneben lernte es die zweite Landessprache. Ansonsten wurde der Unterricht in deutscher Sprache gegeben. Selbst diese minimalen Rechte waren zuviel: Mit der Begründung, *„die Unruhe unter der Elternschaft des gemischtsprachigen Gebiets"*, müßte beruhigt werden, hob der Landeshauptmann Wedenig (SPÖ!) den Pflichtunterricht Slowenisch auf („Neues Forum"–„NF", 4/76, S.14). Seither müssen Kinder für den slowenisch-Unterricht extra und zudem alljährlich aufs neue angemeldet werden. Falls überhaupt Lehrer slowenisch unterrichten können – denn die Lehrbefähigung Slowenisch ist nicht mal Pflicht im gemischtsprachigen Gebiet – findet der Unterricht dann statt, *„wenn die deutschsprachigen Kinder turnen oder bereits heimgegangen sind. Dann versäumen die slowenischen Kinder den Autobus"* („NF", 4/76, S.14). Abgesehen von dieser Schikane beabsichtigt diese Regelung die offene Diskriminierung der Familien, die ihre Kinder slowenisch lernen lassen – „Untermenschen", „politisch unzuverlässige Elemente". Diese Diskriminierung wird darin deutlich, daß gegenüber 15.942 Schülern im Jahre 1948/49 nur noch 1.832 Schüler 1972/73 beide Sprachen lernten. Die Zahl dürfte heute noch erheblich kleiner sein.

Der Ortstafelsturm

1972 erließ die regierende SPÖ gegen ÖVP und FPÖ das sogenannte „Ortstafelgesetz". In 205 Ortschaften, in denen mindestens 25% Slowenen wohnen, wurden zweisprachige Ortstafeln angebracht. Im Oktober 1972 rissen der KHD und seine Anhänger alle zweisprachigen Schilder nieder. Dabei wurde das „Kärntner Heimatlied" gesungen: *„Wo man mit Blut die Grenzen schrieb und frei in Not und Tod verblieb ..."*. Die Regierung unternahm nichts dagegen. Kein Wunder: SPÖ-Leute, wie z.B. der Bürgermeister von St. Kanzian/Skocijan, Vitus Jesse, waren führend am Sturm beteiligt. Seither gibt es in Südkärnten kaum noch Wegweiser und Ortstafeln. Als 1970 ein „Komitee zur Aufdeckung verdeckter Konflikte", in dem auch Mitglieder des „Verbandes sozialistischer Mittelschüler" (VSM - entsprach etwa den Jusos) mitarbeiteten, über Nacht die deutschsprachigen Ortsschilder durch slowenische Bezeichnungen ergänzte, wurde der Kärntner VSM sofort von der SPÖ aufgelöst („Wiener Tagebuch" – „WTB", 2/71, S.19)!

1969 beabsichtigte der jugoslawische Konzern Gorenje (Elektrogeräte u.a. für Bauknecht), im gemischtsprachigen Gebiet Bleiburg/Pliberk einen Zweigbetrieb für ca. 1.000 Arbeiter zu eröffnen. Dieser Bezirk hat kaum Industrie, ein großer Teil der slowenischen Bevölkerung muß im Stunden entfernten Klagenfurt arbeiten. Der KHD brachte mit Unterstützung der gewerkschaftlich kontrollierten Arbeiterkammer „die deutsch-nationale Volksseele" zum Kochen und verhinderte die Ansiedlung des „kommunistischen" Konzerns.



Die Polizei: Immer auf Seiten der Faschisten

Am 8. August dieses Jahres enthüllte der „Abwehrkämpferbund" in St. Kancian/Skocijan eines seiner Kriegerdenkmäler. Auf dem Denkmal standen u.a. Namen von Kärntner Faschisten, die von slowenischen Freiheitskämpfern hingerichtet würden. Namen der in dieser Stadt von Hitler ermordeten Slowenen fehlen natürlich. Als Slowenen gegen diese offene Provokation eine friedliche Gegenkundgebung durchführten, wurden 11 Demonstranten verhaftet, darunter auch zwei, die lediglich ein Transparent gegen den Neofaschismus entrollt hatten. Eine Gruppe von Slowenen forderte darafhin vor dem Polizeiquartier die Freilassung der Verhafteten und wurde brutal von der Polizei zusammengeknüppelt.

Umgekehrt ist alles ganz anders: Ende Juli zeichnete der jugoslawische Botschafter in Klagenfurt Kärntner Slowenen, die am antifaschistischen Freiheitskampf teilgenommen haben, mit Ehrenmedaillen aus. Der KHD brüllte vor dem Rathaus: „Mörder" und „Flintenweiber". Hier wurde keiner verhaftet. Im Gegenteil. Die Zeitungen griffen die Slowenen an, weil sie ein „gefährliches Spiel" betrieben hätten: man hätte die Veranstaltung verbieten müssen („WTB", 9/76)!

Wer in Kärnten öffentlich slowenisch redet, läuft Gefahr, zusammengeprügelt zu werden. Wer sich an der Arbeitsstelle zur slowenischen Minderheit bekennt, wird als Kommunist beschimpft, und aufgefordert, nach Jugoslawien zu gehen. Wer im Bus auf slowenisch ein Fahrkarte verlangt, kann damit rechnen, daß er hinausgeworfen wird. Slowenisch adressierte Briefe sind nicht zustellbar, Arbeitsgesuche auf slowenisch bleiben unbeantwortet.

Vor 40 Jahren: Für Slowenen das KZ

Die Geschichte der Kärntner Slowenen ist eine Geschichte von Unterdrückung und Verfolgung von Seiten der deutschstämmigen Kärntner. Bis heute sind die Slowenen mit Abstand die Ärmsten im Lande. Sie sind Arbeiter, Dienstboten, bestenfalls Kleinbauern; der Anteil der Arbeitslosen ist bei den Slowenen besonders hoch, viele emigrieren ins Ausland. Die Herrschenden waren immer deutsch. Schon aus diesem Grunde galten und gelten die Kärntner Slowenen als „politisch unzuverlässig". Als 1920 in Kärnten darüber abgestimmt wurde, ob das Land zu Österreich oder zu Jugoslawien gehören sollte, wurde der „Kärntner Heimatdienst" gegründet. Seine Aufgabe bestand einzig und allein darin, eine deutsch-nationale Hetze zu entfachen und die slowenische Bevölkerung mit allen Mitteln einzuschüchtern. Von anfang an wurde der KHD massiv von den deutschen Faschisten unterstützt. Spätestens nach der Besetzung Österreichs durch die Nazis 1938 begann gegen die Slowenen eine systematische Vernichtungsaktion. Im Sinne der „Festigung des deutschen Volkstums" wurden Tausende enteignet, ausgesiedelt, in KZ's verschleppt oder totgeschlagen. Gleichzeitig wurden *„bewährte deutsche Menschen"* (= faschistische Verbrecher) angesiedelt (Anordnung von SS-Himmler, 6.2.43).

Gegen ihre Liquidierung und faschistische Unterdrückung führten die Slowenen einen heldenhaften Kampf, viele von ihnen zusammen mit Tito's Partisanenbewegung.

Und wieder in den braunen Sumpf: Die Verbindungen des KHD nach 1945

Der österreichische Staat hat nach 1945 die faschistischen Mörder in Kärnten zum größten Teil unbehelligt gelassen. Der KHD konnte wieder aufgebaut werden und heute nehmen z.T. die alten Faschisten wieder führende Positionen in ihm ein, wie z.B. der ehemalige NSDAP-Gauhauptmann Meinrad Meßnig, jetzt FPÖ-Mitglied. Er ist inzwischen Direktor einer großen Bank in Klagenfurt. Ungehindert können diese Leute noch heute programmatische Erklärungen verbreiten, in denen zum Völkermord aufgerufen wird: *„Also hat die Geschichte in Kärnten noch keinen 'Schlußstrich' gezogen. Sie zieht ihn unter zwei Völkern nur, wenn eines von beiden nicht mehr existiert* (!). *So ist der Abwehrkampf von 1920 im Jahre 1970 noch immer ein Abwehrkampf mit den Waffen des Herzens und des Geistes und wird es bleiben, solange es ein deutsches Volk hier, ein slowenisches dort gibt"* („Ruf der Heimat", Organ des KHD, Okt. 1970).

Die SPÖ in Kärnten: Braun bis auf die Knochen!

In Kärnten wird die Regierung gegenwärtig von der SPÖ gestellt. Die „Sozialisten" machen keinen Hehl daraus, daß sie mit den Faschisten zusammenarbeiten. *„In vielen Orten sind die ehemaligen Nationalsozialisten fast geschlossen zu uns gekommen* (!!). *Auf die müssen wir Rücksicht nehmen – auch wenn sie sich innerlich kaum geändert haben"* (so ein SPÖ-Funktionär in Kärnten, lt. „NF", 4/76, S.11). Insgesamt gibt es keinerlei Meinungsverschiedenheiten zwischen den bürgerlichen Parteien, wenn es gilt, die Slowenen zu terrorisieren und die Faschisten zu hofieren.

Die führenden Politiker sind schließlich häufig genug selbst Mitglied im KHD. Der SPÖ-Regierungschef in Kärnten, Leopold Wagner, führte seinen Wahlkampf u.a. mit dem öffentlichen Bekenntnis: *„Ich war ein ... hochgradiger Hitlerjunge"* („WTB", 4/75). Dagegen sind Slowenen im Parlament überhaupt nicht vertreten. SPÖ, ÖVP und FPÖ haben demonstrativ keine Slowenen in ihre Kandidatenliste aufgenommen.

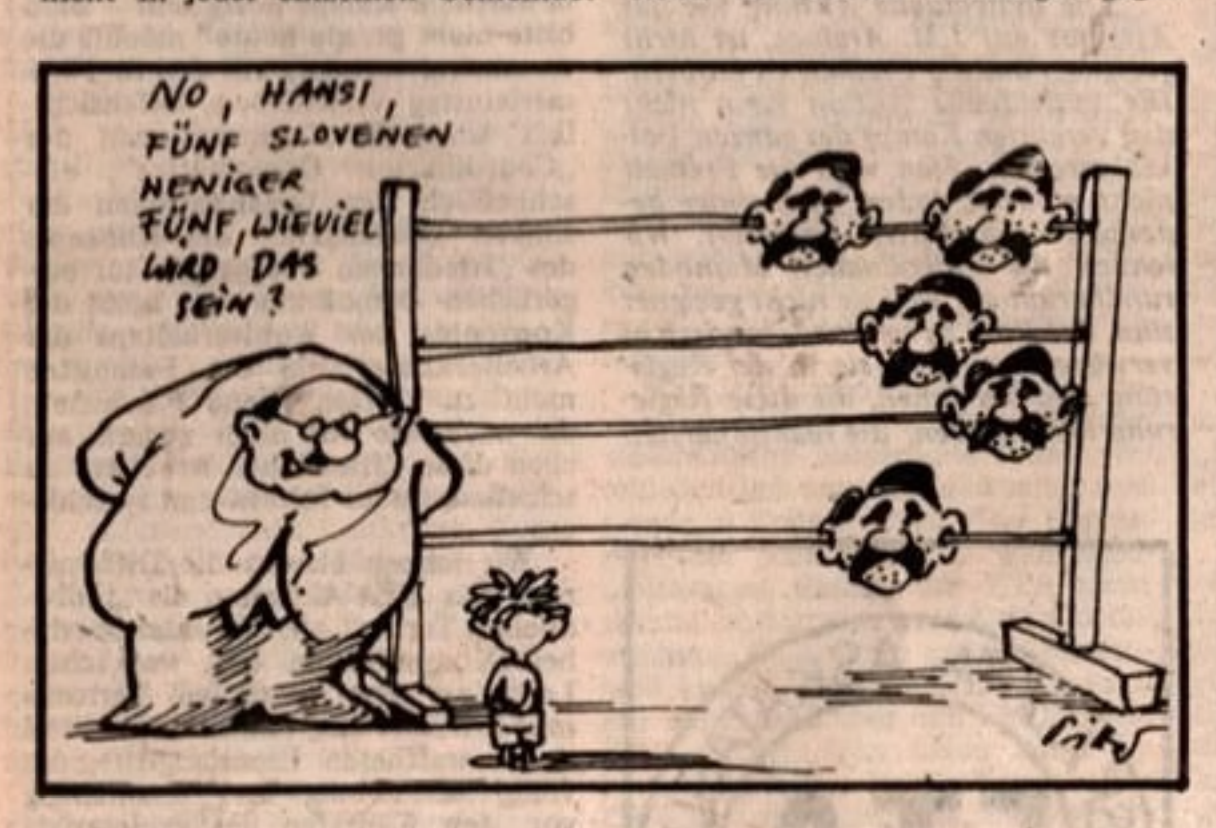
Boykott der Minderheitenfeststellung am 14. November

Gegen die Minderheitenzählung am 14. November rufen die slowenischen Organisationen zusammen mit der österreichischen Linken zum Boykott auf. Die demokratisch gesinnten Österreicher sollen in Kärnten und im Burgenland der Abstimmung fernbleiben, im übrigen Österreich auf den Stimmzetteln als Muttersprache Slowenisch eintragen. Damit soll die Anwendungsmöglichkeit der Zählung für das „Volksgruppengesetz" verhindert werden. Denn es ist klar, daß in diesem Klima rassistischer Hetze ein freies Bekenntnis zur slowenischen Volksgruppe für viele Slowenen in kleinen Dörfern lebensgefährlich sein kann. Unter diesen Umständen gibt nur der geringste Teil der Slowenen bei behördlichen Statistiken, Zählungen, Bewerbungen usw. slowenisch als Muttersprache an. *„De Slowena seint ja lei in da Gruppn stork – wenn oba ana do auf die Gemeinde einkummt und eineschreibn muass, wos er ist, donn follt a jeda um"* (Sekretärin beim Gemeinde-

Fortsetzung von Seite 32

dienst von Hohenthurn, „Kurier", 23.2.76). Auf diese Weise wird durch eine offizielle Zählung die slowenische Minderheit praktisch „weggezählt". Deswegen hat der KHD auch nichts gegen die Minderheitenfeststellung einzuwenden. Einziger Kritikpunkt ist, daß die Stimmen zentral in Wien ausgezählt werden und nicht in jeder einzelnen Gemeinde.

das Trauma der gewaltsamen Aussiedlung und anderer nazistischer Gewalttaten noch nicht überwunden, und angesichts ähnlicher Ereignisse anläßlich der Schulstreiks, angesichts der alljährlichen Hetze gegen das zweisprachige Schulwesen, angesichts der ungeahndeten Ausschreitungen beim 'Tafelsturm' und insbesondere angesichts der Dynamitanschläge auf Partisanendenkmäler und auf den Sitz des Zentralverbandes slowenischer Organisationen in Kärnten, angesichts der ernsten Drohungen gegen



Denn da hätte man gleich gegen die vorgehen können, die noch wagen sollten, auf die Stimmzettel „slowenisch" zu schreiben („Wochenpresse", 13.10.76).

In einer gemeinsamen Erklärung der slowenischen Organisationen heißt es als Begründung des Boykottaufrufs: *„Wir sind der Meinung, daß es in dieser Situation, die der Situation des Rassenhasses in den USA und ... den Diskriminierungen in Irland ähnelt, nicht möglich ist, von unseren Leuten eine objektive und freie Aussage über ihre Volkszugehörigkeit zu erwarten. Auch hat unser Volk Leben und Gut der Kärntner Slowenen und schließlich angesichts der neuerlichen Kapitulation der Regierung vor den deutschnationalistischen Kräften müßte es diesem moralischen und politischen Druck unterliegen"* (Informationsschrift des Klubs slowenischer Studenten in Wien, 1/75, S.6). Stattdessen fordern die Slowenen, daß endlich die Bestimmungen des Staatsvertrages erfüllt werden, einschließlich des Verbots faschistischer Organisationen wie des „Heimatdienstes".

Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

land ähnelt, nicht möglich ist, von unseren Leuten eine objektive und freie Aussage über ihre Volkszugehörigkeit zu erwarten. Auch hat unser Volk
„Heimatdienstes".
Österreich-Kommission
KB/Gruppe Bremen

Erneuter Angriff auf die Informationsfreiheit abgeschlagen

Schweiz. Am 26.9.76 lehnte die Mehrheit der Schweizer Bevölkerung in einer Volksabstimmung eine von den reaktionären Regierungsparteien eingebrachte Verfassungsänderung ab, die es ermöglichen sollte, die Programmhoheit der „Schweizerischen Rundfunk und Fernsehgesellschaft" (SRG) auf die Bundesregierung zu übertragen und damit der direkten staatlichen Kontrolle und Zensur zu unterwerfen.

Tatsächlich besitzt die Bundesregierung bis heute nur das Fernmelde-Monopol. Die Regierung war gezwungen, ihre Zensur und Kontrollmaßnahmen, für die Öffentlichkeit direkt ersichtlich, in die technische SRG-Konzession für die Benutzung der posteigenen Übermittlungsanlagen einzubauen.

Diese allzu deutlichen Erpressungsmaßnahmen gegen die SRG führten zu immer häufigeren Protesten der demokratischen Öffentlichkeit, andererseits kam es den reaktionären Kräften darauf an, die Kontrollmöglichkeiten noch zu verschärfen, und in der Verfassung zu verankern.

Die reaktionären Parteien legten einen Verfassungsänderungsentwurf zur Volksabstimmung vor, *„der eine bisher fehlende rechtliche Grundlage für die elektronischen Medien schaffen sollte."*

Hinter dieser Volksabstimmung und den geplanten reaktionären Maßnahmen steht eine starke reaktionäre Lobby, die bereits – mit Erfolg – gegen die Presse schoß. Ihre Kampagne richtet sich gegen eine angebliche Unterwanderung der Medien durch „Linksextremisten", eine auch hierzulande nicht unbekannte Argumentation der Reaktionäre.

- So wurden im Zuge der Rechtsentwicklung der Zeitungen sieben Redakteure der als „links"liberal geltenden „Baseler Nationalzeitung" entlassen, weil sie aufmuckten,
- wurde ein langjähriger Redakteur des Zürcher „Tagesanzeiger" gefeuert, da seine „Grundhaltung" dem Verleger als zu links schien,
- werden die Recherchen der Mitarbeiter der „Schweizerischen Depeschenagentur" zensiert, wenn diese nach Meinung der Chefredaktion *„negative Reaktionen auslösen könnten"* (laut „Spiegel", 11.10.).

Als Beispiel für diese reaktionäre Lobby kann auch die Maßnahme des Chemie-Konzerns Hoffmann-Laroche gelten, der gegen die „National-Zeitung" einen Inseratenboykott verhängte, weil in der Zeitung eine Fernsehsendung wohlwollend kommentiert wurde, die Praktiken des Konzerns angriff.

Hauptagitator dieser Lobby ist der Nationalrat und Geschichtsprofessor Hofer, Freund von Franz-Josef StrauSS und ZDF-Löwenthal! Hofer gründete bereits 1974 die „Schweizerische Rundfunk- und Fernsehvereinigung", die mit einem Jahresbudget von 800.000 Franken das Fernsehprogramm auf „linke Umtriebe" beschnüffelte („focus" 77/1976). Immerhin erreichten die Hofer-Schnüffler und ihre Lobby, daß in den Fernsehredaktionen unter ihrem reaktionären Druck immer mehr Selbstzensur geübt wurde („focus"). Mit der geplanten Verfassungsänderung sollten unter dem Deckmantel der „Ausgewogenheit und Objektivität" Zensurmaßnahmen eingeführt werden.

Gegen diese geplanten Zensurmaßnahmen und für ein Nein in der Volksabstimmung wurde von Seiten der sozialdemokratischen Arbeiterparteien und Gewerkschaften breit mobilisiert.

Für's erste konnte der reaktionäre Angriff abgeschlagen werden.

Es ist allerdings davon auszugehen, daß die Bourgeoisie nichts unversucht lassen wird, um die Medien völlig in den Griff zu bekommen und jegliche liberale Überreste einer objektiven Berichterstattung zu unterbinden.

Die demokratische Öffentlichkeit wird sich auf erneute Angriffe auf die Informationsfreiheit vorbereiten müssen.

Schweiz-Kommission
KB/ Gruppe Bremen,
Medienkommission
KB/ Gruppe Hamburg

Volksabstimmung über 40-Stunden-Woche

Volksabstimmung über 40-Stunden-Woche

Auf Initiative der linken „Progressiven Organisationen der Schweiz" (POCH) findet am 5.Dezember eine Volksabstimmung über die Einführung der 40-Stunden-Woche (heute durchschnittlich 44 Stunden) statt. Zusammen mit anderen Organisationen und Initiativen hat die POCH ein nationales Komitee hierfür gebildet. Ihm gehören an: POCH, „Revolutionäre Marxistische Liga" (GIM-Schwester), verschiedene lokale Gliederungen der Sozialistischen Partei, sowie deren Kantons-Verbände in Wallis und Jura, weiter die Jungsozialisten und verschiedene Gliederungen der Gewerkschaften („focus", Okt. 1976).

Besondere Unterstützung erhält diese POCH-Initiative vom „Schweizerischen Typographenbund" (STB), der Mitglied im Gewerkschaftsbund ist. Seit mehreren Jahren kämpfen die Typographen auf vertraglicher Ebene für die 40-Stunden-Woche.

Spaltungsmanöver der Sozialdemokraten

Diese Initiative hat die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer in Bedrängnis gebracht. Die „Weltwoche" charakterisierte dies folgendermaßen: *„Weder die einen, noch die anderen,* (gemeint sind Gewerkschafts-und SP-Führer, die Red.) *können die POCH-Initiative einfach ablehnen, wie sie es wohl am liebsten getan hätten; zuviel Gesichtsverlust steht auf dem Spiel. Die Initiative unterstützen aber hieße andererseits, die Wirtschaft einer partiell tödlichen Zerreißprobe aussetzen"* (20.10.).

Unter diesem Druck haben sich die Führer des „Schweizerischen Gewerkschaftsbundes" (SGB) einen „Kompromiß" ausgedacht. Sie lehnen die Initiative der POCH ab und ergreifen stattdessen eine eigene Konkurenzinitiative: Noch Ende dieses Jahres soll demnach eine Volksabstimmung laufen, die die stufenweise (!) Einführung der 40-Stunden-Woche in Aussicht stellt. Danach soll ein Jahr nach Verabschiedung die Arbeitszeit um zwei Stunden und in den beiden darauffolgenden Jahren um jeweils eine Stunde herabgesetzt werden, d.h.: erst in vier Jahren wäre die 40-Stunden-Woche erreicht (die „Neue Zürcher Zeitung" bezeichnet diesen Vorschlag als *„politische Auffangoperation"*, gegenüber der POCH-Initiative, 20.10.).

Auf der Sitzung der obersten Gewerkschaftszentrale, dem SGB-Ausschuß am 18. Oktober stimmten 88 Mitglieder dafür, 26 dagegen. Die Gegenstimmen kamen zum einen von den Typographen, zum anderen von der Metallgewerkschaft SMUV, die mehr auf eine vertragliche Regelung der 40-Stunden-Woche mit den Kapitalisten setzt. Starker Druck wird von den SGB-Führern auf den Typographenbund ausgeübt, dessen Zentral-Komitee vor der Sitzung an die Delegiertenversammlung des STB am 30.10. die Empfehlung gab, JA zur POCH-Initiative zu sagen. Die Gewerkschafts-Führer bezeichnen einen möglichen Zustimmungsbeschluß als *„statutenwidrig"*, und warnten davor, *„in krasser Weise die Einheit und Solidarität innerhalb des SGB (zu) untergraben"* („Neue Zürcher Zeitung", 20.10.76).

Auseinandersetzungen in der Schweizer Linken

Die Zeitschrift „focus" gibt in ihrer Oktobernummer den linken Organisationen Gelegenheit zur Auseinandersetzung um die POCH-Initiative. Die trotzkistische RML unterstützt das Vorhaben voll und begreift es als eine Möglichkeit, die Einheit der linken Organisationen zu stärken. *„...so kann breiten Teilen der Arbeiterklasse gezeigt werden, daß es möglich und notwendig ist, der Politik des Bürgertums in aktiver Einheit entgegenzutreten, ohne auf die SP oder die Gewerkschaften zu warten".*

Die revisionistische „Partei der Arbeit" ließ vor dem Beschluß des Gewerkschaftsausschusses verlauten: *„Unter den aktuellen Bedingungen und der Abwesenheit eines Gegenprojektes oder einer anderen glaubwürdigen Initiative, unterstützt die PdA die Initiative für die Einführung der 40-Stunden-Woche."* Getan wurde hierfür allerdings bisher nichts. Gespannt darf man auch sein, ob die PdA nach dem SGB-Beschluß jetzt ein „glaubwürdiges Gegenprojekt" gefunden hat, wundern dürfte es bei ihrer Treue gegnüber der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung nicht.

Scharfe Kritik übt die „Kommunistische Gruppe Arbeiterpolitik" (KGAP). Sie unterstützt vorbehaltlos die Forderung nach 40-Stunden-Woche, hält aber den eingeschlagenen Weg für falsch und gefährlich. Die POCH-Initiative organisiere eine Niederlage. Sie stütze sich nicht auf Initiativen und Aktionen der Massen, sondern auf Organisationen, die Forderung können aber nur von einer *„starken Bewegung, geführt von der Arbeiterklasse"* durchgesetzt werden. Kritisiert wird, daß über den Weg der Abstimmung große Teile der Arbeiter, nämlich die Ausländer, gar nicht beteiligt sind, daß aber beispielsweise all die Leute mit abstimmen dürfen, die mit dieser Forderung nichts zu tun haben (nämlich jeder Schweizer Bürger). Für die KGAP ist beim jetzigen Kräfteverhältnis eine Abstimmungsniederlage eine klare Sache. *„Erklärte etwa die POCH nach der Abstimmungsniederlage den Arbeitern, die noch irgendwie an die bürgerliche Demokratie glauben, warum man weiter für die 40-Stunden-Woche kämpfen soll, obwohl das Volk 'demokratisch' Nein gesagt. Oder wird sie sagen, das Volk sei eben noch nicht reif genug? Wir gratulieren der POCH, daß sie mit ihrer Initiative dem Volk seine Unreife bewiesen hat".*

Dementsprechend fordert die KGAP den Rückzug der Volksabstimmungsinitiative.

Schweiz- Kommission
KB/ Gruppe Bremen

Schweizer Lehrer werden beschnüffelt

Mitte Oktober demonstrierten in der Schweizer Stadt Zug Mitglieder der örtlichen „Frauenbefreiungsbewegung" gegen die neuerlassenen Richtlinien der „Schulkommission" zur Lehrerwahl. Sie protestierten „Gegen die Bettschnüffelei" und „Weg mit den Richtlinien von Kamer & Co" (Tagesanzeiger, 19.10.).

Hauptverantwortlicher für diese Richtlinien ist „Schulpräsident" Othmar Kamer von der „Christdemokratischen Volkspartei". Ähnlich wie in der BRD werden unter dem Deckmantel des „Lehrer-Überflusses" Einsparungen von Lehrern vorgenommen, verbunden mit einer politischen Säuberung. Besonders betroffen sind Lehrerinnen, die als „Doppelverdiener" ausscheiden sollen. So soll beispielsweise bei Lehrerinnen auch geprüft werden, wieweit ihre Tätigkeit überhaupt mit den „Mutterpflichten" vereinbar sei (umgekehrt wird diese Frage Männern natürlich nicht gestellt). Darüberhinaus werden strenge „moralische" Maßstäbe angelegt. Grundlage hierfür ist das in Teilen der Schweiz noch gültige „Konkubinatsverbot". Danach sind für Lehrerinnen und Lehrer *„eheähnliche Verhältnisse"* verboten, da dies ein *„Ausscheren aus der Ebene der Familie darstellt"*. Vom Lehrer aber, der ja nicht nur Wissen vermittle, sondern auch Erzieher sei, müsse verlangt werden, daß er *„durch sein Verhalten keine Veranlassung zur Mißdeutung oder Mißachtung der Familie gibt"* (FR, 30.9.).

Neben dieser von der katholischen Kirche bestimmten Bettschnüffelei sollen Lehrer mit einer „antidemokratisch-destruktiven Grundhaltung" (beispielsweise Wehrdienstverweigerer aus politischen Gründen) nicht in den Schuldienst.

Schweiz-Kommission
KB/Gruppe Bremen

KONTAKTADRESSEN des KB

Redaktion und Verlag
2 Hamburg 50
Lerchenstraße 75
Telefon: 43 53 06 (Verlag)
43 53 46 (Red.)

Schleswig-Holstein

Flensburg
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83

Geesthacht
Postlagerkarte 02/2064 Geesthacht
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr vor Hertl

Kappeln
Dagmar Schneider
234 Kappeln
Postlagernd

Kiel
W.D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Jeden Mi. von 11 bis 14 Uhr Büchertisch Universität/Mensa
Jeden Fr. von 16 bis 18 Uhr am Hauptbahnhof
Jeden Do./Fr. von 16 bis 18 Uhr Holstenstraße Weipert/Karstadt

Lübeck
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
24 Lübeck 1
Mühlenstr. 39

Mölln/Ratzeburg
M. Below
Postfach 1111
241 Mölln

Ost-Holstein
(Eutin, Plön, Malente
H. Lankau
242 Eutin
Postlagerkarte A 022 854
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr am Markt/Peterstraße in Eutin

Pinneberg/Steinburg
208 Pinneberg
Postlagerkarte A 022 926

Reinbek
Jeden Sonnabend von 10 bis 12 Uhr Kaufzentrum Reinbek/West

Hamburg

ARBEITERKAMPF
Literaturvertrieb und Büro
2 Hamburg 6
Susannenstr. 41
Tel: 040/439 38 15
Mo. bis Fr.: 15 bis 20 Uhr
Sonnabend: 10 bis 13 Uhr

Arbeiterbuch
2 Hamburg 13
Grindelhof 45

Sozialistischer Studentenbund
Büro
2 Hamburg 13
Schlüterstr. 4

Bremen

Bremerhaven
285 Bremerhaven
über Arbeiterbuch
Sonnenstr. 8
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Karstadt

Bremen
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
28 Bremen
Fedelhören 77
Mi. und Fr.: 16 bis 19 Uhr
Sonnabend: 10 bis 14 Uhr

Niedersachsen

Braunschweig
33 Braunschweig
Postlagerkarte 081 378

Cuxhaven
Verkauf jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr vor Karstadt
Nordersteinstraße

Emden
2970 Emden
Postlagerkarte 067452 A

Göttingen
Buchladen Rote Straße
34 Göttingen
Rote Straße 10

Hannover
Arbeiterbuch, z.Hd. KB
3 Hannover
Rehbockstr. 3

Hildesheim
32 Hildesheim
Postlagerkarte A 019 084
Jeden Sonnabend 10 - 12 Uhr Fußgängerzone/ Hoher Weg

Lüneburg
314 Lüneburg
Postlagerkarte A 017 890
Sonnabend Bäckerstr.
11.00 – 13.00 Uhr

Stade
Jeden Sonnabend von 10 - 12 Uhr am Pferdemarkt

Weser-Ems-Gebiet
29 Oldenburg 1
Postlagerkarte 070 178 A

Rheinlandpfalz

Südpfalz
G. Wißmeier
6748 Bad Bergzabern
Postfach 22

Nordrhein-Westfalen

Bielefeld
Jeden Sonnabend von 10 bis 13.30 Uhr Bahnhofstraße

Bochum
463 Bochum
Postlagerkarte A 066 028

Duisburg
41 Duisburg
Postlagerkarte 080 190 A
jeden Samstag 11-13 Uhr vor Karstadt (Stadtmitte)

Mönchengladbach 2
Postlagerkarte A 006748
4050 Mönchengladbach
Verkauf jeden Samstag 11 - 13 Uhr im Rheydt (Fußgängerzone)

Hessen

Darmstadt
Edwin Herrmann
61 Darmstadt
Am Eichbaumeck 52

Frankfurt
ARBEITERKAMPF-Vertriebsbüro
6 Frankfurt/M. 90
Kurfürstenstr. 8
Mi. von 16.30 bis 19.30 Uhr

Kassel
Floris Rohs
Postfach 10 31 43
35 Kassel
Jeden Sonnabend 10.30 – 13.00 Uhr Königsplatz
Jeden Do., 20.00 Uhr Gaststätte Störtebeker, Kohlenstr. 40

Baden-Württemberg

Freiburg
Buchladen Jos. Fritz (c/o KB)
78 Freiburg
Wilhelmstraße 15
Tel: 26 877
Di. von 17 bis 18 Uhr

Heidelberg
Jeden Mi. alte Mensa/Marstallhof
jeden Do. neue Mensa/Neuenheimer Feld

Karlsruhe/Pforzheim
Heidi Zorn
75 Karlsruhe
Humboldtstr. 13

Bayern

Bamberg
Verkauf jeden Samstag 11.00 - 12.30 Uhr Einkaufszentrum vor Hertie

Erlangen
Verkauf jeden Mittwoch 12.00 - 13.30 Uni-Mensa
Langemarck-Platz 4

Landshut
Postlagerkarte A 04 11 84
83 Landshut
Verkauf jeden Samstag 10.00 - 12.00 Uhr Altstadt vorm Oberpaur

Nürnberg/Fürth
P. Tröstler
Postfach 150472
85 Nürnberg 15
offener AK-Lesekreis Mittwochs 19.00 Uhr im Komm
Verkauf jeden Samstag 10.30 - 12.30 Uhr Breite Gasse, Kaufhof

Regensburg
Verkauf jeden Donnerstag 11.30 - 13.30 Uhr Uni-Mensa
16.00 - 18.00 Uhr Fußgängerzone Königstr.

Westberlin

A. Radtke
1 Westberlin 21
Thomasiusstr. 2
Fr. von 16 bis 19 Uhr

Revisionisten gegen ETA-Aktion

Am 4. Oktober erschoß ein Kommando der baskischen revolutionären Organisation ETA einen hohen Funktionär der spanischen Faschisten: Araluce war Mitglied des ultrareaktionären „Rates des Königreichs", des Ständeparlaments und Chef der Zivilverwaltung der baskischen Provinz Guipúzcoa. Außer ihm starben vier seiner Leibwächter.

Diese bewaffnete Aktion der ETA wurde von verschiedenen bürgerlichen Presseorganen als die bedeutendste seit der Hinrichtung des ehemaligen spanischen Ministerpäsidenten Carrero Blanco durch ETA betrachtet.

Noch am selben Tag gaben Mitglieder von ETA auf einer geheimen Pressekonferenz und durch Veröffentlichung eines Kommuniques im französischen Teil des Baskenlandes die Hintergründe für die Exekution Araluces bekannt.

Araluce wurde in dieser schriftlichen Erklärung als *„einer der charakteristischen Vertreter der harten Linie im Baskenland"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 7.10.76) bezeichnet, der unter anderem auch mitverantwortlich war für die Faschistenprovokation am Berg Montejurra, wo im Mai Trupps von schwerbewaffneten Faschistenbanden das Feuer auf eine Carlisten-Demonstration eröffneten, wobei zwei Arbeiter erschossen wurden.



ETA-Pressekonferenz nach der Hinrichtung von Carrero Blanco

ETA-Pressekonferenz nach der Hinrichtung von Carrero Blanco

Der Tod des jungen Arbeiters Jesus Maria Zabala, der am 14. September bei einer Demonstration in Fuenterrabia von der Polizei ermordet wurde, *„war der Tropfen, der das Faß zum Überlaufen brachte"* („SZ", 7.10.) und diesen *„Akt revolutionärer Justiz"* („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 8.10.76), nämlich die Erschießung Aracules, auslöste.

ETA habe im übrigen zunächst die Versprechen von Amnestie und grösserer Freiheit seitens der Suarez-Regierung abgewartet, doch die Einschränkung der Amnestie und das Vorgehen der Polizei im Baskenland hätten dem gesamten baskischen Volk gezeigt, daß die Regierung ihre Versprechen nicht hält (ETA-Erklärung nach „FAZ", 8.10.76).

„Wir haben auf den Ruf der Menschen geantwortet, die auf den Demonstrationen forderten, ‚ETA soll kommen'!" äußerte ein Vertreter der militärischen Front der ETA gegenüber einem Journalisten der spanischen Zeitschrift „Cambio 16" („Cambio 16", 24.10.76).

Alle Parteien und Organisationen der „Coordinación Democrática" (Zusammenschluß der spanischen illegalen Opposition), denen ETA in ihrer Erklärung Opportunismus vorwirft, haben die Tötung Araluces zum Teil mit wüstem Gepöbel „verurteilt".

Ein Vertreter des politisch-militärischen Flügels der ETA sagte, daß es einige Verurteilungen der Aktion gebe, *„die in ihrer Terminologie alle Erwartungen übertreffen und sich radikaler gebärden als gegenüber Aktionen der Ultrarechten"* („Cambio 16", 24.10.76).

Revisionisten verurteilen die Aktion

Die „Verurteilung" der bewaffneten Aktion von ETA reicht von den Christdemokraten über die Sozialdemokraten, die Revisionisten bis hin zu den „ML"-Organisationen.

Die revisionistische PCE brachte in ihrem Zentralorgan „Mundo Obrero" auf der ersten Seite eine dicke Balkenüberschrift: *„Das Attentat von San Sebastián nützt direkt dem Bunker"* (als „Bunker" wird in Spanien die Clique der Ultrarechten bezeichnet, der schon die „Reformen" der Suarez-Regierung zu weit gehen).

Sanchez Montero, leitendes PCE-Mitglied und bekannter Führer der Comisiones Obreras schrieb in „Mundo Obrero":

„Wir waren immer gegen den Terrorismus als Form der politischen Aktion und wir sind ganz besonders in der jetzigen spanischen Situation dagegen. Taten wie der vielfache Mord (?!) von San Sebastian sind insbesondere gefährlich für den Prozeß des friedlichen Übergangs (!!) zur Demokratie und die Verwirklichung der nationalen Wiederversöhnung. Ich glaube sogar, daß es zweitrangig ist, wer diese Tat für sich ‚beansprucht'. Wichtig sind allein die Konsequenzen, die sich aus der Tat selbst ergeben", nämlich die Verschärfung der Repression gegen die demokratischen Kräfte, wie Montero anklagend ausführt („Mundo Obrero", 6.10.76).

Tatsächlich wurde nach der Exekution Araluces eine beispiellose Hetzjagd faschistischer Banden und der Polizei im Baskenland entfesselt, sowie im französischen Teil des Baskenlandes eine bisher einmalige Verhaftungs- und Verfolgungsaktion gegen baskische Emigranten durchgeführt (s.u.). Doch was die Herren Revisionisten so gern unter den Tisch wischen möchten ist, daß j e d e Verstärkung des Kampfes des Volkes und der Arbeiterklasse und nicht nur die Aktionen „Einzelner" mit verschärfter Repression beantwortet wird. Oder sind etwa die Toten der letzen Wochen, Zabala, Bartolomé Garcia und Carlos Gonzalez (der beim Generalstreik am 1. Oktober in Madrid von der Polizei ermordet wurde) ebenfalls Opfer einer Reaktion der staatlichen Repression auf den „Terrorismus" von ETA?? Das sind sie natürlich nicht, sondern sie wurden ebenso wie die sechs Arbeiter in Vitoria vor einigen Monaten während großer Massenmobilisierungen für Amnestie, politische Freiheiten, usw. erschossen.

Die Erklärung der PCE zur Hinrichtung des ehemaligen spanischen Ministerpräsidenten Carrero Blanco durch ETA (er flog mit seiner Limousine 14 Meter hoch) vor drei Jahren hatte bereits eine ähnliche ablehnende Linie, wenngleich solche durch und durch bürgerliche Begriffe wie „Terrorismus" oder „Mord" für das Aus-der-Welt-schaffen von Faschisten damals noch nicht gebraucht wurden.

Die heutige im Jargon der letzten bürgerlichen Politiker gehaltene dummfreche Ablehnung der bewaffneten Aktion durch die PCE zeigt nur, wie weit die spanische Oligarchie bereits mit ihrer Taktik des Einfangens der oppositionellen Organisationen durch leere Versprechungen auf eine „Demokratisierung" Erfolg gehabt hat und deren bürgerliche Anpassung erzwingen konnte.

In der Erklärung des ZK's der PCE vom 29. Dezember '73 heißt es: *„Wir sind gegen das individuelle Attentat, weil wir meinen, daß es keine Lösung für die Entwicklung der Volkskämpfe bietet und stattdessen ein Hindernis bei der Entwicklung der Massenkämpfe sein kann. Nur in den Massen selber liegt die Möglichkeit einer Lösung".*

ETA, die sich in dem Buch *„Operation Ogro – wie und warum wir Carrero Blanco hingerichtet haben"* mit den Stellungnahmen der verschiedenen spanischen Oppositionsgruppen befaßte, schrieb damals dazu:

„Diese theoritische These ist so alt wie der Verrat an den Worten von Marx und Lenin durch viele selbsternannte Marxisten-Leninisten, die in der Praxis nichts weiter sind als einfache Reformisten.

Keine Kampfmethode, keine Aktion von Minderheiten oder von Massen ist aus sich heraus schlecht; alles hängt von ihrem Zusammenhang oder nicht mit dem revolutionären Prozeß ab, in dem sie stehen." ETA entwickelt dort weiter, daß die *„Aktion um der Aktion willen Abenteurertum"* und ein Kennzeichen kleinbürgerlicher Ideologie sei. Allerdings gebe es eine Form der Aktion von Minderheiten, die einen anderen Charakter haben: *„Es ist jene, die im Dienst der bereits erwähnten Propaganda- und Organisationsarbeit und der Hebung des Kampfniveaus der Massen steht und ihre Annäherung an die Macht unterstützt"* (ETA, „Operation Ogro").

ORT im Schlepptau der Revisionisten

Wie wir erwähnten, haben auch die Organisationen links von den Revisionisten, allerdings im Schlepptau derselben, die Aktion der ETA rundheraus „verurteilt". Leider liegen uns dazu nur die Erklärungen der ORT vor. Doch auch MC und PT haben erklärt, daß der *„individuelle Terrorismus die Feinde der Demokratie"* begünstige („Frankfurter Rundschau" – „FR", 7.10.76). ORT hat zur Verurteilung der ETA-Atkion eine Sonderausgabe ihrer für das Baskenland bestimmte Zeitung „Abenduak-11" herausgebracht unter dem Titel *„Der Kampf des Volkes wird die Monarchie beseitigen – die individuelle bewaffnete Aktion erschwert die Beseitigung der Monarchie".* Dort heißt es:

„Die individuelle Aktion, wie das Attentat auf J.M. Araluce, ist nicht geeignet, um die Freiheit zu erobern. Die individuelle Aktion kann nicht den vereinten Kampf des ganzen Volkes ersetzen. Man wird die Freiheit nicht erobern, indem man einige bedeutende Faschisten liquidiert. Wir lehnen die individuellen Methoden rundherum ab, weil sie nicht geeignet sind, das Volk zu vereinen, sondern es verwirren und weil sie in der Regierung und bei denen, die diese Regierung unterstützen, die reaktionärsten



Emblem der ETA: „Baskenland und Freiheit"

Positionen verstärken. Sie geben ihnen den Vorwand, um einen brutalen repressiven Gegenangriff zu starten, wie wir ihn in diesen Tagen erleben. Viele Eroberungen des Volkes können verloren gehen durch die abenteuerlichen und unverantwortlichen Methoden derjenigen, die der Kraft des Volkes mißtrauen und sie durch die Kraft einiger kleiner Gruppen ersetzen wollen".

An anderer Stelle derselben Zeitung schreibt ORT:

„Zweifellos wird ... der bewaffnete Kampf der Massen und ein bewaffnetes Volksheer nötig sein, um die Volksdemokratie zu erobern.

Heute ist nicht der Moment, nicht

netes Volksheer nötig sein, um die Volksdemokratie zu erobern.

Heute ist nicht der Moment, nicht

die Phase des bewaffneten Kampfes, obwohl der Augenblick kommen wird, wo er nötig ist. Aber diesen bewaffneten Kampf darf man nicht verwechseln mit den individuellen bewaffenten Aktionen. Dieser Weg ist nicht richtig, heute oder morgen, wenn wir die Volksdemokratie erobern werden" („Abenduak-11", 9.10.76).

Es gehört unseres Erachtens nicht viel politische Weisheit dazu, festzustellen, daß heute das spanische Volk als Ganzes nicht die politischen und ideologischen Voraussetzungen hat, einen bewaffneten Kampf gegen die Faschisten zu führen, die es 40 Jahre lang unterdrückt und geknechtet haben. Doch wir meinen auch, daß ORT sowie alle Organisationen, die die ETA-Aktion in der genannten Weise ablehnen, erheblich dazu beitragen, daß diese ideologischen Voraussetzungen bei der spanischen Arbeiterklasse nicht entwickelt werden. Die Position „irgendwann wird der bewaffnete Kampf nötig sein – bloß bitte nicht gerade heute" möchte die Auseinandersetzung auf den St. Nimmerleinstag verschieben. Offensichtlich sind alle Organisationen der „Coordinacion Democratica", einschließlich der Organisationen der Linken „Gefangene" des Konzepts des „friedlichen Übergangs" zur bürgerlichen Demokratie, das heißt des Konzeptes des Wohlverhaltens der Arbeiterklasse, um die Faschisten nicht zu „reizen", jene Faschisten, die nach wie vor nicht zögern, auf eben diese „friedlichen Arbeiter" zu schießen, sie zu foltern und zu schlagen.

Wir lehnen ebenso die Diffamierung der ETA-Aktionen als „individuellen Terror" ab. Darunter verstehen Kommunisten das, was schon Lenin am alten russischen Terrorismus kritisiert hat, nämlich das Mittel des bewaffneten Einzelangriffs, das völlig selbständig und unabhängig von den Kämpfen des Proletariats durchgeführt wird, das nicht verbunden ist mit dem ganzen Kampfsystem und keine Unterstützung unter den werktätigen Massen hat. Wir meinen daß diese Kennzeichnung auf die bewaffneten Aktionen der ETA nicht zutrifft.

ETA selbst schrieb im August '73 zu dieser Frage:

„Wir verstehen den bewaffneten Kampf als die höchste Form des Kampfes der Arbeiterklasse. Unsere Befreiung als Klasse und als Volk wird durch den bewaffneten Aufstand des Proletariats und des Volkes von Euskadi möglich sein zusammen mit den anderen Völkern Spaniens. Und deshalb treten wir hier und heute für die Schaffung bewaffneter Kampfformen ein, die schrittweise ihre Bedeutung vergrößern werden im Zusammenhang mit der Radikalisierung der Kämpfe des baskischen Volkes, bis sie sich festigen in Gestalt eines militärischen Apparates, der in der Lage ist, eine Alternative der revolutionären Macht gegenüber dem derzeitigen Regime der Ausbeutung



Pressekonferenz der ETA nach der Hinrichtung von Araluce



Kommando der ETA

und Unterdrückung zu bieten.

Es gibt Leute, die auf dem Papier für den bewaffneten Kampf eintreten, aber den Schluß ziehen, daß seine gegenwärtige Praktizierung reaktionär sei, weil die Bedingungen für seine Entwicklung fehlen; diejenigen, die so denken, scheinen zwei Dinge zu ignorieren: daß solche revolutionären Bedingungen schon existieren (und der beste Beweis ist unsere eigene Realität als ETA) und daß diese Bedingungen nur im Kampf geschaffen werden." (Erklärung des Kommando Txikia „an die Revolutionäre, Demokraten und Antifaschisten Euskadis und der ganzen Welt").

Diese Sätze wurden 1973, also noch zu Lebzeiten des Oberfaschisten Franco geschrieben. Uns scheint die kürzliche Ankündigung von ETA, eine politische Partei gründen zu wollen, die verstärkt die Organisierung und Politisierung der Arbeiterkämpfe vorantreiben will, ein weiterer Beweis zu sein, daß es sich bei dieser Organisation nicht um „abenteuerliche und verantwortungslose" Elemente handelt, sondern um Genossen, die sehr wohl in der Lage sind, aufgrund einer konkreten Analyse der konkreten Situation ihre Kampfformen den Bedingugen der gegenwärtigen Lage anzupassen – ohne dabei allerdings in die „Psychose des Pazifismus und Wohlverhaltens" zu verfallen wie der Rest der spanischen Opposition.

Auch wäre es falsch und demagogisch zu glauben, daß ETA erst heute und seit kurzem „auf den Trichter gekommen" wäre, eine Massenarbeit zu entwickeln. Allein die Tatsache, daß ihre bewaffneten Aktionen stets in engem Zusammenhang mit stattfindenden Massenkämpfen standen, beweist das Gegenteil. Die Aktionen der ETA richteten sich immer gegen solche Leute, denen der konkrete und nachdrückliche Haß der konkreten baskischen Arbeiter-Massen galt.

In diesem Punkt unterscheiden sich die ETA-Aktionen und ihre Auswirkungen auch ganz erheblich von denen z.B. der „RAF" (Baader-Meinhof-Gruppe). Die bewaffneten Aktionen der „RAF" standen – unabhängig von den Interpretationen durch die Gruppe selber – in absolut keinem Zusammenhang mit stattfindenden Klassenkämpfen in der BRD und führten zu einer äußerst raschen Isolierung, so daß die Mitglieder dieser Gruppe nach relativ kurzer Zeit nur noch damit beschäftigt waren, ihre eigene Flucht vor dem Staatsapparat zu finanzieren und zu organisieren.

Was den Einfluß der ETA im Baskenland betrifft, so mußte selbst die westdeutsche bürgerliche Presse verschiedentlich zugeben, daß selbst und gerade in Zeiten verschärfter Repression der Zustrom von kampfentschlossenen Basken zur ETA nicht abreißt und immer neue Kräfte nachwachsen. Es gibt im ganzen Baskenland keine politische Kraft, die auch nur annähernd über den Einfluß von ETA verfügt. Von daher kann die kleinbürgerliche Besserwisserei der ORT und ihr Anspruch, ein Sprachrohr des „vernünftigen" baskischen Volkes zu sein, nur als parteiegoistische Neidhammelei gegenüber der ETA bezeichnet werden, die gewiß nicht auf die Zustimmung der revolutionären baskischen Arbeiter treffen wird.

ORT hat sich bei Aufrechterhaltung einer „gebremsten" Kritik an den Manövern von PCE, Sozial- und Christdemokraten im wesentlichen in den Verhandlungsrummel der Opposition mit der faschistischen Regierung über Gesetzentwürfe etc einspannen lassen. Der „Einheit" der Parteien und Organisationen der „Coordinación Democrática" wird die Kritik an diesen Organisationen weitgehend untergeordnet. Das geht z.B. so weit, daß kommentarlos Erklärungen der „Coordinación Democrática" im „En lucha" (Organ der ORT) abgedruckt werden, in denen die Suarez-Regierung kritisiert wird, wegen ihrer Unfähigkeit, den Unternehmern (!) Vertrauen einzuflößen... („En lucha", 24.7.76).

Organisationen, die sich wie ORT auf den revisionistischen Weg der „Einheit um der Einheit willen" einlassen, können Sätze wie der folgende nur noch peinlich berühren:

„Die Gewalt des Volkes entsteht einzig und allein als Antwort auf die Unterdrückung und sie ist in allen ihren Formen (...) immer defensiv gegenüber der institutionalisierten Gewalt der ausbeutenden Klasse und deshalb vollkommen legitim" („Dokument des Kommando Txikia", aus „Operation Ogro").

Spanien-Kommission

„Commandio Adolfo Hitler" und Terror der Nazi-Banden in Spanien

„In der katalonischen Provinz Gerona wurde der Eisenbahnangestellte Francisco Fernández García, ein Gewerkschafter von der sozialistische UGT, auf dem Weg nach Hause von einem mit SS-Symbolen ausstaffierten Kommando überfallen. Die Angreifer brachen ihm einige Knochen, schlugen ihm Zähne aus, übergossen ihn mit Benzin und zündeten es an. Nur mit Mühe konnte der Mißhandelte sich der brennenden Kleidung entledigen." („Süddeutsche Zeitung", 21.10.76)

In den letzten Wochen häufen sich Meldungen dieser Art aus Spanien über faschistische Morddrohungen und -anschläge. In ihnen zeigt sich die Ernsthaftigkeit des sogenannten „Demokratisierungsprozesses" in diesem Land. Während die Regierung der spanischen Oligarchie durch ständig neu aufgelegte „Reform"projekte, die mit dem nötigen Getöse und Wortgeklingel präsentiert werden, der Öffentlichkeit Veränderungen vortäuschen will, verschärft sie den durch Polizei und faschistische Banden ausgeübten Terror gegen das Volk. Kommunistische Parteien und Organisationen bleiben weiterhin verboten; und während Demokraten, Antifaschisten und streikende Arbeiter nach wie vor reihenweise ins Gefängnis



Ein von der Faschistengruppe „ATE" (Gegenterror gegen ETA") verwüstetes Lokal

wandern, werden die Mordbanden der Nazis nicht nur grundsätzlich nicht verfolgt, sondern sind voll ins staatliche System der „inneren Sicherheit" integriert.

Die zunehmende Gefährlichkeit der faschistischen Anschläge mußte jetzt auch die bürgerliche Presse feststellen: *„Je weiter die Liberalisierung (??) fortschreitet, desto gefährlicher werden die Aktionen dieser Extremistengruppen"* („SZ", 21.10.). Ihre Funktion liegt auf der Hand: Einschüchterung aller fortschrittlichen Menschen.

Der eingangs zitierte Fall ist nur einer unter vielen:

– Das sogenannte „Sechste Kommando Adolfo Hitler" bedrohte den Büroleiter einer italienischen Nachrichtenagentur in Madrid mit dem Tode, wenn er nicht innerhalb von 48 Stunden das Land verlassen würde. Der Grund: Der Journalist hatte Informationen über die Aktivitäten der ultrarechten Kommandos und der „Faschistischen Internationale" in Spanien nach Italien weitergegeben.

– Dasselbe „Kommando" ist ebenfalls verantwortlich für Morddrohungen gegen Journalisten des politischen Magazins „Posible". Der Grund war hier ähnlich: In der nächsten Ausgabe der Zeitschrift sollte ein Bericht über die geplanten Demonstrationen der „Faschistischen Internationale" zum Todestag Francos erscheinen.

Die linksliberale Tageszeitung „El País" erhielt ähnliche Drohungen (nach: „SZ", 21.10.76).

Das besonders kampfstarke Baskenland ist ein Zentrum des faschistischen Terrors. Hier fallen ihren Übergriffen nicht nur aktive Demokraten und Antifaschisten zum Opfer, wie beispielsweise die Militante der Arbeiterkommissionen, María del Carmen Godoy, die, nachdem sie am 14. September durch das Amnestiedekret aus dem Gefängnis entlassen worden war (wo sie eine dreißigjährige Strafe wegen Mitgliedschaft in den Arbeiterkommissionen zu verbüssen hatte) bereits dreimal von rechten „Kommandos" auf der Straße überfallen und brutal mit Eisenketten mißhandelt wurde; auch Menschen, die lediglich ein Abzeichen mit der baskischen Nationalflagge („ikurriña") tragen, müssen um ihr Leben fürchten.

Vom 10. und 11. Oktober werden aus Santurce und Durango derartige Überfälle gemeldet, deren Opfer (allein in Durango mindestens 13!) mit schweren Verletzungen im Krankenhaus behandelt werden mußten. Die faschistischen Attentäter waren immer mit Eisenketten und Schußwaffen (Pistolen und Maschinenpistolen!) ausgerüstet. In Durango verwüsteten sie nicht nur das Organisationszentrum für ein baskisches Fest, sondern stürmten auch eine Bar, deren Besucher allesamt mit Rauchbomben und Schlägen mit Eisenketten vertrieben wurden. Bei den Übergriffen auf den Festumzug, in dem baskische Fahnen mitgeführt wurden, konnte ein Angehöriger der berüchtigten Polizeitruppe Guardia Civil identifiziert werden (alle Informationen nach „cambio 16", 25.10.).

Als am 6.10. in San Sebastián die Totenmesse für den von ETA exekutierten Faschistenführer Araluce gehalten wurde, sammelten sich Tausende von Faschisten (offenbar aus dem ganzen Land zusammengekarrt) unter dem Schutz von Spezialtrupps der Polizei vor der Kirche. Die meisten trugen Abzeichen der „Nationalen Aktion" oder von „Fuerza Nueva" (Neue Kraft – eine international organisierte Bande). Die Faschisten zogen dann mit gelbroten „National"fahnen zum Ort der Hinrichtung Araluces und schrien immer wieder „Weder Amnestie noch Par-

tional"fahnen zum Ort der Hinrichtung Araluces und schrien immer

wieder *„Weder Amnestie noch Pardon", „ETA an die Wand", „Die Armee an die Macht!"* und sangen das Schlachtlied der Faschisten „Cara al sol". Gegen Ende dieser Kundgebung, steigerte eine weitere Provokation die bürgerkriegsähnliche Situation, die die Faschisten in San Sebastián hervorrufen wollten:

„Etwa 60 Rechtsextreme (Augenzeugen berichten, daß sie geschlossen aus der Polizeikaserne stürmten) zogen mit Pistolen, Ketten und Schlagstöcken gegen die Altstadt von San Sebastián, warfen Dutzende von Fensterscheiben ein, zerstörten Autos, prügelten Männer, Frauen und Kinder in den Straßen und Bars, zwangen zwei Kinobesitzer, ihre Vorstellungen abzubrechen und prügelten das Publikum aus dem Saal".
(„Frankfurter Rundschau", 7.10.).

Die beiden erwähnten Gruppen „Fuerza Nueva" (von Blas Piñar geführt) und „Partei der Nationalen Aktion" (PAN) wurden soeben in das Parteien-Register beim spanischen Innenministrium eingetragen... („SZ", 21.10.76), zweifellos ein weiterer Beweis für „Demokratisierung" und „Liberalisierung" ...

Die Geistesverwandschaft all dieser Gruppen mit dem deutschen Faschismus offenbart sich nicht nur in ihren Taten oder ihren Namen („Kommando Adolfo Hitler", „Edelweiß"!), sondern auch in den immer häufiger werdenden Parolenschmierereien („Haben Sie ‚Ihren' Roten schon getötet?") mit germanischen Runen („SZ", 21.10.76). Diese aktuellen Erfahrungen (und die historische Lehre aus der gegenseitigen Unterstützung Hitlers und Francos) zeigen, daß der antifaschistische Kampf im eigenen Land einen wichtigen Bestandteil der internationalen Solidarität darstellt.

Spanien-Kommission

Spanien – Mittelalter für Frauen

In Saragossa erregt zur Zeit ein Prozeß gegen eine 21jährige Ehefrau Aufsehen und starken Protest.

Die Frau wird beschuldigt, mit einem Bekannten auf die Kanarischen Inseln geflogen zu sein und damit Ehebruch begangen zu haben. Obwohl die Ehepartner bereits getrennt lebten, da die Ehe gescheitert war und die Frau mit Wissen ihres Ehemannes den Ausflug angetreten hatte, strengte der in seinem „Ehrgefühl" verletzte Ehegatte in dem Augenblick den Prozeß an, als seine Frau die Scheidung und das Sorgerecht für die Kinder beantragte. Wenn schon Unabhängigkeit, dann aber teuer, dachte er sich, denn das Gericht forderte fünf Jahre Gefängnis und 50.000 Peseten Buße für die „treulose" Gattin.

Diesem Urteil liegt das spanische Strafrecht zugrunde, das für den Ehebruch der Frau bis zu sechs (!) Jahre Gefängnis vorsieht, während der Ehemann ungestört und beliebig oft seine Ehe brechen kann, ohne sich strafbar zu machen. Er darf lediglich seine Wohnung dazu nicht benutzen oder „öffentliches Ärgernis" erregen.

Bis 1963 ging das spanische Gesetz sogar so weit, daß es dem Ehemann (wohlbemerkt nur dem Mann) erlaubt war, seine Frau und deren Freund zu töten, sofern er sie „in flagranti" erwischte, ohne daß er mit nennenswerter Strafe zu rechnen hatte.

Diese mittelalterlich anmutenden Gesetze erklären Frauen in Spanien heute noch zu rechtlosen Wesen, die als Besitztum des Mannes dessen Willkür und „Ehrgefühlen" ausgeliefert sind. Man darf hier wohl getrost auf die Dreieinigkeit von Kirche, Staat und Faschisten verweisen, deren tagtägliches Bemühen unter anderem darin liegt, an dieser Situation für Frauen nicht einen Deut zu rütteln.

AG Frauen
KB/Gruppe Göttingen

Spanische und französische Regierung gemeinsam gegen spanische Antifaschisten

Die Erschießung des Faschisten Araluce nahm die Suarez-Regierung zum Anlaß, erneut eine Repressionswelle über das Baskenland zu verbreiten, die einem Ausnahmezustand gleichkommt.

Die Polizei erhielt weitere Sondervollmachten für Hausdurchsuchungen und Verhaftungen. In nur zwei Tagen wurden über hundert Menschen verhaftet. Der Verkehr rund um San Sebastian wurde durch von der Polizei errichtete Straßenbarrikaden Auto für Auto kontrolliert. Im Anti-Guerrilla-Kampf ausgebildete Sondereinheiten der Armee wurden zur Überwachung der Grenze nach Frankreich eingesetzt, um ETA-Genossen zu fangen. Trotz all dieser Maßnahmen fehlt bisher von dem Araluce-Kommando jede Spur.

Der spanische Außenminister Oreja übergab dem französischen Botschafter eine wutschäumende Protesterklärung, in der Frankreich sogar der Verletzung von Völkerrechtsnormen bezichtigt wird, weil es zulasse, daß „Terroristen" von seinem Gebiet aus operieren, Presskonferenzen abhalten etc.

Der französische Innenminister reagierte offenbar zunächst recht pikiert: er soll *„den spanischen Botschafter in energischer Form darauf hingewiesen (haben), daß spanische Polizisten ohne Erlaubnis der französischen Behörden bewaffnet in Südfrankreich operierten und bereits mehrmals Attentate auf spanische politische Flüchtlinge ausgeführt hätten"* (Frankf.Allg.Ztg., 9.10.76).

Baskische politische Flüchtlinge berichteten von mehr als 30 schweren Attentaten spanischer Faschisten gegen sie im französichen Baskenland! (Cambio 16, 25.10.). Wenn das keine Verletzung von "Völkerrechtsnormen " ist ...

Allerdings hat die französische Re-

Verletzung von "Völkerrechtsnormen " ist ...

Allerdings hat die französische Regierung schon seit langem ihre Bereitschaft gezeigt (auch ohne den direkten spanischen „Nachhilfe-Unterricht"), insbesondere gegen die baskischen Emigranten schärfere Maßnahmen zu ergreifen. Seit dem 16.10. läuft eine bisher beispiellose Verfolgungsaktion gegen baskische Linke:

Der bekannte ETA-Militante Ordenana, genannt „Argala", wurde verhaftet und ins Gefängnis gesteckt. Mit ihm wurden zwei weitere baskische Revolutionäre verhaftet, von denen einer jedoch nach kurzem wieder freigelassen wurde. Die politischen Flüchtlinge aus Bayonne, St. Jean de Luz, Hendaya und aus anderen Orten des französischen Baskenlandes äußerten gegenüber Journalisten von „Cambio 16", daß sie Verschleppungen größeren Ausmaßes durch Frankreich auf die für solche Zwecke vorgesehene Atlantikinsel Yeu befürchten. *„In den letzten Tagen sind mindestens 64 CRS* (besonders brutale französische Polizeitruppen, AK) *und viele ‚Geheime' auf die Insel gekommen"*, schreibt „Cambio 16" (25.10.).

Juan Carlos-Besuch in Frankreich

Der Frankreich-Besuch des spanischen Königs Juan Carlos, der noch von Franco in seine Ämter eingesetzt wurde, diente in erster Linie der weiteren Aufwertung der faschistischen spanischen Regierung in Europa. Der Empfang für den „Hampelmann"-König seitens der französischen Bevölkerung und besonders der zahlreichen spanischen Emigranten war alles andere als herzlich. Am Vorabend seiner Ankunft explodierten drei Sprengkörper bei französichen Betrieben, die Handelsbeziehungen zu Spanien haben, am ersten Tag seines Aufenthalts wurde das Hauptquartier von Interpol in einem Pariser Vorort stark beschädigt.

Etwa 5.000 Menschen, darunter viele Spanier, hatten am 27.10. in Paris gegen den Besuch dieses Antidemokraten protestiert. Die französische Polizei löste die Demonstration nach einer Stunde auf! Der französische Staatspräsident ließ es „sich" etwas kosten, seinen Gast zu schützen, auf dessen Besuch er *„persönlich größten Wert"* legte (SZ, 29.10.).

Etwa 3.000 Bullen waren aufgeboten worden, die den jeweiligen Aufenthaltsort der spanischen Faschisten

Etwa 3.000 Bullen waren aufgeboten worden, die den jeweiligen Aufenthaltsort der spanischen Faschisten abschirmten. 31 spanische Emigranten (wahrscheinlich insbesondere baskische Genossen) wurden auf die erwähnte Atlantikinsel deportiert, weitere 60 Spanier mußten sich während des Besuchs zweimal täglich bei der zuständigen Polizeiwache melden.

Immerhin: Daß dieser König, der nichts weiter als eine willfährige Kreatur des spanischen Faschismus ist, in Frankreich so wenig sicher war, spricht für die Demokraten und Antifaschisten in jenem Land.

Spanien Kommission

Anschläge auf fortschrittliche Buchläden in Spanien

Wesentlicher Bestandteil der terroristischen Aktivitäten faschistischer Banden sind Anschläge auf Buchhandlungen, die linke oder baskische, katalanische und galizische Bücher vertreiben.

1976 wurden allein bis Mitte September 19 (!) derartige Anschläge bekannt.

Wir geben hier Auszüge aus einer Statistik der Zeitschrift „cambio 16" (18.10.76) wieder:

- 4.1. Librería Puvlia (Barcalona): Parolenschmierereien und versuchte Brandstiftung.
- 4.3. Librería Sandoval (Valladolid) eingeschlagene Scheiben, aufgebrochene Türen.
- 4.3. Librería Villalar (Valladolid): eingeschlagene Leuchtreklame.
- 10.3. Librería Parnasillo (Pamplona): Einschüsse (verantwortlich: „Christkönigskrieger").
- 10.3. Galería Artiza (Pamplona): Parolenschmierereien.
- 15.3. Librería La Pau (Valencia): Plastikbombe.
- 26.3. Librería V. Blanco (Valencia): Brandstiftung.
- 3.4. Libreria Jakintza (Algorta): Explosion.
- 4.4. Librería Pórtico (Zaragoza): Parolenschmierereien.
- 20.4. Librería Iraskun (Tolosa): Explosion.
- 30.4. Librería Alberti (Madrid): eingeschlagene Scheiben.
- 1.5. Librería Granado (Burgos): Parolenschmierereien und Drohungen (verantwortlich: „Nationalsozialistische Partei Spaniens" – PENS).
- 18.5. Librería Lagun (San Sebastián): eingeschlagene Scheiben
- 18.5. Libreria Cobos (Guadalajasa): Parolenschmierereien und Drohungen.
- 26.6. Librería PPC (Landauzuri/Vitoria): Explosion (verantwortlich: „CKF").
- 5.8. Librería La Arana (Valencia): Zeitbombe.
- 14.8. Librería Fuenteleja (Madrid): Parolenschmierereien.
- 18.8. Librería Xuquart (Alcira/Valencia): Explosion (verantwortlich: „CIP").
- 13.9. Librería Fd. C. Econ. (Madrid): Molotow-Cocktail.

(Anmerkung: Die genauen Namen der Kommandos CKF und CIP sind uns nicht bekannt. Über die einzelnen Terrorbanden informiert ausführlicher ARBEITERKAMPF Nr. 89, S. 31/32).

Spanien-Kommission

Skandinavien

Der 6-Stundentag: 2 Stunden mehr zum Abwaschen

Schweden.
Im AK 88 berichteten wir über den 6-Stundentag und die Kinderferien anhand der Stellungnahme der schwedischen Trotzkisten.

Heute wollen wir anhand eines Artikels des Kvinnobulletinen der Frauengruppe „Grupp 8" deren Meinung zum Problem des schwedischen „Sozial"staates darstellen.

„Grupp 8" nimmt einen Artikel des „Aftonbladet" (11. Januar 76) zum Anlaß, wo über die Autofabrik Volvo in Köping berichtet wurde, die eine 6-Stundenschicht eingeführt hat. Das Modell der Regierung sieht vor, daß Männer und Frauen sich gleichermaßen für die verkürzte Arbeitszeit entscheiden können, zugunsten der Kinder. Die Praxis spricht eine andere Sprache.

Volvo in Köping: ein Modell

Volvo hatte zu Anfang ein Problem: Es gab in Köping zu wenig männliche Arbeitskräfte. Die Fluktuation war mit 34 % sehr hoch. Die Männer in Köping waren zum großen Teil dorthin gezogen, in der Hoffnung, daß ihre Frauen dort auch Arbeit finden würden. Als das nicht so war, wandten sie sich an die Gewerkschaft, die dann bei Volvo vorsprach. Danach führte man speziele 6-Stundenschichten ein, in einer
vorsprach. Danach führte man speziel-
le 6-Stundenschichten ein, in einer Abteilung, die traditionell Niedriglöhne erhielt. Diese Arbeit wurde insbesondere Frauen angeboten.

Alle sind zufrieden?

Die **Frauen** sind froh, genug Zeit zu haben, um den Haushalt zu schaffen, bis der Mann nach Hause kommt. Alle Frauen sprechen so? Von den 300 Frauen, die diese Schicht arbeiten, hat „Aftonbladet" ganze 5 (!) interviewt.

Alle verheirateten Frauen, die befragt worden sind, haben den 6-Stunden-Tag gewählt, um besser „mithalten" zu können ... bei dem Versuch, Beruf und Haushalt zu schaffen! Einige sagen auch, daß sie ihrem Mann nun nicht mehr so viel Hilfe abverlangen können, er arbeite ja viel länger...

Die Männer überhaupt haben jetzt Arbeit für den „Zuverdienst" ihrer Frauen, die Arbeit im Hause bleibt wieder einmal der Frau allein überlassen.

Die **Kinder** ... ein Hauptgedanke beim 6-Stunden-Tag war, daß die Kinder einem langen Tagesheimaufenthalt am Tage entgehen sollten. Das funktionierte auch, zumindest in Köping. Es gibt nämlich überhaupt zuwenig Plätze, und so behelfen sich die Frauen mit Tagesmüttern, mit ihrer eigenen Kraft, den klitzekleinen Rest muß der Vater erledigen, mit dem die Mutter in Wechselschicht arbeitet.

Die **Behörden** sind am meisten zufrieden mit solcher Regelung, denn so ist der Mangel an Tagesheimplätzen nicht allzu auffällig. Zudem hat Köping viele stabile Arbeitskräfte erhalten (Männer mit ihren zuverdienenden Frauen) und ein hohes Steueraufkommen.

Was sagt die Gewerkschaft?

Ein Vorschlag zu der ungerechten Verteilung der 6-Stundenschicht an die Gewerkschaft war, daß der Mann dazu gezwungen werden soll, die Hälfte der kürzeren Arbeitstage zu nehmen. Die Antwort war ein bestimmtes „NEIN" der Gewerkschaft (LO). Der Grund dazu sei, daß viele Männer ihren Arbeitstag nicht senken „können". Aber die Frauen können das leicht? Außerdem gibt die LO an, daß es im Falle einer schlechten Konjunktur schwer werden kann, Menschen, die sechs Stunden arbeiten, an andere Arbeitsplätze umzusetzen. Die Frauen werden also zur Reservearmee, werden ökonomisch wieder von ihren Männern abhängig.

Grupp 8

Grupp 8 kritisiert an dem Vorschlag, einen verkürzten Arbeitstag
Grupp 8 kritisiert an dem Vorschlag, einen verkürzten Arbeitstag für die Eltern kleiner Kinder einzuführen, daß er sich ganz klar dazu eignet, die Geschlechterrolle der Frau festzulegen. Die Arbeit, die speziell den Frauen angeboten wird, ist kein echter kürzerer Arbeitstag, sondern wie Teilzeitarbeit anzusehen, da es sich um andere Arbeiten handelt, als die, die in acht Stunden gemacht werden.

Tagesheime wurden nicht verstärkt gebaut, sondern die Frauen zur Betreuung ihrer Kinder mit heranzuziehen, war der Effekt, ebenso Wechselschichtarbeit.

Gleichberechtigung bleibt im sozialen Staat Schweden auch hier auf der Strecke, denn in Köping hat sich für die verkürzte Schicht nur ein (!) Mann (gegenüber 300 Frauen und vielen anderen Frauen auf einer Warteliste) entschieden.

Frauen arbeiten also kürzer, bekommen deshalb auch niedrigeren Lohn und können schneller rausfliegen, wenn die Arbeitgeber mit Arbeitslosigkeit drohen und die Gemeinde sparen soll.

Deshalb ruft die Grupp 8 auf, das Recht auf Arbeit zu verteidigen und sagt nein zu 6-Stundenarbeitstag für Eltern mit kleinen Kindern.

Skandinavienkommission

Fälldin gerät in Schwierigkeiten

Schweden. Knapp vier Wochen nach Ausgang der schwedischen Wahl gerät Fälldin zunehmend in Schwierigkeiten. Hat sich seine Partei, das Centrum, im Wahlkampf noch generell gegen den Bau von Kernkraftwerken ausgesprochen, stimmte Fälldin jetzt der Aufladung des Reaktors Barsebäck zu. Eine ähnliche Haltung ist auch bei der Fertigstellung der nächsten zwei Kernkraftwerke zu erwarten, die nächstes Jahr gezündet werden sollen. Fälldins Versuch, der schwedischen Elektrizitätsversorgung die Beweislast zuzuschieben, ob Kernkraftwerke gefährlich sind oder nicht, wurde von dieser zurückgewiesen („Frankfurter Rundschau", 21. 10.76). So sagte der Generaldirektor Jonas Norrby, daß dies Sache der Regierung sei („FR", 21.10.). Es ist nicht verwunderlich, daß Fälldin mit diesem Betrug an seinen Wählern zunehmend in die Kritik seiner eigenen Partei gerät. So äußerte der Parteisekretär des Centrums in einem Zeitungsinterview, *„daß das Centrum nie an die Macht gekommen wäre, wenn man bereits vor den Wahlen ja zur Aufladung des Kernkraftwerks Nummer 6 in Barsebäck gesagt hätte"* („Neue Hannoversche Presse", 19.10.76). Ähnlich äußerte sich auch die Centrumsjugend. Auch die schwedische Sozialdemokratie versucht jetzt, ihren Verlust bei den Wahlen wettzumachen. So wirft Olof Palme dem Centrum vor, *„illegal an die Macht gekommen zu sein"* und spricht weiter *„von einer noch nie dagewesenen Irreführung der schwedischen Öffentlichkeit"* („Frankfurter Rundschau", 21.10.76). Fälldin selbst versucht sich dieser Auseinandersetzung zu entziehen, indem er auf eine Volksbefragung orientiert. Ähnlich der Gaunerei seines Wahlkampfrummels verschweigt er jedoch auch jetzt, daß Volksbefragungen in Schweden nicht bindend sind.

Einmal mehr wird aus den schwedischen Ereignissen deutlich, daß Wahlversprechen bürgerlicher Politiker absolut nichts bedeuten. Im nachhinein hat sich noch jeder bürgerliche Wahlkampf als Riesenschwindel und Volksbetrug selbst entlarvt.

Skandinavienkommission

Volvo-Arbeiter gegen Antistreikgesetz

Schweden. Die Rechts-Parteien (sog. „Bürger-Block") setzten im Reichstag mit Hilfe des Loses eine Anti-Streikgesetzgebung durch, die unbegrenzte Geldbußen bei Streiks und wesentliche Einschränkungen des Informationsrechts vorsieht. Gegen diese Anti-Streikgesetzgebung protestierten Arbeiter aus vielen schwedischen Betrieben. Die Gewerkschaftsgruppe bei Volvo in Göteborg mit 10.000 Mitglieder hat sich diesen Protesten angeschlossen.

Die Gewerkschaftsgruppe forderte, daß das Anti-Streikgesetz von neuem im Reichstag verhandelt und in mehreren Punkten geändert werden soll:

1. Die Einschränkungen des Informationsrechts sollen wegfallen.
2. Die Teilnahme an einem Streik darf nicht ein sogenannter „sachlicher Grund" für eine Entlassung sein.
3. Die Streikbuße soll höchstens 200 skr betragen.

Außerdem wandte sich die Gewerkschaftsgruppe gegen das ausgeweitete „Lockout-Recht", das den Kapitalisten das gesetzliche Recht gibt, Arbeiter in einem Betrieb auszusperren, in dem sich andere Arbeiter im Streik befinden (Informationen aus „Arbetarkamp" 17/76).

Der Protest der Volvo-Arbeiter steht noch voll auf dem Boden sozialdemokratischer Ideologie. Dies wird sowohl aus den Forderungen deutlich, in denen die Geldbußen bei Streiks ausdrücklich akzeptiert werden und nur eine Festlegung der Höchstgrenze gefordert wird, als auch am Adressaten. Dieser ist allein das Parlament, das aufgefordert wird, die Anti-Arbeiter-Gesetze nochmal neu zu verhandeln.

Skandinavienkommission

Finnische Regierung legt Sparprogramm vor

Die neue finnische Minderheitsregierung unter dem Zentrumspolitiker Miettunen legte ein neues Sparprogramm für 1977 vor. So sollen die Umsatzsteuern um zwei Prozent auf 13% erhöht werden, was zwangsläufig auch Preissteigerungen nach sich ziehen wird. Weiterhin sollen die Abgabezuschläge auf Benzin und Dieselöl sowie die Post- und Eisenbahntarife erhöht werden („Neue Zürcher Zeitung", 19.10.76). Neben Einsparungen im Ausbildungssektor gipfelt das Sparprogramm in der Forderung nach einem Lohnstopp in der laufenden Tarifperiode, während die darauffolgende nur *„eine durchschnittliche Nominalzulage von vier Prozent"* bringen soll („NZZ" 19. 10.76)!

Mit diesem neuen Sparprogramm sollen die Krisenlasten weiter wie bisher auf dem Rücken der finnischen Arbeiterklasse abgewälzt werden, um die Profite der Kapitalisten zu erhöhen. So wird die letztes Jahr eingeführte Extra-Steuer auf hohe Einkommen und Vermögen sowie auch *„die Belastung der Firmenvermögen fallengelassen"* („NZZ", 19. 10.). In der Begründung des Sparprogramms heißt es: *„Künftig müsse die Industrie* (d.h. deren Eigentümer! – Anm. AK) *...begünstigt werden"* („NZZ", 19.10.). Es ist jedoch schon heute absehbar, daß die neue Regierung mit diesem gezielten Angriff auf das Lebensniveau der finnischen Arbeiterklasse Schwierigkeiten bekommen wird, denn genau an dieser Aufgabe ist auch die „Volksfront" gescheitert (vergl. AK 90).

So betrug die Arbeitslosenzahl im August dieses Jahres 80.000. Ein großer Teil der Werktätigen wurde bereits mit den Entlassungswellen am Anfang dieses Jahres auf die Straße gesetzt. Damit droht ihnen der Entzug der Arbeitslosenunterstützung, da die Frist zur Zahlung nur 200 Tage beträgt („Neues Deutschland", 18.8.76).

Hinzu kommt eine enorme Preissteigerung seit Aufhebung des Preisstopps am 1. Juli. So wurden nahezu alle Grundnahrungsmittel und andere Waren um zwei bis 20% verteuert („Neue Zürcher Zeitung", 6.7.76)! Auch die Eisenbahntarife kletterten um 20% („ND", 18.8. 76). Damit wurde die obere Grenze der Teuerungsrate von fünf Prozent, die für die Laufzeit des zentralen Tarifabkommens von Februar 1976 bis Februar '77 vorausgesetzt wurde, überschritten. In Anbetracht dieser Angriffe muß mit dem wachsenden Widerstand der finnischen Arbeiterklasse gerechnet werden. So streikten schon am Anfang dieses Jahres 70.000 Metallarbeiter gegen die ständige Verschlechterung ihrer Situation. Ihnen schlossen sich die Angestellten des öffentlichen Dienstes an (vergl. AK 77).

Aus all dem wird deutlich, daß die finnische Regierungskrise noch nicht beendet ist.

Skandinavienkommission

Niederlande

Polizeiaktion gegen Ambonesen-Lager



Militant wehren sich die Bewohner des von der Räumung bedrohten Barackenlagers gegen den Polizeiüberfall

Niederlande. Am Morgen des 14. Oktober rückte eine ganze Polizei-Streitmacht, 470 Mann mit 12 Panzerfahrzeugen, gegen ein Barackenlager in Epe (Provinz Gelderland) vor.

Das Lager wurde von Ambonesen bewohnt, ehemaligen Bewohnern der Süd-Molukken. Diese Inselgruppe wurde, nachdem sie von den holländischen Kolonialherren aufgegeben worden war, von Indonesien okkupiert. Der überwiegende Teil der in Holland lebenden Ambonesen strebt einen selbstständigen Staat der Süd-Molukken an. Nach ihrer Flucht vor der indonesischen Okkupation wurden ihnen von Seiten der holländischen Regierung Versprechen gemacht, dieses Ziel zu unterstützen. Jetzt sollten die Bewohner des Lagers in Epe in Neubauten umquartiert werden. Das lehnten sie ab, zum einen, weil sie auf dem provisorischen Charakter ihres Aufenthalts in Holland bestehen, zum anderen beträgt die Monatsmiete in den Neubauten 140 Gulden gegenüber 27 in den Baracken.



Kurz nach dem Polizeiüberfall wird das Barackenlager mit Panzerwagen dem Erdboden gleich gewalzt

Die Bullen-Streitmacht stieß bei ihrem Räumungs-Vorhaben auf erbitterten Widerstand der Bewohner. Die Ambonesen verteidigten sich mit Steinen, angeblich auch mit Schußwaffen und Molotow-Cocktails. Erst in den Mittagsstunden gelang es der Polizei, die Bewohner zu vertreiben. Die Baracken wurden sofort mit Panzerwagen niedergewalzt. Ein Ambonese erlitt Schußverletzungen, 14 wurden festgenommen und fünf Bullen wurden durch Steinwürfe außer Gefecht gesetzt.

Polizei und Justiz der Niederlande wollen diesen Vorfall zum Anlaß nehmen, Wohngebiete von Ambonesen künftig schärfer zu überwachen. Eine entsprechende Anweisung hat das Justizministerium erlassen.

Niederlande-Kommission
KB/Gruppen Bremen/Bremerhaven

Hafenarbeiterstreik in Amsterdam

Niederlande. Vom 1. bis zum 3. September traten tausende von Amsterdamer Hafenarbeitern in einen sogenannten „wilden" Streik und legten dadurch den gesamten Hafenbetrieb still. Am 2. September führten Rotterdamer Hafenarbeiter in mehreren Bereichen Sympathiestreiks durch.

Anlaß dieser ersten größeren Streiks in den Niederlanden nach den Lohnraub-Beschlüssen der Regierung des Sozialdemokraten Den Uyl vom 1. Juli waren massive Angriffe auf das Lebensniveau der Hafenarbeiter.

So gab es in den Niederlanden eine Regelung, die allen Arbeitern einen „Preisausgleich" zusichert: Noch am 1. Januar trat eine Lohnerhöhung in Kraft, die die Preissteigerung von April – Oktober 1975 ausgleichen sollte. Für die Hafenarbeiter galt die noch weitergehende Regelung eines „Preisausgleichs" je 2% Preisanstieg im Monat.

Diese Regelung schaffte Den Uyl allerdings bereits zum 1. Januar 1976 ab. Am 1. Juli beschloß die sozialdemokratische Regierung nun die Abschaffung jeglichen „Preisausgleichs": Bei einer zugrundegelegten Preiserhöhung von 9% in diesem Jahr und von – durch Den Uyls Wirtschaftsexperten „errechneten" – 6% im nächsten Jahr, wird den Arbeitern insgesamt eine 1,5%ige Lohnerhöhung zugestanden – und das bei einem veranschlagten Anstieg der Unternehmergewinne um 11%!

Zusammen mit weiteren Einschränkungen von sozialen Unterstützungen, z.B. Herabsetzung des Kindergeldes, sind diese Angriffe auf das Lebensniveau der Werktätigen in den Niederlanden einzigartig seit dem 2. Weltkrieg.

Vor diesem Hintergrund stand der Hafenarbeiterstreik vor allem unter der Forderung nach der Wiederherstellung des alten Verfahrens des „Preisausgleichs".

Vor allem der Haltung der Gewerkschaftsführer haben es die Hafenarbeiter zu verdanken, daß der Streik am dritten Tag ergebnislos abgebrochen werden mußte und obendrein jeden Hafenarbeiter noch 200–250 Gulden (etwa gleich DM) kostete.

Bereits im Juli hatten die Gewerkschaftsführer klar gemacht, daß sie die Lohnraubpolitik Den Uyls voll abdecken will. Angeblich seien sie und *„die Mitglieder" „so stark von den demokratischen Werten überzeugt"*, daß keine Aktionen gegen die Lohnraubbeschlüsse durchgeführt werden könnten, *„die durch die Regierung, im Namen der Mehrheit des niederländischen Volkes (!!), gefaßt"* wurden. Weiterhin seien sie *„der Meinung, daß die Gewerkschaftsbewegung ihre Macht überschreitet, wenn sie daranginge, Aktionen gegen einen durch Regierung und Parlament gefaßten Beschluß zu führen. Die Waffe des politischen Kampfes ist (...) ein letztes Mittel, das nicht in einem Streit um 13,50 Gulden Lohndifferenz im Monat gebraucht werden darf"* (die „WIK", Zeitung des „Nederlands Verbond van Vakverenigingen" (NVV) vom 21. 7. 76).

Treffender und zynischer kann man die vollständige Unterwerfung unter die sozialdemokratische Regierungspolitik wohl nicht formulieren! In der Logik der Gewerkschaftsführer ist es so nur folgerichtig, daß die Amsterdamer Hafenarbeiter im Stich gelassen und ihnen buchstäblich jede Unterstützung verweigert wurde!

Ein Musterbeispiel revisionistischer Anbiederungspolitik an die Sozialdemokraten der PvdA lieferten die niederländischen Revisionisten der „Communistisch Partij van Nederland" (Bruderpartei der DKP). Vor dem Streik schürten sie wortradikal die Unzufriedenheit der Hafenarbeiter und agitierten für eine „Aktion", während des Streiks jedoch, als die ablehnende Haltung der Gewerkschaftsführung deutlich war, zogen sie ihre Mitglieder zurück und beteiligten sich lediglich noch am Abbruch des Streiks. Denn auch in den Niederlanden versuchen die Revisionisten durch Anbiederung an die Sozialdemokraten, die sie hinter dem angeblichen Streben nach „Einheit von Sozialisten und Kommunisten" zu verbergen suchen, eine Regierungsbeteiligung zu erkaufen.

Der Streik der Amsterdamer Hafenarbeiter war – trotz allem – ein erster Schritt, um bei den anstehenden Lohnverhandlungen nicht völlig untergebuttert zu werden.

Niederlande-Belgien-Kommission
KB/Gruppe Bremerhaven

Türkei

Kampf dem Faschismus in der Türkei!

Die gefürchteten Staatssicherheitsgerichte dürfen ihre Tätigkeit nicht länger fortführen. Daß Demirel mit seinem Versuch, die Staatssicherheitsgesetze zu verlängern, gescheitert ist, (siehe AK 91, S. 37) ist vor allem der breiten Mobilisierung innerhalb der türkischen Arbeiterklasse zu verdanken. Über 350.000 hatten gegen die faschistischen Staatssicherheitsgerichte gestreikt (wir berichteten in AK 90, S. 2.).

Das ganze Ausmaß des Terrors dieser Staatssicherheitsgerichte wird erst langsam deutlich. Wir geben im folgenden einige Beispiele aus der Praxis dieser Gerichte, die einem Bericht der „Frankfurter Rundschau" vom 1. Oktober entnommen sind oder von türkischen Genossen selbst stammen.

Nach dem Militärputsch vom 12. März 1971 wurde auf Anordnung der faschistischen Militärs Staatssicherheitsgerichte (DGM) eingerichtet und auch nach dem Machtantritt von Demirel beibehalten. Sie sind eine Mischung aus Militärtribunal und Nazi-Volksgerichtshof. Richter, Staatsanwälte etc. sind faschistische Offiziere, Anwälte und „Beklagte" können ohne große Schwierigkeiten vom Verfahren ausgeschlossen werden.

Seit 1971 wurden tausende Arbeiter, Bauern und Intellekutelle abgeurteilt.

– Seit dem 10. März 1976 sitzt der Genosse Taver Akcam, 22 Jahre alt und Redakteur der Zeitschrift „Revolutionäre Jugend", in Haft. Jede Ausgabe dieser Zeitschrift wurde bisher beschlagnahmt, im „Verfahren" vor dem DGM beantragte der Staatsanwalt eine Feiheitsstrafe von 675 (!) Jahren.

– In der Messestadt Izmir verurteilte das DGM sieben Personen zu je zwei Jahren Gefängnis und einem Jahr Polizeiaufsicht. Sie hatten Flugblätter verteilt, in denen sie gegen den Terror der faschistischen Kommandos „Graue Wölfe" protestiert hatten.

– Am 16. Juli 1976 verbot das DGM 13 Vereine in Izmir, die sich in einem Flugblatt für die Freilassung eines schwer herzkranken Häftlings eingesetzt hatten.

– Die bekannte Volkssängerin Sah Turna wurde in Ankara zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt; sie war mit ihren Liedern gegen die Regierung Demirel und den von ihr ausgeübten Terror aufgetreten.

– 10 Teilnehmer an einem Friedensmarsch für die „Unabhängigkeit der Türkei" wurden in Adana zu 15 Jahren Zuchthaus verurteilt. Der Staatsanwalt hatte die Todesstrafe gefordert.

– Am 18. Januar 1976 wurden in Istanbul fünf Arbeiter unter dem Vorwand verhaftet, sie seien „gefährliche marxistisch-leninistische Anarchisten". Für zwei der Verhafteten forderte der Staatsanwalt die Todesstrafe. Diese beiden hatten nach Berichten der Gefangenenhilfsorganisation TUMAD-DER ein schon vorbereitetes Geständnis unterschrieben, nachdem sie zuvor schwerster Folter ausgesetzt waren.

– Vor kurzem wurde die Studentenvertretung IYÖD in Istanbul vom DGM verboten, ebenso die Vertretung der fortschrittlichen Studenten in Ankara ODTÜ.

– Am 6.5.1972 wurden drei Revolutionäre zum Tode verurteilt. Der vorsitzende Richter ist zur Zeit Abgeordneter der AP („Gerechtigkeitspartei") mit sehr guten Beziehungen zur CDU).

– Der Staatsanwalt vom DGM-Adana forderte für 18 Menschen die Todesstrafe, weil sie angeblich mit der Ermordung von 2 Polizisten im Malatya in Verbindung stünden.

– Vom Staatanwalt des DGM-Ankara wurde erklärt, daß Organisationen im Ausland wie TBÖK, ATTF und viele andere Arbeiter- und Studentenvereine verfolgt werden, daß ihre Zeitungen in der Türkei verboten sind und daß Verhaftungslisten für mehr als 400 Mitglieder dieser Vereine an die Grenzen geschickt worden sind.

– Am 9.1.76 wurde eine Studentin Nurax Erenler, bei einem Überfall der faschistischen Schlägertrupps der MHP (Regierungspartei) niedergeschossen.

Sie wurde ins Krankenhaus Hacettepe geliefert. Das Personal, das jeden Tag solche Verletzte sieht und über die Überfälle der Kommandos empört war, trat in einen Proteststreik.

Daraufhin überfiel die Polizei das streikende Personal, viele Krankenschwestern und Pfleger wurden verletzt. 20 Personen, die für die Verletzten Blut spenden wollten, wurden von dem DGM-Ankara verhaftet.

– Der Staatsanwalt vom DGM-Izmir forderte am 21.7.76 für 20 Personen die Todesstrafe, da sie Mitglieder einer illegalen Organisation seien.

– Am 16. Juni 1975 haben 70.000 Arbeiter in Izmir gegen die Angriffe der Regierung Demirels auf die Arbeiterrechte mit einem Generalstreik protestiert. Hunderte von Arbeitern wurden von DGM-Izmir verhaftet. Der Gouverneur von Izmir wurde entlassen, weil er den Streik nicht mit Polizeigewalt verhindert hatte.

– Tausende von Bauern wurden von den DGM wegen „illegaler" Landbesetzungen verurteilt. Mehrere sind an den Folgen von Folter und Krankheit aufgrund der Kerkerhaft gestorben.

– Der Bürgermeister der Hauptstadt Ankara, Vedat Dalokay, hatte im September 1975 gegen die 5 Todesurteile in Spanien protestiert. Er ließ die Strom und Wasserversorgung der spanischen Botschaft unterbrechen.

Der Staatsanwalt des DGM Ankara forderte 8 Jahre Zuchthausstrafe für Vedat Dalokay.

Diese wenigen Beispiele aus dem Alltag der Staatssicherheitsgerichte lassen das ganze Ausmaß des faschistischen Terrors nur ahnen. Für die türkische Arbeiterklasse kommt es darauf an, daß mit der jetzt durchgesetzten Abschaffung der Staatssicherheitsgerichte auch die Praktiken, die in den Verhören und Verhandlungen angewendet werden, ausgemerzt werden.

Griechenland/Türkei-Kommission

USA

Streik der 170.000 Fordarbeiter beendet!



Streikende Automobilarbeiter vor dem Hauptquartier des Ford-Konzerns in Dearborn bei Detroit.

In der vergangenen Woche ging der dreiwöchige Streik von mehr als 170.000 Ford-Arbeitern in den Vereinigten Staaten mit einem jämmerlichen Abschluß zu Ende: Die Gewerkschaftsführer der United Auto Workers (UAW) handelten mit den Bossen einen Tarifvertrag aus, der eine Lohnerhöhung für alle Arbeiter von drei (3) Prozent vorsieht, den Facharbeitern einen zusätzlichen Lohnzuschlag von 25 Cent pro Stunde bringt und darüber hinaus weitere dreizehn Urlaubstage (bisher 33) vereinbart. Der Tarifvertrag hat traditionell eine Laufzeit von drei (3!) Jahren – und bedeutet von daher bereits für die Arbeiter in der Automobilindustrie, angesichts einer jährlichen Inflationsrate von etwa 8%, einen drastischen Abbau ihres Lebensstandards.

Aber auch von dieser finanziellen Seite einmal abgesehen, auch in allen anderen Bereichen ist dieser Tarifvertrag ein Betrug der mit den Auto-Bossen versippten Gewerkschaftsführer an den Interessen der Arbeiter. Denn in den letzten Jahren wurden die Automobilarbeiter in den USA immer stärker mit einer rücksichtslosen und brutalen Rationalisierung der Bosse, Entlassungen, Kurzarbeit bei gleichzeitiger Überstundenschinderei, erhöhten Arbeitsstreß und mörderischen Bandgeschwindigkeiten konfrontiert. Allein in den Ford-Werken wurden nach Angaben des Gewerkschaftsführers Woodcock seit 1973 117.000 Arbeitsplätze vernichtet – eine Politik, die bei gleichzeitig steigenden Produktionszahlen durchgeführt wurde und den Kapitalisten Riesenprofite bescherte. Auf diese dringenden Probleme der Arbeiter gibt dieser jämmerliche Tarifvertrag keine Antwort!

Die UAW-Gewerkschaftsführer waren von Anfang an darum bemüht, den Kampf der Kollegen zu desorientieren, ihn in Grenzen zu halten und mit falschen Losungen von den Hauptforderungen und -problemen der Arbeiter abzulenken. So gehört es seit Jahrzehnten zur gängigen Praxis der Gewerkschaftsführer, in den Tarifrunden nur jeweils einen Konzern der vier Autogiganten in den USA, Ford, General Motors, Chrysler und AMC, zu bestreiken. Ihren letzten offiziellen Kampf führten die Ford-Arbeiter vor fast zehn Jahren, 1967! Der dann ausgehandelte Tarifvertrag wird ohne große Änderungen auf die übrigen Betriebe der Automobilindustrie übertragen.

Eine weitere Ungeheuerlichkeit ist, daß die UAW-Gewerkschaftsführer bewußt noch keine feststehenden Forderungen an die Kapitalisten erhoben hatten, als die Arbeiter der meisten Ford-Werke in den USA am 14. September in den Vollstreik traten! Woodcock und seinesgleichen gaben lediglich als Parole gegen die brutale Entlassungs- und Rationalisierungspolitik der Bosse aus: *„Arbeitet weniger, laßt euch dafür bezahlen und verhelft so euren entlassenen Kollegen zur Wiedereinstellung"*.

In vielen Fällen versuchten die Gewerkschaftsführer zusammen mit den Bossen das Aufstellen von Streikposten zu verhindern, diffamierten militante Arbeiter und ihre lokalen gewerkschaftlichen Organisationen oder versuchten Arbeiter vom Streik fernzuhalten, deren Tätigkeiten von den Kapitalisten als betrieblich „lebensnotwendig" eingestuft wurden. Offensichtlich sind sie dabei in den meisten Fällen empfindlich auf den Bauch gefallen.

Wenn es trotz der Militanz der Arbeiter zu diesem lumpigen Abschluß gekommen ist, so haben die Arbeiter die Schuld dafür allein bei den verräterischen und korrupten Gewerkschaftsführern der UAW zu suchen. Allein die Militanz gegen Bosse und Gewerkschaftsführer führt zum Erfolg!

(nach „Süddeutsche Zeitung" vom 8.10.76 und „Revolution", Organ der Revolutionary Communist Party, USA, vom 1.10.76)

USA-Kommission
KB/ Gruppe Hamburg

„Tod dem Klan – Freiheit für Gary Tyler!"

Gary Tyler ist ein 18jähriger Schwarzer aus Destrehan/Louisiana, zum Tod auf dem elektrischen Stuhl verurteilt. Ihm wird die Ermordung eines weißen Schülers vorgeworfen.

Der Mord, der Gary in die Schuhe geschoben wird, passierte am 7. Oktober 1974. In dieser Zeit wurden vom Ku Klux Klan zahlreiche rassistische Angriffe gegen Schwarze verübt. Am 7. Oktober umringten Weiße, darunter viele bekannte Klan-Mitglieder, einen Schulbus, der schwarze Schüler nach Hause bringen sollte. In dem Bus saß auch Gary. Die Weißen attackierten den Schulbus mit Flaschen und Steinen, sie waren mit Gewehren bewaffnet.

Ein 13jähriger weißer Schüler wurde durch einen Schuß getötet. Nur die Klan-Mitglieder waren bewaffnet. Während bei den ersten Durchsuchungen des Schulbusses kein Gewehr gefunden wurde, wurde später das Gewehr, mit dem der Schüler erschossen wurde, als ein Polizeigewehr identifiziert.

Es stammte aus einem Waffendepot, in das kurze Zeit vorher eingebrochen worden war. Die Diebe waren nie ausfindig gemacht worden.

Während die Bullen ruhig zugesehen hatten, wie der Klan die schwarzen Schüler angriff, schritten sie nach dem Schuß ein und griffen sich willkürlich Gary heraus. Kurze Zeit später wurde er wegen Mordes angeklagt.

Die einzige „Augenzeugin" der rassistischen Justiz war eine schwarze Schülerin. Inzwischen hat sie aber ihre Aussage zurückgenommen und erklärt, daß sie unter Druck gesetzt worden ist. Der Staatsanwalt hatte ihr mit Verhaftung gedroht, wenn sie nicht gegen Gary aussagt.

Die Aufrechterhaltung des Todesurteils ist selbst nach der US-„Rechtssprechung" illegal. Denn am 2. Juli erklärte der Oberste Bundesgerichtshof die Handhabung der Todesstrafe im Staat Louisiana für ungültig, nach der bisher bei „Mord" generell die Todesstrafe verhängt wurde. Es müßte also zumindest ein Wiederaufnahmeverfahren eingeleitet werden. Garys Anwälte haben ein neues Verfahren mit dem Ziel des Freispruchs beantragt. Am 16. September verlangten jedoch sechs Staatsanwälte die Legalisierung des Mordes an Gary. Er ist also nach wie vor in akuter Gefahr.

In den USA ist eine Solidaritätsbewegung entstanden, die Garys Freilassung und die Freilassung aller Opfer der rassistischen Justiz fordert. Initiator dieser Bewegung ist das „Gary Tyler Solidaritätskomitee", das von Garys Verwandten ins Leben gerufen wurde. Mit Kundgebungen und Demonstrationen wurde die Forderung nach "Garys Freilassung unterstützt. Die bisher größte Demonstration fand am 24. Juli in New Orleans statt. 2.500 Menschen demonstrierten unter den Parolen „Tod dem Klan – Freiheit für Gary Tyler!" und „Schluß mit dem rassistischen Terror von Boston bis New Orleans!". (Informationen nach „Workers World")

KB/Gruppe Flensburg



naher osten

Libanon

Verstärkung der ausländischen Intervention

Vom 17. bis 19. Oktober hat in der saudi-arabischen Hauptstadt Riad eine Konferenz zwischen dem König von Saudi-Arabien, Chalid, dem Scheich von Kuwait, dem libanesischen Präsidenten Sarkis, dem PLO-Führer Arafat, dem ägyptischen Präsidenten Sadat und dem syrischen Präsidenten Assad stattgefunden, die zur großen Vereinigungsschau der arabischen Reaktion wurde. In einem Neun-Punkte-Plan wurde beschlossen:

- Waffenstillstand im Libanon
- Rückzug aller Truppen auf die Positionen vom 13. April 1975 (als die Kämpfe mit einem faschistischen Überfall begannen),
- Aufbau einer arabischen „Friedenstruppe" von 30.000 Mann, die alle schweren Waffen einsammeln und die Einhaltung des Waffenstillstands erzwingen (!) soll,
- Erfüllung des Kairoer Abkommens von 1969, das damals zwischen den Palästinensern und der libanesischen Regierung geschlossen wurde und das den Palästinensern nur leichte Waffen und nur in den Lagern und in Südlibanon zugesteht.

Als „Gegenleistung" wurde nochmals bestätigt, daß die PLO die einzige legitime Vertreterin des palästinensischen Volkes ist und das Recht hat, gegen Israel zu kämpfen. Dafür verpflichtete sich die PLO, sich nicht in die inneren Angelegenheiten Libanons einzumischen („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 20.10.76).

Am 25.10. haben dann auf einer gesamtarabischen Gipfelkonferenz in Kairo alle 21 Mitglieder der ara- 20.10.76).

Am 25.10. haben dann auf einer gesamtarabischen Gipfelkonferenz in Kairo alle 21 Mitglieder der arabischen Liga diesen Plan diskutiert und mit Ausnahme des Irak voll angenommen. Die PLO begann daraufhin, ihre Truppen aus den Bergen über Beirut abzuziehen. Bis zum 28.10. waren dreiviertel der palästinensischen Kämpfer verlegt worden („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 29.10.76).

Das alles bedeutet einen neuen Verrat der arabischen Reaktion und der kompromißlerischen Kräfte in der PLO an der libanesischen und palästinensischen Revolution. Da die meisten der Kairoer Beschlüsse nach ihrem Wortlaut und ihrem Zeitplan nicht durchführbar sind, handelt es sich faktisch darum, daß sich die PLO–Führung aus ihrem Bündnis mit den fortschrittlichen Kräften zurückzieht. Es ist ein vereinter Schritt der arabischen Reaktion in Richtung auf eine „friedliche Lösung" der Situation im Nahen Osten, d.h. eine Frontwendung gegen die libanesischen und palästinensische Linke. Die Bildung der „Friedenstruppe" bedeutet praktisch eine Ausweitung der ausländischen Intervention in Libanon nach der Zahl der Truppen und der Beteiligung anderer arabischer Regimes. Da sich alle anderen Kräfte einig sind, richtet sich dies ausdrücklich gegen die Linke, die mit Gewalt in diesen „Waffenstillstand" gezwungen werden soll.

Wir wollen zurerst über einige Aspekte der Kairoer Beschlüsse berichten und dann ein Telefoninterview wiedergeben, daß wir am 30.10. mit der PFLP geführt haben.

Komplott der arabischen Reaktion
Verrat der PLO-Führung

Die Hauptlinie in der Bedeutung der Kairoer Beschlüsse ist, daß die Rolle Syriens in Libanon von den arabischen Regimes anerkannt und unterstützt wird. Unter Führung der saudiarabischen Clique und im Interesse des US-Imperialismus haben sich die arabischen Regimes geeinigt, den Kampf gegen die Linke nicht allein Syrien zu überlassen, sondern zur gemeinsamen Aufgabe zu machen. Die Regimes haben dabei im Auge, daß im nächsten Frühjahr eine Neuauflage der Genfer Nahostkonferenzpläne fällig ist und bis dahin die innere Opposition niedergeschlagen sein soll.

US-Völkermordminister Kissinger hat erklärt, daß die USA planen, Anfang 77 eine neue Vermittlungsrunde im Nahen Osten durchzuführen („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 28.10.76). Bis dahin sollen die Sowjetunion und die fortschrittlichen arabischen Kräfte ausgebootet sein. Weiter braucht man für eine alle Seiten befriedigende Übereinkunft mit Israel eine gezähmte PLO, die Teil der reaktionären arabischen Kräfte ist.

Die Teilnahme der PLO an den Konferenzen von Riad und Kairo wurde dadurch erzwungen, daß Saudi-Arabien und Kuwait mit einer Einstellung ihrer finanziellen Unterstützung drohten („Neue Hannoversche Presse" – „NHP", 20.10.76).

In mehrseitigen geheimen Absprachen wurde Arafat außerdem der Weg zur Kapitulation geebnet, denn er durfte nicht seine Rolle als Führer der PLO verlieren, sondern sollte die gesamte PLO zur Schlachtbank führen. Arafat verhandelte mit dem algerischen Botschafter, mit Sadat, mit einem saudiarabischen Prinzen, mit dem Islamführer Bhutto und vor allem mit dem syrischen Regime („Le Monde" – „LM", 16.10.76).

Die vor drei Woche begonnene syrische Offensive in Libanon trieb die Situation so weit, daß die Kompromißler vor der Alternaitve Volkskrieg oder Kapitulation standen.

Syrien stand dabei unter dem Druck der Rückwirkungen seiner Intervention in Libanon. Der Krieg kostet Syrien jeden Tag 4 Millionen DM, seit Juni soviel wie die gesamten syrischen Sozialausgaben eines Jahres („FR", 19.10.76). In den besetzten libanesischen Gebieten und in Syrien selbst nahm der Widerstand zu. Im Vernichtungskampf gegen die libanesische und palästinensische Linke verlangten Syrien und der US-Imperialismus deshalb derstand zu. Im Vernichtungskampf gegen die libanesische und palästinensische Linke verlangten Syrien und der US-Imperialismus deshalb den nächsten Schritt: das politische und militärische Eingreifen aller arabischen Regimes.

Das syrische Regimes erklärte offen, daß man alles tun werde, um Arafat aus der PLO-Führung abzuschießen, wenn er sich weiter weigern sollte, an den Verhandlungstisch zu kommen. Man drückte das in der Form aus, daß sich Assad angeblich weigere, sich mit Arafat an einen Tisch zu setzen. So konnte Arafat seine Teilnahme als persönlichen Sieg über das syrische Regime ausgeben. Als Zugabe stellte Syrien „großzügig" einen Tag vor der Konferenz (angeblich) das Feuer seiner Truppen ein („FAZ", 18.10.76). So nahm man auf die Schwierigkeiten Arafats Rücksicht, seinen Kapitulationskurs den arabischen Massen zu verkaufen.

Der in den Kairoer Beschlüssen festgelegte Rückzug auf die Stellungen von April '75 bedeutet, daß die PLO-Führung die libanesische Linke auf dem Schlachtfeld im Stich läßt.

Die geplante Wiedereinhaltung des Kairoer Abkommens von 1969 ist angesichts der libanesischen Situation ein schlechter Witz. Viele der Lager, in denen die Palästinenser Waffen tragen dürfen, sind von den Faschisten ausradiert worden. Südlibanon, das als Basis für den Kampf gegen Israel zur Verfügung stehen soll, ist inzwischen teilweise von Faschisten und israelischen Truppen besetzt. Es wurde deshalb auch ganz offen erklärt, daß sich die Palästinenser an das Kairoer Abkommen von 1969 halten sollen, d.h. daß sie überall sonst in Libanon keine Waffen tragen und insgesamt auch keine schweren Waffen besitzen dürfen („NZZ", 20.10.76). Die PLO-Führung ist also offenbar bereit, die Waffen der palästinensischen Revolution an die gesamtarabischen Besatzungstruppen abzuliefern!

Auch die erneute Anerkennung der PLO durch die Kairoer Gipfelkonferenz hat einen ganz anderen Sinn. Es handelt sich um eine Anerkennung der PLO-Führung, *„um zu verhindern, daß die PLO durch die veränderte Situation in Libanon in terroristische Untergruppen zerfällt"* („NHP", 25.10.76), d.h. sie ist gegen die Organisationen der Ablehnungsfront gerichtet, die man daran hindern will, den Krieg weiterzuführen. In diesem Sinne erklärt sich auch die merkwürdige Tatsache, daß der libaniesische Reaktionär Karameh es begrüßt hat, daß der Konflikt zwischen Syrien und der PLO zuende sei („SZ", 21.10.76).

Die PLO wird von den arabi-



PLO-Führer Arafat mit dem ägyptischen Staatschef Sadat in Kairo

schen Regimes als Druckmittel gebraucht, das sie im Interessenkonflikt mit Israel einsetzen können. *„Die Palästinenser sollen zwar in Libanon im Rahmen der bestehenden Verträge militärisch und politisch weiter präsent sein, aber – maßgeblich von Syrien – soweit kontrolliert und diszipliniert werden, daß sie keinen Störungsfaktor mehr bilden können"* („SZ", 27.10.76). Sie sollen eine frei verfügbare Trumpfkarte für „Friedens" verhandlungen sein: *„Jede palästinensische Aktion in Libanon muß Teil einer arabischen Gesamtstrategie sein"* (der libanesische Parlamentspräsident Assaad nach „SZ", 30.10.76). Und sogar die Zionisten stimmen hiermit überein und betonen, daß es ihnen vor allem um die gie sein" (der libanesische Parlamentspräsident Assaad nach „SZ", 30.10.76). Und sogar die Zionisten stimmen hiermit überein und betonen, daß es ihnen vor allem um die Ausschaltung der Linken geht: *„Palästinensische Präsenz in Libanon allein, so sagen die Jerusalemer Regierungsquellen, sei noch kein Grund zu israelischer Intervention"* („NZZ", 29.10.76).

Die PLO-Führung, der die Kapitulation lieber ist als der Volkskrieg, rechnet etwa so: Da die Linke den Kampf nicht einstellen wird, bleibt damit die Sicherheit, daß der palästinensische Widerstand durch die Kapitulation nicht völlig ausgeschaltet werden kann. Andererseits wird auf Grund des Kampfes der Linken die PLO-Führung auch weiterhin als Instrument zur Beherrschung des palästinensischen Widerstands gebraucht werden.

Die PLO-Führung bringt es tatsächlich fertig, die Konferenzen von Riad und Kairo als ihren Erfolg darzustellen. So erklärte der Bonner PLO-Vertreter Frangie in einer Presseerklärung (abgedruckt u.a. in der „KVZ" vom 28.10.76), daß die Syrer sich in Libanon nicht hätten durchsetzen können. *„Der syrischen Regierung ist es nicht gelungen, die PLO-Führung durch eine von ihr abhängige Führung zu ersetzen. Die PLO-Führung demonstriert durch ihre Anwesenheit und ihre Rolle auf der Konferenz ihre politische Unabhängigkeit."*

Der Rückzug der PLO-Führung aus dem libanesischen Bürgerkrieg verschärft den Druck auf die fortschrittlichen libanesischen Kräfte, sich dem Zug des Kompromisses anzuschließen. Von Dschumblatt hört man sowieso nur noch Bedingungen am Rande, etwa der Art, daß die „Friedenstruppe" nicht dem (christlichen) Staatspräsident Sarkis, sondern dem (moslemischen) Ministerpräsidenten unterstellt werden müsse („SZ", 29.10.76).

Die libanesische Linke sollte sich da nicht täuschen lassen. Es geht heute nicht nur um einen neuen Kompromiß in Libanon, sondern um eine Nahost-Gesamtlösung. Hierbei ist die völlige Liquidierung der Linken eingeplant. Jeder Schritt zum Kompromiß ist deshalb ein Schritt zum Selbstmord.

Zum ausführenden Organ dieser Pläne soll die arabische „Friedenstruppe" von 30.000 Mann werden. Die angeblich 20.000 (in Wirklichkeit 70.000) syrischen Besatzungssoldaten sollen dabei nur die Farbe ihrer Helme wechseln, um Teil dieser Truppe zu werden. *„Die Helme werden grün bemalt"* („SZ", 28.10.76). Soldaten anderer arabischer Staaten kommen hinzu, so daß in Libanon eine Art arabisches Vietnam entsteht, ähnlich wie schon in Oman, wo Iraner, Jordanier und Saudi-Arabier gegen die PFLO kämpfen. Offen wird damit gerechnet, daß eine Entwaffnung und Niederschlagung der Linken *„erst durch den konzentrierten Einsatz"* („SZ", 20.10.76) der Friedenstruppe und *„mit Gewalt durchzusetzen"* („SZ", 25.10.76) ist. *„Die Kämpfe im Süden Libanons und in Beirut zeigen recht handgreiflich, daß die libanesischen Gruppen weiterkämpfen wollen und werden, auch wenn die Syrer ihr Feuer einstellen und die Palästinenser sich verpflichten, das gleiche zu tun. Einen Waffenstillstand kann man wohl nur erreichen, wenn man ihn ihnen auf* *die Syrer ihr Feuer einstellen und die Palästinenser sich verpflichten, das gleiche zu tun. Einen Waffenstillstand kann man wohl nur erreichen, wenn man ihn ihnen auf* *dem Kampfgelände aufzwingt. Diesem Zweck sollen die verstärkten arabischen Friedenskräfte dienen"* („NZZ",20.10.76). Sie soll verhindern, *„daß die sich für das nächste Jahr abzeichnenden Bemühungen um eine Nahost-Friedensregelung durch eigenmächtige oder unkontrollierte Aktionen der Palästinenser gestört werden."* („SZ", 25.10.76). Die „Friedenstruppe" soll dem libanesischen Präsidenten Sarkis unterstellt werden, was nur unterstreicht, daß es sich um eine erweiterte ausländische Intervention handelt, da Sarkis schon von Syriens Gnaden zum Staatspräsidenten gewählt wurde.

Sarkis hat sich denn auch gegen einen syrischen Rückzug ausgesprochen („FAZ", 21.10.76).

Angesichts der kommenden Libanon-Lösung hat Israel versucht, sich mit Teilen von Südlibanon in aller Eile ein Faustpfand zu sichern (dazu besonderer Artikel in diesem AK). Auch die Faschisten sind teilweise mit der Regelung nicht einverstanden und haben sich dementsprechend mit Israel verbündet. So kam es sogar zu Kämpfen zwischen syrischen Truppen und Falangisten bei Rum („SZ", 20.10.).

Aus allem, was wir bisher dargestellt haben, geht hervor, daß der libanesische Bürgerkrieg eine neue Phase erreicht hat. Aus der militärischen Intervention eines Landes (Syrien) ist die Intervention der gesamten arabischen Reaktion geworden. Es ist mit Notwendigkeit so, daß sich die Angriffe der Reaktion verschärfen, solange die Revolutionäre nicht unterliegen. Es ist auch meist so, daß die kompromißlerischen Kräfte bei dieser Entwicklung irgendwann umfallen und die Revolutionäre im Stich lassen.

Der Waffenstillstand ist für die Linke auch als Atempause von Nutzen. Er dient zur Ausweitung der Propaganda und zur Vorbereitung des Guerillakrieges. So meldete z.B. eine Organisation „Volkswiderstand", daß sie am 25. Oktober bei Hermel im syrisch besetzten Gebiet einen syrischen Stützpunkt angeriffen und die Soldaten getötet oder verwundet habe. Die Syrer bombardierten daraufhin den Ort ber bei Hermel im syrisch besetzten Gebiet einen syrischen Stützpunkt angeriffen und die Soldaten getötet oder verwundet habe. Die Syrer bombardierten daraufhin den Ort Hermel und seine Umgegend („LM", 27.10.76).

Es darf jedoch nicht verschwiegen werden, daß die Situation in Libanon besonders kritisch ist. Es steht die Frage, ob die Linke stark genug ist, um der jetzt notwendigen Strategie des Volkskriegs gegen die ausländische Intervention und die Faschisten zum Durchbruch zu verhelfen.

In einem Telefoninterview am 30.10. haben wir der PFLP hierzu einige Fragen gestellt. Der PFLP-Genosse betonte übrigens, daß Medikamentenspenden jetzt besonders wichtig sind!

Verhindert den Faschismus!

Stellungnahme der PFLP

Wie sind die Aussichten, trotz der Beschlüsse der Kairoer Gipfelkonferenz, die Strategie des Volkskriegs weiter zu verwirklichen?

„Die Konferenz von Riad kann das Ende einer Phase und den Beginn einer neuen Phase bedeuten. Denn es wurde ein Wechsel vorgenommen in den Instrumenten für die Verwirklichung der Verschwörung (friedliche Lösung). Insbesondere haben sich die arabischen reaktionären Regimes darauf geeinigt, daß die Kämpfe in Libanon durch die Aufstellung einer Armee gestoppt werden sollen, um den libanesischen Staat mit seinen alten Institutionen wieder zu errichten und zu festigen. Gleichzeitig soll die palästinensische Revolution von der libanesischen nationalen Bewegung getrennt werden. Das ist die Hauptforderung der arabischen Reaktion. Die Festigung des libanesischen Staates und die Zerschlagung des palästinensischen Widerstands soll dann schrittweise vor sich gehen.

Unser Standpunkt ist: Wir lehnen die Feuerpause nicht ab, aber wir sagen, daß es hauptsächlich bei den Faschisten liegt, ob sie einen Waffenstillstand wollen oder nicht. Es ist klar, daß es dabei Probleme gibt. Die Faschisten fordern nämlich täglich die Vernichtung der organisierten politischen Basis des palästinensischen Volkes in Libanon (d.h. der militärischen und politischen Organisationen). Das ist die Forderung von Frandschiah, Dschamajil und Schamun."

Heißt die Zustimmung zu einem Waffenstillstand, daß ihr euch militärisch auf einem Rückzug befindet?"

„Wir ziehen uns taktisch im Kampf auf eine gefestigtere Position zurück.

Nach der Konferenz von Riad und ihren Beschlüssen und nach der Krönung durch die Beschlüsse der Gipfelkonferenz in Kairo stehen sie alle auf dem gleichen Standpunkt: Sie wollen dem palästinensischen Widerstand einen Schlag versetzen, um die palästinensische Revolution zu schwächen und um sie in die friedliche Lösung einzubeziehen. Denn die Frage einer Genfer Konferenz ist jetzt wieder zum zentralen Punkt geworden."

„Wie ist euer Standpunkt gegenüber der PLO, nachdem sie an den Konferenzen von Riad und Kairo teilgenommen hat?"

„Wir fordern die PLO auf, daß sie diese Verschwörung aufmerksam beobachtet und sich aus dem Lager der friedlichen Lösung zurückzieht. Man wird versuchen, uns die politische Lösung aufzuzwingen. Die schwankende Haltung der PLO und die Tatsache, daß ihre Theoretiker heute die alten Parolen von 1970 über die Nichteinmischung in die inneren Angelegenheiten der arabischen Länder wiederholen, daß bedeutet in der Praxis, daß man der Reaktion bessere Chancen für die Verwirklichung der friedlichen Lösung zugesteht.

Unser Standpunkt ist klar. Wir sagen der PLO: Zieht euch aus diesem Spiel zurück!

Aber auf die PLO wird Druck ausgeübt, damit sie bei der politischen Lösung eine Hauptrolle übernimmt.

Fortsetzung von Seite 38

Die arabische Reaktion ist jetzt geeinigt, insbesondere Ägypten, Syrien und Saudi-Arabien, das sie überzeugt hat, daß unbedingt alle Betroffenen an der friedlichen Lösung für den gesamten Nahen Osten teilnehmen müssen, und zwar soll das verwirklicht werden durch ein arabisches Instrument, dessen Aufgabe es ist, den palästinensischen Widerstand zu schwächen – heute militärisch und dann später auch politisch.

Die PLO stellt die Beschlüsse von Kairo als ihren politischen Sieg dar, weil die PLO als der legitime Vertreter des palästinensischen Volkes anerkannt worden ist. Aber dieser leere Scheinsieg bedeutet praktisch, daß die PLO eine reine politische Errungenschaft erzielt hat und im Austausch dafür einen politischen Schritt hin zur Zerschlagung des palästinensischen Widerstands und zu seiner Entwaffnung gemacht hat."

„Seid ihr bereit, den Volksrieg weiter zu führen?"

"Wir bekämpfen die politische Lösung mit allen Mitteln. Was jetzt nötig ist, ist die Einheit der libanesischen fortschrittlichen Kräfte und des palästinensischen Widerstands zur Zerschlagung dieser Verschwörung."

"Wie ist die Kampfmoral eurer Genossen?"

„Die Moral unserer Kämpfer ist sehr gut. Aber es gibt ein Problem: Der Kampf ist im Moment nur schwach und findet nur an wenigen Fronten statt.

Gestern und vorgestern gab es Bombardierungen, aber allgemein gibt es Fortschritte in Richtung auf einen Waffenstillstand. Das sind relative Fortschritte, es gibt keinen absoluten Waffenstillstand. Es besteht der Befehl an den palästinensischen Widerstand, sich aus den Bergen zurückzuziehen, und das ist seit zwei Tagen im Gange."

Seid ihr mit diesem Rückzug einverstanden?"

„Wir können das nicht aufhalten. Aber zur gleichen Zeit fragen wir: Gilt dieser Rückzug für alle Seiten, oder betrifft das allein den palästinensischen Widerstand? Wir fragen das unter der Parole, daß das Problem ein palästinensisch-libanesisches Problem ist, wie es in Riad und in Kairo bezeichnet worden ist. Und die PLO hat sich unter der Führung von Abu Ammar (Arafat) an dieser Formulierung beteiligt.

Praktisch ist unser Kampf zur Zeit ein politischer Kampf, um nochmals die Massen über das Ziel der politischen Lösung aufzuklären, dagegen zu mobilisieren und diese Lösung in ihrer allgemeinen Bedeutung für den Nahen Osten anzugreifen. Denn in Libanon geht es um die politische Lösung für den gesamten Nahen Osten und nicht um eine regionale Lösung für Libanon.

Wir haben natürlich zur Kairoer Konferenz einiges anzumerken. Diese Konferenz hat nichts gegen die israelische Besetzung von Südlibanon unternommen. Warum? Ägypten war nicht damit einverstanden, seine Truppen nach Libanon zu schicken. Das lag nicht an den unbedeutenden Gründen, die Sadat dafür genannt hat, sondern ist ein Ergebnis des Sinai-Abkommens, das besagt, daß es keine militärische Konfrontation in irgendeinem Gebiet geben soll.

Weiter ist es klar, daß alle Reaktionäre das Kairoer Abkommen von 1969 verwirklichen wollen. Aber man kann das Abkommen nicht verwirklichen, weil Israel nicht mit einer Rückkehr des palästinensischen Widerstands nach Südlibanon einverstanden ist."

Ist es richtig, daß die Syrer den palästinensischen Widerstand in Südlibanon gegen die Falangisten und die Israelis unterstützen?

„Nein. Es gab zwar vor einigen Tagen Kämpfe zwischen den Falangisten und den Syrern und es gab drei Tote und 13 Verletzte auf Seiten der Falangisten. Aber das war eine kleinere Auseinandersetzung, eine Meinungsverschiedenheit darüber, wie man die Verschwörung durchführt, und nicht über die Verschwörung selbst. Es gibt keine Veränderung der syrischen Haltung.

Die Faschisten sagen zur Zeit ganz offen, daß sie die panarabische Friedenstruppe für ihr Gebiet völlig ablehnen. Viele dieser faschistischen Gruppen und insbesondere Beschirr Dschamajil haben vor drei oder vier Tagen erklärt, sie wollten den Kampf fortsetzen, bis alle Flüchtlingslager von Palästinensern gesäubert seien. Und noch mehr, er sagte, daß das Abkommen von Kairo nicht die Rückkehr zum Zustand von vor dem 13. April 1975 bedeuten könne . Sie lehnen eine Rückkehr der Palästinenser in ihre eroberten Lager ab.

Ich will alles in einem Satz zusammenfassen: Der palästinensische Widerstand hat in der vergangenen Phase den höchsten Preis bezahlt.

Die PLO versucht, sich am Gewinn der politischen Lösung ein wenig zu beteiligen. Das ist das Ziel dieser Rückschritte, die die PLO gemacht hat.

Die Situation ist zur Zeit ein bißchen schwierig. Mit der Kairoer Konferenz hat sich die Situation dahingehend gewandelt, daß die arabische Reaktion ihre Kräfte vereinigt hat, um zu versuchen, dem palästinensischen Widerstand eine politische Lösung aufzuzwingen und den palästinensischen Widerstand in diese künftige Lösung einzubeziehen.

Militärisch ist die Situation so, daß es wenig Kämpfe gibt, obwohl die Kämpfe weiter gehen. Israel ist weiter dabei, Südlibanon zu besetzen. Die Situation ist heikel.

Die neue Regierung wird höchstwahrscheinlich versuchen, in Libanon einen faschistischen Zustand herbeizuführen. Das führt dazu, daß die Kampfparole zur Zeit sein muß: Verhindert den Faschismus in Libanon".

Neuer zionistischer Raubzug

Zionistische Truppen im Südlibanon

Während auf der arabischen Gipfelkonferenz in Kairo über einen „Friedensplan" für den Libanon verhandelt wird, der u.a. die Palästinenser zwingen soll, sich nach den langen blutigen Kämpfen den Kairoer Vereinbarungen von 1969 zu unterwerfen und in die damals zugewiesenen Gebiete zurückzukehren – u.a. auch in den Südlibanon –, während Sadat in seiner Begrüßungsansprache heuchlerisch tönte, die arabischen Staaten widersetzten sich *„mit Entschlossenheit und Stärke jeder Bewegung, die Israel in Richtung auf den Südlibanon unternehmen könnte (!!!)"* („Frankfurter Rundschau" – „FR", 26.10.76), verstärkt Israel auf allen Gebieten – Waffenlieferungen, Ausbildung, massive Teilnahme der israelischen Soldaten an den Kämpfen – die Unterstützung der faschistischen Milizen.

Israel hat schon immer den Südlibanon bis zum Litani-Fluß als sein Einflußgebiet betrachtet. Der libanesische Bürgerkrieg bot ihm unter dem Deckmantel einer Unterstützung der Faschisten die Möglichkeit, mit der militärischen Eroberung Südlibanons zu beginnen!

Um die militärische Schwäche der Faschisten und die massive Unterstützung der Zionisten zu vertuschen, wurde im Gebiet von Marjayoun eine „Befreiungsarmee für Südlibanon" gegründet, mit dem Ziel, den Südlibanon von *„kriminellen Ausländern"* zu befreien. Der Sender der Faschisten betonte weiter: *„Die Befreiungsarmee verwirft jedes Abkommen und Regelungen über die palästinensische Präsenz im Süden ... In Südlibanon sind wir die Herren, und wir ermächtigen niemanden, ohne uns über die Zukunft unserer Erde zu entscheiden."* Die arabischen Staaten wurden demagogisch aufgefordert, doch die Palästinenser in ihren Staaten anzusiedeln („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 23.10.76).

Dazu sind die Faschisten allein jedoch gar nicht in der Lage. Die „Säuberung" des Südlibanons von Palästinensern entspricht voll und ganz dem Interesse der Zionisten. Angesichts der Schwäche der Faschisten müssen sie dies weitgehend selbst besorgen, was durchaus ihrem Interesse entspricht, da dadurch der israelische Einfluß im Südlibanon wächst. O f f e n geben die Zionisten das militärische Eingreifen noch nicht so ganz zu, sie sind deshalb, ebenso wie die Syrer weiter im Norden, bemüht, g e m e i n s a m mit faschistischen Truppen vorzugehen und ihr Eingreifen als von „den" Libanesen geforderte „Hilfe" darzustellen.



Hauptkampfgebiete im Südlibanon: das Gebiet um Bint Jbeil und das Gebiet um Majayoun (im Fatahland).

Nach und nach werden über die bürgerliche Presse genauere Einzelheiten bekannt, die Rückschlüsse auf das tatsächliche Ausmaß der direkten Expansion und Unterstützung der Faschisten durch die Zionisten zulassen.

Die Einflußgebiete scheinen zwischen syrischen und jetzt auch israelischen Okkupanten längst festgelegt zu sein. Während die Syrer nicht über den Litani-Fluß vordringen, versuchen die Zionisten das Gebiet südlich des Flusses unter ihre Kontrolle zu bekommen. Dabei wollen sie sich auch von der arabischen Friedenstruppe nicht dreinreden lassen.



Bekanntlich ziehen die faschistischen Milizen auch Kinder ein: im Südlibanon zwei Kinder an einem amerikanischen Maschinengewehr.

Anfang Oktober wurde nach Berichten eines saudi-arabischen Leutnants ein Konvoi der arabischen „Friedenstruppe" auf dem Weg nach Kleiyya, von wo aus schon zu dem Zeitpunkt die Orte Marjayoun und Khiam mit israelischem Artilleriefeuer belegt wurden, von den faschistischen Milizen u n d Israelis an der Weiterfahrt gehindert („NZZ", 12.10.76).

Nach einem Bericht der palästinensischen Nachrichtenagentur Wafa waren in der Gegend von Alaishye zeitweise 150 israelische Soldaten mit 30 Panzern stationiert gewesen („FR", 25.10.76).

Die Kämpfe konzentrieren sich im Süden um das Gebiet von Bint Ibeil und von Marjayoun (Fatah-Land). In beiden Fällen wurden die Angriffe auch von israelischer Artillerie (die Orte liegen etwa 10 km von der israelischen Grenze entfernt) massiv unterstützt, wobei Dutzende von Zivilisten getötet wurden („FR, 25.10. 76).

In einem US-amerikanischen Fern-
vilisten getötet wurden („FR, 25.10. 76).

In einem US-amerikanischen Fernsehbericht (CBS) wurde ein Film von den Kämpfen um Marjayoun gezeigt – der Film hatte die israelische Zensur passiert – in dem zwölf israelische Sherman-Tanks im Einsatz zu sehen waren („NZZ", 23.10.76). Nach Angaben der Palästinenser und der fortschrittlichen libanesischen Kräfte wurde die Kaserne von Marjayoun direkt von Israelis gestürmt, die nachher von den faschistischen Milizen abgelöst wurden („Le Monde", 20.10.76).

Israelische Hubschrauber versorgten die faschistischen Truppen mit Munition und flogen verwundete Falangisten in israelische Krankenhäuser, während gleichzeitig israelische Fallschirmspringer strategische Punkte um die Stadt herum besetzten, um den Palästinensern den Nachschub abzuschneiden („Le Monde", 26.10. 76).

Weiter gibt die „Le Monde" (24./ 25.10. und 26.10.76 unter Berufung auf die „Time") an,

- daß faschistische Kommandos in Galiläa trainiert werden (die „Jerusalem Post" und die westdeutsche Presse sprachen bei dem regen Grenzverkehr der faschistischen Milizionäre immer von harmlosen „Waldarbeitern", die an der Grenze brav ihre Waffen ablieferten!),
- die Milizen mit belgischen Gewehren, Granatwerfern, Wagen und gepanzerten Fahrzeugen, u.a. 33 sowjetische T-54 Beutepanzer und 38 US-amerikanischen Sherman-Panzer, aus israelischen Armeebeständen ausgerüstet werden,
- die Uniformen der israelischen und faschistischen Soldaten dieselben sind,
- Telefonleitungen zwischen israelischen Grenzposten und christlichen Dörfern verlegt worden seien,
- Israel den Haifen Saida mit fünf Kanonenbooten vom Typ Dabur und drei kleineren Schiffen der Klasse Yatush blockiert,
- hundert Milizionäre in Israel für den Dienst auf den Schiffen ausgebildet werden,
- nach palästinensischen Angaben tausend faschistische Milizionäre in Israel ausgebildet werden.

Während in Kairo über die „Rückkehr" der Palästinenser in ihre Ausgangspositionen vor dem Bürgerkrieg und damit u.a. in den Südlibanon „verhandelt" wird, schaffen die Zionisten Tatsachen. Vom „arabischen Gipfel" haben die Palästinenser und die fortschrittlichen libanesischen Kräfte nichts, aber auch gar nichts zu erwarten.

* * *

Nach Abschluß des arabischen Gipfels in Kairo haben die Führer der faschistischen Milizen erklärt, daß sie keine arabische „Friedenstruppe" in *„ihren"* Gebieten dulden würden. Inzwischen ist es zu einem ersten Zusammenstoß zwischen syrischen und faschistischen Milizionären in dem von Syrien kontrollierten Ort Roum gekommen, bei dem es mehrere Tote gab. Während Syrien auf dem Gipfel

die mit den Palästinensern 1969 geschlossenen Abkommen ebenfalls be-

die mit den Palästinensern 1969 geschlossenen Abkommen ebenfalls bekräftigt hat, hat Israel wiederholt erklärt – ebenso wie die mit ihnen verbündeten faschistischen Milizen –, daß es die Herstellung des Zustandes vor dem Bürgerkrieg im Südlibanon n i c h t dulden werde („NZZ", 29. 10.76).

Nahost-Kommission

Israel/Palästina

Israel/Palästina

Zionistischer Terror

In den vergangenen Tagen sind im besetzten Westjordanland wieder 34 Araber verhaftet worden, die angeklagt wurden, antizionistische Demonstrationen organisiert zu haben und die versucht haben sollen, eine Schule in Jericho anzuzünden (?) („El Moudjahid", 25.10.76, „Neue Züricher Zeitung"-„NZZ"-,26.10.76).

* * *

Neun Araber, u.a. ein bekannter Rechtsanwalt, sind in Nablus (Westjordanland) zu Gefängnisstrafen bis zu 12 Jahren verurteilt worden. Sie waren des „Terrorismus", des Waffenbesitzes, der Sabotage und der Zugehörigkeit zu einer illegalen Organisation angeklagt („NZZ", 20.10.76).

* * *

In Hebron wurden in der letzten Woche 74 (!) Araber, meist Schüler, vor einem Militärgericht angeklagt („Süddeutsche Zeitung" - „SZ" -, 23.10.). Sie waren am 3.10. vor der Machpela-Höhle verhaftet worden. Sie hatten die Höhle, die Moschee und Synagoge ist, nach einer zionistischen Provokation gestürmt und waren von israelischen Fallschirmspringern auseinandergetrieben worden.

* * *

Am 18.10. wurden in Nablus mehrere Schüler zu Gefängnisstrafen zwischen drei und sechs Monaten verurteilt, weil sie demonstriert (!) und Steine gegen Militärfahrzeuge geworfen hatten („Le Monde", 21.10.76). Am selben Tag streikten die Oberschüler deshalb, bauten Barrikaden und bewarfen israelische Fahrzeuge mit Steinen („SZ", 19.10.76).

Neue Siedlungen geplant

Die „Jewish Agency" will zum Zionistenkongreß, der im Januar 1977 in Jerusalem stattfinden soll, einen Siedlungsplan vorlegen, nach dem in den Jahren 1977 bis 1982 55 neue Städte und Siedlungen gegründet werden sollen. Mit diesem Plan will die „Jewish Agency" die Spendenlust in der Diaspora ankurbeln. 27 Siedlungen sollen in den besetzten Gebieten errichtet werden, davon 13 in der Region Rafia zwischen Gaza und El-Arish, acht im Westjordanland und sechs auf den Golanhöhen („Le Monde", 21.10.76).

Sorgen mit den „drop-outs"

Bei seinen Expansionsplänen ist Israel auf eine möglichst hohe Einwandererquote angewiesen. In den letzten vier Jahren ist die Einwandererzahl zum ersten Mal seit 1949 niedriger gewesen als die Auswandererzahl. Von den Zionisten werden deshalb ständig Überlegungen angestellt, wie sie die Einwandererzahlen erhöhen könnten.

Ein neuer Plan vom Chef der Zionistischen Exekutive, Almogi, will israelische Ehepaare animieren, doch Elternpflegschaften für tausende jüdischer Kinder aus aller Welt zu übernehmen. Diese Kinder sollen dann ein bis vier Jahre bei ihren „Pflegeeltern" in Israel leben und sich anschließend nach Möglichkeit dafür entscheiden, ganz in Israel zu bleiben und ihre Eltern (!) mitzubringen („The Jerusalem Post" - „JP" -, 12.10.76).

Das Präsidium der sowjetischen Emigrantenvereinigung hat Vorschläge entwickelt, die man nur noch als Menschenraub bezeichnen kann. Bekanntlich sind bei den sowjetischen Emigranten die „drop-outs" das größte Problem, d.h. rund die Hälfte aller Emigranten reist von der Sowjetunion über Wien oder Rom ins westliche Ausland, meist in die USA, nur nicht nach Israel.

Die Vorschläge, dies zu verhindern, reichen vom Streichen der Emigrantenrechte für sowjetische Juden bis zum Direktflug UdSSR – Israel. Da beides schlecht möglich ist, denkt das Präsidium an eine Zwischenlösung: die Emigrantenzentren bzw. Übergangslager in Wien und Rom zu schließen, den Zwischenaufenthalt der Emigranten in Wien auf ein paar Stunden zu begrenzen und das Gepäck sofort nach Israel weiter zu schicken.

Denjenigen, die dann noch immer nicht nach Israel wollen, sollte *„auf der Stelle"* das israelische Visa gestrichen werden. Zynisch stellt die „Jerusalem Post" fest, daß diese Veränderungen den Effekt haben würden, daß die „drop-outs" ganz auf sich allein gestellt wären. Allerdings müsse sich auch der *„Absorptionsprozeß"* in Israel erheblich ändern, schließlich sollten die frisch Eingewanderten nicht das *„Gefühl"* haben, in Israel bleiben zu müssen („JP", 19.10.76).

Nahost-Kommission

Französische Faschisten an der Seite der libanesischen „Christen"

Vor rund drei Wochen wurden in Zypern drei französische Söldner verhaftet, samt Waffen und Munitionen, die aus dem Libanon zurückkamen.

Alle drei, Van Chele, Mathieu, und Lemoine sind Mitglieder der französischen Faschisten-Partei „Parti des Forces Nouvelles" (Partei der neuen Kräfte). Van Chele ist Mitglied des „Zentralkomitees" der PFN und Verantwortlicher für ihre Jugendorganisation „Front de la Jeunesse" (Front der Jugend).

Die beiden anderen sind Mitglieder des „Ordnungsdienstes" der „Front de la Jeunesse".

Die drei sind „natürlich" nicht die einzigen „französischen Faschisten, die mit den libanesischen Falangisten gemeinsam morden – so veröffentlichte bereits im Mai dieses Jahres die bürgerliche, rechtsstehende Illustrierte „Paris-Match" Interviews mit rund 10 weiteren französischen Söldnern. Namentlich bekannt wurde Emmanuel Pézé, Mitglied einer weiteren Jungnazi-Organisation (Groupe Action Jeunesse, GAJ). Ebenso wurde bekannt, daß ein Faschist namens Jean Kay Instrukteurs-Funktionen bei den libanesischen Falangisten ausübt.

(Nach Informationen aus „Révolution", 7.10.76)

KB/ Gruppe Frankfurt

Mord an arabischem Genossen in Israel

Während der Unruhen im von den Israelis besetzten Westjordanien im April dieses Jahres wurde der arabische Genosse Achmed Dachdui von israelischen Soldaten zu Tode geprügelt. Der israelische Major hatte seinen Untergebenen befohlen, Achmed und und sechs weiteren festgenommenen Arabern es *„mal gründlich (!!!) besorgen"*. Für diesen befohlenen Mord wurde der Offizier lediglich *„wegen Anstiftung zum Totschlag zu einer zweijährigen (!!!) Freiheitsstrafe verurteilt"* und zum einfachen Soldaten degradiert. Es darf angenommen werden, daß auch dieses „Urteil" – sobald etwas Gras darübergewachsen ist – noch „korrigiert" wird.

(Zitate nach „Hannoversche Allgemeine Zeitung" vom 18.10.76)

KB/ Gruppe Hannover



afrika aktuell

Genfer Verhandlungen über Zimbabwe

Rechnung ohne den Wirt !

Am Freitag, den 28. Oktober, begannen in Genf die Verhandlungen zwischen England und Smith (Rhodesien) auf der einen Seite und den vier „traditionellen Führern" aus Zimbabwe, Mugabe (ZANU), Nkomo (ANC-Inlandsflügel), Muzorewa (ANC-Auslandsflügel) und Sithole auf der anderen Seite. Nicht in Genf mit dabei ist die „Zimbabwesche Befreiungsarmee" (ZIPA), die entscheidende militärische Kraft im Befreiungskampf. Ihr stellvertretender politischer Kommissar Machingura erklärte, dieZIPA lehne Verhandlungen mit Smith und England ab und kämpfe weiter für die „bedingungslose Kapitulation der Kolonialfaschisten" in Rhodesien (vergl. AK 91). Um die militärischen Niederlagen der Kolonialfaschisten „rechtzeitig" aufzufangen und durch diplomatische Manöver das verlorene Terrain wieder zurückzuerobern, haben die Imperialisten der USA und England auf eine rasche Einberufung der Genfer „Friedens"konferenz gedrängt. Die eilfertigen Zusagen der Zimbabweschen „traditionellen" Führer haben es ihnen ohne Zweifel erleichtert, ihren Zeitplan bis jetzt einzuhalten. Mit dem Eintreffen der verhandlungsbereiten Kräfte des zimbabweschen Befreiungskampfes in Genf hat der Köder der Imperia- verhandlungsbereiten Kräfte des zimbabweschen Befreiungskampfes in Genf hat der Köder der Imperia- listen, der sogenannte Kissinger-Plan, eine wesentliche Aufgabe erfüllt. Der Plan selbst sieht den Stop des Befreiungskampfes durch die Einsetzung einer gemischt-rassigen Übergangsregierung vor, in der die weißen Rassisten Vetorechte haben und die wichtigen Ministerposten für Justiz und Armee von ihnen besetzt werden. Smith hat in den Tagen vor der Konferenz wiederholt erklärt, daß er über den Kissinger-Plan nur als ganzes, als „Paket" verhandeln wolle.

Die Positionen der nationalen „Führer" scheinen dem genau entgegengesetzt zu sein, zumindest wenn man die recht radikal klingenden Äußerungen im Vorfeld der Konferenz für bare Münze nimmt. Alle lehnen den Kissinger-Plan, wenn auch in unterschiedlicher Schärfe, ab, wobei der Generalsekretär der ZANU, Mugabe, den weitestgehendsten Standpunkt einnimmt: *„Die Mehrheitsregierung* (in der Übergangsperiode – AK-Red.) *und die Unabhängigkeit sind kein Gegenstand für Verhandlungen"* („KVZ", 7. 10.).

Die Ablehnung des Kissinger-Plans und des Verhandelns über eine Übergangsregierung schafft auf den ersten Blick die absurde Situation, daß die Konferenzteilnehmer sich vor Konferenzbeginn nicht darüber einig sind, worüber überhaupt verhandelt werden soll, ganz davon abgesehen, daß ihre Positionen sich inhaltlich konträr gegenüberstehen. Smith ist sicher nicht von den Imperialisten nach Genf geschickt worden, um hier die bedingungslose Übergabe der Macht zu vollziehen. Seine Marschroute ist vielmehr: einiges preisgeben, um alles zu retten. Wenn also die nationalen „Führer" Zimbabwes, die an der Konferenz teilnehmen, auf ihren ursprünglichen Forderungen beharren, hätten sie sich die Reise eigentlich schenken können. Per Verhandlung wird der Kolonialfaschismus zu diesem Zeitpunkt sicher nicht von der Bühne abtreten.

Radikal in Worten...

Die Teilnahme der vier zimbabweschen Delegationen an der Konferenz kann daher nur bedeuten, daß sie von der Konferenz etwas anderes erwarten als die Kapitulation von Smith (denn so „naiv" wird keiner sein). Verhandlungen mit dem kolonialfaschistischen Regime zu einem Zeitpunkt, wo der militärische Sieg durchaus noch nicht erreicht ist, können zwangsläufig nur als Signal für Verhandlungs- und Kompromißbereitschaft gegenüber dem Imperialismus interpretiert werden.

Das wurde bereits bei der „Ouvertüre" zur Konferenz deutlich. In der vor wenigen Wochen gebildeten „Patriotischen Front" verpflichtete der ZANU-Generalsekretär Mugabe den Erzopportunisten Nkomo auf sechs Forderungen, die v o r Beginn der Konferenz seitens des Smith-Regimes erfüllt werden müßten (u.a. Freilassung aller politischen Gefangenen, freie politische Betätigung etc, vergl. AK 91).

Der Kissinger-Favorit Nkomo brach einen Tag später diese Abmachung, als er öffentlich erklärte, die genannten Forderungen seien n i c h t als Vorbedingungen zu verstehen. Mugabe zog nicht nur keine Konsequenzen daraus (z.B. Auflösung der „Patriotischen Front"), sondern rückte plötzlich selbst von den eigenen Vorbedingungen ab. Er nahm an der Eröffnungssitzung am 28. 10. teil, ohne das auch nur die Erfüllung einer einzigen Forderung durch Smith bekanntgeworden wäre.

Das gleiche gilt für die berechtigte Forderung der „Patriotischen Front", daß das illegale Siedlerregime höchstens als Bestandteil der englischen Delegation an der Verhandlung teilnehmen darf. Auch dies wurde vor der Eröffnung der Konferenz nicht erfüllt, ohne daß die Vertreter der „Front" der Eröffnungssitzung ferngeblieben wären. Zur Prüfung der Forderung nach Freilassung der politischen Gefangenen haben Smith und England einen „Ausschuß" eingesetzt (nach „Welt", 30. 10.). Dies litischen Gefangenen haben Smith und England einen „Ausschuß" eingesetzt (nach „Welt", 30. 10.). Dies blieb von den Vorbedingungen übrig...

Die prinzipienlose Konzessionsbereitschaft Mugabes „Front"-Partners Nkomo kam dieser Tage zum Ausdruck, als dieser den weißen Großgrundbesitzern in Zimbabwe versicherte: *„Die Farmer sollen nicht fürchten, daß wir ihnen ihre Farmen* (bis zu 50.000 Morgen groß – AK-Red.) *wegnehmen wollen. Aber abwesende Landbesitzer und Spekulanten werden wir nicht dulden"* („Times", 18.10.).

Ähnlich zufriedenstellend (im Sinne der rhodesischen Kapitalisten,) äußerte sich Bischof Muzurewa, dessen Wunsch es ist, *„sein Land befreit zu sehen": „Der Sozialismus hat gute und schlechte Seiten wie auch der Kapitalismus. Ich trete dafür ein, daß wir das Gute aus beiden Ideologien nehmen sollten, um daraus ein eigenes typisches Zimbabwe-System zu entwickeln"* („Spiegel", 44/1976). Diese abgedroschenen Phrasen vom „dritten Weg" in den Neokolonialismus kennzeichnen Muzorewa als einen typischen Vertreter der diplomatisch-opportunistischen Linie im Befreiungskampf von Zimbabwe. Über Sithole, der von der ZANU-Basis wegen Korruption und Unfähigkeit abgesetzt wurde, bräuchte man eigentlich kaum mehr ein Wort zu verlieren, wenn seine überraschende Teilnahme an der Konferenz nicht ein Licht auf die Kräfteverhältnisse innerhalb der fünf „Front-Staaten" (Mosambik, Angola, Tansania, Sambia und Botswana) werfen würde. Die Anwesenheit Sitholes bei der Genfer Konferenz geht allein auf eine Initiative aus dem Kreis der Präsidenten der fünf Front-Staaten zurück. Der englische Außenminister Crosland hatte den abgehalfterten Sithole gar nicht erst eingeladen. Sithole hatte sich in Lusaka (Sambia) von einer kleinen Schar Getreuer zum ZANU-„Vertreter" für Genf wählen lassen, nachdem er vorher die ehemaligen ZANU-Kader zum Verlassen der ZIPA aufgerufen hat, und so nimmt Sithole entweder als „Individuum" in Genf teil („Times", 19.10.), oder – gemäß verschiedenen anderen Quellen – als Vertreter einer besonderen ZANU-Fraktion.

Englands „besondere Verantwortung"?

Die fünf Frontstaaten haben nach einem gemeinsamen Treffen in Lusaka England aufgefordert, eine *„größere Verantwortung in der zweijährigen Übergangszeit"* in Rhodesien zu übernehmen. Nyerere von Tansania schlägt sogar die Einsetzung eines englischen Generalgouverneurs wie in Zeiten des Kolonialismus vor, der die Übergabe der Macht an die schwarze Mehrheit kontrollieren soll (vergl. „NZZ", 20.10.). Diese Forderungen haben sich u.a. auch Mugabe und Nkomo zu eigen gemacht, die erklärten, England solle seine „koloniale Verantwortung" bei der „Dekolonisierung" wahrnehmen („Daily Telegraph", 25.10.).

Nun ist bereits die Existenz des kolonialfaschistischen Smith-Regimes auf eine taktische Duldung Englands zurückzuführen, daß damit eine besondere Variante seiner „kolonialen Verantwortung" demonstriert hat. Heute zu versuchen, England gegen Smith „auszuspielen", ignoriert nicht nur die Erfahrungen der Vergangenheit, sondern auch die Tatsache, daß England die ganze Konferenz (in Absprache mit den USA) nur einberufen hat, um eine neokolonialistische Lösung in Zimbabwe zu ermöglichen. England eine Hauptrolle im Dekolonialisierungsprozeß zuzuschieben, bedeutet mehr oder weniger bewußt den Bock zum Gärtner zu machen. Nicht umsonst droht der englische Außenminister Crosland, daß ein Scheitern der neokolonialistischen Manöver in Genf *„Aufruhr, Chaos und Blutvergießen"* im ganzen südlichen Afrika zur Folge haben würde. Smith wird dagegen ermuntert, wenigstens die Notwendigkeit der Machtübergabe an die schwarze Mehrheit anzuerkennen, dann würden sofort alle (ohnehin durch- Machtübergabe an die schwarze Mehrheit anzuerkennen, dann würden sofort alle (ohnehin durch- löcherten) wirtschaftlichen Sanktionen gegen das Siedler-Regime aufgehoben („NZZ", 22.10.).

Wenn nun selbst vom „linken Flügel" der in Genf vertretenen Delegationen (ZANU) die Forderung nach der „kolonialen Verantwortung" Englands zu einem der Hauptprobleme in Genf gemacht wird, veranschaulicht das den Anfangserfolg, den die Imperialisten mit dem Beginn ihrer Konferenz erreicht haben. Diese Forderung wird ja auch von Kräften getragen, die wie Nkomo, Muzorewa und Sithole vor der Konferenz bereits im politischen Abseits standen, da sie von der Entwicklung des bewaffneten Kampfes buchstäblich überrollt worden waren. Heute hat der Kissinger-Plan und die Genfer-Konferenz sie zumindest auf der diplomatischen Ebene wieder ins politische Geschäft gebracht. So z.B. Muzorewa: *„Ich glaube, daß nun alle wissen, worum es geht: um unsere Befreiung unter meiner (!) Führung"* (Spiegel, 44/76). Muzorewa war es auch, der zu Beginn der Konferenz die Forderung erhob, daß ausschließlich ein „Chef" einer Übergangsregierung in Zimbabwe gewählt zu werden bräuchte, der könne ja dann seine Minister ernennen... (nach „Welt", 30.10.76).

Bezeichnenderweise ist noch keine der afrikanischen Delegationen auf das Fehlen der ZIPA in Genf eingegangen, deren Kampf die Imperialisten zu ihren diplomatischen Manövern zwang und der sie ihre Anwesenheit in Genf im Grunde überhaupt erst verdanken.

So scheint die Genfer Konferenz eher mit den Versuchen Spinolas in Angola vergleichbar, rechtzeitig pro-imperialistische Personen und Organisationen gegen die revolutionär-demokratischen Kräfte aufzubauen. Dies gilt auf jedenfall für Nkomo, Muzorewa und Sithole, die aufgrund ihrer Isolation bei den Massen auf ein für sie persönlich günstiges Ergebnis der Konferenz angewiesen sind, um weiterhin eine Rolle im Dekolonialisierungsprozeß zu spielen. Es liegt nahe, daß sie versuchen werden, sich mit der Gegenseite Smith/England zu einigen. Es ist allerdings unwahrscheinlich, daß dies reibungslos über die Bühne geht, man wird sich auf allerhand diplomatisches Spektakel in Genf (Unterbrechungen, Abreisen etc.) gefaßt machen müssen.

Wie bereits aus dem Interview mit dem politischen Kommissar Machingura hervorgeht, beantwortet die ZIPA die neokolonialistischen Möver von Genf mit einer massiven Kritik an der Kolonialmacht England, der sie die Befugnis zur Einberufung der Konferenz abspricht.

Die ZIPA hat in einer neuen Erklärung, die in London abgegeben wurde, diese Position bekräftigt: *„Diese Vorschläge* (Kissingers – AK) *und der Plan für eine Übergangsregierung haben mit zimbabweschem Denken nichts zu tun. Wir betrachten daher die Fortführung und Verstärkung des bewaffneten Kampfes als das einzige (!) Mittel zu einer schnellen Lösung. A Luta Continua!"* („Guardian", 22.10.).

Der Zustrom junger Zimbabwer zur ZIPA hält auch während der Genfer-Gespräche an und scheint sich sogar noch verstärkt zu haben. So berichtete die „Daily Telegraph" vom 25.10., daß achtzig Jungen und Mädchen einer Schule 100 km östlich von Salisbury über die Grenze nach Mosambik zu den Freiheitskämpfern geflüchtet sind!

In Genf jedenfalls geht derzeit das oft schon geprobte Schauspiel über die Bühne, bei dem die historische Rechnung ohne den Wirt gemacht wird.

Afrika-Kommission

Krieg bis zur bedingungslosen Kapitulation des Smith-Regimes !

Ausschnitte aus der mosambikanischen Wochenzeitschrift „Tempo" zur Situation des zimbabwischen Befreiungskampfes und der Genfer Verhandlungen

1. Zur „Patriotischen Front" Mugabe/Nkomo

„Ohne zu spezifizieren, in wessen Namen sie sprachen, erklärten Robert Mugabe, Generalsekretär der ZANU und Joshua Nkomo, Führer der ANC, im politischen Schnellgang in Dar-es-Salaam ihre Annahme des britischen Vorschlags, eine konstitutionelle Konferenz in Genf abzuhalten. Sie forderten, Großbritannien müsse einen Vertreter für die Konferenz benennen, Jan Smith oder seine Vertreter dürften an dieser Konferenz nicht teilnehmen, und die politische Macht in Zimbabwe müsse sofort und vollständig übergeben werden; allerdings sagten sie nicht, welcher für das Volk repräsentativen Organisation die Macht übergeben werden solle. Als Vorbedingung für die Durchführung der Konferenz forderten Nkomo und Mugabe auch ,die bedingungslose Freilassung aller politischen Gefangenen; die Abschaffung der Homelands; die Abschaffung aller Einschränkungen für politische Aktivitäten in *politischen Gefangenen; die Abschaffung der Homelands; die Abschaffung aller Einschränkungen für politische Aktivitäten in* *Zimbabwe; die Aufhebung des Ausnahmezustandes; die Aussetzung aller politischen Urteile; die Freilassung aller zum Tode verurteilten Freiheitskämpfer; und schließlich die freie Rückkehr aller Mitglieder von Befreiungsbewegungen, in das Land.*

Analysiert man die Erklärungen, die die beiden zimbabweschen Nationalisten in einer Pressekonferenz in Dar-es-Salaam abgegeben haben, so kommt man zu dem Schluß, daß sie vom Smith-Regime wollen, daß es friedlich auf seine faschistische Natur verzichtet, doch dies ist weder in einem kolonialistischen noch in einem diktatorischen Regime je vorgekommen. Selbst wenn man annimmt, daß Jan Smith diese Bedingungen annimmt, selbst wenn man meint, daß die Vereinigten Staaten und Großbritannien Smith zur Annahme dieser Bedingungen zwingen könnten, so wäre dies immer noch der Verdienst der Kämpfer der ZIPA und nicht das der opportunistischen Machenschaften der zwei Nationalisten, die darauf aus sind, die Zeit wiederzugewinnen, die sie bei ihren inneren Machtkämpfen verloren haben.

Joshua Nkomo und Mugabe wollen über die ZIPA und die Frontstaaten hinausgehen, indem sie Formen des Kompromisses als revolutionär tarnen, und sie ignorieren absichtlich die bewaffneten Kämpfer von Zimbabwe, die die bedingungslose Kapitulation von Jan Smith fordern." („Tempo", 17.10.).

2. Die Position der ZIPA

„Das Volksheer von Zimbabwe ist die einzige politische Kraft, die in der Lage ist zu verhindern, daß in Zimbabwe das gleiche geschieht wie in Angola, nämlich der Versuch, der sehr viel Blut kostete, die Macht den politischen Organisationen zu übertragen, die das Volk schon verraten hatten.

Die ZIPA fordert die Kapitulation von Jan Smith, und bei genauer Analyse der Sachlage ist es ziemlich gleichgültig, ob diese Kapitulation mit oder ohne Mitwirken Großbritanniens, der Kolonialmacht in Rhodesien, geschieht. Deswegen gibt es zwischen der ZIPA und den Frontstaaten keinen Widerspruch. (Anmerkung Afrika-Kommission: Die Konstruktion, daß in dieser Frage kein Widerspruch zwischen der Position der ZIPA und den fünf Frontstaaten besteht, scheint uns reichlich an den Haaren herbeigezogen – siehe auch den Artikel in dieser Ausgabe.) *Sowohl hier als auch dort ist man sich darüber im Klaren, daß Großbritannien wenig oder nichts tun wird, um den Frieden und eine Mehrheitsregierung in Zimbabwe zu errichten, es sei denn, es verhandelt mit der Organisation, die die Interessen des zimbabweschen Volkes vertritt."* („Tempo", 24.10.76).

Nicht den Charakter des Regimes vergessen

Nicht den Charakter des Regimes vergessen

„Das Regime von Smith ist nicht einmal ein rassistisches oder Minderheiten-Regime. Es ist ein faschistisches Regime. Zu seiner Wirklichkeit gehören Konzentrationslager, Gefängnisse ohne Prozesse, allgemeine militärische Mobilisierung gegen die Bürger, gegen Frauen und die Jugend, hohe ökonimische Interessen der Multis, institutionalisierter Rassismus, usw. Nur eine bewaffneter Avantgarde wird die neokolonialistischen Manöver Großbritanniens durchkreuzen können, die ihre Macht als Kolonialist ausnutzen wird, um die Position zu verteidigen: verlieren, ja, aber nicht alles verlieren. Besser: so zu tun als ob man verliert, während man gewinnt. Das wird die Richtung auf der Genfer Konferenz sein. (...)

Nkomo mit seinen Kompromissen, Muzorewa in seiner offensichtlichen Isolation, Sithole und Mugabe, die eine ZANU wiedererstehen lassen wollen, die niemals einen Zusammenhalt hatte – das ist das Gepäck, das die nationalistischen Führer mit sich tragen und das sie unfähig machen wird, wegen ihres ideologischen Zustandes, den neokolonialistischen Machenschaften die Stirn zu bieten. Auch weiß niemand, welche Haltung diese Führer gegenüber der Propaganda einnehmen, die, ausgehend vom Smith-Regime, gegen die Guerilleros der ZIPA geführt wird, niemand kennt ihre Position bezüglich der zwei Jahre-Übergangsregierung, die Kissinger vorgeschlagen und die Großbritannien angenommen hat, – eine Zeitspanne, die viel zu lang ist, weil sie den Imperialisten erlaubt, neue Kräfte zu schöpfen.

Niemand kennt ihre Positionen, man weiß nur, daß sie nach Genf gehen. (...) Nur die Naiven können an den plötzlichen guten Willen von Ian Smith glauben, indem er sich für die Genfer Konferenz ausgesprochen hat." („Tempo", 24.10.76).

Rassisten brechen „Verfassungsgespräche" in Namibia ab

Während die Imperialisten und Rassisten bei den derzeit stattfindenden Genfer Verhandlungen über Zimbabwe versuchen, ihr Bemühen um einen „friedlichen Übergang" herauszuputzen, ist ihre Politik in Namibia auf offene Machterhaltung ausgerichtet.

- *Die RSA verstärkte ihre Truppe in Namibia;*
- *die Massaker und Verbrechen der RSA an der Zivilbevölkerung in Namibia haben zugenommen;*
- *die USA, Großbritannien und Frankreich verhinderten in der UNO ein Waffenembargo gegen die RSA;*
- *die BRD-Regierung fühlt sich den „Deutschen in Namibia besonders verpflichtet" (Bahr);*
- *die „Verfassungsgespräche zwischen der RSA und einigen Kompradoren wurden abgebrochen.*

Direkte militärische Aufrüstung der Rassisten

Während Kissinger nach seiner Afrika-Reise tönte, „ ... *ich bin auch für Namibia sicher, daß es innerhalb der nächsten zwei Jahre eine Mehrheitsregierung geben wird*", wurde auf der UNO-Debatte über Namibia der wirkliche Standpunkt der Imperialisten klar:

- Im Sicherheitsrat lehnten die USA, Großbritannien und Frankreich einen Antrag ab, der ein Waffenembargo gegen die RSA beinhaltete. Begründung: „ ... *die Bemühungen der USA in Namibia und Rhodesien durch Verhandlungen eine Lösung zu erreichen würden durch die Annahme der Resolution verhindert ...*" („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 21.10.76). Der französische Delegierte meinte, „ ... *die Resolution sei derzeit wenig zweckdienlich und darum unangebracht*" („Le Monde", 21.10.76).

Tatsache ist, daß neben der BRD, die USA, Großbritannien und Frankreich zu den größten Waffenlieferanten der RSA gehören. Tatsache ist auch, daß diese Länder zu den größten Nutznießern der Ausbeutung Namibias gehören (Diamanten, Gold, Uran etc.).

So stellte der Vertreter der VR Benin im Sicherheitsrat auch richtig fest: „*Die Abstimmung ist klar: Die, die durch ihr Veto den Antrag verhindert haben, haben ohne Zweideutigkeit ihre Politik bestätigt, militärisch, wirtschaftlich und politisch das faschistische Regime von Pretoria zu unterstützen*" („Le Monde", 21.10.76).

Welche praktischen Folgen das Veto der Imperialisten hat, machte die SWAPO deutlich: Die meisten Waffen und Ausrüstungsgegenstände, die die SWAPO von den RSA-Soldaten in Namibia erbeutet sind französische, britische und amerikanische Fabrikate („Tempo"/Mosambik, 17.10.76).

Ausgerüstet mit diesen Mörderwerkzeugen der imperialistischen Länder verstärkt die RSA „*ihre Militärpräsenz in Namibia ständig*" („Le Monde", 20.10.76).

Entgegen allem Gerede – „*friedliche Lösung*" (Kissinger), „*wir unterstützen die Befreiungsbewegungen*" (Bahr) – wird an diesen Tatsachen klar, daß die Imperialisten und die Rassisten in Namibia die Politik der direkten militärischen Zerschlagung des schwarzen Widerstandes betreiben. Im Vergleich zu der „Verhandlungspolitik" in Zimbabwe scheinen sie interessiert, ihre Herrschaft – und damit auch die Ausbeutung der Rohstoffe – in Namibia durch direkte militärische Macht und brutale Repression aufrecht zu erhalten!

Terrorherrschaft der Rassisten

Gerade in der letzten Zeit wurden Berichte aus neu errichteten Konzentrationslagern in Namibia bekannt: In diesen Lagern werden alle diejenigen gefangen und gefoltert, die nicht bereit sind, offen mit den Rassisten zusammen zu arbeiten. Zu den „üblichen" Foltermethoden zählen Elektroschocks, Einsperren in kleine Eisenkäfige, Aufhängen an der Zellendecke etc. („Neues Deutschland" – „ND", 17.9. und 14.10.76).

Zum täglichen Gebrauch der Rassisten gehört Napalm. „*Durch die Bombardierung mit Napalm werden häufig ganze Landstriche zerstört und unbewohnbar gemacht ... die dort geflüchtete Bevölkerung wird dann ‚als von der SWAPO vertrieben' in die Statistiken der ernannten Stammeshäuptlinge eingehen ... diese Kompradoren können sich also nicht über mangelnden Zulauf beklagen. Tatsache aber ist, daß durch diese brutale Bombardierung immer mehr Menschen den Rassismus und Faschismus sowie seine Kompradoren aktiv hassen lernen*" („Diario de Luanda"/Angola, 24.9.76).

Wie weit hierbei die Zusammenarbeit der Rassisten aller Länder geht, stellte die SWAPO kürzlich fest: „ ... **die Verwendung von israelischen Söldnern (!) durch das südafrikanische Heer in Namibia stellt einen Akt der Aggression gegen unser Volk dar**" („Tempo"/Mosambik, 17.10.76).

Diese wenigen Beispiele – sie ließen sich endlos fortsetzen – zeigen zur Genüge, daß die RSA nicht im geringsten bereit ist, irgendwelche Zugeständnisse an die schwarze Mehrheit zu machen. In diesem Sinne wurde von den Rassisten auch der Abbruch der – von ihnen selbst inszenierten – „Verfassungsgespräche" provoziert. Bei diesen Verhandlungen sollte mit von der RSA ernannten „Häuptlingen" – unter Ausschluß der SWAPO – eine „Verfassung" für Namibia ausgearbeitet werden. Diese Gespräche standen angeblich kurz vor dem Abschluß, als jetzt der RSA-Verhandlungsleiter seine Marionetten mit der Bemerkung schockte: „*Wir haben euch ja erst aus den Bergen geholt, euch gekleidet und aus dem Dreck gezogen*" („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 22.10.76). Drei Kompradorendelegationen verließen daraufhin beleidigt die Konferenz.

Durch dieses Manöver versuchen die Rassisten noch mehr Zeit vor einer scheinbaren „friedlichen Lösung" zu gewinnen, um auf der anderen Seite ihren militärischen und zivilen Unterdrückungsapparat in Namibia weiter ausbauen zu können!

Wenn es um Rassismus geht – die BRD ist immer dabei

Dieser Satz gilt insbesondere für Namibia (Waffenlieferungen an RSA, über 25 BRD-Konzerne beuten das Volk und die Rohstoffe aus etc.). Darüber hinaus leben in Namibia über 5.000 BRD-Bürger und über 25.000 „Deutsch-Stämmige". Und gerade sie zählen in Namibia zu den reaktionärsten Elementen:

- So gibt es in Windhuk eine Hermann-Göring-Allee;
- jedes Jahr wird Hitlers Geburtstag gefeiert. Dabei ziehen dann nachts ganze Horden von Typen durch die Straße und singen Nazi-Lieder.

Den südafrikanischen Rassisten sind diese Faschisten gerade willkommen. „*Die Deutschen sind das Rückgrad unserer Verwaltung in Namibia*" (Vorster in der BRD).

Während sich die BRD-Regierung seit Jahren beständig weigert, die Befreiungsbewegungen im südlichen Afrika zu unterstützen („*keine Unterstützung von Kriegshandlungen*", Bahr), finden die Faschisten die volle Unterstützung der SPD/FDP-Regierung: „ ... *gegenüber ihnen werde man besondere Verantwortung zu beweisen haben*" („SZ", 8.10.76). „*Man müsse in der Bundesrepublik Verständnis gegenüber denjenigen aufbringen, die nicht bereit seien, sich auf die Übernahme der Regierung durch die schwarze Mehrheit einzustellen*" („SZ", 8.10.76).

Sollte es dennoch zu einer Übernahme der Macht durch die Mehrheit der Schwarzen kommen, bot Bonn reichhaltige „flankierende Maßnahmen" für die weiße Minderheit.

Diese Politik der BRD ist letztendlich nichts anderes, als der Appell zum „Durchhalten" an die deutschen Faschisten in Namibia: Auf der einen Seite Waffenlieferungen an die Rassisten zur Bekämpfung des Widerstandes ... im Falle einer Niederlage großzügige „flankierende Maßnahmen" für die Rassisten!

SWAPO verstärkt den Kampf

Hatte die SWAPO schon die Beteiligung an den „Verfassungsgesprächen" in Namibia abgelehnt, so erklärten jetzt SWAPO-Sprecher zu den jüngsten Manövern der Rassisten und Imperialisten im südlichen Afrika:

- „ ... *sie versuchen, an den Flanken der rassisten RSA Marionettenregierungen aus käuflichen Stammesführern zu zimmern, denen aufgetragen werden soll, die fiktiv ‚unabhängig' werdenden Staaten Namibia und Rhodesien zu leiten*" („ND", 27.9.76).
- Die geplante Übergangsregierung in Namibia „*ist eine von den Rassisten Pretorias mit Unterstützung des US-Imperialismus geplante Farce*" („Frankfurter Rundschau" – „FR", 4.10.76). „*Die Marionettenregierung soll die weitere Ausbeutung der Rohstoffe des Landes garantieren und Namibia als Ausgangspunkt weiterer imperialistischer Attacken gegen die Völker des südlichen Afrika sicherstellen*" („Granma"/Kuba, 17.10.76).

Entsprechend dieser Einschätzung stellte der SWAPO-Vorsitzende Nujoma bei einem Besuch in Kuba fest: „*Es gibt keine Alternative, als den bewaffneten Befreiungskampf zu intensivieren. Das ist für das Volk der einzig richtige Weg, die Macht zu erobern und zu sichern*" („Granma"/Kuba, 17.10.76).

So hat die SWAPO allein in der Zeit vom 15. August bis 20. September mehr als 100 RSA-Soldaten in Namibia getötet. Gleichzeitig wurde sehr viel Kriegsmaterial der Rassisten erbeutet oder zerstört („Tempo"/Mosambik, 17.10.76).

„*Mitte September griffen die Kämpfer des PLAN (militärische Einheit der SWAPO) erfolgreich eine Militärbasis Südafrikas in Onumda, im Norden Namibias an. Hierbei verwendeten sie schwere Waffen, die den Feind zum Rückzug zwangen, der nach vier Tagen schweren Beschusses die Basis räumen mußte. Man nimmt an, daß dem Feind schwere Verluste zugefügt wurden*" („Tempo"/Mosambik, 17.10.76).

Ähnlich erfreuliche Meldungen über militärische Siege der SWAPO werden ständig in angolanischen und mosambikanischen Zeitungen veröffentlicht. In die BRD-Zeitungen – die noch immer die militärische Unschlagbarkeit der RSA propagieren – finden diese Meldungen keinen Eingang.

Zu dieser „Unschlagbarkeit" der RSA stellte der Präsident der SWAPO – Nujoma – in Kuba fest: „ ... *der Imperialismus und der Rassismus sind gefährliche Gegner. Sie werden um so gefährlicher, je näher ihr Untergang naht. Damit haben wir zu rechnen. Das bedeutet für uns aber nur, unseren Kampf zu intensivieren ... Gespräche zwischen uns und der RSA kann es nur über eine Machtübergabe an die SWAPO und das Volk geben. Die RSA muß vorher alle politischen Gefangenen freilassen, alle Truppen abziehen und die völlige Unabhängigkeit und Integrität Namibias anerkennen. Neokolonialistische Lösungsversuche der RSA sind daher zum Scheitern verurteilt*" („Granma"/Kuba, 17.10.76).

Aber auch die Imperialisten und Rassisten bleiben nicht untätig:

- Die „Verfassungsgespräche" dienen auf der einen Seite dazu, die „Verhandlungsbereitschaft" der RSA zu heucheln. Der Abbruch der Verhandlungen durch die RSA zeigt aber auch, daß die Rassisten sehen, daß sie hier mit den falschen Leuten am Tisch sitzen und wohl kaum eine „befriedigende" Lösung erzielen können.
- Neben dem Faktor des Zeitgewinns dient die Unterbrechung der Gespräche sicherlich auch der Suche nach im Volke einflußreicheren Kompradoren! Möge dieser Versuch der Rassisten erfolglos bleiben.

Afrika-Kommission

Auch in der SWAPO. Frauen kämpfen in vorderster Front.



„Für die Freiheit werden wir unser Leben hingeben. Der Kampf geht weiter"

Unter diesen Parolen demonstrierten am 19.10. in Soweto tausende von Schwarzen. Anlaß war das Begräbnis eines 16-jährigen Jugendlichen, der einen Monat lang als vermißt galt, nachdem er bei einer Protestaktion gegen die Apartheid in Soweto verhaftet worden war. Nach Angaben der Behörden sei er aber schon zwei (!) Tage nach seiner Inhaftierung an einer „*im Gefängnis zugezogenen Krankheit*" gestorben („Neues Deutschland" – „ND", 19.10.).

Gerade durch die Kämpfe von Soweto kommt wieder eines der schwärzesten Kapitel des rassistischen Terrorregimes ans Tageslicht. – Die Folterungen in den Gefängnissen, Polizeistationen und den KZs. Am Ende dieser Folterungen steht nicht selten die direkte Ermordung der Gefangenen. Bisher wurden selbst von der RSA-Presse 33 solcher Fälle zugegeben (davon allein acht nach Soweto). Diese RSA-Zahlen werden dann allzu gerne von der bürgerlichen Presse in der BRD übernommen (z.B. „Frankfurter Rundschau", 22.10.76). Bei dem Faschistenregime muß man jedoch davon ausgehen, daß, wenn sie 33 schreiben, tatsächlich wohl mindestens zehnmal so viele Menschen ermordet worden sind. Denn getreulich dem Vorbild der Nazi-GeStaPo – die für die Ermordung vieler Gefangener ebenfalls die Begründung „Selbstmord" oder „auf der Flucht erschossen" anführte – versucht das Vorster-Regime durch ein Netz von Lügen zu verhindern, daß etwas über die Folterpraktiken in südafrikanischen Gefängnissen an die Öffentlichkeit dringt.

Gemäß der offiziellen Variante wurden dann z.B. in King Williams Town zwei Gefangene in ihren Zellen erhängt aufgefunden, beging ein Einwohner Sowetos laut Polizeiermittlung Selbstmord, starb ein Häftling nach epileptischen Anfällen den Erstickungstod („Frankfurter Allgemeine Zeitung" – „FAZ", 20.10.76).

Wer diese mysteriösen „Todesfälle" verursacht hat, berichtet ein Engländer, der nach dreieinhalb Jahren Haft aus einem RSA-Gefängnis fliehen konnte: „*Einem Häftling hatte man mit einem Mauerstein auf den Kopf geschlagen. Sie gaben ihm Kopfschmerztabletten. Er starb an einem Blutgerinnsel im Gehirn*". „*Dann hetzten sie Hunde auf den Gefangenen ... sie verbissen sich in seine Beine, sie rissen richtige Fleischfetzen heraus ... Die Wunden begannen zu eitern. Trotzdem ließen sie keinen Doktor zu ihm*" (ARBEITERKAMPF Nr. 87).

Auch das Christliche Institut im südlichen Afrika berichtet von Folterpraktiken der südafrikanischen Sicherheitspolizei, die Gefangene am Dachsparren aufhängt, Festgenommene in Toilettbecken taucht und sie fünf Tage mit verbundenen Augen stehenläßt („Horizont" Nr. 42/76).

Genau wie das Rassistenregime in seinen Gefängnissen und Arbeitslagern den Widerstand der Häftlinge mit Terror und Gewalt zu brechen versucht, so reagiert es auch außerhalb, in Städten und Dörfern auf den zunehmenden Widerstandswillen der unterdrückten farbigen Bevölkerung mit rücksichtsloser Brutalität. So berichtet die „Hamburger Morgenpost" vom 26.10. unter der Überschrift „Feuer frei auf dem Friedhof" von einer Protestkundgebung tausender Schwarzer anläßlich eines Begräbnisses eines Farbigen. Durch den Einsatz von Schrotflinten und Maschinenpistolen verwandelte die südafrikanische Polizei diese Kundgebung in ein Blutbad. Ergebnis: vier Tote, 51 Verletzte.

In Mamelodi bei Pretoria schoß die Polizei in eine Menge demonstrierender Jugendlicher, in der Nähe von Kapstadt trieb sie einen Demonstrationszug von ca. 500 Studenten mit Tränengas und Schlagstöcken auseinander („ND", 13.10.).

Am 22.10. wurden 16 Schüler und 62 Lehrer des Morris-Isaacson-Gymnasium in Johannesburg festgenommen. Die Polizei hatte die Schule am Mogen mit über 20 Fahrzeugen umstellt und die Festgenommenen mit Lastwagen abtransportiert („Le Monde", 25.10.).

Trotzdem ist der Kampfwille der schwarzen Bevölkerung ungebrochen! In Soweto wurde das Haus eines Polizisten in Brand gesetzt, eine Polizeiwache und ein Gleis wurden durch Sprengstoffanschläge beschädigt!

The struggle continues!

Der Kampf geht weiter!
Afrika-Kommission



Wieder haben die Rassisten einen Schwarzen ermordet. Auch diese Bluttat wird als „Verkehrsunfall" in die Statistik eingehen.

Namibia

Nazi-Faschist und afrikanischer Imperialistenknecht stellen Übereinstimmung fest

Im Rahmen einer Reise durch das südliche Afrika nahm der ehemalige Hauptsturmführer der Waffen-SS, Waldemar Schütz an der Verfassungskonferenz Namibias teil und traf den Herero-Chef Clemes Capuo. Dieses Treffen wirft besonders auf Capuo, der Vollmitglied der Verfassungskonferenz ist und dem die Imperialisten die Rolle des zukünftigen Staatspräsidenten von Namibia zugedenken, eine bezeichnenden Licht:

Schütz tritt auch heute noch offen für seine braune Gesinnung ein, ist Mitglied in verschiedenen neonazistischen Organisationen und Inhaber rechtsradikaler Verlage.

In ihrem Gespräch konnten beide eigentlich auch nur Übereinstimmung feststellen. Hier ihre Einschätzung der Verfassungskonferenz: *„Man dürfe die derzeitigen konstruktiven Planungen in Südwestafrika keineswegs von außen gefährden lassen." „Die derzeitige Verfassungsarbeit (führe) zu einer sinnvollen Grundlage für das künftige Zusammenleben und Regieren aller zur Zeit in Südwest lebenden Völker und Rassen, ob schwarz, weiß oder braun."* (alle Zitate aus der „Deutschen Wochenzeitung", vom 17.9., deren Verlagsleiter übrigens W. Schütz ist, Chefredaktion: Ex.-NPD-Boß A.v. Thadden!). Aber auch darüber, wie diese „Errungenschaften" zu schützen sind, bezieht Capuo Stellung: *„Sollten sich nach einem Regierungsbeginn Angriffe von außen ergeben, so würde man auch in Südwest in der Lage sein, die erforderliche Ordnung . . . durch staatliche Maßnahmen zu garantieren."* Mit den „Angriffen von außen" ist – dem typisch antikommunistischen Strickmuster folgend – nichts anderes als der Befreiungskampf der SWAPO gemeint. Der SWAPO wird jede Funktion für die Zukunft Namibias bestritten, denn – so Capuo: *„In der Verfassungskonferenz sind die rechtmäßigen Vertreter aller Völker von Südwestafrika".*

Das heißt, da die SWAPO es ablehnt, an dieser Kompradorenversammlung teilzunehmen, gilt sie als „außen". Damit versucht Capuo den Kampf gegen jede fortschrittliche Regung zu legitimieren – und auch hier ist er sich mit Nazi Schütz einig.

Völlig entblödet sich der Imperialistenknecht Capuo, wenn er prinzipiell nicht von Namibia spricht, sondern immer von „Süd-West", dem deutschen Kolonialnamen.

Zur Frage nach der Zusammenarbeit mit Südafrika, sagt Capuo, *„daß ‚Süd-West' auch künftighin auf eine enge Zusammenarbeit, vor allen Dingen in wirtschaftlicher Hinsicht, auf Südafrika angewiesen sei".* Wen wundert diese Konsequenz noch?

Diskreditierten diese Standpunkte den Häuptling schon zur Genüge – und werfen vor allem ein charakteristisches Licht auf die Zusammensetzung der Verfassungskonferenz, so wird dies noch gesteigert durch einen Artikel des Faschisten Schütz in derselben Ausgabe, wo er seine braune Gesinnung mit folgenden Lügen zum besten gibt: So behauptet er von der Faschistenherrschaft im südlichen Afrika:

„Das südliche Afrika benötigt einen verstärkten Ausbau der Menschlichkeit zwischen allen Bewohnern, so wie dies in einer wirklich guten Form in Rhodesien gegeben ist. Hier geht es den weißen Menschen nicht um ein Luxusleben auf Kosten der farbigen Bevölkerung, hier bemüht sich die Regierung in enger Verbindung mit allen Bewohnern des Landes um ein geordnetes Leben bei härtestem Arbeitseinsatz."

Nur zu logisch, daß es bei diesem Weltbild keinen Volkswiderstand geben kann, *„weil hier (Rhodesien) die Regierungspolitik von nahezu der gesamten Bevölkerung getragen wird, von den 260.000 Weißen und den sechs Millionen Schwarzen, von denen bestenfalls 5.000 in einer ernsthaften Opposition zur Regierungspolitik stehen und daher die von außen hereingetragenen terroristischen Bemühungen begrüßen und auch teilweise unterstützen."*

Diese Einschätzung und deren offensichtliche Übereinstimmung mit Häuptling Capuo machen erneut deutlich, wie gut die SWAPO daran tut, nicht mit diesen schwarzen und weißen Faschisten über die weitere Zukunft Namibias zu verhandeln.

KB/Gruppe Lüneburg

Transkei ist „unabhängig"

Die Rassistenherrschaft hat gekreißt. Ergebnis: eine Mißgeburt! – Am 26. Oktober wurde die Transkei „unabhängig".

„Dieser neue Staat ist die jüngste Geburt unserer bewährten Apartheid- und Bantustanpolitik" (Rassistenchef Vorster in einer Rundfunkrede, nach ARD, 26.10.76).

Diese Bantustanpolitik ist eine Schöpfung der RSA-Faschisten, die schwarze Mehrheit aus den „weißen" Gebieten zu vertreiben und über diesen Weg die weiße Herrschaft aufrecht zu erhalten: So sollen alle Schwarzen einem „homeland" zugewiesen werden. Diese Bantustans umfassen 13,7% des RSA Territoriums. Sie sind für 18 Mio. Schwarze geplant. Die verbleibenden 86,3% sind für die weiße Minderheit und einige „Mischlinge" gedacht. *Alle den Bantustans zugewiesenen Schwarzen verlieren sofort ihre südafrikanische Staatsangehörigkeit! Sie gelten in der RSA nur noch als „Gastarbeiter"!*

Die Bantustans selber sind immer durch „weiße Korridore" unterteilt. Das „weiße Gebiet der RSA" enthält sämtliche Rohstoffvorkommen und die gesamte Industrie des Landes! Das Ziel: *Die Schwarzen können jederzeit ausgewiesen werden, bei Arbeitslosigkeit ist nicht mehr die RSA zuständig, ebenso bei allen ‚Sozialleistungen' etc.* Politisch wird eine „Selbständigkeit" vorgegaukelt. In der RSA selber gibt es nur noch weiße Staatsbürger und deren Gastarbeiter!

Auf dieser Grundlage zeigen sich diejenigen Schwarzen, die an diesem Konzept mitarbeiten, selbst als die schlimmsten Feinde der schwarzen Mehrheit in der RSA.

Kaiser Mantanzima – eine Faschisten-Marionette

Mantanzima soll der neue „Staatschef" der Transkei sein. Er, der Rassistenchef Vorster als „ehrlich und anständig" („Le Monde", 23.10.76) bezeichnet, hatte schon vor seiner „Wahl" alle möglichen Oppositionellen verhaften lassen („Le Monde", 17.10.76). Ergebnis: Bei der „Wahl" bekam seine Partei 72 Sitze. 75 Parlamentsmitglieder wurden von Mantanzima ernannt. Drei Sitze bekam die „Opposition". Mantanzima dazu: *„Die Transkei wird nach dem Muster der pluralistischen Demokratie regiert"* („Neue Zürcher Zeitung" – „NZZ", 21.10.76).

Gleichzeitig erklärte Mantanzima, daß er die *„gerechten Gesetze der RSA für die Transkei"* übernehmen will. D.h. in der Transkei gelten die gleichen Gesetze wie in der RSA. Damit es hiermit keine Sorgen gibt, ist die gesamte Polizei der Transkei in der RSA ausgebildet und untersteht weiterhin RSA-Kommando! Ebenso sieht es mit dem Militär des „unabhängigen" Staates aus.

Nach der „Unabhängigkeit" wird die RSA 86% des Staatsbudgets tragen. Es wird keine eigenen Banken und keine eigene Wirtschaftspolitik der Transkei geben. Dies alles wurde in einem „Freundschafts- und Nichtangriffspakt" zwischen der Transkei und der RSA festgelegt.

Auch wirtschaftlich profitieren nur die Rassisten von der „Unabhängigkeit" der Transkei: Auf einen Schlag wurden am 26. Oktober 3,2 Mio. Schwarze „Bürger der Transkei". Von ihnen leben ca. zwei Millionen in der Transkei. Für alle gibt es jedoch nur 47.500 Arbeitsplätze in der Transkei selber. Alle anderen müssen sich Arbeit in der RSA suchen. Haben sie keine, so können sie jederzeit abgeschoben werden! Nur 18% des Bodens in der Transkei ist landwirtschaftlich zu nutzen. Mehr als 80% aller Nahrungsmittel müssen importiert werden. Importeur: die RSA.

Diese wenigen Beispiele machen sehr anschaulich klar, um was es sich bei der „Unabhängigkeit" der Transkei in Wirklichkeit handelt. Hiermit will die RSA außenpolitisch einen Staat vorgaukeln, den es nur auf der Landkarte gibt. Gleichzeitig wird über diesen Trick versucht, neue Investitionen ins Land zu holen, bei denen die Kapitalisten dann behaupten können, sie hätten ja schließlich in einem „unabhängigen Staat Schwarzafrikas investiert".

„Zurückhaltung" bei den Imperialisten?

Die Nichtanerkennung der Transkei scheint „weltweit" zu sein. Selbst die UN-Vollversammlung lehnte mit 134 Stimmen eine Anerkennung ab. Einzige Ausnahme: die USA! Sie enthielten sich der Stimme. Begründung: *„Für die USA seien sanktionistische Maßnahmen gegen individuelle Beziehungen nicht akzeptabel"* („Süddeutsche Zeitung" – „SZ", 28.10.76).

Damit brachte die USA eindeutig zum Ausdruck, daß sie es zwar derzeit nicht für opportun hält, den Vasallenstaat anzuerkennen, daß sie aber schon jetzt die Vorbereitungen trifft, „individuelle Beziehungen" in die Wege zu leiten. D.h. nichts anderes, als daß die US-Imperialisten unter diesem Deckmantel ihre bisherige Politik im südlichen Afrika (Waffenlieferungen, größter Handelspartner der RSA etc.) fortsetzen. *„Eine sofortige Anerkennung der Transkei würde sicherlich den Bemühungen der USA für eine friedliche Lösung in Rhodesien im Wege stehen ... Auch die anderen afrikanischen Staaten würden diesen Schritt wohl kaum bejubeln ..."* (ARD-Kommentar, 26.10.76).

Neben den US-Imperialisten kann die Transkei aber auch in der BRD auf einige offene Freunde rechnen: Die reaktionäre Presse (siehe Artikel dazu nebenstehend) und die CDU sowie der BDI. **Zu den wenigen geladenen ausländischen Gästen, die auch erschienen, waren auf der „Unabhängigkeitsfeier" drei CDU-Abgeordnete erschienen.** Begründung: *„Protest gegen die Politik der Bundesregierung im südlichen Afrika"* (Sick, Lüneburg) und *„von jemandem, der sich die Hacken nach Moskau abläuft, lasse ich mir das Reisen nicht verbieten"* (Schröder, Lüneburg).

Tatsächlich werden die drei – die ja offizielle „Staats"gäste waren – im Namen der CDU erste offizielle Kontakte mit der Transkei-„Regierung" geknüpft haben.

Größeren BRD-Investitionen in der Transkei scheint eh nichts mehr im Wege zu stehen: Schon auf einem Besuch im Januar befand eine Delegation des BDI die Transkei als *„beinahe ideales Land für Investitionen".* Dies zeigt deutlich, daß hinter dem Gerede der Nichtanerkennung der Transkei schon jetzt – teil offen, teils verdeckt – eine de-facto-Anerkennung vollzogen wird.

Das Ergebnis ist klar. Die Transkei als „selbständiger" Staat wird nur leben können auf der Grundlage der Unterdrückung und Ausbeutung seines Volkes durch Imperialismus und Rassismus!

Afrika-Kommission



Kaiser Mantanzima (2. v. l.) mit einem seiner „Väter" – Rassistenpräsident Diederichs (mit Zylinder) – umgeben mit ziemlich verrückt uniformierten RSA-Soldaten. Die gesamten „Unabhängigkeitsfeiern" wurden von den Rassisten spendiert.

PAIGC

Mobilisierung internationaler Solidarität gegen die Hungersnot auf den Kapverden

Pressekommuniqué der Informationsabteilung der Regierung der Kapverden

Praia, 15.9.76

Der Präsident der Republik der Kapverden, Aristides Perreira, verkündete den fast völligen Ausfall der Ernten des laufenden Agrarjahres als Ergebnis des weitgehenden Ausbleibens der Regenfälle. Über den nationalen Rundfunk hat der Präsident festgestellt, daß bis zum 15. September auf allen Inseln so gut wie keine Niederschläge gefallen sind.

In einem Appell an sein Volk, sich auf ein schlechtes Agrarjahr einzustellen, hat der Präsident Aristedes Perreira – wenige Tage vor dem 20. Jahrestag der PAIGC-Gründung – unterstrichen, daß schon während des Kampfes für die Unabhängigkeit sich die Partei der Schwierigkeiten, welchen das kapverdianische Volk ausgesetzt sein werde angesichts einer unbarmherzigen Natur und der Konsequenzen der völligen Vernachlässigung durch den Kolonialismus, bewußt gewesen sei. Trotz der widrigen Umstände hat der Präsident seine Überzeugung zum Ausdruck gebracht, daß das kapverdianische Volk und seine Partei, die PAIGC, die Herausforderung der Natur annehmen und ein von der Zufälligkeit der Niederschläge unabhängiges Kapverde schaffen werde, nachdem es schon 20 Jahre Opfer für die Erringung der Unabhängigkeit auf sich genommen hat.

Der Präsident Aristides Perreira hat sein Volk aufgefordert, erneut der Welt seine Fähigkeit zu beweisen, noch mehr Opfer und Arbeit auf sich zu nehmen, um die Internationale Solidarität zu mobilisieren, in die er sein ganzes Vertrauen setzt, auf daß dem kapverdianischen Volk bei der Bewältigung dieser neuen schwierigen Prüfung geholfen werde.

Kalte Dusche für marokkanische „Opposition"

In einer Rede am 9.Juli hatte König Hassan von Marokko große Illusionen bei der legal geduldeten „Opposition" geweckt. Er hatte Wahlen auf allen Ebenen angekündigt, an deren Ende im April 1977 ein Parlament stehen sollte. *„Niemand wird an den Rand geschoben werden",* und es wäre *„wünschenswert, alle politischen Organisationen und alle die, die guten Willen zeigen, teilnehmen zu lassen",* ließ er verkünden. Um die Wahlen vor Verfälschungen zu bewahren, sollte eine Wahlaufsicht geschaffen werden, in der jede beteiligte Partei vertreten sein sollte. (Wahlen ohne Fälschungen sind in Marokko bisher unbekannt!) Hassan forderte die Arbeiter auf, mit den Streiks aufzuhören, die er aber gerechtfertigt fände; für das nächste Jahr versprach er Lohnerhöhungen, die aber in diesem Jahr wegen der politisch-militärischen Situation in der Westsahara nicht möglich seien. Am 20.August forderte er sogar auf, im Rahmen der konstitutionellen Verfassung über das zu wählende gesellschaftlich-wirtschaftliche System nachzudenken.

Doch am 26.September kam die kalte Dusche: *„Die Kandidaten, die nicht an unsere Institutionen und an die Erhaltung unserer Glaubwürdigkeit glauben, dürfen sich in keiner Weise dieser Wahlen bedienen als ein Mittel, um ihre Ziele zu verwirklichen." „Gott wird wie in der Vergangenheit die Manöver von denjenigen zur Niederlage führen, die Unglauben gegenüber diesem moslemischen Staat wecken wollen, die dieses reiche Land ins Elend stürzen oder dieses freie und unabhängige Land unterwerfen wollen."* betonte Hassan in einer Rede. Am nächsten Tag war in den Zeitungen zu lesen, nach der Verfassung stünde es dem König zu, die Regierung zu wählen und *„über die Kontinuität des Staates in Achtung des Islam und der Verfassung"* zu wachen („Jeune Afrique" - JA-, 15.Oktober 76).

Die Wahlen sollen dem marokanischen Regime also ein demokratisches Image geben, tatsächlich bleibt alles beim Alten. Die „Oppositions"-Parteien sollen von vornherein wissen, daß ihnen nicht zuviel Spielraum gelassen wird.

Und das angesichts einer Opposition, die auf beste Zusammenarbeit mit dem Feudalregime eingerichtet ist, besonders, was die Frage der Besetzung der Westsahara betrifft.

So sagte B.Boucetta, Chef der „Istiqlal" (nationalistisch-konservative ‚Unabhängigkeits'-Partei): *„Daß man es ein für allemal weiß, wir sind keine Gegner des Regimes. Wir sind nur manchmal gegen die Methoden der Verwaltung."* („JA", 15.10.76) Das bedeutet z.B., daß die Istiqlal es begrüßt, wenn in Casablanca ein neues Gefängnis gebaut wird, das 10.000 Gefangene beherbergen kann; das bisherige Gefängnis war mit 700 Plätzen, aber 3.000 Gefangenen leider reichlich überfüllt! Viele dieser Gefangenen sind inhaftiert ohne Gerichtsverhandlung und ohne Urteil; das will Istiqlal scheinbar noch weiteren 7.000 Menschen zumuten. (Nach „Magreb Annidhal", März/April 1976)

Für die marokkanische Besatzungspolitik in der Westsahara machte Istiqlal konstruktive Vorschläge: *„Wir haben gefordert, daß die Bevölkerung, und insbesondere die sahaurische, für seine Sicherheit sorgt, indem es Kommandoeinheiten bildet. Diese Einheiten werden sich nicht auf eine defensive Rolle beschränken ... Sie können sogar Elemente der Frente Polisario außerhalb unserer jetzigen Grenzen verfolgen. Dieses Recht auf Verfolgung ist legitim, weil wir die Region von Tindouf als marokkanisches oder zumindest umstrittenes Gebiet betrachten."* („J.A..", 15.10.76). Dieses Gebiet liegt eindeutig auf algerischem Boden und beherbergt die Mehrzahl der saharauischen Flüchtlingslager.

Die Sozialdemokraten der „USFP" sind nicht viel besser. Sie sprechen sich in der Sahara-Frage für ein Bündnis mit Algerien aus, um gemeinsam die Reichtümer der Sahara und der Grenzgebiete auszubeuten. Für den Fall, daß Algerien nicht will, kündigte der USFP-Führer Bouabid militärische Schläge gegen Algerien an. Die Kommandoaktionen der westsaharauischen Befreiungsfront Frente Polisario machten *„eine Gegenoffensive unbedingt erforderlich",* die algerische Grenze müsse abgeriegelt werden. („Frankfurter Rundschau", 17.9.76).

Wie die Sozialdemokraten unterstützten auch die rechts vom internationalen Revisionismus stehenden „Kommunisten" der „PPS" (Nachfolger der verbotenen Kommunistischen Partei) voll und ganz die verbrecherische Politik König Hassans gegen das saharauische Volk. Ihr Führer, Ali Yata, erklärte: *„Wir erinnern unseren Genossen George Marchais daran, daß die saharauische Frage unsere Angelegenheit ist."* Die PPS wirft Marchais vor, sich mit dem solidarisiert zu haben, *„was er den Kampf des saharauischen Volkes für seine Unabhängigkeit genannt hat."* („Le Monde", 3.8.76)

So gut wie alle führenden Politiker der „Oppositions"-Parteien haben für das Regime wertvolle Dienste geleistet, indem sie in den letzten zwei Jahren im Ausland herumgereist sind und die marokkanische Saharapolitik erklärt haben.

Diese Parteien – sowie kleinere Parteien mit z.T. noch rechteren Standpunkten – sollen die Wahlaufsicht stellen und werden bei tatsächlich stattfindenden Wahlen auch das Parlament bilden. Da die Saharapolitik auch unweigerlich auf die Innenpolitik zurückschlägt – höhere Steuern und Sparpolitik, schärfere Repression –, ist nicht zu erwarten, daß sich überhaupt etwas an der bisherigen Politik ändern wird. Eher im Gegenteil, kann doch Hassans Innenpolitik dann auch auf die Unterstützung der „Opposition" hoffen.

Ausgeschlossen von der Wahl sind natürlich die im Untergrund arbeitenden linken Organisationen „Bewegung des 23.März" und „Ilal Amam", die man als einzige tatsächliche Opposition ansehen kann. Doch nur „Ilal Amam" unterstützt die Frente Polisario, während sogar die „Bewegung des 23.März" in der Saharapolitik Hassan folgt.

Nahost-Kommission

Neue militärische Offensive der F. Polisario

Im Rahmen der „Offensive Mustapha El Ouali" (gefallener Generalsekretär der F. Polisario haben die saharauischen Volksbefreiungsstreitkräfte im Oktober erneute bedeutende militärische Erfolge gegen die Besatzerarmeen Marokkos und Mauretaniens erringen können.

Aus den Militärkommuniques der F. Polisario stechen besonders zwei Tatsachen hervor: Zum einen ein schwerer Angriff auf die von marokkanischen Truppen besetzte Hauptstadt der „Demokratischen Arabischen Republik Sahara" El Aaiun, der sogar in Form von Kleinstmeldungen Würdigung in der westdeutschen bürgerlichen Presse fand, sowie die verstärkte Kampftätigkeit der saharauischen Guerillas auf marokkanischem und mauretanischem Gebiet.

Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete von einer *„größeren Offensive"* der ELPS (Saharauische Volksbefreiungsarmee). *„Die Straßen nach El-Aaiun seien vermint worden, so daß die marokkanischen Versorgungskolonnen große Umwege durch die Wüste machen müßten, wo sie von den Guerilleros angegriffen würden"*, so ein Sprecher der F. Polisario gegenüber spanischen Journalisten in Las Palmas de Gran Canaria („SZ", 21.10.76).

Die spanische Presse berichtete, daß am Abend des 22.10. ein etwa 20-minütiger Mörser-Angriff auf verschiedene militärische Ziele des Zentrums von El Aaiun durch die ELPS erfolgte. Dabei wurde die Artilleriekaserne, die zur Zeit das Hauptquartier der marokkanischen Truppen ist, schwer beschädigt sowie ein in der Nähe gelegenes Kino. Ein weiterer Angriff erfolgte zwei Tage später. Er dauerte eine halbe Stunde und hatte dieselben Ziele. Nach Meldungen der spanischen Zeitung „ABC" waren die Verluste der Marokkaner sehr schwer. Die spanischen Tageszeitung „Arriba" und „YA" sprechen bereits von einer „Einkreisung" der Hauptstadt El Aaiun (nach „El Moudjahid", 24.10.76).

Ein anderer schwerer Angriff wurde gegen das ebenfalls von Marokkanern besetzte Amgala durchgeführt, wo u.a. ein Treibstofflager der marokkanischen Truppen zerstört wurde.

F. Polisario bringt regelmäßig Militärkommuniques heraus, in denen jede Operation und die Verluste des Feindes an Menschen und Kriegsmaterial aufgeführt sind. Inzwischen veröffentlicht F. Polisario auch ganze Namenslisten gefallener Marokkaner und Mauretanier unter Nennung ihrer militärischen Erkennungsmarken. Namentlich werden insbesondere höhere Offiziersränge aufgeführt, die getötet oder gefangen genommen wurden. Diese Meldungen werden nicht nur in der Presse von „Freies Sahara" sowie in den algerischen Tageszeitungen veröffentlicht, sondern der „Sender Freies Sahara" strahlt diese Meldungen täglich nach Marokko und Mauretanien aus. Viele Familien in diesen beiden Ländern, deren Söhne und Brüder in den Krieg gegen das saharauische Brudervolk geschickt wurden, hören diesen Sender im Geheimen. Er ist die einzige Möglichkeit, sich über das Schicksal seiner Verwandten zu informieren. Natürlich verbindet die F. Polisario diese Meldungen mit einer politischen Agitation... In der ersten Oktoberhälfte haben die marokkanischen Besatzungstruppen 186 Tote, 137 Verletzte und 11 Gefangene verloren, 25 Militärlastwagen wurden zerstört. Außer mehreren Armeelastern erbeuteten die Saharauis eine 106 mm-Kanone, einen 81 mm-Mörser, fünf schwere Maschinengewehre, 40 automatische Gewehre, 25 Maschinenpistolen und jede Menge Munition. Die mauretanischen Besatzungsarmee verlor 75 Tote und 40 Verletzte im selben Zeitraum.

Besonders erfreulich ist die Befreiung von insgesamt 25 saharauischen Kämpfern, die von den Besatzungstruppen gefangen genommen worden waren („El Moudjahid", 26.10.76).

Am 23. und 24. Oktober griff die ELPS mehrere mauretanische Militärposten bei Guelta Zemour, Bir Moghrein und Amgala an. Ein besonderer militärischer Erfolg war dabei die Zerstörung eines Eisenbahnzuges, für den Transport von Mineralien bestimmt, bei Zouerate (auf mauretanischem Gebiet).

Afrika-Kommission



Kämpfer der Sahaurischen Volksbefreiungsarmee

Südafrikanische Rassisten rüsten privat

In Südafrika hat der Waffenverkauf an weiße Zivilisten seit den ersten Kämpfen in Soweto einen schwunghaften Aufstieg erfahren. Wegen der hohen Nachfrage sind die Preise auf das Vierfache gestiegen. Vor allem in der Kap-Provinz legen die weißen Familien regelrechte Waffenarsenale an (SZ, 23.10.). Nach der Johannesburger „Rand Daily Mail" stammen die Waffen aus der BRD, USA, Frankreich, Italien, Spanien, Brasilien und Finnland. Zwei amerikanische Waffenfirmen, Colt Industries und Winchester, haben zugegeben, die von der Regierung der USA offiziell verfügten Embargobestimmungen verletzt zu haben (SZ, 25.10.).

Die weiße Bourgeoisie rüstet nach den Soweto-Aufständen zum totalen Bürgerkrieg. Von „Konzessionen" keine Spur ! ...

Afrika-Kommission

Äthiopien – bürgerlicher Terror oder proletarische Demokratie?

Eine Auseinandersetzung mit dem äthiopischen Botschafter

Antwort an den äthiopischen Botschafter

Herr Botschafter!
Mit Ihrem Brief reagieren Sie erstmals auf unsere kontinuierliche Berichterstattung über Ihr Heimatland und das vom äthiopischen Regime unterdrückte Eritrea.

Entweder der Zufall will es, daß Sie erstmals unsere Zeitung lesen, oder der Grund Ihres Briefes liegt in der von uns publizierten Vermutung der Genossen der „Weltweiten Föderation der Äthiopischen Studenten" (WWFES), daß der Tod des EPRP-Funktionärs Nengis Habte-Ab mehr ist als ein „tragischer Autounfall".

Da Sie keine inhaltliche Richtigstellung unserer Schilderungen einiger Zustände in Äthiopien darlegen - wir hatten über Schüsse der DERG-Polizei auf friedliche Demonstranten, über die Verunglimpfung der revolutionären EPRP als „CIA-Agenten" und die politische Vergangenheit eines führenden DERG-Propagandisten u. a. m. berichtet bevor wir nochmals auf den „Autounfall" eingehen:

Natürlich haben wir nicht von einer erwiesenen Täterschaft des äthiopischen Regimes beim Tod des Genossen Nengis Habte-Ab gesprochen, das könnten wir auch gar nicht.

Wir konnten nur feststellen, daß der Genosse am 21.6.76 in der äthiopischen Regierungszeitung „The Ethopien Herald" als führendes Mitglied der EPRP angegriffen wurde. Sie werden wohl kaum leugnen wollen, daß dies in Äthiopien selbst eine konzentrierte Verfolgung - und damit letztlich auch Lebensgefahr -für den Genossen bedeutet hätte.

Wir haben dann - auf Hinweis einiger WWFES-Genossen - auf einige Ungereimtheiten beim „Autounfall" hingewiesen, mehr nicht. Ausgesprochen schwach finden wir es, wenn Sie (dem eigenen Anspruch nach Botschafter eines Staates, der auf die „Diktatur des Proletariats" zusteuert), die BRD-Polizei zum Kronzeugen der Behauptung machen, der Unfall habe sich ohne fremde absichtliche Einwirkung ereignet. Die BRD-Polizei hat Morde an ausländischen Antikapitalisten - z.B. an dem Türken Danis Nesset - gedeckt. Unter Antikapitalisten ist das Ansehen der BRD-Polizei in dieser Hinsicht mehr als lädiert. Argumentieren Sie daher ihnen gegenüber lieber nicht mit dieser Polizei !

– Wie schon gesagt, Sie spezifizieren leider nicht, welche Angaben unseres Artikels „provokatorisch" und/oder „verleumderisch" sein sollen. Wir sind eigentlich bekannt dafür, es mit der wahrheitsgetreuen Berichterstattung sehr genau zu nehmen. Es ist uns natürlich nicht möglich, jede Einzelinformation über Äthiopien/Eritrea nachzuprüfen, ein Gesamtbild über die Politik Ihres Heimatlandes ist allerdings nicht schwer zu erstellen (und durchaus aus Quellen unterschiedlicher Coleur – EPRP, EPLF, die großen englischen, US-amerikanischen und die Zeitungen Osteuropas).

Da Sie selbst bestätigen, daß der Staat den Sie vertreten, am Anspruch der anzustrebenden „Diktatur des Proletariats" zu messen ist, wollen wir dies anhand einiger Beispiele gerne einmal tun:

1) Da wäre zunächst Eritrea – das vom äthiopischen Chauvinismus besetzte Land. Niemand wird bestreiten mögen, daß der Besetzung Eritreas Tausende eritreanischer Bauern und Freiheitskämpfer zum Opfer gefallen sind. Die Politik der Herrschenden Äthiopiens gegenüber Eritrea ist gleich geblieben, der DERG betreibt den gleichen Völkermord wie Haile Selassi – Bombenangriffe auf die befreiten Gebiete und sogar der Versuch der Organisierung eines „Volksmarsches" auf Eritrea, also die Unterjochung Eritreas mit allen Mitteln.

Lassen wir doch in dieser Frage den Genossen Lenin für die Rechte des eritreischen Volkes sprechen:

„Als Demokraten sind wir unbedingt gegen jegliche, selbst die geringste Unterdrückung irgendeiner Nationalität, gegen jegliche Privilegien der einen oder anderen Nationalität. Wir fordern als Demokraten die freie Selbstbestimmung der Nationen in der politischen Bedeutung dieses Wortes (siehe das Programm der SDAPR), d.h. die Freiheit der Lostrennung." (Hervorhebung von Lenin. Aus: „Entwurf einer Plattform zum IV. Parteitag der Sozialdemokratie Lettlands", Werke Bd. 19, S. 99).

Daß das DERG-Regime in Äthiopien gegen die Freunde des eritreanischen Volkes, gegen die EPRP, ihre Sympathisanten, gegen die fortschrittlichen Bauern und Völker prinzipiell mit gleicher Methode wie gegen das Volk von Eritrea vorgeht, ist zahlreich bewiesen. Das kann auch kaum verwundern, denn Aggression nach außen und Repression nach innen waren noch nie voneinander zu trennen.

2) Da wären noch die bekannten, umfangreichen Waffenlieferungen an das DERG-Regime. Größere Posten von US-Militärhilfe haben 1976 nur drei schwarzafrikanische Staaten erhalten: Zaire, Kenia und Äthiopien. (Die ersten beiden sind allgemein bekannt als ultra-reaktionär, erheben aber auch nicht den Anspruch, die „Diktatur des Proletraits" anzustreben.)

Die bekannten antiimperialistischen Staaten und Bewegungen Afrikas (z.B. FRELIMO; PAICG; MPLA; SWAPO; ANC (RSA); ZIPA; F.PO-SARIO etc.) wurden oder werden alle mit US-Waffen bekämpft. Während das durchaus logisch ist und der Natur des US-Imperialismus entspricht, müßten Sie uns schon erklären, wieso in Äthiopien die „Diktatur des Proletariats" ausgerechnet mit US-Waffenhilfe aufgebaut werden kann!

In diesem Zusammenhang erinnern wir an das oft behauptete – vom DERG unseres Wissens nie dementierte – umfangreiche zionistische Engagement bei der Truppenausbildung in Äthiopien!

Und wie sollen wir die bekannten US-imperialistischen Militär-Stützpunkte in Äthiopien und Eritrea begreifen? Als Aggressionsinstrument gegen die Völker Ostafrikas (und zur Beherrschung des strategisch wichtigen Roten Meeres) – oder sollen sie auch dem Aufbau Ihrer „Diktatur des Proletariats" in Äthiopien dienen?

Wir haben jedenfalls aufmerksam registriert, welche Staaten Samora Machel nannte, als er nach möglichen Bündnispartnern für eine antiimperialistische Blockbildung entlang der ostafrikanischen Küste sprach. Er nannte (neben Mozambique) Tansania, Madagaska und Somalis. Von Äthiopien hat er nicht gesprochen!

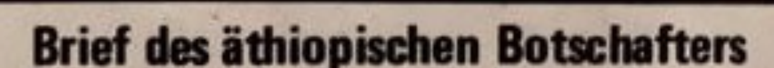
3) Was übrig bleibt, sind die sehr radikalen, „marxistisch-lenistischen" Proklamationen der äthiopischen Regierung. Diese sind allerdings nicht angetan unsere Sichtweise des DERG-Regimes zu verändern. Vielmehr ist es (historisch gesehen) ein ganz alter Hut, daß ein Regime welches von einer potenziell revolutionären Massenbewegung an die Macht gespült wurde (und Sie wissen doch auch, daß das DERG-Regime seine Existenz dem Volkskampf gegen Haile Selassi verdankt) das Vokabular der Revolutionäre weiterbenutzt, real aber das revolutionäre Streben des Volkes bekämpft. (Diesen Mechanismus hat Karl Marx schon bei Louis Bonaparte analysiert.)

Diese Beispiele sollen zunächst genügen.

Herr Botschafter!
Wenn Sie tatsächlich meinen, durch inhaltliche Richtigstellungen bei einer genaueren Analyse der äthiopischen Verhältnisse beizutragen – konkret! – dann stehen Ihnen die Spalten unserer Zeitung nach wie vor offen. Im Interesse der Wahrheitsfindung wäre der Platz tatsächlich nicht zu schade.

Auch einer mündlichen, öffentlichen oder privaten Diskussion mit Ihnen würden wir uns gerne jederzeit stellen.

Afrika-Kommission



Brief des äthiopischen Botschafters



ETHIOPIAN EMBASSY
BONN
Brentanostraße 1

October 28, 1976

Arbeiterkampf
Reents-Verlag
Lerchenstraße 75
2000 Hamburg 50

Sehr geehrter Herausgeber :

Wir hatten Gelegenheit Ihren provokativen Artikel; "Terror und Demagogie gegen die Revolution in Äthiopien", erschienen in der Ausgabe vom 18. Oktober 1976, gründlich zu studieren.

Dieser Artikel beschreibt die Situation in Äthiopien unter dem offensichtlichen Einfluß einer eingeschränkten und einseitigen Berichterstattung, welche den verleumderischen Angriff gegen die äthiopische Militärregierung unterstützen soll, die aufgrund ihrer Verantwortung und Autorität weit über studentischer Politik steht.

Die Andeutung, daß die äthiopische Regierung instrumental bei dem Autounfall in der Bundesrepublik mitgewirkt hat, bei dem ein äthiopischer Student ums Leben gekommen ist, entbehrt jeder Grundlage, und steht im Gegensatz zu den Feststellungen der Verkehrspolizei. Das Erstaunliche an diesem Vorfall ist, daß eine Zeitung, die einer Arbeiterorganisation gehört, es für angebracht hält, die Provisorische Militärregierung des Sozialistischen Äthiopien zu kritisieren, deren erklärtes Ziel es ist, in Äthiopien eine "Diktatur des Proletariats" zu errichten.

Indem wir den Inhalt und die Sprache des Artikels schärfstens zurückweisen, hoffen wir, daß Ihre Zeitung zukünftig die objektive Wirklichkeit in Äthiopien auf ~~ernste und~~ würdige Weise widerspigelt.

Äthiopische Botschaft



asien aktuell

Volkskrieg gegen Faschismus

Thailand. Tausende Menschen in Konzentrationslagern, Morde, Folterungen und ungeheure Menschenjagd – Kriegsrecht, Bücherverbrennungen und Verbot aller politischen Organisationen – dies kennzeichnet den faschistischen Terror in Thailand. Systematisch haben die Militärs den Terror zu einer festen Institution gemacht.

Selbst Konkurrenten im eigenen Lager, Generäle mit eigenen Putschabsichten sind inzwischen weitgehend ausgeschaltet. Sie wurden ihrer Ämter enthoben oder wie General Vitoon ins Ausland abgeschoben. Es handelt sich bei diesen Konkurrenten keineswegs um ‚liberalere' Militärs – sondern teilweise sogar um Opponenten von rechts. So warfen einige Offiziere der Militärjunta „Weichheit" vor. „Es sei der Schlange nur der Schwanz abgehauen worden" („Neue Zürcher Zeitung", 11.10.). Nach den ersten Putschtagen ist

von Bangkok, befinden sich die verhafteten 7000 Vietnamesen. In drei weiteren KZs, in Don Muang, Chonburi und Nakhon Pathom, werden ca. 2.420 männliche und 642 weibliche Gefangene festgehalten. Die Bedingungen in diesen KZs sind katastrophal. Für die z.T. schwerverletzten Menschen gibt es keinerlei ärztliche Versorgung (nach „NZZ", 10./11.10.).

Für den Terror, der mit dieser ungeheueren Verhaftungswelle durchgeführt wird, spricht auch, daß 20 UN-Büros in Thailand aus Sicherheitsgründen (!) geschlossen wurden („Radio Hanoi", 9.10.). Verschiedene bürgerliche Politiker sind aus Furcht vor Verhaftungen ins Ausland geflüchtet. Die Mehrheit der Gewerkschaftsorganisationen sind in den Untergrund gegangen, da sofort nach dem Putsch linke Funktionäre verhaftet wurden („Süddeutsche Zeitung", 19.10.).

Das ist haargenau die Politik der „Feuer-Frei-Zonen", der „Wehrdörfer", der Zwangsumsiedlungen, angewandt insbesondere im Indochinakrieg vom US-Imperialismus und seinen Marionetten.

Als ‚kommunistisch infiziert' kann praktisch alles eingestuft werden, was den Militärs aus dem einen oder anderem Grund nicht in den Kram paßt. Als ‚kommunistische Aktivitäten' zählen nach diesem neuen Gesetz nämlich z.B. „Infiltration, Propaganda, Mobilisierung, Spionage, Sabotage ... mit dem Ziel von (1) Untergrabung der nationalen Sicherheit, der religiösen Institutionen, der Monarchie und der demokratischen Form mit dem König als Staatsoberhaupt ..." (s.o.), darunter kann natürlich auch fallen, wenn Dörfer sich gegen die Steuerauspressung wehren, wenn Landbevölkerung eine Landreform fordert usw. usf.

Reisen in sozialistische Staaten (insbesondere in die VR China, SR Vietnam, Laos und Kambodscha) nur mit Sondergenehmigung möglich („NZZ", 23.10.76).

Gleichzeitig haben die thailändischen Faschisten ihre Bereitschaft bekräftigt, im Rahmen der US-Strategie in Asien wieder einen Part zu spielen. So sprach der Ministerpräsident Thanin sich für eine Wiederbelebung des antikommunistischen Angriffspaktes SEATO aus („Radio Bangkok", 14.10.76).

Der US-Imperialismus wurde sofort nach dem Putsch aufgefordert, seine Präsenz in Thailand wiederaufzunehmen. So wurde behauptet, daß „in der Vergangenheit Fehler beim Abzug der US-Streitkräfte gemacht worden seien," („NZZ", 14.10.). Und der jetzt zum Außenminister gekürte Thanat Khoman meinte „Thailand solle umgehend handeln, um die guten Beziehungen zu den Vereinigten Staaten wiederherzustellen, die sich in den vergangenen drei Jahren verschlechtert haben." („NZZ", 14.10.). Dies waren übrigens die drei Jahre, in denen die Faschisten in Thailand gestürzt waren ...

Alles spricht dafür, daß die Beziehungen zu den USA sich seit dem 6.10., dem Tag des Putsches, schlagartig verbessert haben.

Die neue aggressive Ausrichtung der thailändischen Außenpolitik hatte inzwischen zur Folge, daß der thailändische Militärattaché in Laos rausflog und den Heimflug antreten mußte („Radio Bangkok", 15.10.76).

Dies sind, wie man auch an Thailand klar sieht, die zwei Seiten der faschistischen Medaille: Brutalste Unterdrückung im Innern und aggressive, kriegerische und chauvinistische Ausrichtung der Außenpolitik.

Sieg im Volkskrieg!

Auch wenn die westdeutsche bürgerliche Presse so tut, als treffe der Putsch auf Sympathie der Massen und hätte „bei der Mehrheit der Bevölkerung Anerkennung und neuen Optimismus ausgelöst" ("FAZ", 13.10.), so ist es eine Tatsache, daß der Widerstand lebt und aktiv ist. Zur Zeit findet offensichtlich eine sehr weitgehende politische Umorientierung der oppositionellen Kräfte in den Zentren statt. So berichteten einhellig die bürgerlichen Zeitungen davon, daß „ein bedeutender Teil der bürgerlichen Linken des Landes durch den Rechtsputsch und die nachfolgende Repressionswelle in die Zusammenarbeit mit der Kommunistischen Partei Thailands getrieben würde" („SZ", 25.10.).

Die linke Opposition und wohl auch andere Kräfte (Liberale und Demokraten) aus den Zentren schließt sich offensicht-

muß mit anderen Kampfformen in den reaktionären Verwaltungsgebieten. Es muß entschieden den Weg verfolgen, die politische Macht durch den bewaffneten Kampf zu erreichen und die ländlichen Gegenden dazu benutzen, die Städte einzukreisen. Der Volkskampf, der von unserer Partei in den weiten ländlichen Gebieten geführt wird, entwickelt sich. Revolutionäre Stützpunkte und revolutionäre politische Macht breiten sich aus. Das ist die Hoffnung und die helle Zukunft des thailändischen Volkes" (Erklärung des ZK der KPTh vom 7.10.).

Am Wochenende, 23./24.10. meldeten sich lt. „Süddeutscher Zeitung" über den Radiosender „Voice of the People of Thailand" prominente Oppositionspolitiker und riefen ebenfalls zum bewaffneten Kampf (!) und zum Anschluß an die Befreiungsfront (!!) auf. „**Khaisaeng Suksai, der stellvertretende Vorsitzende der sozialistischen Partei verkündete zusammen mit drei anderen Sozialisten, daß seine vom neuen Militärregime verbotene Partei sich den thailändischen Kommunisten angeschlossen habe und deren Strategie des bewaffneten Kampfes befürworte**" („SZ", 25.10.). Dies ist mit Sicherheit ein gewaltiger Fortschritt im Aufbau einer Befreiungs*front*, die viele Kräfte der Opposition einschließt.

Neben der Orientierung, sich direkt den bewaffneten Kräften der Befreiungsfront anzuschließen, versuchen andere Kräfte auch in den Städten Widerstand aufzubauen. So berichtete Radio Hanoi am 13.10. „Linkskräfte in Bangkok haben beschlossen ... Kräfte zum Aufbau von Guerillaoperationen in der Stadt zu organisieren" und gab solch eine Aktion bekannt.

Diese Orientierung auf die Strategie des Volkskrieg-Konzepts, wie es erfolgreich in Indochina angewandt wurde, stellt innerhalb des thailändischen Widerstandes mit Sicherheit einen gewaltigen Fortschritt dar. Gerade die städtischen oppositionellen Kräfte hatten sich bisher, gerade nach ihrem Sieg 1973, weitgehend auf begrenzte, legale Kampfformen beschränkt. Daß diese Kräfte heute zumindest teilweise die Strategie der KPTh befürworten, liegt eben daran, daß der Faschismus in Thailand gar keine andere Möglichkeit des Kampfes zuläßt. Zum anderen liegt dies mit Sicherheit auch an den Erfahrungen aus dem Sieg der indochinesischen Völker.

Damit wird deutlich, daß die faschistischen Militärs sich ihren eigenen Sarg geschaffen haben – denn anders als bei früheren Putschen existiert heute für den thailändischen Widerstand, für die linke und liberale Opposition eine klare Alternative. Diese Alternative ist der bewaffnete



Faschistischer Terror in Thailand - Menschen in Konzentrationslagern, Morde, Folterungen, Bücherverbrennungen und wie hier systematische Menschenjagd. Die Schule der thailändischen Faschisten steht in den USA.

Faschistischer Terror in Thailand - Menschen in Konzentrationslagern, Morde, Folterungen, Bücherverbrennungen und wie hier systematische Menschenjagd. Die Schule der thailändischen Faschisten steht in den USA.

auch heute nur ein unvollständiges Bild des Terrors möglich, da das Land einer Zensur unterworfen wurde und die Militärs natürlich keine echten Zahlen bekanntgeben.

Terror auf der ganzen Linie

Nach wie vor steht das ganze Land unter Kriegsrecht, in Bangkok besteht Ausgangssperre. Alle wichtigen Zentren und Gebäude sind mit Panzern gesichert. Zum 3. Jahrestag des Sturzes der alten Diktatur, am 14.10., wurde Bangkok aus Furcht vor Protesten vom Militär hermetisch abgeriegelt.

Nach der ersten Verhaftungswelle in den Tagen des Putsches gingen die faschistischen Militärs mittlerweile zu einer systematischen Menschenjagd über. Liberale Persönlichkeiten kamen ebenso unter die Räder der faschistischen Maschinerie wie Gewerkschaftsfunktionäre. Nach Berichten der „Tat" vom 22.10. sollen allein in Bangkok 10.000 Menschen verhaftet worden sein. In der Non Khai Provinz wurden ca. 7.000 Vietnamesen verhaftet. Die „Neue Zürcher Zeitung" kennzeichnete die Verhaftungswelle folgendermaßen: „Die jetzige Aktion von Militär und Polizei scheint im Prinzip alles durch zumindest vorübergehende Festnahme zu überprüfen, was nicht ganz ins Anti-Guerilla-Handbuch der neuen Herren paßt" („NZZ", 23.11.).

Wer einmal verhaftet wurde, kommt – wenn er ‚unschuldig' ist – nur gegen Zahlung einer Kaution von ca. 3.400 DM wieder frei. Es liegt auf der Hand, daß der größte Teil der Verhafteten eine derartige Summe nicht aufbringen kann.

Die Verhafteten werden von den Faschisten in Konzentrationslager gepfercht – offiziell „Umerziehungslager" genannt. So berichtete Radio Hanoi am 10.10. davon, daß „2.000 Studenten in ein Konzentrationslager in den Bangkoker Außengebieten gepfercht werden".

Im KZ Si Khiuo, 300 km nördlich

Grundlage für diese Verhaftungswelle gibt den Faschisten die Antikommunismusakte von 1952, – die sie noch weitgehend verschärften, um sich einen „rechtmäßigen" Anstrich für den Terror zu geben. So wurde knapp eine Woche nach dem Putsch die sogenannte Order Nr. 22 erlassen. Dieses faktische Gesetz bezieht sich auf die Möglichkeiten von Verhaftungen ohne Haftbefehl. Nicht nur Personen, die kommunistischer Agitation „verdächtigt werden könnten", können jetzt verhaftet werden. Nach Order Nr. 22 können alle Personen verhaftet werden, die „Unruhe stiften oder versuchen die Bevölkerung für ein anderes als für das demokratische System mit dem König als Staatschef zu interessieren, sowie Personen, die illegale Streiks auslösen oder Waren horten" („SZ", 15.10.). Darüberhinaus sind Personen „ohne festen Wohnsitz und Beruf" von Order Nr. 22 betroffen. Man stelle sich das bei der ungeheuer großen Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot in Thailand vor!

Bürgerkriegsvorbereitungen

Neben dem Terror haben die Faschisten sofort nach dem Putsch ihren Apparat und ihre Gesetze auf einen Krieg nach vietnamesischem Vorbild ausgerichtet. Ein Beispiel für den Terror, den die Faschisten noch vorhaben, bietet ihre Order Nr. 25 – die wohl weitestgehende Erweiterung der Antikommunismusakte. Order Nr. 25 gibt der Militärjunta die Möglichkeit, bestimmte Gebiete als ‚kommunistisch infiziert' zu erklären. In der Erklärung der Junta heißt es:

(1) Keine Person darf ohne schriftliche Erlaubnis des Direktors der Unterdrückungs-Operation gegen die Kommunisten das Gebiet betreten;

(2) Die Personen, die zur Zeit der Bekanntmachung in dem Gebiet leben, müssen das Gebiet innerhalb einer Frist ... verlassen. (...) Jede Person, die die als kommunistisch infizierte Region ohne Erlaubnis ... betritt oder jede Person, die darin lebt und sich weigert das Gebiet zu verlassen ... wird mit Gefängnisstrafe von maximal zwei Jahren oder einer Geldstrafe bis zu 10.000 baht oder beides bestraft (Order Nr. 25, lt. „Radio Bangkok" – zit. nach „Summary of Worldbroadcasts" vom BBC).

In den so festgestellten ‚kommunistisch infizierten' Gebieten kann vom Militär frei und unabhängig jede Art von militärischer Gewalt ausgeübt werden. Dies eröffnet für bestimmte Regionen Thailands die Perspektive einer Kriegführung nach der Methode des Vietnam-Krieges. Flächenbombardements, Napalmangriffe in den ‚kommunistisch infizierten' Gebieten werden die Folge sein.

Insbeondere mit der Veränderung der ‚Antikommunismusakte' durch die beiden o.a. Dekreten Nr. 22 und 25 haben die thailändischen Faschisten sich die Blankovollmacht für *jede* Maßnahme gegen die Bevölkerung gegeben. Praktisch kann über das Kriegsrecht hinaus die Bevölkerung in KZs zusammengepfercht werden, um zu verhindern, daß sie Kontakt mit den Befreiungskräften bekommt oder sich auch nur gegen ihre Verelendung wehrt.

Thailand als Speerspitze gegen das befreite Indochina!

Genauso wie die faschistische Militärjunta im Innern vorgeht, will sie offensichtlich ihre Außenpolitik verändern.

Sofort nach dem Putsch tönten die neuen Herren in schärfsten Tönen gegen die Sozialistische Republik Vietnam. So sollen angeblich vietnamesische Kader die Studentenund Arbeiterproteste organisiert haben. Als Beweis mußte der Fund einer vietnamesischen und einer sowjetischen Münze (!) sowie ein chinesisches Wappen herhalten ... Offensichtlich zur Bekräftigung der aggressiven Absichten gegen Indochina verstärkte Thailand nach dem Putsch seine Truppen an der thailändisch/laotischen Grenze („SZ", 23./24.10.). Nach dem Putsch kam es erstmals seit langer Zeit wieder zu Gefechten an der laotischen Grenze. Am 16.10. in der Provinz Loei und am 19.10. in der gleichen Provinz an anderem Ort. Beide Zwischenfälle werden von den thailändischen Offizieren so dargestellt, als hätten laotische Truppen das Feuer auf ‚harmlose' thailändische Soldaten eröffnet ... das Gegenteil dürfte der Fall sein.

Einhergehend mit der Verschärfung des Klimas zwischen Thailand und Indochina sind per Dekret der Militärjunta

trieben würde" („SZ", 25.10.).

Die linke Opposition und wohl auch andere Kräfte (Liberale und Demokraten) aus den Zentren schließt sich offensicht-

lich in größerem Maße der Befreiungsfront an. Die „Süddeutsche Zeitung" berichtete von mehreren hundert Studenten, die versuchen „Kontakt mit kommunistischen Partisanen aufzunehmen" („SZ", 25.10.)

Die Kommunistische Partei Thailands (KPTh) hatte bereits am 9.10. über den Radiosender „Voice of the People of Thailand" die oppositionellen Kräfte aufgefordert, sich der Befreiungsfront anzuschließen. So heißt es in der Erklärung des ZK der KPTh:

„Das Volk muß aus diesem Kampf die Lehren ziehen. Um eine Volksregierung zu errichten und ein neues, unabhängiges, demokratisches, wohlhabendes Thailand aufzubauen, kann das Volk nichts anderes, als sich auf den bewaffneten Kampf in den ländlichen Gebieten als den Hauptkampf zu stützen, der koordiniert werden

früheren Putschen existiert heute für den thailändischen Widerstand, für die linke und liberale Opposition eine klare Alternative. Diese Alternative ist der bewaffnete

Kampf auf der Grundlage eines breiten antifaschistischen Bündnisses. Damit sehen die thailändischen Faschisten bereits heute ihrem Ende entgegen – auch wenn dieses Ende nicht sofort und unmittelbar kommt.

„Die Zukunft gehört dem Volk – nicht den ultrarechten Reaktionären und der faschistischen Kriegsherrenclique – Sie sind die Feinde des Volkes. Die revolutionären, bewaffneten Volkskräfte werden sich mit der Bevölkerung vereinigen, um sie zu schlagen" (aus der Stellungnahme des ZK der KPTh.).

(Anm.: Alle Zitate aus Radiosendungen wurden entnommen den „Summary of World Broadcasts" vom BBC).

Asien-Kommission

Thailand: „Strategischer Dominostein" für die USA

Die faschistische Diktatur in Thailand hat sofort nach ihrem Putsch begonnen, das Land mit einem brutalem Regime zu überziehen. Ihre Maßnahmen entspringen *„der Schule des US-CIA und den Befehlen des US-Außenministeriums"* („Nhan Dan", 8.10.). In der Tat, die erlassenen Dekrete, der Aufbau von KZs etc. gleichen haargenau den US-faschistischen Maßnahmen in Südvietnam, Kambodscha und Chile!

Auch wenn die Faschisten abstreiten, daß die US-Imperialisten irgendeinen Anteil an ihrem Putsch haben, auch wenn das US-Außenministerium eine Putschbeteiligung dementiert, kann inzwischen *nachgewiesen* werden, daß der US-Imperialismus aktiven Anteil am Putsch hatte. Die Offenlegung dieser Tatsachen verdanken wir weitgehend den vietnamesischen Genossen!

So ist es eine Tatsache, daß der CIA bereits vor den April-Wahlen die Rechtsparteien mit 65 Millionen US-Dollar unterstützte. In der Zwischenzeit erhielt allein die faschistische Chat-Thai Partei von verschiedenen imperialistischen Konzernen 100 Millionen baht (entspricht ca. 5 Millionen Dollar!) (Fakten lt. „Radio Hanoi",13.10.).

Im weiteren haben die USA die paramilitärischen, faschistischen Banden der „Roten Büffel" und „Nawaphol" direkt aufgebaut. „Nawaphol" wurde aufgebaut von einem gewissen Watana Keovimol. Selbiger kam nach 12jährigem Studium 1974 aus den USA nach Thailand zurück und wurde Berater des militärischen Koordinationsbüros ISOC. ISOC arbeitet direkt mit dem CIA und den US-Militärberatern zusammen. Aus dieser Basis heraus gründete Watana die

Terrorgruppe „Nawaphol".

Auch die zweite Terrorbande, die „Roten Büffel", wurde direkt mit vom CIA aufgebaut. Ihr Führer Oberst Sudsai leitete innerhalb des ISOC die Abteilung Bergstämme und wurde von der US-Armee in Laos eingesetzt.

Beide Gruppen wurden nach dem Sturz der Faschisten 1973 aufgebaut, – was einmal mehr beweist, daß die USA in Thailand seit Beseitigung der letzten Militärdiktatur wieder auf Faschismus setzen (Fakten lt. „Tagesanzeiger", Schweiz, 19.10.).

Weitere Beweise für die Mittäterschaft der USA:

Laut Radio Hanoi vom 13.10. ist der US-Botschafter Whitehouse CIA-Kommandeur, „*der seine Befehle aus dem US-Außenministerium erhält*". Whitehouse erklärte unmittelbar nach dem Putsch: „*Die USA würden gerne gute Beziehungen mit den Militärs aufbauen*" („Radio Hanoi", 9.10.).

Dies bestätigten auch die Putschisten. In einem Interview gab der frischgebackene „Ministerpräsident" Thanat Khoman folgendes bekannt: „*Die USA haben uns bereits informiert darüber, daß sie bereit sind, den SEATO-Vertrag aufrechtzuerhalten...*" („Radio Bangkok", 14.10.76). Der SEATO-Pakt ist der berüchtigte Angriffspakt gegen Indochina zwischen den faschistischen südostasiatischen Staaten und den USA. Die nach 1973 in Thailand an die Macht gekommenen bürgerlichen Regierungen hatten die Aufrechterhaltung dieses Paktes abgelehnt!

Von den Fakten her ist wohl erwiesen, daß die USA auch bei diesem Putsch ihren Teil beitrugen – wie bei allen 14 Putschen in Thailand!

Politisch liegt die Errichtung eines stramm antikommunistischen, aggressiven Thailands voll auf der Linie der US-Imperialisten.

So zog der Militär-Stratege der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung", Weinstein, bereits wenige Tage nach dem Putsch Bilanz für die „freie Welt":

Bezogen auf den Wahlausgang in den USA meinte er, „*der Sieger wird zupacken müssen, die den Amerikanern in Südostasien zugefallene (?) Chance zu nutzen. Thailand kann wieder ein strategischer Dominostein werden!*" In der Strategie der USA hätte Thailand im Rahmen der Stützpunktkette von Nordjapan, Australien bis hin zum Stützpunkt Diego Garcia im indischen Ozean eine wesentliche Bedeutung. Man wird davon ausgehen können, daß der US-Imperialismus schon bald seine hochmodernen Stützpunkte und Spionagestationen in Thailand wieder in Betrieb nimmt. Dies dürfte nicht sehr schwer fallen, da die USA diese Stützpunkte nie ganz aufgegeben haben. Zum einen blieben „*als Zivilisten verkleidete amerikanische militärische Fachleute*" in den elektronischen Zentren („FAZ", 22.10.), zum anderen benutzen die USA ganz offen nach wie vor Teile ihrer alten Stützpunkte. So den Stützpunkt Takhli für Spionageflüge („SZ", 21.10).

Die aktive Unterstützung der Putschisten durch den US-Imperialismus ist von dessen Politik her logisch und eindeutig. Bereits im Mai 1975 meinte US-Putschstratege Kissinger zur Zukunft Thailands: „*Man solle sich wegen der Politiker keine Sorgen machen, sondern auf die Militärs achten, und das thailändische Militär sei über die US-Militäranwesenheit in Thailand glücklich.*" („Radio Bangkok", am 29.5.75 nach „Monitor-Dienst").

In diesem Sinne haben die vietnamesischen Genossen recht, wenn sie sagen: „*Die Farce des thailändischen Regimes mit einer zivilen Regierung ist nichts anderes als eine aufpolierte Version der alten ‚Made in USA'-Demokratie, wie sie Pinochet in Chile, Pak Chung He in Süd-Korea, Vorster in Südafrika und Smith in Rhodesien benutzen*" („Radio Hanoi", 13.10.).

(Anm.: Alle Radiosendungen zitiert nach „Summary of World Broadcasts" vom „BBC".)

Asien-Kommission

Massendemonstrationen gegen die Diktatur Marcos!



„Nieder mit dem Kriegsrecht – kämpft für Demokratie"

Philippinen. 5.000 Menschen demonstrierten Anfang Oktober in der philippinischen Hauptstadt Manila gegen die faschistische Diktatur Marcos. Die Demonstranten, meist Arbeiter, Studenten und Schüler trugen Transparente mit Parolen wie: „*Marcos – Hitler, Diktator, Marionette*" und „*Nieder mit dem Kriegsrecht – kämpft für Demokratie*".

Die Demonstration wurde von Polizeikräften brutal zusammengeschlagen. Zwei Demonstranten wurden ermordet, 45 verletzt. Am 11.10. kam es erneut zu einer größeren Demonstration. 3.000 Menschen protestierten gegen die Beibehaltung des Kriegsrechtes und vor allem gegen die Durchführung von Scheinwahlen. Ca. 1.000 Polizisten knüppelten auch diese Demonstration zusammen (nach „Newsweek", 25/10 und „FAZ", 11.10.).



Marcos Regimes zeigt, was von den „Wahlen" zu halten ist.

Ausgangspunkt für diese starken Proteste waren die von Diktator Marcos vorgesehenen Scheinwahlen zur Absegnung der Diktatur. Per Referendum sollte das Volk über die Beibehaltung des Kriegsrechtes „abstimmen". Die Wahlen wurden vom Militär durchgeführt – dieses hatte ebenfalls die Kontrolle darüber, **wie** das Volk abstimmte.

Wer nicht zur „Wahl" ging und dem Aufruf der linken Kräfte zum Boykott folgen wollte, wurde mit Gefängnis bis zu sechs Monaten bedroht. So nimmt es nicht wunder, daß die Wahlbeteiligung 96 % betrug und 88 % der „Wähler" für das Kriegsrecht stimmten. Allerdings dürften selbst diese Zahlen noch manipuliert sein, da die Diktatur überhaupt nicht überall Wahlen durchführen konnte ...

Die oppositionellen Kräfte, die Anfang und Mitte Oktober auf die Straße gingen, bezeichneten diese Art von Wahlen als „Schwindel" und als eine „Scheinwahl" („FAZ", 11.10.).

Marcos selber hatte schon vorher die Parole für seine Art von Demokratie ausgegeben: „*Er sei fest entschlossen ein Experiment über Wahlen durchzuführen, um festzustellen, ob das Volk wählen könne, ohne die alten Fehler der alten Gesellschaft zu begehen.*" („Monitordienst", 18.8.76).

Asien-Kommission



lateinamerika aktuell

Vor den Kommunalwahlen am 15. November:

Der Widerstand gegen die Diktatur wächst

Brasilien. Zwei Monate vor den Kommunalwahlen vom 15. November begann in verschiedenen brasilianischen Großstädten das „countdown": Eine Bombe zerfetzte den Sitz der Brasilianischen Pressevereinigung (ABI), eine Dynamitladung sprengte die Hauptstelle der Brasilianischen Anwaltskammer (OAB) in die Luft, der Sitz der Brasilianischen Bischofskonferenz (CNBB) wurde evakuiert, nachdem wiederholte Drohungen auf ein Sprengstoffattentat anspielten.

In São Paulo wurde schließlich durch einen weiteren Sprengstoffanschlag auf das Brasilianische Forschungs- und Planungszentrum (CEBRAP) der „ideologische Kreis" geschlossen: Als verantwortlich für die Serie von Bombenanschlägen zeichnete die *Associaçao Anticomunista Brasileira* (Antikommunistische Brasilianische Vereinigung – AAB), die damit erstmals auf das politische Parkett trat.

Gründe für die Anschläge braucht man nicht lange zu suchen: die Brasilianische Pressevereinigung, die Brasilianische Anwaltskammer sowie die Bischofskonferenz haben die Militärdiktatur wiederholt der systematischen Verletzung der Menschenrechte, der Folter in den Gefängnissen sowie der Anwendung einer repressiven Politik gegenüber der gesamten Bevölkerung angeklagt. Die ABI hat sich als Dachverband von Zeitungsverlegern nach 1974 zusehends dem Kampf der Journalisten und Presseangestellten gegen die Zensur in den Massenmedien angeschlossen und General Geisel durch Bittschriften zur Aufhebung der Zensurpraxis aufgefordert. Die OAB radikalisierte ihre Kritik an der repressiven Gesetzgebung der sogenannten „Institutionellen Akten" und war 1975 für die Veröffentlichung und Verbreitung eines Gedächtnisprotokolls von 35 politischen Gefangenen von São Paulo verantwortlich, worin die Folterungen in brasilianischen Gefängnissen nachgewiesen und die Namen von 233 Folterknechten bekanntgemacht wurden.

Die beste Erklärung für den Sprengstoffanschlag auf das CEBRAP gab der Chef der Sicherheitspolizei von São Paulo, Oberst Erasmo Dias, in einem Interview für die Zeitung „Folha de São Paulo": „*Wer weiß denn schon was CEBRAP ist, na? Natürlich, die haben da ein Buch herausgegeben: das lese ich jeden Tag, damit ich auch die richtige Wut im Bauch entwickle ...*"

Titel des von der Forschungsgemeinschaft herausgegebenen Buches: „*São Paulo – Wachstum und Armut*".

In der letzten Septemberwoche wurde der Bischof der Industriestadt Nova Iguacu auf offener Straße von einem Greifkommando entführt, tagelang gefoltert und danach nackt und mit roter Farbe übergossen auf einer anderen Straße ausgesetzt. Dom Hipolito – der Bischof – so hieß es in einem Flugblatt der faschistischen AAB sei „*ein Knecht der Subversion und des Kommunismus*".

Zur gleichen Zeit peitschte der Fraktionsvorsitzende der Regierungspartei ARENA, José Bonifácio („*Es herrscht Ruhe im Land und die Regierung ist stark. Es ist bekannt, daß es Kommunisten gibt und daß sie in die Opposition infiltriert sind*") den Kongreß-Teilnehmern faschistische Tiraden ein, indem er sinngemäß meinte: „*Schließlich sind Adressaten selbst schuld, wenn da Bomben geworfen werden*". Sein Ziel ist die Einschüchterung der legalen, geduldeten Opposition, die bei den letzten Parlamentswahlen von 1974 65 % der abgegebenen Stimmen verbuchen konnte. Auch General Geisel hatte verschiedentlich öffentliche Drohungen ausgesprochen, „*die ARENA müsse die Kommunalwahlen gewinnen, sonst*" ... Sonst werden wohl die 1978 geplanten Parlamentswahlen in Frage gestellt.

Das Geisel-Regime gerät in zunehmende Schwierigkeiten

Die Diktatur bangt um ihre durch Verfolgung, Folter und Mord eingetriebenen „Mehrheitsverhältnisse" im Pseudo-Parlament von Brasília. In der Krise steckt die von Geisel bei seinem Amtsantritt verkündete, danach wiederholt zurückgenommene und inzwischen durch Terror unglaubwürdig gemachte Politik der „distensão", sprich „Entspannung". Im Gegensatz zu „linha dura" (die den gesamten Sicherheitsapparat kontrolliert, auf den Geisel gezwungenermaßen zurückgreifen muß, um die demokratische Oppostion zu unterdrücken) hat die Geisel-Fraktion unter den Militärs direkte Wahlen in den Kommunen und für das Parlament versprochen. In der Zwischenzeit der jeweils vierjährlich stattfindenden Wahlen wird die geduldete Opposition jedoch so weit politisch bekämpft und mit den Mitteln einer brutalen Repression unterdrückt, daß ihre Führung es nicht wagt, sich als Alternative zum System (zur Militärdiktatur) zu präsentieren. Dies führte zu Widersprüchen innerhalb der bürgerlichen MDB-Opposition (die sich in der Hauptsache aus den traditionellen bürgerlichen Parteien der Christdemokratie, der Sozialdemokratie und des linken Populismus zusammensetzt) und zur Formierung der sogenannten „autêntico"-Fraktion, der linke Flügel der MDB, der bereits wiederholt die Farce sogenannter „freier Wahlen" angegriffen hat. Freie Wahlen – selbst im Sinne des bürgerlichen Parlamentarismus, – gibt es seit 1964 nicht mehr in Brasilien.

Unter wirtschaftspolitischen Gesichtspunkten wird sich die Geisel-Linie aller Voraussicht nach im Vergleich zur „linha dura" als erfolgreich erweisen: Die Geisel-Linie stellt nicht die Logik des Systems in Frage (die Herrschaft des Kapitals über die Masse des Volkes); sie sucht lediglich nach der effektivsten Form, die Herrschaft multinationaler Konzerne und der nationalen Monopolgruppen aufrechtzuerhalten. Die „linha dura" hingegen – die es leid hat, mit der Maske einer Pseudo-Demokratie herumzulaufen und daher an der systematischen Zerschlagung der demokratischen Opposition interessiert ist – präsentierte bislang keine alternativen Vorstellungen für die Wirtschaftspolitik und der Verankerung einer „brasilianischen effektiven Demokratie" (Geisel). Sie zählt lediglich die Panzer und die Kasernen, die sie im entscheidenden Augenblick einsetzen kann. So liegt der Verdacht nahe, daß die jüngsten Bombenattentate (zwei davon auf zwei militärische Installationen im Bundesstaat Rio Grande do Sul!!) aus der Ecke der „linha dura" heraus gezündet wurden. Das Operations-Kommando für Innere Sicherheit (DOI/CDOI) ist beispielsweise für zahlreiche Verbindungen zur faschistischen Szene bekannt. Es wird von Offizieren der „linha dura" kontrolliert. Dort kamen über die Jahreswende 1975/76 auch der Metallarbeiterführer Manuel Fiel Filho und der Jounalist Wlado Herzog durch Würgefolter ums Leben. Deshalb ist auch anzunehmen, daß die neugegründete AAB (Antikommunistische Allianz Brasiliens) sich aus Militärs und Polizisten zusammensetzt, die für ähnliche Praktiken der Todesschwadrone oder der CCC (Kommado zur Kommunistenjagd) bekannt sind. Die jüngsten Attentate und Drohungen sind daher nichts anderes als „Denkzettel" an die Adresse der Geisel-Linie, denn wie sagte noch der Chef der Sicherheitspolizei von São Paulo, als 1968 die Bevölkerung zu hunderttausenden gegen die Militärdiktatur auf die Straße ging? „*Wir müssen die Kommunisten zu Mittag verspeisen, bevor sie uns zu Abend essen!!*"

Brasilien wird noch mehr der imperialistischen Ausbeutung freigegeben

Trotz der astronomischen Höhe der brasilianischen Auslandsverschuldung (28,5 Mrd. US-Dollar) und negativer Handels- und Zahlungsbilanz, möchte Geisel die Richtlinien seines II. Nationalen Entwicklungsplans weiter fortsetzen. Rückgrat dieser Strategie ist die Hereinnahme lohnintensiver Industrie der imperialistischen Konzerne, wobei Niedrigst-Löhne in Brasilien plus Kosten für den enormen Repressionsapparat gegen die Arbeiter den Konzernen immer noch überdurchschnittliche Profite garantieren.

Da Geisel – der im Ausland fälschlicherweise als Vertreter eines „nationalen" Kapitalismus dargestellt wird – sich die Beziehungen zu den imperialistischen Hauptzentren nicht verscherzen möchte, wird er voraussichtlich eine noch größere Beteiligung des ausländischen Kapitals an der brasilianischen Wirtschaft zulassen, vor allem im expandierenden Energie-Sektor.

In Brasilien betrug der Anteil des staatlichen Sektors an der Gesamtwirtschaft 1975 35,5 %. Der staatliche Sektor umfaßt die wichigsten Rohstoffe, den Elektroenergie- und Infrastrukturbereich und das Finanzwesen und wurde in enger Anlehnung an das ausländische Kapital entwikkelt.

Zwischen 1968 – dem Beginn des sogenannten „Wirtschaftswunders" – und 1975 fiel die Wachstumsrate des Bruttosozialprodukts von 12,5 % auf 4 %. 1976 wird eine Wachstumsrate von plus/minus null erwartet.

Die augenblickliche wirtschaftliche Krise – die meisten Betriebe fahren nur mit siebzigprozentiger Kapazitätsauslastung und Entlassungen haben zugenommen – versucht die brasilianische Diktatur dadurch auszugleichen, daß mehr Ausbeutungsmöglichkeiten für das ausländische Kapital geschaffen werden. So ist geplant, die Transfersätze, die nach dem Militärputsch von 1964 bereits von 5% auf 12% erhöht wurden, jetzt noch weiter zu steigern. Das heißt, das die ausländischen Kapitalisten, die bislang 12 % ihres offiziell ausgewiesenen Gewinns in ihre Länder zurücknehmen konnten und den Rest in Brasilien investieren mußten, noch mehr Gewinn abziehen können. (Davon abgesehen haben die Kapitalisten immer tausend Mittel und Wege gefunden, um die Transfersätze, die die

Fortsetzung auf Seite 46

Fortsetzung von Seite 45

Ausbeutung der Entwicklungsländer etwas einschränken sollen, zu umgehen.)

Der Widerstand der Bevölkerung wächst

Gestärkt durch den Wahlsieg der MDB-Opposition nach 1974, vor allem aber durch das Bewußtsein über den repressiven Charakter der Militärdiktatur, begann die Masse der Bevölkerung ihren Widerstand lokal und auf spezifische Weise zu organisieren.

So stehen nach 1973 – trotz Verboten und Repression – wieder Streiks auf der Tagesordnung, über die die Presse ohnehin schweigen muß und die daher nicht über einen begrenzten Rahmen hinaus bekannt werden. Die bedeutendste Streikbewegung wurde jedoch in der Metall-Industrie registriert, wo die Arbeiter 1973/74 die Produktion durch die „operação tartaruga“ (Unternehmen Schildkröte = Drosselung der Produktion) auf einen Niedrigststand brachten und danach einen Flächenstreik in der Metallindustrie organisierten, der sich auf die größten Teile der Automobilindustrie (samt Zulieferbetriebe) und der Stahlwerke ausdehnte.

Ähnliche Streikbewegungen wurden im genannten Zeitraum in der rohstoffverarbeitenden Industrie (Zucker und Textilien im Nordosten) registriert. Im Agrarsektor kam es seit 1971 zu zehntausenden von bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen armen Siedlern und Kleinbauern auf der einen und Großgrundbesitzern des In- und Auslands und der Polizei auf der anderen Seite. Die jüngsten Opfer – deshalb so bekannt, weil es sich dabei um Geistliche handelt – sind die Patres Lunkenbein und João Bosco Penido (siehe auch Artikel „Brasilianische Polizei ermordete Arbeiterpriester“ auf dieser Seite), die in der Ortschaft Ribeirão Bonito von einem Polizisten durch Pistolenschüsse ermordet wurden.

Pfarrer Lunkenbein („padre Rudolfo“) wurde von einem Trauerzug (der sich zu einer Demonstration gegen die Diktatur und die Großgrundbesitzer entwickelte) der Bororó-Indianer beigesetzt. Neben einem katholischen Geistliche wurde die Todeszeremonie von einem Stammes-Führer der Bororós abgehalten. Die Indianer forderten Waffen für den Kampf gegen ihre Unterdrücker.

Der Nordteil des Bundesstaates Mato Grosso (südliches Amazonasbecken), der Bundesstaat Goiás und Teile von Maranhao und von Pará sind seit Jahren beliebte Gebiete, auf denen sich vor allem ausländische Konzerne – darunter VW „do Brasil“ das dort 200.000 Hektar Land für die Viehzucht besitzt – niederlassen.

Sie vertreiben und massakrieren die Indianer (falls diese Widerstand leisten), erschießen Landarbeiter und die Polizei („der Stolz Brasiliens“ – Oberst Erasmo Dias) vergewaltigt Frauen und Mädchen, nachdem sie die Männer hingerichtet hat.

Ein Teil der brasilianischen Kirche – sowie ausländischer Orden – hat sich der armen Landbevölkerung angenommen und sie in der Verteidigung ihrer Rechte bestärkt. Deshalb verkündete der Vorsitzende des „Nationalen Landwirt-Verbandes“, im September 1976, *„die Kirche sei immer mehr das Instrument der Subversion und der kommunistischen Unterwanderung“*. Dies bedeutete grünes Licht: Mitte Oktober wurde Pater João Bosco im Araguaia-Gebiet erschossen. Bischof Casaldaliga wurde ebenfalls mit dem Tod bedroht.



Das Markenzeichen des „brasilianischen Modells“: Repression

Das Markenzeichen des „brasilianischen Modells“: Repression

Generalamnestie gefordert

In den Ballungszentren rückte 1975 die Kampagne für die Generalamnestie auf die Tagesordnung. In São Paulo wurde das *„Komitee zur Verteidigung der Politischen Gefangenen“* gegründet. Studenten, Geistliche, Frauen und freiberufliche Intellektuelle (Journalisten, Autoren, Liedermacher) organisierten ab Mitte 1975 in zahlreichen brasilianischen Großstädten die *„Woche der Menschenrechte“*. Wie auch nach 1945, standen auch diesmal die Frauen in den ersten Reihen der Kampagne für die Generalamnestie: Die *„Frauenbewegung für die Generalamnestie“* dehnte ihre Arbeit auf verschiedene Landesteile aus. Die alternative, oppositionelle Presse konnte ihre Auflagen erhöhen; neue Publikationen, darunter *„Brasil Mulher“* (eine fortschrittliche Frauenzeitschrift) wurden gegründet.

An der Basis entwickelte das Volk in den Arbeiter- und Armenvierteln („favelas“) neue Organisationsformen: Nach 1974 entstanden hauptsächlich in den Vororten São Paulos, Rios, von Salvador, Porto Alegre u.a. – „comissões de bairro“ (Bezirkskommissionen), „sociedades dos amigos de bairro“ (Bezirks-Freundesvereinigungen) florieren und die Bevölkerung – darunter auch die Frauen durch die „Centros de mães“ (Mütterzentren) beginnt mit einer politisch-praktischen Organisationsform, die in Brasilien zumindest für die Periode nach dem Militärputsch neu ist.

Lokale Probleme werden kollektiv diskutiert und oft werden Bündnisse mit der linken Fraktion der MDB geschlossen, obwohl die grundlegenden Lösungen (so beginnt die Bevölkerung zu erkennen) auf pseudo-parlamentarischem Weg nicht gelöst werden können. Dabei handelt es sich zunächst um infrastrukturelle Forderungen, wie ausreichende Verkehrsmittel, mehr sozialen Wohnungsbau, bessere sanitäre Anschlüsse usw. Die bürgerlichen Parteien (ARENA und MDB) sind aber hier so gut wie gar nicht verankert. Die revisionistische KP (PCB) besitzt dort auch kaum Traditionen, was der „blockfreien“ Linken die Arbeit erleichtert, weil die Bevölkerung infolge eigener Erfahrungen sensibler geworden ist für die Ideen der Demokratie und des Sozialismus. Nach 1974 entschied sich die Bevölkerung oft zu gewaltsamen Protest- und Widerstandsformen: Transportmittel wurden boykottiert und in Brand gesteckt, Züge zwischen Rio und São Paulo mit Steinen beworfen und die Einrichtungen demoliert. Die nach 1968 mit Terror und Mord verfolgte nichtreformistische Linke versucht den Anschluß an die sich langsam – auf autonomer Grundlage – reorganisierende soziale Bewegung wiederherzustellen. Ihre Strategie während der Wahlzeit besteht darin, daß sie der Bevölkerung klarzumachen versucht, daß es sich erstens um eine Wahl-Farce handelt, und daß man daher auch nicht die MDB als Block wählen darf, sondern einzelne fortschrittliche „auténticos“ unterstützen kann, indem man sich deren Parolen zu eigen macht: Für die Abschaffung des Ausnahmezustandes, gegen die repressive Gesetzgebung, für die Generalamnestie, für kollektive Tarif-Abschlüsse in der Industrie, für das Streikrecht und für die Neugründung politischer Parteien.

Dies sind auch die Parolen der revolutionären Linken in ihrem *Kampf für die demokratischen Rechte.*

Im Gegensatz zur „militaristischen“ Stadt-Guerilla-Periode – wo die einzelnen Gruppen unter bestimmten Namen bekannt wurden – wird auf lokaler Ebene versucht, die Einheit in der Frage des demokratischen Kampfes herzustellen, Bündnisse werden mit fortschrittlichen Teilen der Kirche, der MDB-Opposition und der Gewerkschafts-Opposition („Oposição sindical“) geschlossen. Im Gegensatz zu den reformistischen Thesen, wird hier vor der Illusion einer „Öffnung“ des politischen Prozesses unter der Geisel-Regierung gewarnt, die zu den Wahlen vom 15. November schließlich politische Werbung über die Massenmedien verboten hat: Die Kandidaten müssen sich bei ihren Fernsehauftritten auf die Bekanntmachung ihres Namens, ihrer Parteizugehörigkeit und ihrer Nummer in den Wahllisten beschränken. Auf die Frage eines Reporters während seiner Japan-Reise, der Geisel nach dessen politischen Absichten befragte, antwortete der „Gorilla“: *„Ich sehe überhaupt keine Voraussetzungen für*

den Wahllisten beschränken. Auf die Frage eines Reporters während seiner Japan-Reise, der Geisel nach dessen politischen Absichten befragte, antwortete der „Gorilla“: „Ich sehe überhaupt keine Voraussetzungen für

diese Maßnahme (die Generalamnestie). Niemand würde garantieren – ist die Amnestie einmal gewährt – daß der U n f u g nicht wieder an die Tagesordnung rücken würde, womit alles wieder in den s t a t u s q u o zurückfällt...“.

Beitrag eines Mitglieds des Komitees für die Generalamnestie in Brasilien / Westberlin

Die Ananlyse des Genossen ist von uns an einigen Stellen gekürzt/zusammengefaßt worden.

Brasilianische Polizei ermordete Arbeiterpriester

Der brasilianische Jesuitenpater Penido Burnier ist nach Angaben der nationalen Bischofskonferenz in Rio de Janeiro vor den Augen seines Bischofs, Mgr. Casaldaglia, in einem Polizeibüro im Staat Matto Grosso geschlagen und anschließend mit einer Pistole erschossen worden. Die beiden Geistlichen waren auf die Polizeiwache gegangen, um sich nach dem Schicksal mehrerer Häftlinge zu erkundigen, nachdem sie festgestellt hatte, daß u.a. zwei inhaftierte Frauen mißhandelt worden waren. Während der Pater von dem einen Polizisten geschlagen und getötet wurde drohten drei weitere Bullen dem Bischof mit dem Tode.

Der ermordete Pater hatte seit 1965 unter den Indios von Matto grosso gearbeitet. Nach Angaben der Bischofskonferenz macht sich die Polizei in diesem Gebiet zahlreicher Willkürakte gegen die Bauernfamilien schuldig. („Neue Zürcher Zeitung“, „NZZ“, 15.10.76)

Über 200 Personen haben brasilianische Bullen in nur 2 Jahren „außerdienstlich“ allein in der brasilianischen Großstadt São Paulo ermordet. Das geht aus einer Untersuchung über die sogenannte Todesschwadron hervor, Auszüge wurden jetzt in der Zeitung „Diario o Estado“ veröffentlicht. Die Militärregierung hat natürlich keinerlei Interesse, an einer wirklichen Aufklärung der „Freizeitbeschäftigung“ ihrer Polizisten. Der mit der Untersuchung betraute ehemalige Staatsanwalt Helio Becudo erklärte, während der Untersuchung über die Todesschwadrone von den Bundes- und Landesbehörden kaum oder gar nicht unterstützt worden zu sein. Becudo war schon kurz nach seiner Ernennung (1970) wieder von seinem Posten enthoben worden. Er hat jetzt ein Buch über seine Erhebungen geschrieben. („NZZ“, 21.10.76).

Lateinamerika-Kommission

BRD– Wichigster Handelspartner Chiles

Wie aus den Veröffentlichungen der chilenischen Zentralbank hervorgeht, ist die BRD Chiles wichtigster Kunde: *„Sie überflügelte damit erstmalig seit vier Jahren wieder Japan, das jetzt an die zweite Stelle gerückt ist“* berichtet „Blick durch die Wirtschaft“ (21.9.1976) triumphierend. Für insgesamt 240 Mio. Dollar kaufte die BRD 1975 Waren und Rohstoffe in Chile. Das sind ca. 100 Mio. weniger als 1974. Diese Differenz ergibt sich aus dem Kupferpreiseinbruch vom letzten Jahr, der Chile Wenigereinnahmen in Höhe von 1 Mrd. Dollar einbrachte. Die Exporte in die „sozialistischen Länder“ sind – bis auf Jugoslawien – „stark zurückgegangen“ (ebenda).

Am 6.10.76 berichtete „Blick durch die Wirtschaft“ über die chilenischen Kupferexporte des ersten Halbjahres 1976. Danach sind die Erlöse immens gestiegen.

Die Erlöse betragen 616,4 Mio. Dollar. Die staatlichen Bergwerke exportierten 199.000 t Kupfer und erzielten 511,3 Mio. Dollar Gewinn; die privaten exportierten 80.000 t und erzielten 105,1 Mio. Dollar. Chile gewinnt also aus jeder staatlich exportierten Tonne Kupfer 2.569 Dollar, aus jeder privat exportierten Tonne aber nur 1.314 Dollar.

Ein Sympathisant aus Kiel

	1972	1973 (in 1000 Dollar)	1974	1975
Abnehmerland				
Bundesrepublik	116 974	172 435	336 688	239 151
Japan	147 769	217 408	407 049	186 637
Argentinien	51 056	73 825	169 255	166 417
Vereinigte Staaten	82 026	105 839	286 057	146 471
Großbritannien	93 989	123 619	217 225	137 178
Brasilien	19 347	33 023	144 046	97 990
Holland	65 426	58 384	94 022	90 741
Italien	60 654	88 313	161 261	80 147
Frankreich	32 718	33 296	86 536	70 311
Europa insgesamt	460 501	635 714	1 122 390	818 204
Lateinamerika insges.	113 579	147 918	412 721	394 701
Gesamtexport	855 445	1 230 513	2 480 474	1 661 329

Chiles Export-Tabelle (Quelle: „Blick durch die Wirtschaft“, 6.10.76)

Israelische Waffen für Chile

Chiles Export-Tabelle (Quelle: „Blick durch die Wirtschaft“, 6.10.76)

Israelische Waffen für Chile

Einer Meldung der „UZ“ (Zeitung der DKP) vom 6.10.76 ist zu entnehmen, daß die amerikanische Zeitschrift „Newsweek“ enthüllte: *„Israel liefert Waffen an Chile“*. Danach wird Israel Luft-Luft-Raketen vom Typ „Maverick“ an die Militärjunta liefern. Diese Raketen sollen in israelischen Rüstungszentren mit USA-Unterstützung gebaut werden. Die Rassisten und Faschisten stützen sich weltweit.

KB/Gruppe Hannover

Belagerungszustand verschärft

Kolumbien. Der vor drei Wochen verhängte Belagerungszustand ist vom kolumbischen Präsidenten Lopez verschärft worden. Per Dekret ordnete Lopez an, daß künftig „Verdächtige“ ohne richterlichen Haftbefehl bis zu 10 Tagen festgehalten werden dürfen. Außerdem dürfen Kriegsgerichte Verfahren an sich ziehen, die eigentlich vor zivilen Gerichten verhandelt werden müßten. („Frankfurter Allgemeine Zeitung“, 21.10.76).

Gleichzeitig bildete der Präsident sein aus dreizehn Ministern bestehendes Kabinett um und ernannte fünf neue Minister („Süddeutsche Zeitung“, 21.10.76).

Die repressiven Maßnahmen sind zum Teil zurückzuführen auf den anhaltenden Streik der Beschäftigten im Gesundheitswesen (seit sechs Wochen!), denen durch ein neues Gesetz das Streikrecht genommen werden sollte. Zur Regierungskrise beigetragen haben auch die Studentenproteste, die in der kolumbianischen Hauptstadt Bogota begonnen hatten und sich auf das ganze Land ausdehnten. Daraufhin schlosser die Ordnungstruppen drei Universitäten im Lande („Frankfurter Rundschau“, 25.10.76).

Lateinamerika-Kommission

Abgeordneter „gestorben“

Argentinien. Der ehemalige Abgeordnete des argentinischen Parlaments und Mitglied der bürgerlichen „Radikalen Partei“ Mario Abel Amaya ist nach 6 Tagen Knast in der Haftanstalt von Buenos Aires „gestorben“. Die Todesursache wurde von den Behörden nicht mitgeteilt. Die Polizei hatte ihn mit der Begründung bestehender „Kontakte zu Widerstandskämpfern“ festgenommen. Amaya war vor seiner Verhaftung von der AAA (Antikommunistische Allianz Argentiniens) gekidnappt worden. Diese ließen ihn aber nach einigen Tagen wieder frei, da sich die Polizei für ihn „interessierte“ („Frankfurter Rundschau“, 22.10.76.)

Lateinamerika-Kommission

Ausnahmezustand verschärft!

Uruguay. Nachdem Ministerpräsident Mendez bereits sämtliche demokratischen Rechte abgeschafft hatte (siehe AK Nr. 91), sind die Befugnisse seiner Sicherheitskräfte noch ausgeweitet worden. Am 21.10. wurde in Uruguay der „Gefahrenzustand“ ausgerufen. Das bedeutet für alle Personen, die „subversiver Tendenzen“ (?) verdächtigt (!) werden, Gefängnisstrafen, Hausarrest oder Ausweisung für 10 Jahre. „Verdächtig“ sind alle *„Personen, die Kontakte zu aktiven oder ehemaligen (!) subversiven Personen unterhielten, die an Treffpunkten der Subversiven gesehen wurden oder die im Besitz subversiver Literatur seien“* („Frankfurter Rundschau“, 23.10.76).

Innerhalb von 15 Tagen müssen die so Inhaftierten vor Gericht gestellt werden. Das eigentliche Justizwesen wurde aber bereits abgeschafft und der Militärgerichtsbarkeit angegliedert. („Neue Zürcher Zeitung“, 24./25.10.76)

Lateinamerika-Kommission



Zur Hochschulpolitik des KBW

Im KBW findet z.Zt. wieder mal eine Neuausrichtung seiner Hochschulpolitik statt. Einer Ankündigung Fochlers im „theoretischen" Organ des KBW, „Kommunismus und Klassenkampf" (6/76), zufolge wurde dazu ein „Delegiertenkongreß der rund 50 kommunistischen Studentenorganisationen, die auf der Grundlage des Programms des KBW arbeiten, einberufen". Auf diesem Kongreß sollen die KBW-Studenten auf eine durch und durch ökonomistische Linie zum BAFöG (Ausbildungsförderung) festgenagelt werden, das als neuer „Knüller" der KBW-Politik entdeckt wurde. Diese Neuausrichtung findet auf dem Hintergrund eines rapiden Zusammenbruchs des KBW-Einflusses in der Studentenbewegung statt, der sich nicht zuletzt im Verlust der letzten vom KBW noch gehaltenen ASten ausdrückt. Innerhalb von drei Jahren hat es der KBW und insbesondere sein „ZK" verstanden, seinen ehemals großen Einfluß in der studentischen Linken völlig zugrundezurichten. Statt sich jedoch mit dieser unübersehbaren Tatsache auseinanderzusetzen, werden in regelmäßigen Abständen phantastische „neue Linien" ausgegeben, die dann endlich den „Aufschwung" bzw. „Neuaufschwung" bringen sollen. So wird dafür gesorgt, in denjenigen, die sich den jeweils neuesten Schwenk nicht schnell genug aneignen, Sündenböcke für die erlittenen Rückschläge zu haben und den unerschütterlichen Glauben an die Unfehlbarkeit der KBW-Politik am Leben zu erhalten. Ohne seine Talfahrt dadurch bremsen zu können, liefert der KBW damit sowohl Sozialdemokraten und Revisionisten wie auch organisationsfeindlichen „Spontis" eine willkommene Karikatur einer kommunistischen Organisation. Andererseits läßt sich erahnen, wie die KBW-Führer ihre eigenen Mitglieder auf diese Weise kaputt machen, wodurch die verhältnismäßig starke Tendenz ehemaliger KBW-ler erklärbar wird, sich ins Privatleben zurückzuziehen und von Politik endgültig die Schnauze voll zu haben.

Studenten – soziale Basis des KBW

Studenten – soziale Basis des KBW

Bei seiner Gründung (Juni '73) stützte sich der KBW im wesentlichen (mit Ausnahme Bremens) auf Studentenorganisationen,Zerfallsprodukte des SDS. An fast allen großen Universitäten hatten sich solche Organisationen herausgebildet, die mit dem Anspruch auftraten, „nicht revisionistische" Politik unter den Studenten zu machen. Traten schon bei der Gründung des KBW die größten dieser Organisationen bei (KSG Göttingen, KHG Heidelberg und Freiburg), so folgten fast alle anderen einflußreichen innerhalb des ersten KBW-Jahres nach. So die Roten Zellen/ML Kiel, KHG Köln, KSB Frankfurt, und die SSG Hamburg.

Aufgrund des starken Zustroms von Studentengruppen (bei anderen Schichten der Bevölkerung, vor allem den Arbeitern, sah es dünn aus) war einer der ersten Beschlüsse des funkelnagelneuen „ZK" des KBW drei Wochen nach Gründung, den Aufbau eines bundesweiten Kommunistischen Studentenbundes (KSB) anzupacken.

Zu dieser Zeit war der KBW praktisch die einzige linke Alternative zu MSB/SHB, da außer ihm lediglich der KSV der „KPD" bestand, der aber außerhalb Westberlins über keinen nennenswerten Einfluß verfügte. Andere Linke machten entweder eine auf die Hochschule beschränkte Politik (diverse Ausläufer des SDS, die „antirevisionistische" SF-Fraktion des SHB, Basisgruppen, Spontis) oder verfügten damals örtlich bzw. regional nur über geringen Einfluß an den Universitäten (KB, „Arbeiterbund").

KBW-Hochschulgruppen bzw. sympathisierende Organisationen waren in einer Reihe von ASten vertreten, darunter in so wichtigen wie Heidelberg, Freiburg, Göttingen und Kiel. Innerhalb des alten VDS (Dachverband der Universitäts- und PH-ASten) stellte der KBW eine starke Minderheitsfraktion, im Fachhochschuldachverband SVI war der KBW gemeinsam mit Jusos und Basisgruppen im Vorstand vertreten.

Das „revolutionäre Subjekt"

Mit dem Gespür des Kleinbürgers für die „Sorgen und Nöte" seinesgleichen hatten die Ideologen des Heidelberger NRF („Neues Rotes Forum", Vorläufer von „Kommunismus und Klassenkampf") die „Zeichen der Zeit" erkannt. Mit ihrem Programm, das sie unbescheiden zum chen der Zeit" erkannt. Mit ihrem Programm, das sie unbescheiden zum „Programm der Arbeiterklasse" erklärten, und der Herausbildung einer nationalen Organisation in der BRD boten sie den meist perspektivlos am Ort herumwurschtelnden Studentengruppen eine attraktive Schein-Perspektive. Sie knüpften damit geschickt an die Unerfahrenheit der Studenten an, die zur Arbeiterklasse nur ein sehr abstraktes, oft von skurrilem „Proletkult" geprägtes Verhältnis hatten, und nun vom NRF die Verbindung mit (wenn nicht gar die „Führung") der Arbeiterbewegung versprochen bekamen.

Mitgebracht in den KBW wurden die verschiedenen „Strategien" zur Gewinnung der Studenten für den Sozialismus, die in den Jahren 1970 bis 1973 von diesen Studentenorganisationen erarbeitet worden waren. Da gab es das *„Sozialistische Studium"*, erfunden vom KSV und von anderen übernommen, in dem die Studenten lernen sollten, ihre Ausbildung zum Revolutionär zu organisieren.

In Göttingen wurde vom dortigen KSB als „Alternative" das *„antikapitalistische Studium"* geboren, das u.a. auch von der SSG Hamburg „erkämpft" werden sollte. In Heidelberg wurde dagegen vom dortigen NRF die Losung *„Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes"* kreiert. Trotz heftiger ideologischer Auseinandersetzungen z.B. zwischen NRF und KSB Göttingen lagen doch allen diesen „Strategien" die gleichen Vorstellungen über Studentenpolitik zugrunde. Es wurde versucht, an den hochschulspezifischen Widersprüchen der Studenten zu ihren Ausbildungsbedingungen anzusetzen, um diese *„sozialistisch zuzuspitzen"*, wie es in einem damals gängigen Schnack hieß.

„Vereinheitlicht" wurden die Studentenorganisationen des KBW auf der NRF-Linie „Für eine Ausbildung im Dienste des Volkes". Diese Parole wurde ursprünglich so begründet, daß *„sie ... die Unzufriedenheit vieler Studenten mit ihrer Ausbildung auf(nimmt), den spezifischen Charakter dieser Ausbildung aus ihrer Unterwerfung unter das Kapital (erklärt) und die Möglichkeit der Lösung des Widerspruchs zwischen Ausbildungsinteressen der Studenten und den Verwertungsbedingungen des Kapitals durch die Perspektive einer Ausbildung im Dienste des Volkes (zeigt), für die erst die Diktatur des Proletariats die Bedingungen schaffen kann"* (Schmierers Thesen vom Juni '71 in „NRF" 2/72).

Sie sollte also hauptsächlich propagandistischen Wert haben. Später (Mitte '73) hieß es dann, die Studenten könnten insgesamt aus der Kritik der bürgerlichen Wissenschaften für den Sozialismus gewonnen werden. Es wurde behauptet, *„daß ein Ansetzen an den (sog.) materiellen Interessen der Studenten für eine kommunistische Politik an der Hochschule nichts hergibt, sondern wir systematisch ansetzen müssen an der Funktion der Universitäten im Kapitalismus – nämlich Handlanger der Bourgeoisie auszubilden, die dem Volk feindlich gegenüberstehen – als die inhaltliche Frage der Orientierung der Kämpfe." „Erst wenn die Studenten im Bewußtsein des volksfeindlichen Charakters der bürgerlichen Wissenschaft den Kampf gegen die Verschlechterung der Studienbedingungen als Kampf gegen die Ausbildung im Kapitalinteresse insgesamt führen, nimmt ihr Kampf einen fortschrittlichen Charakter an und reiht sich ein in den Klassenkampf des Proletariats für den Sozialismus".* („Rote Presse", Zeitung der SSG Hamburg, Sondernummer 2/3, Sept. 73).

Schmierer (und dem NRF) gelang damals gerade deswegen der große Durchbruch, weil er mit der Erfindung der *„neuen Mittelklasse"* (Studenten, Intelligenz) für diese „Strategien" eine angemessene „klassenmäßige" Begründung lieferte. Allen denten, Intelligenz) für diese „Strategien" eine angemessene „klassenmäßige" Begründung lieferte. Allen diesen „Theorien" ist gemeinsam, daß sie davon ausgehen, daß die Studenten und die lohnabhängige Intelligenz als Klasse bzw. Schicht für den Sozialismus zu gewinnen seien. So soll das grundlegende Problem umgangen werden, daß die Studenten eine schwankende Schicht zwischen Arbeiterklasse und Bourgeoisie sind, die durch die Klassenkämpfe in fortschrittliche und reaktionäre Teile polarisiert wird. In der Leugnung dieser historischen Erfahrung (wie auch der Verdrehung Lenins, der diese Verhältnisse unmißverständlich beschrieben hat) befindet man sich auch in der unmittelbaren Gesellschaft des MSB, der mit seiner *„gewerkschaftlichen Orientierung"* von den gleichen Voraussetzungen ausgeht.

Letztlich schwingt in all diesen Theorien der Wunsch des Kleinbürgers mit, über seinen eigenen (Klassen-)Schatten zu springen und selbst *„revolutionäres Subjekt"* – möglichst mit „Führungsanspruch" – werden zu können. So war es beispielsweise ein Lieblingsthema der späteren Hamburger KBW-Chefs, die Studenten als den *„am empfindlichsten reagierenden Teil des Volkes"* herauszuputzen und zwar in dem Sinn, die Studenten wären halt die ersten, wenn es gegen den Imperialismus geht (eine grobe Verfälschung eines Lenin-Zitats). Gegen den KB, der solchen Thesen von Anfang an entgegengetreten ist und eine nur-studentische Hochschulpolitik kritisierte, die sich auf die Ausbildungs- und Berufsinteressen der Studenten im engeren Sinn beschränkt, wurde mit Gerüchten zu Felde gezogen, er sei „intellektuellenfeindlich", wolle „gar keine sozialistische Hochschulpolitik" usw. Mit diesem Vorgehen gelang es dem KBW, eine relativ breite studentische Basis um sich zu sammeln.

Die erste „Kurskorrektur"

Im Dezember 1973 revidierte das ZK des KBW den Beschluß, einen nationalen Studentenverband aufzubauen, und beschloß stattdessen, nur örtliche Verbände unter Anleitung der KBW-Ortsgruppen zu bilden. Grundlage hierfür waren einerseits Widersprüche zwischen den einzelnen Studentenorganisationen, die insbesondere zwischen Bremen, Göttingen und Heidelberg ausgetragen wurden. Die Widersprüche, notdürftig durch das „Programm" verkleistert, drohten weiter aufzubrechen, so daß das ZK den Studentenorganisationen ihre „Eigenständigkeit" beließ. Allerdings deutete sich schon zu dieser Zeit eine Kurskorrektur an, für die der Aufbau einer einheitlichen Studentenorganisation eher ein Hindernis gewesen wäre. Denn der Beschluß wurde damit begründet, daß die Hochschule eine „Sondereinrichtung" der Bourgeoisie sei. Und weiter: *„Aus der Allgemeinheit des Volkes sind die Hochschulangehörigen durch diesen besonderen Zweck* (Funktionärsnachwuchs für die Bourgeoisie und ihren Staat auszubilden) *hervorgehoben und diese Hervorhebung drückt sich politisch dahingehend aus, daß sie besondere Korporativrechte oder akakemische Freiheiten genießen."* Es sei folglich *„unmöglich und falsch, gegenüber der Hochschule, die eine Sondereinrichtung für wenige ist, allgemeine Rechte für jedermann zu proklamieren"* (Beschluß des ZK vom 15.12.73 nach „KuK" 1/74). Die an sich richtige und einfache Tatsache, daß die Studentenbewegung keinen eigenständigen Kampf um den Sozialismus führen kann – was allerdings im völligen Widerspruch zu den früheren KBW-„Theorien" steht – wurde nun von den KBW-Führern dahingehend pervertiert, daß der Studentenbewegung der demokratische Charakter schlechthin abgesprochen wurde. Dazu wurde eine Trennung von Kämpfen für „akademische Rechte" (das waren z.B. Kämpfe um die Erhaltung des politischen Mandats – was daran „akademisch" sein soll, weiß der Schmierer!) und solchen für „demokratische Rechte des Volkes" konstruiert. *„Soweit die Studenten nur über die Zustände an den Hochschulen rebellieren, kämpfen sie gerade noch nicht für demokratische Forderungen. Soweit sie nicht für die Gewährleistung der materiellen Studienbedingungen eintreten, laufen alle ihre Forderungen nach Freiheit der Rede und der Versammlung, der politischen Betätigung und des Rechts, Vertretungskörperschaften mit politischem Mandat zu bilden* (!), *darauf hinaus, akademische Rechte zu verteidigen und zu erkämpfen. Alle diese Forderungen stellen sie auf als Studenten und für die Hochschulen, nicht als Forderungen nach allgemeinen Rechten für jedermann gegenüber dem bürgerlichen Staat."*

Auch hier wird die Selbstverständlichkeit, daß Studenten erst einmal dort Rede- und Versammlungsrecht fordern werden, wo sie ständlichkeit, daß Studenten erst einmal dort Rede- und Versammlungsrecht fordern werden, wo sie konkret darauf stoßen, also an der Uni, dahingehend pervertiert, daß sie mit diesem Kampf überhaupt nicht zur demokratischen Entwicklung beitragen. Aber das ZK des KBW wäre es nicht selbst, läge nicht auch in dieser Überspitzung eine Absicht. Denn dies war die Zeit, als der KBW sich anschickte, aus der Uni herauszukommen, um die „Volkskämpfe" zu entwickeln. Dafür mußten die Studenten gewonnen werden. Also mußte man ihnen erzählen, daß es an der Uni nichts zu holen gibt.

In der Praxis bedeutet diese Linie, daß die KBW-Studenten an der Hochschule ihre Theorie der „akademischen Kämpfe" und der „Unterstützung der Volkskämpfe" zur Voraussetzung jeder Aktionseinheit mit anderen linken Kräften machten. Wahlprogramme wurden säuberlich in zwei Abschnitte gegliedert, wobei im Abschnitt „Volkskämpfe" etwa zu finden war: *„Für die Abschaffung aller indirekten Steuern", „für die Wahl der Lehrer durch die Bevölkerung", „Wahl der Offiziere durch das bewaffnete Volk"* etc. („Rote Presse" 2/74), samt und sonders die „demokratischen Forderungen" aus dem KBW-Programm, um die es, betrachtet man einmal den Rummel aus der „Gründerzeit", heute eigenartig still geworden ist.

KBW-Studenten wurden von den Hochschulen abgezogen, um die „Volkskämpfe" einzuleiten, deren Unterstützung die verbliebenen KBW'ler an den Hochschulen propagierten. Plattestes Beispiel aus Hamburg ist der Versuch des KBW, mit Hilfe eines mehrheitlich von KBW-Studenten bewohnten Hauses im Hamburger Arbeiterbezirk Altona einen „Volkskampf" gegen die Erhöhung der Strom-, Gas- und Wassertarife vorzuspiegeln. An der Universität sollten die Studenten dann für die Unterstützung dieser „Strogawa"-Kampagne gewonnen werden.

Zwar mußte die SSG feststellen, *„daß ihr Beharren auf die Einbeziehung der Studenten in die Kämpfe des Volkes auf breites Unverständnis unter der fortschrittlichen Studentenschaft stößt"*, daß ihre Linie *„vielen fortschrittlichen Kommilitonen unklar"* („RP", 3/74), aber selbstverständlich richtig ist.

So versuchte der KBW, seinen im wesentlichen auf die Hochschulen beschränkten Einfluß über die „Unterstützung der Volkskämpfe" (vor allem Schulkämpfe) auszudehnen. Das Resultat war aber keineswegs wunschgemäß. Zwar nahm der Einfluß des KBW an den Hochschulen ab, aber dieser Verlust konnte nicht durch Gewinne bei anderen Teilen der Bevölkerung, vor allem nicht unter der Arbeiterklasse, ausgeglichen werden. Lapidar bemerkt dazu das ZK im Juli 75: *„Im Gefolge* (dieser falschen Linie – Anm. AK) *mußte der Einfluß der Kommunisten* (sprich KBW) *an den Hochschulen abnehmen..."* („Richtlinien zur Untersuchung der Tätigkeit unserer Hochschulorganisationen" in „KuK" 4/75).

Da schickte also das ZK den größten Teil seiner Mitglieder und Anhänger fast zwei Jahre mit einer schwachsinnigen Linie an die Hochschulen und erklärt dann die Umsetzung zu *„Abweichungen* (von der goldrichtigen KBW-Politik), *die dem Zusammenschluß der Studenten Bedingungen stellten, die in Wirklichkeit die Propagandatätigkeit innerhalb dieser Bewegung ersetzen, was nicht erfolgreich sein kann"* („KuK" 4/75).

Indem das ZK die politische Verantwortung für das Abwirtschaften des KBW an den Hochschulen seinen Mitgliedern in die Schuhe schiebt, drückt es sich um eine Selbstkritik und steht nach wie vor über alle Kritik erhaben da, dessen „Linie" nach wie vor richtig ist.

KBW-ZK „tritt auf Leimruten"

Da es aber mit der Beseitigung der „Abweichungen" offenbar nicht so schnell wie mit dem weiteren Abwirtschaften des KBW läuft, entschließt sich das ZK schließlich doch noch zu einer „Selbstkritik", wie sie wohl nur der KBW fertig bringt. Die politische Linie, mit der das ZK seine studentischen Mitglieder zwei Jahre lang an die Hochschulen schickte, wird für *„falsche Ansichten"* erklärt, mit denen man *„brechen"* muß („KuK", 2/76). Diese „falschen Ansichten" sind, nach ZK-Mitglied Fochler, gemeinerweise *„Leimruten", „die von der Bourgeoisie extra ausgelegt* (!) *werden, um die Arbeiterklasse* (?) *an der Führung der Studentenbewegung und der Gewinnung der Studentenbewegung für die Ziele der Arbeiterklasse zu hindern"*, was *„wenig rühmlich, aber trotzdem wahr"* sei („KuK" 2/76).

Teuflisch, teuflisch! Aber das hinterrücks geleimte ZK bleibt in Amt und Würden und die KBW-Hochschulpolitik auf ihrer Talfahrt.

und Würden und die KBW-Hochschulpolitik auf ihrer Talfahrt.

KBW nimmt neuen Anlauf

War der KBW bis dahin schon davon ausgegangen, daß „die Massen nach links wollen", so erfährt man zunächst, daß es jetzt erst richtig losgehen würde. *„Die Verhältnisse an den Hochschulen geraten nach einem längeren Zeitraum der relativen Ruhe* (!) *neuerlich in Bewegung"* („Richtlinien ...", „KuK" 4/75). Der Widerspruch zwischen dieser Einschätzung (später stets „Neuaufschwung" genannt) und dem vorherigen Jubeln über den allgemeinen „Linksdrang" wird schweigend übergangen.

Wie wenig ernst die „Korrektur" gemeint war, der Einfluß des KBW habe abgenommen, weil man „dem Zusammenschluß der Studenten Bedingungen" gestellt habe, wird daran deutlich, daß in denselben „Richtlinien" neue „Bedingungen" gestellt werden. Es werden wieder einmal Forderungen entwickelt, von denen kühn und selbstverständlich ohne die Spur eines Beweises behauptet wird, der Kampf der Studenten könne n u r erfolgreich sein, wenn er diese (KBW-) Forderungen übernehme. Diese neuen Forderungen sind insgesamt aber nicht mehr so gehalten, daß ein Zusammengehen mit anderen Linken völlig unmöglich wäre. Um überhaupt wieder Fuß zu fassen, bemühen sich KBW'ler an einigen Hochschulen um ein Zusammengehen mit vorwiegend unorganisierten Linken (Spontis, Basisgruppen etc.).

Diese müssen jedoch sehr schnell feststellen, was der KBW darunter versteht, daß der *„Neuaufschwung der Studentenbewegung"* ihm *„glänzende Möglichkeiten"* bietet. Wahlerfolge von linken Listen, die von Spontis u.a. beherrscht werden, auf denen aber auch KBW'ler mitkandidieren durften, werden in der „KVZ" dreist dem KBW zugeschrieben (Fachbereichswahlen FU Westberlin, Studentenparlaments-Wahlen Bochum). Diese „glänzenden" (weil in der „KVZ" entsprechend aufpolierten) Wahlerfolge dienen in den jeweils anderen Städten zur moralischen Aufrüstung der KBW-Studenten, denen eigene Erfolge versagt bleiben. An den betreffenden Hochschulen verliert der KBW hingegen weiter an Glaubwürdigkeit und Einfluß.

Fortsetzung Seite 48

Fortsetzung

Zur Hochschulpolitik des KBW

Offenbar wird dies vom ZK bewußt in Kauf genommen, denn der Artikel zu den Fachbereichswahlen an der FU Westberlin, mit dem die von Spontis und anderen linken Kommilitonen errungenen Wahlerfolge einfach auf das Konto des KBW umgebucht werden, wurde just in dem Moment verfaßt, als die KHG sich aufgrund ihres skandalösen Verhaltens bei den Präsidentenwahlen (vgl. AK 84 und 85) in der Westberliner Linken völlig isoliert hatte. Für diese leichthändige Verheizung einer ganzen Studentenorganisation zeichnet Fochler persönlich verantwortlich.

Die „glänzenden" Erfolge bleiben auch im Sommersemester 1976 aus. Der KBW verliert bei SP-Wahlen insgesamt ca. 1/4 seiner Stimmen und fliegt aus weiteren ASten (PH Freiburg, FHS Kiel) raus.

Gerade an den Hochschulen, wo der Kampf um die Verteidigung des politischen Mandats am heftigsten geführt wurde, ging der Verfall des KBW am schnellsten vor sich. In Marburg spaltete sich die KBW-Studentenorganisation, und der KBW ist heute in Marburg praktisch kaum noch existent. In Hamburg verlor die SSG nach dem Streik von ihren ohnehin mickrigen Prozenten noch ein weiteres. An der Westberliner PH sank die KHG nach dem dortigen Streik in die Bedeutungslosigkeit (von 16 auf 4 Prozent).

In der gleichen Zeit sank die Mitgliederzahl der KBW-Studentengruppen von ehemals 2500 (nach dem Protokoll des Delegiertenkongresses im Oktober '74) auf 1600 (nach „KVZ" vom 14.10.). Jetzt ist der Zeitpunkt gekommen, wo der KBW sowohl in seiner traditionellen Hochburg, der Uni, gewaltig an Boden verloren hat, andererseits in anderen Bereichen nichts dazugewonnen hat. Was liegt also näher, als den Weg zurück zur Uni zu gehen?

Und wiederum wird die „Theorie" entsprechend der aktuellen Notlage hingebogen: Wie kann man den Studenten erklären, daß sie sich nach der Phase der „Volkskämpfe" wieder auf die Uni „besinnen" sollen? Was liegt da näher, als der Studentenbewegung wiederum eine eigenständige Perspektive zum Sozialismus zu geben?! Und so geschahs!

KBW entdeckt „Sozialkampf"

Dazu entdeckt Fochler einen neuen grundlegenden Widerspruch zwischen Studenten und Bourgeoisie. *„Der große Teil der Studenten hat kein privates Eigentum, kann somit nicht von der Ausbeutung der Arbeiter leben, sondern wird gezwungen sein, den Lebensunterhalt durch Verkauf der Arbeitskraft zu bestreiten"* („KuK" 2/76).

Dies wird von Fochler zur Theorie der „besitzlosen Studentenmassen" ausgebaut, deren „objektive Aufgabe" es sei, *„sich ... das Koalitionsrecht (zu) erkämpfen. Sie müssen Zusammenschlüsse gewerkschaftlichen Charakters bilden. Sie müssen das Recht dieser Koalition zum Vertragsabschluß mit dem bürgerlichen Staatsapparat durchsetzen"* („KuK" 6/76). Diese Aussage steht nur scheinbar in Widerspruch zu der oben zitierten These, *„daß ein Ansetzen an den (sog.) materiellen Interessen der Studenten für eine kommunistische Politik an der Hochschule nichts ergibt"*. Gemeinsam ist beiden „Theorien" die alte Anschauung, Studenten über ihre spezifischen Ausbildungsinteressen für den Sozialismus gewinnen zu wollen. Nur daß jetzt die materielle Versorgung nach bewährtem MSB-Brauch zum Hauptansatzpunkt wird, wo es früher die Kritik der bürgerlichen Wissenschaft war. Damit gesteht der KBW auch das Scheitern des Versuchs ein, mit Hilfe seiner studentischen Basis sein Konzept der „Volkskämpfe" zu verwirklichen. Im Bericht an die Delegiertenkonferenz des KBW Hamburg vom März 76 wird dazu eigens die These entwickelt, man müsse den „KB-Nord" an der Universität schlagen, weil *„wir dort direkt mit dem KB Nord zusammenstoßen und die Richtigkeit unserer Linie in der Praxis von den Massen vor allem in dieser Auseinandersetzung erkannt werden kann"*. Der KBW selber hält die Auseinandersetzung mit dem KB in anderen Bereichen von vornherein für völlig aussichtslos.

Insgesamt scheint sich der KBW wieder auf seine eigentliche „soziale Basis" besinnen zu wollen. Die „neue" Taktik besteht in der Forderung nach einer *„Urabstimmung für Streik um 100 DM mehr BAFöG für alle BAFöG-Bezieher, 1.500 DM Elternfreibetrag, das Ganze rückwirkend ab 1. Oktober"* („KVZ", 14. 10.).

burg spaltete sich die KBW-Studentenorganisation, und der KBW ist
Nicht die Tatsache, daß sich der KBW jetzt mit BAFöG befaßt, ist

Nicht die Tatsache, daß sich der KBW jetzt mit BAFöG befaßt, ist zu kritisieren. Daß er dies jedoch als das eigentliche Hauptanliegen der Studenten darstellt, wogegen die Verteidigung des politischen Mandats und der Kampf gegen die reaktionäre Ausrichtung der Hochschulen als „Nebenfragen" zurücktreten müßten, ist nichts als die Auffrischung altbekannter MSB-Kamellen, wenn auch verbalradikaler (und unvorsichtiger), als es die Revisionisten zu tun pflegen.

Auch die Tatsache, daß der KBW die Frage „gewerkschaftlicher Zusammenschlüsse" der Studenten unter einem rein ökonomischen Aspekt angeht, ist charakteristisch für die Rechtslastigkeit dieser Linie. Klotzige Angriffe gegen den VDS-Vorstand sollen dabei offensichtlich nur verschleiern, daß dem KBW eine wirklich inhaltliche Abgrenzung von den bisherigen BAFöG-Kampagnen der VDS natürlich schwerfällt. (Im KBW scheinen persönliche Ausfälle derzeit „in" zu sein. Nachdem Cohn-Bendit in der „KuK" der Galgen bzw. die Cuxhavener Fischmehlfabrik „angedroht" worden war, ergeht sich die „KVZ" vom 7.10. in Vermutungen über die Motivation der einzelnen VDS-Vorstandsmitglieder: Dem einen ginge es um eine Karriere im Bundestag, dem anderen um einen Urlaub auf der Krim, und der Basisgruppen-Vertreter schließlich sei auf einen Lehrstuhl aus. Aber wenn der KBW erst mal an der Macht ist, wird er das schon zu verhindern wissen ...)

Daß auch der „Sozialkampf-Dreh" den KBW nicht über Wasser halten wird, ist klar. So wird der KBW seine „Fans" nicht enttäuschen und demnächst einen neuen großartigen Schwenk präsentieren. Sicher ist aber auch, daß dies wieder mit wilden Rundumschlägen (in der Art eines Ertrinkenden) vor sich gehen wird. Deshalb sollte die Linke nicht einfach abwarten, daß sich der KBW schon sein eigenes Grab schaufelt, sondern kräftig bei der Isolierung dieser provokatorischen Politik mithelfen. Wenn der KBW immer noch von 1.600 Studenten sprechen kann, die seiner Linie folgen würden (wobei die Richtigkeit dieser Zahl dahingestellt sein mag), so kann das nur als Herausforderung für die Linke begriffen werden.

Der §218 und die „Massenlinie" des KBW

Große Dinge tun sich an der Kampffront gegen den § 218: **„Das Volk schließt sich auf den Forderungen nach ersatzloser Streichung des § 218 zusammen und fordert den Volksentscheid"** (Anm. 1) *„Der Widerstand gegen den § 218 nimmt zu"* (Anm. 2). *„Der Betrug ist nicht geglückt. Niemand glaubt an die ‚Reform' des § 218"*. *„Jeder Versuch der Reaktion, den § 218 gegen das Volk anzuwenden, bringt den Zusammenschluß der Besitzlosen und Unterdrückten voran"* (Anm. 3). Schon sieht sich die Bourgeoisie auch an dieser Front **„in die Defensive gedrängt"** (Anm. 4).

Stellvertretend für die „Volksmassen", deren völliger „Zustimmung" er sich dabei wie immer sicher sein konnte, hat der KBW in letzter Zeit in mehreren Orten Aktionen gegen „Beratungsstellen" durchgeführt, die u.a. auch Frauen „beraten", die einen Schwangerschaftsabbruch wollen. Außerdem sind die Volksmassen in Gestalt des KBW bei verschiedenen Prozessen wegen des § 218 aufgetreten, um diese zu „verhindern".

Dieser „Neuaufschwung" im Kampf gegen den § 218 ist eine Frucht des im KBW mit unverminderter Schärfe tobenden „Kampfs zweier Linien". Eine „rechte Abweichung" in den KBW-„Komitees gegen den § 218" konnte zuvor erfolgreich „unterdrückt" (KBW-Original-Ausdruck) werden. So wurde z.B. im Westberliner Komitee die Meinung vertreten, mit dem Inkrafttreten der „Reform" des § 218 sei die Bourgeoisie in die Offensive gekommen und das Volk habe sich erst einmal weitgehend mit der „Reform" abgefunden. Das Augsburger Komitee meinte, *„Passivität und mangelnden Bewußtseinsstand der Menschen"* feststellen zu können. Auf der letzten „Delegierten-Konferenz" der Komitees widersprachen verschiedene Komitee-Vertreter der Auffassung des KBW, **„daß die Arbeiterbewegung ihre Forderung nach ersatzloser Streichung des § 218 wieder ergriffen hat"**. Der vom KBW propagierten „Aktionseinheit der Massen" stellten einige Komitee-Vertreter die „rechtsabweichlerische" Meinung entgegen, man sollte sich
propagierten „Aktionseinheit der Massen" stellten einige Komitee-Vertreter die „rechtsabweichlerische" Meinung entgegen, man sollte sich
um eine Aktionseinheit mit anderen Organisationen bemühen.

Klar, daß alle diese „rechten Abweichungen" eine Abfuhr erlitten! Durchgesetzt hat sich der im Zweifelsfall vom KBW-ZK repräsentierte *„proletarische Standpunkt"*: Die „Reform" des § 218 *„ist eine entscheidende Niederlage der herrschenden Klasse"*; die KBW-Bewegung gegen den § 218 hat *„entscheidende Fortschritte"* gemacht und wird *„unterstützt von breiten Teilen des Volkes"*; *„gerade in den Gewerkschaften festigt sich diese Bewegung."* *„Die Defensive, in der die herrschende Klasse sich befindet, findet allein schon darin ihren Ausdruck, daß sie nicht unmittelbar zur verschärften Anwendung des neuen § 218 übergehen kann, daß sie zum Taktieren gezwungen ist"*.

Angeordnet wurde vom KBW-ZK, nunmehr den Kampf **„gestützt auf die Massen direkt gegen die Ausführungsorgane des bürgerlichen Staates, die Gutachter und Beratungsstellen, die Justiz und die bürgerlichen Politiker"** zu führen, **„mit dem Ziel, den Willen des Volkes durchzusetzen"** (Anm. 5).

Der KBW als selbsternannter Interpret und Vollstrecker des „Volkswillens" – dieses Muster ist schon vom „Propagandafeldzug" des KBW während des Bundestagswahlkampfs bekannt. Daß es wirklich „Volkes Wille" ist, wenn der KBW als reinste Verkörperung der „Arbeiterklasse und des Volkes" beispielsweise die „Beratungsstellen" angreift, ist freilich auch im KBW nicht ganz unumstritten. Zumindest im August berichteten Bremer KBW'ler nach dem Besuch einer „Beratungsstelle" einigermaßen ernüchtert: *„...Es stellte sich aber heraus, daß die Leute im Wartezimmer der Meinung waren, daß der neue § 218 ein Gesetz für die Arbeiterklasse ist... Noch gibt es keine Erfahrungen mit dem neuen Gesetz, noch hat der bürgerliche Staat sich nicht selbst entlarvt"* (Anm. 6). Es dürfte sich dabei allerdings wohl wieder um eine „rechte Abweichung" handeln, denn schon einen Monat später konnte der KBW in Bremen feststellen: *„Der § 218 ist trotz der Täuschungsmanöver im Volk verhaßt. Die Beratungsstellen, gerade neu geschmiedete Waffen der Herrschenden zur Strafverfolgung der Abtreibung, sind schon stumpf, kaum daß sie eingesetzt werden"* (Anm. 7).

Eine ähnliche „rechte Abweichung" konnte auch in Darmstadt zurückgeschlagen werden: Dort waren einige Mitglieder des KBW-Komitees der Meinung, es sei derzeit noch zu früh, um sofort direkt die „Beratungsstellen" anzugreifen; es sei erst eine *„breitere Vorbereitung"* nötig. Diese *„bürgerlichen Auffassungen"* konnten vom „proletarischen Standpunkt" aus „unterdrückt" werden: *„Die Aktion des Komitees hat praktisch bewiesen, daß das falsch ist. Jede Verzögerung und jedes Hinhalten nutzt nur dem bürgerlichen Staat, der dann in aller Ruhe den Ausbau seines Überwachungsnetzes fortsetzen könnte"* (Anm. 8).

„Der Prozeß gegen Frau M."

In Bremen fand im Oktober ein Prozeß gegen eine Frau M. wegen Beihilfe zur Abtreibung statt: Sie soll einer ausländischen Arbeiterin eine Adresse vermittelt haben. Verurteilt wurde Frau M. schließlich zu 450 Mark Strafe, ersatzweise 90 Tage Haft.

Der KBW hatte vorher seine Absicht bekannt gegeben, im Auftrag der Volksmassen den Prozeß zu „verhindern": *„Die Volksmassen wollen den Prozeß verhindern und den § 218 beseitigen. Da gibt es keine Demoralisierung, der Wille der Volksmassen ist klarer denn je..."* (Anm. 9). Der KBW war voller Siegeszuversicht: *„...Der Staatsapparat wird seine Waffen auffahren – die Massen ebenfalls. Die Massen sind viele. Ihre Interessen sind gerecht, die Massen sind klug. Deshalb können sie den Prozeß verhindern"* (Anm. 10).

Mag es den KBW-„Massen" schließlich an der Klugheit oder an der nötigen Anzahl gefehlt haben – Tatsache ist jedenfalls, daß der Prozeß von den KBW-„Massen" zwar gestört, aber keineswegs verhindert werden konnte.

Diese Tatsache trübte jedoch den Siegesrausch des KBW nach dem Prozeß nicht im Geringsten: *„Der Staat hat mit diesem Prozeß eine Niederlage erlitten. Die Arbeiterklasse und das Volk haben dem Staat einen*
zeß nicht im Geringsten: „Der Staat hat mit diesem Prozeß eine Niederlage erlitten. Die Arbeiterklasse und das Volk haben dem Staat einen
schweren Schlag versetzt... Der Prozeß konnte zwar durchgezogen werden, die Bewegung gegen den § 218 ist aber stärker geworden, sie hat an Schlagkraft gewonnen..." (Anm. 11).

Nach dem Prozeß gegen Frau M. rief der KBW in Bremen **„alle (!) Gegner des § 218"** auf, sich an einer Demonstration zu beteiligen (Anm. 12). Schon vorher wurde in der „KVZ"-Ortsbeilage siegessicher vorausgesagt: **„Die Demonstration am Freitag wird dazu dienen, den Zusammenschluß des Volkes weiter zu befördern. Sie wird eine große Aktion des Volkes sein und den Kampf weiter vorantreiben zum Sturz des bürgerlichen Staates"** (Anm. 13). – Nach den eigenen Angaben des KBW bestand diese „große Aktion des Volkes" von Bremen (einer Stadt mit mehr als einer halben Million erwachsener Einwohner) aus 500 Menschen (Anm. 14). In seinen besten Zeiten hat der KBW in Bremen noch 2 - 3000 Menschen mobilisieren können...

Immerhin war die „große Aktion des Volkes" von Bremen insofern für den KBW ein großer Erfolg, daß sie brutal von der Polizei auseinandergeknüppelt wurde, wodurch nämlich erreicht wurde, **„daß die Arbeiterklasse und das Volk sich noch fester zusammenschließen"**. Diese zynische Betrachtungsweise stammt vom KBW selbst, der nach dem Bullen-Überfall zu berichten wußte: *„...die Empörung über die Polizei war riesengroß. Ihre Isoliertheit wurde allzu deutlich und nach vergeblichen Hetzjagdversuchen traten sie schnell den Rückzug an. Ihr Ziel hatten sie nicht erreicht. Im Gegenteil. Die Gegner des § 218 und des bürgerlichen Staatsapparates und der Bourgeoisie haben sich noch fester zusammengeschlossen und sind mehr geworden...Der Einsatz des staatlichen Gewaltapparates, wie gegen die Demonstration gestern, bewirkt, daß die Arbeiterklasse und das Volk sich noch fester zusammenschließen und es fördert die Einsicht, daß dieser Staatsapparat zerschlagen werden muß..."* (Anm. 15).

Der „Angriff" auf die „Beratungsstellen"

In Frankfurt, Hannover und Hamburg hat der KBW als militanter Arm der Arbeiterklasse und des Volkes „Beratungsstellen" gestürmt und Registrierbücher und Karteikarten „beschlagnahmt", um sie später öffentlich zu verbrennen. In anderen Orten, wie Darmstadt, Bremen und Aachen scheiterten ähnliche Versuche an der Polizei (der KBW hatte seine Absicht vorher mit Datum und Uhrzeit bekanntgegeben!) In Darmstadt und Aachen gab es dabei zahlreiche von der Polizei Zusammengeschlagene und Festgenommene unter den KBW'lern. Aber auch solche Aktionen werden vom KBW selbstverständlich als Erfolg gefeiert: In Bremen wurden *„letzte Zweifel über die Funktion der Beratungsstellen beseitigt: Die ganze Straße war eine einzige Polizeifestung"* (Anm. 16). Und in Darmstadt: *„...Von Polizei mit Hunden hermetisch abgeriegelt, zeigte sich diese Einrichtung auch äußerlich als das, was sie ist: eine Polizeidienststelle"* (Anm. 17).

Daß die Aktionen des KBW bei den „Volksmassen" auf große „Zustimmung" und „Unterstützung" stoßen, läßt sich denken: So konnten die Darmstädter KBW'ler melden: *„Wird der Angriff geführt, findet er Unterstützung"*. Genauer gesagt, sogar „breite Unterstützung", wie es an anderer Stelle heißt (Anm. 18). In Hannover sahen etwa 50 „Volksmassen" der Verbrennung der erbeuteten Papiere *„mit Genugtuung zu. Das Grinsen konnten sich die meisten nicht verkneifen"*.

„Daß die polizeimäßige Bespitzelung und Kontrolle bei den Volksmassen in Hannover verhaßt ist, wurde bei dieser Aktion deutlich" (Anm. 19). In Aachen „unterstützten" außer *„Passanten"* auch noch *„Bewohner"* und *„Menschen"* die Aktion des KBW, und es konnte gemeldet werden: *„Bei jedem Kampfschritt findet das Komitee mehr und mehr Unterstützung bei den Volksmassen"* (Anm. 20).

Sich selbst sozusagen über die Schulter guckend, konnte der KBW voller Stolz registrieren: *„Die Zwangs-*
massen" (Anm. 20).
Sich selbst sozusagen über die Schulter guckend, konnte der KBW voller Stolz registrieren: „Die Zwangs-
beratungsstellen sind verhaßt. In vielen Städten sind diese Staatsagenturen angegriffen worden" (Anm. 21). *„An immer mehr Spitzelstellen werden Aktionen durchgeführt... Es ist gar kein Wunder, daß solche Aktionen zunehmen, denn die Fronten verschärfen sich immer mehr"* (Anm. 22).

Am Ende glaubt der KBW vielleicht noch selbst, daß nicht er, sondern wirklich die „Volksmassen" diese Aktionen durchgeführt hätten, und daß dies der Ausdruck des wachsenden Widerstands des Volkes gegen den § 218 sei. Die „Logik" dabei ist brutal: Der KBW führt Aktionen durch, stellt dann zufrieden fest, daß diese Aktionen zunehmen (seine eigenen!), und beweist damit die Berechtigung seiner Aktionen. Das ist schon toll!

Der KBW ist auf Provokation aus!

Die „Beratungsstellen" von „pro familia" geben „Ratschläge" in Fragen der Sexualität, der Verhütung, bei Familienproblemen etc. Der Wert ihrer „Ratschläge" ist zweifellos von Stelle zu Stelle unterschiedlich: Immerhin wurde vor einiger Zeit eine Mitarbeiterin von „pro familia" wegen Beihilfe zur Abtreibung verurteilt, weil sie eine Adresse vermittelt hatte. Insgesamt handelt es sich jedoch um eine bürgerliche Einrichtung, deren Zweck politische und ideologische Kontrolle über die Arbeiterklasse ist. Es ist aber nur eine Minderheit, die kommt, um sich wegen einer Abtreibung zwangsberaten zu lassen. Die meisten Menschen gehen freiwillig dorthin, weil sie mit Problemen nicht klar kommen und sich Rat von dort erhoffen. Daß diese „Beratungsstellen" im Volk „verhaßt" seien, wie der KBW behauptet, ist Quatsch. Der KBW umgeht in dieser Sache wieder einmal die mühselige politisch-ideologische Überzeugungsarbeit unter den Massen, indem er selbstherrlich erklärt, was der „Wille des Volkes" ist, und indem er selbst sich anschickt, diesen angeblichen „Willen des Volkes" nun auch „durchzusetzen".

Technisch gesehen sind diese Aktionen sinnlos. Nach einigen Überrumpelungserfolgen ist lediglich klar, daß die „Beratungsstellen" ihre Un-

Fortsetzung von Seite 48

terlagen besser sichern werden, und daß dort schließlich nichts mehr zu holen sein wird. Der KBW selbst trägt dazu bei, indem er in typischer Provokateursmanier in vielen Fällen öffentlich zu diesen Aktionen aufruft, mit Angabe von Treffpunkt, Datum und Uhrzeit. Diese Unternehmen enden in der Regel mit Polizeieinsätzen und Festnahmen. Es ist völlig klar, daß damit auf den KBW als Organisation ebenso wie auf eine große Anzahl seiner Mitglieder und Sympathisanten eine Flut von Strafverfahren zukommen wird. Da er diese Aktionen isoliert von den Volksmassen und ohne eine wirkliche Bewegung im Volk durchführt, wird er auch bei den Prozessen nicht auf Unterstützung rechnen können (was ihn zweifellos nicht hindern wird, auch dann wieder geisterhaft den „Willen des Volkes" zu beschwören).

In genau dieselbe provokatorische Richtung geht die Art und Weise, wie der KBW schon heute seine Prozesse führt: Als angestrebter Erfolg gilt es, durch Stören der Prozesse Polizei-Einsätze und schließlich den „Ausschluß der Öffentlichkeit" zu erreichen. Beispiele aus Aachen, Oldenburg und anderen Orten zeigen, daß es dem KBW auf diese Weise gelingt, aus einem Prozeß zehn neue Strafverfahren folgen zu lassen. Organisationen, die diese Kamikaze-Taktik ablehnen, werden wild angepöbelt: So in Bremen der Kommunistische Bund und verschiedene Frauengruppen. Sie hätten *„nicht viel vor im Kampf gegen die Reaktion"*. *„Im Prozeß selbst war augenscheinlich, daß sie auf der Seite der Bourgeoisie stehen"*. Es wurde gar von einer *„Leidenschaft des KB Nord für die Bourgeoisie"* berichtet (Anm.23).

In derselben und teilweise noch übleren Weise werden auch innerhalb des KBW Genossen und Sympathisanten zusammengeschissen, denen nach dem zweiten oder dritten brutalen Polizei-Einsatz beispielsweise nicht mehr so recht die Lust hochkommt, im Gerichtssaal noch weiter Parolen zu rufen oder an irgendwelchen ähnlichen Kamikaze-Einsätzen teilzunehmen. Solche Leute gibt es im KBW viele und damit haben die toll gewordenen Führer des KBW ihre Last! Immer klarer macht sich unter Mitgliedern und Sympathisanten des KBW und seiner § 218-„Komitees" die Erkenntnis breit, daß die „Zustimmung" und „Unterstützung" durch die „Volksmassen" gar so groß denn doch nicht sind und daß sie sich mit ihren abenteuerlichen Aktionen nur selbst dem bürgerlichen Staatsapparat ans Messer liefern, ohne daß ein politischer Sinn und Nutzen noch sichtbar wäre.

Die KBW-Führer handeln in dieser Situation wie die Generäle einer in Desertion, Demoralisierung und Auflösung begriffenen bürgerlichen Armee: Ankündigung neuer „Offensiven" und phantastischer „Wunderwaffen", Versprechungen auf einen nahen „Endsieg", verschärfte Disziplinierung, verschärfter Leistungsdruck, „Exekutionen" (Ausschlüsse, Absetzungen). Mit solchen Methoden, das ist klar, hat noch keine bürgerliche Armee ihrer Vernichtung entgehen können. Schade ist's freilich um die Genossen, die hier reihenweise verheizt und in die politische Resignation getrieben werden. Der KBW hinterläßt bei seinem kopflosen Rückzug, den er tollkühn als Offensive ausgibt, kaum mehr als „verbrannte Erde".

Anmerkungen:

1) Flugblatt des „Komitee gegen den § 218"-Hamburg, 23.10.76
2) „KVZ"-Bezirksbeilage Hamburg-Unterelbe, Extra, 21.10.76
3) Flugblatt der „Initiative gegen den § 218"-Bremen, etwa 15.-20.10.76
4) Flugblatt der „Initiative ..."-Bremen, Ende September 1976
5) Zitate aus einem internen Papier der „Initiative gegen den § 218"-Lüneburg, vor den Bundestagswahlen geschrieben
6) „KVZ"-Ortsbeilage Bremen, 5.8.76
7) siehe Anm. 4
8) „KVZ"-Bezirksbeilage Darmstadt, 13.10.76
9) „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen-Unterweser, undatierte Extra-Ausgabe, um den 20.10.76 herum
10) „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen-Unterweser, 13.10.76
11) „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen-Unterweser, 20.10.76
12) siehe Anm. 3
13) siehe Anm. 11
14) lt. Flugblatt des KBW, Bezirks Bremen-Unterweser, 23.10.76
15) siehe Anm. 14
16) siehe Anm. 4
17) siehe Anm. 8
18) ebenso
19) „KVZ", zentrale Ausgabe, 13.10.76
20) Zeitung des Aachener „Komitees", 13.10.76
21) „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen-Unterweser, Extra-Ausgabe zu den Bundestagswahlen
22) siehe Anm. 2
23) siehe Anm. 11

Antifaschist tritt aus dem KBW aus

Im Oktober hat der Genosse W., Braunschweig, seinen Austritt aus dem KBW erklärt. Genosse W. und Angehörige seiner Familie sind als Juden unter dem Nazi-Faschismus im KZ gewesen.
Nach dem Krieg war Genosse W. Mitglied der KPD. Später trat er kurzfristig in die „KPD/AO" ein. Zum Schluß war er Mitglied der Agitprop-Gruppe „Das Rote Signal" des KBW. In seiner Austrittserklärung befaßt er sich mit der Haltung des KBW gegenüber dem faschistischen Regime in Chile: Der KBW lehnt die Forderungen „Keine Kredite an die Junta" und „Boykott der Junta" ab und hat die Weigerung der chinesischen Botschaft in Chile begrüßt, keine verfolgten Antifaschisten aufzunehmen. In seiner Erklärung schreibt Genosse W. unter anderem:

„.... Einer der für meinen Schritt entscheidensten Punkte ist Eure Einstellung der Junta in Chile gegenüber, d.h. das kritiklose Gutheißen des Kredites, den die VR China dem faschistischen Regime, das zur Zeit noch in Chile seine Macht durch Terror und Verbrechen ausübt, gewährt hat.

Alle noch so schön gefärbten Worte, alle angeblich noch so ,logisch' klingenden Erklärungen, von Euch oder dem ZK des KBW aufgestellt, täuschen hier nicht über die unleugbare Tatsache hinweg, daß jeder Peso, DM oder Dollar, welche man den Faschisten in Chile gewährt, zu welchem Zweck und aus welchem Grund auch immer, nur unnütz die Leiden des Volkes verlängert ...

Wenn diese Unterstützung für ein faschistisches Terrorregime von einem sozialistischen Lande kommt, dann darf das Echo einer dem sozialistischen Land befreundeten Organisation niemals eine Zustimmung sein, sondern muß vielmehr auf eine entschiedene Ablehnung stoßen ...

Es hat eine Zeit gegeben, wo Ihr selbst die einzig richtige Forderung in diesem Punkt vertreten habt, nämlich die Forderung nach dem t o t a l e n B o y k o t t der Junta. Diese ist und war und bleibt das Gebot der Stunde! Diese damals auch für Euch richtige Forderung habt Ihr dann aber sehr schnell verlassen! Als die VR China, in ihrem blinden Antisowjetismus, dem faschistischen Chile den fragwürdigen Kredit gewährte, wart Ihr selbst eine Zeit ratlos und wußtet zu dem ,unerklärlichen' Entschluß vorerst nicht zu sagen. Dies änderte sich sehr schnell, als die ersten Verlautbarungen darüber aus Mannheim und die ersten Artikel dementsprechend in der ,Peking-Rundschau' erschienen waren. Anstatt sich zuerst selbst Gedanken zu machen und sich diese Paradoxi zu überlegen, wurde kritiklos der ganze Stuß geschluckt und gehorsam wiedergekäut. Diejenigen, die tatsächlich diese Kumpanei mit dem Faschismus als falsch erkannten, bekämpften und verurteilten, wurden reihenweise ausgeschlossen oder sind von selbst gegangen ...

China gibt an die Faschisten in Chile einen Kredit in Millionenhöhe, um damit Maschinen für die Landwirtschaft anzuschaffen. Hört sich wirklich gut an... Aber wer nun wird die Maschinen erhalten? Wer kann sie überhaupt einsetzen? 48,8 % aller in der chilenischen Landwirtschaft tätigen Menschen haben sage und schreibe nur 0,7 % des Bodens. Ich sage wissentlich nicht, des bebaubaren Bodens. Diese 48,8 % sind zum großen Teil landlose Bauern oder Tagelöhner. Der Rest hat im Durchschnitt ein bis fünf Hektar (= 1.000 bis 5.000 qm) zu bewirtschaften. Hiervon entfallen aber Wege oder unbebaubares, steiniges, gebirgiges Land. Viele der Äcker liegen weit auseinander und sind zerstückelt. 24,8 % sind etwas besser gestellt. Sie besitzen 2,2 % des Bodens und entsprechen in ihrer Grössenanordnung ungefähr unseren sogenannten ,Feierabendbauern'. Ihre Höfe umfassen etwa fünf bis 20 ha. Zusammen bedeutet dies also, daß 73,6 % der Landbevölkerung nur 2,9 % des Bodens innehaben. Ihre Felder sind oft so winzig, daß man sie mit unseren Vorgärten vergleichen müßte.

0,7 % jedoch besitzen 65,8 % allen Bodens. Ihre Besitzungen gehen in der Größenordnung über 2.500 ha hinaus.

Die landlosen, kleinen oder die Mittelbauern können niemals die Maschinen einsetzen, wovon im Kredit an Chile die Rede ist. Die Maschinen können nur von den Großgrundbesitzern eingesetzt werden. Das bedeutet, daß die Reichen dadurch reicher und die Armen ärmer gemacht werden! Die Zahlen hierfür sind aus der ,KuK' 4/76 (,Kommunismus und Klassenkampf', theoretisches Organ des KBW) entnommen, der gleichen ,KuK', worin der KBW versucht, die Kreditangelegenheit zwischen China und dem faschistischen Chile zu rechtfertigen, und dies unter der Überschrift: ,Der Großgrundbesitz muß zerschlagen werden'! Der Mensch, der diesen Artikel geschrieben hat, oder diejenigen, die trotz besseren Wissens versuchen, uns mit solchen Zahlen und Ungereimtheiten ihre idiotischen Hirngespinste als die richtige Linie zu verkaufen, müssen die Arbeiterklasse und das Landproletariat schon für sehr, sehr blöd und dumm halten. Solche Dinge kann man vielleicht einem Menschen unter die Weste jubeln, der keinerlei Ahnung von Ackerbau und Viehzucht hat, aber niemals einem Menschen, der mit diesen Dingen von Kindheit an vertraut ist. Ich versuche mir sehr lebhaft vorzustellen, wie so ein Kleinbauer in Chile auf seinen vielleicht 1,5 ha = 1.500 qm mit einem Mähdrescher herumkurvt, auf einem Gelände, wo er nicht einmal genügend Kartoffeln und Gemüse für sich und seine Familie anbauen kann, geschweige denn sich eine Kuh oder Ziege halten könnte ...

Wer hier uns noch weismachen will, daß der mehr als fragwürdige chinesische Kredit an Chile dem chilenischen Landvolk dienen würde, dem müssen seine Gedanken schon aus einem wirklichkeitsfremden Hirn entsprungen sein. Der Kredit nützt einzig und allein der Großbourgeoisie, bzw. den Großgrundbesitzern.

Dies bedeutet, daß China die Ausbeutung unterstützt, und nicht in sozialistischer Bruderhilfe die kämpfende Arbeiterklasse und das Landproletariat. Eine solche Einstellung lehne ich als Antifaschist entschieden ab. Was I h r tut, ist Eure Sache!...".

Die Katze läßt das Mausen nicht

Der KBW scheint aus seinen bisherigen Bruchlandungen in verschiedenen antiimperialistischen Solidaritäts-Komitees nicht klug werden zu wollen und ist offenbar fest entschlossen, seinen bisherigen pro-imperialistischen Provokations-Kurs fortzusetzen und womöglich noch zu verschärfen. Nach Angola und Chile versucht sich der KBW jetzt in aller Offenheit auch in Nahost wieder in Szene zu setzen.

Am 21.Oktober wurde in Darmstadt ein Flugblatt verteilt, das vom „Nahost-Komitee Darmstadt" und den Darmstädter Sektionen der GUAS (Generalunion arabischer Studenten) und des palästinensischen Studentenvereins unterzeichnet ist. Mit diesem Flugblatt vollziehen die unterzeichnenden Organisationen *„den Bruch mit dem KBW"*, nachdem im Kölner Nah-Ost-Komitee bereits eine KBW-Minderheit in gehabter Manier die Mehrheit „ausgeschlossen" hatte (vergl. die KBW-Putsche in den Afrika-Komitees Heidelberg und Hannover) und *„ähnliche Versuche"* auch in Darmstadt probiert wurden.

Im Flugblatt legen die unterzeichnenden Organisationen ihre unüberbrückbaren politischen Differenzen zum KBW dar. Es heißt dazu u.a.: Der KBW betrachtet das reaktionäre ägyptische *„Sadat-Regime als nationalrevolutionäres"*; der KBW *„beglückwünscht Numeiri im Sudan für seine Ermordung der Kommunisten"*; der KBW betrachtet die reaktionären arabischen Regimes *„als fortschrittlich und befürwortet deren Union, um dem ,Sozialimperialismus' Einhalt zu gebieten"*; der KBW betrachtet die Sowjetunion als Feind der fortschrittlichen arabischen Kräfte, obgleich z.B. die PLO *„enge freundschaftliche Kontakte mit der Sowjetunion hat"* und die SU *„die palästinensischen und libanesischen Befreiungsorganisationen massiv in ihrem Kampf unterstützt"*; der KBW betrachtet die KP des Libanon als *„revisionistisch"* (was u.M. nach sogar ausnahmsweise stimmt) und *„als Anhängsel des ,Sozialimperialismus'"*; der KBW bezeichnet die GUAS *„als nationalistischen und chauvinistischen Haufen"*.

Demgegenüber weisen die unterzeichnenden Organisationen richtig darauf hin, daß das ägyptische *„Sadat-Regime eine Basis für den US-Imperialismus"* ist, *„Numeiri ein Mörder der kommunistischen und fortschrittlichen Kämpfer"*, Zusammenschlüsse der reaktionären arabischen Regimes abgelehnt werden müssen, die Sowjetunion nicht Feind, sondern Freund der fortschrittlichen Araber und die KP des Libanon *„eine wichtige (...) Stütze des Kampfes der linken und fortschrittlichen Kräfte gegen die Faschisten im Libanon"* ist.

Die unterzeichnenden Organisationen weisen darauf hin, daß die genannten Gegensätze zum KBW schon seit zwei Jahren schwelen und in letzter Zeit immer stärker hervorgetreten seien. Ausschlaggebend für den jetzt vollzogenen Bruch waren KBW-Versuche, die Befreiungsbewegungen zu *„bevormunden"* und *„die Inhalte der Politik der Befreiungsbewegungen in einem falschen Licht"* darzustellen – was wirklich äußerst ,milde' Umschreibungen der KBW-Praktiken sind, die bereits das Stadium offener Erpressung (z.B. gegenüber ZANU-Vertretern) und frecher Fälschungen und Erfindungen von Interviews (z.B. Frente POLISARIO) erreicht haben. Letzter Anlaß für die Veröffentlichung dieser Kritik am KBW war offenbar dessen Versuch, das Nahost-Komitee putschartig in seine Hände zu bekommen.

Nachdem der KBW bereits zu Angola offen die Positionen der Imperialisten und ihrer rassistischen und faschistischen Helfershelfer unterstützt hat, zu Chile auf junta-freundlichen Kurs abgeschwenkt ist, steht er jetzt offenbar am Beginn einer neuen politischen Talfahrt, an deren Ende er wohl die reaktionären und faschistischen Palästinenser-Schlächter feiern wird, weil es diesen gelang, den Einfluß des „Sozialimperialismus" zurückzudrängen. Wundern würd's niemanden mehr.

Schwere Entscheidung für KBW Anhänger

Hamburg. Überraschung für KBW-Fans am Fachbereich Medizin der Uni Hamburg gleich zu Beginn des Semesters! Mußten sie doch zur Kenntnis nehmen, daß *„die Mehrheit der Mitglieder der SSG (KBW-Studenten) .... aufgrund von politischen Differenzen aus der Organisation ausgeschlossen"* wurde (Erklärung der Ausgeschlossenen vom 18.10.). Nur noch eine Genossin verblieb in der SSG. Dies allein wäre natürlich noch kein Grund, unruhig zu werden, weiß doch jeder KVZ-Leser um den heißen „Kampf zweier Linien" im KBW. Schwierig wird es jedoch, weil nicht ersichtlich ist, von wo der „Wind von rechts" denn nun kommt, und wer welche Linie vertritt.

Die Ausgeschlossenen halten ihren Ausschluß nämlich für einen *„schwerwiegenden Fehler"*, *„da keine prinzipiellen Differenzen"* bestehen, und die *„bisherigen Veröffentlichungen des KBW zur Hochschulpolitik"* und das *„Programm der Kommunisten"* unumstritten sind.

Die SSG entdeckte hingegen doch *„schwere politische Differenzen"*, die allerdings wiederum nicht zum Ausschluß geführt haben sollen. Alleiniger Ausschlußgrund sei gewesen, daß die Mehrheit (die ausgeschlossen wurde) sich nicht an mehrheitlich (?) gefaßte Beschlüsse halten wollte. Welche Beschlüsse, welche politischen Differenzen? Von der SSG erfährt man nichts.

Dagegen haben die Ausgeschlossenen entdeckt, daß zwar politisch *„keine Differenzen bestehen"*, allerdings *„die Art und Weise"* des Herangehens strittig war. In der SSG mache sich *„zunehmendes Sektierertum breit"*. Fazit: die KBW-Politik ist gut und richtig, allein die SSG hat sie falsch umgesetzt. So ist es nicht weiter verwunderlich, daß die Ausgeschlossenen zu einer Sympathisantengruppe des KBW aufrufen, mit dem Ziel, die Fehler der SSG zu korrigieren, *„um uns (die Ausgeschlossenen, Anm. AK) ihr wieder anschließen zu können"*.

Dieses Papier gibt es seit dem 18.10. Was es nicht gibt, ist eine Erklärung des KBW, wer denn nun wirklich die richtige Linie des KBW vertritt. Offensichtlich besteht auch hier heillose Verwirrung.

Der Ausschluß und die Trennung zeigen, daß der „Kampf zweier Linien" auch in der Ortsgruppe Hamburg scharf geführt wird. Daß dabei für den Außenstehenden und wohl auch für die meisten SSGler keine politischen Differenzen erkennbar sind, dürfte nicht weiter ins Gewicht fallen, denn immerhin können so dem ZK E r g e b n i s s e vorgelegt werden.

Die Tatsache, daß hier verschiedene Gruppen auf das KBW-Programm schwören (wie andere aufs Grundgesetz), sollte für das ZK vielleicht Anlaß sein, die gesamte „Programmdiskussion" noch einmal aufzurollen. Vielleicht bringt das die Klarheit?!

Armer Maier!

Ohne es recht zu bedenken, sind wir dem Genossen Maier, abgesägter Chefredakteur der „KVZ" des KBW, anscheinend zu nahe getreten. *„Die in Hamburg erscheinende Zeitschrift ,Arbeiterkampf'"* habe *„ein hohes Lied auf die Intelligenz des Genossen losgelassen"*, beschwert sich die „KVZ" vom 28. Oktober.

Das stimmt zwar nicht so ganz, denn eigentlich ging es in dem gemeinten Artikel vor allem darum, den Genossen Maier als einen politischen Lumpen zu kennzeichnen. (AK 90, S. 40). Aber immerhin, es läßt sich nicht leugnen, war in dem Artikel beiläufig auch von der Intelligenz des Genossen die Rede. Wir hatten dabei nicht bedacht, daß dieser Hinweis innerhalb des KBW natürlich eine ernsthafte Beeinträchtigung für ein mögliches ,come back' des Genossen Maier darstellen muß. Denn kaum etwas wiegt dort so schwer wie der Verdacht auf Intelligenz.

Entsprechend bissig hat der Genosse Maier in der „KVZ" vom 28. Oktober reagiert: Unter der Überschrift „Dreister Annäherungsversuch" unterstellt er uns, wir wollten uns an ihn „heranmachen" und bringt dies in Verbindung zu Methoden des Verfassungsschutz und der Politischen Polizei.

Wir verstehen das gut und möchten dem Genossen – wenn ihm damit zu helfen ist – gerne bescheinigen, daß weder er sich an uns, noch wir an ihn uns rangemacht haben. Im Übrigen gibt es schon seit einiger Zeit einen LG-Beschluß, ehemalige Spitzen-Kader des KBW nicht in unsere Organisation aufzunehmen. Dies dürfte hoffentlich reichen, um den Genossen Maier in den Augen seiner Freunde voll zu rehabilitieren? ...

Schummriges Licht und kuschliges Bett

In eine bemerkenswerte Richtung bewegen sich bisweilen die Phantasien des KBW. *„Zum Verführen braucht man schummriges Licht und gedämpfte Musik"*, konnten kürzlich die Volksmassen der „KVZ"-Bezirksbeilage Bremen-Unterweser (27. Oktober) entnehmen. Und die Volksmassen, dankbar für diesen aufschlußreichen Einblick in die Intimsphäre des KBW (auch Sektierer sind Menschen!), konnten weiter lesen: *„Im letzten Arbeiterkampf wurde munter mit Alice Schwarzer über den ,kleinen Unterschied' philosophiert. Welch Narren seid ihr doch, tönt der Arbeiterkampf uns und den Massen aus dem kuscheligen Bett der Bourgeoisie entgegen. Er wird daran ersticken. Das ist so gewiß wie der Kampf der Massen gegen den § 218 und seine Anwendung zur proletarischen Revolution schreitet"*!

Tja, wir werden sie sehr vermissen, die Spaßvögel vom KBW! ...

Da schmunzelt der Sponti (und der Kommunist auch)

Im letzten AK zitierten wir das Urteil des KBW gegen den Frankfurter Sponti-Guru Daniel Cohn-Bendit: „,... Es gibt nur zwei Möglichkeiten. Entweder er wird von der Arbeiterklasse eine nützliche Arbeit zugewiesen bekommen, etwa in einer Fischmehlfabrik in Cuxhaven. Oder er wird während der Revolution durch die Massen an den nächsten Baum befördert" (zit. aus dem „Theoretischen (?!) Organ" des KBW, der „KuK", September 1976).

Um dieses Urteil so recht zu würdigen, muß man wissen, daß der KBW gewöhnlich unter Begriffen wie „Arbeiterklasse", „Massen" (oder auch „Volksmassen") ausschließlich sich selbst versteht.

Die Frankfurter Spontis reagierten darauf mit einer frischen Aktion: Mit reichlich Fischmehl versehen besuchten sie das Frankfurter Büro des KBW, um das Fischmehl dort großzügig auszustreuen und dadurch ihre Zustimmung zum Urteil des KBW-Volks auszudrücken. Wer den Geruch von Fischmehl kennt, wird den Wert dieser Aktion zu schätzen wissen!

Hernach verteilten die Spontis über ihr Zusammentreffen mit dem KBW folgendes feierliches Kommuniqué (nach „ID" vom 23.10.76): *„Am Donnerstag, 21.10.1976, besuchte eine Delegation Cuxhavener Fischmehlarbeiter sowie einige Schanghaier Linke das KBW-Ortsbüro in Frankfurt. Während erstere als Geschenk einen Zentner ihres Ia-Fischmehls sowie einige gut abgehangene Fischköpfe überreichten und die Zuweisung Cohn-Bendits in eine Cuxhavener Fischmehlfabrik zwecks nützlicher Arbeit bestätigten, bedankte sich letztere für den ZK-Beschluß des KBW: Vier Wochen Schweigen zu den Vorgängen in China. Die Linie, die sich dann durchgesetzt hat – egal welche – ist dann die richtige. Beide Delegationen leisteten sich eine Eintragung in die Unterschriftenliste der Bewegung ‚Volksentscheid für die Wiedereinführung der Todesstrafe'. Das Treffen verlief in harmonischer Atmosphäre und diente der Vertiefung der gegenseitigen Beziehungen".*

Wir begrüßen diesen wahrhaft spontanen Versuch, den Gestank des verwesenden KBW durch den Gestank von Fischmehl zu übertönen!

Nachtrag zum „Wahlergebnis der ‚Revolutionäre'"

Nach dem amtlichen Endergebnis ergeben sich im Gegensatz zu den in AK 91 angegebenen Stimmergebnissen bei der Bundestagswahl folgende Zahlen:

- „KPD": 22.714 (statt 22.801)
- KBW: 20.018 (statt 19.970)
- GIM: 4.759 (statt 4.767)
- DKP: 118.581 (statt 118.483).

Hocherfreulich insbesondere das Abschneiden des KBW, der sich nach dem amtlichen Endergebnis um 48 Stimmen verbessern konnte. Das sind 48 weitere Menschen, die vom KBW politisch geführt werden möchten und auf die sich der KBW beim Parteiaufbau stützen kann. Wir gratulieren!

Da sträuben sich einem die Haare!

Die „KPD" begnügt sich nicht mehr mit wilden Sprüchen wie „Breschnew ist in die Fußstapfen Hitlers getreten". In ihrem Zentralorgan „Rote Fahne" vom 20.10.76 erklimmt sie neue Höhen.

Wenn man ihnen glauben soll, so übertreffen die Verhältnisse in der Sowjetunion selbst die mörderischen Bedingungen in den berüchtigten Konzentrationslagern der Hitlerfaschisten:

„Alle Menschen in der Sowjetunion, unabhängig von ihrer Nationalität, die es wagen, sich offen zu einer Opposition gegenüber dem sozialimperialistischen Regime zu bekennen, werden in Konzentrationslager eingeliefert und dort körperlich und geistig verkrüppelt. Das Ausmaß der Internierung in solchen Lagern übertrifft bei weitem die Praxis der Hitlerfaschisten".

KB/Gruppe Köln

„Zur Erinnerung": Allein mindestens 30.000 deutsche Kommunisten wurden von den Nazis ermordet. Nach Gestapo-Berichten waren im April 1939 über 160.000 Menschen aus politischen Gründen inhaftiert. Allein etwa 6 Millionen Juden wurden in den KZ's ermordet! Zum Vergleich: In der Sowjetunion gibt es nach Schätzungen von ‚amnesty international" etwa 10.000 politische Gefangene! Die „KPD" betreibt also eine schamlose Beschönigung der Verbrechen des Nazi-Faschismus.

KB/Gruppe Köln und AK-Redaktion

China und Albanien —

China und Albanien —

Es lebe der „kleine Unterschied"!

In der Ausgabe vom 13.10. veröffentlichte die „Rote Fahne" der „KPD" die Rede des chinesischen Vertreters auf der 31. UNO-Vollversammlung. Gleichzeitig veröffentlichte der „Rote Morgen" der „KPD/ML" in der Ausgabe vom 16.10. die Rede des albanischen Vertreters vor der UNO.

Ein Vergleich der beiden Reden ist recht aufschlußreich – das scheint auch den Verantwortlichen des „Roten Morgen" und der „Roten Fahne" einigermaßen klar gewesen zu sein. Abgesehen von Europa klingen zwar beide Reden ziemlich gleich, was etwa die Verurteilung der „Einmischung der Supermächte" im Nahen Osten und im südlichen Afrika angeht. Allerdings griff der chinesische Vertreter (Außenminister Tjiao Guan-hua) den „Sozialimperialismus" als Hauptfeind an, während der albanische Vertreter beide „Supermächte" konsequent auf eine Stufe stellte.

Deutlich wurden jedoch die Meinungsverschiedenheiten bei den jeweiligen Ausführungen zu Europa. Tjiao Guan-hua griff ausschließlich die Sowjetunion an, der er vorwarf, *„ihre militärische Bedrohung Westeuropas und ihre politische Subversionstätigkeit noch verstärkt"* zu haben und *„schließlich ganz Westeuropa erobern"* zu wollen. Ferner klagte er über einen „Geist von München" unter den imperialistischen Politikern – d.h. Leute, die die Sowjetunion „beschwichtigen" wollen, ihr „Zugeständnisse" machen würden und sich „einschläfern" lassen würden. Erfreulich sei aber, so meinte Tjiao Guanhua, daß *„die gegen eine Beschwichtigungspolitik gerichteten Kräfte im Westen an Umfang gewinnen. Die Einigung der westeuropäischen Länder hat neue Fortschritte gemacht. Wir unterstützen die Einigung Westeuropas und begrüßen es ferner, wenn Westeuropa erstarkt".*

Der albanische Vertreter hingegen nahm nicht nur klar gegen die Politik b e i d e r „Supermächte" in Europa Stellung, sondern ausdrücklich auch gegen *„einige andere reaktionäre Kräfte"*. Wörtlich sagte er: *„ ... Aus dieser Situation will auch die Deutsche Bundesrepublik ihre Vorteile herausschlagen. Im Windschatten der Rivalität der USA und der Sowjetunion versucht sie, sich als erstrangige Macht in Europa durchzusetzen".* Nicht imperialistische „Einigung" und Kriegsrüstung Westeuropas, wie Tjiao Guan-hua, propagierte der albanische Vertreter, sondern: Auflösung der NATO und Warschauer Pakt, Abzug der US-amerikanischen und sowjetischen Truppen vom Territorium der europäischen Länder, Auflösung der Militärstützpunkte der „beiden Supermächte", Verbot von Militärmanövern an den Grenzen europäischer Länder und Entfernung der Flotten der „Supermächte" aus dem Mittelmeer.

Wer immer noch behauptet, zwischen China und Albanien bestünde in der Außenpolitik völlige Übereinstimmung, der ist entweder schlecht informiert oder unaufrichtig.

Kurzmeldungen aus der „Szene"

„Marxisten-Leninisten" für bundesweite CSU!

Für den Aufbau einer bundesweiten CSU tritt die etwa 20 - 30 Anhänger zählende Sekte „Marxisten-Leninisten Deutschland" (MLD) in der neuesten Ausgabe ihrer Zeitung „Die Neue Welt" (Nr. 4) ein.

Schon vor den Wahlen hatten diese Provokateure verkündet, die CDU/CSU sei **„das kleinere Übel"**, und es wäre gut, wenn sie die Wahl gewinnen würde. Dementsprechend jammerten sie nach der Wahl: *„Der Sieg der SPD und FDP ist der Sieg der Kräfte des Zurückweichens vor der sowjetischen Supermacht und eine Niederlage für alle Kräfte des Widerstands und der Unabhängigkeit".*

Die CDU/CSU habe sich das selbst zuzuschreiben, weil *„sie nicht wagte, die wirklichen Gefahren für Europa und Deutschland zu enthüllen und eine Alternative zur ‚Entspannungs'politik des Westens zu entwickeln". „Auch Strauß darf von der Kritik nicht verschont bleiben... Während des Wahlkampfes verneinte er mehrmals ausdrücklich die Gefahr einer sowjetischen Aggression. Im Wahlausgang rächte sich, daß Strauß bisher davor zurückschreckte, die CSU zu einer bundesweiten Partei auszubauen...*

Die Marxisten-Leninisten Deutschland sehen in einer bundesweiten CSU eine Bereicherung der politischen Landschaft in Westdeutschland. Eine bundesweite CSU liegt im Interesse der Verteidigung der Unabhängigkeit und Demokratie. Dadurch können die verschiedenen Strömungen in der CDU/CSU besser erkannt und der Flügel der Beschwichtigungspolitiker in der CDU besser kritisiert werden. Die heftigen Reaktionen aus dem prosowjetischen Lager gegen solche Vorstellungen von Strauß sprechen für eine bundesweite CSU".

Kein Wunder, daß dieser Provokateurs-Haufen sogar noch die Faschisten von rechts zu überholen versucht. So erwähnen sie in der „Neuen Welt" Nr. 4, die VSDP (eine sogenannte „national-revolutionäre" Gruppe) *„hat nach ihren eigenen Angaben für ihr ‚außenpolitisches Programm' Anleihen in unserem MAOIST Nr. 1 gemacht".* Die VSDP habe aber *„davon wenig verstanden"*, denn ihr „Hauptfeind" sei immer noch „der Bonner Staat" und nicht etwa der „russische Sozialimperialismus"! (Der „Maoist" ist das „theoretische Organ der MLD").

Einer anderen „nationalrevolutionären" Gruppe, der „Sache des Volkes", wird vorgeworfen: *„Die ‚Sache des Volkes' ist gegen die EWG und lehnt die NATO und den Warschauer Pakt gleichmäßig ab – das sind Positionen, die genau Moskau in die Hände arbeiten!"* Insgesamt wird den „Nationalrevolutionären" vorgeworfen: **„Ihr verbissener Haß auf den ‚Bonner Staat', in dem noch die ganze unbewältigte Vergangenheit des Nazideutschlands steckt, macht sie gezwungenermaßen zum Helfershelfer Moskaus... Nur die Verteidigung des ‚Bonner Staates' ist eine Basis im Kampf gegen die sowjetische Vorherrschaft. Nur die Verteidigung seiner Unabhängigkeit ist ein wirklicher Schritt zur Wiedervereinigung".**

Daß es sich bei diesen Leuten um subjektive Narren handelt, die sich wirklich für „Maoisten" halten, wird immer unwahrscheinlicher. Wahrscheinlich hingegen ist, daß hinter diesem Jammerhaufen ein klarer politischer Auftrag steht, mit allen Mitteln den Marxismus-Leninismus und die Mao-Tsetung-Ideen zu diskreditieren. Es ist absolut gerechtfertigt, solchen Provokateuren – wie teilweise schon geschehen – gegebenenfalls auch ganz handgreiflich ihr schändliches Treiben im Dienst von Reaktion und Revisionismus unmöglich zu machen.

Antifa-Kommission KB/Gruppe Hamburg

Fälscher am Werk

Der „Rote Morgen" der „KPD/ML" berichtete am 16. Oktober, daß die DKP in Hamburg 2.062 Stimmen bei den Bundestagswahlen dazugewonnen habe. Dazu geben diese professionellen Fälscher folgenden Kommentar: **„...Dies ist nicht zuletzt das Ergebnis des Wahlaufrufs des trotzkistischen KB Nord für die DKP, den sie nach einigen Windungen und Wendungen doch noch offen herausgelassen haben".**

Hier wird wieder einmal schlicht gelogen. Wir haben, nach gründlicher Diskussion dieser Frage in der gesamten Organisation, weder offen noch versteckt einen Wahlaufruf für die DKP „herausgelassen", sondern im Gegenteil darauf hingewiesen, daß angesichts der Praktiken der DKP letzten Endes jede Stimme für diese Partei als Stimme gegen den Kom-

angesichts der Praktiken der DKP letzten Endes jede Stimme für diese Partei als Stimme gegen den Kom-

munismus ausgenutzt werden wird.

Der „prinzipienfeste Kampf" der „KPD/ML" entlarvt sich wieder einmal als Anhäufung von Lügen und albernen Phrasen.

„ML"er wollen Spuren verwischen

Am 7. Oktober erschien in der „Bandeira Vermelha" ein Dokument, aus dem die Tatsache hervorgeht, daß die DDR Kupfer aus dem faschistischen Chile importiert. „Bandeira Vermelha" ist die Zeitung der PCP(R), der portugiesischen „Bruderpartei" der „KPD/ML". Als Quelle des Dokuments gibt die „Bandeira Vermelha" die norwegische „ML"-Zeitung „Klassekampen" vom 9. September an. Tatsächlich wurde dieses Dokument jedoch von unserem Kommunistischen Bund beschafft und erstmals im „Arbeiterkampf" vom 28. Juni veröffentlicht!

Das ist den „ML"ern wohl unangenehm? Das erste Mal ist es übrigens nicht, daß diese Leute so vorgehen. So erschien ein bereits früher vom ARBEITERKAMPF veröffentlichtes ähnliches Dokument ebenfalls über den Umweg des „Klassenkampen" im „Roten Morgen" der „KPD/ML" – natürlich ebenso ohne Hinweis auf die tatsächliche Quelle, nämlich uns („Roter Morgen", 26. Juni).

Es paßt ja auch wohl schlecht ins Bild, daß diese Leute dauernd zetern, wir wären „Agenten des Sozialimperialismus", und sich dann bei uns die Fakten klauen, mit denen sie selbst ihren „prinzipienfesten antirevisionistischen Kampf" führen! Da liegt es ja nahe, daß man die Spuren zu verwischen versucht. Aber die Tatsachen sind hartnäckig.

Da schmunzelt der Trotzkist

Als ernsthafter Konkurrent des KBW um den begehrten Titel „Großmaul Nr. 1" sind die „Posadisten" in den Ring gestiegen. Dies ist ein Sektchen, das sich außer auf Trotzki auch auf einen gewissen Posadas beruft, der eine eigene „Posadistische IV. Internationale" unterhält (insgesamt gibt es derzeit mindestens vier verschiedene „IV. Internationale"n, die sich alle auf Trotzki berufen). Die „Posadisten" der BRD sind derart mickerig, daß sie selbst den meisten Trotzkisten hierzulande unbekannt sein dürften. Sie nennen sich „Gruppe Revolutionärer Kommunisten (Trotzkisten) – Deutsche Sektion der posadistischen IV. Internationale" und geben ein Blättchen „Arbeiterstimme" in ein paar hundert Stück Auflage heraus.

Diese Mini-Trotzkisten hatten zur Wahl der DKP aufgerufen – mit glänzendem Ergebnis, wie sie nun bekannt gaben („Arbeiterstimme",

Wahl der DKP aufgerufen – mit glänzendem Ergebnis, wie sie nun bekannt gaben („Arbeiterstimme",

14.10.76): *„Wir Posadisten riefen dazu auf, die DKP zu wählen... Unsere programmatische Erklärung zu den Wahlen fand ein sehr großes Echo in allen Sektoren der Linken, auch in der DKP... Die überdurchschnittlichen Stimmgewinne der DKP in Frankfurt (von 2.519 zu 3.031 = 20 %), und in Hessen (von 13.214 auf 15.684 = 18,5 %) sind zu einem guten Teil auf die Aktivität der Posadisten zurückzuführen, die Argumente gaben, die es ermöglichten, einen Teil der Linkssozialisten und der unabhängigen Linken und der Gruppen von der Zweckmäßigkeit einer Stimmabgabe für die DKP zu überzeugen... Wir stützten uns dafür auf die ganze Kapazität unserer Posadistischen IV. Internationale und des Genossen J. Posadas, nicht um mit den Sozialisten oder den Kommunisten oder den Arbeiterstaaten zu konkurrieren, sondern um einen Beitrag zu leisten zum Fortschritt, zum Sozialismus. Daher das Echo, das unsere Organisation fand und das jetzt zu organisieren ist".*

Diese Leute gehören zweifellos zu den Paradiesvögeln in der „linken"

zu organisieren ist".
Diese Leute gehören zweifellos zu den Paradiesvögeln in der „linken"

scene. Bei einem so hartnäckigen Mitbewerber wird der KBW sich etwas einfallen lassen müssen, um seinen Rang zu halten.

Image des KB

Der Hauptvorstand der GEW-Bund hat eine „Arbeitsgruppe" eingesetzt, die bei der „Auseinandersetzung" mit „extremistischen Organisationen" hilfreich sein soll. Sie besteht vor allem aus ehemaligen Landesvorsitzenden, die der GEW auf diese Weise ihre „Qualitäten" zur Verfügung stellen und hat zunächst ein 80-seitiges Informationsblatt erarbeitet (Nummer 1). Behandelt werden darin KBW, KB, „KPD" und „KPD/ML".

Freundlicherweise hat sich der Hamburger Ex-Vorsitzende Wunder für ein paar Worte zum KB („Nord" – wie es in der Überschrift irrtümlicherweise heißt) bereit gefunden.

Wunder kennzeichnet den KB als *„eine teilweise konspirativ arbeitende Organisation"* und findet es nicht ungeschickt, wie die KB-Mitglieder und Sympathisanten in der Öffentlichkeit arbeiten. In Hamburg gebe es folgende Bereiche, mit denen die GEW zu tun hat und wo der KB *„eine mehr oder minder starke Stellung"* hat: Universität, besonders PI, Referendare, Schülervertretungen an einigen Gymnasien und Berufsschulen und in der GEW Hamburg selbst: Fachgruppe Gymnasien und Junglehrerversammlung.

Indirekt macht Wunder damit auf einen tatsächlichen Mangel unserer Arbeit im Bildungsbereich aufmerksam: Die Schwäche im Volks- und Realschulbereich (die allerdings im Vergleich mit anderen linken Organisationen doch in einem etwas anderen Licht erscheint). Warum er allerdings unsere Arbeit an den Gesamtschulen nicht für erwähnenswert hält, muß unverständlich bleiben. Sind es persönliche Gründe? (Wunder ist selbst Leiter einer Hamburger Gesamtschule).

Wunder bemängelt das Fehlen eines Programms beim KB und daß die Organisationsstruktur „unbekannt" sei. Dies entspricht wohl einer verbreiteten Kritik in intellektuellen Kreisen unserer Leserschaft. Die Beziehungen zu den Vaterlandsverteidigern wie auch zu KBW und DKP seien denkbar schlecht (Wunder zählt den KBW zu diesem Zeitpunkt – sein Aufsatz stammt vom Januar 76 – noch nicht zu den Vaterlandsverteidigern). Zum Sozialistischen Büro seien sie *„anscheinend etwas besser"*.

Erwartungsgemäß kommt der AK natürlich am besten weg. *„Verglichen mit den Verlautbarungen anderer kommunistischer Gruppen hat der KB m.E. eine relativ realitätsbezogene differenzierte Argumentation, bei zugleich scharfer Wertung".* Das hört man gern. Wunder empfiehlt dabei gleich 12 GEW-Artikel, die er einzeln aufführt, aus dem Jahrgang 1975. (Wir möchten dem interessierten Leser auch noch die Auseinandersetzung um den Ausschluß der GEW-Westberlin aus dem Jahrgang 76 besonders ans Herz legen).

Dennoch müsse sich der AK mehr mit *„positiven bildungspolitischen Zielsetzungen"* beschäftigen. Aber nichts desto trotz sei das Eingreifen des KB in die Auseinandersetzungen der GEW *„aktiv und zielbewußt"* (na bitte!), wobei sich der KB als *„Anwalt d e r Mitglieder"* verstünde, *„die ein extrem liberales Verständnis von Gewerkschaft und Demokratie haben, ohne daß sich daraus Vorwürfe für die Verfechter der KB-linie ableiten ließen".*

Schwingt hier ein Unterton mit, daß unsere Lehrerarbeit „zu liberal" sei? Schade, daß diese Andeutung nicht weiter ausgeführt wird ...

Unter ein Lob für die Hamburger „Aktionseinheit gegen die reaktionäre Jugend- und Bildungspolitik" mischt Wunder die Anmerkung, daß diese doch ein wenig die Kontinuität vermissen läßt. Naja. *„In einigen betrieblichen Bereichen ist der KB relativ stark".* Aber das ist unter Gewerkschaftführern ja bekannt.

Alles in allem ein etwas wortkarger und in der Tendenz GEW-fixierter Beitrag, aber dennoch nicht undifferenziert. Vielleicht bahnt sich hier noch ein interessanter Meinungsaustausch mit Teilen unserer Leserschaft an. Man darf auf die nächste Ausgabe gespannt sein.

Ein toller Erfolg



Über 3000 begeisterte Besucher in Hamburg

Die Rockmusik-Gruppen OKTOBER (aus Hamburg) und SCHMETTERLINGE (aus Wien) traten in der Zeit vom 20. bis 22.10.76 gemeinsam auf drei Veranstaltungen auf, die von insgesamt 5.200 Menschen besucht wurden. Unterstützt wurden diese Konzerte in Hamburg (über 3.000 Teilnehmer), Frankfurt (700) und Westberlin (1.500) vom Kommunistischen Bund und dem Sozialistischen Büro; in Hamburg war die Evangelische Studentengemeinde der Veranstalter.

Berücksichtigt man, daß die beiden Rock-Gruppen in Frankfurt und Westberlin bisher nur „Eingeweihten" bekannt waren und in Hamburg praktisch gar nicht „voll" mobilisiert werden konnte (weil die Eintrittskarten schon sehr schnell im Vorverkauf abgesetzt waren), so kann ohne Übertreibung von einem tollen Erfolg dieser Initiative gesprochen werden.

Bemerkenswert ist auch, daß vom Erlös des Kartenverkaufs und der Spendensammlungen der „Freien Schule" in Frankfurt 1.000 DM und dem „Kinderhaus" in Hamburg über 3.500 DM übergeben werden konnten.

Neben der Aufgabe, die stilistisch und inhaltlich sehr unterschiedlichen Arbeiten von OKTOBER und SCHMETTERLINGE einem breiteren Kreis fortschrittlicher Menschen vorzustellen, sollte diese Konzertreihe vor allem auch dazu dienen, „Politische Musik heute" (so das Motto) unter Musikschaffenden und -interessierten verstärkt zu diskutieren – und den Anstoß geben zum Aufbau einer „Initiative fortschrittlicher Musiker".

Um diese Diskussion auch wirklich ausführlich und mit Blick auf praktische Konsequenzen zu führen, luden die Musikgruppen und die sie unterstützenden Organisationen jeweils eine Woche nach den Konzerten in den drei Städten zu Diskussionsabenden ein. Während in Frankfurt (wo etwa 30 Menschen dem Aufruf folgten) und Hamburg (wo über 150 kamen) die Diskussion in ausgesprochen solidarischer und sachlicher Atmosphäre verlief, schaffte es in Westberlin ein Haufen völlig närrisch gewordener KBW-Leute, den etwa 90 Teilnehmern sein chaotisches Gelaber aufzuzwingen und jede ernsthafte Erörterung der die Mehrheit interessierenden Fragen zu verhindern (zum Verhalten der Westberliner Ortsgruppe des KBW siehe weiter unten).

Positiv ist an den Frankfurter und Westberliner Diskussionsabenden hervorzuheben, daß dort die „Arbeitsgemeinschaft Demokratischer Musiker" (ADM) ihre Bereitschaft zur Zusammenarbeit mit den Gruppen OKTOBER, SCHMETTERLINGEN u.a. bekräftigt hat und daß einzelne (Musiker-)Genossen ihr Interesse an einer Mitarbeit in der geplanten „Initiative" bekundet haben. In Hamburg, wo zahlreiche Musikgruppen und einzelne Künstler an dem Diskussionsabend teilnahmen, wurde nicht nur allgemein über das Verständnis von „Kultur heute" und „politische Musik heute" gesprochen, sondern mehrere Gruppen gaben auch Kostproben ihres Könnens und erläuterten in Zusammenhang damit die Schwierigkeiten, die sie in der Erarbeitung fortschrittlihcer politischer Texte und der dazu passenden Musik haben.

In den drei Städten (Frankfurt, Westberlin und Hamburg) wurden für die nächste Zeit jeweils weitere Treffen der an der „Initiative fortschrittlicher Musiker" Interessierten vereinbart. Wie es in einem Aufruf zu der Konzert- und Diskussionsreihe heißt, soll dort versucht werden, *„den gerade in diesem Bereich vorherrschenden Individualismus, die Konkurrenz und die „Privatisierung" durch solidarische Formen der Zusammenarbeit zu überwinden, Erfahrungen auszutauschen und gemeinsam neue Inhalte und Formen fortschrittlicher Musik zu diskutieren und zu entwickeln"*.

Im nächsten und auch späteren Ausgaben des ARBEITERKAMPF werden wir hierüber weiter berichten – und Beiträge zur Diskussion stellen.



OKTOBER und SCHMETTERLINGE gemeinsam

KBW-Ortsgruppe Westberlin: Total ausgeflippt!

Eigentlich hätte man sich das ja denken können: So eine sinnvolle und spaßbringende Sache wie die Polit-Rock-Konzerte mußte natürlich die Sachwalter der „Arbeiter- und Volksinteressen" vom KBW und dessen oberste Zensurbehörde auf den Plan und zu Gegenaktionen rufen. In Westberlin haben die dortigen über die Ortsbeilage ihrer „Komischen Volkszeitung" (vom 21.10.) dazu aufgerufen, die *„Provokation"* (gemeint ist das Konzert!) von *„ein paar Zupfgeigenhanseln"* (gemeint sind die Gruppen OKTOBER und SCHMETTERLINGE) zu verhindern. Diese Wahnsinnsvögel, die in den letzten Wochen direkte Morddrohungen gegen Genossen anderer politischer Organisationen ausgesprochen haben, entblöden sich nicht zu behaupten, daß die *„Arbeiterklasse"* (womit sich der KBW bekanntlich selbst meint) *„auch diese Jammergestalten* (gemeint sind dei Genossen von OKTOBER und SCHMETTERLINGE, Anm. AK) *hinwegfegen (wird)"*.

Ohne auch nur ein einziges inhaltliches Argument zu bringen, wird in der besagten „KVZ"-Ortsbeilage den SCHMETTERLINGEN *„Klassenversöhnung"* und der Gruppe OKTOBER *„dümmliches, geschwollenes Gefasel"* vorgeworfen.

Um zu verhindern, daß mit den Rock-Konzerten *„opportunistischer Wind unter die Arbeiterjugend"* getragen würde („KVZ"-Ortsbeilage), versuchte auf der Westberliner Veranstaltung ein Trupp von KBWlern mit Sprechparolen die Veranstaltung zu stören. Sie wurden niedergeklatscht und ausgepfiffen. Einige besonders ausgeflippte KBW-Typen holten sich dann auch noch heiße Ohren, als sie versuchten, das Mikrophon zu ergattern, um eine „Rede" zu halten.

„In der Veranstaltung gab es Kampf"...

...heißt es – nicht falsch – in der „KVZ"-Ortsbeilage/Westberlin (vom 28.10.76) über das Rock-Konzert. Der KBW habe durch sein „entschlossenes Auftreten" verhindert, daß die vom „KB-Nord" *„eingekauften" Musikgruppen „einen Teil der demokratischen und revolutionären Bewegung ... wieder in die Klauen der Bourgeoisie"* führen konnte.

Bei der Gruppe SCHMETTERLINGE (nach Meinung der meschuggen KBW-Vögel: „saubere Revisionisten") *„zeigten sich"* durch die KBW-Störversuche *„erfreuliche Zersetzungserscheinungen"* (!?!).

Daß es „Zersetzungserscheinungen" tatsächlich in den Hirnen der Amokläufer im KBW gibt, beweist auch der Schlußabsatz in dem Artikel aus der „KVZ"-Ortsbeilage (vom 28.10.): *„Ihm* (dem KB, Anm. AK) *wird das Lachen bald vergehen. Der KB-Nord mußte die öffentliche Debatte um die Veranstaltung verhindern. Dabei ging es rauh (!) zu. Es kommt noch anders (!)"*.

Diese Sorte von Drohungen kommen wie das provokatorische Auftreten des KBW überhaupt bei „den Massen" und der organisierten Linken immer weniger an: So wird seit kurzem in Westberlin in mehreren Sponti-Buchläden keine „KVZ" mehr verkauft; die Gruppen OKTOBER und SCHMETTERLINGE (von denen einzelne Mitglieder im KBW bzw. KBÖ organisiert waren oder zumindest mit diesen eng zusammengearbeitet haben!) werden einstweilen nicht mehr mit dem KBW zusammenarbeiten: und schließlich hat im KBW selbst das provokatorische Auftreten der Westberliner Ortsgruppe scharfen Widerspruch hervorgerufen (die Genossinnen und Genossen von der Hamburger Songgruppe des KBW distanzierten sich bereits öffentlich von ihren Westberliner „Genossen" und kündigten eine entsprechende Protestresolution an die „KVZ" an).

Man sieht: Es geht voran!

Die Spendenliste wird aus Platzgründen auf AK 93 verschoben.



Die CDU war immer schon die Hauptpartei der Reaktion

Die von CDU/CSU verabschiedete Wahlkampfpaole „Freiheit statt Sozialismus" bedeutet ein Einschwenken der gesamten CDU auf die Linie von Strauß, Dregger, Nazi - Filbinger u.a., knüpft an die Propaganda der reaktionären deutschnationalen Parteien der Weimarer Republik, wie der Kalten - Kriegspolitik der Adenauer - Ära an.

Anhand vieler Orginal - Wahl - Dokumente zeigt die Anti - CDU - Broschüre diese Entwicklung auf.

40 Seiten, Format A4, DM 3,– ○



Jugendzeitung des KOMMUNISTISCHEN BUNDES

Erscheint sechswöchentlich
DM –,50 A2 20 Seiten Mao-Poster

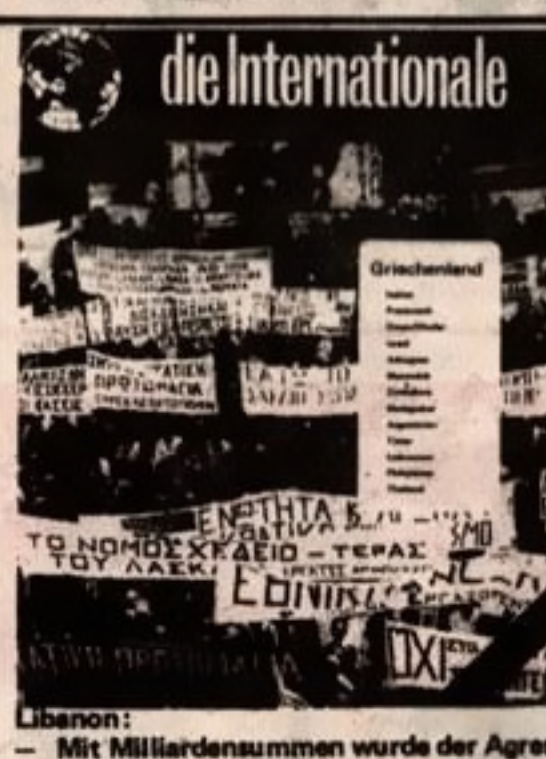
FREIEXEMPLAR ANFORDERN !

Abonnement siehe unten! ○



Die Frauen führen den Kampf weltweit. Sie müssen für die unterschiedlichsten Probleme Lösungen finden.

In dieser Ausgabe berichten wir sowohl von den Kämpfen der Frauen in den kapitalistischen Ländern, als auch den Ländern der „dritten Welt", aus Frankreich, Italien, England, Irland, Island, Cuba, USA, Japan, Jemen, Iran. Wir haben uns bemüht, diese Kämpfe möglichst ausführlich darzustellen und zu dokumentieren. ○



Libanon:
- Mit Milliardensummen wurde der Agressor Israel aufgebaut
- Revis, KBW und „KPD" zur syrischen Intervention in Libanon
- Dhofar: Eine Revolution läßt sich nicht totschweigen.
- Weitere Artikel zu: Griechenland, Italien, Frankreich, Äthiopien, Mosambik, Madagaskar, Argentinien, Timor, Indonesien, Philipinen, Thailand

Doppelnummer 22/23, 64 Seiten ○
DM 3.50



Konzert-Mitschnitt vom audi-max Hamburg (Sept. 75), zur Unterstützung des lateinamerikanischen Widerstands. ○
DM 15,–



Die Broschüre gibt ein Bild des libanesischen Klassenkrieges. Es folgt ein Interview mit einem Sprecher der Volksfront (PFLP), Beirut, welches eine klare Darstellung des revolutionären Prozesses im gesamten arabischen Raum gibt.

54 Seiten, Format A4, DM 2,– ○

ABONNEMENT

ARBEITERKAMPF, Zeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint 14tägig

für 12 Ausgaben	DM 16,80	O
für 24 Ausgaben	DM 33,60	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 24 Ausgaben	DM 40,–	O
Bitte schickt mir ein kostenloses Freiexemplar		O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

REBELL, Jugendzeitung des Kommunistischen Bundes
erscheint sechswöchentlich

für 6 Ausgaben	DM 4,80	O
für 12 Ausgaben	DM 9,60	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 6,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 12,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zum Thema ....

Die INTERNATIONALE, Zeitung des KB für den proletarischen Internationalismus
erscheint monatlich

für 6 Ausgaben	DM 14,40	O
für 12 Ausgaben	DM 28,80	O
Förderabo für 6 Ausgaben	DM 20,–	O
Förderabo für 12 Ausgaben	DM 35,–	O

Ich bestelle ältere Nummern zu Thema ....

Anschrift ....

....

....

(91) ....
Datum Unterschrift

Eskalation der Gewalt
Erneuter Schlägereinsatz der DKP

Hamburg. Ein neues brutales Mittel hat die DKP in ihre lange Geschichte der Gewalttätigkeiten gegen alle l i n k s von ihr stehenden Organisationen jetzt in Hamburg geschrieben. Anläßlich einer Solidaritätsveranstaltung (?) mit der schwarzen Bevölkerung von Südafrika gegen den Terror des faschistischen Vorsterregimes am 27.10., riegelte sie schon auf dem Bürgersteig den Zugang zu dieser Veranstaltung systematisch mit Ordnerketten ab. Sobald sich auch nur ein Genosse des KB, des KBW oder der „KPD" in der Nähe des Eingangs sehen ließ, wurden diese angehauen, „hier zu verschwinden". Für einige besonders verhetzte Elemente genügte schon die Frage nach dem Grund (immerhin befanden sich die Genossen außerhalb der Veranstaltung auf einem Bürgersteig, der für jedermann zugänglich ist) um diese Genossen zu überfallen. Dabei wurden von den Revisionisten Schlagwaffen wie Lederriemen und Taue eingesetzt! Als eine größere Anzahl von KB- und KBW-Genossen die Veranstaltungsteilnehmer auf diese brutalen Machenschaften hinwiesen, wurden sie mehrmals von Trupps von sechs bis acht DKP-Schlägern überfallen, die blindlings mit den Riemen und Tauen in die Menge schlugen. Selbst als ein epileptisch veranlagter Genosse angesichts dieser brutalen Szenen zusammenbrach, ließ das diese Leute kalt; sie scherten sich nicht um die Benachrichtigung eines dringend benötigten Krankenwagens, sodaß andere Genossen bis zur nächsten Telefonzelle laufen mußten.

Die erneute Eskalation der Gewalt und der systematische Einsatz von Schlagwaffen zeigt, daß alle Versuche unsererseits, die DKP durch öffentliche Anprangerung zur Aufgabe dieser Schlägermethoden zu zwingen, bisher offenbar das Gegenteil bewirkt haben: die Verhetzung in den eigenen Reihen wird noch weiter gesteigert, die Übergriffe auf die „Maoisten" werden noch brutaler. Alle nachträglichen Versuche der DKP, diese Ereignisse als Schutz ihrer Veranstaltung vor „Provokationen" hinzustellen, werden durch die Tatsachen widerlegt: alle Überfälle ereigneten sich vor der Veranstaltung auf dem Bürgersteig, in keinem Fall hat es auch nur einen Versuch gegeben, in die Veranstaltung einzudringen. Das beweist im Gegenteil aber auch, daß die DKP a l l e n Genossen, die politisch links von ihr stehen, oder die sie als „Maoisten" abstempelt, generell das Recht abspricht, ihre Veranstaltungen zu besuchen oder vor diesen Zeitungen und Flugblätter zu vertreiben.

In der Öffentlichkeit muß immer wieder das oft tatsächlich provokatorische Verhalten der „KPD" und des KBW für diese Schlägereinsätze herhalten. In der Praxis zeigt sich allerdings, daß dies nur Vorwände sind. Dieses Vorgehen erinnert fatal an das des Staatsapparates, dem es ebenfalls nie an Vorwänden für die Faschisierung fehlt. Bedauerlich ist es allerdings, daß von den (wenigen) Besuchern dieser Veranstaltung (fast ausschließlich Mitglieder von DKP, SdAJ, MSB usw.) kaum jemand bereit war, gegen diesenTerror das Wort zu ergreifen. Dies wirft ein bezeichnendes Licht auf das in diesen Organisationen vorherrschende Klima.

Die DKP hat großes Geschrei erhoben, als wir anläßlich des Mordes an dem italienischen Genossen Corghi (KPI) die Schießwütigkeit der DDR-Grenzsoldaten anprangerten. Unserer Meinung nach sind zwischen der geschürten Schießwütigkeit von DDR-Grenzposten und der ebenfalls geschürten Schlagwütigkeit innerhalb der DKP deutliche Parallelen zu erkennen. Denn beides geht davon aus, daß die Menschen nicht mit Argumenten, sondern mit Hetze und Terror „überzeugt" werden.

Gerade die DKP, die noch bei den letzten Bundestagswahlen als die „einzige demokratische Kraft" aufgetreten ist, beweist damit s c h l a g e n d, was ihre Vorstellung von Demokratie und Sozialismus ist. Heute trifft dieser Terror „nur" die Linken; aber die unverhohlene Zustimmung der DKP zum Polizeiterror gegen die polnischen Arbeiter, die sich gegen die Preiserhöhungen durch die Regierung gewehrt haben, zeigt, wie weit diese Methoden ausgedehnt werden können, während die DKP gleichzeitig die schmierigsten Anbiederungsversuche bei den rechtssozialdemokratischen Gewerkschafts- und SPD-Führern unternimmt.

Zu lange ist dieses Vorgehen der DKP durch das Schweigen der fortschrittlichen Öffentlichkeit „gedeckt" worden. Dieses Schweigen ermuntert die DKP nur zu immer größerer Brutalität. Dies ist keine Auseinandersetzung, die zwischen der DKP und den „Maoisten" ausgetragen werden muß. Denn es geht dabei um die grundsätzliche Frage, ob es innerhalb der demokratischen Bewegung möglich ist, eine solidarische Auseinandersetzung zu führen. Und es geht letzlich auch um das Ansehen der gesamten Linken innerhalb breiter Teile der Bevölkerung, die zu Recht von dieser Form der „Auseinandersetzung" angewidert sind.

Deshalb gilt es mit a l l e n zur Verfügung stehenden Mitteln, diesen Amoklauf der DKP zu stoppen. Einerseits ist es dazu unbedingt erforderlich, daß alle fortschrittlichen und friedliebenden Menschen Stellung nehmen, dieses Vorgehen der DKP eindeutig zu Verurteilen und die Aufgabe dieser Praktiken fordern. Hierzu fordern wir insbesondere diejenigen auf, die durch regelmäßige Zusammenarbeit mit der DKP selbst in den Geruch dieser Gewalttätigkeiten kommen, oder die als Mantel dafür benutzt werden.

Andererseits haben wir der DKP schon frühzeitig angekündigt, daß wir auch mit dem Mittel der **Strafanzeige** gegen sie vorgehen werden, falls sie diese Schlägereinsätze nicht einstellt. Jetzt muß sie die Konsequenzen selbst tragen. Niemand sollte sich durch den Vorwurf des „Antikommunismus" von einer eindeutigen Verurteilung irre machen lassen. Denn das, was hier unter dem Mantel des „Kommunismus" und der „Demokratie" betrieben wird, ist allein mit den Mitteln der Reaktion zu vergleichen und fügt der kommunistischen Bewegung ungeheuren Schaden zu.

Leserbrief zu „DKP-Schläger in Aktion" (AK 90)

Ich bin zwar kein Kommunist, sondern z.Zt. noch bei den Jusos organisiert, lese aber seit langem regelmäßig den AK und auch andere Publikationen des KB. Den AK halte ich für eine der besten, wenn nicht die beste kommunistische Zeitung der BRD. Vor allem gefällt es mir, daß im AK die ideologische Auseinandersetzung mit anderen linken und revolutionären Gruppen und Strömungen permanent geführt wird. Dies ist für jeden Genossen (nicht nur im KB) eine große Argumentationshilfe bei Diskussionen etc.

In letzter Zeit fällt mir allerdings auf, daß Ihr verstärkt politisch auf die DKP einprügelt. Nun bin ich gewiß nicht der Auffassung, man dürfe die DKP nicht kritisieren. Im Gegenteil, ich glaube, daß gerade die DKP dies sehr nötig hat; deswegen diskutiere ich auch sehr oft mit DKP-Genossen, übe Kritik an den „Abgrenzungsbeschlüssen" gegen Organisationen wie den KB oder das SB. Auch die mangelnde Bereitschaft der DKP, die offenen Faschisten zu bekämpfen, finde ich schlecht, und bringe das auch immer deutlich zum Ausdruck. Allerdings bin ich bei solchen Diskussionen noch niemals von DKP-Genossen beleidigt oder gar tätlich angegriffen worden, sondern es wurde immer hart, aber doch sachlich und fair über alles diskutiert.

Ich weiß auch, daß es bei DKP-Veranstaltungen oft zu Auseinandersetzungen und Schlägereien mit Anhängern des KBW oder der vaterländischen „KPD" kommt. Ich bin auch dagegen, daß jemand, nur weil er einen Zwischenruf macht, gleich rausgeworfen oder sogar geschlagen wird!

Aber bestreitet Ihr denn der DKP grundsätzlich das Recht, sich gegen massive Störungen ihrer Veranstaltungen entsprechend zu schützen; ich rede jetzt von ständigen Sprechchören oder Anpöbeleien von Gästen, wie das in Frankfurt schon geschehen ist mit Genossen der MPLA, die bei Solidaritätsveranstaltungen auftraten. Sollen denn solche Erscheinungen wirklich toleriert werden? Ihr wehrt Euch ja doch auch (mit Recht), wenn versucht wird, Eure Veranstaltungen in dieser Form kaputtzumachen!

Ich habe schon öfters im AK gelesen, daß Ihr KBW-Störtrupps mehr oder weniger unsanft an die Luft gesetzt habt, und Ihr schreibt auch sehr richtig im AK Nr. 90 unter der Überschrift: „KBW läuft Amok": „Auf Gesundung des KBW sollte kein Revolutionär mehr Hoffnungen setzen, sondern da gibt es nur eins: Isolierung und Zerstörung dieser für die kommunistische Bewegung schädlichen Strömung!". Dem ist in der Tat nichts hinzuzufügen!

Aber in der Praxis gesteht Ihr scheinbar nur Euch selbst das Recht zu, die Amokläufe des KBW zu stoppen! Dieser Alleinvertretungsanspruch bei der Bekämpfung des KBW (wozu selbstverständlich auch gehört, seine Amokläufer, von denen es speziell in Frankfurt noch einige gibt, bei ihren organisierten Versuchen, die Veranstaltungen anderer linker Parteien oder Gruppen zu stören, zu neutralisieren) ist nach meiner Auffassung nicht gerechtfertigt!

Versteht mit bitte nicht falsch, damit verteidige ich bestimmt keine Vorkommnisse, wie sie in dem Artikel „DKP-Schläger in Aktion" geschildert werden, wobei man hinzufügen sollte, daß gegenüber den Aussagen von KBW-Anhängern zumindest einige Vorsicht angebracht ist, da Übertreibungen in diesen Kreisen zum täglichen Brot gehören! Ich bin prinzipiell nicht gegen den Verkauf von Zeitungen (außer von faschistischen) vor oder nach Veranstaltungen, und auch die Zwischenrufe einzelner halte ich für demokratisches Recht und werde dies auch immer verteidigen!

Aber inzwischen hat ja wohl auch der KB gemerkt, daß es notwendig ist, bestimmte Grenzen zu ziehen. Auf dieses Recht von Organisatoren einer Veranstaltung (auch der DKP) wollte ich eigentlich nur hinweisen.

Mit sozialistischen Grüßen

Antwort der Redaktion

Dem Genossen stimmen wir darin zu, daß der KBW mit seiner Irrationalität zu einem unberechenbaren Faktor in der linken Szene geworden ist, dessen Amoklauf seine finstersten Punkte ganz sicher noch nicht erreicht hat. Da diese Leute mittlerweile so verrückt sind, sich selbst für die „Volksmassen" zu halten, fühlen sie sich zum einen zu jeder Provokation legitimiert und scheren sich zum zweiten einen Dreck um die politischen Auswirkungen ihres Treibens.

Bei den Schläger-Einsätzen der DKP geht es aber um etwas anderes. Wir haben selbst genug Erfahrungen damit, wie beispielsweise Verkäufer des ARBEITERKAMPF vor und am Rande von DKP-Veranstaltungen brutal überfallen wurden. Was die DKP praktiziert, ist mit dem Schutz ihrer eigenen Veranstaltungen vor groben Störungen nicht im Geringsten zu erklären. Auch die besondere Brutalität und der Sadismus, mit dem die DKP-Schläger vielfach vorgehen (und da verlassen wir uns nicht auf den in der Tat zum Märchenerzählen neigenden KBW, sondern auf unsere e i g e n e n Erfahrungen), ist mit der Abwehr möglicher Provokationen nicht zu begründen. Dieses Vorgehen ist vielmehr das Produkt einer systematisch betriebenen Verhetzung von DKP-Mitgliedern gegen „Chaoten", „Maoisten", „Trotzkisten" etc., deren Kehrseite die bereitwillige Toleranz gegenüber beispielsweise Anhängern der CDU ist.

Gerade die DKP- F ü h r u n g arbeitet sehr gezielt darauf hin, Ansätze bei ihren Anhängern zu einer gewissen politischen Differenzierung (z.B. zwischen dem KB und den „ML"ern) zuzuschütten und alle in den großen „Chaoten"-Topf zu werfen. Konkret sieht das so aus, daß von der DKP behauptet wird, der KB wolle im Grunde dasselbe wie alle anderen „Chaoten" auch – bloß daß die „KB-Führer" es etwas geschickter anstellen würden. Zu dieser systematischen Verhetzung gehört beispielsweise auch, daß die DKP die „Chaoten" insgesamt immer in die Nähe von Strauß und Verfassungsschutz zu bringen versucht, gleichsfalls ohne Differenzierungen.

Wir sind klar der Meinung, daß die DKP-Führer eine erhebliche Mitverantwortung dafür tragen, daß politisch unerfahrene Jugendliche, von den Methoden der DKP abgestoßen, heute den Parolen der „ML"er folgen. In diesem Sinn meinen wir schon lange, daß die Führer der DKP und der „ML"-Gruppen (einschließlich des KBW) sich gegenseitig die Bälle zuspielen. Dies wird uns nicht hindern, auch weiterhin Übergriffe der DKP – oder auch des KBW – zu verurteilen, die sich bei nächster Gelegenheit genauso gegen unsere eigenen Genossen richten könnten.